

Basisprospekt gemäß § 6 WpPG

der

Stadtsparkasse Düsseldorf

eingetragen beim Handelsregister Düsseldorf unter der Registernummer
Düsseldorf HRA 14082

für die Emission von

Inhaberschuldverschreibungen und Inhaberpfandbriefen

19. August 2009

Dieses Dokument (der "**Basisprospekt**") ist ein Basisprospekt der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Sinne von § 6 Wertpapierprospektgesetz ("**WpPG**") auf dessen Grundlage die Emittentin plant, Inhaberschuldverschreibungen mit fester oder variabler Verzinsung, unverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen mit aktien- und/oder indexabhängiger Rückzahlung (zusammen, die "**Inhaberschuldverschreibungen**") sowie Inhaberpfandbriefe mit fester oder variabler Verzinsung und unverzinsliche Inhaberpfandbriefe (zusammen, die "**Inhaberpfandbriefe**" und, zusammen mit den Inhaberschuldverschreibungen, die "**Schuldverschreibungen**") zu begeben und anzubieten. Inhaberpfandbriefe können als Hypothekendarlehen oder als öffentliche Pfandbriefe begeben werden.

Einige Angaben hinsichtlich bestimmter Daten, Werte oder Ausstattungsvarianten der Schuldverschreibungen, welche auf Grundlage dieses Basisprospekts emittiert werden, können erst im Zusammenhang mit der konkreten Emission festgesetzt werden. Sie sind in diesem Basisprospekt durch eckige Klammern und/oder Platzhalter ("**[●]**") gekennzeichnet und werden erst in den Endgültigen Bedingungen (wie nachstehend definiert) zu diesem Basisprospekt festgelegt werden. Bei jeder Emission von Schuldverschreibungen auf Grundlage dieses Basisprospekts werden die endgültigen Bedingungen gemäß § 6 Abs. 3 WpPG in einem gesonderten Dokument (die "**Endgültigen Bedingungen**") veröffentlicht. Die Endgültigen Bedingungen werden einige Angaben enthalten, die bereits Gegenstand dieses Basisprospekts sind. Die vollständigen Angaben über die Emittentin und eine konkrete Emission ergeben sich jedoch nur aus diesem Basisprospekt in Verbindung mit den jeweiligen Endgültigen Bedingungen.

Dieser Basisprospekt stellt für sich genommen kein Angebot zum Kauf von Schuldverschreibungen dar. Die Verteilung dieses Basisprospekts sowie der hierzu verfassten Endgültigen Bedingungen und das Angebot oder der Verkauf der Schuldverschreibungen kann in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlich beschränkt sein. Personen, die in den Besitz dieses Basisprospekts und der Endgültigen Bedingungen gelangen, müssen sich selbst über solche Beschränkungen informieren und diese beachten. Weitere Hinweise sind dem Abschnitt "Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen" zu entnehmen.

Anleger sollten sicherstellen, dass sie die Schuldverschreibungen und die damit verbundenen Risiken verstanden haben und dass die Schuldverschreibungen für sie als Anlage geeignet sind. Sie sollten sich darüber im Klaren sein, dass – je nach Ausgestaltung der Emissionsbedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen – Schuldverschreibungen begeben werden können, in deren Zusammenhang keine Zinsen gezahlt werden bzw. die physische Lieferung eines Basiswerts an die Stelle der Rückzahlung des Nennbetrags treten kann. Weiterhin sollten Anleger

sich darüber im Klaren sein, dass der Rückzahlungsbetrag bei Schuldverschreibungen, die eine physische Lieferung eines Basiswerts anstelle der Rückzahlung des Nennbetrags durch die Emittentin zulassen oder deren Rückzahlung auf eine Aktie bzw. einen Index Bezug nimmt, im Falle einer ungünstigen Wertentwicklung des jeweiligen Basiswerts Null sein kann. Es besteht also das Risiko des teilweisen oder vollständigen Verlusts des vom Erwerber eingesetzten Kapitals (einschließlich eventuell aufgewendeter Transaktionskosten), d.h. ein **Totalverlustrisiko**. Anleger sollten insbesondere die Darstellungen in dem Abschnitt "Risikofaktoren" sorgfältig lesen.

Dieser Basisprospekt wurde gemäß § 6 WpPG erstellt, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ("**BaFin**") gemäß § 13 WpPG gebilligt und gemäß § 14 WpPG bei der BaFin hinterlegt. Die BaFin hat gemäß § 13 WpPG über die Billigung nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung dieses Basisprospekts einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen entschieden. Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der Einführung veröffentlicht und bei der BaFin hinterlegt.

Im Zusammenhang mit der Ausgabe und dem Verkauf der Schuldverschreibungen ist niemand berechtigt, Informationen zu verbreiten oder Erklärungen abzugeben, die im Widerspruch zu den Angaben stehen, die in diesem Basisprospekt bzw. den jeweiligen Endgültigen Bedingungen enthalten sind. Für Informationen von Dritten, die nicht in diesem Basisprospekt oder in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen enthalten sind, lehnt die Emittentin jegliche Haftung ab.

Die hierin enthaltenen Informationen beziehen sich auf das Datum dieses Basisprospekts und können aufgrund später eingetretener Veränderungen unrichtig oder unvollständig geworden sein. Sollten Umstände auftreten oder festgestellt werden, die die in § 16 WpPG genannten Voraussetzungen erfüllen und eine Nachtragspflicht begründen, wird die Emittentin einen entsprechenden Nachtrag gemäß § 16 WpPG (der "**Nachtrag**") veröffentlichen.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	ZUSAMMENFASSUNG DES BASISPROSPEKTS	4
1.1	Wichtige Hinweise bzgl. der Zusammenfassung	4
1.2	Wesentliche Merkmale der Emittentin	4
1.3	Wesentliche Merkmale der Schuldverschreibungen	7
1.4	Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin	8
1.5	Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen	9
1.6	Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte	10
2.	RISIKOFAKTOREN	12
2.1	Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin	12
2.2	Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen	14
2.3	Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte	19
3.	EMITTENTENBESCHREIBUNG	23
3.1	Gründung und Handelsregister	23
3.2	Rechtsform und Sitz	23
3.3	Abschlussprüfer	23
3.4	Geschäftsanschrift	23
3.5	Geschäftsüberblick	23
3.6	Organisationsstruktur	24
3.7	Sicherungssystem	25
3.8	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	25
3.9	Träger der Emittentin	27
3.10	Rating	27
3.11	Finanzinformationen	28
3.12	Ausgewählte Finanzinformationen	28
3.13	Gerichts- und Schiedsverfahren	30
3.14	Keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage	30
3.15	Trendinformationen	30
4.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	31
4.1	Verantwortung	31
4.2	Ermächtigung	31
4.3	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	31
4.4	Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte	31
4.5	Einehbare Dokumente	31
4.6	Veröffentlichung des Basisprospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	31
5.	BESCHREIBUNG DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND DES ANGEBOTS	33
5.1	Überblick	33
5.2	Beschreibung der Schuldverschreibungen	33
5.3	Beschreibung des Angebots	36
6.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZU PFANDBRIEFEN UND DEM PFANDBRIEFGESCHÄFT	39
7.	EMISSIONSBEDINGUNGEN DER NICHT AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN	41
8.	EMISSIONSBEDINGUNGEN DER AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN	50
9.	EMISSIONSBEDINGUNGEN DER INHABERPFANDBRIEFE	68
10.	ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN	77
11.	BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	84
12.	VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN	85
13.	HISTORISCHE FINANZINFORMATIONEN	F
13.1	Konzernbericht 2007 zum 31.12.2007	F-1
13.1.1	Konzern Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS 2007	F-56
13.1.2	Konzernbilanz nach IFRS 2007	F-57
13.1.3	Kapitalflussrechnung 2007	F-60
13.2	Konzernbericht 2008 zum 31.12.2008	F-157
13.2.1	Konzern Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS 2008	F-210
13.2.2	Konzernbilanz nach IFRS 2008	F-211
13.2.3	Kapitalflussrechnung 2008	F-214
13.3	HGB-Jahresabschluss 2008 zum 31.12.2008	F-317
13.3.1	Bilanz 2008	F-318
13.3.2	Gewinn- und Verlustrechnung 2008	F-320
14.	NAMEN UND ADRESSEN	A
15.	UNTERSCHRIFTEN	B

1. ZUSAMMENFASSUNG DES BASISPROSPEKTS

1.1 Wichtige Hinweise bzgl. der Zusammenfassung

Die nachfolgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch "**Prospekt**" genannt) zu verstehen. Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt dieses Prospekts einschließlich etwaiger Nachträge (der "**Nachtrag**") gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz ("**WpPG**") zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium dieses Prospekts einschließlich etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des § 6 Abs. 3 WpPG (die "**Endgültigen Bedingungen**") getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen und Inhaberpfandbriefen (zusammen, die "**Schuldverschreibungen**") stehen. Die Stadtparkasse Düsseldorf (nachfolgend auch "**Emittentin**" genannt) haftet für den Inhalt dieser Zusammenfassung, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Prospekts gelesen wird. Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung dieses Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

1.2 Wesentliche Merkmale der Emittentin

Überblick über die Emittentin

Emittentin	Stadtparkasse Düsseldorf
Rechtsform	Die Emittentin ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, eingetragen beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Registernummer HRA 14082.
Rechtsordnung	Deutschland
Sitz	Düsseldorf
Träger	Träger der Emittentin ist die Stadt Düsseldorf.
Aufgaben	Die Emittentin ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Emittentin fördert den Sparsinn

und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

Organe	Die Organe der Emittentin sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.
Geschäftsfelder	Die Emittentin betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen, die Sparkassenverordnung für Nordrhein-Westfalen oder die Satzung der Emittentin keine Einschränkungen vorsehen.
Rating	Moody's Investors Services Limited stuft die Bonität der Emittentin derzeit mit Aa1 ein.
Geschäftsanschrift	Stadtsparkasse Düsseldorf Berliner Allee 33 40212 Düsseldorf Telefon: +49 (0)211/878-0
Internetseite	www.sskduesseldorf.de

Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen

HGB - Einzelabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, nicht konsolidierter Finanzinformationen über die Emittentin nach den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung für die Geschäftsjahre 2008 und 2007. Sie sind den Einzelabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2008	2007
	(in Millionen Euro)	
Bilanz		
Barreserve / Liquide Schuldtitel	153,2	73,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.039,6	1.510,80
Forderungen an Kunden	7.348,0	7.558,2
Wertpapiere	3.014,6	3.507,3
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	466,3	426,9
Treuhandvermögen	0,6	0,7
Sachanlagen / Immaterielle Vermögensgegenstände	44,7	48,3
Sonstige Aktiva	46,5	56,7
Summe der Aktiva	12.113,5	13.182,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.424,5	3.498,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.208,7	6.068,8

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2008	2007
	(in Millionen Euro)	
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.396,0	2.484,1
Treuhandverbindlichkeiten	0,6	0,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,8	212,8
Eigenkapital	703,5	758,2
Sonstige Passiva	165,4	159,7
Summe der Passiva	12.113,5	13.182,4

IFRS – Konzernabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, konsolidierter Finanzinformationen über den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf gemäß den *International Financial Reporting Standards (IFRS)*, wie von der Europäischen Union verabschiedet, für die Geschäftsjahre 2008 und 2007. Sie sind den Konzernabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2008	2007
	(in Millionen Euro)	
Konzern Bilanz		
Barreserve	153,2	73,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.112,1	1.556,9
Forderungen an Kunden	7.781,4	7.920,6
Risikovorsorge	-223,2	-188,4
Sicherungsderivate	-,	35,1
Handelsaktiva	57,8	37,9
Finanzanlagen	3.243,9	3.873,8
Anteile an assoziierten Unternehmen	66,7	92,3
Steueransprüche	28,3	31,8
Sonstige Aktiva	102,6	102,7
Summe der Aktiva	12.322,8	13.536,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.416,6	3.488,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.211,7	6.074,0
Handelspassiva	58,4	27,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.371,7	2.472,7
Rückstellungen	52,5	50,5
Steuerverpflichtungen	-,	4,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,9	214,9
Konzern-Eigenkapital	922,1	1.123,4
Sonstige Passiva	74,9	80,5

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2008	2007
	(in Millionen Euro)	
Summe der Passiva	12.322,8	13.536,2

Aufgrund eines Anwendungsfalls des IAS 8 haben sich die Angaben zum Geschäftsjahr 2007 geändert (sog. "Restatement"). Es wird auf Note [5] des IFRS-Konzerngeschäftsberichts 2008 verwiesen.

1.3 **Wesentliche Merkmale der Schuldverschreibungen**

Die Ausstattung sowie die Angebotsbedingungen der Schuldverschreibungen ergeben sich aus diesem Prospekt in Verbindung mit den Endgültigen Bedingungen für die jeweilige Emission. Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der Einführung veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt.

Bei den anzubietenden Schuldverschreibungen handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen oder Inhaberpfandbriefe der Emittentin, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung oder einem Global-Inhaberpfandbrief. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen. Inhaberpfandbriefe können als Hypothekendarlehenpfandbriefe oder als öffentliche Pfandbriefe begeben werden. Die Schuldverschreibungen unterliegen jeweils dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Verzinsung

In den Endgültigen Bedingungen wird festgelegt, ob die Schuldverschreibungen unverzinslich sind oder verzinst werden. Sofern einschlägig, werden die Dauer der Zinsperioden der Schuldverschreibungen, der anwendbare Zinssatz und dessen Berechnungsmethode ebenfalls in den Endgültigen Bedingungen festgelegt werden.

Zinszahlungen auf festverzinsliche Schuldverschreibungen (*Fixed Rate Notes*) erfolgen zu einem festen Zinssatz, der in den Endgültigen Bedingungen festgelegt wird.

Der Zinssatz von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (*Floating Rate Notes*) wird durch Verknüpfung mit dem LIBOR oder EURIBOR (oder mit anderen in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssätzen oder Bezugsgrößen), zuzüglich oder abzüglich einer etwaigen Anpassung durch eine Marge bestimmt.

Rückzahlung

In den Endgültigen Bedingungen wird der Zeitpunkt der Rückzahlung der Schuldverschreibungen und der bei der Rückzahlung zu zahlende Betrag oder im Falle einer Lieferung von Vermögenswerten der oder die bei Rückzahlung zu liefernde(n) Vermögenswert(e) angegeben.

Der Rückzahlungsbetrag von Indexabhängigen Schuldverschreibungen (*Index Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb oder auf der Grundlage einer auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Der Rückzahlungsbetrag von Aktienabhängigen Schuldverschreibungen (*Equity Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf eine einzelne Aktie oder einen Aktienkorb oder auf der Grundlage einer auf einer einzelnen Aktie oder eines Aktienkorbs basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Inhaberpfandbriefe können nicht als Indexabhängige oder Aktienabhängige Schuldverschreibungen begeben werden.

Ferner wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben, ob die betreffenden Schuldverschreibungen vor ihrer festgelegten Endfälligkeit zurückgezahlt werden können. Den Schuldverschreibungsinhabern wird ein Recht zur vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen nicht eingeräumt werden.

Status

Die Schuldverschreibungen können als nachrangige bzw. als nicht-nachrangige Inhaberschuldverschreibungen oder als Hypothekendarlehen bzw. als öffentliche Darlehen begeben werden.

Besicherung

Mit Ausnahme der unter diesem Prospekt zu emittierenden Inhaberpfandbriefe sind die Schuldverschreibungen nicht besichert und den Schuldverschreibungsinhabern von Indexabhängigen oder Aktienabhängigen Schuldverschreibungen stehen keine Rechte im Zusammenhang mit den Basiswerten zu.

1.4 Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin

Die Zahlungsfähigkeit der Emittentin wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Emittentin, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:

- Die Emittentin investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Emittentin auswirken.
- Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der Emittentin mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme der Emittentin.
- Sollte es der Emittentin nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.
- Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt.
- Es besteht die Möglichkeit, dass unvorhergesehene negative Entwicklungen im Beteiligungsgeschäft der Emittentin zu einer Verringerung des Beteiligungsansatzes und in der Folge zu nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin führen können.
- Rückläufige Finanzmärkte weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Emittentin führen.

- Im Falle einer Liquiditätskrise wäre die Emittentin möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.

1.5 **Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen**

- Unter Umständen kann ein Wertverlust der Schuldverschreibungen zu einem Totalverlust des investierten Geldes führen.
- Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann durch äußere Umstände, z.B. die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen, beeinflusst werden. Auch Änderungen der rechtliche Rahmenbedingungen können sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.
- Sofern die Emittentin das Recht hat, die Schuldverschreibungen insgesamt zu den in den Emissionsbedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass seine Anlage nicht die erwartete Dauer hat und dass er den Betrag, den er bei einer Kündigung erhält, nur noch mit einer niedrigeren Rendite anlegen kann, als die gekündigten Schuldverschreibungen erzielt haben.
- Ein etwaiger Kapitalschutz gilt nur in Höhe des in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrags und greift nur zum Ende der Laufzeit.
- Veränderungen des Marktzinsniveaus können bei verzinslichen Schuldverschreibungen dazu führen, dass die Zinserträge bzw. die Rendite der Schuldverschreibungen geringer ausfallen als erwartet.
- Werden die Schuldverschreibungen durch einen Kredit finanziert, sollten Anleger nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen der Schuldverschreibungen den Kredit zurückzahlen zu können.
- Im Fall einer Insolvenz erhalten Inhaber von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Zahlungen auf die Inhaberschuldverschreibungen erst, wenn die Ansprüche der nicht nachrangigen Gläubiger der Emittentin befriedigt wurden.
- Es kann nicht zugesichert werden, dass die Schuldverschreibungen an einer Börse zugelassen werden, und/oder eine gegebenenfalls erfolgte Zulassung aufrechterhalten wird. Werden die Schuldverschreibungen an keiner Börse notiert oder gehandelt, kann dies ihre Liquidität nachteilig beeinflussen. Es lässt sich nicht vorhersagen, ob und wie sich ein Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickelt.
- Anleger sollten nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.
- Der für die Schuldverschreibungen angegebene Ausgabepreis kann höher sein als der Marktwert der Schuldverschreibungen.
- Anleger sollten sich vor Erwerb der Schuldverschreibungen über einen Vermittler über die Provisionen und Gebühren erkundigen, die der Vermittler erhält.
- Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können Geschäfte eingehen, die nachteilige Auswirkungen auf den Wert der Schuldverschreibungen haben können. Es können daher Interessenkonflikte sowohl zwischen verbundenen Unternehmen und der Emittentin als auch zwischen diesen Unternehmen und den Anlegern auftreten.

- Eine etwaige Rendite der Schuldverschreibungen kann durch Nebenkosten und Steuern verringert werden.
- Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Finanzbehörden und –gerichte eine von der in diesem Prospekt dargestellten abweichende Ansicht zu der steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibungen vertreten. Anleger sollten vor der Kaufentscheidung einen Steuerberater zu Rate ziehen.
- Wird der Wert der Schuldverschreibungen in einer anderen Währung als der Rückzahlungswährung bestimmt, können Schwankungen des Wertverhältnisses beider Währungen dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.

1.6 **Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte**

(a) **Allgemeine Risiken in Bezug auf die Basiswerte**

- Es erfolgt keine Untersuchung oder Prüfung der Basiswerte durch die Emittentin.
- Der Wert der Basiswerte kann während der Laufzeit der Schuldverschreibungen sowohl fallen als auch steigen.
- Die Schuldverschreibungen verschaffen kein Eigentum an den Basiswerten. Sie stellen keine Direktinvestition in die Basiswerte dar.
- Die Schuldverschreibungen können sich auf Basiswerte beziehen, deren maßgeblicher Wert nicht in der Rückzahlungswährung, sondern in einer anderen Währung bestimmt wird. Schwankungen des Wertverhältnisses dieser beiden Währungen können dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.
- Werden die Basiswerte in wenig regulierten, engen oder exotischen Märkten gehandelt, besteht möglicherweise ein höheres Verlustrisiko als bei einer Anlage in Schuldverschreibungen, deren Basiswert Bezug zu einem geregelten Markt hat.

(b) **Risikofaktoren in Bezug auf Aktien als Basiswert**

- Die Kursentwicklung einer Aktie hängt vornehmlich von der Entwicklung des die Aktie emittierenden Unternehmens sowie von der allgemeinen Konjunktur und der Börsenstimmung ab.
- Die Schuldverschreibungsinhaber partizipieren nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen, die auf die Aktien gezahlt werden.
- Sehen die Endgültigen Bedingungen eine physische Lieferung der Basiswerte vor, besteht auch im Fall der physischen Lieferung das Risiko eines Totalverlusts.

(c) **Risikofaktoren in Bezug auf Indizes als Basiswert**

- Die Emittentin hat keinen Einfluss auf die Zusammensetzung und Berechnung des jeweiligen Index, soweit sie nicht selbst Sponsor des jeweiligen Index ist.
- Entscheidungen oder Festlegungen, die der Sponsor mit Blick auf den Index irrtümlich trifft, können sich negativ auf die Schuldverschreibungen auswirken.

- Die jeweiligen Indexregeln können vorsehen, dass auf die im Index enthaltenen Bestandteile ausgeschüttete Dividenden nicht zu einer Erhöhung des Indexstands führen, so dass die Schuldverschreibungsinhaber nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen beteiligt werden.
- Im Fall einer ungünstigen Entwicklung eines Landes bzw. einer Branche, deren Werte in dem Index enthalten sind, kann der Index überproportional von dieser ungünstigen Entwicklung betroffen sein.
- Anleger sollten das Risiko von Devisenkursschwankungen berücksichtigen.
- Bei Änderungen der Indexzusammensetzung oder in anderem Zusammenhang fallen möglicherweise Kosten an, die den Wert des Index und damit auch die Höhe des Marktwerts und/oder des Rückzahlungsbetrags vermindern.
- Eine aktualisierte Zusammensetzung des jeweiligen Index wird möglicherweise erst mit einiger Verzögerung in den angegebenen Medien, über die Informationen über den Index eingeholt werden können, angezeigt.
- Beziehen sich die Schuldverschreibungen auf einen für die jeweilige Emission geschaffenen Index, handelt es sich gegebenenfalls nicht um einen anerkannten Finanzindex.

2. RISIKOFAKTOREN

Die Emittentin ist der Auffassung, dass die nachfolgend beschriebenen Faktoren die wesentlichen Risiken darstellen, die mit einer Anlage in die unter diesem Basisprospekt zu begebenden Schuldverschreibungen verbunden sind. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass die Emittentin aus anderen Gründen als den im Folgenden aufgeführten nicht imstande ist, Zins-, Kapital- oder sonstige Zahlungen auf die oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen zu leisten, wobei diese anderen Gründe unter Umständen von der Emittentin aufgrund der ihr gegenwärtig zur Verfügung stehenden Informationen nicht als wesentliche Risiken angesehen werden oder gegenwärtig nicht vorhergesehen werden können.

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen (bei verzinslichen Schuldverschreibungen) und/oder des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Eine Anlage in die Schuldverschreibungen unterliegt bestimmten Risiken. Solche Risiken können sowohl einzeln als auch in Kombination miteinander auftreten. Anleger sollten außerdem Erfahrung im Hinblick auf Wertpapiergeschäfte der jeweils vorliegenden Art haben.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist in jedem Fall unerlässlich und kann durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen nicht ersetzt werden.

2.1 Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin

Die Emittentin ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Emittentin, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Emittentin wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat die Emittentin zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen der von ihr begebenen Schuldverschreibungen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen ("**KWG**"), konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement ("**MaRisk**"). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Emittentin investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Emittentin auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputationsschaden führen.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der Emittentin mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit eines solchen Ereignisses mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin hängt, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte die Emittentin offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Emittentin führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Emittentin herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Emittentin nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist die Emittentin dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin nicht nachkommen können. Obwohl die Emittentin ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken. Die Emittentin wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet das Risiko der Verlustentstehung aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital durch die Emittentin an Dritte. Das Beteiligungsgeschäft der Emittentin umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Es besteht keine Gewähr dafür, dass die von der Emittentin angewandten Verfahren zur Steuerung der Beteiligungsrisiken im Einzelfall ausreichen. Es besteht die Möglichkeit, dass unvorhergesehene negative Entwicklungen zu einer Verringerung des Beteiligungsansatzes und in der Folge zu nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin führen können, die die Fähigkeit der Emittentin beeinträchtigen können, ihre Verpflichtungen aus begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit sowie veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Emittentin, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Emittentin können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Emittentin nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Emittentin zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf die Emittentin auswirken.

Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit

Die Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktgewerten liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt die Emittentin ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsaufrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

2.2 Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen

Risiko des Totalverlusts

Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Schuldverschreibungen an Wert verlieren können und unter Umständen auch ein **Totalverlust** der in die Schuldverschreibungen investierten Gelder sowie der aufgewendeten Transaktionskosten möglich ist. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Es wird Anlegern nachdrücklich empfohlen, sich mit dem besonderen Risikoprofil des in diesem Basisprospekt bzw. den jeweiligen Endgültigen Bedingungen beschriebenen Produkttyps vertraut zu machen und gegebenenfalls fachkundigen Rat einzuholen.

Makroökonomische, geopolitische und aufsichtsrechtliche Risiken

Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen und/oder die Möglichkeit, die Schuldverschreibungen zu erwerben, zu veräußern oder zurückzuerwerben, kann von Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen sowie von Unsicherheiten, wie zum Beispiel politischen Entwicklungen, Änderungen in der Regierungspolitik, Kapitaltransferbeschränkungen und Änderungen aufsichtsrechtlicher Vorschriften beeinflusst werden. Diese Risiken können verstärkt bei Anlagen in oder in Zusammenhang mit Schwellenländern oder Nicht-OECD-Ländern auftreten.

Die Emittentin muss regulatorische Beschränkungen und Änderungen von Rechtsvorschriften, welche die Emittentin selbst oder die Schuldverschreibungen betreffen, beachten. Bei Schuldverschreibungen, deren Zins- und/oder Rückzahlungsstruktur (sofern jeweils einschlägig) an Basiswerte gekoppelt ist, können auch die Basiswerte selbst von Änderungen von Rechtsvorschriften oder von Maßnahmen der Aufsichtsbehörden betroffen sein, die sich auf den Wert der Basiswerte (und damit mittelbar auf den Wert der Schuldverschreibungen) auswirken.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Schuldverschreibungen insgesamt zu den in den Emissionsbedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass seine Anlage nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung einer Schuldverschreibung kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Schuldverschreibungen niedriger als der für die Schuldverschreibungen vom Schuldverschreibungsinhaber gezahlte Kaufpreis ist. Hierdurch kann das eingesetzte Kapital zum Teil verloren gehen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass ein Anleger den Betrag, den er bei einer Kündigung erhält, nur noch mit einer niedrigeren Rendite anlegen kann, als die gekündigten Schuldverschreibungen erzielt haben.

Kapitalschutz nur zum Ende der Laufzeit

Soweit für die Schuldverschreibungen ein Kapitalschutz besteht, so bezieht sich der Kapitalschutz nur auf den in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrag. Außerdem greift ein Kapitalschutz nur zum Ende der Laufzeit, wenn es nicht zu einer Kündigung durch die Emittentin kommt. Der Betrag, der im Falle einer Kündigung durch die Emittentin geleistet wird, kann erheblich geringer sein als der Betrag, der bei Eingreifen des Kapitalschutzes zu dem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Ende der Laufzeit mindestens zu zahlen wäre.

Anleger sollten beachten, dass dieser marktgerechte Wert, der bei einer vorzeitigen Rückzahlung gegebenenfalls gezahlt wird, unter Umständen weniger als 100 % des Nennbetrags pro Schuldverschreibung betragen kann, und sie somit weniger als 100 % des Nennbetrags pro Schuldverschreibung zurück-erhalten können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus und bei veränderlichem Zinssatz

Eine Anlage in festverzinsliche Schuldverschreibungen birgt das Risiko, dass sich Änderungen der Marktzinssätze, die nach Begebung der jeweiligen Schuldverschreibungen eintreten, nachteilig auf den Wert der festverzinslichen Schuldverschreibungen auswirken.

Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung (sog. Nullkuponschuldverschreibungen) haben Veränderungen des Marktzinsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei festverzinslichen Schuldverschreibungen.

Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung wird von einem festen Zinssatz ein variabler Zinssatz abgezogen, d.h., dass sich der Zinsertrag in entgegengesetzter Richtung zum Referenzzinssatz berechnet: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist selbst dann hoch, wenn bei einem kurzfristigen Referenzzinssatz die langfristigen Marktzinsen steigen und die kurzfristigen Marktzinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater

Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes, von dem der Zinssatz abhängen kann, hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Emittentin keine Kontrolle hat. Falls die Formel zur Ermittlung von Zinsen darüber hinaus einen Multiplikator oder Hebelfaktor, Zinsober- oder -untergrenzen enthält, wird die Wirkung von Veränderungen beim jeweiligen Referenzzinssatz für den zu zahlenden Betrag verstärkt.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert, und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen, oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Schuldverschreibungsinhaber nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäfts den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende nachrangige Inhaberschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern der Emittentin vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen vorhanden sind. Sie tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen.

Handel in Schuldverschreibungen

Es kann nicht zugesichert werden, dass die Schuldverschreibungen an einer Börse zugelassen werden, und/oder eine gegebenenfalls erfolgte Zulassung aufrechterhalten wird. Aus der Tatsache, dass die Schuldverschreibungen zum Handel zugelassen sind, folgt nicht zwangsläufig, dass eine höhere Liquidität als ohne eine solche Zulassung gegeben ist. Werden die Schuldverschreibungen an keiner Börse notiert oder gehandelt, sind Informationen über die Preise der Schuldverschreibungen schwieriger zu erlangen. Dies kann die Liquidität der Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen.

Die Emittentin und jedes ihrer verbundenen Unternehmen sind zudem jederzeit berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, Schuldverschreibungen zu einem beliebigen Preis am Markt oder durch ein öffentliches Angebot oder einzelne Individualvereinbarungen zu erwerben. Die auf diese Weise erworbenen Schuldverschreibungen können gehalten, weiterverkauft oder eingezogen werden. Dies kann sich ebenfalls negativ auf die Liquidität auswirken. Es lässt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickelt, zu welchem Preis die Schuldverschreibungen an diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird.

Anleger von Schuldverschreibungen, die sich auf einen Basiswert beziehen, sollten wissen, dass die an einer Börse festgesetzten Notierungen/Preise für die Schuldverschreibungen sowie die Ankaufs- und Verkaufspreise der Schuldverschreibungen im außerbörslichen Handel erheblich von dem aus dem Basiswert abgeleiteten inneren Wert der Schuldverschreibungen abweichen können. Außerdem könnte im Fall von außergewöhnlichen Marktbedingungen die Spanne zwischen Ankaufs- und Verkaufspreisen

größer werden, und die Ankaufspreise der Schuldverschreibungen könnten erheblich sinken und deutlich von dem auf der Grundlage des/der ihnen zugrunde liegenden Basiswerte(s) ermittelten inneren Wert der Schuldverschreibungen abweichen. Inhaber, die ihre Schuldverschreibungen an der Börse oder im außerbörslichen Handel verkaufen wollen, müssten dies dann zu einem Preis tun, der deutlich unter dem inneren Wert liegt.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Die Emittentin plant, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keine Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbskurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Ausgabepreis

Der für die Schuldverschreibungen in den Endgültigen Bedingungen angegebene Ausgabepreis kann höher sein als der Marktwert der Schuldverschreibungen zum Datum der Endgültigen Bedingungen. Zudem kann der Preis, zu dem die Emittentin oder eine andere Person gegebenenfalls bereit ist, diese Schuldverschreibungen am Sekundärmarkt zu erwerben, geringer sein als der Ausgabepreis dieser Schuldverschreibungen. Insbesondere können im Ausgabepreis dieser Schuldverschreibungen Provisionen im Zusammenhang mit der Ausgabe und dem Verkauf der Schuldverschreibungen sowie Beträge im Zusammenhang mit der Absicherung der Verbindlichkeiten der Emittentin aus diesen Schuldverschreibungen berücksichtigt sein, während die Preise am Sekundärmarkt diese Beträge in der Regel nicht beinhalten. Ferner können die Preisfindungsmodelle anderer Marktteilnehmer abweichen oder zu abweichenden Ergebnissen führen.

Provisionen oder Gebühren

Falls von der Emittentin in Verbindung mit der Begebung und dem Vertrieb der Schuldverschreibungen irgendwelche Provisionen oder Gebühren an einen Vermittler gezahlt wurden oder zu zahlen sind, kann ein solcher Vermittler gemäß den anwendbaren Vorschriften einschließlich den zur Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (2004/39/EG) ("**MiFID**") ergangenen oder in Staaten, die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören, geltenden Vorschriften dazu verpflichtet sein, seine Kunden vollständig über die Existenz, die Art und die Höhe dieser Provisionen oder Gebühren (einschließlich Provisionen und Gebühren in Form eines Preisnachlasses) zu informieren. Anleger, die beabsichtigen, Schuldverschreibungen über einen Vermittler (einschließlich eines als Vermittler tätigen Maklers) zu erwerben, sollten sich vor einem Erwerb bei diesem Vermittler nach den Einzelheiten solcher Provisions- oder Gebühreuzahlungen erkundigen.

Mögliche Interessenkonflikte

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Kunden Geschäfte eingehen, die mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehen. Solche Geschäfte dienen unter Umständen nicht den Interessen der Inhaber der Schuldverschreibungen und können negative Auswirkungen auf den Wert der Schuldverschreibungen haben. Mit der Emittentin verbundene Unternehmen können zudem im Rahmen von Geschäften zur Absicherung von die Emittentin betreffende Risiken aus oder im Zusammenhang mit der Begebung der Schuldverschreibungen als Gegenparteien auftreten. Aus diesen Gründen können insbesondere im Zusammenhang mit der Preisermittlung und sonstigen auf die Schuldverschreibungen bezogenen Feststellungen Interessenkonflikte sowohl zwischen verbundenen Unterneh-

men der Emittentin als auch zwischen diesen Unternehmen und den Anlegern auftreten. Zudem können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen noch in weiteren Funktionen, etwa als Emittentin, Zahlstelle und/oder als Indexsponsor, tätig werden.

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können weitere auf einen Basiswert bezogene Finanzinstrumente (Derivate) begeben; die Begebung solcher mit den Schuldverschreibungen im Wettbewerb stehender Produkte kann sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken. Sollten die Emittentin oder mit ihr verbundene Unternehmen nicht öffentlich zugängliche Informationen über einen Basiswert erhalten, so sind sie nicht verpflichtet, solche Informationen an die Inhaber der Schuldverschreibungen weiterzugeben. All diese Tätigkeiten können Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

Im Zusammenhang mit dem Angebot und Verkauf der Schuldverschreibungen können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen direkt oder indirekt Zahlungen an Dritte erbringen (beispielsweise Provisionszahlungen an Vertriebspartner oder Anlageberater) oder von Dritten erhalten. Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Emittentin solche Zahlungen teilweise oder vollständig einbehalten kann.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Etwaige Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Schuldverschreibungsinhaber bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen steuerlich realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Risiken im Zusammenhang mit der Besteuerung

Die in diesem Basisprospekt enthaltenen steuerlichen Ausführungen geben die Ansicht der Emittentin auf der Basis der zum Zeitpunkt des Datums dieses Basisprospektes geltenden Gesetzgebung wieder. Eine hiervon abweichende steuerliche Behandlung durch die Finanzbehörden und Finanzgerichte kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus dürfen die in diesem Basisprospekt ausgeführten steuerlichen Erwägungen nicht als alleinige Grundlage für die Entscheidung zur Anlage in die Schuldverschreibungen aus steuerlicher Sicht dienen, da insbesondere auch die individuelle Situation eines jeden Anlegers zu berücksichtigen ist. Die in diesem Basisprospekt enthaltenen steuerlichen Überlegungen sind daher nicht als maßgebliche Information oder Steuerberatung zu verstehen und stellen keine Zusicherung oder Garantie im Hinblick auf das Eintreffen bestimmter steuerlicher Konsequenzen dar. Folglich sollten Anleger vor der Entscheidung zum Kauf der Schuldverschreibungen ihren Steuerberater um Rat fragen. Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die steuerlichen Konsequenzen einer Anlage in die Schuldverschreibungen.

Währungsschwankungen

Die Schuldverschreibungen können möglicherweise auf eine andere Währung lauten als die Landeswährung im Heimatland des Anlegers und/oder auf eine andere Währung lauten als die Währung, in der der Anleger Zahlungen erhalten möchte. Schwankungen des Wertverhältnisses dieser beiden Währungen zueinander können dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.

2.3 Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte

(a) Allgemeine Risiken in Bezug auf die Basiswerte

Anleger sollten sich vor einer Anlage in die Schuldverschreibungen auch mit den Risiken, die mit dem jeweiligen Basiswert verbunden sind, vertraut machen, denn die Schuldverschreibungen bilden auch die Risiken des jeweiligen Basiswerts ab.

Keine Prüfung des Basiswerts durch die Emittentin

Weder die Emittentin noch eines ihrer verbundenen Unternehmen hat eine Untersuchung oder Prüfung des Basiswerts im Auftrag der Anleger in die Schuldverschreibungen vorgenommen, und sie werden solche Untersuchungen oder Prüfungen auch in Zukunft nicht vornehmen. Eine evtl. Untersuchung oder Prüfung durch die Emittentin, in ihrem Auftrag oder im Auftrag eines ihrer verbundenen Unternehmen dient nur ihren eigenen Anlagezwecken.

Wertschwankungen

Der Wert des Basiswerts kann während der Laufzeit der Schuldverschreibungen sowohl fallen als auch steigen. Solche Veränderungen des Wertes des Basiswerts können den Wert der Schuldverschreibungen stark mindern. Es besteht dann das Risiko des Verlusts des gezahlten Kaufpreises einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Daher kann ein Schuldverschreibungsinhaber nicht vorhersehen, welche Gegenleistung er am Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen bzw. für die Veräußerung seiner Schuldverschreibungen zu einem früheren Zeitpunkt erwarten kann. Es können bei Einlösung oder Veräußerung erhebliche Wertverluste realisiert werden. Zuverlässige Aussagen über die künftige Wertentwicklung des Basiswerts oder der Basiswerte der Schuldverschreibungen können nicht getroffen werden. Auch auf Grund historischer Daten können keine Rückschlüsse auf die zukünftige Wertentwicklung gezogen werden.

Keine Direktinvestition in den Basiswert

Die Schuldverschreibungen sind wirtschaftlich mit einer Direktinvestition in den zugrunde liegenden Basiswert vergleichbar, entsprechen einer solchen jedoch insbesondere deshalb nicht vollständig, weil (i) sie nur auf die Zahlung eines Geldbetrags gerichtet sind und kein Eigentum am Basiswert verschaffen, (ii) die Abrechnung nur an einem bestimmten Tag erfolgt und (iii) die Schuldverschreibungsinhaber keine Ausschüttungen o.ä. erhalten, die ggf. auf den der Schuldverschreibung zugrunde liegenden Basiswert entfallen.

Währungsschwankungen

Die Schuldverschreibungen können sich auf Basiswerte beziehen, deren maßgeblicher Wert nicht in der Rückzahlungswährung, sondern in einer anderen Währung bestimmt wird. Schwankungen des Wertverhältnisses dieser beiden Währungen können dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.

Devisenkurse werden von Angebots- und Nachfragefaktoren auf den internationalen Geldmärkten bestimmt, die u.a. volkswirtschaftlichen Faktoren, Spekulationen und Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken ausgesetzt sind. Devisenkursschwankungen können das Verlustrisiko dadurch erhöhen, dass sich der Wert der Schuldverschreibungen vermindert.

Bezug des Basiswerts zu wenig regulierten, engen oder exotischen Märkten

Eine Anlage in Schuldverschreibungen, deren Basiswert in wenig regulierten, engen und exotischen Märkten gehandelt wird oder sonst von der Entwicklung in diesen Märkten beeinflusst wird, setzt den Schuldverschreibungsinhaber möglicherweise einem höheren Verlustrisiko aus als eine Anlage in Schuldverschreibungen, deren Basiswert Bezug zu einem geregelten Markt z.B. in der Europäischen Union hat. Gründe hierfür können unter anderem eine höhere Marktvolatilität u.a. am Aktienmarkt und an Devisenmärkten, ein geringeres Handelsvolumen, eine politische und wirtschaftliche Instabilität, ein höheres Risiko der Marktschließung wie auch größere staatliche Beschränkungen an diesen Märkten sein. Ferner besteht das Risiko der Einführung von Beschränkungen für ausländische Investoren, der Zwangsentziehung von Vermögen, der Strafbesteuerung, der Beschlagnahmung oder Verstaatlichung von Vermögen, der Einführung von Devisenkontrollen oder sonstiger nachteiliger politischer und/oder sozialer Maßnahmen. Unter bestimmten Umständen können solche Beeinträchtigungen über mehrere Wochen oder Monate andauern. Eine solche Entwicklung könnte eine Marktverzerrung darstellen, die zur Folge haben könnte, dass für den betreffenden Zeitraum keine Kurse für die davon betroffenen Schuldverschreibungen gestellt werden könnten. Treten solche Störungen an einem Bewertungstag ein, der für die Bestimmung des Rückzahlungsbetrags maßgeblich ist, kann eine solche Störung zu einer Verschiebung der Berechnung und Leistung des Rückzahlungsbetrags führen. Zudem kann eine solche Störung eventuell eine Minderung des Rückzahlungsbetrags zur Folge haben.

(b) Risikofaktoren in Bezug auf Aktien als Basiswert

Allgemein

Die Kursentwicklung einer Aktie hängt vornehmlich von der Entwicklung des die Aktie emittierenden Unternehmens ab. Doch auch unabhängig von der Vermögens-, Finanz-, Liquiditäts- und Ertragslage des Unternehmens kann der Kurs einer Aktie Schwankungen oder nachteiligen Wertveränderungen unterliegen. Insbesondere die allgemeine Konjunktur und die Börsenstimmung können die Kursentwicklung beeinflussen.

Keine Berücksichtigung von Dividenden

Die Schuldverschreibungsinhaber nehmen nicht an auf die Aktie ausgeschütteten Dividenden teil. Die Schuldverschreibungsinhaber partizipieren daher wertmäßig nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen, die auf die Aktien gezahlt werden.

Physische Lieferung

Die Leistung des Rückzahlungsbetrags erfolgt grundsätzlich durch Barzahlung, sofern nicht in den Endgültigen Bedingungen eine physische Lieferung des Basiswerts (ggf. nach Wahl) der Emittentin vorgesehen ist (und die Emittentin sich - im Fall einer Wahlmöglichkeit - für eine physische Lieferung entscheidet). Sofern eine physische Lieferung möglich ist, sollten sich Anleger schon beim Erwerb der Schuldverschreibungen über den eventuell zu liefernden Basiswert informieren und nicht darauf vertrauen, den Basiswert zu einem bestimmten Preis veräußern zu können. Im Fall der physischen Lieferung übernimmt der Anleger die spezifischen Emittenten- und gegebenenfalls Wertpapierrisiken des Basiswerts. Unter Umständen kann der erhaltene Basiswert auch wertlos sein. Der Anleger trägt auch bei physischer Lieferung ein Verlustrisiko, das bis zum Totalverlust reichen kann. Zudem sollte der Anleger die mit der Übertragung und

dem Halten des Basiswerts ggf. verbundenen Kosten (z.B. Depotgebühren) berücksichtigen.

(c) **Risikofaktoren in Bezug auf Indizes als Basiswert**

Bei Schuldverschreibungen, die sich auf einen oder mehrere Indizes als Basiswert beziehen, sind insbesondere folgende Risiken zu beachten:

Fehlende Einflussmöglichkeit der Emittentin

Der Indexsponsor hat ggf. mit Blick auf die Zusammensetzung und Berechnung des Index Ermessen. Eine Einflussmöglichkeit der Emittentin, soweit sie nicht selbst Sponsor des jeweiligen Index ist, besteht insoweit regelmäßig nicht.

Dem jeweiligen Indexsponsor wird dadurch ggf. ermöglicht, Veränderungen der Indexzusammensetzung oder der Berechnung vorzunehmen, die sich negativ auf die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen auswirken können, oder die Berechnung des Index dauerhaft einzustellen, ohne einen Nachfolgeindex aufzulegen. In letzterem Fall kann es zu einer vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin und ggf. zur Realisierung eines Wertverlusts kommen.

Ferner können für den Index vorgesehene Anlagekriterien o.ä. die Möglichkeit zur Erzielung von Gewinnen begrenzen.

Irrtümer des Indexsponsors

Entscheidungen oder Festlegungen, die der Sponsor mit Blick auf den Index irrtümlich trifft, können sich negativ auswirken. Dies kann zu einem Indexstand führen, der erheblich von dem abweicht, der im Falle von anderen Entscheidungen bzw. Festlegungen vom Sponsor ermittelt worden wäre.

Keine Berücksichtigung von Dividenden

Die Regeln über die Zusammensetzung und Berechnung des jeweiligen Index können ggf. vorsehen, dass auf die im Index enthaltenen Bestandteile (Aktien o.ä.) ausgeschüttete Dividenden nicht zu einer Erhöhung des Indexstands führen. Die Schuldverschreibungsinhaber partizipieren daher in diesen Fällen wertmäßig grundsätzlich nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen, die auf die im Index enthaltenen Bestandteile gezahlt werden. Soweit sich die Schuldverschreibungen auf Indizes beziehen, bei denen ausgeschüttete Dividenden oder andere Ausschüttungen der Indexbestandteile grundsätzlich in den Index reinvestiert werden und dadurch zu einer Erhöhung des Indexstands führen, werden unter Umständen die Dividenden oder anderen Ausschüttungen nicht in voller Höhe in den jeweiligen Index reinvestiert.

Abhängigkeit der Indizes von der Entwicklung einzelner Länder/Branchen

Die Bestandteile des betreffenden Index bilden gegebenenfalls nur Werte eines oder einiger weniger Länder oder einer oder einiger weniger Branchen ab. Der Wert des betreffenden Index ist folglich von der Entwicklung einzelner Länder oder Branchen abhängig. Aber selbst wenn nicht nur einige wenige Länder oder Branchen repräsentiert sind, ist eine ungleiche Gewichtung der in dem betreffenden Index enthaltenen Länder bzw. Branchen möglich. Dies bedeutet, dass im Fall einer ungünstigen Entwicklung eines Landes bzw. einer Branche, die in dem betreffenden Index enthalten ist, der Index überproportional von dieser ungünstigen Entwicklung betroffen sein kann.

Wechselkursrisiko

Anleger sollten zudem das Risiko von Devisenkursschwankungen berücksichtigen. Möglicherweise notieren Bestandteile des Index in einer anderen Währung oder sind wesentlichen Einflüssen einer anderen Währung ausgesetzt als die Schuldverschreibungen. Möglicherweise werden die Bestandteile des Index von einer Währung zunächst in eine andere Währung umgerechnet, die für die Ermittlung des Index maßgeblich ist, und müssen anschließend zur Ermittlung des Rückzahlungsbetrags ein weiteres Mal umgerechnet werden. Die Schuldverschreibungsinhaber tragen in diesen Fällen daher möglicherweise mehrere Währungsrisiken.

Ggf. versucht der Indexsponsor solche Währungsrisiken durch geeignete Strategien und Maßnahmen abzusichern. Solche Strategien und Maßnahmen schalten die Währungsrisiken jedoch ggf. nicht vollständig aus und verursachen ggf. Kosten, die sich negativ auf den Stand des Index auswirken.

Beeinträchtigung des Indexwerts durch Kosten

Bei Änderungen der Indexzusammensetzung oder in anderem Zusammenhang fallen möglicherweise Kosten an, die den Wert des Index und damit auch die Höhe des Rückzahlungsbetrags vermindern. Dabei können gegebenenfalls durch den Einsatz von Instrumenten, die einen Bestandteil des jeweiligen Index abbilden und die üblicherweise im Markt zur Absicherung des Kaufs und Verkaufs des Indexbestandteils benutzt werden, höhere Zusammensetzungsgebühren anfallen als bei einer Direktanlage in die Indexbestandteile.

Keine laufende Aktualisierung der Veröffentlichung der Indexzusammensetzung

Selbst wenn die Zusammensetzung der maßgeblichen Indizes auf einer in den Endgültigen Bedingungen näher bestimmten Internetseite oder in anderen Medien angezeigt werden sollte, entspricht diese möglicherweise nicht immer der aktuellen Zusammensetzung des jeweils maßgeblichen Index, da eine aktualisierte Zusammensetzung des jeweiligen Index möglicherweise erst mit einiger Verzögerung auf der angegebenen Internetseite eingestellt wird.

Für die jeweilige Emission geschaffene Indizes

Im Falle von Schuldverschreibungen, die sich auf einen Index beziehen, ist außerdem zu beachten, dass es sich bei dem zugrunde liegenden Index gegebenenfalls nicht um einen anerkannten Finanzindex, sondern einen für die Emission der Schuldverschreibungen oder aus sonstigen Gründen geschaffenen Index handelt. Der Indexsponsor ist möglicherweise kein unabhängiger Dritter, sondern durch geschäftliche oder andere Beziehungen mit der Emittentin verbunden.

3. **EMITTENTENBESCHREIBUNG**

3.1 **Gründung und Handelsregister**

Die Emittentin erlangte 1931/1932 durch Loslösung von der Gemeindeverwaltung die Rechtsfähigkeit. Im Jahre 1951 wurde die Bezeichnung "Städtische Sparkasse zu Düsseldorf" durch die Bezeichnung "Stadt-Sparkasse Düsseldorf" ersetzt. Im Jahre 1999 wurde diese durch entsprechende Satzungsänderung in "Stadtsparkasse Düsseldorf" geändert.

Die Emittentin ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRA 14082 eingetragen.

3.2 **Rechtsform und Sitz**

Die Emittentin ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Düsseldorf.

3.3 **Abschlussprüfer**

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 war die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Kirchfeldstraße 60, 40217 Düsseldorf.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Hauptgeschäftsstelle: Rauchstraße 26, 10787 Berlin, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen: Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf). Zudem ist die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes Mitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf).

3.4 **Geschäftsanschrift**

Die Emittentin ist unter ihrer Geschäftsanschrift Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf, Telefon: +49 (0)211 878-0 erreichbar.

3.5 **Geschäftsüberblick**

Aufgaben und Funktionen

Die Emittentin ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Emittentin fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

Geschäftsfelder


Die Emittentin betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen, die Sparkassenverordnung für Nordrhein-Westfalen oder die Satzung der Emittentin keine Einschränkungen vorsehen. Das Bauspar-, Investment- und Versicherungsgeschäft sowie das Leasingfinanzierungsgeschäft werden im Verbund mit den bestehenden Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Privatpersonen und kleinen bis mittleren Unternehmen aus dem Geschäftsgebiet.

Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Emittentin gliedert sich geografisch in die Stadt Düsseldorf und die Stadt Monheim am Rhein.

3.6 Organisationsstruktur

Die Emittentin als Anstalt des öffentlichen Rechts ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes sowie der Sparkassen-Finanzgruppe. Trägerin der Emittentin ist die Landeshauptstadt Düsseldorf.




Das Beteiligungsgeschäft betreibt die Emittentin im wesentlichen über ihre Tochtergesellschaft -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, die in den IFRS-Konzernabschluss einbezogen wird.

Der Konzern der Emittentin umfasst die Stadtparkasse Düsseldorf sowie deren verbundene Unternehmen, wobei die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlichen verbundenen Unternehmen konsolidiert sind. Die Stadtparkasse Düsseldorf dominiert die Geschäftstätigkeit des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf.

Der Konzernabschluss wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Soweit die Emittentin direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte an anderen Unternehmen verfügt oder deren Geschäfts- oder Finanzpolitik in sonstiger Weise bestimmen kann, werden diese als Tochterunternehmen gemäß IAS 27 in den Konzernabschluss einbezogen. Neben diesen Tochterunternehmen sind nach SIC 12 auch Einzelzweckgesellschaften, an deren Chancen und Risiken die Emittentin mehrheitlich partizipiert, nach IFRS in den Konzernabschluss einbezogen.

Der Konzern der Emittentin umfasst folgende Gesellschaften:

- -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, Düsseldorf
- SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG, Düsseldorf
- CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
- SSKD INKA Master A, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- SSKD INKA Master B, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- SSKD INKA Master C, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- AGI-Fonds SSKD-A, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft, Frankfurt/Main
- AGI-Fonds SSKD-B, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft, Frankfurt/Main

- Equity Partners GmbH, Düsseldorf
- Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH, Düsseldorf
- -Online-Service Düsseldorf GmbH, Düsseldorf
- -Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
- -Finanz-Services Düsseldorf GmbH, Düsseldorf
- Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf
- NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf
- Büropark Brüsseler Straße GmbH, Düsseldorf
- Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf GmbH, Düsseldorf
- Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH, Ratingen
- HoGi Co-Investment GmbH & Co. KG, Düsseldorf

3.7 **Sicherungssystem**

Die Emittentin ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands und damit dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

3.8 **Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane**

Organe

Die Organe der Emittentin sind:

- der Vorstand,
- der Verwaltungsrat

Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder

Der Vorstand

Der Vorstand der Emittentin besteht satzungsgemäß aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat beschließt die Bestellung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der stellvertretenden Mitglieder des Vorstands. Mitglieder des Vorstands sind derzeit:

Peter Fröhlich (Vorsitzender)	Karin-Brigitte Göbel (Mitglied)
Thomas Boots (stellv. Mitglied)	Dr. Birgit Roos (Mitglied)

Die Geschäftsadresse der Mitglieder des Vorstands ist jeweils Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf. Peter Fröhlich ist Mitglied des Aufsichtsrats der SWD Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG. Darüber hinaus üben die Mitglieder des Vorstands außerhalb ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Vorstands keine Tätigkeiten aus, die für die Emittentin von Bedeutung sind.

Der Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der Emittentin besteht satzungsgemäß aus dem Vorsitzenden, weiteren sachkundigen Mitgliedern und Vertretern der Arbeitnehmer. Mitglieder des Verwaltungsrats sind derzeit:

Vorsitzender:

Dirk Elbers - Oberbürgermeister

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats ist gemäß der Satzung der Emittentin der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf.

Sachkundige Mitglieder aus dem Bereich der Stadt Düsseldorf:

Name	Hauptbeschäftigung
Gudrun Hock 1. Stellvertreterin des vorstehenden Mitglieds	Bürgermeisterin; Beigeordnete a.D.
Friedrich Conzen 2. Stellvertreter des vorstehenden Mitglieds	Bürgermeister; Selbständiger Einzelhandelskaufmann
Dr. Friedrich Hassbach	Verbandsgeschäftsführer
Bernd Hebbing	ehemaliger stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Karstadt AG
Helga Leibauer	Hausfrau
Wolfgang Scheffler	Lehrer
Ursula Schiefer	Hausfrau
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	Bürgermeisterin; Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig
Günter Wurm	Dipl. Verwaltungswirt, Beamter

Sachkundige Mitglieder aus dem Bereich der Stadt Monheim am Rhein:

Name	Hauptbeschäftigung
Günter Bosbach	pensionierter Kriminalhauptkommissar
Ursula Schlöber	Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen

Mitglieder Arbeitnehmervertreter:

Sandra Enenkel	Silvia Kusel
Frank Hinrichs	Wilfried Preisendörfer

Die Geschäftsadresse der Mitglieder des Verwaltungsrats ist jeweils Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben außerhalb ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Verwaltungsrats neben den oben angegebenen jeweiligen Hauptbeschäftigungen keine Tätigkeiten aus, die für die Emittentin von Bedeutung sind.

Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder bestehen keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.9 Träger der Emittentin

Träger der Emittentin im Sinne von § 6 Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen ist die Stadt Düsseldorf.

3.10 Rating

Moody's Investors Service Limited ("**Moody's**") stuft die Bonität der Emittentin derzeit mit "Aa1" ein.

Emittentenratings sind Meinungen über die Fähigkeit eines Unternehmens, seine vorrangigen unbesicherten Finanzverbindlichkeiten und vertraglichen Verpflichtungen aus Finanzgeschäften zu erfüllen. Die Ratings basieren auf der allgemeinen Ratingskala von Moody's für lang- bzw. kurzfristige Verbindlichkeiten.

Nach der Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten sind "Aa" geratete Verbindlichkeiten von hoher Qualität und bergen ein sehr geringes Kreditrisiko.

Die Ratingskala von Moody's für langfristige Verbindlichkeiten ist in verschiedene Kategorien eingeteilt, die von "Aaa", die die höchste Qualität mit einem minimalen Bonitätsrisiko widerspiegelt, über "Aa", "A", "Baa", "Ba", "B", "Caa", "Ca" bis zur Kategorie "C" reichen, die die Schuldner mit dem niedrigsten Rating bezeichnet und bei der gewöhnlich ein Zahlungsausfall vorliegt und die Aussichten auf Wiedergewinnung des Kapitals oder der Zinsen gering sind. Moody's verwendet in den Ratingkategorien "Aa" bis "Caa" zusätzlich numerische Unterteilungen. Der Zusatz "1" bedeutet, dass eine entsprechend bewertete Verbindlichkeit in das obere Drittel der jeweiligen Ratingkategorie einzuordnen ist, während "2" und "3" das mittlere bzw. untere Drittel anzeigen.

Ein Emittentenrating von "Aa" bezeichnet einen Schuldner mit grundsätzlich guter Bonität, mit einem etwas höherem Risiko (vor allem im Langfristbereich) als Emittenten mit einem "Aaa" Rating. Der Zusatz "1" bedeutet, dass sich das Unternehmen im oberen Drittel der Ratingkategorie befindet.

Diese Informationen hat die Emittentin der Internetseite von Moody's (www.moodys.com) entnommen. Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie anhand von Informationen, die von Moody's veröffentlicht wurden, hat feststellen können – keine Tatsachen unterschlagen wurden, aufgrund derer die wiedergegebenen Informationen inkorrekt oder irreführend sein könnten.

Ratinginformationen sind für Anleger lediglich eine Entscheidungshilfe und ersetzen nicht die eigene Urteilsbildung eines Anlegers und sind nicht als

Kauf- oder Verkaufsempfehlung zu verstehen. Anleger müssen sich unbedingt trotz vorhandenen Ratings ein eigenes Urteil über die Bonität der Emittentin bilden.

3.11 Finanzinformationen

Das Geschäftsjahr der Emittentin entspricht dem Kalenderjahr (01. Januar bis 31. Dezember).

Alle in diesem Basisprospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Emittentin beruhen auf den Geschäftsabschlüssen für die zum 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2007 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 wurden die Einzeljahresabschlüsse der Emittentin gemäß den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung und die Konzernjahresabschlüsse gemäß den *International Financial Reporting Standards (IFRS)*, wie von der Europäischen Union verabschiedet, ("**IFRS**") erstellt, von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Kirchfeldstr. 60, 40217 Düsseldorf geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der, den Einzeljahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2008 enthaltende, Geschäftsbericht 2008 sowie die, die Konzernjahresabschlüsse der Emittentin für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 enthaltenden, Konzerngeschäftsberichte 2008 und 2007 sind am Ende dieses Basisprospekts in dem Abschnitt "Historische Finanzinformationen" abgedruckt.

3.12 Ausgewählte Finanzinformationen

HGB - Einzelabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, nicht konsolidierter Finanzinformationen über die Emittentin nach den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung für die Geschäftsjahre 2008 und 2007. Sie sind den Einzelabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2008	2007
	(in Millionen Euro)	
Bilanz		
Barreserve / Liquide Schuldtitel	153,2	73,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.039,6	1.510,80
Forderungen an Kunden	7.348,0	7.558,2
Wertpapiere	3.014,6	3.507,3
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	466,3	426,9
Treuhandvermögen	0,6	0,7
Sachanlagen / Immaterielle Vermögensgegenstände	44,7	48,3
Sonstige Aktiva	46,5	56,7
Summe der Aktiva	12.113,5	13.182,4

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2008	2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.424,5	3.498,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.208,7	6.068,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.396,0	2.484,1
Treuhandverbindlichkeiten	0,6	0,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,8	212,8
Eigenkapital	703,5	758,2
Sonstige Passiva	165,4	159,7
Summe der Passiva	12.113,5	13.182,4

IFRS – Konzernabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, konsolidierter Finanzinformationen über den Konzern Sparkasse Düsseldorf gemäß IFRS für die Geschäftsjahre 2008 und 2007. Sie sind den Konzernabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2008	2007
	(in Millionen Euro)	
Konzern Bilanz		
Barreserve	153,2	73,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.112,1	1.556,9
Forderungen an Kunden	7.781,4	7.920,6
Risikovorsorge	-223,2	-188,4
Sicherungsderivate	-,-	35,1
Handelsaktiva	57,8	37,9
Finanzanlagen	3.243,9	3.873,8
Anteile an assoziierten Unternehmen	66,7	92,3
Steueransprüche	28,3	31,8
Sonstige Aktiva	102,6	102,7
Summe der Aktiva	12.322,8	13.536,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.416,6	3.488,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.211,7	6.074,0
Handelsspassiva	58,4	27,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.371,7	2.472,7
Rückstellungen	52,5	50,5
Steuerverpflichtungen	-,-	4,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,9	214,9
Konzern-Eigenkapital	922,1	1.123,4
Sonstige Passiva	74,9	80,5
Summe der Passiva	12.322,8	13.536,2

3.13 **Gerichts- und Schiedsverfahren**

Die Emittentin ist nicht Gegenstand staatlicher Interventionen oder an Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren beteiligt, die geeignet wären, sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin oder ihres Konzerns auszuwirken, bzw. die sich in jüngster Zeit ausgewirkt haben, und war dies auch nicht in den letzten zwölf Monaten. Nach Kenntnis der Emittentin drohen solche Rechtsstreitigkeiten bzw. Verfahren auch nicht in absehbarer Zukunft.

3.14 **Keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage**

Seit dem Stichtag des letzten veröffentlichten Konzernabschlusses per 31. Dezember 2008 sind sowohl in der Finanzlage der Emittentin als auch in der Finanzlage des Konzerns der Emittentin keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

3.15 **Trendinformationen**

Seit dem Stichtag des letzten veröffentlichten Konzernabschlusses per 31. Dezember 2008 sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin eingetreten.

4. **ALLGEMEINE INFORMATIONEN**

4.1 **Verantwortung**

Die Stadtsparkasse Düsseldorf übernimmt für die in diesem Basisprospekt gemachten Angaben gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 WpPG die Verantwortung. Die Stadtsparkasse Düsseldorf erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.2 **Ermächtigung**

Alle Schuldverschreibungen werden aufgrund eines Beschlusses des Vorstands der Emittentin begeben. Das genaue Datum des Beschlusses wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben werden.

4.3 **Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses**

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 **Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte**

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte, die als "Basiswerte" im Rahmen der Schuldverschreibungen mit aktien- und/oder indexabhängiger Rückzahlung dienen, direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Schuldverschreibungen mit aktien- und/oder indexabhängiger Rückzahlung nicht begeben worden wären.

4.5 **Einsehbare Dokumente**

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sind die in dem Abschnitt "Historische Finanzinformationen" abgedruckten Geschäftsberichte 2008 und 2007 der Emittentin, die Satzung der Emittentin sowie Ablichtungen weiterer in diesem Basisprospekt genannter Unterlagen während der üblichen Öffnungszeiten bei der Stadtsparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung kostenlos erhältlich und auf der Internetseite www.sskduesseldorf.de abrufbar.

4.6 **Veröffentlichung des Basisprospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen**

Dieser Basisprospekt wird nach seiner Billigung bei der BaFin hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der Einführung gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a WpPG auf der Internetseite www.sskduesseldorf.de veröffentlicht. Druckfassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Stadtsparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie allen dazugehörigen Geschäftsstellen kostenlos erhältlich.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der

Einführung veröffentlicht und bei der BaFin hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite www.sskduesseldorf.de. Die Druckfassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Sparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie allen dazugehörigen Geschäftsstellen kostenlos erhältlich.

5. **BESCHREIBUNG DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND DES ANGEBOTS**

5.1 **Überblick**

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Endgültigen Bedingungen und Merkmale der Schuldverschreibungen sowie die Ausgabebedingungen erst bei Ausgabe der Schuldverschreibungen festgelegt werden können, sind diese Informationen und die nachfolgenden Emissionsbedingungen in Zusammenhang mit den jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu lesen, die bei jeder Emission von Schuldverschreibungen gemäß § 14 WpPG veröffentlicht werden. In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie etwaige Verzinsung, Laufzeit, Rückzahlungsbetrag, Endfälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindest- sowie Höchstzeichnungsbetrag, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle rechtlichen und wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission. Darüber hinaus enthalten die Endgültigen Bedingungen einen Komplettabdruck der für die jeweiligen Schuldverschreibungen maßgeblichen Emissionsbedingungen.

5.2 **Beschreibung der Schuldverschreibungen**

Nennbetrag

Der Nennbetrag der Schuldverschreibungen ist der in den Endgültigen Bedingungen festgelegte Nennbetrag.

Verzinsung

In den Endgültigen Bedingungen wird festgelegt, ob die Schuldverschreibungen unverzinslich sind oder verzinst werden. Die Dauer der Zinsperioden der Schuldverschreibungen, der anwendbare Zinssatz und dessen Berechnungsmethode werden ebenfalls in den Endgültigen Bedingungen festgelegt werden

Zinszahlungen auf festverzinsliche Schuldverschreibungen (*Fixed Rate Notes*) erfolgen zu einem festen Zinssatz, der in den Endgültigen Bedingungen festgelegt wird. Handelt es sich bei den festverzinslichen Schuldverschreibungen um sog. Stufenzinsschuldverschreibungen, sind die Schuldverschreibungen zu wechselnden Zinssätzen festverzinslich, wobei die für die jeweilige Zinsperiode (mit Ausnahme der ersten Zinsperiode) zu zahlenden Zinssätze im Fall von "Step-up"-Schuldverschreibungen in der Regel höher und im Fall von "Step-down"-Schuldverschreibungen in der Regel niedriger sind als die Zinssätze für die jeweils vorangegangenen Zinsperioden.

Der Zinssatz von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (*Floating Rate Notes*) wird durch Verknüpfung mit dem LIBOR oder EURIBOR (oder mit anderen in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen festgelegten Bezugsgrößen), zuzüglich einer etwaigen Anpassung durch eine Marge bestimmt.

Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung wird von einem festen Zinssatz ein variabler Zinssatz abgezogen, d.h., dass sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz entwickelt: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt.

Sowohl variabel verzinsliche Schuldverschreibungen als auch Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung können einen Mindestzinssatz als auch einen Maximalzinssatz haben.

Rückzahlung

In den Endgültigen Bedingungen wird der Zeitpunkt der Rückzahlung der Schuldverschreibungen und der bei der Rückzahlung zu zahlende Betrag oder im Falle einer Lieferung von Vermögenswerten der oder die bei Rückzahlung zu liefernden Vermögenswerte angegeben.

Die Zahlung des Rückzahlungsbetrags von Indexabhängigen Schuldverschreibungen (*Index Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb oder auf der Grundlage einer auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Die Zahlung des Rückzahlungsbetrags von Aktienabhängigen Schuldverschreibungen (*Equity Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf eine einzelne Aktie oder einen Aktienkorb oder auf der Grundlage einer auf einer einzelnen Aktie oder eines Aktienkorbs basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Ferner wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben, ob die betreffenden Schuldverschreibungen vor ihrer festgelegten Endfälligkeit zurückgezahlt werden können.

Verjährung

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

Status

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Im Übrigen haben die Ansprüche aus den nachrangigen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus den nachrangigen Schuldverschreibungen werden vertragliche Sicherheiten weder durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus den nachrangigen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 4 KWG). Eine vorzeitige

Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).

Pfandbriefe

Als Pfandbriefe ausgegebene Schuldverschreibungen begründen nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus (im Fall von Hypothekenpfandbriefen) Hypothekenpfandbriefen oder (im Fall von öffentlichen Pfandbriefen) öffentlichen Pfandbriefen.

Besicherung

Mit Ausnahme der unter diesem Basisprospekt zu emittierenden Pfandbriefe sind die Schuldverschreibungen nicht besichert und den Schuldverschreibungsinhabern stehen (im Fall von Indexabhängigen Schuldverschreibungen oder Aktienabhängigen Schuldverschreibungen) keine Rechte im Zusammenhang mit den Basiswerten zu.

Laufzeit

Die Laufzeit der Schuldverschreibungen wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Bindung an Basiswerte

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass die Rückzahlung und/oder Verzinsung der Schuldverschreibungen gegebenenfalls an einen oder mehrere Basiswerte gekoppelt ist. Basiswerte können Aktien oder Indizes sein (wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben). Dies bedeutet, dass Anleger unter bestimmten Umständen und in Abhängigkeit von der jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Zins- und Rückzahlungsstruktur und dem jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Basiswert möglicherweise keine Zinszahlungen oder einen geringeren Rückzahlungsbetrag als den Nennbetrag der Schuldverschreibungen erhalten.

Die Endgültigen Bedingungen enthalten weitere Informationen über den jeweiligen Basiswert sowie eine Erläuterung der Beziehung zwischen dem Rückzahlungs- bzw. Zinsbetrag und dem Basiswert. Die Informationen über den jeweiligen Basiswert in den Endgültigen Bedingungen werden enthalten,

- Angaben darüber, wo Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und seiner Volatilität eingeholt werden können;
- soweit es sich bei dem Basiswert um ein Wertpapier handelt, Angaben in Bezug auf den Namen der Wertpapieremittentin, die ISIN ("International Security Identification Number") oder eine ähnliche Wertpapierkennnummer;
- soweit es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, eine Bezeichnung des Index und eine Indexbeschreibung, falls der Index von der Emittentin zu-

sammengestellt wird. Wird der Index nicht von der Emittentin zusammengestellt, Angabe des Ortes, wo Angaben zu diesem Index zu finden sind;

- soweit es sich bei dem Basiswert um einen Korb von Basiswerten handelt, eine Angabe zu den entsprechenden Gewichtungen jedes einzelnen Basiswerts im Korb.

Stellt die Emittentin den Eintritt einer Marktstörung, eines Unterbrechungstags oder eines sonstigen Ereignisses in Bezug auf den Basiswert fest, so unterliegen die Schuldverschreibungen den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Anpassungen und/oder Festlegungen der Emittentin.

Währungen

Vorbehaltlich der Erfüllung aller geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen können die Schuldverschreibungen in den zwischen der Emittentin und dem/den maßgeblichen Händler/n vereinbarten Währungen ausgegeben werden, einschließlich aber nicht beschränkt auf Euro, US Dollar, Schweizer Franken, Pfund Sterling und Japanische Yen.

5.3 Beschreibung des Angebots

Vertrieb

Die Schuldverschreibungen können im Wege eines öffentlichen Angebots oder einer Privatplatzierung vertrieben werden. Die Schuldverschreibungen werden insbesondere an Privatanleger und/oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

Die Schuldverschreibungen können bei der Stadtparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie allen dazugehörigen Geschäftsstellen bezogen werden.

Lieferung und Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrags

Die Schuldverschreibungen sind (im Fall von Inhaberschuldverschreibungen) in einer Global-Inhaberschuldverschreibung oder (im Fall von Inhaberpfandbriefen) in einem Global-Inhaberpfandbrief (zusammen, die "**Globalurkunde**") verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

Die Schuldverschreibungsinhaber erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Globalurkunde in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar.

Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrags durch ihre Depotbank.

Ausgabepreis

Die Schuldverschreibungen können, wie in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen angegeben, zu ihrem Nennbetrag, mit einem Auf- oder Abschlag auf den Nennbetrag oder zu einem Teilbetrag ausgegeben werden. Der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen wird in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen genauer angegeben.

Der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen kann über deren Marktwert zum Zeitpunkt der Erstellung der jeweiligen Endgültigen Bedingungen liegen (ermittelt unter Verwendung von internen Preisfindungsmodellen, die auf allgemein anerkannten finanzmathematischen Prinzipien beruhen). Der Ausgabepreis kann Kommissionsgebüh-

ren enthalten, die an einen oder mehrere Anbieter gezahlt werden. Der Ausgabepreis wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Die Schuldverschreibungen können sofort oder nach Ablauf einer Zeichnungsfrist freibleibend zum Verkauf gestellt werden. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.

Die Endgültigen Bedingungen können eine Mindestzeichnung bzw. einen Mindestanlagebetrag vorsehen.

Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots sowie die Stückelung wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Ergebnis des Angebots

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten gegebenenfalls Informationen in Bezug auf die Veröffentlichung der Ergebnisse eines Angebots von Schuldverschreibungen. Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten zudem die Information, ob vor dieser Veröffentlichung eine Aufnahme des Handels in den Schuldverschreibungen möglich ist.

Börsennotierung

Die Schuldverschreibungen können im Freiverkehr der Frankfurter Börse und/oder der Stuttgarter Börse oder einer anderen in den Endgültigen Bedingungen genannten Börse notiert bzw. gehandelt werden. Einzelne Serien von Schuldverschreibungen sind möglicherweise nicht notiert.

Wertpapierkennnummern

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten Informationen in Bezug auf die Internationale Wertpapierkennnummer ("**ISIN**") und/oder die Wertpapierkennnummer ("**WKN**") der jeweiligen Schuldverschreibungen.

Emissionstermin

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten Informationen über den voraussichtlichen Emissionstermin der jeweiligen Schuldverschreibungen.

Zeichnungs- und Angebotsfrist

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen werden Informationen über die voraussichtliche Zeichnungs- und Angebotsfrist der jeweiligen Schuldverschreibungen enthalten.

Zahlstellen und Hinterlegungsstelle

Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Stadtparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf.

Die Hinterlegungsstelle für die Schuldverschreibungen ist die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main.

Weitere Informationen über die Schuldverschreibungen

Die Endgültigen Bedingungen enthalten weitere Informationen über die Schuldverschreibungen, gegebenenfalls insbesondere in Bezug auf die Rendite und die Berechnung der Rendite, Market-Making, Berater und deren jeweilige Aufgaben, die Bedingungen des jeweiligen Angebots, Höchstgrenzen für die Zeichnung, den Zeitplan (insbesondere in Bezug auf die Zahlung des Kaufpreises und die Lieferung der Schuldver-

schreibungen), und den geplanten Vertriebsweg und Zuteilung der Schuldverschreibungen sowie weitere Zusatzangaben.

6. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZU PFANDBRIEFEN UND DEM PFANDBRIEFGESCHÄFT

Im Juli 2005 erfolgte eine grundlegende Neuregelung des Pfandbriefrechts in Deutschland. Dabei wurden die drei bisher im Rahmen des Pfandbriefgeschäfts geltenden Gesetze (Hypothekendarlehenbankgesetz ("**HBG**"), Gesetz über Schiffspfandbriefbanken ("**SchBG**") und das Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten ("**ÖPG**")) durch ein einheitliches, neues Gesetz, das Pfandbriefgesetz ("**PfandBG**"), abgelöst.

Mit dem zum 19. Juli 2005 in Kraft getretenen Pfandbriefgesetz wurde die Möglichkeit zur Emission von gedeckten Schuldverschreibungen – ein Privileg, das im privatrechtlichen Bereich bis dahin auf Spezialkreditinstitute beschränkt war – auf alle Kreditinstitute ausgedehnt. Die Ausgabe von Pfandbriefen ist seitdem ein erlaubnispflichtiges Bankgeschäft nach § 1 Kreditwesengesetz ("**KWG**") in Verbindung mit § 32 KWG. Alle Institute, die bereit und in der Lage sind, die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen, und die von der Aufsichtsbehörde die Erlaubnis zum Pfandbriefgeschäft erhalten haben, dürfen seit dem 19. Juli 2005 Pfandbriefe emittieren. Bei Instituten, die bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes bereits die Befugnis zur Ausgabe von Pfandbriefen besaßen, galt die Erlaubnis als erteilt; sie mussten jedoch innerhalb einer kurzen Frist nachweisen, dass sie die für das Pfandbriefgeschäft unabdingbaren Mindestanforderungen erfüllten (§ 42 Abs. 3 PfandBG).

Bei Pfandbriefen handelt es sich um gedeckte Bankschuldverschreibungen, die entweder als Hypotheken- bzw. Schiffspfandbriefe oder als Öffentliche Pfandbriefe emittiert werden. Die Hypothekendarlehenpfandbriefe sind u.a. durch als risikoarm eingestufte Kredite gegen hypothekarische Beleihung von Grundstücken in einem Staate der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaate des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Schweiz, den USA, Kanada oder Japan gedeckt (§ 13 PfandBG), die Schiffspfandbriefe u.a. durch Schiffshypotheken. Den Öffentlichen Pfandbriefen liegen u.a. Forderungen gegen staatliche Stellen oder von diesen staatlichen Stellen garantierte Darlehen an andere Kreditnehmer zugrunde. Die Bezeichnung der Schuldverschreibungen als "Pfandbriefe" genießt gesetzlichen Schutz.

Der Gesamtbetrag der umlaufenden Pfandbriefe einer Gattung eines Emittenten muss in Höhe des Nennwerts jederzeit durch Werte von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein (nennwertige Deckung - § 4 Abs. 1 PfandBG). Zusätzlich zur jederzeitigen Deckung nach dem Nennwert muss auch die Deckung nach dem Barwert sichergestellt sein (barwertige Deckung - § 4 Abs. 2 PfandBG). Für mögliche Wertverluste der Deckungsmassen gegenüber dem Pfandbriefumlauf muss eine 2%ige Überdeckung in besonders liquiden Werten vorgehalten werden. Die Pfandbriefbank hat fortlaufend durch geeignete Rechenwerke sicherzustellen und zu dokumentieren, dass die Deckung der Ansprüche der Pfandbriefinhaber jederzeit gegeben ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat aus diesem Grunde regelmäßig sog. Deckungsprüfungen bei allen Pfandbriefemittenten durchzuführen (§ 3 Satz 3 PfandBG).

Den Beleihungswert von Immobilien bei Hypothekendarlehenpfandbriefen muss ein unabhängiger Gutachter ermitteln. Als Deckung für die auszugebenden Pfandbriefe dürfen nur die ersten 60 Prozent des sorgfältig ermittelten Beleihungswerts verwendet werden (Beleihungsgrenze - § 14 PfandBG). Die Pfandbriefbank darf grundsätzlich Werte erst nach Erwerb eines gefestigten Erfahrungswissens in Deckung nehmen, bei Geschäften auf neuen Märkten im Bereich des Hypothekendarlehens, wie z.B. bei der Erschließung ausländischer Immobilienmärkte, nicht jedoch vor Ablauf von zwei Jahren nach deren Aufnahme (§ 27 Abs. 2 PfandBG).

Die zur Deckung der Pfandbriefe verwendeten Deckungswerte sind von der Pfandbriefbank einzeln in ein für jede Pfandbriefgattung geführtes Deckungsregister (§ 5

PfandBG) einzutragen, das der Kontrolle des staatlich bestellten Treuhänders unterliegt. Dieser Treuhänder besitzt ein umfassendes Auskunfts- und Einsichtsrecht. Er achtet vor allem darauf, dass die Pfandbriefe jederzeit vorschriftsmäßig gedeckt sind. Außerdem verwahrt er die Deckungswerte unter Mitverschluss der Pfandbriefbank (§ 9 PfandBG). Bei der Ausgabe von neuen Pfandbriefen muss der Treuhänder mitwirken. Die Eintragung von Deckungswerten in einem Deckungsregister kann nur mit seiner Zustimmung gelöscht werden. Die ausgegebenen Pfandbriefe tragen zur Bestätigung ihrer ordnungsgemäßen Deckung die Unterschrift des Treuhänders.

Die Deckungsmassen sind rechtlich weitgehend verselbständigt und vom Vermögen der Pfandbriefbank getrennt. Im Fall der Insolvenz einer Pfandbriefbank zählen die Deckungswerte nicht zur Insolvenzmasse. Den Pfandbriefinhabern stehen auch im Falle der Insolvenz der Emittentin die Deckungswerte zur Befriedigung ihrer Forderungen aus den Pfandbriefen zur Verfügung.

7. **EMISSIONSBEDINGUNGEN DER NICHT AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN**

**§ 1
Nennbetrag**

Diese Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Gesamtnennbetrag von [●] (in Worten [●]) ist eingeteilt in [●] Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je [●] (der "**Nennbetrag**").

**§ 2
Wertpapiergattung, Identifikationsnummer**

Bei dieser Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**"), Serie [●].

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code [●] und die WKN [●].

**§ 3
Verbriefung**

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die "**Clearstream Banking AG**"), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungsinhaber**") stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

**§ 4
Währung**

Die Schuldverschreibungen werden in [●] (die "**Maßgebliche Währung**") begeben.

**§ 5
Status**

[bei nicht nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin zumindest gleichrangig sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Regelungen etwas anderes vorschreiben.]

[bei nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

(1) Status der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin zumindest gleichrangig sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Regelungen etwas anderes vorschreiben. Im Fall der Insolvenz, Liquidation, Auflösung oder eines der Abwendung der Insolvenz der Emittentin dienenden Verfahrens, stehen solche Verbindlichkeiten nicht nachrangigen Ansprüchen anderer Gläubiger im Rang nach, so dass Zahlungen auf die Schuldverschreibungen erst erfolgen, wenn alle Ansprüche gegen die Emittentin aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten vollständig befriedigt sind.

(2) Keine Sicherheiten

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

(3) Aufrechnungsverbot

Die Schuldverschreibungsinhaber sind nicht berechtigt, Forderungen aus den Schuldverschreibungen mit möglichen Forderungen der Emittentin gegen sie aufzurechnen und die Emittentin ist nicht berechtigt, Forderungen gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern gegen ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen aufzurechnen.

(4) Hinweis nach § 10 Abs. 5 a Satz 8 KWG

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 4 KWG). Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).]

**§ 6
Kündigungsrecht der Emittentin**

[falls die Emittentin kein Kündigungsrecht hat, einfügen:

Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[falls die Emittentin ein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum [●] ([jeweils] der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") zu [100 % des Nennbetrags] [**anderen Rückzahlungsbetrag einfügen**] zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechts wird

die Emittentin [●] Bankgeschäftstage (wie in § 9 definiert) vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

§ 7 Verzinsung

[bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.]

[bei Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung (einschließlich Stufenzins-schuldverschreibungen) einfügen:

(1) Zinssatz und Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom [●] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum **[im Fall von Stufenzins-schuldverschreibungen einfügen: [●] (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum [●] (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum [evtl. weitere Zinsperioden einfügen]]** Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich) mit jährlich [●] %.

Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] nachträglich am **[Zinszahlungstage einfügen]** eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen] [sofern der erste Zinszahlungstag nicht der erste Jahrestag des Verzinsungsbeginns ist, einfügen:** und beläuft sich auf **[anfänglichen Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen]**. **[falls der Endfälligkeitstag kein regulärer Zinszahlungstag ist, einfügen:** Die Zinsen für den Zeitraum vom **[den letzten dem Endfälligkeitstag vorausgehenden Zinszahlungstag einfügen]** (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (ausschließlich) belaufen sich auf **[abschließenden Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen].]** Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

(2) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht]. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

(3) Berechnung des Zinsbetrags

Falls der auf die Schuldverschreibungen zu zahlende Zinsbetrag für einen Zeitraum von weniger oder mehr als einem Jahr zu berechnen ist, erfolgt die Berechnung des Zins-

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

betrags, indem der Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und das hieraus resultierende Ergebnis auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

[bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung (einschließlich Reverse Floater) einfügen:

(1) Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom **[●]** (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich). Zinsen auf die Schuldverschreibungen sind **[vierteljährlich]** **[halbjährlich]** **[jährlich]** an jedem Zinszahlungstag (wie nachstehend definiert), erstmals am **[●]** und letztmals am **[●]**, zahlbar.

"**Zinszahlungstage**" sind der **[●]** [, der **[●]**] [, der **[●]**] [und der **[●]**] eines jeden Jahres. Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

(2) Maßgeblicher Zinssatz

Der maßgebliche variable Zinssatz (der "**maßgebliche Zinssatz**") für **[bei einheitlicher Berechnungsmethode während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen einfügen:** jede Zinsperiode (wie nachstehend definiert)] **[bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnder Berechnungsmethoden einfügen:** die Zinsperiode vom **[●]** (einschließlich) bis zum **[●]** (ausschließlich)] wird von der Emittentin am maßgeblichen Zinsfeststellungstag (wie nachstehend definiert) **[gemäß folgender Formel berechnet: **[●]**] [unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der "**Referenzzinssatz**") berechnet].**

[Erläuterungen/Definitionen der einzelnen Formelbestandteile einfügen.]

[Bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnden Berechnungsmethoden sind die weiteren Berechnungsmethoden für weitere Zinsperioden einzufügen.]

[Der Referenzzinssatz entspricht dem **[3-Monats-Euribor]** **[6-Monats-Euribor]** **[12-Monats-Euribor]** **[●]**, wie er am Zinsfeststellungstag gegen **[11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel)]** **[andere Ortszeit einfügen]** auf der **[Reuters-Seite EURIBOR01]** **[andere Bildschirmseite einfügen]** veröffentlicht wird.

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Mindestzinssatz und ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) und des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[Der]** maßgebliche Zinssatz **[berechnet sich]** dabei aus **[bei Reverse Floater einfügen: **[●]** % abzüglich dem **[●]**-fachen]** Referenzzinssatz] **[bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:** dem Referenzzinssatz **[abzüglich **[●]** %]** **[zuzüglich **[●]** %]**].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die **[Reuters-Seite EURIBOR01]** **[andere Bildschirmseite einfügen]** nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die **[Bloomberg]** **[andere Bildschirmseite einfügen]**-Seite **[EUR003M <INDEX> <GO>]** **[EUR006M <INDEX> <GO>]** **[EUR012M <INDEX> <GO>]** herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden,

ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktkonventionen ermittelten Zinssatz für Einlagen in **[maßgebliche Währung einfügen]** für **[drei] [sechs] [zwölf] [Monate] [anderen Zeitraum einfügen]** festzulegen.]

"**Zinsfeststellungstag**" ist jeweils der **[●]** Bankgeschäftstag (wie in § 9 definiert) **[vor Beginn einer jeweiligen Zinsperiode] [vor dem jeweiligen Zinszahlungstag (*in arrears*)].**

"**Zinsperiode**" bezeichnet jeweils den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) bzw. von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum darauf folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich).

[bei Schuldverschreibungen mit anderer Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen:

(3) Mindestzinssatz

Falls der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Mindestzinssatz**").]

[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:

([4]) Höchstzinssatz.

Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Höchstzinssatz**").]

([5]) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, **[bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht].** Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

([6]) Berechnung des Zinsbetrags

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) ist der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz ([4]) ist der] **[falls sowohl ein Mindestzinssatz als auch ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) und (4) wird der] **[Der]** für die maßgebliche Zinsperiode auf den Nennbetrag zu zahlende Zinsbetrag **[wird]** von der Emittentin am Zinsfeststellungstag dieser Zinsperiode berechnet, indem der maßgebliche Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und der hieraus resultierende Betrag auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

[bei Schuldverschreibungen mit einer anderen Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[bei fester oder variabler Verzinsung stets und bei unverzinslichen Schuldverschreibungen bei Bedarf einfügen:

([●]) Zinstagequotient

"Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrags auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum **[bei jedem Zinstagequotienten außer Actual/Actual (ICMA) einfügen:** (der "Zinsberechnungszeitraum")]:

[bei festverzinslichen Schuldverschreibungen, auf die Actual/Actual (ICMA) anwendbar ist, einfügen:

1. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen die Anzahl der Tage in der relevanten Periode ab dem letzten Zinszahlungstag (oder, wenn es keinen solchen gibt, ab dem Verzinsungsbeginn) (jeweils einschließlich desselben) bis zum relevanten Zahlungstag (ausschließlich desselben) (der "**relevante Zeitraum**") kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden relevanten Zeitraum geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; oder

2. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen der relevante Zeitraum länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, die Summe aus:

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der relevante Zeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; und

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr.

"Feststellungsperiode" ist der Zeitraum von einem Feststellungstermin (einschließlich) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich); dies schließt dann, wenn der Verzinsungsbeginn kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstermin vor dem Verzinsungsbeginn anfängt, und dann, wenn der letzte Zinszahlungstag kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstag nach dem letzten Zinszahlungstag endet.

Die Anzahl der Feststellungstermine im Kalenderjahr (jeweils ein "**Feststellungstermin**") beträgt **[Anzahl der regulären Zinszahlungstage im Kalenderjahr einfügen].]**

[im Fall von Actual/Actual (ISDA) oder Actual/365 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil des Zinsberechnungszeitraums in ein Schaltjahr fällt, die Summe von (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die in das Schaltjahr fallen, dividiert durch 366 und (B) die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die nicht in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 365).]

[im Fall von Actual/365 (Fixed) einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[im Fall von Actual/360 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360.]

[im Fall von 30/360, 360/360 oder Bond Basis einfügen: die Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu je 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraums weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der den letzten Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[im Fall von 30E/360 oder Eurobond Basis einfügen: die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (dabei ist die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln, und zwar ohne Berücksichtigung des Datums des ersten oder letzten Tages des Zinsberechnungszeitraums, es sei denn, der Fälligkeitstag des letzten Zinsberechnungszeitraums ist der letzte Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[anderen Zinstagequotienten einfügen]

§ 8 Rückzahlung

[bei Schuldverschreibungen, die zum Nennbetrag zurückgezahlt werden, einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennbetrags am [●] (der "**Endfälligkeitstag**") [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.]

[andere Rückzahlungsregelung einfügen]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß diesen Emissionsbedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Schuldverschreibungsinhaber überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern aus den Schuldverschreibungen.

Sofern der Fälligkeitstag für eine Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen oder ein Zinszahlungstag ansonsten auf einen Tag fielen, der kein Bankgeschäftstag ist, so wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag

[bei Anwendung der Modified Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Fälligkeitstag für diese

Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[bei Anwendung der FRN Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird (i) der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Bankgeschäftstag des Monats, der **[[relevante Zahl einfügen] [Monate] [andere festgelegte Zinsperiode einfügen]]** nach dem vorausgehenden Zinszahlungstag liegt.]

[bei Anwendung der Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben.]

[bei Anwendung der Preceding Business Day Convention einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden der Zinsbetrag und alle folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) nicht angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden weder der Zinsbetrag noch die folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

"**Bankgeschäftstag**" steht für einen Tag (außer einem Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in **[Frankfurt am Main und Düsseldorf] [anderes Finanzzentrum einfügen]** Zahlungen abwickeln **[und an dem Zahlungen über das TARGET-System abgewickelt werden]**.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Schuldverschreibungsinhaber weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen werden. Der Begriff "**Schuldverschreibungen**" umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen **[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger] **[[und] [„sofern gesetzlich erforderlich,] in einem überregionalen Börsenpflichtblatt] [falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Mitteilung an Clearstream Banking AG zur Weiterleitung durch Clearstream Banking AG an die Schuldverschreibungsinhaber].

[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt mit dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.]

[falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an Clearstream Banking AG als den Schuldverschreibungsinhabern mitgeteilt.]

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand, Verjährung

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Schuldverschreibungsinhaber und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Düsseldorf.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Düsseldorf.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen ersetzt.

8. **EMISSIONSBEDINGUNGEN DER AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN**

**[§ 1
Nennbetrag**

Diese Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Gesamtnennbetrag von [●] (in Worten [●]) ist eingeteilt in [●] Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je [●] (der "**Nennbetrag**").]

**[§ 1
Emissionsvolumen**

Die Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") begibt [●] (in Worten [●]) Schuldverschreibungen.]

**§ 2
Wertpapiergattung, Identifikationsnummer**

Bei der Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") [, Serie [●]].

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code [●] und die WKN [●].

**§ 3
Verbriefung**

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die "**Clearstream Banking AG**"), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungsinhaber**") stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

**§ 4
Währung**

Die Schuldverschreibungen werden in [●] (die "**Maßgebliche Währung**") begeben.

**§ 5
Status**

Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin

zumindest gleichrangig sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Regelungen etwas anderes vorschreiben.

§ 6 Kündigungsrecht der Emittentin

[falls die Emittentin kein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[falls die Emittentin ein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum [●] ([jeweils] der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") zu [100 % des Nennbetrags] [●] zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin [●] Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

§ 7 Verzinsung

[bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst. [Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.]]

[bei Schuldverschreibungen mit Verzinsung maßgebliche Bestimmung einfügen]

§ 8 Rückzahlung

(1) Rückzahlung

[Rückzahlung bei Produkten, die zum Nennbetrag zurückgezahlt werden:

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennbetrags am [●] (der "**Endfälligkeitstag**") [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.]

[Rückzahlung bei Aktienanleihen:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag wie folgt zurückgezahlt:

(i) Wenn [der Endstand] [●] der Aktie [der Put-Barriere [entspricht oder diese überschreitet]] [●] werden die Schuldverschreibungen

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung des Nennbetrags je Schuldverschreibung (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt; bzw.] [●]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des End-Basiswertbetrags zurückgezahlt; bzw.]

(ii) wenn [der Endstand] [●] der Aktie [die Put-Barriere [unterschreitet]] [●], werden die Schuldverschreibungen

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung eines Betrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt, der von der Emittentin nach folgender Formel berechnet wird:

Nennbetrag x Wertentwicklung,]

[wobei der Rückzahlungsbetrag jedoch höchstens dem Nennbetrag entspricht.]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des Basiswertbetrags zurückgezahlt.]

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin mit der [ISIN] [WKN] [●].

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Börse**" steht in Bezug auf die Aktie für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

"**Endfälligkeitstag**" ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 10] [●], der [●].

"**Endstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Abschließenden Bewertungstag.

"**Put-Barriere**" ist [[●]% des Anfangsstandes der Aktie] [●].

"**Terminbörse**" steht in Bezug auf die Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen

Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]

"**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.

[bei Barrückzahlung einfügen:

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung der Aktie, die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Anfangsstand}}$$

[bei physischer Lieferung einfügen:

"**Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Anfangsstand}}$$

[andere Formel einfügen]

[bei physischer Lieferung ggf. einfügen:

"**End-Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Endstand}}$$

[andere Formel einfügen]]

[Rückzahlung bei Umtauschanleihen:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags bzw. durch Lieferung des Basiswertbetrags wie folgt zurückgezahlt:

(i) Wenn [der Endstand] [●] [der Aktie] [einer Aktie] die Call-Barriere [unterschreitet] [●] werden die Schuldverschreibungen

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung des Nennbetrags je Schuldverschreibung (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt; bzw.] [●]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des End-Basiswertbetrags zurückgezahlt; bzw.]

(ii) wenn [der Endstand] [●] [der Aktie] [einer Aktie] [●] der Call-Barriere [entspricht bzw. diese überschreitet] [●], werden die Schuldverschreibungen

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung eines Betrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt, der von der Emittentin nach folgender Formel berechnet wird:

Nennbetrag x Wertentwicklung,]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des Basiswertbetrags zurückgezahlt.]

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin mit der [ISIN] [WKN] [●].

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Börse**" steht [in Bezug auf die Aktie] für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

"**Call-Barriere**" ist [[●]% des Anfangsstandes der Aktie] [●].

"**Endfälligkeitstag**" ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 10] [●], der [●].

"**Endstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Abschließenden Bewertungstag.

"**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.

"**Terminbörse**" steht in Bezug auf eine Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]

[bei Barrückzahlung einfügen:

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung der Aktie, die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Call-Barriere}}$$

[bei physischer Lieferung einfügen:

"**Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Call - Barriere}}]$$

[andere Formel einfügen]

[bei physischer Lieferung ggf. einfügen:

"**End-Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Endstand}}]$$

[andere Formel einfügen]]

[Rückzahlung bei Bonuszertifikaten:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags zurückgezahlt.

Der "**Rückzahlungsbetrag**" wird durch die Emittentin wie folgt festgelegt:

(i) Wenn der [Endstand] [Kurs] [●] [der Aktie] [des Index] [●] [an mindestens einem Börsenarbeitstag während des Beobachtungszeitraums] [am Abschließenden Bewertungstag] [●] der Barriere [entspricht bzw. diese überschreitet] [●] entspricht der Rückzahlungsbetrag je Schuldverschreibung dem Produkt aus (x) dem Nennbetrag je Schuldverschreibung und (y) dem Bonusfaktor; bzw.] [●]

(ii) wenn der [Endstand] [Kurs] [●] [der Aktie] [des Index] [●] [an mindestens einem Börsenarbeitstag während des Beobachtungszeitraums] [am Abschließenden Bewertungstag] [●] die Barriere [unterschreitet] [●], entspricht der Rückzahlungsbetrag je Schuldverschreibung Ergebnis aus der Multiplikation (x) des Nennbetrags je Schuldverschreibung und (y) der Wertentwicklung.

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Barriere**" ist [[●] % des Anfangsstandes [der Aktie] [des Index]] [●].

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Bonusfaktor**" ist [●] %.

"**Endstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Abschließenden Bewertungstag.

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung [der Aktie] [des Index], die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Anfangsstand}}$$

[bei Aktien als Basiswert einfügen:

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin.

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Börse**" steht in Bezug auf die Aktie für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

["**Kurs**" steht in Bezug auf die Aktie für jeden Kurs, der an der jeweiligen Börse ermittelt und veröffentlicht wird.]

["**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.]

"**Terminbörse**" steht in Bezug auf eine Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]

[bei Index als Basiswert einfügen:

"**Index**" bzw. "**Basiswert**" ist [●].

"**Index-Sponsor**" ist [●].

["**Kurs**" steht in Bezug auf einen Index für jeden Kurs, der von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.]

[Der "**Schlusskurs**" steht in Bezug auf einen Index für den Schlusskurs des Index, wie er von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird. [●]]

[Rückzahlung bei Discountzertifikaten:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags zurückgezahlt.

Der "**Rückzahlungsbetrag**" je Schuldverschreibung entspricht

(i) dem Produkt aus (x) dem [Nennbetrag] [Anfangswert] je Schuldverschreibung und (y) der Wertentwicklung, bzw.

(ii) dem Höchstrückzahlungsbetrag, wenn der gemäß (i) berechnete Betrag höher als der Höchstrückzahlungsbetrag ist. [●]

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in § 9(2) [●] der [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in § 9(2) [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Barriere**" ist [[●] % [des Anfangsstandes] [der Aktie] [des Index]] [●].

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Endfälligkeitstag**" ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 10] [●], der [●].

"**Endstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Abschließenden Bewertungstag.

"**Höchstrückzahlungsbetrag**" beträgt [●].

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung [der Aktie] [der Besten Aktie] [der Schlechtesten Aktie] [des Index] [des Besten Index] [des Schlechtesten Index], die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Anfangsstand}}$$

[bei Aktien als Basiswert einfügen:

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin.

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Börse**" steht [in Bezug auf die Aktie] für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

["**Kurs**" steht in Bezug auf die Aktie für jeden Kurs, der an der jeweiligen Börse ermittelt und veröffentlicht wird.]

["**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.]

"Terminbörse " steht in Bezug auf eine Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]]

[bei Index als Basiswert einfügen:

"Index" bzw. **"Basiswert"** ist [●].

"Index-Sponsor" ist [●].

["Kurs" steht in Bezug auf einen Index für jeden Kurs, der von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.]

[Der **"Schlusskurs"** steht in Bezug auf einen Index für den Schlusskurs des Index, wie er von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.] [●]]

[andere Rückzahlungsregelung einfügen]

§ 9

Anpassungen und Marktstörungen

[Regelungen für Aktien als Basiswert:

(1) Anpassungen in Bezug auf Aktien

a) **Grundsatz.** Wird die Aktie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen durch Ereignisse oder Kapitalmaßnahmen beeinflusst, [wird der [Anfangsstand] [andere Anpassungsobjekte: [●]] entsprechend angepasst und falls erforderlich, andere Anpassungen vorgenommen. Ziel ist hierbei, den Wert der Schuldverschreibungen zu erhalten, den diese unmittelbar vor dem die Anpassungen auslösenden Ereignis hatten. Die Restlaufzeit der Schuldverschreibungen und ihr letzter, vor diesem Ereignis festgestellter Preis werden berücksichtigt. Diese Anpassungen sowie die Bestimmung des Zeitpunkts, ab dem sie gelten, erfolgen durch die Emittentin nach deren billigem Ermessen (§ 315 BGB) unter Beachtung der vorstehenden Grundsätze.][andere Anpassungsbestimmung: [●]]

b) **Anpassungen bei Kapitalmaßnahmen und sonstigen Ereignissen.** Wenn während der Laufzeit der Schuldverschreibungen

- (i) in Bezug auf das Kapital oder das Vermögen der Gesellschaft eine Kapitalmaßnahme durch diese selbst oder durch einen Dritten erfolgt (z.B. Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Emission von Wertpapieren mit Options- oder Wandelrechten auf Aktien, Ausschüttung von Sonderdividenden, Aktiensplit, Fusion, Liquidation Verschmelzung oder Abspaltung), oder
- (ii) andere als die vorstehend bezeichneten Ereignisse eintreten, die jedoch in ihren Auswirkungen mit den unter (a) genannten Ereignissen wirtschaftlich vergleichbar sind

und jeweils bei Eintritt des Ereignisses unter (i) oder (ii) die Terminbörse die Kontraktgröße für auf die Aktie der Gesellschaft bezogene Optionskontrakte ("**Optionskontrakte**") anpasst, die Optionskontrakte auf andere Weise verändert oder solche Anpassungen nur deshalb nicht vornimmt, weil zu dem Zeitpunkt, zu dem sie vorzunehmen wären, an der Terminbörse keine Optionskontrakte ausstehen oder gehandelt werden,

wird die Emittentin [den [Anfangsstand] [andere Anpassungsobjekte: [●]] nach den in Absatz a) festgelegten Grundsätzen entsprechend anpassen. Sind nach den Regeln der Terminbörse wegen dieser Maßnahme keine Anpassungen in Bezug auf die Optionskontrakte vorzunehmen, bleibt der [Anfangsstand] [andere Anpassungsobjekte: [●]] unverändert.][andere Anpassungsbestimmung: [●]]

Sollte eines der in den Absätzen (i) oder (ii) beschriebenen Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, zu dem an der Terminbörse keine Kontrakte auf die Aktie gehandelt werden, so wird die Emittentin Anpassungen unter Zugrundelegung der entsprechenden Anpassungsregeln der Terminbörse nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) und unter Berücksichtigung der berechtigten wirtschaftlichen Belange der Schuldverschreibungsinhaber vornehmen.

Die Emittentin bleibt jedoch in allen vorgenannten Fällen berechtigt, ist hierzu jedoch nicht verpflichtet, die Anpassungen auch nach anderen Regeln durchzuführen, wenn ihr dies angemessener erscheint, um den Wert der Schuldverschreibungen in der Höhe zu erhalten, den diese vor dem die Anpassung auslösenden Ereignis hatten.

Im Fall der endgültigen Einstellung der Notierung von Optionskontrakten auf die Aktie an der Terminbörse und Beginn der Notierung an einer anderen Börse ist die Emittentin berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Anpassung nach den Regeln dieser anderen Börse (die "**Ersatzterminbörse**") durchzuführen.

c) **Reguläre Dividenden und Ausschüttungen.** Unbeschadet der vorangehenden Regelungen bleiben bei regulären Dividenden- oder sonstigen Barausschüttungen die Parameter der Schuldverschreibungen unverändert.

d) **Nachfolge-Aktie.** Falls die Notierung der Aktie an der Börse aus einem anderen Grund als einer Verschmelzung durch Aufnahme oder Neubildung tatsächlich eingestellt wird, eine Notierung an einer anderen Börse nicht besteht und auch nicht aufgenommen wird, wird die Emittentin die Aktie nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) durch eine andere Aktie (die "**Nachfolge-Aktie**") ersetzen. Die Emittentin wird bei der Bestimmung der Nachfolge-Aktie berücksichtigen, dass diese (i) aus einem vergleichbaren wirtschaftlichen Segment und aus dem gleichen geographischen Gebiet wie die zu ersetzende Aktie stammt, (ii) eine vergleichbare implizite Volatilität wie die zu ersetzende Aktie hat, und (iii) von einem Unternehmen begeben worden ist, das ein vergleichbares internationales Ansehen und eine vergleichbare Bonität hat wie das Unternehmen, das die zu ersetzende Aktie begeben hat. Bei der Ersetzung einer Aktie durch eine Nachfolge-Aktie wird die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) den [Anfangsstand] [●] der Nachfolge-Aktie nach folgender Formel ermitteln:

$$BNR = ANR \times \frac{BER}{AER}$$

wobei

BNR der Anfangsstand der Nachfolge-Aktie ist;

ANR der letzte Schlusskurs der Nachfolge-Aktie vor der Ersetzung ist;

BER der Anfangsstand der zu ersetzenden Aktie ist; und

AER der letzte Schlusskurs der zu ersetzenden Aktie vor der Ersetzung ist

Eine solche Ersetzung der Aktie durch eine Nachfolge-Aktie wird die Emittentin zusammen mit dem [Anfangsstand] [●] und der Börse bzw. Terminbörse der Nachfolge-Aktie gemäß § 13 bekannt machen

Im Fall einer solchen Ersetzung gilt jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Aktie sowie auf die Börse bzw. Terminbörse in Bezug auf die Aktie

fortan als Bezugnahme auf die Nachfolge-Aktie sowie auf die Börse bzw. Terminbörse in Bezug auf die Nachfolge-Aktie.

e) **Ersatzbörse.** Falls die Notierung der Aktie an der Börse aus einem anderen Grund als einer Verschmelzung durch Aufnahme oder Neubildung tatsächlich eingestellt wird, eine Notierung jedoch an einer anderen Börse besteht oder aufgenommen wird, ist die Emittentin berechtigt, eine solche andere Börse als neue Börse (die "**Ersatzbörse**") zu bestimmen. Im Fall einer solchen Ersetzung gilt jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Börse fortan als Bezugnahme auf die Ersatzbörse. Sofern die an der Ersatzbörse maßgebliche Währung eine andere ist als die an der Börse, werden gleichzeitig entsprechende Anpassungen vorgenommen.

Eine solche Anpassung wird die Emittentin gemäß § 13 bekannt machen.

f) **Festlegung durch Emittentin.** Anpassungen nach den vorstehenden Absätzen werden durch die Emittentin berechnet und sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für die Inhaber der Schuldverschreibungen bindend.

g) **Außerordentliches Kündigungsrecht.** [Soweit unter Berücksichtigung dieser Grundsätze eine Fortführung der Schuldverschreibungen bis zum Ende ihrer Laufzeit nach billigem Ermessen der Emittentin nicht möglich ist, ist sie berechtigt, die Schuldverschreibungen insgesamt vorzeitig zu kündigen. Die Emittentin zahlt in diesem Falle dem Inhaber einer Schuldverschreibung einen Betrag je Schuldverschreibung, der von ihr nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibung unmittelbar vor der letztmaligen Veröffentlichung der Notierung der Aktie festgelegt wird.][**andere Kündigungsmodalitäten einfügen: [●]**]

(2) **Marktstörungen in Bezug auf Aktien**

[bei einer Aktie einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs der Aktie nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, verschiebt sich der Bewertungstag auf den ersten Börsengeschäftstag, an dem die Marktstörung nicht mehr besteht. Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich bekannt zu machen, dass eine Marktstörung eingetreten ist.]

[bei einem Aktien-Korb einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs einer Aktie nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, dann wird der jeweilige Bewertungstag für die betroffene Aktie auf den nächstfolgenden Börsengeschäftstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Der Bewertungstag für die nicht von der Marktstörung betroffenen Aktien bleibt unverändert.]

b) "**Marktstörung**" bedeutet [die Suspendierung oder wesentliche Einschränkung des Handels

(i) an der Börse allgemein;

(ii) in der Aktie an der Börse; oder

(iii) in Termin- oder Optionskontrakten mit Bezug auf die Aktie an der Terminbörse, falls solche dort gehandelt werden.

Eine Einschränkung der Handelszeit oder der Handelstage gilt nicht als Marktstörung, wenn sie auf eine angekündigte Änderung der regelmäßigen Geschäftsstunden der Börse oder Terminbörse zurückzuführen ist. Die durch die Börse oder Terminbörse während eines Handelstages auferlegte Beschränkung zur Verhinderung von Preisveränderungen, die andernfalls zulässige Grenzen überschreiten würden, gilt als Marktstörung.][andere Marktstörungsbestimmung einfügen: [●]]

c) [Ist der Bewertungstag um [fünf] [●] aufeinander folgende Börsengeschäftstage gemäß Absatz a) verschoben worden, gilt dieser [fünfte] [●] Börsengeschäftstag als Bewertungstag, wobei die Emittentin den Schlusskurs der betroffenen Aktie nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Marktgegebenheiten bestimmen wird.] [andere modifizierte Bewertungs- tagbestimmung einfügen: [●]]

[Regelungen für Indices als Basiswert:

(1) Anpassungen in Bezug auf Indices

a) **Grundsatz.** Maßgeblich für Berechnungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist grundsätzlich das Konzept des Index, wie es vom Index-Sponsor erstellt und weitergeführt und durch denselben und die elektronischen Kursinformationssysteme veröffentlicht wird. Dies gilt auch, wenn künftig Veränderungen und Bereinigungen in der Berechnung des Index, der Zusammensetzung oder Gewichtung der Kurse und Indexbestandteile, auf deren Grundlage der Index berechnet wird, der Art und Weise der Veröffentlichung oder wenn sonstige Veränderungen, Bereinigungen oder andere Maßnahmen vorgenommen werden, die sich auf die Berechnung des Index auswirken, soweit sich nicht aus den nachstehenden Bestimmungen ein anderes ergibt.

b) **Außerordentliche Anpassung.** [Eine Anpassung des [Anfangsstand][und des Bezugsverhältnisses] [andere Anpassungsobjekte: [●]] erfolgt grundsätzlich nicht, es sei denn, die Emittentin befindet nach Treu und Glauben, dass das maßgebliche Konzept und/oder die Berechnungsweise oder die Grundlage des Index oder eines etwaigen Ersatzindex gemäß Absatz d) so erheblich geändert worden ist, dass die Kontinuität des Index oder des Ersatzindex oder die Vergleichbarkeit mit dem auf alter Grundlage errechneten Index oder Ersatzindex nicht mehr gegeben ist. In einem solchen Fall wird die Emittentin nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der Schuldverschreibung und seines letzten festgestellten Kurses Anpassungen vornehmen, die in ihrem wirtschaftlichen Ergebnis möglichst weitgehend der bisherigen Regelung entsprechen. Die Emittentin bestimmt unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Veränderung, Anpassung oder anderen Maßnahmen auch den Tag, an dem die Anpassung erstmals zugrunde zu legen ist. Die Emittentin wird die Anpassungen sowie den Zeitpunkt seiner erstmaligen Anwendung unverzüglich gemäß § 13 bekannt machen.][andere Anpassungsbestimmung einfügen: [●]]

c) **Neuer Sponsor.** Wird ein Index nicht mehr von dem Sponsor, sondern von einer anderen Person, Gesellschaft oder Institution, die die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) für geeignet hält (der "**Neue Sponsor**") berechnet und veröffentlicht, so wird der Kurs bzw. Schlusskurs des Indexes auf der Grundlage des von dem Neuen Sponsor berechneten und veröffentlichten Kurses bzw. Schlusskurses des Index berechnet. Ferner gilt dann jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf den jeweiligen Sponsor, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf den Neuen Sponsor.

d) **Ersatzindex.** [Wird ein Index zu irgendeiner Zeit aufgehoben und/oder durch einen anderen Index ersetzt, legt die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB), gegebenenfalls unter entsprechender Anpassung dieser Emissionsbedingungen gemäß Absatz b), fest, welcher Index künftig anstelle des aufgehobenen oder ersetzten Index für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen zugrunde zu legen ist (der "**Nachfolgein-**

dex"). Der Nachfolgeindex sowie der Zeitpunkt seiner erstmaligen Anwendung werden unverzüglich gemäß § 13 bekannt gemacht. Jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf den aufgehobenen oder ersetzten Index gilt dann, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf den Nachfolgeindex.] **[andere Ersatzindexbestimmung einfügen: [●]]**

e) **Außerordentliches Kündigungsrecht.** [Ist nach Ansicht der Emittentin eine Anpassung gemäß diesem § 9 nicht möglich oder wird der Index oder ein etwaiger Nachfolgeindex während der Laufzeit der Schuldverschreibungen nicht mehr festgestellt und veröffentlicht, und ist die Festlegung eines anderen maßgeblichen Index, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich, kann die Emittentin für die Weiterberechnung und Veröffentlichung des für die Berechnung des Rückzahlungsbetrags maßgeblichen Indexwertes auf der Grundlage des bisherigen Konzeptes des Index oder des Nachfolgeindex Sorge tragen oder innerhalb eines Monats, beginnend mit dem Ablauf des Tages der letztmaligen Feststellung und Veröffentlichung des Index, die Schuldverschreibung insgesamt vorzeitig zu kündigen. Die Emittentin zahlt in diesem Falle dem Inhaber einer Schuldverschreibung einen Betrag je Schuldverschreibung, der von ihr nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibung unmittelbar vor der letztmaligen Feststellung und Veröffentlichung des Index festgelegt wird.][**andere Kündigungsmodalitäten einfügen: [●]**]

f) **Ermessen der Emittentin.** Die Entscheidung der Emittentin über eine erhebliche Änderung des Berechnungskonzeptes nach Absatz b) oder über die Bestimmung eines Ersatzindex nach Absatz c) durch die Emittentin oder einen von ihr beauftragten Dritten ist, soweit nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für die Schuldverschreibungsinhaber bindend.

(2) Marktstörungen in Bezug auf Indices

[bei einem Index einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs des Index nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, verschiebt sich der Bewertungstag auf den ersten Börsengeschäftstag, an dem die Marktstörung nicht mehr besteht. Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich bekannt zu machen, dass eine Marktstörung eingetreten ist.]

[bei einem Index-Korb einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs eines Index nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, dann wird der jeweilige Bewertungstag für den betroffenen Index auf den nächstfolgenden Börsengeschäftstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Der Bewertungstag für die nicht von der Marktstörung betroffenen Indizes bleibt unverändert.]

b) "**Marktstörung**" bezeichnet [die vorübergehende Suspendierung oder wesentliche Einschränkung des Handels

(i) eines einzelnen Indexbestandteils oder

(ii) mehrerer Indexbestandteile oder

(iii) in einem Termin- oder Optionskontrakt in Bezug auf den Index oder auf die Indexbestandteile an den maßgeblichen Terminbörsen,

falls nach Einschätzung der Emittentin eine solche Einstellung oder Einschränkung wesentlich ist. "Wesentlich" ist eine Handelseinschränkung oder Handelaufhebung in der Regel dann, wenn sie Indexbestandteile betrifft, die 20 % oder mehr des betreffenden Index umfassen, ausgehend von einem Vergleich von (x) dem Anteil an dem Index, der dem entsprechenden Indexbestandteil, in Bezug auf welches der Handel in wesentlichem Umfang ausgesetzt oder eingeschränkt ist, zugerechnet werden kann, mit dem (y) Gesamtniveau des Index, jeweils unmittelbar vor der Aussetzung oder Einschränkung.] **[andere Marktstörungsbestimmung einfügen: [●]]**

c) **[Ist der Bewertungstag um [fünf] [●] aufeinander folgende Börsengeschäftstage gemäß Absatz a) verschoben worden, gilt dieser [fünfte] [●] Börsengeschäftstag als Bewertungstag, wobei die Emittentin den Schlusskurs des betroffenen Index nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Marktgegebenheiten bestimmen wird.] [andere modifizierte Bewertungs- tagbestimmung einfügen: [●]]**

§ 10 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Emissionsbedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Schuldverschreibungsinhaber überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern aus den Schuldverschreibungen.

Sofern der Fälligkeitstag für eine Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen ansonsten auf einen Tag fielen, der kein Bankgeschäftstag ist, so wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung

[bei Anwendung der Modified Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung **[bzw. der Zinszahlungstag]** auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[bei Anwendung der Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Tag verschoben, bei dem es sich um einen Bankgeschäftstag handelt.]

[bei Anwendung der Preceding Business Day Convention einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[Falls der Endfälligkeitstag [bzw. ein Zinszahlungstag] sich nach hinten verschiebt, sind die Schuldverschreibungsinhaber nicht berechtigt, Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.]

[gegebenenfalls Regelung bzgl. Anpassung bzw. Nichtanpassung der Zinsperioden einfügen]

"**Bankgeschäftstag**" steht für einen Tag (außer einem Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in **[Frankfurt am Main und Düsseldorf]** **[●]** Zahlungen abwickeln und einen Tag, an dem Zahlungen über das TARGET-System abgewickelt werden.

§ 11 Physische Lieferung

[bei physischer Lieferung einfügen:

(1) Lieferung und Berechnung der Anzahl der zu liefernden Aktien

a) **Keine Lieferung von Bruchteilen.** Im Fall, dass die Emittentin den [Basiswertbetrag] [bzw. den End-Basiswertbetrag] [●] zu zahlen hat, werden ausschließlich ganze Aktien geliefert. Ein Anspruch auf die Lieferung von Bruchteilen von Aktien besteht nicht.

b) **[Keine Addition von Bruchteilen.][Addition von Bruchteilen]** Enthält der [Basiswertbetrag] [bzw. der End-Basiswertbetrag] [●] nach eigenem Ermessen der Emittentin Bruchteile von Basiswerten, erhalten die betreffenden Schuldverschreibungsinhaber einen [Basiswertbetrag] [bzw. End-Basiswertbetrag] [●], **[bei Nichtaddition von Bruchteilen einfügen:** der auf die nächst kleinere Anzahl von Basiswerten abgerundet ist, welche die Emittentin liefern kann. Alle sich für mehrere Schuldverschreibungen eines Schuldverschreibungsinhabers ergebenden Bruchteile von Aktien werden nicht addiert.] **[bei Addition von Bruchteilen einfügen:** bei dem alle sich für mehrere Schuldverschreibungen eines Schuldverschreibungsinhabers ergebenden Bruchteile von Aktien addiert werden.]

[bei Nichtaddition von Bruchteilen einfügen:

c) **Ausgleich für Bruchteile.** Alle Bruchteile von Aktien werden in Geld ausgeglichen. Der in Geld auszugleichende Betrag entspricht dem Rest-Barbetrag und wird ausschließlich von der Emittentin festgelegt.]

[bei Addition von Bruchteilen einfügen:

c) **Ausgleich für Bruchteile.** Alle Bruchteile von Aktien, die sich nach einer Addition gemäß Absatz b) ergeben, werden in Geld ausgeglichen. Der in Geld auszugleichende Betrag entspricht dem Rest-Barbetrag und wird ausschließlich von der Emittentin festgelegt.]

d) **Lieferkosten.** Sämtliche Aufwendungen, einschließlich anfallender Verwahrungsgebühren, Transaktions- oder Ausübungsentgelte, Stempelsteuern und/oder sonstige Steuern oder Gebühren, die durch die Lieferung und/oder Übertragung des [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●] entstehen (zusammen die "**Lieferkosten**"), sind von dem betreffenden Schuldverschreibungsinhaber zu tragen. Die Emittentin liefert und/oder überträgt Basiswertbeträge erst dann, wenn der betreffende Schuldverschreibungsinhaber sämtliche Lieferkosten nach Ansicht der Emittentin gezahlt hat.

e) **Liefertag.** Die Lieferung des [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●] erfolgt sobald als möglich am oder nach dem Endfälligkeitstag (vorbehaltlich Anpassungen gemäß Absatz (2) (der "**Liefertag**").

(2) Abrechnungsstörungen

Verhindert eine Abrechnungsstörung am betreffenden Tag die Lieferung, so ist der Liefertag der nächstfolgende Tag, an dem die Lieferung des [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●] durch das maßgebliche Clearingsystem erfolgen kann, es sei denn, eine Abrechnungsstörung verhindert die Abrechnung an jedem der acht maßgeblichen Clearingsystem-Geschäftstage, die unmittelbar auf den Tag folgen, der ursprünglich ohne den Eintritt einer Abrechnungsstörung der Liefertag gewesen wäre. In diesem Fall kann die Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die betreffende

Schuldverschreibung nach eigenem Ermessen durch Zahlung des betreffenden Barausgleichsbetrags bei Störung an den betreffenden Schuldverschreibungsinhaber erfüllen.

Unter diesen Umständen hat der betreffende Schuldverschreibungsinhaber keinerlei Anspruch auf etwaige Zahlungen, seien es Zins- oder sonstige Zahlungen, in Zusammenhang mit der Verzögerung der Lieferung des entsprechenden [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●].

(3) Mit Basiswerten verbundene Rechte und Pflichten

Zur Klarstellung: Wenn nach dem Endfälligkeitstag die Emittentin weiterhin das rechtliche Eigentum an solchen Wertpapieren hält, die Bestandteil von Basiswerten sein können (der "**Eingriffszeitraum**"), sei es unmittelbar oder mittelbar in Zusammenhang mit der Absicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen oder anderweitig im Rahmen ihrer üblichen Geschäftstätigkeit, dann besteht gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern in Bezug auf die betreffenden Basiswerte keine wie auch immer geartete Verpflichtung oder Haftung der genannten Parteien, einschließlich (i) der Verpflichtung zur Übermittlung oder zur Veranlassung der Übermittlung jeglicher Schreiben, Bestätigungen, Mitteilungen, Rundschreiben oder sonstiger Unterlagen oder Zahlungen (einschließlich Zinsen, Dividenden und sonstiger Ausschüttungen) in Bezug auf den bzw. die Basiswerte, welche die Emittentin, ihre Tochtergesellschaften oder mit ihr verbundenen Unternehmen oder andere vergleichbare Parteien in ihrer Eigenschaft als Inhaber des bzw. der betreffenden Basiswerte erhalten haben, an den betreffenden Schuldverschreibungsinhaber oder einen nachfolgenden (wirtschaftlichen) Eigentümer der betreffenden Schuldverschreibung, (ii) der Verpflichtung zur Ausübung oder zur Veranlassung der Ausübung jeglicher mit den betreffenden Basiswerten verbundener Rechte (einschließlich Stimmrechte) während des Eingriffszeitraumes, oder (iii) einer jeglichen Haftung gegenüber dem betreffenden Schuldverschreibungsinhaber oder einem nachfolgenden (wirtschaftlichen) Eigentümer der betreffenden Schuldverschreibung in Bezug auf Verluste oder Schäden, die dem betreffenden Schuldverschreibungsinhaber oder einem solchen nachfolgenden (wirtschaftlichen) Eigentümer unmittelbar oder mittelbar dadurch entstehen, dass eine der genannten Parteien während des betreffenden Eingriffszeitraumes rechtliche Eigentümerin der betreffenden Schuldverschreibungen ist.

Darüber hinaus stehen dem Schuldverschreibungsinhaber einer von Basiswerten abhängigen Schuldverschreibung aufgrund seines etwaigen (wirtschaftlichen) Eigentums an einer Schuldverschreibung keine Pfandrechte oder sonstige Ansprüche an einem bzw. auf einen jeglichen von der Emittentin gehaltenen Basiswert zu.

(4) Definitionen

Für Zwecke dieses § 9 haben die folgenden Begriffe die ihnen nachfolgend zugewiesenen Bedeutungen:

"Abrechnungsstörung" steht für ein von der Emittentin oder einem anderen im Namen der Emittentin Handelnden nicht zu vertretendes Ereignis (einschließlich fehlender Liquidität im Markt für die betreffenden Basiswerte oder eines gesetzlichen Verbots oder einer sonstigen erheblichen Einschränkung auf Grundlage von Gesetzen, Verfügungen oder Verordnungen hinsichtlich der Fähigkeit der Emittentin, den Basiswert zu liefern), infolge dessen, nach Auffassung der Emittentin, eine diesen Emissionsbedingungen entsprechende Lieferung des Basiswertbetrags durch die Emittentin oder in deren Namen nicht durchführbar ist, oder infolge dessen das maßgebliche Clearingsystem die Übertragung der maßgeblichen Basiswertbeträge nicht abwickeln kann.

"Barausgleichsbetrag bei Störung" steht für einen Betrag in Höhe des marktgerechten Wertes der maßgeblichen Schuldverschreibung, an einem von der Emittentin aus-

gewählten Tag, wobei dieser Betrag durch die Emittentin unter Berücksichtigung sämtlicher Verluste, Aufwendungen und Kosten, die der Emittentin oder einer der anderen Hedge-Parteien bei der Auflösung oder Anpassung zugrunde liegender oder damit in Zusammenhang stehender Absicherungsvereinbarungen (einschließlich Optionen, dem Verkauf und jeder anderweitigen Verwertung maßgeblicher Aktien oder sämtlicher anderer von der Emittentin oder einer solchen anderen Hedge-Partei als Teil derartiger Absicherungsvereinbarungen gehaltener Finanzinstrumente jedweder Art) entstehen, angepasst wird.

[bei Nichtaddition von Bruchteilen einfügen:

"**Restbetrag**" bezeichnet in Bezug auf die Aktien und jede Schuldverschreibung, den von der Emittentin berechneten Bruchteil einer Aktie, der in dem Fall, dass der **[Basiswertbetrag]** **[bzw. der End-Basiswertbetrag]** **[●]** geliefert wird, bei einer Rundung auf die nächst kleinere Anzahl ganzer Aktien übrig bleibt.]

[Der Restbetrag wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird.]

[bei Addition von Bruchteilen einfügen:

"**Restbetrag**" bezeichnet in Bezug auf die Aktien und jede Schuldverschreibung, den von der Emittentin berechneten Bruchteil einer Aktie, der sich nach der Addition aller Bruchteile gemäß Absatz (1) b) ergibt.]

[Der Restbetrag wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird.]

"**Rest-Barbetrag**" entspricht in Bezug auf die Aktien und jede Schuldverschreibung einem Betrag in der Maßgeblichen Währung, der von der Berechnungsstelle durch Multiplikation des (i) Restbetrags und (ii) des **[Endstands]** **[Anfangsstands]** **[●]** berechnet wird.

[Der Rest-Barbetrag wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird.]

[wenn physische Lieferung nicht anwendbar ist, einfügen:

Eine physische Lieferung des Basiswerts erfolgt nicht.]

§ 12 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Schuldverschreibungsinhaber weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen werden. Der Begriff "**Schuldverschreibungen**" umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 13 Bekanntmachungen

[Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Mitteilung an Clearstream Banking AG zur Weiterleitung durch Clearstream Banking AG an die Schuldverschreibungsinhaber. Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an Clearstream Banking AG als den Schuldverschreibungsinhabern mitgeteilt.]

[gegebenenfalls andere Bekanntmachungsregelung einfügen]

§ 14 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand, Verjährung

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Schuldverschreibungsinhaber und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Düsseldorf.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Düsseldorf.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 15 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen ersetzt.

9. EMISSIONSBEDINGUNGEN DER INHABERPFANDBRIEFE

§ 1 Nennbetrag

Diese Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Gesamtnennbetrag von [●] (in Worten [●]) ist eingeteilt in [●] [Hypothekenpfandbriefe] [Öffentliche Pfandbriefe] im Nennbetrag von je [●] (der "**Nennbetrag**").

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei dieser Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich um Inhaberpfandbriefe (die "**Schuldverschreibungen**"), Serie [●].

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code [●] und die WKN [●].

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die "**Clearstream Banking AG**"), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin sowie des von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bestellten Treuhänders.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungsinhaber**") stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in [●] (die "**Maßgebliche Währung**") begeben.

§ 5 Status

Die Schuldverschreibungen begründen nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus [Hypothekenpfandbriefen] [Öffentlichen Pfandbriefen].

§ 6 Kündigungsrecht der Emittentin

[falls die Emittentin kein Kündigungsrecht hat, einfügen:

Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[falls die Emittentin ein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum [●] ([jeweils] der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") zu [100 % des Nennbetrags] **[anderen Rückzahlungsbetrag einfügen]** zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechts wird die Emittentin [●] Bankgeschäftstage (wie in § 9 definiert) vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

§ 7 Verzinsung

[bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.]

[bei Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung (einschließlich Stufenzins-schuldverschreibungen) einfügen:

(1) Zinssatz und Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom [●] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum **[im Fall von Stufenzins-schuldverschreibungen einfügen: [●] (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum [●] (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum [evtl. weitere Zinsperioden einfügen]]** Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich) mit jährlich [●] %.

Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] nachträglich am **[Zinszahlungstage einfügen]** eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen]** **[sofern der erste Zinszahlungstag nicht der erste Jahrestag des Verzinsungsbeginns ist, einfügen:** und beläuft sich auf **[anfänglichen Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen]**. **[falls der Endfälligkeitstag kein regulärer Zinszahlungstag ist, einfügen:** Die Zinsen für den Zeitraum vom **[den letzten dem Endfälligkeitstag vorausgehenden Zinszahlungstag einfügen]** (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (ausschließlich) belaufen sich auf **[abschließenden Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen].]** Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

(2) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht]. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

(3) Berechnung des Zinsbetrags

Falls der auf die Schuldverschreibungen zu zahlende Zinsbetrag für einen Zeitraum von weniger oder mehr als einem Jahr zu berechnen ist, erfolgt die Berechnung des Zinsbetrags, indem der Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und das hieraus resultierende Ergebnis auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

[bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung (einschließlich Reverse Floater) einfügen:

(1) Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom [●] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich). Zinsen auf die Schuldverschreibungen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an jedem Zinszahlungstag (wie nachstehend definiert), erstmals am [●] und letztmals am [●], zahlbar.

"**Zinszahlungstage**" sind der [●] [, der [●]] [, der [●]] [und der [●]] eines jeden Jahres. Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

(2) Maßgeblicher Zinssatz

Der maßgebliche variable Zinssatz (der "**maßgebliche Zinssatz**") für [bei einheitlicher Berechnungsmethode während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen einfügen: jede Zinsperiode (wie nachstehend definiert)] [bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnder Berechnungsmethoden einfügen: die Zinsperiode vom [●] (einschließlich) bis zum [●] (ausschließlich)] wird von der Emittentin am maßgeblichen Zinsfeststellungstag (wie nachstehend definiert) [gemäß folgender Formel berechnet: [●]] [unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der "**Referenzzinssatz**") berechnet].

[Erläuterungen/Definitionen der einzelnen Formelbestandteile einfügen.]

[Bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnden Berechnungsmethoden sind die weiteren Berechnungsmethoden für weitere Zinsperioden einzufügen.]

[Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor] [●], wie er am Zinsfeststellungstag gegen [11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel)] [andere Ortszeit einfügen] auf der [Reuters-Seite EURIBOR01] [andere Bildschirmseite einfügen] veröffentlicht wird.

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Mindestzinssatz und ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) und des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] [Der] maßgebliche Zinssatz [berechnet sich] dabei aus **[bei Reverse Floater einfügen: [●] %** abzüglich dem **[●-fachen]** Referenzzinssatz] **[bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:** dem Referenzzinssatz [abzüglich **[●] %**] [zuzüglich **[●] %**]].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die [Reuters-Seite EURIBOR01] **[andere Bildschirmseite einfügen]** nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die [Bloomberg] **[andere Bildschirmseite einfügen]**-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktkonventionen ermittelten Zinssatz für Einlagen in **[maßgebliche Währung einfügen]** für [drei] [sechs] [zwölf] [Monate] **[anderen Zeitraum einfügen]** festzulegen.]

"**Zinsfeststellungstag**" ist jeweils der **[●]** Bankgeschäftstag (wie in § 9 definiert) [vor Beginn einer jeweiligen Zinsperiode] [vor dem jeweiligen Zinszahlungstag (*in arrears*)].

"**Zinsperiode**" bezeichnet jeweils den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) bzw. von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum darauf folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich).

[bei Schuldverschreibungen mit anderer Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen:

(3) Mindestzinssatz

Falls der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Mindestzinssatz**").]

[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:

([4]) Höchstzinssatz

Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Höchstzinssatz**").]

([5]) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht]. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum

Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

([6]) Berechnung des Zinsbetrags

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) ist der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz ([4]) ist der] **[falls sowohl ein Mindestzinssatz als auch ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) und (4) wird der] **[Der]** für die maßgebliche Zinsperiode auf den Nennbetrag zu zahlende Zinsbetrag **[wird]** von der Emittentin am Zinsfeststellungstag dieser Zinsperiode berechnet, indem der maßgebliche Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und der hieraus resultierende Betrag auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

[bei Schuldverschreibungen mit einer anderen Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[bei fester oder variabler Verzinsung stets und bei unverzinslichen Schuldverschreibungen bei Bedarf einfügen:

([•]) Zinstagequotient

"Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrags auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum **[bei jedem Zinstagequotienten außer Actual/Actual (ICMA) einfügen:** (der "Zinsberechnungszeitraum")]:

[bei festverzinslichen Schuldverschreibungen, auf die Actual/Actual (ICMA) anwendbar ist, einfügen:

1. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen die Anzahl der Tage in der relevanten Periode ab dem letzten Zinszahlungstag (oder, wenn es keinen solchen gibt, ab dem Verzinsungsbeginn) (jeweils einschließlich desselben) bis zum relevanten Zahlungstag (ausschließlich desselben) (der "**relevante Zeitraum**") kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden relevanten Zeitraum geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; oder

2. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen der relevante Zeitraum länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, die Summe aus:

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der relevante Zeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; und

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr.

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

"Feststellungsperiode" ist der Zeitraum von einem Feststellungstermin (einschließlich) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich); dies schließt dann, wenn der Verzinsungsbeginn kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstermin vor dem Verzinsungsbeginn anfängt, und dann, wenn der letzte Zinszahlungstag kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstag nach dem letzten Zinszahlungstag endet.

Die Anzahl der Feststellungstermine im Kalenderjahr (jeweils ein **"Feststellungstermin"**) beträgt **[Anzahl der regulären Zinszahlungstage im Kalenderjahr einfügen].**

[im Fall von Actual/Actual (ISDA) oder Actual/365 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil des Zinsberechnungszeitraums in ein Schaltjahr fällt, die Summe von (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die in das Schaltjahr fallen, dividiert durch 366 und (B) die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die nicht in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 365).]

[im Fall von Actual/365 (Fixed) einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[im Fall von Actual/360 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360.]

[im Fall von 30/360, 360/360 oder Bond Basis einfügen: die Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu je 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraums weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der den letzten Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[im Fall von 30E/360 oder Eurobond Basis einfügen: die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (dabei ist die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln, und zwar ohne Berücksichtigung des Datums des ersten oder letzten Tages des Zinsberechnungszeitraums, es sei denn, der Fälligkeitstag des letzten Zinsberechnungszeitraums ist der letzte Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[anderen Zinstagequotienten einfügen]

§ 8 Rückzahlung

[bei Schuldverschreibungen, die zum Nennbetrag zurückgezahlt werden, einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennbetrags am **[●]** (der **"Endfälligkeitstag"**) **[oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag]** zurückgezahlt.]

[andere Rückzahlungsregelung einfügen]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß diesen Emissionsbedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Schuldverschreibungsinhaber überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern aus den Schuldverschreibungen.

Sofern der Fälligkeitstag für eine Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen oder ein Zinszahlungstag ansonsten auf einen Tag fielen, der kein Bankgeschäftstag ist, so wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag

[bei Anwendung der Modified Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[bei Anwendung der FRN Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird (i) der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Bankgeschäftstag des Monats, der **[[relevante Zahl einfügen] [Monate] [andere festgelegte Zinsperiode einfügen]]** nach dem vorausgehenden Zinszahlungstag liegt.]

[bei Anwendung der Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben.]

[bei Anwendung der Preceding Business Day Convention einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden der Zinsbetrag und alle folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) nicht angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden weder der Zinsbetrag noch die folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

"**Bankgeschäftstag**" steht für einen Tag (außer einem Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in **[Frankfurt am Main und Düsseldorf] [anderes Finanzzentrum einfügen]** Zahlungen abwickeln **[und an dem Zahlungen über das TARGET-System abgewickelt werden].**

§ 10

Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Schuldverschreibungsinhaber weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen werden. Der Begriff "**Schuldverschreibungen**" umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11

Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen **[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger] **[[und] [,sofern gesetzlich erforderlich,] in einem überregionalen Börsenpflichtblatt] [falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Mitteilung an Clearstream Banking AG zur Weiterleitung durch Clearstream Banking AG an die Schuldverschreibungsinhaber].

[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt mit dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.]

[falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an Clearstream Banking AG als den Schuldverschreibungsinhabern mitgeteilt.]

§ 12

Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand, Verjährung

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Schuldverschreibungsinhaber und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Düsseldorf.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Düsseldorf.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 13
Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen ersetzt.

10. **ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN**

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter ("●") gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern (" [] ") gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

[Datum einfügen]

Endgültige Bedingungen

Angebot von

[Anzahl einfügen] [Maßgebliche Währung und Gesamtnennbetrag einfügen]
[nachrangigen] [Inhaberschuldverschreibungen] [auf den Inhaber lautenden Hypo-
thekenpfandbriefen] [auf den Inhaber lautenden Öffentlichen Pfandbriefen] [der Serie
●] [andere Bezeichnung der Schuldverschreibungen einfügen], [bezogen auf
●,] (die "Schuldverschreibungen")
begeben aufgrund des

Basisprospekts vom ●

der

Stadtsparkasse Düsseldorf

(die "Emittentin")

[Zeichnungsfrist: Vom ● bis zum ● [(13.00 Uhr MEZ)] [andere maßgebliche
Ortszeit einfügen]. [Das öffentliche Angebot beginnt am ●]. [Die Zeichnungsfrist
kann verlängert oder vorzeitig beendet werden.] [Nach dem Ende der Zeichnungsfrist
können die Schuldverschreibungen weiterhin öffentlich angeboten werden.]]

[Die Schuldverschreibungen können direkt von jeder Bank oder Sparkasse in der Bun-
desrepublik Deutschland oder von jeder anderen zum Verkauf der Schuldverschreibun-
gen autorisierten Stelle bezogen werden.] [Angaben zu anderen Ländern einfü-
gen, in denen die Schuldverschreibungen öffentlich angeboten werden]

Dies sind die Endgültigen Bedingungen (das "Dokument" oder die "Endgültigen Be-
dingungen") einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basis-
prospekts der Stadtsparkasse Düsseldorf vom ● (der "Basisprospekt"). Vollständige
Informationen über die Stadtsparkasse Düsseldorf und das Angebot der Schuldver-
schreibungen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen und der Basis-
prospekt und etwaige Nachträge gem. § 16 Wertpapierprospektgesetz ("WpPG") zu-
sammen gelesen werden. Der Basisprospekt kann auf der Internetseite der Stadtsparkasse
Düsseldorf (www.sskduesseldorf.de) eingesehen werden. Kopien des Basisprospekts
werden während der üblichen Öffnungszeiten bei der Hauptverwaltung der
Stadtsparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie bei allen dazu-
gehörigen Geschäftsstellen zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

[Die [Zulassung][Einbeziehung] der Schuldverschreibungen [in den Handel] [zur No-
tierung] [an der][im][zum][in den] [regulierten Markt] [Open Market (Freiverkehr)]
[der] [Frankfurter Wertpapierbörse] [und] [an der] [im][zum][regulierten Markt][in
den] [Freiverkehr] [der] [Börse Düsseldorf] [Luxemburger Wertpapierbörse] [Wert-
papierbörse und Marktsegment einfügen] [wurde beantragt [wird beantragt wer-
den].] [Bei einer fungiblen Emission angeben, ob/dass die ursprünglichen
Schuldverschreibungen bereits zum Handel zugelassen sind.] [Gegebenenfalls
Angaben zum Markt machen, an dem die Schuldverschreibungen gehandelt
werden, und gegebenenfalls zu einer diesbezüglichen Prospektveröffentli-

chung. Ebenso, falls bekannt, das früheste Datum, bzw. die frühesten Daten, einer entsprechenden Aufnahme des Handels angeben.]

[Die Schuldverschreibungen werden ausschließlich **[Investoren-Kategorie und gegebenenfalls Beschränkungen einfügen falls anwendbar]** angeboten.] **[Gegebenenfalls sind Angaben zur Mitteilung über den Umfang, in dem den Zeichnern Wertpapiere zugeteilt werden und Angaben dazu, ob eine Aufnahme des Handels vor der entsprechenden Mitteilung erfolgen kann, hier einzufügen]**

[Im Fall von Schuldverschreibungen, die sich auf eine Aktie / mehrere Aktien oder einen Index / mehrere Indizes beziehen, ist einzufügen:

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen in Bezug auf **[die Aktie] [den Aktienkorb] [den Index] [den Indexkorb] [anderes Instrument oder Einheit einfügen]** auf die sich die Schuldverschreibungen beziehen **[(die "Basiswerte")]**, bestehen lediglich aus Auszügen oder Zusammenfassungen von öffentlich zugänglichen Informationen. Die Emittentin übernimmt in Bezug auf Informationen, die die Basiswerte betreffen, die Verantwortung, dass diese Informationen richtig zusammengestellt oder zusammengefasst und wiedergegeben wurden; soweit es der Emittentin bekannt ist und sich aus den betreffenden Informationen ableiten lässt, wurden keine Tatsachen unterschlagen, deren Fehlen die wiedergegebenen Informationen unrichtig oder irreführend werden ließe. Neben diesen Zusicherungen wird keine weitergehende oder sonstige Verantwortung für diese von Dritten erhaltenen Informationen, die die Basiswerte betreffen, von der Emittentin übernommen. Insbesondere übernimmt die Emittentin nicht die Verantwortung dafür, dass die hier enthaltenen Angaben über die Basiswerte bzgl. der Schuldverschreibungen, in der Form, in der sie sie von Dritten erhalten hat, zutreffend oder vollständig sind oder dass kein Umstand eingetreten ist, der die Richtigkeit oder Vollständigkeit beeinträchtigen könnte.]

Niemand ist berechtigt, über die in diesem Dokument enthaltenen Angaben oder Zusicherungen hinausgehende Informationen bezüglich der Emission oder des Verkaufs der Schuldverschreibungen zu erteilen, und es kann nicht aus derartigen Informationen geschlossen werden, dass sie von oder im Namen der Emittentin genehmigt wurden. Aus der Übergabe dieses Dokuments zu einem bestimmten Zeitpunkt kann zu keiner Zeit die Annahme abgeleitet werden, dass sich seit der Erstellung dieses Dokuments keine Änderungen hinsichtlich der hierin enthaltenen Angaben ergeben haben; dies gilt vorbehaltlich der Verpflichtung der Emittentin, gemäß zwingender gesetzlicher Anforderungen gegebenenfalls Nachträge gemäß § 16 WpPG zu veröffentlichen.

Jeder potentielle Käufer von Schuldverschreibungen muss sich vergewissern, dass die Komplexität der Schuldverschreibungen und die damit verbundenen Risiken seinen Anlagezielen entsprechen und für ihn geeignet sind.

Niemand sollte in Schuldverschreibungen handeln, ohne eine genaue Kenntnis der Funktionsweise der maßgeblichen Transaktion zu besitzen und sich des Risikos eines möglichen Verlusts bewusst zu sein. Jeder potentielle Käufer der Schuldverschreibungen sollte sorgfältig prüfen, ob unter den gegebenen Umständen und vor dem Hintergrund seiner persönlichen Verhältnisse und Vermögenssituation eine Anlage in die Schuldverschreibungen geeignet erscheint.

Potentielle Käufer von Schuldverschreibungen sollten mit ihren Rechts- und Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und sonstigen Beratern klären, ob eine Anlage in Schuldverschreibungen für sie geeignet ist.

Auf die Schuldverschreibungen anwendbare allgemeine Bestimmungen

Emittentin:	Stadtsparkasse Düsseldorf
[Seriennummer:	[•]]
[Tranchennummer:	[•]]
[[Wenn die Schuldverschreibungen mit einer vorhandenen Serie fungibel sind, Einzelheiten dieser Serie, einschließlich des Datums, an dem die Schuldverschreibungen fungibel werden, einfügen.]	[•]]
ISIN Code:	[•]
[Common Code:	[•]]
[WKN:	[•]]
[Valoren	[•]]
Ausgabetag:	[•]
Ausgabepreis:	[•] [Der [anfängliche] Ausgabepreis pro Schuldverschreibung [beträgt [bei Zeichnung während der Zeichnungsfrist] [Betrag in der Festgelegten Währung]] [[•] % des Anfangsstands [wie oben definiert]] [ist ein Betrag in [Festgelegte Währung], der dem Anfangsstand entspricht]. [Angaben zu anderer Art der Bestimmung des Ausgabepreises]] [Danach können die Schuldverschreibungen weiterhin zu einem fortlaufend festgesetzten Preis angeboten werden. Der Preis wird unter Berücksichtigung der jeweils herrschenden Marktbedingungen festgelegt werden.] [Es ist möglich, dass Investoren einen zusätzlichen Ausgabeaufschlag in Höhe von [•] % des Ausgabepreises pro Schuldverschreibung an den jeweiligen Anbieter zu zahlen haben.] [Der Ausgabepreis wird unverzüglich nach seiner Festlegung [in einer [in Deutschland weit verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung] [Angaben zu anderen Ländern]] [andere Art der Veröffentlichung] veröffentlicht werden.]

[Der oben genannte Ausgabepreis einer Schuldverschreibung kann über dessen Marktwert am Ausgabetag liegen (ermittelt unter Verwendung von internen Preisfindungsmodellen, die auf von der Emittentin verwendeten, allgemein anerkannten finanzmathematischen Prinzipien beruhen). Der Ausgabepreis kann Provisionen bzw. Gebühren enthalten, die an Anbieter gezahlt werden. Weitere Informationen erteilt der jeweilige Anbieter.]

Provisionen und Gebühren:

[•] [Falls von der Emittentin in Verbindung mit der Begebung und dem Vertrieb der Schuldverschreibungen irgendwelche Provisionen oder Gebühren an einen Vermittler gezahlt wurden oder zu zahlen sind, kann ein solcher Vermittler gemäß den anwendbaren Vorschriften einschließlich den zur Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (2004/39/EG) ("**MiFID**") ergangenen oder in Staaten, die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören, geltenden Vorschriften dazu verpflichtet sein, seine Kunden vollständig über die Existenz, die Art und die Höhe dieser Provisionen oder Gebühren (einschließlich Provisionen und Gebühren in Form eines Preisnachlasses) zu informieren. Potentielle Anleger in die Schuldverschreibungen, die beabsichtigen, Schuldverschreibungen über einen Vermittler (einschließlich eines als Vermittler tätigen Maklers) zu erwerben, sollten bedenken, dass die Existenz von Provisionen in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen zu einem Interessenkonflikt führen kann, da der Vermittler möglicherweise ein Interesse daran hat, vorwiegend Schuldverschreibungen, für deren Verkauf er die höchsten Provisionen erhält, an seine Kunden zu verkaufen. Investoren sollten sich vor einem Erwerb von Schuldverschreibungen bei diesem Vermittler nach den Einzelheiten solcher Provisions- oder Gebühreuzahlungen und bestehender Interessenkonflikte erkundigen.]

Umfang der Emission:

[Bis zu] [•] Schuldverschreibungen

	<p>[Die Anzahl der Schuldverschreibungen, die am Ausgabetag emittiert werden, wird am Ende der Zeichnungsfrist festgelegt. Die Emittentin wird die Anzahl der Schuldverschreibungen nach ihrer Festlegung [in einer Wirtschafts- oder Tageszeitung, die [in der Bundesrepublik Deutschland] [Angaben zu anderen Ländern] weit verbreitet ist], veröffentlichen.] [andere Art der Veröffentlichung einfügen]</p>
<p>[Sonstige Bedingungen, denen das Angebot unterliegt:</p>	<p>[z.B. Mindesthandelsgröße / Höchstzeichnungsbetrag] [•] [Nicht anwendbar.]</p>
<p>Market Making: [Name und Anschrift der jeweiligen Gesellschaften angeben, die sich als Intermediäre im Sekundärmarkt, welche Liquidität durch Ankaufs- und Verkaufskurse bereitstellen, verpflichtet haben, und die wichtigsten Regelungen dieser Verpflichtung einfügen]</p>	<p>[Solange die Schuldverschreibungen im regulierten Markt einer Wertpapierbörse oder in den Freiverkehr an einer Wertpapierbörse einbezogen sind, Stellung von Quotes gemäß den jeweils anwendbaren Vorschriften, insbesondere der Börsenordnung bzw. den Geschäftsbedingungen oder Richtlinien für den jeweiligen Freiverkehr in der jeweils anwendbaren Fassung einfügen.] [•] [Nicht anwendbar.]</p>
<p>Zusätzliche Verkaufsbeschränkungen:</p>	<p>[Nicht anwendbar.] [Details einfügen]</p>
<p>Clearingsystem(e) und Verwahrstelle:</p>	<p>[Clearstream AG, Frankfurt am Main, Neue Börsenstraße 1, D-60487 Frankfurt am Main (auch Verwahrstelle)][,] [Clearstream, société anonyme, Luxemburg, 42 Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxemburg][,] [Euroclear SA/NV, 1 Boulevard du Roi Albert II, B-1210 Brüssel][,] [und] [Ersatzclearingsystem einfügen]</p>
<p>Lieferung:</p>	<p>[Gemeinsame] Verwahrstelle: [•]</p>
<p>[Erwartete Rendite</p>	<p>Lieferung [gegen] [frei von] Zahlung</p> <p>[•] [, berechnet nach der ICMA Methode, nach der die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen ermittelt wird] [andere Berechnungsmethode der Erwarteten</p>

Rendite in Kurzform angeben]¹

[(Die erwartete Rendite wird am Tag der Begebung und auf der Basis des Ausgabepreises berechnet. Daher wird keine Aussage über die zukünftig zu erwartende Rendite gemacht.)]

Informationen nach Emission:

[Außer im Falle von Bekanntmachungen gemäß § 11 der Konsolidierten Bedingungen beabsichtigt die Emittentin nicht, Informationen über die Entwicklung nach der Emission zur Verfügung zu stellen.] **[Etwaige Informationen über Entwicklungen nach dem Ausgabetag einfügen]**

Die Schuldverschreibungen werden begeben aufgrund Vorstandsbeschlusses vom:

[10. Dezember 1996] [•]

[FUNKTIONSWEISE DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN]

[ERLÄUTERUNG ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN [DEM][DEN] [BASISWERT][BASISWERTEN] UND DER [RÜCKZAHLUNG] [SOWIE SONSTIGEN ZAHLUNGEN] DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN]

[Einzufügen sind eine eindeutige und umfassende Beschreibung in welcher Weise der Wert des Investments durch den/die Basiswert(e) beeinflusst wird und die Umstände, unter denen sich die Risiken am Wahrscheinlichsten verwirklichen können.]

[Einzufügen sind ggf. Beispiele]

[Einzufügen sind ggf. Diagramme]

[Einzufügen sind ggf. weitere Hinweise]

[ERLÄUTERUNG ZU [DEM][DEN] [BASISWERT][BASISWERTEN]

[Der Name der Aktie, der Aktienemittentin bzw. des Index und des Index-Sponsors, die ISIN oder eine andere Wertpapierkennnummer und Einzelheiten, wo Informationen über die Aktie bzw. den Index frei zugänglich und kostenlos erhältlich sind, sind einzufügen.] [Im Falle eines Aktienkorbs oder Indexkorbs ist eine Angabe der Gewichtung der Aktien bzw. Indices einzufügen.]

Informationen über die vergangene **[die vergangene Wertentwicklung ist für mindestens zwei Jahre abzudecken]** und künftige Wertentwicklung **[[der][des] [Name des jeweiligen Basiswerts einfügen][•]]** und **[seine][ihre]** Volatilität sind auf der **[Internet-Seite [•]]** **[und auf der Internet-Seite [•]]** erhältlich.

[[SPEZIELLE] RISIKOFAKTOREN

[Hier sind gegebenenfalls Risikofaktoren einzufügen, die sich aus den spezifischen Basiswerten der betreffenden Serie/Emission von Schuldverschreibungen]

¹ Nur im Fall einer Stückelung von weniger als EUR 50.000 einfügen.

gen ergeben. Zudem können hier bereits im Basisprospekt enthaltene Risikofaktoren konkretisiert oder wiederholt werden, die auf die relevante Emission/Serie von Schuldverschreibungen anwendbar sind.]]

[KONSOLIDIERTE BEDINGUNGEN]

[Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen, die im Basisprospekt aufgeführt sind, werden durch die Konsolidierten Bedingungen angepasst und dabei in ihrer Gesamtheit durch die Konsolidierten Bedingungen ersetzt.]

[Bedingungen einfügen]

Unterschrift Emittentin:

Durch: _____

11. **BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Basisprospekts keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Schuldverschreibungen (Quellensteuer). Hiervon zu unterscheiden ist die Abgeltungssteuer. Für die Einbehaltung der Abgeltungssteuer ist die auszahlende Stelle verantwortlich. Alle im Zusammenhang mit der Zahlung des Nennbetrags gegebenenfalls anfallenden Steuern oder sonstigen Angaben sind von den Schuldverschreibungsinhabern zu tragen.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Anlageinteressenten wird geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

12. VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN

Anlageinteressenten wird empfohlen, sich in Bezug auf das beabsichtigte Halten oder die Veräußerung der Schuldverschreibungen angemessen beraten zu lassen. Die nachstehenden Angaben sind allgemeiner Natur. Anlageinteressenten in den verschiedenen Ländern müssen sich vergewissern, dass sie berechtigt sind, die Lieferung der Schuldverschreibungen und von Vermögenswerten, in die die Schuldverschreibungen umgewandelt oder mit denen sie abgewickelt werden, entgegenzunehmen.

Allgemeines

Ggf. vorhandene Anbieter sind hinsichtlich einer Emission von Schuldverschreibungen im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen verpflichtet, alle anwendbaren Rechtsvorschriften aller Staaten, in denen sie Schuldverschreibungen kaufen, anbieten, verkaufen oder liefern oder diesen Basisprospekt oder sonstige Informationen in Bezug auf diesen Basisprospekt oder die Emission von Schuldverschreibungen besitzen oder vertreiben, einzuhalten und in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und Rechtsvorschriften dieser Staaten sämtliche für solche Käufe, Angebote, Verkäufe oder Lieferungen benötigten Bewilligungen, Genehmigungen oder Erlaubnisse einzuholen. Jedoch haften hierfür weder die Emittentin noch ein ggf. vorhandener Anbieter.

Weder die Emittentin noch ein ggf. vorhandener Anbieter gewährleisten, dass die Schuldverschreibungen jederzeit im Einklang mit den anwendbaren Registrierungs- oder sonstigen Erfordernissen oder gemäß einer hiernach gegebenen Ausnahmvorschrift der jeweiligen Rechtsordnung rechtmäßig verkauft werden können. Weder die Emittentin noch ein ggf. vorhandener Anbieter übernehmen irgendeine Form der Verantwortung für die Möglichkeit eines solchen Verkaufs.

Ferner sind ggf. vorhandene Anbieter verpflichtet, alle zusätzlichen Beschränkungen, die zwischen ihnen und der Emittentin vereinbart sind, zu beachten. Es handelt sich dabei um die nachstehenden Beschränkungen.

Japan

Die unter diesem Basisprospekt zu begebenden Schuldverschreibungen wurden und werden nicht gemäß dem japanischen Wertpapier- und Börsengesetz (das "**Wertpapier- und Börsengesetz**") registriert. Jeder derzeitige Anbieter sowie jeder künftige im Zusammenhang mit einer Emission von Schuldverschreibungen ernannte Anbieter hat gemäß diesem Basisprospekt erklärt bzw. wird erklären müssen, Schuldverschreibungen weder direkt noch indirekt in Japan oder an einen dortigen Einwohner oder zugunsten eines dortigen Einwohners (wobei dieser Begriff im hier verwendeten Sinne jeden Bewohner Japans, einschließlich Unternehmen oder sonstige juristische Personen, die nach japanischem Recht gegründet sind, umfasst) anzubieten oder zu verkaufen, oder an andere zum Zwecke des direkten oder indirekten Weiterangebots oder Weiterverkaufs in Japan oder an einen dortigen Einwohner oder zugunsten eines dortigen Einwohners anzubieten oder zu verkaufen, außer in Übereinstimmung mit einer sich auf die Registrierungserfordernisse beziehenden Ausnahmvorschrift und im Übrigen in Übereinstimmung mit dem Wertpapier- und Börsengesetz und anderen etwaigen anwendbaren Gesetzen, Rechtsvorschriften oder ministeriellen Erlässen in Japan.

Europäischer Wirtschaftsraum

In Bezug auf jeden Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums, der die Prospekt-richtlinie umgesetzt hat (jeder dieser Mitgliedstaaten ein "**Maßgeblicher Mitgliedstaat**"), hat jeder Anbieter zugesichert und sich verpflichtet, und von jedem künftig bestellten Anbieter wird verlangt, zuzusichern und sich zu verpflichten, ab dem Tag (einschließlich) des Inkrafttretens der Bestimmungen zur Umsetzung der Prospekt-richtlinie in dem Maßgeblichen Mitgliedsstaat (das "**Maßgebliche Umsetzungsdatum**") in diesem Maßgeblichen Mitgliedstaat keine Schuldverschreibungen öffentlich angeboten

zu haben oder anzubieten, die Gegenstand des in diesem (durch die Endgültigen Bedingungen vervollständigten) Basisprospekt antizipierten öffentlichen Angebots in dem Maßgeblichen Mitgliedstaat sind, es sei denn, solche Schuldverschreibungen werden von ihm in dem Maßgeblichen Mitgliedstaat ab dem Maßgeblichen Umsetzungsdatum folgendermaßen öffentlich angeboten:

- jederzeit an juristische Personen, die in Bezug auf ihre Tätigkeit an den Finanzmärkten zugelassen sind oder beaufsichtigt werden oder, falls sie weder zugelassen sind noch beaufsichtigt werden, deren einziger Gesellschaftszweck darin besteht, in Schuldverschreibungen zu investieren;
- jederzeit an juristische Personen, die mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllen: (1) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im Geschäftsjahr von mehr als 250, (2) eine Bilanzsumme von mehr als Euro 43.000.000 und (3) ein Jahresnettoumsatz von mehr als Euro 50.000.000; jeweils ausweislich des letzten Jahresabschlusses oder konsolidierten Abschlusses;
- jederzeit an weniger als 100 (natürliche oder juristische) Personen (qualifizierte Investoren im Sinne der Prospektrichtlinie nicht eingeschlossen), wenn vorher die Zustimmung der Emittentin eingeholt wurde;
- jederzeit unter solchen anderen Umständen, die nicht gemäß Artikel 3 der Prospektrichtlinie die Veröffentlichung eines Prospekts durch die Emittentin erforderlich machen.
- Falls die Endgültigen Bedingungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen angeben, dass ein Angebot dieser Schuldverschreibungen in anderer Form als in Übereinstimmung mit Artikel 3 (2) der Prospektrichtlinie in diesem Maßgeblichen Mitgliedstaat gemacht werden darf, darf ein Angebot, nachdem der Prospekt für die Schuldverschreibungen von der zuständigen Behörde des jeweiligen Maßgeblichen Mitgliedstaats in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie gebilligt wurde oder - soweit erforderlich - in einem anderen Maßgeblichen Mitgliedstaat gebilligt und dies der zuständigen Behörde des jeweiligen Maßgeblichen Mitgliedstaats angezeigt wurde, ebenfalls in dem Zeitraum, der an den in einem solchen Prospekt oder in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Daten anfängt und endet, öffentlich erfolgen.

Für die Zwecke dieser Bestimmung bezeichnet der Begriff "**öffentliches Angebot**" in Bezug auf Schuldverschreibungen in jedem Maßgeblichen Mitgliedstaat eine Mitteilung in jedweder Form und auf jede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Schuldverschreibungen enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Schuldverschreibungen zu entscheiden. Der Begriff "**öffentliches Angebot**" kann je nach den durch den jeweiligen Mitgliedsstaat ergriffenen Maßnahmen zur Umsetzung der Prospektrichtlinie variieren; der Begriff "**Prospektrichtlinie**" bezeichnet die Richtlinie 2003/71/EG und umfasst die maßgeblichen Umsetzungsmaßnahmen der einzelnen Maßgeblichen Mitgliedstaaten.

Vereinigtes Königreich

Jeder Anbieter hat zugesichert und sich verpflichtet, und von jedem künftigen im Zusammenhang mit einer Emission von Schuldverschreibungen bestellten Anbieter wird verlangt, zuzusichern und sich zu verpflichten, dass er:

- in Bezug auf Schuldverschreibungen, deren Laufzeit kürzer als ein Jahr ist, (i) eine Person ist, die im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (für eigene oder fremde Rechnung) mit dem Erwerb, dem Halten, der Verwaltung oder der Veräußerung von Vermögensanlagen für ihre Geschäftszwecke befasst ist, und (ii) Schuldverschreibungen nur Personen angeboten oder verkauft hat und anbieten oder verkaufen wird, die im Rahmen ihrer gewöhnlichen Ge-

schäftstätigkeit (für eigene oder fremde Rechnung) mit dem Erwerb, dem Halten, der Verwaltung oder der Veräußerung von Vermögensanlagen für ihre Geschäftszwecke befasst sind oder an solche Personen, bei denen ein begründeter Anlass zur Annahme besteht, dass sie Vermögensanlagen (für eigene oder fremde Rechnung) für ihre Geschäftszwecke erwerben, halten, verwalten oder veräußern werden, wenn die Emission der Schuldverschreibungen andernfalls einen Verstoß der Emittentin gegen Abschnitt 19 des Financial Services and Markets Act ("FSMA") darstellen würde.

- lediglich Aufforderungen oder Anreize zur Ausübung einer Anlagetätigkeit weitergegeben oder deren Weitergabe veranlasst hat und weitergeben und veranlassen wird (im Sinne von Abschnitt 21 FSMA), die er im Zusammenhang mit der Emission oder dem Verkauf von Schuldverschreibungen unter solchen Umständen erhalten hat, unter denen Abschnitt 21 (1) FSMA nicht auf die Emittentin anwendbar wäre, falls die Emittentin keine berechnigte Person wäre; und
- bei sämtlichen Handlungen, die er im Hinblick auf die Schuldverschreibungen im oder vom Vereinigten Königreich aus vorgenommen hat oder die auf sonstige Weise das Vereinigte Königreich betreffen, alle anwendbaren Vorschriften des FSMA eingehalten hat und einhalten wird.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die Schuldverschreibungen sind nicht und werden nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung (der "**Securities Act**") registriert. Sie dürfen und werden weder in den Vereinigten Staaten noch an US-Personen oder für deren Rechnung oder zu deren Gunsten angeboten oder verkauft werden, sofern keine Ausnahme von den Registrierungserfordernissen des Securities Act vorliegt. Die in diesem Absatz verwendeten Begriffe haben die in Regulation S des Securities Act festgelegte Bedeutung.

Jeder Zertifikatsinhaber und jeder sonstige Anbieter sichert zu und verpflichtet sich (und von jedem künftig bestellten Anbieter wird verlangt, zuzusichern und sich zu verpflichten), dass er - soweit dies nicht ausdrücklich zugelassen ist - keine Schuldverschreibungen (i) zu irgendeinem Zeitpunkt als Teil seines Vertriebs und (ii) auf sonstige Weise vor dem Ablauf von 40 Tagen nach Abschluss des Vertriebs von sämtlichen solcher Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten an US-Personen oder für Rechnung oder zugunsten von US-Personen anbieten, verkaufen oder liefern wird und dass er jedem Erwerber, an den er diese Schuldverschreibungen während der Platzierungsfrist (*distribution compliance period*) verkauft, eine Bestätigung oder sonstige Anzeige übermittelt haben wird, in der die Angebots- oder Verkaufsbeschränkungen mit Blick auf diese Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten oder an US-Personen oder für Rechnung oder zugunsten von US-Personen dargelegt sind. Vor dem Ablauf von 40 Tagen nach Abschluss des Vertriebs von sämtlichen dieser Schuldverschreibungen kann ein Angebot oder Verkauf solcher Schuldverschreibungen innerhalb der Vereinigten Staaten durch einen Anbieter (unabhängig davon, ob er am Angebot der Schuldverschreibungen teilnimmt oder nicht) gegen die Registrierungserfordernisse des Securities Act verstoßen.

13. **HISTORISCHE FINANZINFORMATIONEN**

**IFRS- Konzernbericht 2007
der Stadtsparkasse Düsseldorf**

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband angeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht	6
A. Darstellung der Geschäftsentwicklung	6
B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	20
C. Nachtragsbericht	26
D. Risikobericht	28
E. Prognosebericht	51
Konzern Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS	56
Konzernbilanz nach IFRS	57
Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge	58
Kapitalflussrechnung	60
Konzernanhang (Notes)	63
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	63
[1] Allgemeine Angaben zum Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf	63
[2] Grundlagen der Rechnungslegung	63
[3] Entsprechenserklärung mit den IFRS	64
[4] Erstanwendung der IFRS	64
[5] Risikoberichterstattung nach IFRS 7	66
[6] Angewandte IFRS	67
[7] Konsolidierungsgrundsätze	68
[8] Konsolidierungskreis	69
[9] Unternehmenszusammenschlüsse im Berichtsjahr	71
[10] Rechnungslegungsannahmen und Schätzungen	71
[11] Finanzinstrumente	72
Kategorisierung	72
Erläuterung der Bewertungsmaßstäbe	75
Ausweis des Zinsergebnisses aus Finanzinstrumenten	76
Risikovorsorge für finanzielle Forderungen der Kategorie LAR	77
Finanzanlagen	78
Verbriefte Verbindlichkeiten	78
Ansatz und Abgang	79
Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes	79

Eingebettete Derivate	79
Hedge Accounting	79
Angaben gemäß IFRS 7	80
[12] Ertragsrealisierung	80
[13] Währungsumrechnung	80
[14] Immaterielle Vermögenswerte	81
[15] Sachanlagen	81
[16] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	82
[17] Leasinggeschäft	83
[18] Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	83
Unmittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen	83
Mittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen	84
[19] Sonstige Rückstellungen	85
[20] Finanzgarantien	86
[21] Nachrangige Verbindlichkeiten	86
[22] Ertragsteuern	86
[23] Fremdkapitalkosten	87
Erstanwendung der IFRS – Überleitungsrechnungen	88
Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 01. Januar 2006	88
Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 31. Dezember 2006	89
GuV-Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2006	90
Erläuterung der Überleitungsrechnungen	91
Erläuterungen zur Konzern Gewinn und Verlustrechnung	94
[24] Zinsüberschuss	94
[25] Risikovorsorge im Kreditgeschäft	95
[26] Provisionsüberschuss	96
[27] Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	96
[28] Handelsergebnis	96
[29] Finanzanlageergebnis	97
[30] Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	98
[31] Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	99
[32] Sonstige betriebliche Erträge	99
[33] Sonstige betriebliche Aufwendungen	100
[34] Steueraufwand / 2007: Steuerertrag	100
Segmentberichterstattung	102

Erläuterungen zur Konzern-Bilanz.....	114
[35] Barreserve.....	114
[36] Forderungen an Kreditinstitute.....	114
[37] Forderungen an Kunden.....	115
Kreditvolumen.....	115
[38] Risikovorsorge.....	116
[39] Sicherungsderivate.....	118
[40] Handelsaktiva.....	119
[41] Finanzanlagen.....	120
[42] Anteile an assoziierten Unternehmen.....	121
[43] Sachanlagen.....	122
[44] Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien.....	123
[45] Immaterielle Vermögenswerte.....	123
[46] Steueransprüche aus laufenden Steuern.....	124
[47] Steueransprüche aus latenten Steuern.....	124
[48] Sonstige Aktiva.....	124
[49] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	125
[50] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	125
[51] Handelspassiva.....	126
[52] Verbriefte Verbindlichkeiten.....	126
[53] Rückstellungen.....	127
[54] Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern.....	129
[55] Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern.....	129
[56] Nachrangige Verbindlichkeiten.....	129
[57] Sonstige Passiva.....	130
[58] Eigenkapital und Gewinnverwendung.....	131
Sonstige Angaben.....	132
[59] Risikomanagement.....	132
[60] Kapitalmanagement.....	136
[61] Eventualschulden und andere Verpflichtungen.....	138
[62] Angaben zu Leasingverhältnissen.....	139
[63] Restlaufzeitengliederung für finanzielle Verpflichtungen.....	140
[64] Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten.....	142
[65] Angaben nach IFRS 7.28.....	142
[66] Nettoergebnis je Bewertungskategorie nach IAS 39.....	143
[67] Wertpapierpensionsgeschäfte.....	143
[68] Wertpapierleihegeschäfte.....	143

[69] Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte	144
[70] Pfandbriefemission / Deckungsrechnungen	145
[71] Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	146
[72] Bezüge und Kredite der Organe sowie der nahe stehenden Personen	147
[73] Anteilsbesitzliste	148
[74] Patronatserklärungen	151
[75] Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	151
[76] Abschlussprüferhonorare	151
[77] Verwaltungsrat	152
[78] Vorstand	153
Bilanzeid	154
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	155

Konzernlagebericht

A. Darstellung der Geschäftsentwicklung

Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2007

2007 war für die wirtschaftliche Entwicklung ein gutes Jahr – für den Standort Deutschland, vor allem aber auch für die Metropolregion Düsseldorf. Die Konjunktur zeigte sich robust, die deutsche Wirtschaft ist kräftig gewachsen. Hatte die Wachstumsrate 2006 2,9 Prozent betragen, erhöhte sich im abgelaufenen Jahr das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,5 Prozent. Preis- und kalenderbereinigt nahm das BIP um 2,6 Prozent zu – 2007 gab es 1,6 Arbeitstage weniger als im Jahr zuvor. Der Aufschwung hat sich trotz Anhebung der Mehrwertsteuer sowie einiger belastender Faktoren aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld wie gestiegene Ölpreise, Abschwächung des US-Dollars, die Immobilienkrise in den USA sowie die Finanzmarkturbulenzen in 2007 insgesamt kräftig fortgesetzt.

Trotz starkem Euro sorgte einmal mehr die Auslandsnachfrage für die stärksten Wachstumsimpulse (1,4 Prozent). Die Impulse seitens der Binnennachfrage fielen dagegen schwächer als im Vorjahr aus. Dies resultierte vor allem aus den privaten Konsumausgaben. Sie gaben trotz der guten Arbeitsmarktentwicklung und des beschleunigten (Brutto-)Lohnzuwachses nach und bremsten das Wirtschaftswachstum. Dabei wirkte sich die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres negativ auf den Konsum aus. Die gestiegenen Energiepreise taten ein Übriges, um die private Konsumlust zu dämpfen.

Kräftige Preissteigerung bei Lebensmitteln und verteuerte Energiepreise ließen die Inflation stärker als in den vergangenen Jahren ansteigen. Im Jahresdurchschnitt kletterten die Verbraucherpreise um 2,2 Prozent nach 1,6 Prozent im Vorjahr.

Die günstige Konjunktur hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt in 2007 erneut stark verbessert. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl lag bei 3,77 Millionen Menschen. Damit waren über das gesamte Jahr 2007 gesehen über 700.000 Menschen mehr in Beschäftigung als in 2006. Die Arbeitslosenquote ist im Jahresdurchschnitt 2007 auf 9,0 Prozent gesunken und lag damit 1,8 Prozent-Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die Konjunkturberichte der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf und der Handwerkskammer Düsseldorf belegen die gute wirtschaftliche Lage der Unternehmen in der Metropolregion Düsseldorf im Berichtsjahr. Bis in den Herbst – als sich infolge der US-amerikanischen Immobilienkrise die Konjunkturerwartungen in bundesweiten Befragungen deutlich

eintrübten – meldeten beide Kammern von ihren Unternehmen noch überwiegend gute Geschäftsaussichten. Der IHK-Konjunkturklimaindex kletterte im Herbst 2007 auf einen neuen Rekordwert. Als besonders robust erwies sich die Konjunktur in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe. Das Konjunkturbarometer im rheinischen Handwerk wies den höchsten Wert seit 1994 aus. Den Aufschwung im Handwerk trugen vor allem technikgeprägte Handwerksbranchen: allen voran die Zulieferer und der Ausbausektor. Zu einer echten Gefahr für Wachstum und Konjunktur hat sich inzwischen der Fachkräftemangel entwickelt. Selbst an einem attraktiven Standort wie Düsseldorf haben viele Unternehmen Schwierigkeiten, die geeigneten, qualifizierten Mitarbeiter zu finden. Besonders betroffen ist dabei das Segment ‚Verarbeitendes Gewerbe/Industrie‘. Hier suchte nach Auskunft der IHK Düsseldorf fast jeder zweite Betrieb im Großraum der NRW-Landeshauptstadt Fachkräfte.

Erfreulich entwickelten sich erneut die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt in Düsseldorf: Zum Jahresende 2007 waren 48.734 Menschen arbeitslos gemeldet. Damit sank die Arbeitslosenquote in der Landeshauptstadt von 10,9 Prozent in 2006 auf 9,7 Prozent. Auf der anderen Seite wuchs die Zahl der offenen Stellen um 12,0 Prozent auf über 7.700 Stellen. Jobmotor war wieder einmal der Mittelstand.

Branchensituation

Ab Mitte 2007 traten infolge von Problemen am Markt für zweitklassige Hypothekenkredite in den USA (Subprime Mortgages) erhebliche Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten auf. Sie stellen seither für das globale Finanzsystem eine ernsthafte Belastungsprobe dar. Diese Turbulenzen sorgen seit Monaten für einen Vertrauensverlust der Investoren an den Märkten. Ausgangspunkt waren stagnierende bzw. fallende Immobilienpreise in den USA, während zugleich eine schnell wachsende Zahl an Kreditnehmern ihre Kreditraten für die Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten. Zunächst waren davon vor allem Subprime-Kredite betroffen, also Kredite, die überwiegend an Kreditnehmer mit niedriger Bonität vergeben wurden. In der Folge gerieten auch am Bankenplatz Düsseldorf Kreditinstitute in Existenz bedrohende Krisen, da sie ihre angekauften Forderungen nicht mehr am Geldmarkt refinanzieren konnten.

Trotz der erheblichen Herausforderungen hat das deutsche Banken- und Finanzsystem seine Stabilität und Funktionsfähigkeit auch unter deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen unter Beweis gestellt. Nach den bislang veröffentlichten Zahlen der großen deutschen Kreditinstitute ist in 2007 der Einzelwertberichtigungsbedarf gestiegen.

Die Entwicklung der Marktrisiken der deutschen Banken ist insgesamt ausgewogen. Stress-tests belegen, dass Zinsänderungsrisiken sowohl für große, als auch für mittlere und kleine Banken zurückgegangen sind. Dagegen sind die risikoadjustierten Ergebnisse im Eigenhandel der Kreditbanken und Zentralinstitute infolge der Verwerfungen an den Kreditmärkten im dritten und vierten Quartal 2007 stark rückläufig.

Insgesamt hat sich die Risikotragfähigkeit des deutschen Bankensystems auf hohem Niveau stabilisiert. Mittelfristig bestehen allerdings nicht unerhebliche Ertragsrisiken, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen: Große, international tätige Institute müssen mit möglicherweise längerfristigen Rückwirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Ertragsergiebigkeit einzelner volatiler Komponenten rechnen. Kleine, eher regional tätige Institute sind hingegen nicht direkt von der Subprime-Krise betroffen. Diese Institute, deren Ertragslage vorwiegend vom Zinsertrag abhängt, sind aber weiterhin mit einem – strukturellen wie zyklischen – Rückgang ihrer Zinsüberschüsse konfrontiert. Ungeachtet dessen liegen aber die Einschätzungen aus umfassenderen Bankbewertungsmodellen für die Primärinstitute der Verbände auf einem weiterhin vergleichsweise hohen Niveau. Dies unterstreicht die Stabilität dieser Bankengruppe.

Geschäftliche Entwicklung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf

Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf blickt auf ein zufrieden stellendes Geschäftsjahr 2007 zurück. Er behauptete am wettbewerbsintensiven Bankenplatz Düsseldorf seine starke Marktposition. Der Konzern hat in einer schwierigen Zeit Stärke und Widerstandsfähigkeit bewiesen. Gegenüber den Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet weist er ein überdurchschnittliches Geschäftswachstum aus. Diesen Erfolg schreiben wir vor allem dem Vertrauen unserer Kunden zu. Zugleich ist er auch der Arbeit unserer kompetenten und engagierten Mitarbeiter geschuldet.

Die Ergebnisentwicklung war stark geprägt von der flachen Zinsstrukturkurve, die nur in geringem Maße Fristentransformationserlöse zuließ. Dennoch verzeichnete der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf ein weiterhin hohes Ertragsniveau.

Die Bilanzsumme stieg um 5,0 % auf 13,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 12,9 Mrd. Euro). Wachstumsträger waren die Kundenforderungen mit einem Bestandszuwachs von 781 Mio. Euro oder + 10,4 %. Das Wachstum liegt erneut erheblich über den Quoten vergleichbarer Sparkassen im rheinischen Verbandsgebiet.

Geschäftsentwicklung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf	2006	2007	Veränderungen	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Bilanzsumme	12.918	13.564	+ 646	+ 5,0
Kredite an Kunden	7.507	8.288	+ 781	+ 10,4
Risikovorsorge (incl. Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten)	-229	-192	- 37	- 16,2
Kundeneinlagen ohne Nachrangkapital	6.445	6.967	+ 522	+ 8,1
Eigenkapital	1.066	1.155	+ 89	+ 8,3
davon: Bilanzgewinn	118	72	- 46	- 39,2
Mitarbeiter	2.195	2.213	+ 18	

Kreditgeschäft


Das Kreditneugeschäft entwickelte sich erfreulich. Erneut lag es über dem bereits hohen Niveau des Vorjahres. Wir haben Kredite über 1,564 Milliarden Euro neu zugesagt. Im Vorjahr hatte die Summe an Kreditzusagen 1,409 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem bereits starken Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 11 Prozent. Insgesamt stieg das Kreditvolumen um 10,4 Prozent oder 781 Millionen Euro auf 8.288 Milliarden Euro. Besonders dynamisch entwickelte sich vor dem Hintergrund der positiven Konjunktur das gewerbliche Kreditgeschäft. An Firmenkunden und Institutionelle Kunden haben wir neue Darlehen in Höhe von 1,123 Milliarden Euro vergeben (Vorjahr: 858 Millionen Euro). Dies entspricht einem Wachstum von sehr guten 31 Prozent. Positiv für die Konjunkturaussichten: Der Schwerpunkt der Kreditvergabe lag bei den Investitionsdarlehen. Im Berichtszeitraum registrierten wir bei Unternehmen aller Branchen einen wachsenden Bedarf nach ergänzenden Finanzierungsformen wie Leasing und individuellen Lösungen über strukturierte Produkte.


Das Kreditgeschäft mit unseren Privatkunden weist im Vergleich zum starken Vorjahr eine rückläufige Tendenz auf. Das Neugeschäft fiel um 20 Prozent auf 441 Millionen Euro. Der Rückgang resultiert ganz wesentlich daraus, dass geringere Darlehensmittel für den Wohnungsbau vergeben wurden. Die Zusagen lagen mit 316 Millionen Euro um 20 Prozent unter dem sehr hohen Vorjahreswert von 395 Millionen Euro. Dieser ist begründet gewesen durch Mitnahmeeffekte der Kunden als Folge der Streichung der Wohnungsbauförderung. Deutliche Zuwächse verzeichnete das Konsumentenkreditgeschäft. Hier stieg die Vergabe neuer Kredite um 9,8 Prozent auf 67 Millionen Euro (Vorjahr: 61 Millionen Euro).


Kreditgeschäft Kreditvolumen in Mio. EUR	2006	2007	Veränderungen	
			Mio. EUR	in %
Forderungen an Kunden	7.194	7.925	731	10,2
Eventualverbindlichkeiten	313	363	50	16,0
Kredite an Kunden	7.507	8.288	781	10,4


Beteiligungen


Im Jahr 2007 konnten die Beteiligungen, die Anteile an assoziierten Unternehmen und die Anteile an Tochterunternehmen der Stadtsparkasse Düsseldorf weiter ausgeweitet werden. Von besonderer Bedeutung sind die Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und an der RW Holding AG. Der RSGV ist u. a. Anteilseigner der Provinzial Rheinland, der WestLB AG sowie der Landesbausparkasse LBS West. Das Volumen stieg insgesamt um 106,2 Mio. Euro auf 473,4 Mio. Euro.

Im Berichtsjahr beteiligte sich die Stadtsparkasse Düsseldorf mit 47,8 Millionen Euro über die „Erwerbsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH & Co. KG“ an der Landesbank Berlin Holding AG. Des Weiteren wurde das Investment in Fonds seitens der Equity Partners GmbH (EP) um 39,4 Mio. Euro ausgeweitet. Weitere Zuwächse ergaben sich u. a. aus der positiven Fair Value Änderung in Höhe von 5,2 Mio. Euro bei der RW Holding AG und einer Aufstockung der Beteiligung an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsges. mbH & Co. KG.

Als Beteiligungsunternehmen hält die -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH (-KBG) für die Stadtsparkasse Düsseldorf Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften und nimmt vor allem Überwachungsaufgaben (Controlling und Risikosteuerung der Beteiligungen) wahr.

Die Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften der -KBG üben ihre Tätigkeiten in den drei Geschäftsbereichen Beteiligungen, Immobilien und Near Banking aus.

Die im Geschäftsjahr 2007 neu investierten Mittel wurden weitestgehend der Equity Partners GmbH (EP), einer 100 %igen Tochter der -KBG, insbesondere für Private Equity-Investments, zur Verfügung gestellt.

Die Vermögenswerte der Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften des -KBG-Teilkonzerns sind zu 74 % im Bereich Beteiligungen investiert, 6 % sind im Immobilienbereich und 20 % im Bereich Near Banking angelegt.

Die Entwicklung in den drei Geschäftsbereichen der -KBG wird im Folgenden dargestellt.

Geschäftsbereich Beteiligungen

Das kommerzielle, renditeorientierte Beteiligungsgeschäft des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf wird im Wesentlichen von der Equity Partners GmbH (EP) wahrgenommen. Die EP ist im Private Equity Markt tätig und investiert in zwei Bereiche: Unternehmensbeteiligungen und Investments in Vermögensmassen (Private Equity Fondsinvestments).

Die EP hat ihre Finanzanlagen insbesondere im Bereich des Investments in Vermögensmassen deutlich ausgeweitet. Die Gesellschaft und ihr Finanzanlagenportfolio befinden sich weiterhin in der Aufbau- bzw. Investitionsphase.



Das Portfolio entwickelte sich insgesamt planmäßig.


Das Geschäftsjahr der Equity Partners GmbH (EP) war operativ wesentlich durch den weiteren Ausbau des Portfolios geprägt. Im Bereich der Fondsinvestments konnte EP ihre Stellung als professioneller Marktteilnehmer weiter verbessern und Zugang zu zahlreichen, aussichtsreichen Fonds erlangen. Das Portfolio der Direktbeteiligungen entwickelte sich im Wesentlichen planmäßig. Im Fondsgeschäft wurden im abgelaufenen Jahr dreizehn neue Investments mit einem Zeichnungsvolumen i.H.v. 110,5 Mio. Euro neu eingegangen. Damit ergibt sich ein mit dem Stichtagskurs umgerechnetes Zusagevolumen von insgesamt 386,9 Mio. Euro, das auf 44 Private Equity Anlageprogramme verteilt ist. Die einzelnen Zeichnungen erfolgen in EURO, US-Dollar und Dänische Kronen. Aufgrund der Portfolioausweitung hat sich der Fair Value der Fondsinvestments um 49,3 Mio. Euro auf 131,4 Mio. Euro zum 31.12.2007 erhöht.

Nach den zwei operativ über den Erwartungen liegenden Geschäftsjahren 2005 und 2006 wurde das Ergebnis des Geschäftsbereiches Beteiligungen im Geschäftsjahr 2007 aufgrund der kurzen Aufstellungsfrist des Konzernabschlusses ganz wesentlich durch die Anwendung der Regelungen zur Erfassung von Beteiligungserträgen geprägt. Diese sind nur unter bestimmten Voraussetzungen phasengleich erfolgswirksam zu erfassen. Daher konnten von den insgesamt 9,6 Mio. Euro der EP zuzurechnenden Erträge von Private Equity Fonds nur 1,8 Mio. Euro ergebniswirksam für das Jahr 2007 vereinnahmt werden.




Das Vorsteuerergebnis des Geschäftsbereiches Beteiligungen ging von 3,1 Mio. Euro auf 0,4 Mio. Euro zurück.

Geschäftsbereich Immobilien

Die -Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH (-IBG) hält als Holdinggesellschaft für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf Beteiligungen im Bereich der Immobilienwirtschaft. Bei den Beteiligungsgesellschaften handelt es sich in der Regel um Projektgesellschaften, die nur für einen definierten Zeitraum gehalten werden sollen.

Das Vorsteuerergebnis des Geschäftsbereiches Immobilien beträgt – 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro). Planmäßig wurde die Deinvestition des Geschäftsfeldes Immobilien weiter fortgeführt. Eine Beteiligung der -IBG konnte im Jahre 2007 mit einem Buchgewinn veräußert werden. Die Geschäftsführung geht aufgrund aktueller Anfragen und Verhandlungen davon aus, das in dem Geschäftsjahr 2008 ein Grundstück, das in der Konzernbilanz als Umlaufvermögen unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen wird, veräußert werden kann. Durch die ungünstige Entwicklung bei einer Projektgesellschaft ist mit einer Inanspruchnahme aus einer der Stadtsparkasse Düsseldorf gegebenen Haftungserklärung i.H.v. 1,2 Mio. Euro zu rechnen. Die hierfür gebildete Rückstellung, die im Konzernabschluss eliminiert wurde, trug wesentlich zu dem negativen Ergebnis bei.

Geschäftsbereich Near Banking

Der Geschäftsbereich Near Banking umfasst zum einen die 100 %igen Tochtergesellschaften -Online - Service Düsseldorf GmbH (-OL), die für die Stadtsparkasse Düsseldorf u. a. ein Servicezentrum sowie ein Callcenter betreibt, und zum anderen die -Finanz Services Düsseldorf GmbH (FSD), die hauptsächlich Lebensversicherungen und Bausparverträge vermittelt.

Die Ausweitung des restlichen Portfoliobestandes erfolgte durch Teilnahme an einer Kapitalerhöhung in Höhe von 2,5 Mio. Euro bei einer Beteiligung. Bei einer anderen Beteiligung wurde hingegen eine Abschreibung auf den Buchwert um 0,5 Mio. Euro erforderlich. Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse für den Geschäftsbereich Near Banking des Teilkonzerns um 9,4 % auf 8,4 Mio. Euro. Das Vorsteuerergebnis verringerte sich von 1,5 Mio. Euro auf 0,8 Mio. Euro.

Einlagengeschäft im Konzern

Einlagengeschäft Kundeneinlagen ohne Nachrangkapital in Mio. EUR	2006	2007	Veränderungen	
			Mio. EUR	in %
Spareinlagen	1.863	1.786	-77	-4,1
Sicht- und Termineinlagen	3.488	4.002	514	14,7
verbriefte Verbindlichkeiten	802	893	91	11,3
Sonstige	292	286	-6	-2,0
	6.445	6.967	522	8,1

Im Berichtszeitraum verbuchte die Stadtsparkasse Düsseldorf hohe Zuwächse im Einlagengeschäft. Insgesamt stiegen die Kundeneinlagen (ohne Nachrangkapital) um 8,1 Prozent – das entspricht 522 Mio. Euro – auf 6.967 Mio. Euro (Vorjahr: 6.445 Mio. Euro). Die Wachstumsquote liegt deutlich über der Quote der Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet. Zwischen den einzelnen Anlageformen kam es zu erheblichen Umschichtungen: Während die Spareinlagen um 4,1 Prozent auf 1.786 Mio. Euro zurückgingen (Vorjahr: 1.863 Mio. Euro), stiegen die Sicht- und Termineinlagen um fast 15 Prozent auf 4.002 Mio. Euro (Vorjahr: 3.488 Mio. Euro).

Wertpapierkommissionsgeschäft

Umsatzentwicklung Wertpapierkommissions- geschäft in Mio. EUR	2006	2007
Festverzinsliche Wertpapiere	581	257
Aktien	364	864
Investmentfonds	621	901
Gesamtumsatz	1.566	2.022

Mit einem erfreulichen Plus von 22 Prozent beendete der Deutsche Aktienindex DAX das Börsenjahr 2007. Es war das fünfte Jahr infolge, das der DAX mit deutlichen Zuwächsen geschlossen hat. Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank haben den Renten-

markt negativ beeinflusst. Unter zum Teil starken Schwankungen notierten die meisten Papiere schwächer. Die Umlaufrendite öffentlicher Anleihen stieg auf 4,34 Prozent.

Der Gesamtumsatz im Wertpapierkommissionsgeschäft betrug 2.022 Mio. Euro (Vorjahr: 1.566 Mio. Euro). Aufgrund des lange Zeit freundlichen Börsenumfeldes stiegen die Umsätze in Aktien um 500 Mio. Euro auf 864 Mio. Euro (Vorjahr: 364 Mio. Euro). Ebenfalls steigende Umsätze können wir bei den Investmentfonds vermelden: Sie kletterten von 621 Mio. Euro in 2006 auf 901 Mio. Euro in 2007. Deutlich abgeschwächt zeigte sich hingegen die Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren. Der Umsatz ging von 581 Mio. Euro in 2006 auf 257 Mio. Euro zurück.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Stadtsparkasse Düsseldorf unterzieht sich zusätzlich zu dem Gruppenrating (Floor-Rating), das den Verbund der öffentlich-rechtlichen Banken insgesamt bewertet, jährlich einem externen, individuellen Ratingverfahren.

Erstmals wurde durch Moody's im Februar 2005 das Emittenten-Rating der Stadtsparkasse Düsseldorf mit Aa3 bewertet und in 2006 bestätigt. Im Berichtsjahr hat Moody's die Bewertung des Emittenten-Ratings um zwei Stufen auf Aa1 heraufgesetzt. Mit dieser Beurteilung gehört das Haus zu den drei bundesweit am besten gerateten Banken. In der Begründung hat Moody's besonders hervorgehoben:

- die hohe Marktdurchdringung unseres Hauses im Privatkunden- und im Firmenkundengeschäft,
- das gute Risikomanagement,
- die solide Finanz- und Ertragsstärke,
- die hohe Eigenkapitalausstattung,
- die Einbindung in eine wirtschaftlich starke Region und einer wirtschaftlich starken Trägerin, der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Durch dieses gute Rating sichert die Stadtsparkasse Düsseldorf ihre Position als Emittent eigener Wertpapiere, die über den Kapitalmarkt platziert werden. Die Note belegt unsere Bonität gegenüber internationalen Investoren und erleichtert den Zugang zu institutionellen Anlegern. Diese verlangen aufgrund spezieller Anlagevorschriften vielfach vom Emittenten ein eigenes, externes Rating. Ein gutes Emittenten-Rating ist zudem die Voraussetzung, um sich am Kapitalmarkt günstiger refinanzieren zu können und ermöglicht attraktivere Margen im Kundengeschäft.

Aufgrund der allgemeinen Liquiditäts- und Vertrauenskrise infolge der Probleme am Markt für zweitklassige Hypothekenkredite in den USA (Subprime) waren im Konzern Abschreibungen auf Investments in Sondervermögen erforderlich, die kreditnahe Wertpapiere bzw. ABS-Strukturen enthalten. Die Auswirkungen der Subprime-Krise sind in den Notes-Angabe [29] dargestellt.

Personalbericht

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das erfolgreiche Geschäftsjahr 2007 hat hohe Anforderungen an die Einsatzbereitschaft und die Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse Düsseldorf gestellt. Besonders im persönlichen Kontakt mit unseren Kunden haben sie entscheidend das Bild unseres Hauses geprägt. Es hat eine lange Tradition bei uns, die persönliche und fachliche Entwicklung unserer Belegschaft intensiv zu fördern. Uns sind selbstbewusste, engagierte Mitarbeiter, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, äußerst wichtig. Denn das ist eine ganz entscheidende Voraussetzung, um die Wettbewerbsposition der Stadtsparkasse Düsseldorf an einem stark umkämpften Markt zu festigen und auszubauen. Dies ist uns im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zuletzt wegen der ausgezeichneten Leistungen der Mitarbeiter gelungen.

Neben der fachlichen Wissensvermittlung stand auch in 2007 die systematische Entwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Führungspositionen im Vordergrund. Zur weiteren Qualifikation bieten wir ihnen ein breites Spektrum an Fortbildungsmöglichkeiten. Neben dem praxisorientierten Training am Arbeitsplatz und einer Vielzahl hausinterner Qualifikationsmaßnahmen nutzen wir auch die umfangreichen Qualifizierungsangebote der Sparkassenorganisation sowie anderer externer Einrichtungen. So können wir sicher sein, dass die von uns eingesetzten Instrumente und Entwicklungsprogramme eine umfassende Vorbereitung auf die Übernahme einer Führungsverantwortung sicherstellen. Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor in der beruflichen Erstausbildung, die auch die dualen Studiengänge mit einschließen.

Die tariflichen Möglichkeiten zu einer verstärkten erfolgsorientierten Vergütung haben wir aktiv genutzt. Ziel ist es, die Leistungskultur der Stadtsparkasse Düsseldorf weiter zu fördern. Jede Führungskraft verfügt über ein festes Budget, mit dem individuelle Erfolge der Leistungsträger honoriert werden. Wichtige Leistungsmerkmale dabei sind Zielerreichung, Arbeitsmenge, Zusatzaufgaben, Kundenzufriedenheit, Fehlervermeidung, Selbstständigkeit, Fach- und Sozialkompetenz sowie die Bereitschaft zum Lernen. Bei den Führungskräften werden u. a. unternehmerisches Denken und Handeln, Kommunikations- und Informationsverhalten sowie die Mitarbeiterförderung bewertet. Zudem haben wir attraktive Arbeitszeitmodelle weiterentwickelt, damit wir den Kundenbedürfnissen im Vertrieb noch besser entsprechen können.

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben wir Instrumente der internen Stellenausschreibung sowie der regelmäßigen Mitarbeitergespräche im nötigen Umfang eingesetzt. Die nach

wie vor geringe Fluktuation sowie die gestiegene Bindung der Beschäftigten an das Unternehmen bestärken uns, den eingeschlagenen Weg einer mitarbeiterorientierten Unternehmensführung nach den Grundsätzen des Stakeholder Value Prinzips weiter zu entwickeln.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitbestimmungsgremien haben wir fortgesetzt und die erforderlichen Veränderungen einvernehmlich umgesetzt.

Mit der Dienstvereinbarung „Leistungsanreize“ sowie der Verpflichtung des Vorstandes, zumindest bis Ende 2011 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse Düsseldorf besser da als viele Branchenkollegen.

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Beschäftigten sowie den Mitbestimmungsgremien für die geleistete Arbeit.

2007 in Zahlen

Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber im Wirtschaftsraum der Landeshauptstadt von NRW. Die hohe Anzahl qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse ist ein sichtbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung unseres Hauses für die Region. Zum 31. Dezember 2007 beschäftigte der Konzern insgesamt 2.213 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.195), darunter 1.570 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr: 1.555), 553 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr: 548) und 90 Auszubildende (Vorjahr: 92).

Aufgrund der vorgezogenen Vertragsabschlüsse im Rahmen der Stichtagsregelung zum Altersgrenzenanpassungsgesetz Ende 2006 fiel das Interesse an einem frühzeitigen Ruhestand in 2007 mit 20 Neuabschlüssen erwartungsgemäß niedrig aus.

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir im Jahr 2007 konzernweit deutlich mehr neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt: Wurden im Jahre 2006 lediglich zwölf externe Kolleginnen und Kollegen eingestellt, so waren es im abgelaufenen Geschäftsjahr 89. 47 der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Aufgabe bereits im Jahre 2007 bei uns aufgenommen, 42 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden im ersten und zweiten Quartal 2008 ihre Tätigkeit bei uns beginnen. Begründet ist diese deutliche Ausweitung in Strukturveränderungen und Geschäftsausweitungen des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf entsprechend unserer Unternehmensstrategie.

Herausragende Entwicklungen in der Stadtsparkasse Düsseldorf in 2007

Anfang 2007 konnten nach Durchführung von 60 Assessmentverfahren, 41 neue Positionen als Geschäftsstellenleitungen und 16 als Filialdirektoren mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich im Hause besetzt werden. Dies war die Voraussetzung, um die Geschäftsstellen zu insgesamt 18 neuen Filialbereichen zusammenzufassen. Den wachsenden Ansprüchen gegenüber den Filialdirektionen haben wir durch eine intensive Schulungsreihe sowie die Erlangung des „Führungsführerscheins“, bestehend aus einem dichten Programm an E-Learning-Bausteinen, Präsenzs Schulungen und begleitenden Coachings für alle Geschäftsstellenleitungen Rechnung getragen. Bisher gab es auf dem Markt kein vergleichbares Programm, um Mitarbeiter schnell und systematisch dazu zu befähigen, adäquat zu führen.

Familie wird bei der Stadtsparkasse Düsseldorf groß geschrieben: Im Jahr 2007 schloss der Vorstand mit dem Personalrat die Dienstvereinbarung „Teilzeit“ ab. Ziel ist es, die Mütter und Väter unter unseren Mitarbeitern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Ein Baustein bei der Realisierung dieses Ziels ist das Angebot von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Dank der vielen Gestaltungsfreiräume der Vereinbarung können so sowohl die betrieblichen Interessen der Stadtsparkasse Düsseldorf und ihrer Kunden als auch die Anliegen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllt werden.

Eine besondere Herausforderung stellte die zum 17.10.2007 in Kraft getretene Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG NW) dar, die eine deutliche Veränderung der Mitbestimmung zum Inhalt hat. Dessen ungeachtet wird der Vorstand sein Informationsverhalten gegenüber dem Personalrat auf der Basis der langjährigen, vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit beibehalten.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Aus dem Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine Ausschüttung entsprechend § 28 Sparkassengesetz (SpkG NW) zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf als Trägerin der Sparkasse vorgesehen. Über die Höhe entscheidet der Rat der Stadt Düsseldorf auf Vorschlag des Verwaltungsrates. Der verbleibende Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden. Diese Ausschüttung soll ebenso wie die Dotierung der Sicherheitsrücklage im Konzernabschluss nachvollzogen werden. Der Teil des Konzernjahresüberschusses, der weder ausgeschüttet noch in die Sicherheitsrücklage eingestellt wurde, wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt. Die Basis für die weitere Geschäftsausweitung ist somit gegeben.

Die Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung SolvV) ist am 01. Januar 2007 in Kraft getreten. Darin sind die vorgegebenen europäischen Mindesteigenkapitalstandards der Baseler Eigenmittelempfehlung (Basel II) in nationales Recht umgesetzt worden. Sie ersetzt den bisherigen Grundsatz I und konkretisiert die in § 10 Kreditwesengesetz (KWG) geforderte Angemessenheit der Eigenmittel. Die Bestimmungen der SolvV wurden im Sinne einer verstärkt risikoorientierten Betrachtungsweise den modernen Standards angepasst und führen zu einer risikogerechteren Eigenmittelunterlegung. Danach müssen die Institute ihre Adressrisiken, ihr operationelles Risiko sowie ihre Marktpreisrisiken quantifizieren und mit Eigenmitteln unterlegen. Die geforderte Gesamtkapitalquote beträgt mindestens acht Prozent.

Übergangsweise hatten die Institute bis Ende 2007 die Möglichkeit, ihre Eigenkapitalanforderungen vollumfänglich weiterhin auf Basis des Grundsatzes I zu berechnen. Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist mit Wirkung zum 01.10.2007 bereits vorzeitig auf die neuen Meldebestimmungen umgestiegen. Die erstmals per 31.12.2007 erhobene Relation der Eigenmittel zu den Risiken liegt bei 12,3 Prozent (Vorjahreswert auf Basis der Grundsatz I-Berechnung nach KWG: 12,1 Prozent) und damit deutlich über dem geforderten Mindestwert von acht Prozent. Die Verbesserung der Eigenkapitalauslastung resultiert in erster Linie aus der Zuführung des Bilanzgewinnes 2006 in die Sicherheitsrücklage sowie aus der erstmaligen

Berücksichtigung nicht realisierter Reserven in notierten Wertpapieren beim Ergänzungskapital. Somit ist die Kapitalbasis für eine weitere Geschäftsausweitung gegeben.

Wir haben die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) 2007 jederzeit eingehalten. Die letztmalig zum 30.09.2007 ermittelte Grundsatz I-Relation der anrechenbaren Eigenmittel zur Summe aus gewichteten Risikoaktiva und den Risiken aus Marktpreisveränderungen lag bei 12,1 Prozent. Im Laufe des Jahres bewegte sich diese Auslastung in einer Bandbreite zwischen 11,9 Prozent und 12,6 Prozent.

Unter Berücksichtigung der Zuführung des Konzernbilanzgewinnes 2007 in die Sicherheitsrücklage sowie die anderen Gewinnrücklagen und eines anhaltend dynamischen Kreditgeschäftes rechnet der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2008 mit einer leicht verbesserten Eigenkapitalquote.

Die Forderungen an Kunden stellen mit 58 Prozent nach wie vor den bedeutendsten Einzelposten auf der Aktivseite der Bilanz dar (Vorjahr 56 Prozent). Auf der Passivseite halten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 45 Prozent (Vorjahr 44 Prozent) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 26 Prozent (Vorjahr 26 Prozent) den höchsten Anteil an der Bilanzsumme. Der Bilanzanteil der verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich im Geschäftsjahr 2007 u. a. aufgrund der Fälligkeit eines Hypotheken-Pfandbriefes in Höhe von 100 Mio. Euro auf 18 Prozent (Vorjahr 19 Prozent).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer ausgewogenen und planvollen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute waren immer erfüllt.

Wie in den Vorjahren haben wir das Angebot der Deutschen Bundesbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) genutzt. Die bei der WestLB AG eingeräumte Kreditlinie haben wir nur tageweise beansprucht. Weitere bedeutende Refinanzierungsgeschäfte hat unser Haus nicht vorgenommen.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielt die Stadtsparkasse Düsseldorf entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Auch hier haben wir die vorgeschriebenen Mindestreserven stets in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht.

Ertragslage

Trotz eines unverändert intensiven Wettbewerbes am Bankenplatz Düsseldorf hat der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 72 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 118 Mio. Euro.

Der Zinsüberschuss bleibt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf. Das Zinsergebnis inkl. des Ergebnisses aus assoziierten Unternehmen lag zum Bilanzstichtag bei 217 Mio. Euro (Vorjahr: 236 Mio. Euro). Wesentliche Faktoren für den Rückgang waren der intensive Preiswettbewerb, die Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank, die anhaltend flache Zinskurve sowie das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen.

Der Rückgang des Zinsergebnisses konnte durch eine Verbesserung des Provisionsergebnisses teilweise kompensiert werden. Das Vorjahresergebnis stieg um 6,3 Prozent auf 67 Millionen Euro. Hauptträger des Wachstums waren das Wertpapierkommissionsgeschäft in Folge eines deutlich höheren Umsatzvolumens, das Auslandsgeschäft, das Vermittlungsgeschäft sowie der Giroverkehr.

Das Ergebnis aus designated as at fair value Geschäften betrug 21 Mio. Euro (Vorjahr: 55 Mio. Euro). Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus designierten Finanzanlagen war deutlich rückläufig. Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf hat im Wesentlichen Aktienportfolien der "Fair Value Option" zugeführt. Deren Performance spiegelt im Wesentlichen die Entwicklung der jeweils für den Anlageschwerpunkt maßgeblichen Benchmark wider. Im Durchschnitt zeigte die Benchmark im Geschäftsjahr 2006 eine Performance von 14,5 % p. a., während im Geschäftsjahr 2007 lediglich eine Wertentwicklung von 2,4 % im Durchschnitt erreicht wurde.

Das negative Handelsergebnis vergrößerte sich aufgrund von Rückgängen im Devisen- und Derivatehandel auf -8 Mio. Euro (Vorjahr -1 Mio. Euro).

Das Finanzanlageergebnis war mit -12 Mio. Euro negativ (Vorjahr: Überschuss 19 Mio. Euro), da die Verkaufsverluste und die Wertminderungen aus Finanzvermögen die Verkaufsgewinne deutlich überstiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (10 Mio. Euro) verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 14 Mio. Euro geringfügig über dem Vorjahreswert (13 Mio. Euro).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen inkl. der Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 11,5 % auf 233 Mio. Euro (Vorjahr: 209 Mio. Euro). Der Anteil der darin enthaltenen Personalaufwendungen sank gegenüber dem Vorjahr deutlich um 11 Mio. Euro, in erster Linie aufgrund eines im Vorjahr berücksichtigten Einmaleffektes. Darüber hinaus veränderten sich die Personalaufwendungen nur geringfügig.

Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen waren die anderen Verwaltungskosten, die um 35 Mio. Euro auf 107 Mio. Euro stiegen. Davon entfallen insgesamt 31 Mio. Euro auf den Anteil der Stadtsparkasse Düsseldorf für die Aufstockung des Reservefonds durch den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) zur Restrukturierung der WestLB AG.

Die sonstigen Erhöhungen resultieren in erster Linie aus der Anhebung der Umsatzsteuer per 01.01.2007 von 16 Prozent auf 19 Prozent sowie aus der verstärkten Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen, Immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties gingen um 1 Mio. Euro auf 9 Mio. Euro zurück.

Das Gesamtergebnis der Erträge lag mit 295 Mio. Euro um 23,4 % unter dem Vorjahreswert. Die Summe der Aufwendungen verringerte sich um 16,8 % auf 223 Mio. Euro.

Die Cost-Income-Ratio (Relation Verwaltungsaufwand zu Zins-, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus DAFV und Handelsergebnis (jeweils ohne Bewertungsanteil) sowie Ergebnis aus assoziierten Unternehmen und sonstige betriebliche Erträge abzüglich sonstiger betrieblicher Aufwendungen) betrug 80% (Vorjahr: 68 %).

Für akute Ausfallrisiken wurden bei Forderungen an Kunden ausreichende Abschreibungen und Wertberichtigungen gebildet. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug 7 Mio. Euro (Vorjahr: 34 Mio. Euro). Durch eine systematische Steuerung des Risikos erwarten wir eine weitere Reduzierung der Vorsorge.

Die sog. Subprime-Krise, von der der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf nicht direkt betroffen ist, zog eine allgemeine Liquiditäts- und Vertrauenskrise an den Kapitalmärkten nach sich, die sich unmittelbar auf die Erfordernisse an die Bewertung von kreditnahen Wertpapieren bzw. ABS-Strukturen auswirkte. Aus dieser Bewertung ergab sich ein Wertminderungsaufwand von 15,1 Mio. Euro.

Auch die Investments in zwei Publikumsfonds mit Verbriefungsstrukturen wurden im Einklang mit dem Positionspapier des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 10.12.2007 bewertet. Nach den allgemeinen Impairment-Kriterien war jedoch keine erfolgswirksame Abschreibung erforderlich. Die Wertminderungen führten zu einer negativen Dotierung der Neubewertungsrücklage für Eigenkapitaltitel.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ergeben insgesamt einen Erstattungsanspruch in Höhe von 31 Mio. Euro (Vorjahr: Zahllast 11 Mio. Euro). Die hierin enthaltenen laufenden Steuern ergaben für das Geschäftsjahr einen Erstattungsanspruch in Höhe von 1 Mio. Euro (Vorjahr Zahllast 27 Mio. Euro), die latenten Steuern ergaben einen Steuerertrag in Höhe von 30 Mio. Euro (Vorjahr 16 Mio. Euro).

Der Jahresüberschuss des Konzerns beträgt 72 Mio. Euro (Vorjahr 118 Mio. Euro).

Ertragslage	2006	2007	Veränderungen	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	
Zinsüberschuss incl. dem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	236	217	-	19
Provisionsüberschuss	64	67	+	3
Ergebnis aus designated as at fair value Geschäften	55	21	-	34
Handelsergebnis	- 1	- 8	-	7
Finanzanlageergebnis	19	- 12	-	31
Sonstige betriebliche Erträge	12	10	-	2
	385	295	-	90
Risikovorsorge	34	7	-	27
Personalaufwand	127	116	-	11
andere Verwaltungsaufwendungen	72	108	+	36
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter	10	9	-	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	14	+	1
Steuern	11	- 31	-	42
Konzernjahresüberschuss	118	72	-	46

Über die Beiträge der einzelnen Geschäftsbereiche (Segmente) zum Konzernergebnis gibt die dem Konzernanhang beigefügte Segmentberichterstattung Auskunft.

C. Nachtragsbericht

1. Bildung einer Rückstellung zur Restrukturierung der WestLB über den Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Nach dem Beschluss des Reservefondsausschusses des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 21. Januar 2008 wurde der WestLB Hilfen in Höhe von 500 Mio. Euro gewährt.

Der Reservefonds des RSGV setzt sich zusammen aus Barmitteln in Höhe von 250 Mio. Euro (Einzahlungssoll) und einer Nachschusspflicht bis zur Höhe des Gesamtvolumens von 500 Mio. Euro abzüglich der vor Erbringung der Hilfeleistung bereits vorhandenen Barmittel von zurzeit 102 Mio. Euro.

Die aktuelle Lage der WestLB lässt die Inanspruchnahme einer ersten Tranche von 250 Mio. Euro erwarten. Der auf die Stadtsparkasse Düsseldorf entfallende Betrag für den Aufstockungsbetrag der Barmittel beläuft sich – entsprechend dem aktuellen risikoorientierten Beitragschlüssel – auf 11,6 Mio. Euro.

Hierfür ist im Konzernjahresabschluss 2007 die Bildung einer entsprechenden Rückstellung erforderlich.

Bei möglicher Inanspruchnahme der zweiten Tranche in Höhe von 250 Mio. Euro beträgt der Anteil der Stadtsparkasse Düsseldorf für die Nachschusspflicht 19,2 Mio. Euro.

Mit Blick auf das Vorsichtsprinzip bei der Rückstellungsbemessung hat der Vorstand der Stadtsparkasse Düsseldorf mit Beschluss vom 29. Januar 2008 eine Rückstellung für den Gesamtbetrag (Aufstockung der Barmittel und Nachschusspflicht) in Höhe von 30,8 Mio. Euro für das Geschäftsjahr 2007 zur Restrukturierung der WestLB über den Reservefonds des RSGV gebildet.

2. Personelle Veränderungen im Vorstand der Stadtsparkasse Düsseldorf

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf hat in einer Sondersitzung am 27. Februar 2008 folgende Beschlüsse entsprechend § 14 (2) SpkG NW in Verbindung mit § 18 (2) SpkG NW gefasst:

- Herr Heinz-Martin Humme wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes abberufen.
- Herr Karl-Heinz Stiegemann wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied des Vorstandes abberufen. Das mit Herrn Stiegemann bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.
- Herr Peter Fröhlich wird mit sofortiger Wirkung gem. § 14 (2)b SpkG NW bis zum 30. September 2008 zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen.
- Herr Thomas Boots ist mit Wirkung zum 01. März 2008 als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes gem. § 18 (2) SpkG NW für 5 Jahre bestellt.

Aufgrund einer Ermächtigung des Verwaltungsrates hat der Hauptausschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf in seiner Sitzung am 31.03.2008 folgenden Beschluss entsprechend

§ 14 (2) SpkG NW gefasst:

Das mit Herrn Heinz-Martin Humme bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.

Weitere Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Risikobericht

Grundsätze

Das breite Spektrum unserer Geschäftsaktivitäten ist naturgemäß mit Risiken behaftet. Diese Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern ist unerlässlich. Gleichzeitig sind die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mit Hilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng an den Tätigkeiten der jeweiligen Bereiche ausgerichtet sind.

Die in den Berichtsteilen Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationellen Risiken angegebenen Quantifizierungen beziehen sich nur auf die Stadtsparkasse Düsseldorf. Hiermit wird ein Großteil der Risiken einschließlich des Potenzials in den Sondervermögen erfasst. Zu den Beteiligungsrisiken verweisen wir auf den gesonderten Abschnitt in diesem Bericht. Die Steuerung erfolgt auf Basis der Bilanzierungs- und Bewertungsregeln des deutschen Handelsrechts (HGB).

Organisation des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine aktive Steuerung der Risikopositionen. Die Aufgaben des Risikomanagements nehmen der Gesamtvorstand, der Bilanzstrukturausschuss, der Geschäftsbereich Handel sowie die Stabsstelle Risikosteuerung wahr.

Der Gesamtvorstand legt die Konzernstrategie unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten fest. Er beschließt die Höhe des zulässigen Gesamtrisikokapitals sowie die Zuordnung zu den einzelnen Risikoarten, insbesondere die Verteilung auf Adress- und Marktpreisrisiken.

Die Steuerung der Adressenrisiken auf Kundenebene obliegt neben den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Institutionelle sowie Immobilienkunden vor allem dem Zentralbereich Kredit (Marktfolge). In komplexen Einzelfällen entscheidet ein aus Markt und Marktfolge besetztes Kreditkomitee. Der Firmenkunden- und der Risikovorstand sind Mitglieder des Komitees.

Der wöchentlich tagende Bilanzstrukturausschuss (BSA) bereitet in Diskussion mit den Fachvorständen die Entscheidungen zur Steuerung der Marktrisikopositionen vor. Im BSA sind die Fachbereiche Geschäftsfeld Asset Management, Geschäftsbereich Handel (inkl. Treasury), Zentralbereich Strategische Planung/Koordination und die Stabsstelle Risikosteuerung.

erung vertreten. Der Gesamtvorstand berät einmal wöchentlich über die Ergebnisse des BSA und trifft ggf. entsprechende Entscheidungen.

Monatlich findet im Gesamtvorstand eine umfassende Bilanzstruktursitzung statt, die ebenfalls zuvor im BSA behandelt wurde. Der Geschäftsbereich Handel setzt die gefassten Beschlüsse eigenverantwortlich um.

Hinsichtlich des Managements der Beteiligungsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Beteiligungen.

Für die Steuerung der operationellen Risiken sind die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sowie insbesondere der Zentralbereich Organisation und die Stabsstelle Risikosteuerung verantwortlich.

Risikocontrolling und -reporting

Das Risikocontrolling und -reporting liegt in der Zuständigkeit der Stabsstelle Risikosteuerung. Deren wesentliche Aufgabe liegt darin, ein Gesamtsystem sicherzustellen und weiterzuentwickeln, das alle mit der Geschäftstätigkeit der Stadtsparkasse Düsseldorf verbundenen Risiken quantifiziert und überwacht, über sie berichtet sowie Impulse zur Risikosteuerung gibt. Gegenstand der Risikosteuerung sind insbesondere sämtliche Marktpreis-, Adressen- und operationellen Risiken sowie sonstige Risiken wie beispielsweise Liquiditäts-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken. Die Stabsstelle ist direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Interne Revision

Die interne Revision unterstützt den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihren jeweiligen Überwachungsfunktionen. Sie prüft und bewertet alle Aktivitäten und Prozesse auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsplanes, den der Vorstand zu Beginn eines Jahres genehmigt.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Beurteilung der Geschäftsorganisation auf Angemessenheit des internen Kontrollsystems und insbesondere der Risikosteuerung und -überwachung. Die interne Revision prüft zudem das interne und externe Berichtswesen sowie die Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorschriften.

Risikotragfähigkeitskonzept

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Das Ziel des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf liegt darin, eine angemessene Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Konzernstrategie sicherzustellen, eine angemessene Eigenkapitalrendite zu erzielen sowie die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen einzuhalten. Die Höhe des Eigenkapitals wird gemäß HGB ermittelt.

Mit dem Risikotragfähigkeitskonzept legt die Stadtsparkasse Düsseldorf fest, in welchem Umfang und in welcher Risikoklasse Risiken übernommen werden. Damit ist sichergestellt, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf eventuell eintretende Verluste tragen kann.

Bis zum Jahr 2007 wurde das Deckungspotenzial im Rahmen eines im Wesentlichen wertorientierten Ansatzes ermittelt, der um GuV-basierte Zusatzinformationen ergänzt wurde. Das bisherige Verfahren wurde für 2008 so überarbeitet, dass die Risikotragfähigkeit zukünftig differenziert aus wertorientierter Sicht, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten gesteuert wird. Dabei bildet die wertorientierte Sichtweise für die Stadtsparkasse Düsseldorf das primäre Regelwerk, während die GuV- und die regulatorische Sichtweise jeweils als Nebenbedingungen fungieren. Die Limitvergabe erfolgt dementsprechend sowohl für den Normalfall (VOG) wie für den Worst Case (VMax) wertorientiert.

Durch Gegenüberstellung des Risikodeckungspotenzials und des Gesamthausrisikos stellt die Stadtsparkasse Düsseldorf sicher, dass eine übergreifende Risikotragfähigkeit gegeben ist. Dabei legen wir jeweils für Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken, Adressenrisiken, Beteiligungsrisiken, Immobilienrisiken, operationelle Risiken bzw. Planungsrisiken entsprechende Limite (Verlustobergrenzen und maximale Verlustgrenzen) fest.

Für 2006 und 2007 betragen die Gesamtlime zur Einzelsteuerung der Risiken 782 Mio. Euro für die Verlustobergrenzen (VOG) und 937 Mio. Euro für die maximalen Verlustgrenzen (VMax).

Verteilung der Limite Verlustobergrenzen 2006/ 2007

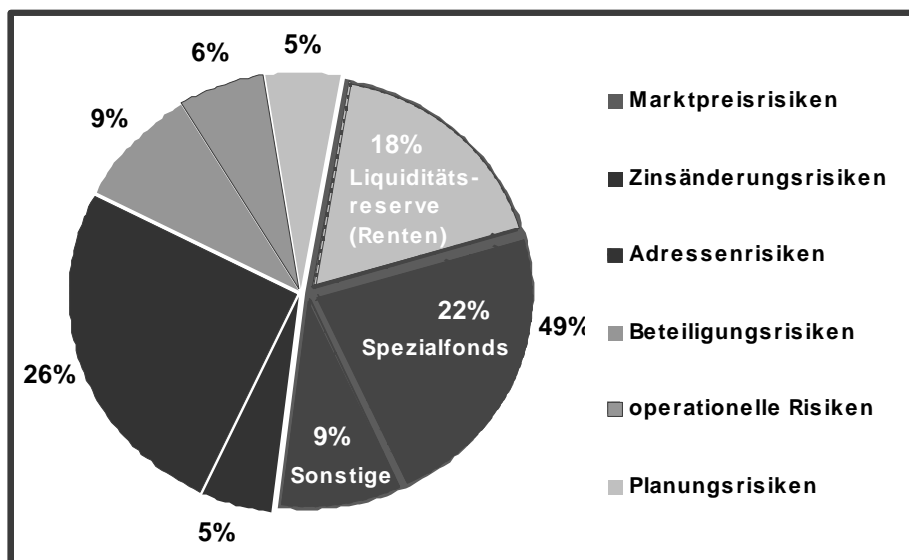


Abb. „R1“

Das Gesamthausrisiko ermitteln wir additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Lediglich bei den Marktpreisrisiken werden Korrelationseffekte eingerechnet.

Um sicherzustellen, dass die regulatorischen Vorgaben eingehalten werden, wurde als Stresstest der Eintritt der maximalen Verlustgrenze für die drei Risikoarten Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken und Adressenrisiken simuliert und die Auswirkungen auf den Solvabilitätskoeffizienten dargestellt. Dabei ist es aufgrund der aktuellen Steuerungsmaßnahmen zu jeder Zeit möglich, auch in diesem Fall die Solvabilitätsverordnung (SolV) zu erfüllen. Im neuen Konzept werden auch die Worst-Case-Szenarien der übrigen Risikoarten berücksichtigt.

Arten von Risiken

Marktpreisrisiken

Nahezu alle unsere Geschäfte unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen. Wir unterscheiden Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungsrisiken Gesamthaus-, Aktien-, Creditspread- und Währungsrisiken einschließlich der jeweils dazugehörigen Optionsrisiken.

Quantifizierung

Im Rahmen der täglichen Marktpreisermittlung berechnen wir für alle Positionen die Ist-Entwicklung (realisierte Gewinne und Verluste plus Veränderung der schwebenden Gewinne / Verluste seit Jahresbeginn) sowie die Risikosimulation. Die Einzelpositionen werden dabei Portfolios zugeordnet und jedes Geschäft wird unverzüglich nach Geschäftsabschluss erfasst. Dabei berücksichtigen wir auch die Adressenrisiken der Eigenanlagen.

Die Zinsänderungsrisiken steuert die Stadtsparkasse Düsseldorf auf Basis der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlenen Instrumente sowie auf Grundlage der Barwertmethode. Dazu werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cashflow-Übersicht dargestellt. Performance-Analysen und Barwertsimulationen ergänzen die Cashflow-Darstellung. Ziel der Barwertsimulation ist es, mögliche Chancen und Risiken auf Basis von Zinsszenarien zu quantifizieren.

Standardszenarien

Im Rahmen der Risikosimulation hat die Stadtsparkasse Düsseldorf für jede Risikoart entsprechende Standardszenarien definiert. Sie dienen der operativen Steuerung der Risiken in Verbindung mit den zugeordneten Limiten.

Als Standardszenario für Marktpreis-/Zinsänderungsrisiken wird der Value-at-Risk (Worst Case) auf folgender Basis errechnet:

Anlagebuch:	Haltedauer 10 (25) Tage
Handelsbuch:	Haltedauer 5 (7) Tage
Konfidenzniveau:	99 Prozent

Die Risikosimulation erfolgt auf Basis der historischen Simulation mit den Kursen der letzten 275 Tage.

Die Einzelsteuerung der Spezialfonds erfolgt über Anlagerichtlinien.

Weiterhin werden die Auswirkungen des Basel II-Zinsschocks von + 130 bp (Basispunkten) bzw. -190 bp berechnet. Bei einer Ad-hoc-Zinsveränderung von + 130 bp beträgt per 31.12.2007 die Barwertänderung -151 Mio. Euro. Dies entspricht 14 Prozent des haftenden Eigenkapitals (nach HGB; erstmalige Berechnung per 30.06.2007 -168 Mio. Euro, 17 Prozent).

Stress-Szenarien

Um die Auswirkungen extremer Marktentwicklungen ebenfalls abschätzen zu können, führt die Stadtsparkasse Düsseldorf ergänzend zu den Standardszenarien regelmäßig Stresstests durch. Dazu ziehen wir die größten Wochenveränderungen seit April 1997 heran.

Der Value-at-Risk für Marktpreisrisiken von Spezialfonds wird auf Grundlage der Wertentwicklung der Fondsanteile unabhängig von ihrer Konsolidierung nach IFRS ermittelt. In der Abb. „R2“ sind in der Rubrik Fonds die Spezialfonds enthalten.

Hedge-Geschäfte

Zur operativen Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden primär Derivate eingesetzt. Zur Absicherung der Zinsänderungsrisiken wurden Swaps im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings eingesetzt. Eine Übersicht über das Derivategeschäft enthält die Notes-Angabe [39].

Limitierung und Reporting

Aus der Berechnung der Risikotragfähigkeit leitet die Stadtsparkasse Düsseldorf Limite für Marktpreisrisiken ab, die der Vorstand festlegt. Aus dem Gesamtlimit für Marktpreisrisiken ergeben sich Einzellimite auf Portfolioebene entsprechend der strategischen Ausrichtung. Analog legen wir ein separates Limit für Zinsänderungsrisiken fest.

Die Abteilung Handelsüberwachung und -kontrolle überwacht sämtliche Limite und teilt die Limitauslastungen täglich dem Gesamtvorstand sowie den jeweiligen Leitern der zuständigen Bereiche einschließlich der Innenrevision mit. Limitüberschreitungen werden dem Gesamtvorstand unverzüglich angezeigt.

Backtesting

Wir unterwerfen die Parameter der Risikosimulationen regelmäßig einem Backtesting. Dabei stellen wir die simulierten Risiken den tatsächlich eingetretenen Kursentwicklungen gegenüber. Eine Überschreitung der Ist-Ausreißer über die auf Basis des 99-prozentigen Konfidenzniveaus zu erwartenden Ausreißer wurde nicht verzeichnet.

Risikosituation

VaR-Simulation inkl. Adressrisiko	Mio. Euro
Renten und sonstiges Zinsbuch	- 29,6
Aktien	- 0,8
Fonds (incl. Spezialfonds)	- 43,0
Sonstiges	- 5,3

Abb. „R2“

Implizite Optionen werden z. Z. nicht betrachtet.

Adressenrisiken

Risikodefinition

Adressenrisiken bezeichnen Risiken, die dadurch entstehen, dass ein Kreditnehmer oder ein Kontrahent seine vertraglich vereinbarten Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig erbringen kann. Dazu gehören bei der Stadtsparkasse Düsseldorf neben Adressenrisiken aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Kreditnehmerrisiko) auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Das Adressenrisiko unterscheidet Positions- und Vorleistungsrisiken. Positionsrisiken beinhalten das Kreditnehmerrisiko bzw. das Emittenten- sowie das Wiedereindeckungsrisiko und die offenen Posten. Vorleistungsrisiken bilden die Gefahr ab, dass der Kontrahent nach erbrachter Vorleistung seine Gegenleistung nicht erbringt.

Die Überwachung der Adressrisiken ist im Handelsbereich durch die tägliche Limitüberwachung und im Kreditbereich durch Einzellimits auf Kreditnehmerebene sowie Gesamtportfolioüberwachung sichergestellt.

Organisation

Die Überwachung und -steuerung der Adressenrisiken führen wir bei der Stadtsparkasse Düsseldorf differenziert nach Handels- und Nichthandelsgeschäften durch. Die Funktionen werden für Handelsgeschäfte analog der Regelung zu den Marktpreisrisiken wahrgenommen.

Im traditionellen Kreditgeschäft (Nichthandelsgeschäfte) legt der Gesamtvorstand auf Basis der Gesamthausstrategie die Kreditrisikostategie fest.

Die Stabsstelle Risikosteuerung ist auch für Einsatz, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Verfahren zur Risikoidentifizierung und -quantifizierung, der Risikoklassifizierungsverfahren und des Risikofrühwarnsystems verantwortlich. Zudem überwacht sie das Kreditausfallrisiko auf Portfolioebene und erstellt vierteljährlich differenzierte Kreditrisikoberichte.

Die operative Umsetzung des Risikomanagements erfolgt entsprechend den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MARisk) im Zentralbereich Kredit (Marktfolge) in den jeweiligen Marktbereichen. Er erstellt für das risikorelevante Kreditgeschäft – auch soweit es Emittenten- und Kontrahentenlimite betrifft – die zustimmende oder ablehnende schriftliche Zweitäußerung zu einem konkreten Sachverhalt im Rahmen einer Kreditentscheidung im risikorelevanten Kreditgeschäft.

Zudem fertigt der Zentralbereich Kredit die Kredit- und Sicherungsverträge sowie die Beschlussvorlagen. Er überprüft regelmäßig Sicherheiten und überwacht – neben der Stabsstelle Risikosteuerung – Intensivbetreuungsengagements ab 250.000 Euro blanko. Sanierungsengagements betreut und bearbeitet der Zentralbereich Kredit direkt.

Ausgesuchte Intensivbetreuungsengagements werden zu mindestens drei Terminen pro Jahr in der dafür vorgesehenen Monitoringsrunde besprochen; hier wird auch über die weitere Vorgehensweise entschieden. Mitglieder der Monitoringsrunde sind der zuständige Marktvorstand, der Risikovorstand, die Leiter der Marktbereiche, der Leiter des Zentralbereichs Kredit (Marktfolge) sowie der Leiter der Stabsstelle Risikosteuerung.

Die funktionale und organisatorische Trennung des Zentralbereiches Kredit und der Stabsstelle Risikosteuerung von den verantwortlichen Marktbereichen stellt eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung sicher.

Bonitätsbeurteilung

Die interne Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer ist für die Steuerung der Adressenrisiken von zentraler Bedeutung. Die Stadtsparkasse Düsseldorf nutzt dafür die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angebotenen Verfahren StandardRating für Kreditengagements ab 100.000 Euro gewerblichen Kreditobligos (Kreditnehmereinheit gemäß § 19 (2) KWG) sowie das ImmobilienRating für Immobiliengeschäftskunden. Des Weiteren setzen wir ab August 2007 die Ratingverfahren der RatingServiceUnit GmbH (RSU GmbH; Ratingverfahren der Landesbanken) für Leasing, Großunternehmen (ab 500 Mio. Euro Umsatz) und Banken ein. Im zweiten Halbjahr 2007 haben wir zudem das Verhaltens-Scoring für Privatkunden und das Kleinstkunden-Rating für Firmenkunden (Engagement bis 250.000 Euro blanko) als Pilotprojekt begonnen. Ab 2008 werden wir diese Instrumente in vollem Umfang einsetzen.

Die Messung von Länderrisiken erfolgt auf Basis externer Ratings und Ländereinschätzungen (Bonitätsindex).

Alle im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungssysteme sind auf Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert. Dabei dient die DSGV-Masterskala als einheitlicher Bezugspunkt.

DSGV-Masterskala	
Ratingnoten	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit
1	0,01%
	0,02%
	0,03%
	0,04%
	0,05%
	0,07%
	0,09%
2	0,12%
3	0,17%
4	0,30%
5	0,40%
6	0,60%
7	0,90%
8	1,30%
9	2,00%
10	3,00%
11	4,40%
12	6,70%
13	10,00%
14	15,00%
15	20,00%
16	Wertberichtigte Engagements Ausfälle etc.
17	
18	

Abb. „R3“

Die DSGV-Skala sieht 18 Ratingklassen vor, denen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet sind. Sie ermöglicht somit eine differenzierte Messung und Prognose von Ausfallrisiken.

Die Ratingsysteme werden von den Herstellern (DSGV bzw. RSU GmbH) laufend angepasst. Die Anpassungen übernimmt die Stadtsparkasse Düsseldorf unverzüglich.

Die Risikoklassifizierungssysteme sind integraler Bestandteil aller für die Steuerung des Kreditrisikos relevanten Geschäftsprozesse und Berichte. Insofern sind sowohl Limittabellen, Kreditbewilligungsbefugnisse und die Feststellung der für das Einzelgeschäft erforderlichen Risikoprämie daran gebunden.

Quantifizierung

Die Überwachung der Adressenrisiken inkl. Vorleistungsrisiko erfolgt für Handelsgeschäfte auf Basis der regulatorischen Anforderungen. Das Adressenrisiko beträgt per 31.12.2007 19,8 Mio. Euro (per 31.12.2006: 18,9 Mio. Euro).

Um das Adressenrisiko aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Nicht-Handelsgeschäfte) zu ermitteln, betrachten wir alle adressrisikobehafteten Fälle ohne die bereits ausgefallenen Engagements (Basis 31.12.2006: 232,8 Mio. Euro, 30.12.2007: 203,4 Mio. Euro).

Neben der wertorientierten Sicht durch die Ermittlung des Kredit-Value-at-Risk beobachten wir insbesondere Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten.

Den Kredit-Value-at-Risk berechnen wir mit dem vom DSGV empfohlenen Kreditrisikomodell CreditPortfolioView von McKinsey. Mit Hilfe dieses Modells lassen sich Adressenrisiken und künftige Wertveränderungen im Gesamtkreditportfolio prognostizieren.

Das geplante Bewertungsergebnis Kreditgeschäft ermitteln wir auf Basis der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGV-Masterskala und unter Berücksichtigung der Besicherungen als durchschnittlich erwarteter undiskontierter Wert. Er lag für 2007 bei 39,3 Mio. Euro.

Auf Basis der Größenklassengliederung wird die Risikokonzentration nach Engagementgröße gemessen und berichtet.

Limitierung und Reporting/Kreditrisikobericht

Das Adressenrisiko aus Handelsgeschäften ist limitiert und wird täglich von der Stabsstelle Risikosteuerung (Abt. Handelsüberwachung und -kontrolle) überwacht und berichtet.

Dem Adressenrisiko im traditionellen Kreditgeschäft haben wir im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes ein Gesamtportfoliolimit zugeordnet. Das Limit wurde vierteljährlich überwacht und im Kreditrisikobericht dargestellt. Ab Mai 2008 erfolgen Überwachung und Reporting monatlich.

Parallel beobachten und steuern wir die Adressenrisiken auf Basis der o. a. wesentlichen Aspekte (Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten), der Regelungen der Kreditrisikostrategie sowie der MaRisk-konformen Prozesse. Damit erreichen wir, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf jederzeit umfänglich über alle Adressenrisiken informiert und die Risikotragfähigkeit gewährleistet ist.

Weiterhin haben wir im Rahmen der Kreditrisikostrategie ratingabhängige Limits auf Kreditnehmerebene (Kreditnehmereinheiten gem. § 19 (2) KWG) festgelegt.

Die Stabsstelle Risikosteuerung erstellt vierteljährlich einen umfassenden Kreditrisikobericht. Darin werden die im Kreditportfolio enthaltenen Adressenrisiken in vollem Umfang dargestellt – gegliedert nach den Strukturklassen Privatkunden, Firmen- und Gewerbekunden, Risiko- und Größenklassen, Sicherheitenkategorien und Länderisiko. Weiterhin enthält der Bericht die besonderen Bestandteile gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Portfolioanalyse

Über die im Kreditrisikobericht enthaltenen strukturellen Analysen des Kreditportfolios hinaus haben wir das Kreditrisiko mit der vom DSGVO empfohlenen Software CreditPortfolioView (CpV; McKinsey) ermittelt. Ziel des Portfoliomodells ist eine umfassende Darstellung der Kreditrisiken auf Portfolioebene. Die Ergebnisse dienen dazu,

- die wertorientierte Eigenkapitalbelastung zu berechnen und in das Risikotragfähigkeitskonzept zu integrieren,
- Konzentrations-, Granularitäts- und Korrelationseffekte zu quantifizieren sowie
- künftig geeignete Risikokennzahlen und Risikobeiträge zur Portfolio- und Gesamtbanksteuerung bereitzustellen.

Das Portfoliomodell berücksichtigt neben den Adressenrisiken im engeren Sinn auch die Risiken aus Bonitätsveränderungen durch Ratingmigrationen. Die Wahrscheinlichkeitsverteilung

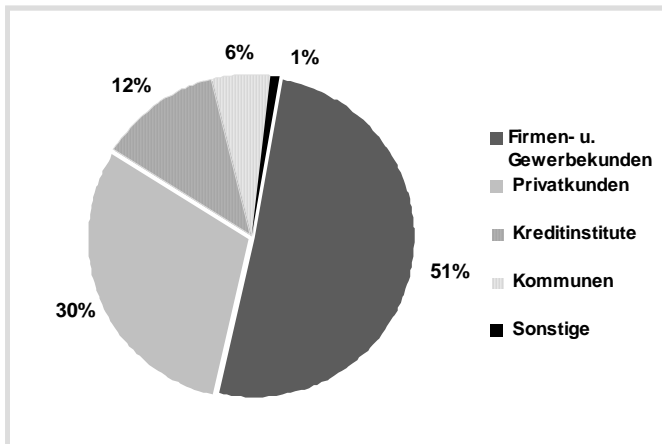
lung basiert auf einer Monte-Carlo-Simulation (numerisches Verfahren zur Simulation von Zufallsprozessen).

Als wesentliches Ergebnis wird ein Kredit-Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einer unterstellten Haltedauer von einem Jahr ermittelt.

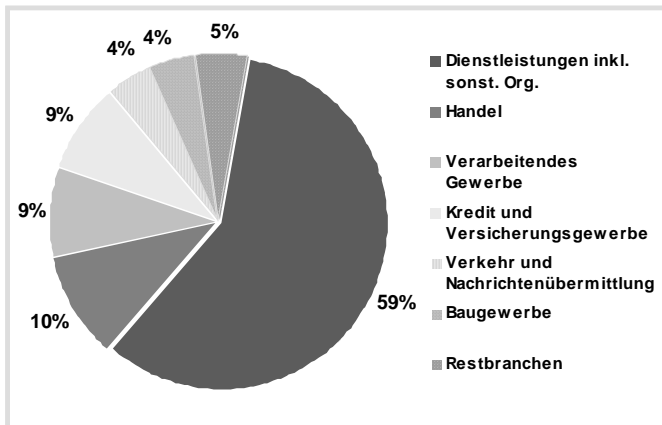
Risikosituation

Die Struktur des Kreditportfolios ist in den folgenden Grafiken dargestellt:

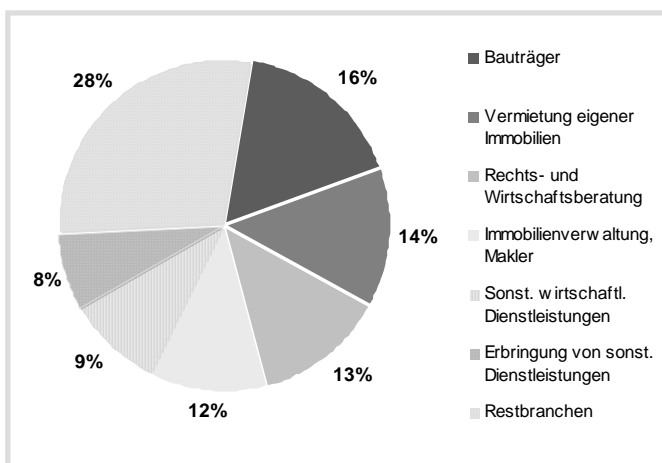
Kreditportfolio nach Kundengruppen



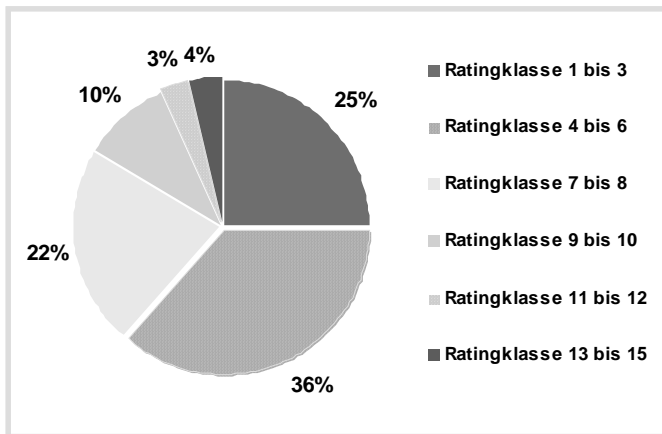
Firmen- und Gewerbekundenportfolio nach Branchen



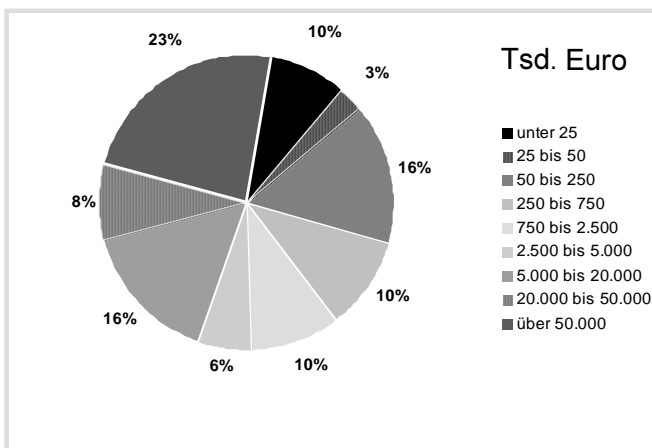
Teilportfolio Dienstleistung nach Segmenten



Geratetes Portfolio nach Ratingklassen



Kreditportfolio nach Größenklassen (Basis Einzelkreditnehmer)



Der Kredit-Value-at-Risk betrug per 31.12.2007 122 Mio. Euro (per 31.12.2006: 123,2 Mio. Euro).

Das geplante Bewertungsergebnis Kreditgeschäft (erwartete Verluste) betrug für 2007 39,3 Mio. Euro. Die Ausnutzung erfolgte zu 64,2 Prozent (Vorjahr: 37,1 Mio. Euro geplant, Ausnutzung 91 Prozent).

Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die Stadtsparkasse Düsseldorf die Wahrscheinlichkeit, Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht und nicht in vollem Umfang nachkommen zu können.

Organisation

Das Management der Liquiditätsrisiken obliegt dem im Geschäftsfeld Asset Management angesiedelten Geschäftsbereich Handel. Der Vorstand behandelt das Liquiditätsrisiko im Rahmen seiner monatlichen Bilanzstruktursitzungen.

Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos/Quantifizierung


Liquiditätsstatus

Die Betrachtungsebene sind Cashflow-orientierte Liquiditätsrisiken bis 1 Jahr. Die Geldhandelsstelle im Geschäftsbereich Handel steuert die kurzfristige Liquidität.

Liquiditätsübersichten

Monatlich wird eine einjährige Liquiditätsübersicht erstellt.

Risikolage

Aufgrund der Geschäftsstruktur (Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied im Haftungsverbund der -Finanzgruppe; hoher Anteil der Refinanzierung über Kundenmittel; Liquiditätslinien bei Kreditinstituten, gutes externes Rating) wird das Liquiditätsrisiko als gering eingeschätzt. Zudem verfügt die Stadtsparkasse Düsseldorf über einen hohen Anteil bonitätsmäßig erstklassiger und liquider Eigenanlagen. Die Liquiditätskennziffer des Grundsatzes II liegt mit 1,61 per 31.12.2006 und mit 1,32 per 31.12.2007 deutlich oberhalb des Schwellenwertes von 1,0.

Anpassung in 2007

Im 4. Quartal 2007 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf das vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband empfohlene Programm "Liquiditätsmanager" eingesetzt und das Verfahren insgesamt überarbeitet.

Mit Hilfe dieses Tools wird monatlich ermittelt und reportet, wie stark die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl unter Annahme definierter Szenarien reagiert. Insgesamt werden drei Szenarien durchgespielt (insbesondere Abzug von Einlagen, Ausfall bedeutender Kreditnehmer, Wertverlust von Eigenanlagen) und über ein Ampelsystem einer Bewertung unterzogen. Fällt die Liquiditätskennzahl hierbei in einen kritischen Bereich, sind so bereits im Vorfeld Gegensteuerungsmaßnahmen möglich. Quartalsweise wird das beschriebene Ver-

fahren um ein Stressszenario ergänzt, um so die Sensitivität der Liquiditätskennzahl unter Annahme eines Worst Case zu ermitteln.

Operationelle Risiken

Risikodefinition

Bei den operationellen Risiken handelt es sich um Risiken, die mit der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Stadtparkasse Düsseldorf verbunden sind. Diese können aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, interner Infrastruktur oder durch externe Einflüsse eintreten.

Organisation

Den Umgang mit operationellen Risiken legt der Vorstand fest.

In der operativen Umsetzung verantwortet der Zentralbereich Organisation Notfallkonzepte, die den Umgang mit operationellen Risiken, die in der internen Infrastruktur und durch externe Einflüsse entstehen können, festlegen. Sie enthalten organisatorische und technische Regelungen, durch die eine einheitliche Vorgehensweise in einem Katastrophenfall sichergestellt wird. Des Weiteren werden die Aufgabenfelder Betriebssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit und IT-Sicherheit im Zentralbereich Organisation umgesetzt.

Die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sind für das Management der operationellen Risiken (insbesondere operationeller Risiken im Bereich von Mitarbeitern und internen Verfahren) ihrer Organisationseinheit verantwortlich.

Operationelle Risiken außerhalb der Sparkasse werden im Rahmen der Überwachung des Outsourcing betrachtet. Eventuelle Schäden werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst. Weiterhin werden mit Outsourcing verbundene Risiken in der Risikoinventur berücksichtigt.

Methodenkompetenz, Einsatz der DSGVO-OpRisk-Instrumente sowie das Berichtswesen liegen in der Stabsstelle Risikosteuerung.

Klassifizierung

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung verwendet die Stadtsparkasse Düsseldorf die nachfolgenden Risikokategorien:

Infrastruktur	IT-Sicherheit IT-Performance/IT-Ausfall IT-Funktionalität Haustechnik/Gebäude/Arbeitsplatzsicherheit
Mitarbeiter	Unsachgemäße Beratung Fähigkeit/Verfügbarkeit Unautorisierte Handlungen Bearbeitungsfehler
Interne Verfahren	Verträge Projekte Information/Kommunikation Aufbau-/Ablauforganisation
Externe Einflüsse	Outsourcing/Lieferanten/Dienstleister Kriminelle Handlungen Naturgewalten/Unfälle Gesetze/Rechtsprechung

Abb. „R4“

Quantifizierung

Die Stadtsparkasse Düsseldorf setzt zum Management und Controlling von operationellen Risiken das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlene Verfahren ein. Es setzt sich aus einer Schadenfalldatenbank und der Risikoinventur zusammen.

Schadenfalldatenbank

Zur Erfassung und Analyse der eingetretenen Schadenfälle aus operationellen Risiken haben wir ab 2005 eine zentrale Schadenfalldatenbank aufgebaut. In dieser werden Schadenfälle sowie ggf. Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung zukünftiger Schäden erfasst. Daneben beteiligt sich die Stadtsparkasse Düsseldorf am zentralen Informationsaustausch über den DSGV zur Verbreiterung der Datenbasis sowie zur Nutzung übergeordneter Erkenntnisse.

Risikoinventur

Im Rahmen der erstmaligen Risikoinventur im Jahr 2007 haben wir operationelle Risiken umfassend in allen Bereichen der Stadtsparkasse Düsseldorf in Form von Schadensszenarien detailliert und strukturiert erhoben. Die Einschätzung erfolgt in der Regel durch den Leiter des jeweiligen Bereichs unter Mithilfe entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter der Stabsstelle Risikosteuerung.

In Verbindung mit der Analyse der Schadenfälle ergibt die Risikoinventur die Basis, operationelle Risiken abzuschätzen sowie Pläne zur Reduzierung und Steuerung abzuleiten.

Limitierung und Reporting

Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes wurde für operationelle Risiken entsprechend der Regelungen gem. § 270 f. SolvV (Solvabilitätsverordnung) der Basisindikatoransatz herangezogen. Damit wurden für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 jeweils 48 Mio. Euro berücksichtigt.

Das Limit wird derzeit einmal jährlich überarbeitet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Mit Abschluss der Risikoinventur im 4. Quartal 2007 erhalten der Vorstand sowie die Leiter der jeweiligen Bereiche künftig regelmäßige Risikoberichte.

Risikosituation



Operationelle Risiken treten primär unter der Kategorie Adressenrisiken im Bereich Kreditgeschäft auf und werden dort erfasst und gesteuert. DV-Risiken sind begrenzt, da die Sparkassen Informatik als DV-Dienstleister tätig ist. Sonstige operationelle Risiken sind gering ausgeprägt bzw. durch Versicherungen abgedeckt. Folglich werden operationelle Risiken (außerhalb des Kreditgeschäfts) als nicht wesentlich klassifiziert.



Beteiligungsrisiken


Risikodefinition

Unter dem Beteiligungsrisiko versteht die Stadtsparkasse Düsseldorf die Gefahr des finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen.


Organisation

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Für die direkten Beteiligungen z. B. am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) erfolgt das Controlling im Zentralbereich Betriebswirtschaft bzw. über Geschäftsbesorgungsverträge durch unsere 100 %-ige Tochtergesellschaft -Kapitalbeteiligungsgesellschaft (KBG). Die Überwachung wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes durch die Stabsstelle Risikosteuerung vorgenommen.

Die indirekten Beteiligungen werden über die KBG gehalten. Das Risikocontrolling wird von der KBG im Rahmen ihrer Holdingfunktion wahrgenommen.

Investitionsentscheidungen der Equity Partners GmbH (einer Tochter der KBG) basieren auf einer vom Vorstand verabschiedeten Investitions-Strategie. Konkrete Entscheidungen selbst werden von einem Investmentboard als Organ der Beteiligungsgesellschaft getroffen. Das Gremium ist entsprechend den Anforderungen der MaRisk mit Vertretern aus Markt und Marktfolge besetzt.

Risikomanagement der KBG


Die Geschäftsführung der KBG begleitet ihre Tochtergesellschaften und deren Beteiligungen. Die Tochtergesellschaften verfolgen jeweils auf der Ebene ihres Unternehmens das Ziel, Risiken zu identifizieren und angemessen zu handhaben. Dazu bedienen sie sich entsprechender Berichte, wie z.B. die regelmäßigen Reportings der Equity Partners GmbH (EP). Auch die anderen Gesellschaften stellen dazu ihre entsprechenden Informationen und Daten zur Verfügung.

Die Gesamtrisikosituation der Beteiligungen wird mit den so genannten Risikoeinstufungen für die einzelnen Beteiligungen abgebildet und quartalsweise systematisch zusammengefasst in sechs Einstufungsklassen ("Schulnotenprinzip"). Die Einstufungen erfolgen durch bzw. in enger Abstimmung mit der jeweiligen Gesellschaft, die die Beteiligung hält.

Dieses Risiko-Einstufungs-System (RES) beleuchtet die jeweilige Beteiligung mit aufgeschlüsselten Einzeleinstufungen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Allgemeine, rechtliche und gesellschaftsrechtliche Risiken
- Absatz-/Marktrisiken
- Beschaffungsrisiken
- Leistungsrisiken
- Management-, IT-, Organisations- und Personalrisiken
- Strategische Risiken
- Finanzrisiken

Um die Risiken in den o.a. Bereichen zu quantifizieren, wird zusätzlich turnusmäßig der Value-at-Risk/Cashflow-at-Risk bei den Beteiligungen berechnet, bei denen sich eine genaue finanzielle Risiko-Quantifizierung als sinnvoll erweist. Unter üblichen Marktbedingungen wird damit der geschätzte größtmögliche Wertverlust für die Haltedauer der Beteiligung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit ("Konfidenzniveau") ausgewiesen. Auch mit Expertenschätzungen werden die Risiken einzelner Beteiligungen qualifiziert.

Unabhängig vom Quartalsturnus werden von der SKB Risiken auch außerplanmäßig im Sinne eines Frühwarnsystems erfasst und analysiert, wenn veränderte Umfeldbedingungen dies nahe legen. So kann z.B. eine plötzlich geänderte Steuergesetzgebung entscheidende, wertbestimmende Einflüsse auf eine Beteiligung haben, wenn diese bisher gerade besonders von ihrer steuerlichen Vorteilhaftigkeit profitiert hat.

Weiterhin werden in diesem Rahmen die wesentlichen quantitativen Entwicklungen der einzelnen Gesellschaften im Sinne von Plan-/Ist-Abweichungen analysiert.

Durch die dargestellten Maßnahmen ist sichergestellt, dass auftretende Risiken auf Seiten der Beteiligungsunternehmen bereits in einem frühen Stadium identifiziert werden und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen frühzeitig umgesetzt werden können.



Ebenso wird bei der EP ein Risikomanagement unterhalten, das das Erkennen von Risiken vor Beteiligungseingehung bzw. das frühzeitige Erkennen von Risiken bei bestehenden Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments zum Ziel hat. Dort stellen die vertraglichen Regelungen mit den Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments sicher, dass die zur Beurteilung der Risikosituation der Projektgesellschaften notwendigen Informationen der EP zur Verfügung stehen und die Gesellschaft auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann.

Um die jederzeit angemessene Informationslage zu gewährleisten, hat EP die eingesetzten Datenbanken und Informationssysteme ausgebaut und ergänzend die strukturellen Voraussetzungen für ein funktionierendes Risikomanagement verbessert. Neben der Einführung regionalbezogen arbeitender Investmentteams wurde neben dem Controllingbereich ein separater Monitoringbereich für die Überwachung der Fondsinvestments eingerichtet.

Darüber hinaus wurden die bei EP vorhandenen, auf Risikominimierung ausgelegten internen Prozesse ebenso wie die Qualitätssicherung durch definierte Prüfungsschritte und Datenbankunterstützung weiter verfeinert. Zudem wurden die Prozesse der EP zur Risiko- steuerung - hinsichtlich Auswahl, Eingehung, Monitoring und Controlling der Investments - von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einer Prüfung unterzogen und hinsichtlich Angemessenheit zur Zielerfüllung und Durchführungsqualität positiv bewertet.

Damit bestehen weiterhin die organisatorischen Voraussetzungen dafür, auch künftig eine Vielzahl von Private Equity Fonds zu analysieren und die erfolgversprechendsten Fonds für Investments auszuwählen.

Von der Equity Partners GmbH wird anstelle der Quartalsberichte ein umfassender Halbjahresbericht über das Gesamtportfolio erstellt, in denen dezidiert zur Entwicklung der Private Equity Beteiligungen sowie der Fonds-Investments Stellung genommen wird. Zusätzlich zum Halbjahresbericht wird quartalsweise eine Übersicht zur Portfolioentwicklung abgegeben, ergänzt um wichtige Kennzahlen zu den Fonds.

Für Fondsbeteiligungen wird keine „Ratingnote“ nach dem o. g. Verfahren erstellt, sondern hier werden in einem mit der Stadtsparkasse Düsseldorf und der KBG abgestimmten Verfahren halbjährliche Einschätzungen der wesentlichen Risikofaktoren Markt, Fondsmanagement, Portfolio des Fonds sowie des Investorenservices vorgenommen. Hier kann jeweils ein geringes, mittleres oder hohes Risiko ausgewiesen werden, je nachdem, ob die aktuelle Risikostruktur der Risikostruktur bei Zeichnung entspricht oder sich verändert hat. Die von Equity Partners erstellten Darstellungen werden durch die KBG analog dem oben dargestellten Verfahren plausibilisiert.

Quantifizierung des Beteiligungsrisikos

Die Betrachtung des Risikos konzentriert sich auf die wesentlichen Beteiligungspositionen. Durch die Zuordnung von vergleichbaren Indizes zu jeder einzelnen Position werden anhand der historischen Entwicklung des jeweiligen Index die in diesen Beteiligungen vorhandenen Risiken ermittelt. Ausgenommen hierbei ist die Beteiligung der KBG; die Holding übernimmt im Rahmen ihres Controllings die Risikoeinschätzung der einzelnen Investments der KBG.

Das wertorientierte Risikolimit Beteiligungen wurde für 2007 mit 69 Mio. Euro im Normalfall (Konfidenzniveau 99,0 Prozent) und mit 78 Mio. Euro im Worst Case (Konfidenzniveau 99,9 Prozent) festgelegt. Das Limit wurde in 2007 nicht überschritten. Zum 31.12.2007 betrug die Auslastung 63 Mio. Euro bzw. 81 %.

Risikosituation

Für Fondsinvestments der Equity Partners GmbH (EP) sehen wir das Ausfallrisiko im Bereich Private Equity Fund-of-Funds auf Basis einer Studie („The Risk Profiles of Private Equity“, T. Weidig/P.-Y. Mathonet, Luxemburg, 2004) aufgrund des hohen Diversifikationsgrades als gering an. Die Entwicklung der von EP eingegangenen direkten Beteiligungen ist grundsätzlich mit den für diese Anlageklasse typischen Risiken verbunden. Durch Diversifizierung in Verbindung mit einer sorgfältigen Auswahl der Beteiligungsunternehmen gehen wir davon aus, eventuelle Ausfälle planungsgemäß durch positive Ergebnisse mit dem Gesamtportfolio deutlich überzukompensieren. Währungskursschwankungen (in US-Dollar) werden einer laufenden Überwachung unterzogen und in der strategischen Planung der Gesellschaft kalkulatorisch berücksichtigt. Ein Währungssicherungskonzept wurde etabliert.

Die Risiken im Geschäftsbereich Immobilien resultieren im Wesentlichen aus der weiteren Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften und der Umsetzung und der Einhaltung der geplanten Projektszenarien. Neben den erwarteten Verkaufserlösen sowie den unterstellten Kosten ist bei den Projekten insbesondere die Zeitkomponente ein kritischer Erfolgsfaktor, da Verzögerungen zu erhöhten Refinanzierungskosten führen. Bei ungünstiger Entwicklung können weitere Abschreibungen oder sonstige Stützungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden, wobei im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 allen derzeit bekannten Risiken Rechnung getragen wurde. Wir verweisen hier auch auf den Prognosebericht, Teil: "Künftige Entwicklung der KBG", Geschäftsbereich Immobilien.

Die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) beinhaltet als Hauptrisiko die Beteiligung an der WestLB AG. Die Anfang 2008 beschlossenen Restrukturie-

rungsmaßnahmen wurden für 2007 berücksichtigt. Mögliche weitere Auswirkungen werden in 2008 intensiv beobachtet.

E. Prognosebericht

Die Wachstumsperspektiven für die deutsche Wirtschaft haben sich im Vergleich zu den Jahren 2006 und 2007 verschlechtert. Hauptgründe hierfür sind die anhaltende US-Immobilienkrise und die dadurch ausgelösten Belastungen an den Finanzmärkten. Auch die Kaufkraft der Verbraucher lässt aufgrund steigender Preise zu wünschen übrig.

Die Bundesregierung hat bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichtes 2008 das Wachstum der Wirtschaft auf 1,7 Prozent veranschlagt und damit im Vergleich zum Herbst 2007 um 0,3 Prozentpunkte herabgesetzt. Die Mehrzahl der aktuellen Prognosen zum Bruttoinlandsprodukt liegt zwischen 1,7 Prozent und 1,9 Prozent. Demnach setzt sich der Aufschwung fort, auch wenn sich die Wirtschaftsdynamik in 2008 und 2009 verringern wird.

Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf geht in der Region von einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung aus als im Bundesdurchschnitt. Der Sparkassen-Mittelstandsindex Düsseldorf (SMID), der sich in seiner Systematik am Ifo-Index orientiert, hat im Herbst 2007 eine Fortsetzung des Wachstums angezeigt, dessen Tempo deutlich über den Bundeswerten liegen wird. Der Düsseldorfer Konjunkturmonitor 2008, der von der Unternehmerschaft Düsseldorf und Umgebung bei 900 Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen erhoben wird, kommt zu vergleichbaren Ergebnissen. Demnach rechnen die Firmen in der Region für 2008 überwiegend mit besseren Geschäften und mehr Arbeitsplätzen als in 2007.

Vor dem Hintergrund dieser Erwartungen gehen wir von einer steigenden Kreditnachfrage bei unseren mittelständischen Firmenkunden aus. Der Kredit wird für die Mehrzahl der Unternehmen das zentrale Finanzierungsmittel bleiben. Daneben registrieren wir eine wachsende Nachfrage nach eigenkapitalschonenden oder eigenkapitalergänzenden Finanzierungsformen. Außerdem steigt das Interesse an strukturierten Produkten, um individuelle Finanzierungswünsche der Unternehmen darstellen zu können. Die Stadtsparkasse Düsseldorf bietet hierfür ein umfassendes Spezialwissen, das von den Unternehmen vielfach genutzt wird.

Mit der Einführung von SEPA (Single Euro Payments Area) sind die ersten Produkte eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrssystems geschaffen. Unser Haus bietet den Kunden im Rahmen ihres Transaktionsmanagements neue Produkte an, die insbesondere von international tätigen Unternehmen rege nachgefragt werden.

In Anlehnung an die erfolgreiche Imagekampagne „Mittelstand im Mittelpunkt“ werden wir 2008 die Produktwerbung für ausgewählte Geschäftsfelder des Geschäftsbereichs Firmenkunden und Institutionelle fortsetzen.

Im Privatkundengeschäft bleibt für 2008 die Wohnungsbaufinanzierung ein Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes. Angesichts einer steigenden Bevölkerungszahl in der Landeshauptstadt wächst der Bedarf an Wohnraum. Wir erwarten daher eine höhere Nachfrage nach Wohnungsbaudarlehen als in 2007.

Das Konsumentenkreditgeschäft soll in 2008 weiter ausgebaut werden. Mit attraktiven Produkten und marktgängigen Konditionen wollen wir das vorhandene Potenzial weiter nutzen.

Ein zentrales Thema des Privatkundengeschäftes bleibt die Altersvorsorge. Die Ergebnisse der Befragungen Düsseldorfer Haushalte, die unser Haus im Rahmen des „Geldbarometers“ durchgeführt hat, zeigt das wachsende Interesse breiter Bevölkerungsgruppen an einer finanziellen Absicherung im Alter. Unser Haus bietet zahlreiche Produkte für die private Altersvorsorge an.

Ein weiterer Schwerpunkt wird 2008 die Thematik „Abgeltungsteuer“ sein, die zum 1. Januar 2009 eingeführt wird. Wir erwarten, dass diese neue Steuer zu erheblichen Umschichtungen privater Vermögen führen wird. Unser Haus ist hierfür mit hoher Beratungskompetenz vorbereitet.

Im Geschäftsfeld Asset Management sehen wir für 2008 ein großes Wachstumspotenzial. Das Geschäftsfeld, in dem das Know-how aus den Geschäftsbereichen Handel, Kapitalmarkt und Private Banking gebündelt ist, verfügt über eine attraktive Klientel mit hohem Anlagebedarf. Wir gehen davon aus, 2008 weitere Mandate von institutionellen Kunden übertragen zu bekommen und weitere Kunden im Bereich des Private Banking zu gewinnen.




Künftige Entwicklung der -KBG

Die künftige Entwicklung des Teil-Konzerns wird von dem weiteren Ausbau des Investmentportfolios bei der Equity Partner (EP) gekennzeichnet sein. Dagegen ist im Geschäftsbereich Immobilien der umgekehrte Trend zu erwarten.




Geschäftsbereich Beteiligungen

Planungsgemäß wird EP im Jahre 2008 sowie in den Folgejahren das Portfolio direkter Beteiligungen an Unternehmen sowie das Fondsportfolio weiter ausbauen. Aufgrund des im Private Equity Geschäft üblichen Auseinanderfallens von Investitionseingehung und späterer Veräußerung einer Beteiligung werden auch im Jahr 2008 nur vergleichsweise geringe ertragswirksame Rückflüsse erwartet, da sich das Portfolio weiterhin im Aufbau befindet. Die Rückflüsse aus den Fondsinvestments des Jahres 2008 werden - wie im Geschäftsjahr 2007 - ganz wesentlich durch die Anwendung der Regelungen zur Erfassung von Beteiligungserträgen geprägt. Diese sind nur unter bestimmten Voraussetzungen phasengleich erfolgswirksam zu erfassen, so dass sie erst in 2009 vereinnahmt werden können. Ein nachhaltig positives Betriebsergebnis kann mittelfristig erwartet werden, wenn relevante Beteiligungsverkäufe aus dem Direktportfolio und die erwarteten Rückflüsse aus den Fondsinvestments erfolgen.

Geschäftsbereich Near Banking

Für die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009 werden für diesen Bereich ein zufriedenstellender Geschäftsverlauf und ein positiver Betriebsergebnisbeitrag erwartet. Dazu wird bei der -Finanz Services Düsseldorf GmbH (FSD) der Schwerpunkt im Segment Versicherungen in der Vorsorge-Thematik bleiben. Die geförderten Altersvorsorgeprodukte, speziell die Riesterrente, werden dabei weiterhin eine dominierende Rolle behalten. Für das Segment Bausparen wird die Provisionsvereinbarung für das Geschäftsjahr 2008 und die Folgejahre maßgeblich die weitere Wachstumsstrategie bestimmen. Die in 2007 erfolgten personellen Investitionen haben zu einem Wachstumssprung geführt, der sich im Jahr 2008 bestätigen soll. Im Bereich der -Online-Service Düsseldorf GmbH wird angestrebt, in Hinblick auf die zu erwartende Reduzierung der Umsätze, die Kosten in gleichem Maße zu reduzieren. Zurzeit gibt es keine Planungen, neue Produkte zu entwickeln und anderen Sparkassen zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich wird die -OL für die Stadtsparkasse Düsseldorf nicht nur weiterhin als Servicepartner tätig sein, sondern verstärkt vertriebsunterstützend agieren.

Geschäftsbereich Immobilien

Das künftige Ergebnis der -Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH (-IBG) ist im Wesentlichen von dem Projektergebnis der einzelnen Beteiligungen abhängig. Die Geschäftsführung der -IBG geht auf Grund aktueller Anfragen und Verhandlungen davon aus, dass ein Grundstück, das in der Konzernbilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen wird, im Geschäftsjahr 2008 veräußert werden kann. Sofern ein planmäßiger Verkauf nicht möglich ist, sind Abschreibungen nicht auszuschließen.

Gesamtausblick

Das hohe Wachstumspotenzial in den einzelnen Geschäftsbereichen bietet eine solide Basis für eine weitere deutliche Steigerung der Bruttoerträge unserer Vertriebsseinheiten.

Für das Gesamtjahr 2008 erwarten wir weiterhin eine flache Zinsstrukturkurve. Damit bleibt der Spielraum für Fristentransformationserträge gering. Unsere wichtigste Ertragsquelle, der Zinsüberschuss, wird sich auch 2008 schwächer entwickeln als im Vorjahr. Wir gehen davon aus, dass steigende Provisionserträge den Rückgang des Zinsüberschusses zum Teil kompensieren können. Die Aufwandsseite wird auf dem Niveau des vergangenen Jahres bleiben.

Das Adressrisiko wird weiterhin auf einem stabilen, guten Niveau verbleiben. Den mit Adressrisiken einhergehenden Abschirmungsbedarf konnten wir zwar im zurückliegenden Geschäftsjahr wiederum reduzieren. Allerdings rechnen wir Ende 2008 bzw. 2009 mit einem zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld.

Aufgrund der Geschäftsstruktur und des sehr guten externen Ratings von Aa1 (Moody's) schätzen wir – auch vor dem Hintergrund der internationalen Liquiditätskrise des Jahres 2007 – das Liquiditätsrisiko für die Stadtsparkasse Düsseldorf weiterhin als gering ein.

Operationelle Risiken werden ab 2008 nach Einführung neuer Verfahren noch intensiver überwacht, so dass auch hier eine exaktere Analyse und insbesondere eine Risikoreduzierung möglich werden.

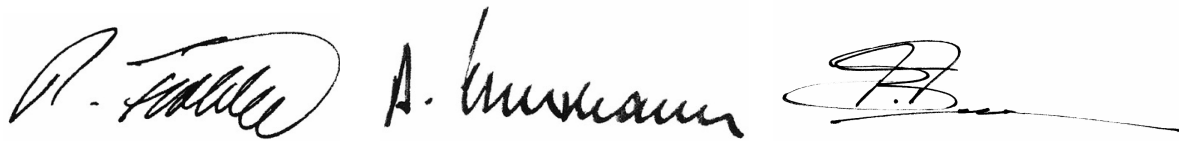
Insgesamt gehen wir für die nächsten Jahre von einer weiteren Konsolidierung der Risikosituation aus; dadurch wird die Ertragslage der Stadtsparkasse Düsseldorf positiv beeinflusst.

Für das Geschäftsjahr 2008 erwarten wir ein befriedigendes Jahresergebnis mit einem Jahresüberschuss, der auf dem Niveau des Jahres 2007 liegen sollte. Wie im vergangenen Jahr wird der Träger an der positiven Geschäfts- und Ertragsentwicklung partizipieren und eine Ausschüttung erhalten, die sich an der Größenordnung von 2007 orientieren wird. Wir werden unsere Eigenkapitalbasis für zukünftiges Wachstum unserer Geschäftsfelder weiter stärken.

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, ergeben sich aus dem 2008 und 2009 anhaltenden, wenngleich abgeschwächten Wirtschaftswachstum, in allen Geschäftsfeldern Potenziale, die wir zu einer Verbesserung der Ertragslage in 2009 nutzen wollen.

Düsseldorf, 29. April 2008

Der Vorstand

Three handwritten signatures in black ink are displayed horizontally. The first signature is a cursive 'A. Faller'. The second signature is 'A. Krumm' in a more legible cursive. The third signature is a highly stylized cursive signature.

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS

für den Zeitraum 01. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

Konzern der Stadtsparkasse Düsseldorf					
				2007	2006
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Zinsüberschuss	[24]				
Zinserträge		690,6			599,8
Zinsaufwendungen		479,3			378,6
			211,3		221,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[25]		7,4		33,9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge				203,9	187,3
Provisionsüberschuss	[26]				
Provisionserträge			72,8		70,0
Provisionsaufwendungen			6,0		6,4
				66,8	63,6
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	[27]			21,3	54,9
Handelsergebnis	[28]			-8,3	-1,0
Finanzanlageergebnis	[29]			-11,6	19,2
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[30]			5,7	14,6
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	[31]			232,9	208,5
Sonstige betriebliche Erträge	[32]			9,7	12,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[33]			14,1	13,0
Steueraufwand / 2007: Steuerertrag	[34]			31,2	10,8
Konzernjahresüberschuss / Konzernbilanzgewinn				71,7	118,5

Konzernbilanz nach IFRS

für das Geschäftsjahr 2007

Aktiva			
		31.12.2007	31.12.2006
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro
Barreserve	[35]	73,5	125,6
Forderungen an Kreditinstitute	[36]	1.556,9	924,5
Forderungen an Kunden	[37]	7.925,4	7.193,7
Risikovorsorge	[38]	-188,5	-224,1
Sicherungsderivate	[39]	35,1	35,2
Handelsaktiva	[40]	37,9	29,7
Finanzanlagen	[41]	3.873,9	4.619,6
Anteile an assoziierten Unternehmen	[42]	92,3	89,7
Sachanlagen	[43]	75,9	80,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[44]	4,4	4,5
Immaterielle Vermögenswerte	[45]	1,5	1,4
Steueransprüche aus laufenden Steuern	[46]	31,8	16,0
Steueransprüche aus latenten Steuern	[47]	22,8	0,0
Sonstige Aktiva	[48]	20,9	22,3
Summe der Aktiva		13.563,8	12.918,1

Passiva			
		31.12.2007	31.12.2006
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[49]	3.488,1	3.380,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[50]	6.074,0	5.643,0
Handelspassiva	[51]	27,8	25,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	[52]	2.472,7	2.473,0
Rückstellungen	[53]	50,5	60,0
Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	[54]	0,1	4,8
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	[55]	0,0	12,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	[56]	214,9	216,4
Sonstige Passiva	[57]	80,5	36,9
Konzerneigenkapital	[58]		
Gewinnrücklagen			
Sicherheitsrücklage		727,5	674,7
Andere Gewinnrücklagen		302,2	233,0
Neubewertungsrücklagen		53,8	40,4
Konzernbilanzgewinn		71,7	118,5
gesamt:		1.155,2	1.066,6
Summe der Passiva		13.563,8	12.918,1

Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge

Nach den IFRS ist zwischen erfolgswirksamen sowie erfolgsneutralen Ergebnisbestandteilen zu unterscheiden.

Das erfolgsneutrale Ergebnis des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten, der Bewertung von Derivaten im Zusammenhang mit effektiven Bestandteilen von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 (Cashflow-Hedge Accounting), der Fortschreibung des Anteils des Konzerns an erfolgsneutralen Eigenkapitalbestandteilen von assoziierten Unternehmen sowie aus latenten Steueransprüchen bzw. -verpflichtungen auf erfolgsneutral erfasste Sachverhalte.

Der Periodengesamterfolg des Konzerns setzt sich einerseits aus dem Konzernjahresüberschuss sowie andererseits aus dem nachfolgenden erfolgsneutralen Ergebnis zusammen.

Minderheitenanteile bestehen nicht.

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Veränderung der Neubewertungsrücklage aus AFS-Finanzinstrumenten	-8,0	-38,5
(a) eigenkapitalwirksame Bewertungseffekte	-23,1	-30,1
(b) Übertragung in die GuV	19,4	-6,5
(c) Veränderung der Neubewertungsrücklage aus der Währungsumrechnung von nicht-monetären Finanzinstrumenten	-4,3	-1,9
Veränderung der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges	8,1	41,5
(a) eigenkapitalwirksame Bewertungseffekte	19,6	41,5
(b) Übertragung in die GuV	-2,1	0,0
(c) Veränderung aufgrund erfolgsneutraler Ertragsteuern	-9,4	0,0
Veränderung des Anteils des Konzerns an erfolgsneutralen Eigenkapitalbestandteilen von assoziierten Unternehmen	8,5	0,0
Veränderung der latenten Steuern auf erfolgsneutrale Sachverhalte	4,8	-9,7
Nettoveränderung der (Neubewertungs-)Rücklage	13,4	-6,7
Sonstiger Periodenerfolg	7,1	1,4
Konzernjahresüberschuss / Konzernbilanzgewinn	71,7	118,5
Periodengesamterfolg	92,2	113,2

Im Geschäftsjahr wurden versicherungsmathematische Gewinne aus der Bewertung von Pensionszusagen in Höhe von 7,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro) entsprechend IAS 19.93D direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet (s. Sonstiger Periodenerfolg).

Die Zusammensetzung der Neubewertungsrücklagen zum Zeitpunkt der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS sowie zum 31.12.2006 und zum 31.12.2007 wird nachfolgend gezeigt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	01.01.2006 Mio. Euro
Eigenkapitaltitel			
Aktien und Investmentfondsanteile (AFS)	-3,3	7,2	7,6
Beteiligungen (AFS)	55,6	37,6	26,1
Neubewertungsrücklage aus der Währungsumrechnung von nicht-monetären Finanzinstrumenten	-6,1	-1,8	0,0
Zwischensumme Eigenkapitaltitel (AFS)	46,2	43,0	33,7
Fremdkapitaltitel			
Schuldverschreibungen (AFS)	-26,6	-22,4	22,5
Forderungen an Kunden (AFS)	-7,5	-0,5	2,4
Zwischensumme Fremdkapitaltitel (AFS)	-34,1	-22,9	24,9
Erfolgsneutrale Bewertung von Sicherungsderivaten (Cashflow Hedge Accounting, effektiver Anteil)	49,4	41,3	-0,1
Erfolgsneutrale Equity Fortschreibung von assoziierten Unternehmen	8,5	0,0	0,0
Neubewertungsrücklage aus erfolgsneutralen latenten Steuern	-16,2	-21,0	-11,4
Gesamt	53,8	40,4	47,1

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 01. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007

Kapitalflussrechnung für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf (I)		
	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Konzernjahresüberschuss	71,7	118,5
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirks. Posten / Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- u. Finanzanlagen, Immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties	38,6	47,9
Veränderung der Pensions- und sonstigen Rückstellungen	-2,3	1,1
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Positionen	-5,9	-47,0
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen	14,8	-9,1
Sonstige Anpassungen	-251,4	-220,4
Veränderung des Vermögens / der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	-626,8	13,2
Forderungen an Kunden	-764,7	-551,0
Handelsaktiva	20,1	32,0
Sonstige Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	1,4	-1,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112,4	86,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	385,5	-38,4
Einzahlungen aus der Emission von verbrieften Verbindlichkeiten	475,3	442,7
Auszahlungen aus der Rückzahlung von verbrieften Verbindlichkeiten	-491,1	-170,9
Handelspassiva	-24,7	-31,0
Sonstige Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	43,9	6,6
Zahlungsströme aus Sicherungsderivaten	25,5	0,0
Gezahlte Zinsen	-428,5	-327,2
Erhaltene Zinsen	666,1	599,7
Erhaltene Dividenden	22,7	26,0
Ertragsteuerzahlungen / -erstattungen	-28,5	-37,6
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-745,9	-59,8

Die Darstellung der Cashflows aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie die Überleitung vom Zahlungsmittelfonds am Ende des letzten Geschäftsjahres auf den Zahlungsmittelfonds am Ende des Berichtsjahres folgen auf der nächsten Seite.

Kapitalflussrechnung für den Konzern Stadtparkasse Düsseldorf (II)

	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-745,9	-59,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.283,1	1.747,1
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,3
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.578,2	-1.679,6
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	-5,0	-4,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	699,9	63,0
Auszahlungen an den Träger der Stadtparkasse Düsseldorf	-4,0	0,0
Einzahlungen aus der Emission von Nachrangkapital	11,5	11,9
Auszahlungen aus der Rückzahlung von Nachrangkapital	-13,6	-23,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6,1	-11,3
Zahlungsmittelbestand am Ende des letzten Geschäftsjahrs	125,6	133,7
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-745,9	-59,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	699,9	63,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6,1	-11,3
Zahlungsmittelbestand am Ende des Berichtsjahrs	73,5	125,6

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Zahlungsmittelfonds des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- operativen Geschäftstätigkeit,
- der Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Zahlungsmittelfonds überleitet. Dieser entspricht der Bilanzposition Barreserve (vgl. Notes-Angabe [35]).

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode bestimmt. Danach wird der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt. Da Zins- und Dividenden- sowie Steuerzahlungen nach IAS 7 gesondert dargestellt werden müssen, wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „sonstige Anpassungen“ um das Zinsergebnis sowie erfolgswirksam erfasste Steuern bereinigt.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Eigenkapitalveränderungen durch Auszahlungen an die Trägerin der Stadtsparkasse Düsseldorf sowie Cashflows aus der Bereitstellung bzw. Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten, die aufsichtsrechtlich dem Eigenkapital zuzurechnen sind, zu subsumieren.

Im Unterschied zu den IFRS wurde der Cashflow aus bestimmten Finanzanlagen im HGB-Konzernabschluss 2006 dem Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet. Damit geht nach HGB die Darstellung nach der indirekten Methode einher. Im Geschäftsjahr 2006 wurden aus diesen Investments Einzahlungen von 2.163 Tsd. Euro und Auszahlungen von 2.084 Tsd. Euro generiert, die nach HGB netto dargestellt wurden (79 Tsd. Euro). Nach IFRS sind diese Cashflows dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit zuzurechnen.

Im Allgemeinen ist der Kapitalflussrechnung bei Kreditinstituten eine geringe Aussagekraft beizumessen, da sie einerseits keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht und sie andererseits nicht zur internen Konzernsteuerung herangezogen wird.

Konzernanhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden


[1] Allgemeine Angaben zum Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Berliner Allee 33 sowie weiteren Filialen und Betreuungszentren innerhalb des Stadtgebiets der Stadt Düsseldorf sowie in Monheim am Rhein. Trägerin der Stadtsparkasse Düsseldorf ist die Stadt Düsseldorf. Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist im HRA 14082 des Amtsgerichts Düsseldorf eingetragen. Ihr Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Als Universalkreditinstitut bietet die Stadtsparkasse eine Vielzahl von Finanzdienstleistungen an, die im Wesentlichen bilanzwirksame Ausleihungen und Einlagen, aber auch sonstige Dienstleistungen, umfassen. Eingebunden in die S-Finanzgruppe bietet sie Bauspar- und Investmentprodukte wie auch Leasingfinanzierungen an.

Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt bei Privatkunden (Segment Privat- und Gewerbekunden) sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen. In diesen Kundensegmenten verfügt sie in ihrem Geschäftsgebiet über Marktanteile von über 50%.

Zu ihren Geschäftspartnern zählen auch große Firmen- und Immobilienkunden sowie institutionelle Anleger. Letztere nutzen die Kompetenz der Sparkasse im Asset Management zur renditeorientierten Anlage ihrer Gelder.

Ihr Beteiligungsgeschäft betreibt sie im Wesentlichen über ihre Tochtergesellschaft -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, die in ihren IFRS-Konzernabschluss einbezogen wird.

[2] Grundlagen der Rechnungslegung

Neben der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und der Kapitalflussrechnung umfasst der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf die Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge sowie die Notes. Darüber hinaus erstellt sie als kapitalmarktorientiertes Unternehmen im Rahmen der Notes eine Segmentberichterstattung nach IFRS 8. Ergänzende Erläuterungen zum Eigenkapital werden unter Ausnutzung des Wahlrechts nach IAS 1.97 in den Notes vorgenommen.

Gemäß § 315a HGB wird der Jahresabschluss ergänzt um den Lagebericht des Vorstands nach § 315 HGB.

Die Bilanzierung und Bewertung folgt der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern). Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der

sie wirtschaftlich zuzurechnen sind, und zeitanteilig abgegrenzt. Aus dieser periodengerechten Abgrenzung resultierende anteilige Zinsen für Finanzinstrumente werden zusammen mit der Hauptforderung bzw. –verbindlichkeit gezeigt.

Der Konzernabschluss wurde vom Vorstand am 29. April 2008 aufgestellt und entsprechend § 325 HGB i.V.m. § 328 HGB beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (www.ebundesanzeiger.de) eingereicht.

Bei der Berichtswährung handelt es sich um den EURO. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. Euro) angegeben.

[3] Entsprechenserklärung mit den IFRS

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2007 erfolgt auf der Grundlage von § 315a Abs. 1 HGB in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) wie sie von der Europäischen Union (EU) übernommen wurden.

Ergänzend wurden die von der EU übernommenen Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) sowie des Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet. Für den Fall, dass die vom IASB bereits verabschiedeten, aber von der EU noch nicht übernommenen Änderungen von IAS bzw. IFRS (IAS 1, 23, 27 bzw. IFRS 3) zukünftig anzuwenden sind, erwartet die Stadtsparkasse Düsseldorf daraus keine wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Konzerns. Eine Übersicht über die angewandten IFRS (Stand 31. Dezember 2007) enthält Notes-Angabe [6]. Den IFRS 8 „Geschäftssegmente“ wendet die Stadtsparkasse Düsseldorf vorzeitig an.

[4] Erstanwendung der IFRS

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist zum 1. Januar 2006 auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS übergegangen. Gemäß IFRS 1 ist zum Zeitpunkt des Übergangs auf die IFRS eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Diese stellt den Ausgangspunkt der IFRS-Rechnungslegung dar. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in der Eröffnungsbilanz entsprechen dem Stand der IFRS, die am Abschlussstichtag des ersten IFRS-Abschlusses gelten; dieser entspricht dem 31. Dezember 2007.

Die Erstellung der IFRS-Eröffnungsbilanz umfasst:

- Den Ansatz aller Vermögenswerte und Schulden, deren Ansatz nach IFRS vorgeschrieben ist,
- keine Berücksichtigung von Posten als Vermögenswerte oder Schulden, deren Ansatz nach IFRS nicht gestattet ist,
- die Umgliederung von Posten, die im Vergleich zu HGB nach IFRS einer anderen Kategorie Vermögenswert, Schuld oder Bestandteil des Eigenkapitals zuzuordnen sind, und
- die Bewertung aller angesetzten Vermögenswerte und Schulden gemäß IFRS.

Grundsätzlich sind bei der Erstanwendung alle zum Berichtszeitpunkt geltenden IFRS vollständig retrospektiv anzuwenden. Davon abweichend gestattet IFRS 1 für bestimmte Sachverhalte Ausnahmen von diesem Grundsatz, weil die Kosten den Nutzen für die Abschlussadressaten wahrscheinlich übersteigen würden. Darüber hinaus untersagt IFRS 1 in bestimmten Bereichen die retrospektive Anwendung der IFRS, insbesondere falls zur retrospektiven Anwendung die Beurteilung vergangener Umstände hinsichtlich des Ausgangs einer bestimmten Transaktion durch den Vorstand notwendig wäre, deren Ergebnis bereits bekannt ist.

Die Stadtparkasse Düsseldorf hat von folgenden Ausnahmen Gebrauch gemacht:

- IFRS 3 wurde für Unternehmenszusammenschlüsse vor dem Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz nicht angewendet. Die unter HGB gewählten Konsolidierungsmethoden wurden für die entsprechenden Unternehmen, einschließlich assoziierter Unternehmen, in der IFRS-Eröffnungsbilanz beibehalten; nach HGB bestehende Firmenwerte wurden – vorbehaltlich eines Impairmenttests nach IAS 36 – übernommen; bereits abgeschriebene Geschäfts- und Firmenwerte wurden nicht wieder aktiviert.
- Die gesamten bis zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen wurden im Eigenkapital der Eröffnungsbilanz erfasst.
- Sofern interne Kategorisierungsbestimmungen eine Zuordnung bereits vor dem Umstellungszeitpunkt bilanziell erfasster Finanzinstrumente in die Kategorien "Available for Sale" (AFS) oder "Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss" (AFV/LFV) vorsehen und diese Kategorisierung den Anforderungen des IAS 39 entspricht, wurden diese Finanzinstrumente zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz nachträglich designiert.
- Für die in IFRIC 4 beschriebene Bestimmung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis gemäß IAS 17 darstellt, werden die Umstände des Leasingverhältnisses zum Übergangszeitpunkt herangezogen.

- Nach IFRIC 1 zu berücksichtigende Änderungen von Rückbauverpflichtungen wurden in die Bestimmung des Wertansatzes der Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz nicht einbezogen, sofern sie bereits vor dem Übergangszeitpunkt aufgetreten sind.
- Gemäß IFRS 1 wurden die Bewertungsunterschiede zwischen HGB und IFRS in der Eröffnungsbilanz direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Lediglich für die Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AFS) einerseits sowie für im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings nach IAS 39 eingesetzte Derivate andererseits wurden die Wertänderungen bzw. effektiven Teile der Sicherungsbeziehung in der Neubewertungsrücklage als Bestandteil des Eigenkapitals nach IFRS ausgewiesen. Sämtliche Sicherungsbeziehungen entsprechen den Kriterien nach IAS 39.88.

In den Überleitungsrechnungen nach IFRS 1 erläutert der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf wie sich der Übergang von der Rechnungslegung nach HGB auf diejenige nach IFRS im Einzelnen ausgewirkt hat. Den Einfluss auf die Darstellung der Cashflows enthalten die Ausführungen zur Kapitalflussrechnung.

[5] Risikoberichterstattung nach IFRS 7

Nach dem Rechnungslegungsstandard IFRS 7 sind umfassende Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf aus Finanzinstrumenten ergeben, erforderlich.

Darüber hinaus ist eine Risikoberichterstattung bzw. eine Darstellung der Risikomanagementprozesse bereits Pflichtbestandteil des Konzernlageberichts nach § 315a HGB. Deshalb werden die von IFRS 7 geforderten qualitativen Angaben zum Risikomanagement im Wesentlichen im Rahmen des Risikoberichts im Konzernlagebericht dargestellt. Insofern ist dieser Risikobericht Bestandteil der Konzernberichterstattung nach IFRS.

[6] Angewandte IFRS

Der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf basiert auf dem IFRS-Rahmenkonzept und den nachfolgenden IAS/IFRS:

Standard	Bezeichnung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
IFRS 8	Geschäftssegmente

Die Standards IAS 11, 20, 26, 29, 31, 33, 34, 41, IFRS 2, 4, 5 sowie IFRS 6 werden nicht berücksichtigt, da sie für den Konzern nicht relevant sind. Ebenfalls nicht zu beachten ist der IAS 14, da die Stadtsparkasse Düsseldorf den IFRS 8 vorzeitig anwendet.

[7] Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird gemäß IAS 27.28 nach konzern-einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Soweit die Stadtsparkasse Düsseldorf direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte an anderen Unternehmen verfügt oder deren Geschäfts- oder Finanzpolitik in sonstiger Weise bestimmen kann, werden diese als Tochterunternehmen gemäß IAS 27 in den Konzernabschluss einbezogen.

Neben diesen Tochterunternehmen sind nach SIC 12 auch Einzweckgesellschaften, an deren Chancen und Risiken die Stadtsparkasse mehrheitlich partizipiert, nach IFRS in den Konzernabschluss einzubeziehen.

Bei der Bestimmung eines Beherrschungsverhältnisses über ein anderes Unternehmen sind auch potenzielle Stimmrechte, die zum Bilanzstichtag ausgeübt oder umgewandelt werden könnten, zu berücksichtigen.

Tochterunternehmen werden nach der Erwerbsmethode zu dem Zeitpunkt erstmals konsolidiert, zu dem die Stadtsparkasse Düsseldorf die Beherrschungsmöglichkeit über das erworbene Unternehmen erlangt. Andererseits scheiden Unternehmen zu dem Zeitpunkt aus dem Konsolidierungskreis aus, zu dem die Beherrschungsmöglichkeit der Stadtsparkasse endet (Endkonsolidierung).

Bei der Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode (IFRS 3) werden die Anschaffungskosten für den Unternehmenserwerb mit dem Konzernanteil am neu bewerteten Eigenkapital des betreffenden Unternehmens verrechnet. Dabei ergibt sich das Eigenkapital als Residualgröße zwischen den zum Zeitpunkt des Erwerbs der Unternehmensanteile zu beizulegenden Zeitwerten bewerteten Vermögenswerten, Schulden und Eventualschulden. Ein im Rahmen der Kaufpreisallokation ermittelter positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Dieser wird gemäß IAS 36 nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen. Gleiches gilt für die Bewertung at equity bei assoziierten Unternehmen.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode gemäß IAS 28 in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die Fortschreibung der Equity-Werte erfolgt anteilig entsprechend der Veränderung des Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens. Im Falle von erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen wird auch der Equity-Wert erfolgsneutral fortgeschrieben.

Bei Gemeinschaftsunternehmen im Sinne des IAS 31 hat sich der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf für die Bewertung nach der Equity-Methode entschieden.

Im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung werden konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge gemäß IAS 27.24 eliminiert. Im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden neutralisiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

[8] Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 sind neben dem Mutterunternehmen Stadtsparkasse Düsseldorf, Düsseldorf, unverändert sieben Tochterunternehmen einbezogen worden.

Darüber hinaus wurden gemäß IAS 27 i.V.m. der vom Standing Interpretations Committee (SIC) veröffentlichten Interpretation SIC 12, nach der Einzweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, im Geschäftsjahr insgesamt fünf (Vorjahr zehn) Spezialfonds (ausschließlich im Interesse der Stadtsparkasse Düsseldorf aufgelegte Wertpapiersondervermögen) in den Konzernabschluss einbezogen. Dabei handelt es sich im Geschäftsjahr 2007 um folgende Spezialfonds:

Bezeichnung	Kapitalanlagegesellschaft	Anlageschwerpunkt
AGI-Fonds SSKD-A	Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
AGI-Fonds SSKD-B	Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Renten
SSKD INKA Master A	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Wandelanleihen
SSKD INKA Master B	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Wandelanleihen
SSKD INKA Master C	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Renten

Im Vorjahr wurden die folgenden Spezialfonds vollkonsolidiert:

Bezeichnung	Kapitalanlagegesellschaft	Anlageschwerpunkt
EUX-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
Düssel-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Renten
WestAM Con I-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Wandelanleihen
F&C Con II-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Wandelanleihen
Lazard-US-SC-Fonds	Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH	Aktien
A-SSKD-RDS-Fonds	Deka FundMaster Investmentgesellschaft mbH	Renten
SUM-INKA-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
UBS-MSC-Fonds	UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Aktien
UBS-EMS-Fonds	UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Aktien
FT-DEX Fonds	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH	Aktien

Im Geschäftsjahr 2006 wurden die Sondervermögen des Konzerns umstrukturiert. In diesem Zusammenhang wurden zehn Spezialfonds auf andere konsolidierte Sondervermögen verschmolzen.


Master-Fonds	verschmolzene Fonds	ehem. Kapitalanlagegesellschaft
AGI-Fonds SSKD-A	FT-DEX Fonds UBS-EMS-Fonds	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH
AGI-Fonds SSKD-B	UBS-MSC-Fonds A-SSKD-RDS-Fonds	UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH Deka FundMaster Investmentgesellschaft mbH
AGI-Fonds SSKD-C	Düssel-Fonds	WestLB Mellon Asset Management
SSKD INKA Master A	EUX-Fonds F&C Con II -Fonds	WestLB Mellon Asset Management WestLB Mellon Asset Management
SSKD INKA Master B	WestAM Con I -Fonds SUM-INKA-Fonds Lazard US-SC-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH

Im weiteren Verlauf des Jahres ist der Spezialfonds AGI-Fonds SSKD-C nach Veräußerung endkonsolidiert worden.

Im Vorjahr sind die folgenden fünf veräußerten Spezialfonds endkonsolidiert worden:

Bezeichnung	Kapitalanlagegesellschaft	Anlageschwerpunkt
Lazard CB 1-Fonds	Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH	Renten
A-CB 5-Deka-Fonds	Deka FundMaster Investmentgesellschaft mbH	Renten
EM-AK-INKA-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
CB 4-INKA-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Renten
CB 3-WestAM-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Renten

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurde auf eine Konsolidierung weiterer vier (Vorjahr drei) Tochterunternehmen verzichtet. Die betreffenden Gesellschaften können der Anteilsbesitzliste entnommen werden. Die Anteile an diesen Unternehmen werden als Finanzinstrumente gemäß IAS 39 unter den Finanzanlagen bilanziert.

In den Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird der IFRS-Teilkonzernabschluss der -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, Düsseldorf, einbezogen.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Unternehmen als at equity bewertete Unternehmen erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen:

- West Factoring GmbH, Dortmund
- Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG
- SPL electronics GmbH, Niederkrüchten

Neben den voll zu konsolidierenden Tochterunternehmen und Einzweckgesellschaften werden insgesamt elf assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode entsprechend dem Anteil des Konzerns an deren Eigenkapital in den Konzernabschluss einbezogen.

Wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage entsprechend F30 des Rahmenkonzepts der IFRS wurde auf die Bewertung at equity von 7 (Vorjahr: 8) assoziierten Unternehmen verzichtet. Die Anteile an diesen Gesellschaften werden stattdessen als Finanzinstrumente nach IAS 39 bilanziert.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu diesen nicht einbezogenen assoziierten Unternehmen IAS 28.37 (i) enthält die nachfolgende Darstellung:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte	1,7	2,2
Summe der Verpflichtungen	1,1	1,6
Eigenkapital	0,6	0,7
Ordentliche Erträge	0,6	0,4
Periodenergebnis	0,2	0,2

[9] Unternehmenszusammenschlüsse im Berichtsjahr

Im Berichtsjahr wurde der Anteil an einem Unternehmen von bisher 50 % auf 100 % erhöht. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf eine Konsolidierung dieses Tochterunternehmens weiterhin verzichtet.

[10] Rechnungslegungsannahmen und Schätzungen

Die Anwendung der IFRS erfordert in einigen Fällen Annahmen und Schätzungen durch die Stadtsparkasse Düsseldorf, die auf subjektiven Beurteilungen zukünftiger Entwicklungen beruhen und demzufolge mit Prognoseunsicherheiten behaftet sind. Auch wenn die Stadtsparkasse Düsseldorf im Rahmen der Schätzungen auf verfügbare Informationen, historische Daten und andere Beurteilungsparameter zurückgegriffen hat, können die tatsächlichen, zukünftigen Ereignisse von den Schätzungen abweichen. Dies kann sich zukünftig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Annahmen und Schätzungen waren im Wesentlichen notwendig bei

- der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes (Fair Values) nicht börsennotierter Derivate,
- der Bestimmung der erwarteten Laufzeit bei bestimmten Prämiensparverträgen,
- der Bemessung der Risikovorsorge (Impairment),
- der Berechnung latenter Steuern sowie
- der Ermittlung der Pensions- und anderer Rückstellungen.

Die Annahmen und Schätzungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen.

Sofern Schätzungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargelegt (z.B. Schätzungen bei der Bewertung von Rückstellungen).

[11] Finanzinstrumente

Kategorisierung

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente bilanziell zu erfassen, den nachfolgenden Kategorien zuzuordnen und in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bewerten. Die Stadtsparkasse Düsseldorf nimmt die Zuordnung der Finanzinstrumente entsprechend der Halteintention sowie gemäß deren Ausstattungsmerkmalen vor. Bei finanziellen Vermögenswerten unterscheidet IAS 39 folgende Kategorien:

- Finanzielle Vermögenswerte mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial assets at fair value through profit or loss - AFV),
- bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (held to maturity investments – HTM),
- Kredite und Forderungen (loans and receivables – LAR),
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available for sale financial assets – AFS).

Von einer Nutzung der Kategorie HTM hat die Stadtsparkasse Düsseldorf abgesehen.

Bei finanziellen Verpflichtungen ist zu differenzieren nach

- finanziellen Verbindlichkeiten mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial liabilities at fair value through profit or loss – LFV) und
- sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten (other financial liabilities – OFL).

Kategorie AFV / LFV

Die Kategorie AFV / LFV besteht aus den folgenden zwei Unterkategorien:

- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die mit Handelsabsicht gehalten werden (AFV / LFV – Trading) und
- freiwillig erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (AFV / LFV - Designation).

Der Unterkategorie „Trading“ werden solche Finanzinstrumente zugeordnet, die zum Zweck der kurzfristigen Weiterveräußerung erworben wurden, Bestandteile von Handelsportfolien oder derivative Finanzinstrumente darstellen, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente i.S.v. IAS 39.72 ff. sind. Diese Finanzinstrumente werden in Abhängigkeit von ihrer Bewertung unter den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“ bzw. „Handelspassiva“ ausgewiesen. Sämtliche Erfolge aus derartigen Finanzinstrumenten – mit Ausnahme der Zinsergebnisse - werden in der GuV-Position „Handelsergebnis“ abgebildet.

Die Möglichkeit der unwiderruflichen Designierung zum Zugangszeitpunkt (Fair Value Option) erlaubt auch für nicht-derivative Finanzinstrumente, die nicht mit Handelsabsicht erworben wurden, eine freiwillige erfolgswirksame Bewertung zum Fair Value. Für die Fair Value Option bestehen folgende drei Anwendungsvoraussetzungen:

- Es liegt ein strukturiertes Finanzinstrument mit einem trennungspflichtigen eingebetteten Derivat vor.
- Die Designierung erhöht die Relevanz der Jahresabschlussinformationen. Dies trifft in den folgenden Fällen zu:
 - Die Kategorisierung eliminiert oder verringert die durch das sog. Mixed Model nach IAS 39 (Bewertungsmodelle fortgeführte Anschaffungskosten und Fair Value) hervorgerufenen Inkonsistenzen bei der Bewertung bzw. Erfassung von Finanzinstrumenten (Vermeidung Accounting Mismatch).
 - Das Finanzinstrument ist Teil eines Portfolios, das für Zwecke des internen Risikomanagements auf Fair Value-Basis gesteuert wird. Gleichzeitig muss auch die Berichterstattung an das Management auf dieser Basis erfolgen.

Tatsächlich wendet die Stadtsparkasse Düsseldorf die Fair Value Option auf Aktienportfolien und strukturierte Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten an. Die Designation von Investments innerhalb von Aktienportfolien folgt der internen Risikoberichterstattung an den Vorstand auf Basis des beizulegenden Zeitwerts dieser Investments.

Anwendungsfälle zur Vermeidung des Accounting Mismatches liegen derzeit nicht vor.

Sämtliche Erfolge aus freiwillig designierten Finanzinstrumenten weist die Stadtsparkasse Düsseldorf unter dem GuV-Posten „Ergebnis aus designated as at Fair Value Geschäften“ aus, während die Bilanzzuordnung entsprechend den Charakteristika der Finanzinstrumente vorgenommen wird.

Kategorie LAR

Die Kategorie LAR ist anwendbar für nicht-derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, sofern sie nicht auf einem aktiven Markt gehandelt werden oder mit Handelsabsicht erworben wurden. Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Finanzinstrumenten um Forderungen aus dem Kreditgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf sowie um Schuldverschreibungen, für die kein aktiver Markt besteht.

Finanzinstrumente der Kategorie LAR werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agien und Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Kategorie AFS

Die Kategorie AFS umfasst alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die weder der Kategorie AFV noch LAR zugeordnet wurden. Diese Vermögenswerte werden erfolgsneutral zum Fair Value bewertet. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden demgegenüber effektivzinskonstant über die Laufzeit bzw. bis zum nächsten Zinsanpassungszeitpunkt amortisiert und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die in der Neubewertungsrücklage als Bestandteil des Eigenkapitals erfassten Wertänderungen werden bei Abgang oder außerplanmäßiger Abschreibung (Impairment) des Finanzinstruments in die GuV übernommen.

Finanzinstrumente werden regelmäßig auf das Vorliegen eines objektiven Hinweises auf ein Impairment untersucht. Im Falle von Fremdkapitaltiteln zieht die Stadtsparkasse Düsseldorf die folgenden Kriterien als objektive Hinweise auf ein Impairment heran:

- Rating-Downgrade in den Non-Investmentgrade-Bereich oder
- Spreadveränderung zwischen Anschaffungstag (Schlusstag) und Bewertungsstichtag von mehr als 300 Basispunkten.

Auf Grundlage dieser Hinweise wird die Entscheidung für die Erfassung einer Wertminderung im Einzelfall getroffen.

Bei Eigenkapitaltiteln sowie bei Fremdkapitaltiteln, die sich in einem konsolidierten Sondervermögen befinden, liegt nach IAS 39.61 dann ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung vor, wenn ihr Fair Value signifikant und / oder länger anhaltend unter die Anschaffungskosten absinkt. Nach Definition der Stadtsparkasse Düsseldorf ist ein signifikanter bzw. dauerhafter Rückgang dann gegeben, wenn der Fair Value der betreffenden Finanzinstrumente um mindestens 20 % unter die Anschaffungskosten gesunken ist. Das Kriterium der Dauerhaftigkeit der Wertminderung liegt definitionsgemäß auch dann vor, wenn die Wertminderung über einen Zeitraum von mehr als neun Monaten ständig vorliegt. Sofern die Kriterien erfüllt sind, wird stets eine Wertberichtigung gebildet.

Sofern die Gründe für ein Impairment entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten, die bei Fremdkapitaltiteln erfolgswirksam, im Fall von Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral vorgenommen wird.

Sofern der Fair Value eines AFS-Eigenkapitalinstruments nicht verlässlich bestimmt werden kann, wird dieses zu Anschaffungskosten bewertet. In einem solchen Fall ist eine Wertaufholung bei Wegfall der Gründe für eine Wertberichtigung nicht zulässig.

Die Verwendung der Kategorie AFS unterliegt der freiwilligen Designationsentscheidung zum Zugangszeitpunkt der betreffenden finanziellen Vermögenswerte.

Die Sparkasse Düsseldorf nutzt die Kategorie AFS für alle originären finanziellen Vermögenswerte, die nicht mit der Absicht einer kurzfristigen Veräußerung gehalten werden, nicht dem originären Kreditgeschäft zuzuordnen sind oder zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designiert werden. Diese umfassen Beteiligungen und Investmentfondsanteile sowie Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, letztere soweit für sie ein aktiver Markt angenommen werden kann. Schuldverschreibungen innerhalb von konsolidierten Sondervermögen werden grundsätzlich dieser Kategorie zugeführt.

Kategorie OFL

Dieser Kategorie werden alle finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die weder Handelspassiva darstellen, noch freiwillig erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden. Verbindlichkeiten der Kategorie OFL werden zum Zeitpunkt ihres Zugangs mit ihrem Fair Value, der in der Regel den Anschaffungskosten entspricht, bewertet.

Der Ansatz dieser Verbindlichkeiten erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Rückkäufe von begebenen Schuldverschreibungen werden nicht aktivisch ausgewiesen, sondern als Tilgung von der betroffenen Passivposition abgesetzt.

Erläuterung der Bewertungsmaßstäbe

Bei Zugang werden finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen stets zum Fair Value bewertet, der im Allgemeinen den Anschaffungskosten entspricht. Die Folgebewertung hingegen hängt von der Kategorisierung ab und wird entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Kategorien LAR und OFL) oder zum Fair Value (Kategorien AFV, AFS und LFV) durchgeführt. Die Folgebewertung zum Fair Value wird entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39.48A durchgeführt. Sofern auf einem aktiven Markt festgestellte Kurse vorliegen, werden diese zur Bewertung herangezogen. Sofern kein aktiver Markt vorliegt, bestimmt der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf den Fair Value mit Hilfe eines Bewer-

tungsverfahrens. Dazu zählen der Rückgriff auf zeitnahe Transaktionen in im Wesentlichen identischen Finanzinstrumenten oder aber Bewertungsmodelle, wie z.B. DCF-Verfahren oder Optionspreismodelle. Letztere werden vor allem zur Bewertung von sog. OTC-Derivaten verwendet. Dabei werden marktübliche Bewertungsparameter genutzt.

Bei Kundenderivaten erfolgt eine Kalibrierung der am Markt beobachtbaren relevanten Bewertungsparameter um den Bonitätsspread des Kontrahenten sowie um die Gewinn- bzw. Kostenmarge der Sparkasse. Diese Modelkalibrierung führt dazu, dass beim erstmaligen Ansatz dieser Derivate kein Gewinn erfasst wird. Eine entsprechend IAS 39.AG76 zum Zeitpunkt der Emission einer verbrieften Verbindlichkeit nicht zu vereinnahmende Gewinnmarge wurde passivisch abgegrenzt. Nachfolgend wird ein Gewinn nach dem erstmaligen Ansatz nur insoweit erfasst, wie er durch Änderungen eines Faktors –insbesondere der Restlaufzeit der betreffenden Finanzinstrumente- entstanden ist, den auch andere Marktteilnehmer bei der Preisfindung berücksichtigen würden. Hinsichtlich der Höhe des zum Bilanzstichtag noch nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Gewinns und zu seiner Veränderung im Geschäftsjahr verweist der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf Notes-Angabe [65].

Für Investments des Konzerns in Private Equity Fonds wird der von den Fondsgesellschaften mitgeteilte „Net Asset Value“ (Abk. „NAV“) = Nettovermögenswert oder Marktwert eines Direkt- oder Fondsinvestments oder eines Portfolios unter Zugrundelegung der Fair Values der vom jeweiligen Zielfonds gehaltenen Unternehmen entwickelt. Zur Ermittlung der Fair Values eines Unternehmens wird in der Regel auf die allgemeinen Bewertungsrichtlinien der European Private Equity & Venture Capital Association (EVCA) oder eines vergleichbaren Regelwerkes abgestellt (z.B. DCF-Methode, Multiple Methode, Börsenkurs, Bewertung auf Basis einer aktuellen Transaktion).

Ausweis des Zinsergebnisses aus Finanzinstrumenten

Zinserträge und –aufwendungen werden für alle originären zinstragenden finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in den GuV-Posten Zinsertrag bzw. Zinsaufwand ausgewiesen, soweit es sich nicht um Finanzinstrumente handelt, die den Kategorien AFV bzw. LFV durch freiwillige Designationsentscheidung (Fair Value Option) zugeordnet wurden. Diese Zinserträge bzw. –aufwendungen werden im Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften ausgewiesen.

Mit Ausnahme der Kategorien AFV und LFV werden die Zinserträge (-aufwendungen) nach der Effektivzinsmethode berechnet. Bei der Effektivzinsmethode wird der maßgebliche Zins-

satz so bestimmt, dass der Barwert der künftigen Zahlungen den Anschaffungskosten entspricht. Sofern Zahlungszeitpunkte wie etwa im Zusammenhang mit Kündigungsrechten nicht eindeutig bestimmt werden können, wird der Effektivzinssatz unter Berücksichtigung der erwarteten Zahlungszeitpunkte bestimmt. Mögliche Zahlungsausfälle aus Bonitätsverschlechterungen werden nicht einkalkuliert. In die Berechnung des Effektivzinssatzes fließen u.a. Bereitstellungszinsen sowie Agien und Disagien ein.

Zinserträge auf wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte werden ermittelt, indem der Buchwert nach Wertberichtigung mit dem anfänglichen Effektivzins aufgezinnt wird ("Unwinding").

Risikovorsorge für finanzielle Forderungen der Kategorie LAR

Kreditforderungen werden im Rahmen des regelmäßigen Kreditüberwachungsprozesses einzeln auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Als Auslöser für einen Impairment-Test werden u.a. die folgenden Ereignisse gesehen:

- Zahlungsverzug bzw. Überziehung,
- Signifikante Verschlechterung des Ratings gem. internem Bonitätsbeurteilungssystem,
- Gewinneinbruch,
- Rückläufige Umsätze,
- Eigenkapitalminderung,
- Insolvenzantrag.

Den identifizierten Verlustereignissen für einzelne Forderungen begegnet die Stadtsparkasse Düsseldorf durch die Bildung von barwertig berechneten Wertberichtigungen auf Basis der zukünftig noch als einbringlich erachteten Cashflows. In diese Betrachtung bezieht sie prognostizierte Cashflows aus der Verwertung von Sicherheiten ein.

Ab dem Zeitpunkt der Wertberichtigung werden die vertraglichen Zinszahlungen nicht mehr als Zinsertrag vereinnahmt, sondern als Tilgung der Forderung betrachtet. Zinserträge entstehen anschließend ausschließlich aus dem Unwinding. Das Unwinding wird als Erhöhung der Forderung erfasst.

Von der Möglichkeit der Bildung von pauschalierten Einzelwertberichtigungen für Portfolien unwesentlicher Forderungen mit Verlustereignissen macht die Sparkasse keinen Gebrauch. Bereits eingetretenen, aber noch nicht einzeln identifizierten Verlustereignissen trägt die Sparkasse durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen nach dem sog. Modell der Incurred Losses Rechnung. Dabei stellt sie die Portfolien nach homogenen Risikostrukturen zusammen. Der eingetretene Verlust wird auf Basis des Buchwertes der Forderungen unter Berücksichtigung der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit – bezogen auf einen Zeitraum von

zwölf Monaten – sowie der geschätzten Verlusthöhe berechnet. Zur Quantifizierung der eingetretenen Verluste entsprechend IAS 39 wird der nach dem dargestellten Verfahren ermittelte Wert um einen Korrekturfaktor bereinigt. Dieser Korrekturfaktor spiegelt denjenigen Zeitraum wider, der maximal bis zur einzelfallbezogenen Identifizierung des Verlustes im Rahmen des regelmäßigen Kreditüberwachungsprozesses ab dem Bilanzstichtag noch verstreichen kann.

Portfoliowertberichtigungen werden nicht nur für Forderungen aus dem originären Kreditgeschäft, sondern für alle Finanzinstrumente der Kategorie LAR gebildet.

Einzel- und Portfoliowertberichtigungen werden auf Wertberichtigungskonten erfasst und auf der Aktivseite der IFRS-Konzernbilanz offen gezeigt.

Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden Wertpapiere, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, Beteiligungen sowie nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochter- und assoziierte Unternehmen ausgewiesen.

Bestimmte Eigenkapitalinstrumente, hier insbesondere die Beteiligung der Stadtsparkasse Düsseldorf am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV), werden zu ihren historischen Anschaffungskosten bilanziert, da eine verlässliche Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts nicht möglich ist. Weitere Angaben enthalten die Erläuterungen zur Bilanzposition „Finanzanlagen“.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Unter den verbrieften Verbindlichkeiten weist die Stadtsparkasse Düsseldorf begebene Inhaberschuldverschreibungen sowie begebene Inhaberpfandbriefe aus, soweit sie nicht mit einer Nachrangabrede ausgestattet sind.

Soweit verbrieft Verbindlichkeiten eingebettete trennungspflichtige Derivate enthalten, nutzt die Stadtsparkasse Düsseldorf die Kategorie LFV – Designation, um eine Trennungspflicht zu vermeiden.

Erfolge aus dem Rückkauf von eigenen Schuldverschreibungen, die gemäß den Anforderungen der IFRS als Tilgungen behandelt werden, weist die Stadtsparkasse Düsseldorf unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen aus.

Bereits fällige, noch nicht eingelöste Schuldverschreibungen, die als Tafelgeschäfte platziert wurden, sowie noch nicht eingelöste Kupons werden unter der Bilanzposition „Sonstige Passiva“ gezeigt.

Ansatz und Abgang

Finanzinstrumente werden erfasst, wenn die mit ihnen verbundenen Rechte und Verpflichtungen als auf ein Konzernunternehmen der Stadtsparkasse Düsseldorf im Sinne des IAS 39.14 übergegangen gelten.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Ferner werden finanzielle Vermögenswerte ausgebucht, wenn die Kontrolle bzw. Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes

Der Erstantritt von Finanzinstrumenten erfolgt zu dem Zeitpunkt, an dem die Stadtsparkasse Düsseldorf Vertragspartei der den betreffenden Finanzinstrumente zu Grunde liegenden vertraglichen Regelungen wird, d.h. wenn sie zu den vereinbarten Leistungen unbedingt berechtigt oder verpflichtet ist. Übliche Käufe (regular way contracts) von Finanzinstrumenten der Kategorien AFV und AFS werden bei Zugang zum Handelstag bilanziell erfasst, während der Erstantritt von finanziellen Forderungen der Kategorie LAR zum Erfüllungstag vorgenommen wird.

Eingebettete Derivate

Im Falle von strukturierten Finanzinstrumenten mit eingebetteten trennungspflichtigen Derivaten macht die Stadtsparkasse von der Möglichkeit der freiwilligen Designierung des Finanzinstrumentes zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung (Fair Value Option) Gebrauch, um eine Trennungspflicht des Derivats zu vermeiden. Aufgrund der rechtlichen Einheit von Basisvertrag und Derivat wird das gesamte Finanzinstrument unter dem Bilanzposten des Basisvertrags ausgewiesen. Erfolge werden in der GuV-Position „Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften“ gezeigt.

Hedge Accounting

Die Stadtsparkasse Düsseldorf wendet derzeit ausschließlich das Cashflow Hedge Accounting nach IAS 39 zur Absicherung des Risikos von zukünftigen Cashflow Schwankungen aus begebenen Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung an. Fair Value Änderungen der

im Rahmen der Sicherungsbeziehungen eingesetzten Derivate werden mit Ausnahme der Zinsabgrenzungen erfolgsneutral im Eigenkapital abgebildet, soweit die Sicherungsbeziehungen als effektiv im Sinne des IAS 39 anzusehen sind. Weitere Angaben können der Darstellung zur Entwicklung des Eigenkapitals bzw. dem Abschnitt Risikomanagement unter den sonstigen Angaben entnommen werden.

Angaben gemäß IFRS 7

Angaben, die nach IFRS 7 wahlweise in der Bilanz oder in den Notes dargestellt werden können, nimmt die Sparkasse Düsseldorf in den Notes vor.

[12] Ertragsrealisierung

Erträge werden berücksichtigt, wenn sie realisiert bzw. realisierbar sind. Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden anteilig über die Laufzeit der betreffenden Aktiv- bzw. Passivposten verteilt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorie AFS, LAR, OFL erfolgt dies nach der Effektivzinsmethode unter Berücksichtigung von Agien und Disagien.

[13] Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23a wurden sämtliche monetären Vermögenswerte und Verpflichtungen sowie Posten der Gewinn- und Verlustrechnung in Fremdwährung mit den Fixkursen der öffentlichen Banken des 28.12.2007 (letzter Handelstag) in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zum Terminkurs des letzten Handelstages umgerechnet.

Die Umrechnung von nicht monetären Finanzinstrumenten (z.B. Beteiligungen) der Kategorie AFS erfolgt erfolgsneutral. Die diesbezüglichen Veränderungen des Konzerneigenkapitals werden entsprechend IAS 1.96 in der Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge dargestellt. Falls Eigenkapitalinstrumente in Fremdwährung zu Anschaffungskosten bewertet werden, da ihr Fair Value nicht hinreichend verlässlich bestimmt werden kann (gemäß IAS 39.46 c), wird die Währungsumrechnung zu historischen Kursen vorgenommen.

Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Realisierung umgerechnet. Das erfolgswirksame Ergebnis aus der Währungsumrechnung von monetären Finanzinstrumenten wird unabhängig von der Kategorisierung nach IAS 39 im Handelsergebnis ausgewiesen.

Für die im Konzern wichtigsten Währungen gelten die folgenden Umrechnungskurse (Betrag in Währung für 1 Euro).

	31.12.2007	31.12.2006
US-Dollar (USD)	1,4704	1,3178
Schweizer Franken (CHF)	1,6597	1,6080
Japanische Yen (JPY)	165,9700	156,6700

Tochterunternehmen mit abweichender funktionaler Währung existieren nicht.

[14] Immaterielle Vermögenswerte

Unter dem Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ werden erworbene und selbst erstellte Vermögenswerte sowie derivative Geschäfte- und Firmenwerte (Goodwill) aus Unternehmenszusammenschlüssen ausgewiesen. Derzeit verfügt die Stadtparkasse ausschließlich über erworbene immaterielle Vermögenswerte.

Immaterielle Vermögenswerte, die keinen Goodwill darstellen, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem GuV-Posten „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte werden über drei Jahre linear abgeschrieben.

[15] Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten - vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer - angesetzt. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der physischen Abnutzung sowie der technischen Alterung ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei Mietereinbauten in gemieteten Gebäuden sowie Leasinggegenständen, die dem Konzern wirtschaftlich zuzurechnen sind, wird die Vertragsdauer als Abschreibungsdauer zugrunde gelegt, sofern diese geringer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Ergeben sich über die planmäßigen Abschreibungen hinaus Wertminderungen, wird ihnen mit außerplanmäßigen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert begegnet. Entfallen die Gründe für eine außerplanmäßige Wertberichtigung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben. Nachträglich angefallene Anschaffungskosten werden aktiviert, soweit diese zu einer Erhöhung des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens führen.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	20 - 55 Jahre
Betriebsvorrichtungen	4 - 25 Jahre
sonstige Einrichtungen	5 - 13 Jahre
Kraftfahrzeuge	5 Jahre
Maschinen	3 - 10 Jahre

Aus Wesentlichkeitsgründen werden geringwertige Sachanlagen im Geschäftsjahr des Zugangs direkt abgeschrieben. Gewinne aus der Veräußerung von Sachanlagen werden unter dem Posten "Sonstige betriebliche Erträge", Verluste in der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen.

[16] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind nach dem gleichnamigen Rechnungslegungsstandard IAS 40 nach IFRS separat zu bilanzieren.

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien des Konzerns als Investment Properties klassifiziert, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zur Erbringung von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen.

Zur Abgrenzung derjenigen Immobilien, die als Investment Property gehalten werden, von denjenigen, die vom Konzern selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgehalten worden:

Investment Properties erzeugen Cash Flows, die weitgehend unabhängig von denjenigen anfallen, die von anderen vom Konzern gehaltenen Vermögenswerten generiert werden. Die Erbringung von Dienstleistungen oder die Nutzung der Immobilien für Verwaltungszwecke führt zu Cash Flows, die nicht nur den Investment Properties, sondern auch anderen Vermögenswerten, die im normalen Geschäftsbetrieb genutzt werden, zuzurechnen sind. Dieses Merkmal weist auf Immobilien hin, die vom Konzern selbst genutzt werden.

Für die Bilanzierung der Investment Properties verwendet die Stadtsparkasse Düsseldorf das Anschaffungskostenmodell. Die von den Gutachtern der Sparkasse durch Diskontierung der erwarteten Nettoerträge ermittelten Ertragswerte (beizulegenden Zeitwerte) der Objekte sind in den Notes angegeben.

Den linearen Abschreibungen legt die Stadtsparkasse Düsseldorf Abschreibungsdauern zwischen 20 und 55 Jahren zugrunde:

[17] Leasinggeschäft

Bei der Bilanzierung von Leasingverhältnissen wird zwischen Finanzierungsleasing und Operating Leasing unterschieden. Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beurteilt. Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Lease-Verhältnis eingestuft, wenn die Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, nicht auf den Leasingnehmer übertragen werden. Hingegen liegen die Chancen und Risiken bei einem Finanzierungsleasing überwiegend beim Leasingnehmer.

Aufgrund der Vermietung von Immobilien bzw. von Immobilienbestandteilen hat der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf als Leasinggeber die Regelungen der Leasingbilanzierung nach IFRS zu beachten. Bei diesen Leasingverhältnissen handelt es sich ausschließlich um Operating Leasing. Beim Operating Leasing von Immobilien wird das Leasingobjekt in der Konzernbilanz als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten unter den Investment Properties ausgewiesen. Ein Ausweis unter den Sachanlagen kommt nur dann in Betracht, sofern der vermietete Gebäudeanteil zu vernachlässigen ist oder aber dessen separate Veräußerbarkeit nicht gegeben ist. Die in der Periode vereinnahmten Leasingerlöse werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die Abschreibung auf die verleasten Objekte werden entsprechend unter den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Die Leasingverhältnisse, in die der Konzern als Leasingnehmer eingetreten ist, sind als Operating Leasing zu klassifizieren. In diesem Fall sind die geleisteten Leasingraten Bestandteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Weitere Angaben zu Leasingverhältnissen enthält die Notes-Angabe [62].

[18] Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen

Unmittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden ausschließlich für leistungsorientierte Versorgungspläne gebildet. Diese Pensionsrückstellungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Den Gutachten zum 31. Dezember 2007 liegen Trendannahmen für die Gehaltsentwicklung in Höhe von 2,50 % (Vorjahr: 2,00 %) sowie für die Rentenentwicklung von 1,50 % (Vorjahr: 2,00 %) zugrunde. Es wurde ein Abzinsungssatz von 5,45 % (Vorjahr 4,00 %) angewendet. Der Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Die Verände-

zung des Abzinsungssatzes per 31.12.2007 ist auf die Anpassung an die Zinsstrukturkurve gem. IBOXX Corporate Bonds zurückzuführen.

Da der Konzern über kein Planvermögen verfügt, sind die Pensionsverpflichtungen in voller Höhe durch Rückstellungen gedeckt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, welche sich aus Änderungen der Berechnungsannahmen ergeben, werden gemäß IAS 19.93A außerhalb des Periodenergebnisses erfolgsneutral innerhalb des Eigenkapitals erfasst.

Aufwendungen aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Auf einen getrennten Ausweis des Zinsaufwands für bereits erworbene Versorgungsansprüche wird verzichtet.

Mittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Die Stadtparkasse Düsseldorf ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a der Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Bei diesen Pensionszusagen handelt es sich um einen leistungsorientierten Plan mehrerer Arbeitgeber – „multi employer benefit plan“ – im Sinne des IAS 19.7. Dem Umlageverfahren ist die Schwierigkeit systemimmanent, wie in IAS 19.29 für einen „multi employer benefit plan“ gefordert, eine anteilige Zuordnung von Verpflichtungsumfang und Kosten auf die einzelnen Beteiligten an dem Plan sinnvoll vorzunehmen. Diese Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass sich die Umlagen der Mitglieder bzw. Beteiligten an deren Anteil an dem zuzusichernden Entgelt der Anspruchsberechtigten insgesamt ausrichten. Ähnliches gilt für die Schlüsselung der Sanierungsgelder. Angesichts der verursachungsunabhängigen Schlüsselung liegt der in IAS 19.32b beschriebene Fall des „risk sharing“ vor. Die Bilanzierungspraxis sieht daher gegenwärtig im Zusammenhang mit umlagefinanzierten Versorgungskassen einen Anwendungsfall des IAS 19.30, der die hilfsweise Anwendung der Regelungen für beitragsorientierte Pläne („defined contribution accounting“) auf „defined benefit“-Zusagen unter zusätzlichen Notesangaben vorschreibt.

Die Gesamtaufwendungen im Geschäftsjahr 2007 beliefen sich auf 5,7 Mio. Euro (Vorjahr 17,0 Mio. Euro). Im Vorjahr waren die Aufwendungen geprägt durch eine einmalige Sonderumlage i.H.v. 10,7 Mio. Euro aufgrund des Wechsels der Versorgungsträgerin.

Im Geschäftsjahr 2007 betrug der Umlagesatz unverändert 4,25 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes Sanierungsgeld in Höhe von 2,5 % der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte regelmäßig neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK). Nach derzeitigem Kenntnisstand ist kurzfristig nicht mit einer Veränderung des Umlagesatzes sowie der Bemessungsgrundlage zur Bestimmung des Sanierungsgeldes zu rechnen; jedoch können sich neue Erkenntnisse aus einem versicherungsmathematischen Gutachten für den neuen Deckungsabschnitt ab dem Jahr 2008 ergeben.

Zusatzbeiträge (§ 64 Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden derzeit nicht erhoben. In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können Finanzierungslücken bzw. Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen werden.

Zur Bestimmung einer Vermögensunterdeckung der Versorgungszusagen wurde die Höhe der auf die Stadtparkasse Düsseldorf entfallenden nicht durch Vermögen gedeckten Versorgungsverpflichtungen der RZVK ermittelt, indem der Barwert der bestehenden Unterdeckung bestimmt und der Kapitalisierungsgrad der RZVK fiktiv darauf angerechnet wurde. Der zum Stichtag so ermittelte Wert beträgt 163,5 Mio. Euro (Vorjahr 147,3 Mio. Euro). Als Rechnungsgrundlage dienen die Richttafeln 1998 von Heubeck mit einem Rechnungszins von 2,25 % (Vorjahr 2,75 %).

[19] Sonstige Rückstellungen

Für wahrscheinliche Verpflichtungen aus belastenden Verträgen - soweit es sich bei diesen nicht um Derivate handelt - werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Zinseffekt wesentlich ist. Zuführungen und Auflösungen erfolgen über die GuV-Position, die inhaltlich mit der Rückstellung korrespondiert. Rückstellungen für Bonitätsrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet und zugunsten derselben aufgelöst.

Rückbauverpflichtungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit Leasingverhältnissen wird durch die Bildung entsprechender Rückstellungen begegnet.

[20] Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, auf deren Grundlage der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf für den Ausfall von Zahlungen aus einem Schuldinstrument gegenüber einem Dritten einsteht. Als Entgelt vereinnahmt sie in der Regel eine ratierliche Provision über die Laufzeit der Finanzgarantie. Für die Bilanzierung dieser Garantien wendet sie die Nettomethode an.

Die Entgelte werden zum Fälligkeitszeitpunkt im Provisionsertrag vereinnahmt. Bei einer drohenden Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie wird eine Rückstellung dotiert und entsprechend den Regeln des IAS 37 bewertet. In diesem Fall werden keine weiteren Provisionserträge vereinnahmt.

[21] Nachrangige Verbindlichkeiten

Als Nachrangkapital werden nachrangige Namensschuldverschreibungen, nachrangige Schuldscheindarlehen sowie begebene nachrangige Inhaberschuldverschreibungen mit einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren ausgewiesen. Die hier gezeigten Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als sog. Ergänzungskapital und sind damit Bestandteil des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals der Sparkasse gem. § 10 KWG. Nach ihrem erstmaligen Ansatz zum Fair Value erfolgt die Bilanzierung gemäß der Kategorie OFL zu fortgeführten Anschaffungskosten.

[22] Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt entsprechend den Regelungen des IAS 12. Ergeben sich Unterschiede zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den steuerlichen Buchwerten der Aktiva und Passiva sind Latente Steuern zu bilden, wenn diese Differenzen temporärer Natur sind und sich somit im Zeitablauf ausgleichen. Aktive Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive Latente Steuern werden nur in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung realistisch erscheint.

Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche bzw. Steuerverpflichtungen werden die Steuersätze verwendet, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenz erwartet werden. Im Geschäftsjahr 2007 wird ein Steuersatz von 31,4 % (Vorjahr: 40,0 %) zu Grunde gelegt.

Durch das im Jahr 2007 verabschiedete und im Bundesanzeiger veröffentlichte Unternehmensteuerreformgesetz 2008 erfolgt bereits ab dem Geschäftsjahr 2007 die Bewertung der Latenten Steuern anhand der für 2008 geltenden Steuersätze. Grundsätzlich sind für die

Bewertung der tatsächlichen und der Latenten Steuern die aktuell gültigen Steuervorschriften und Steuersätze maßgeblich. Die Veröffentlichung des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 hat nach IAS 12 die Wirkung einer tatsächlichen Inkraftsetzung, wonach für die Bewertung der Latenten Steuern die angekündigten Steuersätze bereits anzuwenden sind.

Die Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent führt zu einem geringeren Ausweis Latenter Steuern.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus Latenten Steuern zusammen mit den laufenden Steueraufwendungen und -erträgen im Posten Steueraufwand bzw. Steuerertrag ausgewiesen. Die ergebniswirksame oder ergebnisneutrale Erfassung der Latenten Steuern hängt von dem maßgeblichen Sachverhalt und dessen Behandlung in der Bilanz ab.

Tatsächliche Ertragsteuern werden unmittelbar dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben, wenn sich die Steuer auf Posten bezieht, die im Geschäftsjahr oder einer anderen Periode unmittelbar dem Eigenkapital gutgeschrieben oder belastet werden.

[23] Fremdkapitalkosten

Entsprechend IAS 23.8 werden Fremdkapitalkosten ohne Rücksicht auf die Verwendung des Fremdkapitals in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind (Benchmark-Methode).

Zwischenzeitlich hat das IASB eine Anpassung des IAS 23 veröffentlicht, nach der Fremdkapitalkosten zu aktivieren sind, sofern sie der Anschaffung eines Vermögenswertes direkt zurechenbar sind. Diese Änderung ist erstmals im Geschäftsjahr 2009 zu beachten. Ein Endorsement durch die EU liegt noch nicht vor.

Erstanwendung der IFRS – Überleitungsrechnungen

Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 01. Januar 2006

Aktiva zum 01.01.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*)	Änd. Kons.-kreis	Sonstige Effekte	IFRS-Konzernbilanz
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Barreserve	129,6	3,8	0,3	133,7
Forderungen an Kreditinstitute	905,4	23,8	5,4	934,6
Forderungen an Kunden	6.634,0	24,6	0,5	6.659,1
Risikovorsorge	-201,4	0,0	-6,4	-207,8
Sicherungsderivate	3,3	0,0	0,1	3,4
Handelsaktiva	7,4	0,4	20,1	27,9
Finanzanlagen	4.593,9	83,8	26,4	4.704,1
Anteile an assoziierten Unternehmen	86,7	0,0	-1,9	84,8
Sachanlagen	85,3	0,0	0,1	85,4
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	4,4	0,0	0,1	4,5
Immaterielle Vermögenswerte	1,6	0,0	0,0	1,6
Steueransprüche aus laufenden Steuern	10,2	0,1	0,0	10,3
Sonstige Aktiva	21,6	0,0	-0,8	20,8
Summe der Aktiva	12.282,0			12.462,4

Passiva zum 01.01.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*)	Änd. Kons.-kreis	Sonstige Effekte	IFRS-Konzernbilanz
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3.292,0	0,0	-0,3	3.291,7
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	5.639,2	0,0	0,8	5.640,0
Handelsspassiva	7,8	2,1	18,9	28,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.191,8	0,0	1,9	2.193,7
Sicherungsderivate	8,1	0,0	0,2	8,3
Rückstellungen	47,5	0,0	12,8	60,3
Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	9,8	0,0	0,0	9,8
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	5,2	23,0	-9,8	18,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	226,4	0,0	1,2	227,6
Sonstige Passiva	30,0	0,0	0,4	30,4
Eigenkapital				
Sicherheitsrücklage/Bilanzgewinn	674,7	0,0	0,0	674,7
Andere Gewinnrücklagen	149,5	97,3	-15,2	231,6
Neubewertungsrücklagen	0,0	14,3	32,8	47,1
gesamt:	824,2			953,4
Summe der Passiva	12.282,0			12.462,4

(*) Nach Anpassungen an das Bilanzschema nach IFRS.

Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 31. Dezember 2006

Aktiva zum 31.12.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*) Mio. Euro	Änd. Kons.-kreis Mio. Euro	Sonstige Effekte Mio. Euro	IFRS-Konzernbilanz Mio. Euro
Barreserve	124,3	1,3	0,0	125,6
Forderungen an Kreditinstitute	875,1	47,4	2,0	924,5
Forderungen an Kunden	7.172,6	6,6	14,5	7.193,7
Risikovorsorge	-217,4	0,0	-6,7	-224,1
Sicherungsderivate	5,8	0,0	29,4	35,2
Handelsaktiva	21,8	4,0	3,9	29,7
Finanzanlagen	4.499,5	87,1	33,0	4.619,6
Anteile an assoziierten Unternehmen	86,9	0,0	2,8	89,7
Sachanlagen	77,7	0,0	2,3	80,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	4,1	0,0	0,4	4,5
Immaterielle Vermögenswerte	1,4	0,0	0,0	1,4
Steueransprüche aus laufenden Steuern	15,8	0,2	0,0	16,0
Sonstige Aktiva	23,9	0,0	-1,6	22,3
Summe der Aktiva	12.691,5			12.918,1

Passiva zum 31.12.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*) Mio. Euro	Änd. Kons.-kreis Mio. Euro	Sonstige Effekte Mio. Euro	IFRS-Konzernbilanz Mio. Euro
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3.380,4	0,0	0,0	3.380,4
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	5.633,6	0,0	9,4	5.643,0
Handelsspassiva	15,8	2,7	6,5	25,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.472,6	0,0	0,4	2.473,0
Sicherungsderivate	11,9	0,0	-11,9	0,0
Rückstellungen	59,9	0,0	0,1	60,0
Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	4,8	0,0	0,0	4,8
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	0,0	7,4	4,6	12,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,3	0,0	2,1	216,4
Sonstige Passiva	29,2	0,0	7,7	36,9
Eigenkapital				
Sicherheitsrücklage	674,7	0,0	0,0	674,7
Andere Gewinnrücklagen	149,5	97,3	-13,8	233,0
Neubewertungsrücklagen	0,0	5,6	34,8	40,4
Jahresüberschuss	44,8	33,4	40,3	118,5
gesamt:	869,0			1.066,6
Summe der Passiva	12.691,5			12.918,1

(*) Nach Anpassungen an das Bilanzschema nach IFRS.

GuV-Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2006

GuV-Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2006				
	HGB-Konzern-GuV (*) Mio. Euro	Änd. Kons.-kreis Mio. Euro	Sonstige Effekte Mio. Euro	IFRS-Konzern-GuV Mio. Euro
Zinsüberschuss	247,3	-12,5	-13,6	221,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	33,8	0,0	0,1	33,9
Provisionsüberschuss	60,8	-0,1	2,9	63,6
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	1,5	48,6	4,8	54,9
Handelsergebnis	-2,7	2,2	-0,5	-1,0
Finanzanlageergebnis	-1,4	-12,4	33,0	19,2
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	9,0	0,0	5,6	14,6
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	210,5	2,6	-4,6	208,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4,7	1,0	2,9	-0,8
Steuerliches Ergebnis	-20,7	9,1	0,8	-10,8
Jahresüberschuss	44,8			118,5

(*) Nach Anpassungen an das GuV-Schema nach IFRS.

Erläuterung der Überleitungsrechnungen

Zur Darstellung des Übergangs auf die Konzernrechnungslegung nach den International Financial Reporting Standards hat die Stadtsparkasse Düsseldorf zunächst die Aufwands- und Ertragspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernjahresabschlusses 2006 auf das Gliederungsschema nach IFRS übergeleitet.

Gleichsam ist sie bei den Eigenkapitalüberleitungsrechnungen verfahren, indem sie Umgliederungen vom Bilanzformblatt gem. RechKredV auf die Bilanzpositionen nach IFRS vorgenommen hat.

Zur Herleitung der Ausweisänderungen gegenüber der Rechnungslegung nach dem deutschen Handelsrecht – siehe Spalten "HGB-Konzern-GuV bzw. HGB-Konzernbilanz nach Anpassungen an das Gliederungsschema nach IFRS" – verweist die Stadtsparkasse Düsseldorf auf die veröffentlichten Konzernjahresabschlüsse nach dem HGB zum 31. Dezember 2005 bzw. 31. Dezember 2006.

Im Rahmen der erforderlichen Anpassungen an die Rechnungslegung nach IFRS weist die Stadtsparkasse Düsseldorf die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach HGB offen aus und nimmt die nach HGB zulässige Überkreuzverrechnung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft mit dem Ergebnis aus Wertpapieren der sog. Liquiditätsreserve zurück.

Gleichsam wurde das Konzernergebnis des Geschäftsjahres 2006 nach HGB um die Veränderung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB für latente Risiken im Kreditgeschäft in Höhe von 18,0 Mio. Euro bereinigt. Diese nach den IFRS nicht zulässigen Reserven (149,5 Mio. Euro) wurden zum Zeitpunkt des Übergangs auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS aufgelöst und in der angepassten HGB-Konzernbilanz den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet.

In der jeweiligen Spalte „Änderung des Konsolidierungskreises“ zeigt sie diejenigen Effekte, die sich aus ihren nach IAS 27 i.V.m. SIC 12 gegenüber der bisherigen Konzernrechnungslegung nach dem deutschen Handelsrecht nach IFRS erstmals zu konsolidierten Wertpapiersondervermögen (Spezialfonds) ergeben. Während in der angepassten HGB-Konzernbilanz lediglich die Anteile an den Spezialfonds in der Bilanzposition Finanzanlagen zu berücksichtigen sind, werden aufgrund der Vollkonsolidierung die einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Sondervermögen in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogen.

Wesentliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2006

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden nach IFRS den Zinserträgen zugeordnet, soweit diese nicht auf freiwillig zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designierte Finanzinstrumente entfallen.

Der Zinsüberschuss verminderte sich einerseits durch die Eliminierung der im Geschäftsjahr 2006 nach HGB erfolgswirksam vereinnahmten Ausschüttungen der Spezialfonds (rd. 26,6 Mio. Euro, denen ein Zinsüberschuss aus den Investments der Sondervermögen von rd. 14,1 Mio. Euro gegenübersteht) sowie durch die Anpassung der Bewertung der Finanzinstrumente des Konzerns zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Zwar ergaben sich durch die barwertige Berechnung nach IAS 39 höhere Aufwendungen für die Dotierung von Einzelwertberichtigungen, dieser Effekt wurde jedoch durch eine geringere Dotierung von Portfoliowertberichtigungen kompensiert, so dass sich die Risikovorsorgeaufwendungen im Geschäftsjahr 2006 nur geringfügig veränderten.

Die signifikante Erhöhung des Ergebnisses aus zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designierten Geschäften (plus 53,4 Mio. Euro) leitet sich im Wesentlichen aus der entsprechenden Kategorisierung der Einzelinvestments innerhalb von Aktienspezialfonds ab.

Beim Finanzanlageergebnis ist zu berücksichtigen, dass nach HGB vereinnahmte Erfolge aus der Liquidation von Wertpapiersondervermögen von rd. 17,1 Mio. Euro zu eliminieren waren, denen ein Finanzanlageergebnis der Einzelinvestments innerhalb der Sondervermögen von rd. 4,7 Mio. Euro gegenüberstand. Die weitere Erhöhung des GuV-Ausweises ergibt sich aus der gegenüber dem Niederstwertprinzip erfolgsneutralen Marktbewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie AFS.

Die Ertragsteuern wurden um erfolgswirksame latente Steuern nach IAS 12 angepasst. Insgesamt hat sich der Steueraufwand dadurch um 9,9 Mio. Euro verringert.

Wesentliche Auswirkungen auf den Ausweis der bilanziellen Aktiva und Passiva

Bilanzielle Veränderungen aufgrund der Bewertung von Vermögenswerten und Verpflichtungen zum Fair Value spiegeln sich insbesondere in den Positionen Handelsaktiva, - passiva sowie Finanzanlagen und gegenläufig in der Position Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern wider. Wesentliche bilanzielle Effekte ergeben sich wiederum insbesondere durch die Bewertung der Einzelinvestments der Wertpapiersondervermögen zum beizulegenden Zeitwert (plus rd. 83,8 Mio. Euro innerhalb der Bilanzposition Finanzanlagen zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz). Die Fair Value Bewertung der Vermögenswerte anderer Konzerngesellschaften innerhalb der Bilanzposition Finanzanlagen ergab einen zusätzlichen Effekt in Höhe von 26,4 Mio. Euro.

Bedeutende Änderungen des Ausweises der Verbindlichkeiten resultierten aus der Fair Value Bewertung von Derivaten, die den Wertansatz der Handelspassiva um insgesamt 21,0 Mio. Euro erhöhten sowie aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen nach IAS 19, auf die eine Erhöhung des Ausweises der Rückstellungen um 16,2 Mio. Euro entfiel. Gegenläufige Effekte auf die Bilanzposition Rückstellungen wurden bestimmt durch die Auflösung bzw. Umgliederung von Rückstellungen nach HGB. Aus den Bewertungsvorschriften des IAS 12 folgte eine Erhöhung der Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern um 13,2 Mio. Euro.

Das Eigenkapital erhöhte sich zum Zeitpunkt des Übergangs auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS von 824,2 Mio. Euro um 129,2 Mio. Euro auf 953,4 Mio. Euro im Wesentlichen durch

- die Gewinn- und Neubewertungsrücklagen der Wertpapiersondervermögen von rd. 111,6 Mio. Euro sowie
 - die Neubewertungsrücklage aus übrigen Konzerngesellschaften von rd. 32,8 Mio. Euro.
- Gleichzeitig ergab sich ein gegenläufiger Effekt aus der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der übrigen Konzerngesellschaften, der die Gewinnrücklagen wiederum um 15,2 Mio. Euro verminderte.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2006 zeigten sich signifikante Effekte auf das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS im Vergleich zu demjenigen nach HGB durch die deutliche Erhöhung des Jahresüberschusses im Vergleich zum bereinigten Konzernergebnis nach HGB um plus 73,7 Mio. Euro – vor allem geprägt durch das Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften.

Grundsätzlich gelten für die Erläuterung der Überleitungsrechnung zum 31. Dezember 2006 die gleichen Aussagen wie für die Überleitungsrechnung zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz. Jedoch hat sich der Bilanzausweis der Rückstellungen nur geringfügig verändert, da die Bewertung der Pensionsrückstellungen nach HGB erstmals mit einem Diskontierungszinssatz von 4,0 % (Vorjahr: 6,0 %) vorgenommen wurde.

Die Zusammensetzung der Neubewertungsrücklagen zum Zeitpunkt des Übergangs auf die Rechnungslegung nach IFRS sowie zum 31. Dezember 2006 erläutert der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf in der Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge.

Erläuterungen zur Konzern Gewinn und Verlustrechnung

[24] Zinsüberschuss

Die Zinserträge bzw. Zinsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Zinserträge		
Zinserträge aus Krediten und Darlehen	454,9	398,0
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	116,5	120,1
Zinserträge aus Sicherungsgeschäften i. R. von Cash Flow Hedges	31,0	23,1
Zinserträge aus AFV-Trading	62,9	38,3
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1,0	1,7
Beteiligungen	6,8	5,8
Sonstige Zinserträge	17,5	12,8
	690,6	599,8
Zinsaufwendungen		
Zinsaufwendungen aus dem Spar- und Einlagengeschäft (OFL)	172,7	175,0
Zinsaufwendungen aus begebenen Schuldverschreibungen und Genussrechten (OFL)	151,9	68,7
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	9,8	10,9
Zinsaufwendungen aus Rückstellungen	0,0	0,1
Zinsaufwendungen aus Sicherungsgeschäften i.R. von Cash Flow Hedges	24,0	26,3
Zinsaufwendungen aus AFV-Trading	66,6	37,5
Sonstige Zinsaufwendungen	54,3	60,1
	479,3	378,6
Zinsüberschuss	211,3	221,2

Aus finanziellen Vermögenswerten, die nicht der Kategorie AFV zugeordnet wurden, wurde ein Zinsertrag von 595,8 Mio. Euro (Vorjahr: 538,0 Mio. Euro) sowie aus finanziellen Verbindlichkeiten der Kategorie OFL ein Zinsaufwand von 388,6 Mio. Euro (Vorjahr: 315,2 Mio. Euro) realisiert.

In den Zinserträgen aus Krediten und Darlehen sind Zinserträge aus wertberichtigten Forderungen in Höhe von 7,5 Mio. Euro enthalten (sog. Unwinding).

In Relation zu den durchschnittlichen Risikoaktiva bzw. zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen leiten sich folgende Zinsspannen ab:

	2007 in %	2006 in %
Auf Basis der gewichteten Risikoaktiva zum Bilanzstichtag	2,50	2,46
Auf Basis des durchschnittlichen Geschäftsvolumens	1,54	1,51

[25] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Sowohl für einzeln identifizierte Verlustereignisse als auch für bereits eingetretene, aber noch nicht einzeln erkannte Verluste hat der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf eine angemessene Risikovorsorge getroffen. Der Nettoaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 78,2 % vermindert.

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Zuführungen zur Risikovorsorge	60,1	83,3
Auflösungen von Risikovorsorge	54,8	48,5
Direktabschreibungen	5,6	2,3
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1,9	2,2
Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	1,7	0,6
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	3,3	1,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	7,4	33,9

Die Zuführungen zur Risikovorsorge und die Direktabschreibungen verteilen sich wie folgt auf die nachstehenden Forderungsklassen:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Privatkundenkredite (LAR)	15,4	25,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Geschäftskundenkredite (LAR)	42,6	33,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für sonstige Kredite (LAR)	7,5	27,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Kreditinstitute	0,2	0,0
Aufwendungen für Risikovorsorge im Kreditgeschäft (gesamt)	65,7	85,6

[26] Provisionsüberschuss

Provisionserträge und Provisionsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Provisionserträge aus dem		
Giro- und Zahlungsverkehr	40,6	36,4
Kredit- und Darlehensgeschäft	5,2	4,6
Wertpapier- und Depotgeschäft	17,8	17,7
Sonstigen Provisionsgeschäft	9,2	11,3
Summe der Provisionserträge	72,8	70,0
Provisionsaufwendungen aus dem		
Giro- und Zahlungsverkehr	2,1	2,1
Kredit- und Darlehensgeschäft	0,5	0,0
Wertpapier- und Depotgeschäft	2,9	3,3
Sonstigen Provisionsgeschäft	0,5	1,0
Summe der Provisionsaufwendungen	6,0	6,4
Provisionsüberschuss	66,8	63,6
<i>darunter aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden</i>	35,9	29,8

[27] Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften

Das Ergebnis aus Designated as at Fair Value-Geschäften gliedert sich wie folgt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis AFV/LFV		
Forderungen an Kreditinstitute	-0,4	-0,5
Finanzanlagen	10,8	45,4
Eigene Emissionen	0,4	0,5
	10,8	45,4
Zinsergebnis (AFV/LFV Designation)	10,5	9,5
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	21,3	54,9

[28] Handelsergebnis

Alle Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die beizulegenden Zeitwerte anhand geeigneter Barwert- oder Optionspreismodelle ermittelt. Das Handelsergebnis setzt sich sowohl aus dem realisierten Ergebnis als auch aus dem unrealisierten Bewertungsergebnis zusammen.

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Ergebnis aus Wertpapieren des Handelsbestandes	0,2	0,3
Ergebnis aus Derivaten	-9,9	-3,0
Fremdwährungsergebnis	1,4	1,7
Handelsergebnis	-8,3	-1,0

Die Handelsaktivitäten bestehen aus kurs-, zins- und eigenkapitalbezogenen Geschäften. Während kursbezogene Geschäfte Gewinne und Verluste aus Termingeschäften, Optionen und Kassageschäften (Spot) in Fremdwährung beinhalten, bestehen zinsbezogene Geschäfte aus Fremdkapitalinstrumenten, Zins-/Währungsswaps, Optionen und anderen Derivaten. Eigenkapitalbezogene Geschäfte beinhalten vor allem Transaktionen in Eigenkapital-Finanzinstrumenten und in darauf bezogene Derivaten.

[29] Finanzanlageergebnis

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungsergebnisse derjenigen finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit dem Bilanzposten Finanzanlagen korrespondieren. Davon ausgenommen sind freiwillig designierte Finanzinstrumente, deren Erfolge im "Ergebnis aus designated as at Fair Value Geschäften" erfasst werden. Zusätzlich sind in der folgenden Tabelle die Bewertungsaufwendungen, –erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, aus Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen sowie aus Beteiligungen dargestellt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des AFS-Bestandes		
Veräußerungsgewinne	14,3	17,6
Veräußerungsverluste	-10,2	-10,8
Wertminderungsaufwand	-15,1	-0,2
	-11,0	6,6
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des LAR-Bestandes		
Veräußerungsgewinne	0,0	13,3
Veräußerungsverluste	-0,1	-0,1
	-0,1	13,2
Bewertungsergebnis aus Beteiligungen, Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen		
Wertminderungen	-0,5	-0,6
	-0,5	-0,6
Finanzanlageergebnis	-11,6	19,2

Die sog. Subprime-Krise, von der der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf nicht direkt betroffen ist, zog eine allgemeine Liquiditäts- und Vertrauenskrise an den Kapitalmärkten nach

sich, die sich unmittelbar auf die Erfordernisse an die Bewertung von kreditnahen Wertpapieren bzw. ABS-Strukturen auswirkte.

Soweit für diese Investments keine Börsen- oder Marktpreise abgeleitet werden konnten, wurden die Vorgaben des Positionspapiers des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise vom 10. Dezember 2007 zu Grunde gelegt. Ein Investment in einen ABS-Fonds innerhalb eines Sondervermögens des Konzerns wurde zum Bilanzstichtag vollständig abgeschrieben. Aus dieser Bewertung ergab sich ein Wertminderungsaufwand von 15,1 Mio. Euro. Nachdem die Investoren bereits im September 2007 zur Aufrechterhaltung der Liquidität Nachschüsse geleistet hatten, musste der Fonds Anfang 2008 endgültig abgewickelt werden (Fire Sale). Auch die Investments in zwei Publikumsfonds mit Verbriefungsstrukturen wurden nach den Vorgaben des IDW bewertet. Nach den allgemeinen Impairment-Kriterien war jedoch keine erfolgswirksame Abschreibung erforderlich. Die Wertminderungen führten zu einer negativen Dotierung der Neubewertungsrücklage für Eigenkapitaltitel.

[30] Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen leitet sich aus der erfolgswirksamen Fortschreibung ihrer Bewertung at equity – siehe "davon erfolgswirksame Zuschreibung" – wie folgt ab:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Buchwert am Anfang des Geschäftsjahres	89,7	84,8
Zugänge	17,4	15,5
davon erfolgswirksame Zuschreibung	5,7	14,6
davon erfolgsneutrale Zuschreibung	8,5	0,0
davon aus Zukäufen	3,2	0,9
Abgänge	6,9	0,0
Ausschüttungen	7,9	10,6
Buchwert am Ende des Geschäftsjahres	92,3	89,7

Wesentliches assoziiertes Unternehmen ist die Gesellschaft Corpus Sireo Holding GmbH & Co. KG, an der der Konzern 25 % der Anteile hält. Sie trägt mit 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 13,7 Mio. Euro) zum Ergebnis bei.

Erfolgsneutrale Ergebnisbestandteile der assoziierten Unternehmen erfasst der Konzern direkt im Eigenkapital, dort in der Neubewertungsrücklage aus der erfolgsneutralen Equity-Fortschreibung von assoziierten Unternehmen (siehe auch "Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge").

[31] Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus dem Personal- und dem Sachaufwand sowie den Abschreibungen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	92,3	102,2
Soziale Abgaben	16,6	17,4
Aufwendungen für Altersvorsorge	7,5	7,5
Personalaufwand gesamt	116,4	127,1
Sachaufwand		
Raumkosten	13,0	11,7
EDV-Kosten	19,4	18,5
Übriger Sachaufwand	75,2	41,0
Sachaufwand gesamt	107,6	71,2
Abschreibungen		
Abschreibungen auf Sachanlagen und Investment Properties	8,1	8,8
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	0,8	1,4
Abschreibungen gesamt	8,9	10,2
Gesamt	232,9	208,5

Der übrige Sachaufwand entfällt im Wesentlichen auf Aufwendungen für Pflichtbeiträge in Höhe von 33,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3,1 Mio. Euro). Hierin sind 30,8 Mio. Euro Einzahlungen in den Reservefonds der Sparkassenorganisation enthalten. Für Öffentlichkeitsarbeit wurden 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 8,7 Mio. Euro) aufgewendet, für Dienstleistungen Dritter sind 13,3 Mio. Euro (Vorjahr: 11,4 Mio. Euro) verbraucht worden. Der Herstellungsaufwand für Sparkassen- und Kreditkarten betrug 3,1 Mio. Euro (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro). Für Porto und Telekommunikation wurden 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,2 Mio. Euro) aufgewendet.

In den Aufwendungen für Altersvorsorge sind 2,3 Mio. Euro für unmittelbare Pensionszusagen enthalten (siehe Notes-Angabe [53]).

[32] Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro), Erträge aus der Veräußerung von Forderungen (AFS) in Höhe von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro) sowie Mieterträge in Höhe von unverändert 0,6 Mio. Euro. Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge entfallen auf eine Vielzahl von geringfügigen Einzelpositionen.

[33] Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich folgende Unterteilung:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Aufwendungen aus der Veräußerung von Forderungen (AFS)	8,6	0,4
Spenden	1,7	1,7
Mietaufwendungen	0,3	0,2
Übrige	3,5	10,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14,1	13,0

[34] Steueraufwand / 2007: Steuerertrag

Die negativen Beträge in den unten stehenden Tabellen bezeichnen jeweils einen Steuerertrag.

Der Steueraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Laufender Ertragsteueraufwand	-1,3	26,8
Latenter Ertragsteueraufwand	-29,9	-16,0
Gesamter Steueraufwand	-31,2	10,8

Im Geschäftsjahr wurden Sicherungsderivate (vgl. Notes-Angabe [39]) vorzeitig glattgestellt. (Close Out). Der Konzern hat von den Kontrahenten Ausgleichszahlungen in Höhe von 25,5 Mio. Euro erhalten. Während die Zahlungen steuerbilanziell sofort ertragswirksam vereinnahmt werden, sind sie nach IAS 39 über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung zu verteilen. Nach IAS 12.61 waren tatsächliche Ertragsteuern in Höhe von 9,4 Mio. Euro unmittelbar dem Eigenkapital zu belasten.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung leitet die ausgewiesenen Ertragsteuern aus den rechnerischen Ertragsteuern her:

	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Ergebnis vor Ertragsteuern	40,5	129,3
Anzuwendender Steuersatz	40,0%	40,0%
Theoretisch zu erwartende Ertragsteuern	16,2	51,7
Effekte aus steuerfreien Erträgen (i.W. gemäß § 8b KStG)	-47,5	-32,9
Effekte aus periodenfremden tatsächlichen Ertragsteuern	3,5	5,6
Effekte aus steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen	8,5	3,6
Effekte aus Steuersatzänderungen	-1,0	0,0
Sonstige Steuereffekte	-10,9	-17,2
Steuererstattungen	-2,7	-2,6
SKBG	1,6	-0,2
übrige Effekte	-9,8	-14,4
Steueraufwand	-31,2	10,8

Im Geschäftsjahr 2007 verursacht die Veränderung der Verlustvorträge auf Ebene der SKBG einen sonstigen Steuereffekt in Höhe von 1,6 Mio. Euro.

Die negativen Beträge in den oben stehenden Tabellen bezeichnen jeweils einen Steuerertrag.

Hinsichtlich der Effekte aus Steuersatzänderungen siehe Notes-Angabe [22].

Segmentberichterstattung

Grundlagen der Segmentdarstellung

Die nachfolgenden Segmentinformationen beruhen auf IFRS 8 „Operating Segments“, der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. IFRS 8 folgt hierbei dem sogenannten „Management Approach“, welcher eine Konsistenz zwischen intern verwendeten und extern veröffentlichten Segmentinformationen fordert.

Insgesamt informiert die Segmentberichterstattung über die Rentabilität, Wachstumschancen und Zukunftsaussichten in den operativen Geschäftssegmenten des Konzerns.

Bestimmung von Segmenten

Als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente dienen nach IFRS 8 interne Berichte, die der Gesamtvorstand ("Chief Operating Decision Maker") verwendet, um die finanzielle Performance von Unternehmensteilen zu beurteilen und Entscheidungen über die Zuteilung von Ressourcen zu den Unternehmensteilen zu treffen. Das „System der internen Finanzberichterstattung an die Leitungsebene“ dient dabei als Ausgangspunkt zur Identifizierung der Segmente.

Die Steuerung der Aktivitäten erfolgt bei der Stadtsparkasse Düsseldorf durch eine strategische Geschäftsbereichsrechnung, die der Organisationsstruktur entspricht. Die Risiken und Erträge der Stadtsparkasse Düsseldorf wurden hierbei in erster Linie durch die von den einzelnen Geschäftsbereichen angebotenen Produkte und Dienstleistungen determiniert.

Mit Blick auf die regionale Ausrichtung der Stadtsparkasse Düsseldorf, sog. Regionalprinzip, wurde auf die Darstellung geografischer Segmente verzichtet, da die wesentlichen Ertrags- und Kostenpositionen aus der Geschäftstätigkeit im Wirtschaftsraum Düsseldorf generiert wurden.

Zusammensetzung der Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten entschieden. In den berichtspflichtigen Segmenten enthaltene weitergehende operative Segmente wurden hierbei in Anwendung des IFRS 8 wegen Ähnlichkeit zusammengefasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde eine wesentliche organisatorische Änderung mit Wirkung auf die Zusammensetzung unserer Geschäftssegmente vorgenommen. Die Abteilung „Vermögensmanagement“ ist im Geschäftsjahr 2007, dem gültigen Geschäftsverteilungsplan folgend, dem Geschäftssegment „Privat- und Gewerbekunden“ und nicht mehr wie im Vorjahr dem Geschäftssegment „Private Banking“ zugeordnet worden.

Bilanzierungsmethoden

IFRS 8 erfordert die Angabe der Informationen, welche dem Gesamtvorstand zur Beurteilung der finanziellen Performance und zur Entscheidung über Ressourcenallokationen verwendet werden.

Die Managementberichterstattung bei der Stadtsparkasse Düsseldorf basiert im Geschäftsjahr 2007 vorrangig auf HGB-Rechnungslegungsstandards. Als Ausfluss dessen werden im Rahmen der internen Managementberichterstattung überwiegend Bilanzierungsmethoden angewandt, aus denen sich Bewertungs- und Ausweisunterschiede im Vergleich zum IFRS-Konzernabschluss ergeben.

Diese Unterschiede werden im Rahmen einer nachfolgend dargestellten Überleitungsrechnung von HGB auf IFRS (siehe Abschnitt: "Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS") bereinigt und die größten Bewertungsunterschiede nachfolgend erläutert.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

Segmentergebnisse 2007

in Mio. Euro	Firmen-kunden	Immobi-lien-kunden	Private Banking (1)	Privat- und Gewerbe-kunden (1)	Handel	Sonstige (2)	Summe der Segmente Sparkasse	SKBG (3)	Summe der Segmente gesamt	Konsolidierung (4)	sonstige Effekte (4)	IFRS-Konzern gesamt
Zinsüberschuss (5)	59,1	11,8	6,5	128,4	-5,1	-0,4	200,3	5,8	206,1	-14,8	25,7	217,0
Provisionsüberschuss (6)	13,4	2,6	3,8	43,5	1,5	5,8	70,6	8,6	79,2	2,0	-14,5	66,7
Finanzanlageergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-25,4	13,8	-11,6
Handelsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-7,8	-0,5	-8,3
sonst. betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-26,3	-26,3	0,5	-25,8	-7,5	29,0	-4,3
Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	13,8	7,5	21,3
Erträge gesamt (7)	72,5	14,4	10,3	171,9	-3,6	-20,9	244,6	14,9	259,5	-39,7	61,0	280,8
Verwaltungsaufwand (8)	-29,8	-3,9	-5,2	-116,6	-4,7	-32,9	-193,1	-13,4	-206,5	-8,5	-17,9	-232,9
Risikoversorge	-8,8	-1,3	0,0	-6,2	17,2	21,5	21,9	-5,2	16,7	-1,6	-22,5	-7,4
Ergebnis vor Ertragsteuern	33,9	9,2	5,1	49,1	8,9	-32,3	73,4	-3,7	69,7	-49,8	20,6	40,5
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	42	28	51	68	131		80	90	81			83
Aktiva (9) (Segmentvermögen)	3.629,0	826,5	133,9	3.030,0	5.017,0	546,0	13.182,4	148,0	13.330,4	12,6	220,8	13.563,8
Regulatorisches Kapital (10) [ø "Active Equity"]	279,3	66,7	9,3	193,6	99,1	172,7		28,1				
Eigenkapitalrendite vor Steuern [basierend auf dem ø "Active Equity"]	12	14	55	25	9	-19		-13				

Erläuterungen:

- Im Rahmen von Veränderungen der Segmentzusammensetzung wurde die Abteilung „Vermögensmanagement“ nicht wie im Vorjahr dem Geschäftsbereich „Private Banking“, sondern der Abteilung „Privat- und Gewerbekunden“ zugeordnet; hieraus resultieren Verschiebungen in folgender Höhe: Zinsüberschuss: 4,2 Mio. €, Provisionsüberschuss: 1,5 Mio. €.
- Hierbei wurden neben Restgrößen, die den Segmenten nicht direkt zugerechnet werden konnten, sowie das übrige ordentliche/außerordentliche Ergebnis, auch die generierten Erträge aus den von der Stadtsparkasse Düsseldorf gehaltenen nicht konsolidierten Beteiligungen berücksichtigt. Zusätzlich wurden hier die Deckungskosten (Overheadkosten) der Stadtsparkasse Düsseldorf in Höhe von 32,8 Mio. € ausgewiesen, die als allgemeine Deckungslast nicht direkt den Geschäftsbereichen verursachungsgerecht zugeordnet werden konnten, u. a. planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen in Höhe von 9,1 Mio. Euro.
- Die GuV-Werte der SKBG wurden auf Teilkonzernebene ermittelt und dargestellt.
- Die Effekte im Rahmen der Überleitungsrechnung von HGB nach IFRS werden im Abschnitt: „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS“ weitergehend erläutert.
- Die Position „Zinsüberschuss“ umfasst zudem das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen und at Equity bewerteten Unternehmen in Höhe von 6,0 Mio. Euro.
- Die Position „Provisionsüberschuss“ wird inkl. des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ausgewiesen.
- Bei den Erträgen handelt es sich um Erträge mit externen Kunden. Intersegmentäre Erfolge im nemenswerten Umfang wurden nicht generiert. Auf weitgehend Information hinsichtlich der externen Kundenstruktur wird verzichtet, da auf keinen einzelnen externen Kunden $\geq 10\%$ der gesamten Umsatzerlöse entfielen. Abhängigkeitsverhältnisse i. S.d. IFRS 8 bestehen somit nicht.
- Die Position „Verwaltungsaufwand“ enthält neben dem Personalaufwand und dem Sachaufwand auch die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.
- Das „Segmentvermögen“ enthält die Bilanzaktiva. Zu beachten ist hierbei, dass die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs entspricht. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Als „regulatorisches Kapital“ wird das haftende Eigenkapital gemäß § 10 KWG ausgewiesen, wobei die Segmente mit einer Kapitalquote von 8,4% ausgestattet wurden. Abweichungen zum bilanziellen Eigenkapital resultieren im Wesentlichen für die Institutgruppe Stadtsparkasse Düsseldorf aus der Einbeziehung von bankaufsichtsrechtlichen Ergänzungskapitalbestandteilen, sowie der nicht vollständigen Aufteilung der Eigenmittel auf die Segmente. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem ökonomischen Kapital zugewiesen.

Segmentergebnisse 2006													
in Mio. Euro	Firmen-kunden	Immobi-lien-kunden	Private Banking	Privat- und Gewerbe-kunden	Handel	Sonstige (1)	Summe der Seg-mente Sparkasse	SKBG	Konsolidie-rung	HGB-Konzern gesamt	Konsolidie-rung IFRS (2)	sonstige Effekte IFRS (2)	IFRS-Konzern gesamt
Zinsüberschuss (3)	55,5	10,3	7,8	116,8	48,5	7,2	246,1	6,0	-0,1	252,0	-12,5	-3,7	235,8
Provisionsüberschuss (4)	13,9	2,1	4,7	38,6	1,6	0,2	61,1	4,5	-2,0	63,6	-0,1	0,1	63,6
Finanzanlageergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-12,4	31,6	19,2
Handelsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,2	-3,2	-1,0
sonst. betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,8	-4,8	-5,6	2,9	-1,8	-4,5	1,0	2,7	-0,8
Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	48,6	6,3	54,9
Erträge gesamt (5)	69,4	12,4	12,5	155,4	49,3	2,6	301,6	13,4	-3,9	311,1	26,8	33,8	371,7
Verwaltungsaufwand (6)	-27,7	-4,2	-6,7	-118,6	-5,4	-41,1	-203,7	-8,5	1,7	-210,5	2,6	-0,6	-208,5
Risikoversorge	-28,8	-1,1	0,1	-4,6	-4,8	24,3	-14,9	-1,9	0,0	-16,8	0,0	-17,1	-33,9
Ergebnis vor Ertragsteuern	12,9	7,1	5,9	32,2	39,1	-14,2	83,0	3,0	-2,2	83,8	29,4	16,1	129,3
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	40	34	54	76	11		68	63		68			57
Aktiva (Segmentver-mögen)	3.074,3	755,8	161,4	2.905,0	5.151,3	516,3	12.564,1	136,9	-96,7	12.604,3	126,0	187,8	12.918,1
Regulatorisches Kapital (7) [ø "Active Equity"]	254,4	59,8	10,1	184,3	111,3	31,1		25,6					
Eigenkapitalrendite vor Steuern [basierend auf dem ø "Active Equity"]	5	12	59	17	35	-46		12					

Erläuterungen:

- (1) Hierbei wurden neben Restgrößen, die den Segmenten nicht direkt zugerechnet werden konnten, sowie das übrige ordentliche/außerordentliche Ergebnis, auch die generierten Erträge aus den von der Stadtparkasse Düsseldorf gehaltenen nicht konsolidierten Beteiligungen berücksichtigt. Zusätzlich wurden hier die Deckungslasten (Overheadkosten) der Stadtparkasse Düsseldorf in Höhe von 26,5 Mio. Euro ausgewiesen, die als allgemeine Deckungslast nicht direkt den Geschäftsbereichen verursachungsgerecht zugeordnet werden konnten.
- (2) Die Effekte im Rahmen der Überleitungsrechnung von HGB nach IFRS werden im Abschnitt: "Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS" weitergehend erläutert.
- (3) Die Position „Zinsüberschuss“ umfasst zudem das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen.
- (4) Die Position „Provisionsüberschuss“ wird inkl. des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ausgewiesen.
- (5) Bei den Erträgen handelt es sich um Erträge mit externen Kunden. Intersegmentäre Erfolge in nemenswerten Umfang wurden nicht generiert. Auf weitergehende Informationen hinsichtlich der externen Kundenstruktur wird verzichtet, da auf keinen einzelnen externen Kunden ≥ 10% der gesamten Umsatzerlöse entfielen. Abhängigkeitsverhältnisse i.S.d. IFRS 8 bestehen somit nicht.
- (6) Die Position „Verwaltungsaufwand“ enthält neben dem Personalaufwand, und dem Sachaufwand auch die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen.
- (7) Als „regulatorisches Kapital“ wird das haftende Eigenkapital gemäß § 10 KWG ausgewiesen, wobei die Segmente mit einer Kapitalquote von 8,4% ausgestellt wurden. Abweichungen zum bilanziellen Eigenkapital resultieren im Wesentlichen für die Institutgruppe Stadtparkasse Düsseldorf aus der Einbeziehung von bankenaufsichtsrechtlichen Ergänzungskapitalbestandteilen, sowie der nicht vollständigen Aufteilung der Eigenmittel auf die Segmente. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche „Active Equity“ wird den Segmenten anteilig gemais ihrem ökonomischen Kapital zugewiesen.

Die nachstehenden Tabellen enthalten die auf Basis des internen Managementberichts ermittelten Ertragskomponenten aus Geschäften mit externen Kunden auf Konzernebene:

Ertragskomponenten des Bereichs Firmenkunden

Das Segment „Firmenkunden“ fasst das zentrale Firmenkundengeschäft, das dezentrale Firmenkundengeschäft, das institutionelle Geschäft, die Fachbetreuungen Auslandsgeschäft, Leasing-Sonderfinanzierungen und strukturierte Finanzierungen zusammen.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	44,9	42,0
Einlagengeschäft	21,7	20,9
Wertpapiergeschäft	1,8	1,6
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1,8	3,2
sonstige Produkte	2,3	1,7

Ertragskomponenten des Bereichs Immobilienkunden

Das Segment „Immobilienkunden“ betreut in direkter Kundenverantwortung das Bauträgergeschäft und steuert das Produktsegment private Wohnungsbaufinanzierungen.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	12,6	11,1
Einlagengeschäft	1,5	1,1
Wertpapiergeschäft	0,0	0,1
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	0,0	0,0
sonstige Produkte	0,3	0,1

Ertragskomponenten des Bereichs Private Banking

Das Segment „Private Banking“ umfasst die Kundengruppen Vermögenskunden und Individualkunden, die von zentralen Spezialisten und Betreuern beraten werden. Zusätzlich wird über diesen Bereich das Produktsegment Wertpapiergeschäft für alle privaten Kunden gesteuert.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	1,4	1,6
Einlagengeschäft	5,5	6,8
Wertpapiergeschäft	3,3	2,8
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	0,1	1,3
sonstige Produkte	0,0	0,0

Ertragskomponenten des Bereichs Privat- und Gewerbekunden

Das Segment „Privat- und Gewerbekunden“ wird über drei Geschäftsbereiche geführt (Geschäftsbereich Nord, Geschäftsbereich Süd und Geschäftsbereich Monheim), welche aufgrund Vergleichbarkeit zu einem Segment zusammengefasst wurden. Unterstützt wird dieser Bereich durch die Abteilung Marketing- und Vertriebssupport sowie seit dem Geschäftsjahr 2007 durch die Abteilung Vermögensmanagement.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	47,8	47,8
Einlagengeschäft	104,9	94,1
Wertpapiergeschäft	9,0	2,5
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	10,0	11,0
sonstige Produkte	0,2	0,0

Ertragskomponenten des Bereichs Handel (inkl. Spezialfonds)

Das Segment „Handel“ umfasst den Eigen- und Kundenhandel, die kapitalmarktnahe Betreuung (Wertpapiergeschäft und Derivate) von ausgewählten zentralen Institutionellen bzw. Firmenkunden. Zu diesem Segment zählen ferner das Interbankengeschäft und die Steuerung der Wertpapiereinlagen. Zusätzlich ist dieses Segment mit der Steuerung der Zinsänderungsrisiken bzw. Fristentransformationsbeträge betraut.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	-19,9	91,0
Einlagengeschäft	14,2	-42,5
Wertpapiergeschäft	0,0	0,0
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	0,0	0,0
sonstige Produkte	2,1	1,6

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS

Im den nachfolgenden Ausführungen werden die wesentlichen Überleitungsdifferenzen aus der Konsolidierung und sonstigen Effekten IFRS weitergehend erläutert.

I. Zinsüberschuss

Position	Zinsüberschuss in Mio. Euro
Konsolidierung	-14,8
sonstige Effekte	25,7
Effekte gesamt	10,9

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalten:

Die Konsolidierung der Spezialfonds gemäß SIC 12 führt zu einem Effekt in Höhe von -14,8 Mio. Euro.

Im Rahmen des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf wird durch die Änderung des Bewertungsmaßstabes, insbesondere Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, ein Effekt von 27,2 Mio. Euro erzielt. Unter Berücksichtigung sonstiger Effekte in Höhe von -1,5 Mio. Euro ergibt sich insgesamt ein Effekt von 10,9 Mio. Euro.

II. Provisionsüberschuss

Position	Provisionsüberschuss in Mio. Euro
Konsolidierung	-2,0
sonstige Effekte	14,5
Effekte gesamt	-12,5

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die unter Anwendung der IFRS vorzunehmenden Umgliederungen zahlreicher Positionen beim Übergang von der internen Berichterstattung auf die externe Rechnungslegung führten zu einem Effekt von 2,1 Mio. Euro. Hinsichtlich der verbleibenden sonstigen Effekte ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es sich bei der "Summe der Segmente Sparkasse" um Angaben auf Basis der internen Finanzberichterstattung an den Gesamtvorstand handelt. Es wurden folglich Überleitungsdifferenzen berücksichtigt. Hierbei ist insbesondere auf einen Effekt in Höhe von -16,6 Mio. Euro durch Überleitung aus der Position "Provisionsüberschuss" in die Position "sonst. betriebliches Ergebnis" hinzuweisen. Insgesamt ergibt sich ein Effekt von -12,5 Mio. Euro.

III. Finanzanlageergebnis

Position	Finanzanlageergebnis in Mio. Euro
Konsolidierung	-25,4
sonstige Effekte	13,8
Effekte gesamt	-11,6

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die gemäß IFRS auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf vorzunehmende Umgliederung zahlreicher Positionen und der hiermit verbundene Ausweis von Erträgen und Aufwendungen, insbesondere Verkaufsgewinne und -verluste aus Finanzvermögen, führt zu einem Effekt von 13,8 Mio. Euro. Insgesamt wird somit ein Effekt von -11,6 Mio. Euro erzielt.

IV. Handelsergebnis

Position	Handelsergebnis in Mio. Euro
Konsolidierung	-7,8
sonstige Effekte	-0,5
Effekte gesamt	-8,3

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf dem nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die gemäß IFRS auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf vorzunehmende Umgliederung zahlreicher Positionen und der hiermit verbundene Ausweis von Erträgen und Aufwendungen führt zu einem Effekt von -0,5 Mio. Euro. Insgesamt wird ein Effekt von -8,3 Mio. Euro erzielt.

V. sonst. betriebliches Ergebnis

Position	sonst. betriebliches Ergebnis in Mio. Euro
Konsolidierung	-7,5
sonstige Effekte	29,0
Effekte gesamt	21,5

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Im Rahmen des Einzelabschlusses wird aufgrund der Tatsache, dass unter Anwendung der IFRS die Erfolge und Verluste aus Derivaten nicht ausgewiesen werden, ein Effekt in Höhe von 2,2 Mio. Euro erzielt. Hinsichtlich der verbleibenden sonstigen Effekte ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es sich bei der "Summe der Segmente Sparkasse" um Angaben auf Basis der internen Finanzberichterstattung an den Gesamtvorstand handelt. Es wurden folglich Überleitungsdifferenzen berücksichtigt, wobei insbesondere Close Out-Zahlungen aus der Auflösung von Sicherungsderivaten einen Effekt in Höhe von 23,4 Mio. Euro ausmachen. Insgesamt ergibt sich ein Effekt in Höhe von 21,5 Mio. Euro.

VI. Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften

Position	Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften in Mio. Euro
Konsolidierung	13,8
sonstige Effekte	7,5
Effekte gesamt	21,3

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die gemäß IFRS auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf vorzunehmende Umgliederung zahlreicher Positionen und der hiermit verbundene Ausweis von Erträgen und Aufwendungen führt zu einem Effekt von 7,5 Mio. Euro.

VII. Verwaltungsaufwand

Position	Verwaltungsaufwand in Mio. Euro
Konsolidierung	-8,5
sonstige Effekte	-17,9
Effekte gesamt	-26,4

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Im Rahmen des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf wurde unter Anwendung der IFRS und der hiermit zusammenhängenden Umgliederung zahlreicher Positionen ein Effekt von -8,4 Mio. Euro erzielt. Unter Berücksichtigung sonstiger Überleitungsdifferenzen in Höhe von -9,5 Mio. Euro ergibt sich insgesamt ein Effekt von -26,4 Mio. Euro.

VIII. Risikovorsorge

Position	Risikovorsorge in Mio. Euro
Konsolidierung	-1,6
sonstige Effekte	-22,5
Effekte gesamt	-24,1

Diese Effekte beruhen im Wesentlichen auf der im Rahmen der Anwendung von IFRS nicht vorgenommenen Kompensation der Bewertungsergebnisse von Krediten und Wertpapieren. Dies führt in der Folge zu einem Effekt von -9,3 Mio. Euro. Hinsichtlich der verbleibenden sonstigen Effekte ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es sich bei der "Summe der Segmente Sparkasse" um Angaben auf Basis der internen Finanzberichterstattung an den Gesamtvorstand handelt. Es wurden folglich Überleitungsdifferenzen berücksichtigt, wobei insbesondere Close Out-Zahlungen aus teilaufgelösten Sicherungsderivaten einen Effekt in Höhe von rund -23,4 Mio. Euro ausmachen. Insgesamt ergibt sich ein Effekt von -24,6 Mio. Euro.

IX. Segmentvermögen

Position	Segmentvermögen in Mio. Euro
Konsolidierung	12,6
sonstige Effekte	220,8
Effekte gesamt	233,4

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalten:

Die erstmalige Konsolidierung des Sondervermögens führt zu einem Effekt von 12,6 Mio. Euro.

Unter anderem durch Aufdeckung der Vorsorgereserve gemäß § 340f HGB wird auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf insgesamt ein Effekt in Höhe von 147,0 Mio. Euro ausgelöst. Zusätzlich hierzu führen der Ausweis der Gewinnrücklage für Cash Flow Hedges (49,4 Mio. Euro) und die im Rahmen der Erstbewertung nach IFRS eingeführte Position Neubewertungsrücklage (-11,5 Mio. Euro) und die Position Gewinnverwendung des Bilanzgewinns (35,9 Mio. Euro) insgesamt zu einem Effekt von 220,8 Mio. Euro.

Erläuterungen zur Konzern-Bilanz

[35] Barreserve

Die Barreserve entfällt auf folgende Posten:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Kassenbestand	66,5	56,6
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	7,0	69,0
Barreserve	73,5	125,6

Der Kassenbestand sowie das Guthaben bei der Deutschen Bundesbank werden zum Nennwert ausgewiesen.

[36] Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Geschäftsarten und Kategorien gemäß IAS 39 wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	75,1	95,2
Termin- und Sichteinlagen	75,1	95,2
Kredite und Darlehen (LAR)	1.297,7	306,8
Kredite und Darlehen (Designated AFV)	18,4	18,8
Kredite und Darlehen	1.316,1	325,6
Sonstige Forderungen (LAR)	165,4	503,6
Sonstige Forderungen (AFS)	0,3	0,0
Sonstige Forderungen	165,7	503,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.556,9	924,4

Forderungen mit einem Buchwert von rd. 257,6 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[37] Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Geschäftsarten und darunter nach IAS 39 Kategorien wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	651,8	490,8
	651,8	490,8
Kredite und Darlehen		
Kredite und Darlehen (LAR)	7.085,0	6.583,3
	7.085,0	6.583,3
Sonstige Forderungen		
Sonstige Forderungen (LAR)	1,8	1,7
Namensschuldverschreibungen (AFS)	186,8	117,9
	188,6	119,6
Forderungen an Kunden	7.925,4	7.193,7

Forderungen mit einem Buchwert von rd. 5.876,1 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Das Bewertungsergebnis aus sonstigen Forderungen der Kategorie AFS an Kunden in Höhe von -7,1 Mio. Euro (Vorjahr -2,8 Mio. Euro) wurde der Neubewertungsrücklage zugeführt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalten die von der Stadtsparkasse Düsseldorf im Bankgeschäft ausgelegten Forderungen. Sie werden bilanziell erfasst, wenn die Zahlung an den Begünstigten erfolgt. Die Ausbuchung erfolgt bei Rückzahlung oder im Fall einer Direktabschreibung. Der Bilanzansatz von Forderungen der Kategorie LAR entspricht den fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich ggf. erforderlicher Wertberichtigungen.

Diese Wertberichtigungen zeigt die Stadtsparkasse Düsseldorf in der Bilanzposition Risikovorsorge. Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden im Geschäftsjahr Wertberichtigungen in Höhe von 60,1 Mio. Euro (Vorjahr 83,3 Mio. Euro) gebildet.

Kreditvolumen

Das Kreditvolumen des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf verteilt sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kreditinstitute	1.556,9	924,5
Forderungen an Kunden	7.925,4	7.193,7
Bürgschaften und Garantien	363,2	312,7
Gesamt	9.845,5	8.430,9

Für Bürgschaften und Garantien wurde die Methode der Nettobilanzierung nach IAS 39 gewählt. Die Betragsangabe bezieht sich in diesem Fall auf den Nominalwert der Vereinbarungen.

[38] Risikovorsorge

Erkennbaren Bonitätsrisiken wurde durch eine angemessene Risikovorsorge im Kreditgeschäft Rechnung getragen. Sie wurde durch aktivisch ausgewiesene Wertberichtigungen sowie durch Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft getroffen.

Bereits eingetretene, aber noch nicht einzeln identifizierte Kreditausfälle wurden durch Portfoliowertberichtigungen für Portfolien homogener Kreditforderungen berücksichtigt. Die Höhe dieser Risikovorsorge leitet sich aus der Inanspruchnahme der Kredite, der historischen Ausfallwahrscheinlichkeit sowie der Ausfallquote zum Zeitpunkt des Ausfalls ab. Einen weiteren Parameter stellt der Zeitraum bis zur einzelfallbezogenen Identifizierung des Ausfalls dar.

Wenn Zweifel an der Einbringlichkeit einer Forderung auftreten, wird diesen durch die Bildung einer Einzelwertberichtigung Rechnung getragen. Sofern weitere Zahlungen aus der Forderung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu erwarten sind, werden die Forderungen als uneinbringlich klassifiziert. Uneinbringliche bereits wertberichtigte Forderungen werden durch Verbrauch der Risikovorsorge ausgebucht. Wenn für eine derartige Forderung keine Einzelwertberichtigung vorliegt, wird diese direkt ergebniswirksam abgeschrieben. Direktabschreibungen werden auch dann vorgenommen, wenn die Sparkasse auf Teile einer nicht wertberichtigten Forderung verzichtet bzw. eine Forderung verkauft und der Kaufpreis niedriger ist als der Buchwert der Forderung.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

Angaben in Mio. Euro	Anfangs- bestand	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	End- bestand
Privatkundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	69,7	11,5	20,3	11,9	49,0
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	1,8	0,2	0,0	0,0	2,0
	71,5	11,7	20,3	11,9	51,0
Geschäftskundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	94,9	40,8	18,1	19,0	98,6
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	16,1	0,0	0,0	3,0	13,1
	111,0	40,8	18,1	22,0	111,7
Sonstige Kredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	40,8	7,4	2,5	20,5	25,2
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,8	0,2	0,0	0,4	0,6
	41,6	7,6	2,5	20,9	25,8
Bilanzielles Kreditgeschäft ges.	224,1	60,1	40,9	54,8	188,5
Rückstellungen (Bonitätsrisiken) für außerbilanzielle Risiken	5,1	1,7	0,0	3,3	3,5
Gesamt	229,2	61,8	40,9	58,1	192,0

Die Entwicklung des Vorjahres zeigt die folgende Abbildung:

Angaben in Mio	Anfangsbestand	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Endbestand
Privatkundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	72,4	23,7	10,9	15,5	69,7
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	2,0	0,0	0,0	0,2	1,8
	74,4	23,7	10,9	15,7	71,5
Geschäftskundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	85,4	32,6	4,6	18,5	94,9
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	17,5	0,0	0,0	1,4	16,1
	102,9	32,6	4,6	19,9	111,0
Sonstige Kredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	29,6	27,0	2,9	12,9	40,8
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8
	30,4	27,0	2,9	12,9	41,6
Bilanzielles Kreditgeschäft ges.	207,7	83,3	18,4	48,5	224,1
Rückstellungen (Bonitätsrisiken) für außerbilanzielle Risiken	6,1	0,6	0,0	1,6	5,1
Gesamt	213,8	83,9	18,4	50,1	229,2

Direkte Abschreibungen auf Forderungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) vorgenommen. Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen verzeichneten einen Betrag von 1,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro).

[39] Sicherungsderivate

Zum 31. Dezember 2007 wurden Zinsswaps mit einem aggregierten nominellen Wert von 500,0 Mio. Euro (Vorjahr: 830,0 Mio. Euro) und einem positiven Marktwert – Dirty Fair Value – von 35,1 Mio. Euro (Vorjahr: 35,2 Mio. Euro) zur Absicherung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen Emissionen im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings eingesetzt.

Der Ausweis entfällt vollständig auf Derivate, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben.

Im Geschäftsjahr sind 7 Sicherungsbeziehungen (Cashflow Hedges) mit einem aggregierten Nominalvolumen von 330,0 Mio. Euro vorzeitig aufgrund einer Managemententscheidung aufgelöst worden. Zum Zeitpunkt der Auflösung belief sich die auf diese Sicherungsbeziehungen bezogene Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals auf 25,5 Mio. Euro.

Dieser Betrag wird effektivzinskonstant über die ursprüngliche Laufzeit zu Gunsten des Zinsergebnisses aufgelöst. Im Geschäftsjahr wurde ein Betrag von 2,1 Mio. Euro erfolgswirksam erfasst.

Die zum Bilanzstichtag im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings noch abgesicherten Zahlungsströme aus variabel verzinslichen Emissionen stellen sich wie folgt dar:

lfd. Nr.	ISIN	Nominalvolumen in Mio. Euro	Kupon zum Stichtag	Referenzzins	Valuta nächster Kupon	Fälligkeit
1	DE0001363505	100	4,466%	6-M-EURIBOR	01.02.2008	12.06.2013
2	DE0008316241	150	4,822%	6-M-EURIBOR	25.03.2008	24.09.2013
3	DE000A0BM888	100	4,679%	6-M-EURIBOR	16.05.2008	16.05.2014
4	DE0001363562	150	5,018%	6-M-EURIBOR	15.06.2008	15.12.2015

Bei den lfd. Nrn. 1 und 2 handelt sich um Teilbeträge der Gesamtemission.

[40] Handelsaktiva

Finanzinstrumente, die den Handelsaktivitäten der Stadtsparkasse Düsseldorf zuzuordnen sind, weisen zum Bilanzstichtag folgenden Fair Value auf:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV - Trading)	1,1	1,2
Positive Marktwerte der Handelsderivate	36,8	28,5
Handelsaktiva	37,9	29,7

Ein wesentlicher Bestandteil des Derivategeschäfts der Stadtsparkasse Düsseldorf entfällt auf die Bereitstellung von derivativen Finanzprodukten zur Absicherung von Zinsänderungs- und sonstigen Marktpreisrisiken als Kontraktpartner für ihre Kunden.

Offene Risikopositionen aus derartigen Geschäften werden in der Regel zeitnah durch entsprechende Gegengeschäfte mit anderen Kreditinstituten geschlossen – siehe auch negative Marktwerte der Handelsderivate unter der Bilanzposition „Handelsspassiva“.

Auf Derivate mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entfällt ein Buchwert von 24,2 Mio. Euro (Dirty Fair Value).

[41] Finanzanlagen

Den Finanzanlagen sind Wertpapiere der Liquiditätsreserve, Minderheitsbeteiligungen, nicht at equity bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen sowie nicht voll konsolidierte verbundene Unternehmen zuzuordnen:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	649,2	1.253,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	1.995,6	2.287,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Designated AFV)	121,3	80,5
	2.766,1	3.621,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	425,7	381,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Designated AFV)	301,0	339,4
	726,7	720,6
Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen (AFS)	381,1	277,5
Finanzanlagen	3.873,9	4.619,6

In den Finanzanlagen sind Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 1.282,3 Mio. Euro enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Hinsichtlich der Vereinnahmung von Erträgen aus Finanzanlagen sowie ihrer Veräußerung liegen folgende Beschränkungen vor:

- Zum 31. Dezember 2007 bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 779,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.500,6 Mio. Euro). Zur Besicherung der Geschäfte wurden zu Gunsten der Deutschen Bundesbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.819,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.953,4 Mio. Euro) abgegeben.
- Zur Besicherung von Geschäften an der Eurex wurden Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 54,6 Mio. Euro verpfändet.
- Im Geschäftsjahr wurden für Finanzanlagen Wertberichtigungen in Höhe von 15,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) vorgenommen.

Unter den Finanzanlagen wird die Pflichtmitgliedschaft am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um eine Pflichtbeteiligung, die aufgrund des Sparkassengesetzes eingegangen wurde. Die Veräußerung der Einlage ist nicht möglich. Mangels anderer Klassifizierungsmöglichkeiten erfolgte eine Zuordnung zur Bewertungskategorie AFS, obwohl keine Veräußerungsmöglichkeit für die Anteile besteht. Der

Buchwert der Pflichteinlage beläuft sich auf 138,6 Mio. Euro. Aus der Pflichtmitgliedschaft steht der Sparkasse eine Vielzahl von Vorteilen, wie z.B. die Nutzung von Markenrechten, deren Wert nicht genau quantifizierbar ist, zu. Daher wurde die Pflichtmitgliedschaft mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

Daneben hält der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf Anteile an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, die aufgrund ihrer Zuordnung zur Kategorie AFS zum Fair Value anzusetzen ist. Da der Fair Value im Geschäftsjahr nicht verlässlich zu ermitteln ist, wird der bisherige beizulegende Zeitwert entsprechend IAS 39.54 als Maßstab für die neuen Anschaffungskosten angenommen. Der aus der Neubewertung in der Vergangenheit in der Neubewertungsrücklage enthaltene Betrag (10,1 Mio. Euro) verbleibt dort bis der Vermögenswert abgeht oder ggf. ein Impairment vorliegt. Eine Umbuchung dieser Neubewertungsrücklage in die GuV beim Übergang auf die Bewertung zu Anschaffungskosten kommt somit nicht in Betracht.

Insgesamt entfällt auf die Beteiligung an der RSL ein Wertansatz von 18,3 Mio. Euro.

[42] Anteile an assoziierten Unternehmen

Nachfolgend stellt die Stadtsparkasse Düsseldorf zusammenfassende Finanzinformationen für die nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen entsprechend IAS 28.37 (b) bereit:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Summe der Vermögenswerte	1.572,7	1.345,0
Summe der Verpflichtungen	1.528,7	1.268,0
Eigenkapital	44,0	77,0
Ordentliche Erträge	402,8	503,4
Jahresüberschuss	29,9	78,6

Das Geschäftsjahr der assoziierten Unternehmen entspricht demjenigen der Stadtsparkasse Düsseldorf. Für die jeweiligen Unternehmensanteile sind keine öffentlichen Kursnotierungen verfügbar. Bei drei Unternehmen übersteigt der Anteil an den Verlusten den anteiligen Beteiligungswert. Gemäß IAS 28.29 werden bei diesen assoziierten Unternehmen keine weiteren Verlustanteile erfasst. In der Bilanz wird ein Buchwert von 0,00 Euro angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein anteiliger Gewinn in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: Verlust -0,4 Mio. Euro) nicht mehr erfasst. Der kumulierte nicht erfasste anteilige Verlust beträgt -2,9 Mio. Euro (Vorjahr: -3,7 Mio. Euro).

[43] Sachanlagen

Die Buchwerte der Sachanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Grundstücke und Gebäude	64,2	68,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11,7	11,8
Sachanlagen	75,9	79,9

Im Vergleich zum Vorjahr stellen sich die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen wie folgt dar:

Mio. Euro	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- u. Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten			
Stand 01.01.2006	127,4	73,8	201,2
Zugänge	0,1	3,5	3,6
Abgänge	0,0	-4,0	-4,0
Umbuchungen	0,0	-0,6	-0,6
Stand 31.12.2006	127,5	72,7	200,2
Zugänge im lfd. Geschäftsjahr	0,2	3,7	3,9
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-2,2	-2,2
Stand 31.12.2007	127,7	74,2	201,9
Abschreibungen			
Stand 01.01.2006	55,3	56,4	111,7
Abschreibungen	4,1	4,5	8,6
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-0,1	-0,1
Stand 31.12.2006	59,4	60,8	120,2
Abschreibungen im lfd. Geschäftsjahr	4,1	3,9	8,0
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-2,2	-2,2
Stand 31.12.2007	63,5	62,5	126,0
Buchwert zum 31.12.2006	68,1	11,9	80,0
Buchwert zum 31.12.2007	64,2	11,7	75,9

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. Euro	Buchwert 01.01.2007	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2007
Grundstücke und Gebäude	68,1	0,2	0,0	0,0	4,1	64,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11,9	3,7	0,0	0,0	3,9	11,7
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	80,0	3,9	0,0	0,0	8,0	75,9

[44] Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der Buchwerte der Investment Properties dar:

	Tsd. Euro
Buchwert zum 01.01.2006	4.522
Abschreibungen	-62
Buchwert zum 31.12.2006	4.460
Abschreibungen	-62
Buchwert zum 31.12.2007	4.398

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Properties beträgt unverändert zum Vorjahr 6,0 Mio. Euro.

Aus Investment Properties wurden im Geschäftsjahr unverändert Mieterträge von 0,2 Mio. Euro erzielt. Die aus den Investment Properties erzielten Erträge sind als Erträge aus Operating-Leasing zu klassifizieren. Weitere Angaben enthält Notes-Angabe [62].

[45] Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro) entfallen ausschließlich auf erworbene EDV-Software.

Folgende Tabelle zeigt die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr:

	Mio. Euro
Anschaffungskosten zum 01.01.2006	13,0
Zugänge	1,1
Abgänge (Verkauf, Stilllegungen)	-0,1
Anschaffungskosten zum 31.12.2006	14,0
Zugänge im lfd. Geschäftsjahr	1,0
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr (Verkauf, Stilllegungen)	-0,1
Anschaffungs- oder Herstellungskosten zum 31.12.2007	14,9
Kumulierte Abschreibungen zum 01.01.2006	11,4
Abschreibungen	1,2
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2006	12,6
Abschreibungen im lfd. Geschäftsjahr	0,8
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2007	13,4
Buchwert zum 31.12.2006	1,4
Buchwert zum 31.12.2007	1,5

Wertminderungen bzw. Wertaufholungen von immateriellen Vermögenswerten werden in der GuV-Position „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ erfasst.

[46] Steueransprüche aus laufenden Steuern

Steueransprüche aus laufenden Steuern betragen im Geschäftsjahr 31,8 Mio. Euro (Vorjahr: 16,0 Mio. Euro).

[47] Steueransprüche aus latenten Steuern

Steueransprüche aus latenten Steuern wurden für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge sowie für temporäre Unterschiede zwischen den Wertansätzen der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und deren Wertansätzen nach steuerlichen Vorschriften gebildet:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Handelsspassiva	8,4	8,8
Finanzanlagen	24,5	8,9
Rückstellungen	2,5	9,7
Steuerliche Verlustvorträge	1,0	3,2
Risikovorsorge	1,4	8,2
Übrige Bilanzpositionen	40,7	19,8
Steueransprüche aus latenten Steuern	78,5	58,6
Netting	55,7	58,6
Steueransprüche aus latenten Steuern nach Netting	22,8	0,0

Die Veränderung der latenten Ertragssteueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge ist im Wesentlichen auf einen nicht mehr nutzbaren steuerlichen Verlustvortrag bei einem Tochterunternehmen zurückzuführen.

Zur Höhe und zur Veränderung der Steuerlatenzen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, verweist die Stadtsparkasse Düsseldorf auf die "Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen".

[48] Sonstige Aktiva

Die sonstigen Aktiva bestehen im Wesentlichen aus sonstigen Vermögenswerten in Höhe von 20,9 Mio. Euro (Vorjahr 22,0 Mio Euro). Hierunter befindet sich ein Baugrundstück des Umlaufvermögens (IAS 2) mit einem Buchwert von 11,7 Mio. Euro (Vorjahr 11,6 Mio. Euro). Des Weiteren werden im Geschäftsjahr 2007 erbrachte Leistungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Investmentprodukten in Höhe von 2,3 Mio. Euro (Vorjahr 2,2 Mio. Euro) gezeigt.

[49] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich wie folgt zusammen.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	1.809,8	1.531,0
	1.809,8	1.531,0
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	1.108,7	1.107,4
	1.108,7	1.107,4
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	268,2	470,4
	268,2	470,4
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	301,4	271,6
	301,4	271,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.488,1	3.380,4

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von rd. 1.586,5 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[50] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beinhaltet im Wesentlichen Spareinlagen, täglich fällige und Termineinlagen, begebene Namensschuldverschreibungen sowie aufgenommene Schuldscheindarlehen und sonstige Verbindlichkeiten. Sie gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	4.002,0	3.488,2
	4.002,0	3.488,2
Spareinlagen		
Spareinlagen (OFL)	1.786,1	1.863,4
	1.786,1	1.863,4
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	171,6	143,8
	171,6	143,8
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	113,9	147,2
	113,9	147,2
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	0,4	0,5
	0,4	0,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.074,0	5.643,1

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von rd. 278,5 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[51] Handelspassiva

Unter den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accountings nach IAS 39 eingesetzt werden, in Höhe von 27,8 Mio. Euro (Vorjahr 25,0 Mio. Euro), ausgewiesen.

Auf Derivate mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entfällt ein Buchwert von 23,7 Mio. Euro (Dirty Fair Value).

Ein wesentlicher Bestandteil des Derivategeschäfts der Stadtsparkasse Düsseldorf entfällt auf die Bereitstellung von derivativen Finanzprodukten zur Absicherung von Zinsänderungs- und sonstigen Marktpreisrisiken als Kontraktpartner für ihre Kunden.

Offene Risikopositionen aus derartigen Geschäften werden in der Regel zeitnah durch entsprechende Gegengeschäfte mit anderen Kreditinstituten geschlossen – siehe auch positive Marktwerte der Handelsderivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“.

[52] Verbriefte Verbindlichkeiten

Der Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ umfasst begebene Emissionen der Stadtsparkasse Düsseldorf, die durch eine auf den Inhaber lautende Urkunde verbrieft sind. Diese setzen sich aus Inhaberschuldverschreibungen und Inhaberpfandbriefen zusammen.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Begebene Schuldverschreibungen (OFL)		
Öffentliche Pfandbriefe	200,4	291,8
Inhaberschuldverschreibungen	2.253,2	2.161,4
	2.453,6	2.453,2
Begebene Schuldverschreibungen (Designated LFV)		
Inhaberschuldverschreibungen	19,1	19,8
	19,1	19,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.472,7	2.473,0

Begebene Schuldverschreibungen werden nominell zu Zinssätzen zwischen 1,50 % und 6,00 % (Vorjahr: 1,25 % bis 6,00 %) verzinst. In der Bilanzposition sind Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 1.844,0 Mio. Euro enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Der Rückzahlungsbetrag der zur erfolgswirksamen Fair Value Bilanzierung designierten verbrieften Verbindlichkeiten beläuft sich auf 18,0 Mio. Euro (Vorjahr: 18,0 Mio. Euro).

Inhaberschuldverschreibungen der Stadtsparkasse Düsseldorf werden als langfristige Anlageform vor allem von ihren Kunden nachgefragt.

[53] Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	30,0	37,2
Andere Rückstellungen	20,5	22,8
Rückstellungen	50,5	60,0

Der Posten Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen entfällt auf leistungsorientierte Pensionszusagen an aktive und ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene sowie weitere Pensionsempfänger. Die Höhe der Rückstellung richtet sich nach der anzuwendenden Versorgungsregelung.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen nach IAS 19 sind bestimmte versicherungsmathematische Annahmen zu treffen. Dem Auftrag für das versicherungsmathematische Gutachten durch einen externen Versicherungsmathematiker lagen folgende Annahmen zugrunde:

	31.12.2007 in %	31.12.2006 in %
Zinsfuß für die Abzinsung der Verpflichtungen	5,45	4,00
Gehalts- bzw. Anwartschaftsdynamik	2,50	2,00
Rentendynamik	1,50	2,00
Fluktuation	0,00	0,00

Im Geschäftsjahr 2007 wurde der Zinsfuß für die Bestimmung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen erstmals auf Basis des Index IBOXX Corporate Bonds bestimmt.

Der Barwert der Pensionsverpflichtung - versicherungsmathematischer Sollwert - hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 1. Januar	37,7	38,7
Zuführungen		
Laufender Dienstzeitaufwand	0,8	0,8
Zinsaufwand	1,5	1,5
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-7,1	-1,4
Effekte aus Anpassungen der Pensionszusagen	0,0	0,6
Verbrauch		
Erbrachte Pensionsleistungen	2,4	2,5
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember	30,5	37,7

Die Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen hat die Stadtparkasse Düsseldorf aus dem Barwert der Pensionsverpflichtung zum Bilanzstichtag abgeleitet:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	30,5	37,7
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0,5	0,5
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	30,0	37,2

Entsprechend der Ausübung des Wahlrechts nach IAS 19.93A erfasst die Stadtparkasse Düsseldorf versicherungsmathematische Gewinne und Verluste direkt in voller Höhe erfolgsneutral im Eigenkapital.

Angaben nach IAS 19.120A (p):

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	01.01.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	30,5	37,7	38,7
Gewinne aus erfahrungsbedingten Anpassungen der Verpflichtung	0,3	1,1	0,0
Gewinne aus der Änderung sonstiger Annahmen	6,8	0,3	0,0

Der nachfolgende Rückstellungsspiegel zeigt die Entwicklung der anderen Rückstellungen im Geschäftsjahr auf:

Mio. Euro	Stand 01.01.2007	Verbrauch	Auflösung	Zuführung/ Änderung/ Konsolidierungs- kreis	Stand 31.12.2007
Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer	16,7	2,9	0,4	2,9	16,3
Rückstellungen im außerbilanziellen Kreditgeschäft	5,1	0,0	3,3	1,7	3,5
Sonstige Rückstellungen	1,0	0,3	0,2	0,2	0,7
Gesamt	22,8	3,2	3,9	4,8	20,5

Bei den Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen und aus Beihilfezusagen.

[54] Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern

Für Steuerverpflichtungen aus laufenden Ertragsteuern wurden im Geschäftsjahr 2007 Rückstellungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,8 Mio. Euro) gebildet.

[55] Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern

Die aktiven und passiven latenten Steuern wurden saldiert. Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch auf Verrechnung von Forderungen und Verpflichtungen aus laufenden Steuern. Außerdem beziehen sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden und die gleiche steuerpflichtige Einheit betreffen.

Latente Steuerverpflichtungen entfallen auf folgende Bilanzposten:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Handelsaktiva	7,5	7,0
Sicherungsderivate	11,1	16,5
Finanzanlagen	11,1	28,3
Sachanlagen	9,0	11,3
Rückstellungen	10,2	0,5
Risikovorsorge	5,6	5,7
Übrige Bilanzpositionen	1,2	1,3
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	55,7	70,6
Netting mit den aktiven lat. Steuern	55,7	58,6
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern nach Netting	0,0	12,0

[56] Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für die eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG; damit zählen sie zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Ihre Nachrangigkeit bezieht sich auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- bzw. Liquidierungsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Erfüllung aller Ansprüche vorrangiger Gläubiger zurückgezahlt. Außerordentliche Kündigungsrechte wurden bei den nachrangigen Verbindlichkeiten nicht eingeräumt.

Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder in eine andere Schuldform ist nicht vereinbart worden. Sie sind ausschließlich der Kategorie OFL zugeordnet und werden demnach zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Nachrangige Sparkassenkapitalbriefe	102,5	108,6
Nachrangige Schuldscheindarlehen	87,1	83,0
Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen	25,3	24,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,9	216,4

Im Geschäftsjahr betrug der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 9,8 Mio. Euro (Vorjahr: 10,9 Mio. Euro).

Eine nachrangige Emission mit einem Buchwert von 23,6 Mio. Euro übersteigt 10% des Gesamtbetrags der Bilanzposition. Diese Emission ist im Geschäftsjahr 2013 fällig.

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit einer Durchschnittsverzinsung von 4,61 % (Vorjahr: 4,48 %) – bezogen auf ihren Nennwert - sowie einer ursprünglichen Laufzeit von 5 bis 11 Jahren (Vorjahr: 5 bis 11) ausgestattet. Der Bilanzausweis entfällt mit 208,1 Mio. Euro auf nachrangige Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Aufgrund der Nachrangabreden werden die hier ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 185,4 Mio. Euro (Vorjahr: 194,8 Mio. Euro) als Ergänzungskapital dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital hinzugerechnet.

[57] Sonstige Passiva

Der Posten Sonstige Passiva setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Rechnungsabgrenzungsposten	5,8	6,2
Einbehaltene Zinsabschlagsteuer	7,6	4,5
Abgegrenzte Schulden für Leistungen Dritter	37,6	5,8
Übrige sonstige Passiva	29,5	20,4
Sonstige Passiva	80,5	36,9

[58] Eigenkapital und Gewinnverwendung

Das Eigenkapital des Konzerns hat sich im Geschäftsjahr wie folgt verändert:

	31.12.2007 Mio. Euro	Veränderung	31.12.2006 Mio. Euro
Gewinnrücklagen			
Sicherheitsrücklage	727,5	52,8	674,7
Andere Gewinnrücklagen	302,2	69,2	233,0
Veränderungsrechnung			
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen		61,7	
Versicherungsmathematische Gewinne des Geschäftsjahres		7,1	
Sonstige Anpassungen		0,4	
Neubewertungsrücklagen	53,8	13,4	40,4
Konzernbilanzgewinn	71,7	-46,8	118,5
Eigenkapital	1.155,2	88,6	1.066,6

Aus dem Konzernbilanzgewinn des Vorjahres wurden 4,0 Mio. Euro an die Stadt Düsseldorf ausgeschüttet. Darüber hinaus wurden 52,8 Mio. Euro in die Sicherheitsrücklage und 61,7 Mio. Euro in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Weiterhin hat sich das Konzerneigenkapital im Geschäftsjahr durch Einbeziehung bisher als unwesentlich eingestufte assoziierter Unternehmen im Rahmen der Equity-Bewertung erfolgsneutral um 0,4 Mio. Euro erhöht.

Im Geschäftsjahr wurden versicherungsmathematische Gewinne aus der Bewertung von Pensionszusagen in Höhe von 7,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro) entsprechend IAS 19.93D direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Hinsichtlich der Veränderung der Neubewertungsrücklagen aus der erfolgsneutralen Bewertung bestimmter Sachverhalte nach den Regelungen der IFRS verweist der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf die „Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge“.

Aus dem Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine Ausschüttung entsprechend § 28 Sparkassengesetz (SpkG NW) zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf als Trägerin der Sparkasse vorgesehen. Über die Höhe entscheidet der Rat der Stadt Düsseldorf auf Vorschlag des Verwaltungsrates. Der verbleibende Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden. Diese Ausschüttung soll ebenso wie die Dotierung der Sicherheitsrücklage im Konzernabschluss nachvollzogen werden. Der Teil des Konzernjahresüberschusses, der weder ausgeschüttet noch in die Sicherheitsrücklage eingestellt wurde, wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Sonstige Angaben

[59] Risikomanagement

Effiziente Risikomanagementsysteme sind eine unabdingbare Voraussetzung für den Geschäftserfolg der Stadtsparkasse Düsseldorf. Die Verfahren zur Bewertung, Steuerung und Überwachung der aus Finanzinstrumenten resultierenden Risikoexposition der Stadtsparkasse Düsseldorf einschließlich des Reportings an die verantwortlichen Gremien wurden bereits im Risikobericht als Bestandteil des Lageberichts erläutert.

In diesem Abschnitt bereitet die Stadtsparkasse Düsseldorf weitere Informationen auf, die eine Beurteilung der Bonität ihres Forderungsportfolios bzw. der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente ermöglichen.

Ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente schließen sämtliche Transaktionen ein, bei denen Verluste entstehen können, weil ein Geschäftspartner des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Berechnung des nachfolgend angegebenen Bruttobetrag der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente erfolgt ohne die Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten oder sonstigen risikomindernden Vereinbarungen und stellt damit das maximale Ausfallrisiko des Konzerns dar.

Gebildete Einzelwertberichtigungen wurden jeweils von den Buchwerten abgesetzt. Soweit nicht anders angegeben, wurden Stückzinsen bei der Ermittlung der dargestellten Werte – wie auch bei den nachfolgenden Tabellen in diesem Abschnitt – nicht berücksichtigt.

	Bruttobetrag der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Kredite und Forderungen (LAR)	9.207,0	7.827,1
Kredite und Forderungen (AFS)	186,2	117,2
Kredite und Forderungen (AFV)	18,3	18,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	639,6	1.246,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	1.958,5	2.245,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV)	121,3	80,3
Investments in Fondsanteile (AFS)	557,1	406,9
Derivate	65,6	62,7
Zwischensumme	12.753,6	12.004,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen	445,3	398,4
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie sonstige finanzielle Verpflichtungen	608,9	525,1
Gesamt	13.807,8	12.927,8

Die o. a. Investments in Fondsanteile enthalten u. a. Investments in Vermögensmassen, die kreditnahe Strukturen enthalten.

Durch die Angabe des Bruttobetrags der ausfallrisikobehafteten Kredite und Forderungen (LAR) wird das tatsächliche Ausfallrisiko des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf bezeichnet. Insbesondere für Kredite und Forderungen gegenüber Kunden bestehen risikomindernde Sicherheiten vorwiegend in Form von Grundpfandrechten sowie Sicherungsübertragungen, Forderungsabtretungen, Bürgschaften sowie sonstige Sicherheiten. Die Besicherungsquote im Kundenkreditgeschäft (Inanspruchnahmen und Kreditzusagen) gemäß den Vorschriften der Beleihungsgrundsätze für Sparkassen beträgt 38 Prozent.

Zur Risikoklassifizierung ihres Forderungsportfolios verwendet die Stadtsparkasse das DSGVO-Standard-Rating für Forderungen und andere Fremdkapitalinstrumente. Die den Ratingstufen zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeiten werden im Risikobericht dargelegt.

Eine Gliederung der nicht einzelwertberichtigten Forderungen, sonstigen Fremdkapitaltitel sowie Derivate entsprechend der Risikoklassifizierung gem. DSGVO-Rating zeigt die konservative Auswahl der Kreditnehmer bzw. Kontrahenten der Stadtsparkasse Düsseldorf.

	Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden		Finanzanlagen und Handelsaktiva	
		31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Ratingklasse 1	<= 0,09%	851,9	245,2	873,9	1.430,5
Ratingklasse 2	<= 0,12%	131,6	79,5	25,6	3,5
Ratingklasse 3	<= 0,17%	142,2	178,1	3,7	2,3
Ratingklasse 4	<= 0,30%	305,7	170,4	7,5	3,8
Ratingklasse 5	<= 0,40%	337,3	305,3	5,0	3,0
Ratingklasse 6	<= 0,60%	211,9	248,5	0,9	0,5
Ratingklasse 7	<= 0,90%	415,8	215,7	0,4	0,0
Ratingklasse 8	<= 1,30%	191,1	131,7	0,2	0,4
Ratingklasse 9	<= 2,00%	166,8	227,3	1,2	0,0
Ratingklasse 10	<= 3,00%	101,7	147,2	0,0	0,0
Ratingklasse 11	<= 4,40%	36,8	57,5	0,6	0,0
Ratingklasse 12	<= 6,70%	29,8	31,5	0,5	0,0
Ratingklasse 13	<= 10,00%	71,0	95,2	0,0	0,0
Ratingklasse 14	<= 15,00%	2,6	29,1	0,0	0,0
Ratingklasse 15	<= 20,00%	15,0	7,4	0,0	0,0
Nicht geratet	-;-	5.964,9	5.526,4	77,5	61,5
Gesamt		8.976,1	7.696,0	997,0	1.505,5

Zum Zwecke der internen Risikobetrachtung wird der Gesamtbestand der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden in Teilportfolien mit unterschiedlichem Risikogehalt aufgeteilt. Hiernach unterscheidet die Stadtsparkasse Düsseldorf zwischen den Teilportfolien Unter-

nehmen, Privatkunden, Kommunen, Kreditinstitute und Sonstige. Ihr risikorelevantes Kreditgeschäft betreibt sie vor allem im Teilportfolio Unternehmen, für das eine vollständige Ratingdurchdringung ab einem Forderungsvolumen von Tsd. 100 Euro umgesetzt wurde. Für weitere Teilportfolien werden Ratingverfahren ab dem Geschäftsjahr 2008 entsprechend ihrem Risikogehalt sukzessive eingeführt.

Das Volumen der nicht gerateten Forderungen bezieht sich im Wesentlichen auf einwandfreie Adressen wie Banken und Kommunen und auf kleinteiliges Mengenkreditgeschäft mit Privatkunden, das sowohl hinreichend besichert als auch diversifiziert ist.

Soweit auf ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente trotz eines bestehenden Zahlungsverzugs noch keine Wertberichtigungen zu bilden waren, sind diese in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	Ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente mit Zahlungsverzug	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Kontokorrentkredite (LAR)		
3 Monate oder weniger	27,5	41,5
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	37,0	32,3
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	28,1	32,0
Mehr als 12 Monate	87,0	68,5
Sonstige Kredite (LAR)		
3 Monate oder weniger	33,2	24,3
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	4,4	6,5
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	4,0	3,8
Mehr als 12 Monate	3,2	1,9
Gesamt		
3 Monate oder weniger	60,7	65,8
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	41,4	38,8
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	32,1	35,8
Mehr als 12 Monate	90,2	70,4

Unter Abwägung von Nutzen und Kosten wurde auf die Ermittlung des Wertes der für diese Forderungen bestehenden Sicherheiten verzichtet.

Sofern für ausfallrisikobehaftete Forderungen aufgrund der Bonität der Kontrahenten Konditionen oder Tilgungspläne neu verhandelt wurden (Restrukturierungen), hat die Stadtsparkasse Düsseldorf das Ausfallrisiko durch Einzelwertberichtigungen ausreichend abgesichert. Restrukturierte Finanzinstrumente ohne Wertberichtigung bestehen in der Regel nicht.

Zum Bilanzstichtag eingetretene Verluste wurden bilanziell durch die Dotierung einer Einzelwertberichtigung oder durch eine Direktabschreibung berücksichtigt. Bei der Bemessung der Risikovorsorge werden die geschätzten zukünftigen Cashflows aus der Verwertung von Sicherheiten barwertig angesetzt.

Nachfolgend stellt der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf Angaben zu finanziellen Vermögenswerten, die zum Abschlussstichtag als wertgemindert identifiziert wurden, dar:

	Wertberichtigte Finanzinstrumente					
	fortgef. AK vor Wertberichtigung		Risikovorsorge / Rückstellungen im Kreditgeschäft		Barwert bestehender Sicherheiten	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kunden (LAR)	230,6	272,8	172,8	205,4	133,8	177,8
Finanzanlagen						
Schuldverschreibungen (AFS)	15,1	0,0	15,1	0,0	0,0	0,0
Aktien, andere nichtfestverz. Wertpapiere (AFS)	0,0	0,4	0,0	0,2	0,0	0,0
Summe Finanzanlagen	15,1	0,4	15,1	0,2	0,0	0,0
Zwischensumme:	245,7	273,2	187,9	205,6	133,8	177,8
Finanzgarantien, Unwiderr. Kreditzusagen	5,6	7,8	3,5	5,1	0,3	0,5
Gesamt	251,3	281,0	191,4	210,7	134,1	178,3

Zusätzliche Angaben zur Nettozuführung zur Risikovorsorge unter Angabe der Kreditnehmerbranchen enthalten die Erläuterungen zur Bilanzposition „Risikovorsorge“.

Hinsichtlich der Faktoren, die der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf als objektive Hinweise auf ein Impairment heranzieht, wird auf Notes-Angabe [11] verwiesen.

Adressenausfallrisiken bestehen bei der Sparkasse im Wesentlichen in Form von Kreditrisiken aus dem originären Kreditgeschäft sowie in Form von Emittenten- bzw. Kontrahentenrisiken aus dem Wertpapier- und Derivategeschäft. Eine Aufgliederung nach wirtschaftlich nicht selbständigen und sonstigen Privatpersonen, öffentlichen Haushalten und Unternehmen sowie Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Privatpersonen – hier nach Branchen – zeigt folgende Ausfallrisikokonzentrationen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Wirtschaftlich nicht selbständige Personen	2.681,6	2.625,7
Öffentliche Haushalte	1.221,1	953,5
Kreditinstitute	3.135,0	3.402,0
Wirtschaftlich selbständige Personen und Unternehmen		
Land- und Forstwirtschaft	28,8	27,1
Energie- und Wasserversorgung	36,5	52,3
Verarbeitendes Gewerbe	401,9	340,2
Baugewerbe	158,1	148,0
Handel	400,5	401,1
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	217,8	208,6
Versicherungsgewerbe	1.634,7	1.324,3
Dienstleistungen	3.057,5	2.935,6
Sonstige	123,1	105,3
	6.058,9	5.542,5
Gesamt	13.096,6	12.523,7

Bestehende Ausfallrisikokonzentrationen im traditionellen Kreditgeschäft aufgrund des Regionalprinzips begegnet die Stadtsparkasse Düsseldorf durch Limitsysteme sowie durch eine Diversifizierung bei den Eigenanlagen.

[60] Kapitalmanagement

Ziel des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf ist die Sicherstellung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Konzernstrategie, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite sowie die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen.

Das zur Abschirmung der Risiken aus ihren geschäftlichen Aktivitäten zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial hat die Stadtsparkasse Düsseldorf bis zum Geschäftsjahr 2007 im Wesentlichen wertorientiert bestimmt. Hierbei verfolgte sie einen Nettoansatz, bei dem neben dem wirtschaftlichen Eigenkapital (Sicherheitsrücklage sowie Vorsorgereserven nach dem deutschen Handelsrecht) nicht realisierte Erträge und Korrekturposten für erwartete

Verluste und Aufwendungen sowie Provisionserträge des Folgejahres berücksichtigt werden. Während die wertorientierte Bestimmung des Risikodeckungspotenzials die eigentliche Steuerungsgröße darstellt, besteht die strenge Nebenbedingung in der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.

Das bisherige Verfahren wurde für 2008 so überarbeitet, dass die Risikotragfähigkeit zukünftig differenziert aus wertorientierter Sicht, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten gesteuert wird. Dabei bildet die wertorientierte Sichtweise für die Stadtsparkasse Düsseldorf das primäre Regelwerk, während die GuV- und die regulatorische Sichtweise jeweils als Nebenbedingungen fungieren.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf befolgt die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht aufgestellten Basler Eigenkapitalanforderungen sowie die mit der Solvabilitätsverordnung zum 01. Januar 2007 in deutsches Recht umgesetzten Richtlinien (Capital Requirements Directive) des Europäischen Rates.

Nach der Solvabilitätsverordnung (SoIV) sind Institute verpflichtet, ihre Adress-, Marktpreis- und operationellen Risiken zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Danach muss das Verhältnis zwischen den Eigenmitteln und den Eigenmittelanforderungen 8 Prozent betragen. Die Eigenmittel setzen sich zusammen aus dem haftenden Eigenkapital, bestehend aus Kern- und Ergänzungskapital.

Derzeit werden die Eigenmittel noch auf der Basis der Einzelabschlüsse der Konzerngesellschaften noch nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften ermittelt.

Das Kernkapital der Sparkasse entspricht im Wesentlichen der Sicherheitsrücklage. Das Ergänzungskapital setzt sich aus den langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, den nicht realisierten Reserven in Wertpapieren sowie den stillen Vorsorgereserven nach § 340f HGB zusammen. Letztere Position wurde nach den IFRS zu Gunsten der Gewinnrücklage der Sparkasse aufgelöst.

Nachstehend wird das aufsichtsrechtliche Eigenkapital aus dem bilanziellen Eigenkapital hergeleitet:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Bilanzielles Eigenkapital nach IFRS	1.155,2	1.066,6
abzgl. Konzerngewinn	71,7	118,5
abzgl. Neubewertungsrücklagen	53,8	40,4
abzgl. aufsichtsrechtlicher Abzugsposten	1,4	1,3
Bilanzielles Eigenkapital nach Anpassungen	1.028,3	906,4
davon aufsichtsrechtliches Kernkapital	689,9	637,1
davon Ergänzungskapital (Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB)	131,5	149,5
Zwischensumme a):	821,4	786,6
Übrige aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbestandteile:		
Als Ergänzungskapital anerkannte nachrangige Verbindlichkeiten	185,4	194,8
Nicht realisierte Reserven in Wertpapieren	49,3	0
Zwischensumme b):	234,7	194,8
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital gesamt a)+b)	1.056,1	981,4

Die Mindestkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurden von der Stadtsparkasse Düsseldorf erfüllt.

[61] Eventualschulden und andere Verpflichtungen

Eventualschulden beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen – zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages jedoch nicht wahrscheinlichen – Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

Bei den Eventualschulden und anderen Verpflichtungen des Konzerns der Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verpflichtungen, die sowohl aus bereit gestellten Bürgschaften als auch aus gegenüber Kunden getroffenen, jedoch noch nicht abgerufenen Kreditzusagen resultieren.

Die Betragsangaben repräsentieren mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung der Kreditzusagen sowie bei Inanspruchnahme des Konzerns aus den Bürgschaften.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Eventualschulden		
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	363,2	312,7
	363,2	312,7
andere Verpflichtungen		
Verpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen	445,3	398,4
Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,0	0,7
	445,3	399,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	245,7	212,4
Gesamt	1.054,2	924,2

Bürgschaften sowie Kreditzusagen unterliegen einer eingehenden Bonitätsprüfung im Rahmen der Kreditentscheidungsprozesse. Gemäß ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen hat die Stadtsparkasse Düsseldorf die Möglichkeit, Kreditzusagen bei einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung der Kreditnehmer bis zur Auszahlung zu widerrufen.

[62] Angaben zu Leasingverhältnissen

Leasingverhältnisse der Stadtsparkasse Düsseldorf werden nach einem systematischen Verfahren danach klassifiziert, ob es sich bei den Vertragsverhältnissen um Finanzierungsleasing- oder Operating-Leasingverhältnisse handelt. Dabei handelt es sich ausschließlich um solche Verträge, die die Sparkasse als Leasingnehmer kontrahiert.

Aus zum Bilanzstichtag bestehenden Operating-Leasingverhältnissen – Konzern als Leasingnehmer - entstehen in den nachfolgenden Perioden noch die nachstehenden Mindestleasingzahlungen:

	31.12.2007 Tsd. Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	6.918	7.024
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	15.949	21.024
Über 5 Jahre	3.768	19.079
Gesamt	26.635	47.127

Bei den betreffenden Leasingverhältnissen handelt sich im Wesentlichen um

- angemietete Immobilien, in denen Geschäftsstellen betrieben werden,
- geleaste Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich der Fahrzeuge der Geschäftsleitung sowie
- gemietete Sicherheitseinrichtungen und geleastes IT-Equipment.

Aus zum Bilanzstichtag bestehenden Operating-Leasingverhältnissen erhält der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf in den nachfolgenden Perioden folgende Mindestleasingzahlungen:

	31.12.2007 Tsd. Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	260	272
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	0	28
Über 5 Jahre	0	0
Gesamt	260	300

Die Leasingverhältnisse entfallen ausschließlich auf fremdvermietete Immobilien. Der Konzern hat Mietverträge sowohl mit festen Grundmietzeiträumen als auch mit unbestimmten Laufzeiten abgeschlossen. Die in 2007 ausgelaufenen Leasingverhältnisse wurden als unbefristete Verträge mit Kündigungsfristen bis zu zwölf Monaten weitergeführt. Bei den unbefristeten Verträgen werden nur die Mindestleasingzahlungen erfasst, die innerhalb des unkündbaren Zeitraums, das heißt innerhalb der Kündigungsfrist, erwartet werden.

[63] Restlaufzeitengliederung für finanzielle Verpflichtungen

Die vertragliche Restlaufzeit für finanzielle Verpflichtungen wird als Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der vertraglich vereinbarten Fälligkeit der Verbindlichkeit oder von Teilzahlungsbeträgen definiert. Verpflichtungen mit unbestimmter Laufzeit wurden dem ersten Laufzeitband zugeordnet. Teilzahlungsbeträge bedeuten neben Tilgungen auch vertragliche Fälligkeiten von Zinszahlungen. Zur Bestimmung der Cashflows aus variabel verzinslichen Verpflichtungen wurden die Spot Rates zum Bilanzstichtag verwendet.

	31.12.2007 Mio . Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Bis 1 Monat	1.806,9	30,4
1 bis 3 Monate	36,5	1.609,2
3 Monate bis 1 Jahr	114,3	115,4
1 Jahr bis zu 5 Jahren	639,8	391,7
Mehr als 5 Jahre	1.450,6	1.209,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Bis 1 Monat	3.742,0	2.849,8
1 bis 3 Monate	1.839,0	2.338,5
3 Monate bis 1 Jahr	162,2	230,0
1 Jahr bis zu 5 Jahren	314,2	112,9
Mehr als 5 Jahre	160,3	80,9
Handelsspassiva		
Bis 1 Monat	0,0	-0,4
1 bis 3 Monate	0,1	3,6
3 Monate bis 1 Jahr	-1,4	2,3
1 Jahr bis zu 5 Jahren	13,4	4,3
Mehr als 5 Jahre	7,3	-3,0
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Bis 1 Monat	0,0	46,0
1 bis 3 Monate	57,5	14,8
3 Monate bis 1 Jahr	583,1	476,7
1 Jahr bis zu 5 Jahren	738,5	855,0
Mehr als 5 Jahre	1.476,1	1.505,2
Nachrangige Verbindlichkeiten		
Bis 1 Monat	0,8	2,7
1 bis 3 Monate	1,7	1,8
3 Monate bis 1 Jahr	8,3	17,3
1 Jahr bis zu 5 Jahren	140,7	131,0
Mehr als 5 Jahre	105,1	110,2

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden enthalten die Vorjahreswerte noch Angaben nach dem deutschen Handelsrecht.

Die Cashflows aus Handelsspassiva beziehen sich ausschließlich auf Derivate, die zum Bilanzstichtag einen negativen Fair Value aufweisen und nicht Gegenstand von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 sind.

[64] Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Soweit Finanzinstrumente nicht bereits zum Fair Value bilanziert werden, wird ihr Marktwert den für die Bilanzierung maßgeblichen fortgeführten Anschaffungskosten gegenübergestellt.

	31.12.2007	
	Buchwert	Marktwert
	Mio. Euro	Mio. Euro
Finanzielle Vermögenswerte		
Forderungen an Kunden / Forderungen an Kreditinstitute (LAR)	9.282	9.417
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	640	633
Summe	9.922	10.050
Finanzielle Verbindlichkeiten		
Spar- und Einlagengeschäft (OFL)	9.799	9.772
Begebene Schuldverschreibungen (OFL)	2.446	2.440
Summe	12.245	12.212

Bei Finanzinstrumenten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr wird ihr Buchwert als hinreichender Schätzer für den Marktwert angesehen. In diesem Fall wird auf eine gesonderte Berechnung des Marktwertes verzichtet.

Bei den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten die angegebenen Fair Values auch den Barwert der Kosten- bzw. Gewinnmarge. Soweit der Fair Value die Anschaffungskosten aus diesem Grund übersteigt (bei finanziellen Vermögenswerten) bzw. unterschreitet (bei finanziellen Verbindlichkeiten), wird die Differenz nicht unmittelbar, sondern als Bestandteil der Zinszahlungen über die Laufzeit vereinnahmt.

[65] Angaben nach IFRS 7.28

Wie bereits in Notes-Angabe [11] beschrieben, bestimmt die Sparkasse Düsseldorf den Fair Value von Finanzinstrumenten, welche nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, entweder auf Basis der Preisfindung anderer beobachtbarer aktueller Markttransaktionen oder aber mittels marktüblicher Bewertungsmethoden. Die Bewertung anhand von Bewertungsmethoden auf der Basis von Marktparametern trifft insbesondere auf sog. OTC-Derivate zu.

Gemäß IAS 39 entspricht der Fair Value von Finanzinstrumenten grundsätzlich dem Transaktionspreis. Bei nach IAS 39.AG76A nicht direkt bei Zugang erfolgswirksam zu erfassenden Abweichungen zwischen Transaktionspreis und Fair Value erfolgt eine Verteilung über die Restlaufzeit der betreffenden Instrumente.

Die Abweichungen, die noch nicht in der Gewinn- und Verlustrechnungen realisiert worden sind, setzen sich wie folgt zusammen:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag zu Beginn der Periode	6,2	5,8
Zugänge durch Neugeschäft	2,3	1,5
Im Geschäftsjahr anteilig vereinnahmte Unterschiedsbeträge	2,7	1,1
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag am Ende der Periode	5,8	6,2

[66] Nettoergebnis je Bewertungskategorie nach IAS 39

Aus den einzelnen Bewertungskategorien von Finanzinstrumenten ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Loans and Receivables (LAR)	492,6	417,3
Other Financial Liabilities (OFL)	-388,6	-315,2
Available for Sale (AFS)	71,1	66,7
davon erfolgsneutrales Ergebnis	-8,0	-38,5
davon erfolgswirksames Ergebnis	79,1	105,2
Held for Trading (AFV/LFV - Trading)	-13,0	-1,9
Designated as at Fair Value (AFV/LFV - Designation)	21,3	54,9

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt unabhängig von Art und Funktion der Finanzinstrumente entsprechend ihrer Zuordnung zu den Bewertungskategorien nach IAS 39. Dabei werden alle Ergebniskomponenten – bestehend aus dem Zins-, dem Veräußerungs- sowie dem Bewertungsergebnis – einbezogen.

Die Gewinne und Verluste der Kategorie AFS im Berichtszeitraum, die direkt im Eigenkapital verbucht wurden sowie dem Eigenkapital entnommene und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Beträge, enthält die Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge.

[67] Wertpapierpensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr war die Stadtparkasse Düsseldorf zum Bilanzstichtag weder als Pensionsnehmerin noch als -geberin Vertragspartnerin von Wertpapierpensionsgeschäften.

[68] Wertpapierleihegeschäfte

Entsprechend dem Vorjahresstichtag wurden Wertpapierleihegeschäfte zum 31. Dezember 2007 nicht unterhalten.

[69] Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Vermögenswerte wurden im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapiergeschäften an der EUREX / CCP, Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten übertragen.

Nach Bilanzpositionen gliedern sich die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden	460,9	100,3
Finanzanlagen	2.005,7	2.136,3
Gesamt	2.466,6	2.236,6

Vermögenswerte mit einem Buchwert von 232,1 Mio. Euro (Vorjahr: 219,1 Mio. Euro) wurden gemäß dem Pfandbriefgesetz als Deckungsmasse für begebene öffentliche und Hypothekenpfandbriefe in einem Sperrdepot hinterlegt.

Für Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank wurden Sicherheiten mit einem Buchwert von 2.169,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.953,4 Mio. Euro) gestellt.

In Pfanddepots bei der Clearstream Banking AG sowie der dwpbank waren zum Bilanzstichtag Wertpapiere mit einem Buchwert von 64,6 Mio. Euro (Vorjahr: 64,2 Mio. Euro) als Sicherheit für Geschäfte an der Eurex / CCP verwahrt.

[70] Pfandbriefemission / Deckungsrechnungen

Der Konzern hat in 2003 einen öffentlichen Pfandbrief nach „altem“ Pfandbriefgesetz mit einem Nominalwert von 100,0 Mio. Euro platziert. Darüber hinaus wurde in 2006 nach „neuem“ Pfandbriefgesetz ein öffentlicher Pfandbrief über 100,0 Mio. Euro und in 2007 ein Hypothekendarbrief über 25 Mio. Euro platziert.

Die Deckungsrechnungen stellen sich zum 31.12.2007 wie folgt dar:		
Öffentlicher Pfandbrief (nach „altem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in TEuro	Barwert in TEuro gem. PfandBarwertV
Ordentliche Deckung: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	93.980	99.707
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	16.949	17.270
Ersatzdeckung: Forderungen an Kreditinstitute	3.000	3.000
Deckungswerte insgesamt:	113.929	119.977
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	99.583
Überdeckung:	13.929	20.394
Öffentlicher Pfandbrief (nach „neuem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in TEuro	Barwert in TEuro gem. PfandBarwertV
Ordentliche Deckung: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere gegenüber regionalen Gebietskörperschaften.	112.680	118.697
Deckungswerte insgesamt:	112.680	118.697
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	98.914
Überdeckung:	12.680	19.783
Risikobarwert: gem. PfandBarwertV	Öffentl. Pfandbrief	Deckungswerte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	94.639	113.567
Verschiebung um – 250 Basispunkte	103.494	124.193
Hypothekendarbrief (nach „neuem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in TEuro	Barwert in TEuro gem. PfandBarwertV
Ordentliche Deckung: Forderungen an Kunden (grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen)	94.363	95.121
Ersatzdeckung: Forderungen an Kreditinstitute	1.880	1.994
Deckungswerte insgesamt:	96.243	97.115
Summe des deckungspflichtigen Hypothekendarbriefes	25.000	25.131
Überdeckung:	71.243	71.984
Risikobarwert: gem. PfandBarwertV	Hypothekendarbrief	Deckungswerte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	22.714	88.373
Verschiebung um – 250 Basispunkte	27.891	107.390

[71] Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Transaktionen mit nahe stehenden Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet. Keines dieser Geschäfte ist oder war für den Konzern wesentlich.

Der Umfang der getätigten Geschäfte stellte sich wie folgt dar:

Tochterunternehmen	31.12.2007	31.12.2006
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Aktivpositionen		
Forderungen gegenüber Kunden	9.132,1	12.219,3
Passivpositionen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	189,3	78,7

at equity konsolidierte Unternehmen	31.12.2007	31.12.2006
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Aktivpositionen		
Forderungen gegenüber Kunden	23.091,2	27.850,9
Passivpositionen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.271,7	9.229,1

Mitglieder des Managements sowie sonstige nahe stehende Personen	31.12.2007	31.12.2006
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Aktivpositionen		
Forderungen gegenüber Kunden	7.693,4	7.489,0
Passivpositionen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.466,0	3.341,5

Herr Humme (damaliger Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Düsseldorf und Aufsichtsratsmitglied der CORPUS Immobiliengruppe GmbH & Co. KG) hat im Jahr 2006 eine Immobilie von einer Tochtergesellschaft der CORPUS Immobiliengruppe (Kaufpreis 650 Tsd. Euro) erworben.

[72] Bezüge und Kredite der Organe sowie der nahe stehenden Personen

Die Gesamtbezüge der Organmitglieder und der Mitglieder des Managements sowie der sonstigen nahe stehenden Personen im Jahr 2006 gliedern sich wie folgt:

	Vorstand	Frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene	Verwaltungsrat
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
Gesamtbezüge für Organtätigkeiten	1.753,0	1.504,6	180,9
Vergütungen für Tätigkeiten in Organen von Tochtergesellschaften	1,3	-	-
Vorschüsse und Kredite	1.139,2	-	4.378,2

Für das Jahr 2007 stellen sich die Werte wie folgt dar:

	Vorstand	Frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene	Verwaltungsrat
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
Gesamtbezüge für Organtätigkeiten	1.726,9	1.403,0	213,9
Vergütungen für Tätigkeiten in Organen von Tochtergesellschaften	1,1	-	-
Vorschüsse und Kredite	1.424,6	-	4.231,2

Die Gesamtbezüge des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf im Jahr 2007 setzen sich aus 1,5 Mio. Euro Festbezügen und 0,3 Mio. Euro variabler Vergütung zusammen.


Mitglieder des Vorstandes sowie Mitglieder des Managements erhielten für ihre Aufsichtsrats- bzw. Geschäftsführerfunktionen bei den assoziierten Unternehmen des Konzerns 109,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 45,6 Tsd. Euro) an Vergütungen.

[73] Anteilsbesitzliste

Konzern Stadtparkasse Düsseldorf per 31.12.2007

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20%:

I. Unmittelbare Beteiligungen

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen
		v. H.	I			
⊚Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	40212 Düsseldorf	100,00	6.900.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	30,00	1.180.500,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	weitere 20 % werden mittelbar über die  KBIG gehalten
SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG	40225 Düsseldorf	25,99	2.594.800,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	22,63	11.143.363,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	Angabe wegen 'Unmittelbarer Beteiligung' von 22,63% - gesamte Beteiligung beträgt 25,00%
Düsseldorf Business School GmbH an der Heinrich-Heine-Universität	40593 Düsseldorf	22,12	50.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung

II. Special Purpose Entities (SPE's) / Einzweckgesellschaften

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen
		v. H.	I			
SSKD INKA Master A, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	190.532.397,10	SPE	Vollkonsolidierung	
SSKD INKA Master B, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	216.999.889,74	SPE	Vollkonsolidierung	
SSKD INKA Master C, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	100.000.000,00	SPE	Vollkonsolidierung	
AGI-Fonds SSKD-A, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	60329 Frankfurt am Main	100,00	82.464.393,59	SPE	Vollkonsolidierung	
AGI-Fonds SSKD-A, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	60329 Frankfurt am Main	100,00	139.009.977,23	SPE	Vollkonsolidierung	

III. Mittelbare Beteiligungen

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen*
		v. H.	I			
- vermittelt über ≙ Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH						
Equity Partners GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
≙Online-Service Düsseldorf GmbH	40549 Düsseldorf	100,00	51.129,19	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit ≙KEBG
≙Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	40212 Düsseldorf	100,00	785.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit ≙KEBG
≙Finanz-Services Düsseldorf GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	51.129,19	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit ≙KEBG
Kreditserviceagentur Rheinland GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	25.000,00	Tochterunternehmen	nicht einbezogen	Gründung in 2004; von untergeordneter Bedeutung
BDV Broadcaststudio Düsseldorf Vermietungsgesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	25.564,59	Tochterunternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
Engel AG	42327 Wuppertal	70,00	583.350,00	Tochterunternehmen	nicht einbezogen	Jahresabschluss 2000; keine Einbeziehung wegen Entherrschungsvertrag
Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG	40225 Düsseldorf	54,53	50.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Sirius Seedfonds Düsseldorf Verwaltungs GmbH	40225 Düsseldorf	50,00	12.500,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
ecobill Gesellschaft für Abrechnungstechnik mbH	47807 Krefeld	35,71	75.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	Jahresabschluss 2004; von untergeordneter Bedeutung
Corpus Immobiliengruppe Beteiligungs GmbH	50931 Köln	25,00	7.500,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
WestFactoring GmbH	44137 Dortmund	25,00	35.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Ideenkapital Media Finance AG	40212 Düsseldorf	24,60	12.300,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	20,00	787.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	2,37	1.164.329,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	auf Konzernebene einbezogen (insg. 25 %)

- vermittelt über Equity Partners GmbH							
Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung		
NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	40212 Düsseldorf	43,80	10.950,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
MRV Multi Reverse Vending GmbH	40215 Düsseldorf	43,57	29.650,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen		Jahresabschluss 2004; von untergeordneter Bedeutung
Trapo AG	48712 Gescher	33,33	700.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
Traporal GmbH	48712 Gescher	33,33	85.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen		von untergeordneter Bedeutung
SPL electronics GmbH	41372 Niederkrüchten	27,00	8.100,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
- vermittelt über Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH							
Golf-Forum Grafenberg Verwaltungs-GmbH	40629 Düsseldorf	48,97	50.100,00	Tochterunternehmen	nicht einbezogen		von untergeordneter Bedeutung; Tochter aufgrund Option auf weitere Anteile
PACVision AG	41179 M' gladbach	30,00	22.500,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
- vermittelt über Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH							
Büropark Brüsseler Straße GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	50.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung		
Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf GmbH	40589 Düsseldorf	50,00	25.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH	40878 Ratingen	50,00	50.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen		von untergeordneter Bedeutung

¹ Unternehmen werden wegen untergeordneter Bedeutung nicht einbezogen, wenn ihr Jahresergebnis, ihr Eigenkapital oder ihre Bilanzsumme weniger als 1 % des Jahresergebnisses, Eigenkapitals oder der Bilanzsumme des Konzerns Sparkasse (unmittelbare Beteiligungen) bzw. des Konzerns Immobilien-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH (mittelbare Beteiligungen) beträgt (s. Notes Tz. 8).

[74] Patronatserklärungen

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat für die nachfolgend aufgeführten Tochtergesellschaften eine Patronatserklärung abgegeben, in der sie sich verpflichtet, abgesehen vom Fall eines politischen Risikos, dafür Sorge zu tragen, dass diese ihre Verpflichtungen erfüllen.

Name	Sitz
Š-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf
Š-Online Service Düsseldorf GmbH	Düsseldorf
Š-Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf
Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH	Ratingen

[75] Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2007	2006
Vollzeitbeschäftigte	1.463	1.440
Teilzeit- und Ultimokräfte	518	521
	1.981	1.961
Auszubildende	76	76
Gesamt	2.057	2.037

[76] Abschlussprüferhonorare

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, ist gemäß § 27 Abs. 2 und § 38 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Stadtsparkasse Düsseldorf; sie ist auch Konzernabschlussprüfer. Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

	31.12.2007 Tsd. Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
a) für die Abschlussprüfung	495	479
b) für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	27	0
c) für sonstige Leistungen	0	0
Gesamt	522	479

[77] Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Joachim Erwin,
Oberbürgermeister

Mitglieder

Gudrun Hock,
Bürgermeisterin, Beigeordnete a.D.
1. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds

Dirk Elbers,
Bürgermeister, Rentmeister
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Friedrich G. Conzen,
Selbständiger Einzelhandelskaufmann

Bernd Hebbering,
Tätigkeit in Aufsichtsräten

Helga Leibauer,
Hausfrau

Dr. Ulrich Müller, (bis 13.12.2007)
Wissenschaftlicher Angestellter

Günter Bosbach, (ab 14.12.2007)
Pensionierter Kriminalhauptkommissar

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig

Wolfgang Scheffler,
Lehrer

Ursula Schiefer,
Hausfrau

Ursula Schlösser,
Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen

Günter Wurm,
Dipl. Verwaltungswirt, Beamter

Stellvertreter

Annette Steller,
Geschäftsführerin der SPD-Ratsfraktion

Harald Wachter,
Selbständiger Unternehmensberater

Hildegard Kempkes,
Lehrerin a.D.

Olaf Lehne,
Rechtsanwalt

Petra Kammerevert,
Dipl. Sozialwissenschaftlerin

Karl-Heinz Göbel,
Betriebsschlosser

Thomas Nicolin,
Kfm. Leiter

Günter Karen-Jungen,
Verwaltungsangestellter im Vorruhestand

Dr. Alexander Fils,
Kunstverleger

Wally Hengsberger,
Sekretärin

Karl-Josef Keil,
Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt
Düsseldorf a.D.

Arbeitnehmervertreter (Mitarbeiter/-innen der Stadtsparkasse Düsseldorf)

Mitglieder	Stellvertreter
Sandra Enenkel	Petra Sassenhausen
Frank Hinrichs	Bodo Plata
Herbert Kleber	Rudi Petruschke
Silvia Kusel	Bettina Braun-Thul
Wilfried Preisendörfer	Detlef Schnierer
Axel Roscher	Gerd Lindemann

[78] Vorstand

Heinz-Martin Humme	Vorsitzender (bis 26.02.2008)
Bernd Eversmann	
Peter Fröhlich	Mitglied (bis 26.02.2008) Vorsitzender (ab 27.02.2008 bis 30.09.2008)
Karl-Heinz Stiegemann	Mitglied (bis 26.02.2008)
Thomas Boots	Stellvertreter gemäß § 18 Abs. 2 SpkG (ab 01.03.2008)

Bilanzzeit

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.


Düsseldorf, 29. April 2008
Der Vorstand



Fröhlich
Vorsitzender



Eversmann
Mitglied



Boots
stv. Mitglied

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Stadtparkasse Düsseldorf aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Stadtparkasse Düsseldorf. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 30. April 2008

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Engel

Wirtschaftsprüfer

Tiemann

Wirtschaftsprüfer



Stadtsparkasse
Düsseldorf

Gegründet 1825

IFRS-Konzernbericht 2008 der Stadtsparkasse Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband angeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht	1
A. Darstellung der Geschäftsentwicklung	1
B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
C. Nachtragsbericht	20
D. Risikobericht	21
E. Prognosebericht	46
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	50
Konzernbilanz.....	51
Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen.....	52
Kapitalflussrechnung	54
Konzernanhang (Notes)	57
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	57
[1] Angaben zum Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf	57
[2] Grundlagen der Rechnungslegung.....	57
[3] Entsprechenserklärung mit den IFRS.....	58
[4] Angewandte IFRS	59
[5] Angaben nach IAS 8.....	60
[6] Konsolidierungsgrundsätze	62
[7] Konsolidierungskreis	63
[8] Unternehmenszusammenschlüsse im Berichtsjahr.....	64
[9] Rechnungslegungsannahmen und Schätzungen.....	64
[10] Finanzinstrumente	66
[11] Angaben nach IFRS 7	77
[12] Ertragsrealisierung	77
[13] Währungsumrechnung	78
[14] Immaterielle Vermögenswerte.....	78
[15] Sachanlagen.....	79
[16] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.....	80
[17] Leasinggeschäft	80
[18] Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen.....	81
[19] Sonstige Rückstellungen	83
[20] Finanzgarantien.....	84

[21] Nachrangige Verbindlichkeiten.....	84
[22] Ertragsteuern.....	84
[23] Fremdkapitalkosten	85
Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	86
[24] Zinsüberschuss	86
[25] Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	87
[26] Provisionsüberschuss.....	88
[27] Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften.....	88
[28] Handelsergebnis.....	89
[29] Finanzanlageergebnis	90
[30] Ergebnis aus assoziierten Unternehmen.....	91
[31] Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	92
[32] Sonstige betriebliche Erträge	93
[33] Sonstige betriebliche Aufwendungen	93
[34] Steueraufwand / 2007: Steuerertrag	93
Segmentberichterstattung.....	96
Erläuterungen zur Konzern Bilanz	106
[35] Barreserve	106
[36] Forderungen an Kreditinstitute	106
[37] Forderungen an Kunden.....	107
[38] Kreditvolumen.....	108
[39] Risikovorsorge.....	108
[40] Sicherungsderivate.....	111
[41] Handelsaktiva	111
[42] Langfristige, zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	112
[43] Finanzanlagen	113
[44] Anteile an assoziierten Unternehmen.....	115
[45] Sachanlagen.....	116
[46] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.....	117
[47] Immaterielle Vermögenswerte.....	118
[48] Steueransprüche aus laufenden Steuern	118
[49] Steueransprüche aus latenten Steuern	119
[50] Sonstige Aktiva	120
[51] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	120
[52] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	121
[53] Handelspassiva	121

[54] Verbriefte Verbindlichkeiten.....	122
[55] Rückstellungen	123
[56] Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	125
[57] Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	126
[58] Nachrangige Verbindlichkeiten.....	126
[59] Sonstige Passiva	127
[60] Eigenkapitalveränderungsrechnung	128
Sonstige Angaben.....	129
[61] Risikomanagement.....	129
[62] Kapitalmanagement.....	135
[63] Eventualschulden und andere Verpflichtungen	137
[64] Angaben zu Leasingverhältnissen.....	138
[65] Restlaufzeitengliederung für finanzielle Verpflichtungen	139
[66] Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten.....	140
[67] Angaben nach IFRS 7.28	141
[68] Nettoergebnis je Bewertungskategorie nach IAS 39	142
[69] Wertpapierpensionsgeschäfte	142
[70] Wertpapierleihegeschäfte.....	142
[71] Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte	143
[72] Deckungsrechnungen für Pfandbriefemissionen.....	143
[73] Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Personen und Unternehmen	145
[74] Anteilsbesitzliste	146
[75] Patronatserklärungen	150
[76] Beschäftigte Mitarbeiter	150
[77] Abschlussprüferhonorare	150
[78] Verwaltungsrat.....	151
[79] Vorstand	152
[80] Bezüge und Kredite der Organe sowie der nahe stehenden Personen	153
Bilanzeid.....	154
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	155

Konzernlagebericht

A. Darstellung der Geschäftsentwicklung

Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2008

Ein ausgeprägter Konjunkturumschwung hat die deutsche Wirtschaft in 2008 geprägt. Im ersten Quartal ist das Wachstum mit 1,5 % gegenüber dem Vorquartal noch überraschend hoch ausgefallen. Sonderfaktoren sind hierfür ausschlaggebend. Im zweiten Quartal ist die günstige Lage schlagartig umgekehrt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist um 0,5 % geschrumpft, im dritten Quartal um 0,5 %, die letzten drei Monate verzeichnen einen deutlichen Einbruch von 2,1 %. Nach der gängigen Definition befindet sich die deutsche Wirtschaft damit in einer Rezession.

Für das Gesamtjahr 2008 ergibt sich ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 %. Es liegt damit deutlich niedriger als in den beiden Jahren zuvor, aber über dem Niveau der Jahre 2001 bis 2005. Der signifikante Rückgang des Wirtschaftswachstums ist die Folge der weltweiten Finanzkrise, die ihren Ursprung in der Subprime-Krise in den USA im Sommer 2007 genommen hat. Im Laufe des Jahres 2008 hat sich die Finanzkrise verschärft und nahezu alle Volkswirtschaften weltweit erfasst.

Spiegelbildlich zur wirtschaftlichen Entwicklung ist die Teuerungsrate verlaufen. Im Jahresdurchschnitt sind die Preise zwar um 2,6 % gestiegen, jedoch hat sich der Auftrieb seit der Jahresmitte deutlich abgeschwächt. Ursache sowohl für den Preisanstieg in der ersten Jahreshälfte wie auch für die folgende Beruhigung ist ganz wesentlich die Preisentwicklung bei Heizöl, Kraftstoffen sowie bei einigen Nahrungsmitteln.

Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in 2008 so gut wie seit langer Zeit nicht mehr. Erst gegen Jahresende zeigt sich eine Trendumkehr. Die Arbeitslosigkeit hat sich von November auf Dezember saisonbereinigt um 18.000 erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2008 sind bundesweit 3.268.000 Menschen ohne Arbeit, mehr als eine halbe Million weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote hat sich im Jahresdurchschnitt auf 7,8 % eingestellt.

Die Konjunktorentwicklung in Düsseldorf und in der Region dokumentieren die Berichte der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer Düsseldorf und der Düsseldorfer Unternehmerschaft eindrucksvoll. Noch zu Jahresbeginn sind die von den Verbänden befragten Unternehmen mit positiven Geschäftserwartungen gestartet. Diese Haltung hat sich in den folgenden Monaten angesichts rückläufiger Auftragseingänge und Umsätze geändert. In Erwartung einer nachlassenden Nachfrage disponieren die regionalen Unternehmen ihre Investitionen vorsichtiger, wie die IHK-Umfrage vom Spätsommer 2008 zeigt. Steigende Unternehmensinsolvenzen im zweiten Halbjahr 2008 weisen außerdem darauf hin, dass das Konjunkturklima sich im Jahresverlauf deutlich eingetrübt hat.

Auf dem Arbeitsmarkt in Düsseldorf hat die nachlassende Wirtschaftsdynamik ebenfalls ihre Spuren hinterlassen. Noch bis zum Sommer hat die Zahl der Stellenangebote über der des Jahres 2007 gelegen, danach sind offene Stellen in geringerem Umfang gemeldet worden. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote Ende des Jahres mit 9,1 % um 0,6 %-Punkte unter der des Jahres 2007. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist mit rd. 480.000 nach dem Jahr 1992 auf den zweithöchsten Wert in den letzten 30 Jahren gestiegen.

Branchensituation

Die Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten haben in 2008 das globale Finanzsystem schwer belastet. Am 7. September 2008 hat die US-Regierung die beiden Immobilienfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae verstaatlicht, um sie vor der Insolvenz zu bewahren. Die Kosten der Rettung für beide Banken werden mit bis zu 300 Mrd. US-Dollar veranschlagt. Das Eingreifen der US-Regierung hat das Vertrauen in die Solidität des amerikanischen Bankensystems aber nicht wieder herstellen können. Nur acht Tage später hat eine der weltgrößten Investmentbanken, die New Yorker Lehman Brothers, Gläubigerschutz beantragen müssen und damit eine weitere Zuspitzung der Weltfinanzkrise ausgelöst. Als Folge dieser Erschütterungen ist der Interbankengeldmarkt fast zum Erliegen gekommen; mit erheblichen Liquiditätshilfen haben die großen Zentralbanken der Welt die Geschäftsbanken versorgt. Seit Oktober 2008 legen außerdem viele Regierungen milliardenschwere Rettungspakete auf, um das Finanzsystem wieder zu stabilisieren.

Der massive Eingriff der Staaten in ihre nationale Kreditwirtschaft sorgt zwar an den Kapitalmärkten für Beruhigung, ohne aber die Krise überwinden zu können.

Bereits am 29. September 2008 musste die Bundesregierung gemeinsam mit Banken den Münchener Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate retten. Durch Refinanzierungsschwierigkeiten ihrer irischen Tochter Depfa-Bank plc ist die Hypo Real Estate in eine Schieflage geraten. Mitte Oktober beschloss die Bundesregierung ihr Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Garantien von maximal 400 Mrd. Euro sollen dafür sorgen, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Kreditwirtschaft wieder herzustellen. Für Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen hat die Bundesregierung weitere 80 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Verwaltet werden die Mittel von dem eigens gegründeten Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten nehmen verschiedene Privat- und Landesbanken Mittel aus dem Sonderfonds in Anspruch.

Im Zuge der Finanzmarktkrise und des damit verbundenen Vertrauensverlustes in große Privatbanken haben im Herbst 2008 insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken zahlreiche neue Kunden gewonnen.

Geschäftliche Entwicklung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf

Unter Berücksichtigung der Branchenentwicklung blickt der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf ein schwieriges Geschäftsjahr zurück. Die Stadtsparkasse Düsseldorf als Konzernmutter und wesentliches Konzernunternehmen hat zwar im operativen Geschäft ihre starke Wettbewerbsposition am Bankenplatz Düsseldorf behauptet. Gleichzeitig haben die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu starken Belastungen bei der Bewertung der Finanzanlagen geführt. Dies drückt sich neben einer deutlichen Reduzierung der Neubewertungsrücklagen auch in erfolgswirksamen Wertberichtigungen (Impairment) von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale (AFS) aus. Auch die zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designierten Aktienportfolien sind von deutlichen Wertverlusten in Folge der Finanzmarktkrise betroffen.

Insbesondere nach dem Fall der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers und des auch in Deutschland wachsenden Vertrauensverlustes weiter Bevölkerungskreise in die Stabilität des Bankensystems, hat die Stadtsparkasse Düsseldorf deutliche Einlagenzuflüsse registriert.

Die Ergebnisentwicklung im Berichtszeitraum ist stark beeinflusst von der flachen Zinsstrukturkurve, die nur in begrenztem Umfang Fristentransformationserlöse zugelassen hat.

Im Frühjahr 2008 haben der Vorstand und der Verwaltungsrat eine deutliche Strategieänderung der Geschäftsausrichtung beschlossen. In den vergangenen Jahren hat die Stadtsparkasse Düsseldorf verstärkt das Kapitalmarktgeschäft und das Geschäft mit Großkunden ausgebaut. Damit sind größere Ausfallrisiken und volatile Erträge verbunden. Seit Mitte des Jahres 2008 steht das traditionelle Sparkassengeschäft mit Privatkunden und dem gewerblichen Mittelstand in der Region wieder im Mittelpunkt, während das Kapitalmarktgeschäft deutlich begrenzt wird. Mit dieser Fokussierung besteht die Zielsetzung, nachhaltige Erträge bei geringeren Risiken zu erwirtschaften. In diesem Zusammenhang werden ab dem Geschäftsjahr 2009 auch die über eine Tochtergesellschaft getätigten Investments in Private Equity Sondervermögen begrenzt.

Als Folge dieses Strategiewechsels hat sich die Bilanzsumme in 2008 um 9,0 % auf 12.323 Mio. Euro (Vorjahr: 13.536 Mio. Euro) verringert. Insbesondere das Interbankengeschäft ist rückläufig; der Kreditbestand an Kunden hat sich um 1,9 % auf 8.123 Mio. Euro (Vorjahr: 8.284 Mio. Euro) reduziert. Eine Bestandsreduktion sowie Bewertungseffekte bei Aktienportfolien und Investmentfondsanteilen sind u.a. verantwortlich für den Rückgang der Finanzanlagen um 630 Mio. Euro auf 3.244 Mio. Euro.

Geschäftsentwicklung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro	Veränderungen Mio. Euro in %	
Bilanzsumme	12.323	13.536	- 1.213	- 9,0
Kredite an Kunden	8.123	8.284	- 161	- 1,9
Risikovorsorge (inkl. Rückstellungen für Eventualschulden)	-226	-192	- 34	+ 17,7
Finanzanlagen	3.244	3.874	- 630	- 16,3
Kundeneinlagen ohne Nachrangkapital	7.047	6.967	+ 80	+ 1,1
Eigenkapital	922	1.123	- 201	- 17,9
davon: Bilanzgewinn	0	40	- 40	- 100,0
Mitarbeiter	2.235	2.213	+ 22	

Der Rückgang des Konzerneigenkapitals ist im Wesentlichen auf den Ausgleich des Konzernjahresfehlbetrags i.H.v. rd. 153 Mio. Euro durch Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zurückzuführen.

Kreditgeschäft

Das Kreditneugeschäft hat sich im Berichtsjahr erfreulich entwickelt. Insgesamt hat die Stadtsparkasse Düsseldorf neue Kredite in Höhe von 1,87 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,56 Mrd. Euro) zugesagt. Im Firmenkundengeschäft ist das hohe Zusagevolumen des Jahres 2007 mit 1,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,12 Mrd. Euro) wieder erreicht worden. Besonders erfreulich ist die hohe Zahl von neu vergebenen Investitionsdarlehen und Leasingfinanzierungen. In der Öffentlichkeit wird unter dem Schlagwort „Kreditklemme“ oft vermeintlich die restriktive Kreditvergabe an Unternehmen durch Banken beklagt. Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat diesen Weg nicht beschritten. Unternehmen, die die Finanzierung wirtschaftlich tragbarer Projekte nachfragen, erhalten die erforderlichen Mittel.


Das Kreditgeschäft mit Privatkunden hat sich in 2008 ungefähr auf Vorjahresniveau behauptet. Ein wesentlicher Bestandteil ist das Wohnungsbaugeschäft; hier sind Kredite in Höhe von 420 Mio. Euro (Vorjahr: 441 Mio. Euro) neu ausgeliehen worden. Deutliche Zuwächse sind bei den Konsumentendarlehen zu verzeichnen; hier sind neue Mittel über 102 Mio. Euro (Vorjahr: 67 Mio. Euro) vergeben worden. Bedingt durch Rückflüsse bei Schuldschein- und Kommunaldarlehen ist das Kreditvolumen mit 1,9 % leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr.


Kreditvolumen des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro	Veränderungen Mio. Euro in %	
Forderungen an Kunden	7.781	7.921	- 140	- 1,8
Eventualforderungen	342	363	- 21	- 5,8
Kredite an Kunden gesamt	8.123	8.284	- 161	- 1,9


Beteiligungen


Das Beteiligungsgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf ist sowohl direkt als auch indirekt (gehalten über die 100 %-ige Tochter S^2 -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH (S^2 KBG)) organisiert. Die S^2 KBG nimmt als Holding der Stadtsparkasse Düsseldorf vor allem Überwachungsaufgaben (Risikocontrolling) wahr und berichtet dem Vorstand und dem Zentralbereich Betriebswirtschaft.

Im Geschäftsjahr 2008 ist das Volumen der Beteiligungen, nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie nicht at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen mit 381,4 Mio. Euro (Vorjahr: 381,1 Mio. Euro) nahezu unverändert geblieben.

Wesentliche Direktbeteiligungen bestehen in Anteilen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband ö. K. – RSGV (Buchwert 138,6 Mio. Euro), an der RW Holding AG (Buchwert 25,8 Mio. Euro) sowie an der Landesbank Berlin Holding AG (über die Erwerbsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH & Co. KG (Buchwert 47,8 Mio. Euro)). Nach Einbrechen der Aktienmärkte aufgrund der Finanzmarktkrise hat sich der Fair Value der Anteile an der RW Holding um 13,1 Mio. Euro zu Lasten der Neubewertungsrücklage reduziert. Insgesamt ist ein Rückgang der Neubewertungsrücklagen für Beteiligungen von 55,6 Mio. Euro auf 34,2 Mio. Euro zu verzeichnen gewesen.

Die Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften der KBG üben ihre Tätigkeiten in den drei Geschäftsbereichen Beteiligungen, Immobilien und Near Banking aus. Gemessen nach Vermögenswerten erreicht der Bereich Beteiligungen einen Anteil von 72 % (Vorjahr: 74 %), der Bereich Immobilien einen Anteil von 22 % (Vorjahr: 20 %) sowie der Bereich Near Banking eine Quote von 6 % (Vorjahr: 6 %).

Wie im Vorjahr sind im Geschäftsjahr 2008 neu investierte Mittel weitestgehend der Equity Partners GmbH (EP), einer 100 %igen Tochter der KBG, zur Verfügung gestellt worden.

Die Entwicklung der beiden wesentlichen Geschäftsbereiche der KBG wird im Folgenden dargestellt.

Geschäftsbereich Beteiligungen

Der Geschäftsbereich Beteiligungen umfasst Unternehmensbeteiligungen und Investments in Vermögensmassen (Private Equity Fondsinvestments).

Die Entwicklung im Portfolio der Direktbeteiligungen hat sich von der weltweiten Wirtschaftskrise nicht abkoppeln können. Zwei Unternehmen haben Insolvenz angemeldet; auch im übrigen Portfolio sind Wertberichtigungen erforderlich. Einem sehr erfreulichen Veräußerungsgewinn i.H.v. rd. 11,6 Mio. Euro stehen Abschreibungen auf Direktinvestments i.H.v. rd. 11,6 Mio. Euro gegenüber.



Im Fondsgeschäft sind im abgelaufenen Jahr zwölf neue Investments mit einem Zeichnungsvolumen i.H.v. 95,3 Mio. Euro neu eingegangen worden. Damit ergibt sich ein mit dem Stichtagskurs umgerechnetes Zusagevolumen von insgesamt 481,8 Mio. Euro, das auf 55 Private Equity Anlageprogramme verteilt ist. Die einzelnen Zeichnungen erfolgen im Wesentlichen in Euro und US-Dollar. Der Fair Value der Fondsinvestments hat sich zum 31.12.2008 um 18,3 Mio. Euro auf 135,8 Mio. Euro erhöht. Dabei sind aufgrund der Finanzmarktkrise im Fondsgeschäft vorgenommene Abschreibungen auf die Investments (Impairment) i.H.v. 21,9 Mio. Euro berücksichtigt. Ausschlaggebend hierfür sind im Wesentlichen nicht realisierte Wertminderungen in den Fonds.

Aus dem Fondsgeschäft sind im Berichtszeitraum 10,5 Mio. Euro an Gewinnausschüttungen zugeflossen. Aufgrund der Anwendung der Regelungen nach IAS 28, wonach Erträge nur unter bestimmten Voraussetzungen phasengleich erfolgswirksam zu erfassen sind, sind davon 5,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro) im Berichtszeitraum ertragswirksam vereinnahmt worden. Von den in 2007 nach der Anwendung der Regelungen nach IAS 28 als Verbindlichkeit erfassten 7,8 Mio. Euro sind in 2008 rd. 5,8 Mio. Euro erfolgswirksam erfasst worden. Der verbleibende Betrag hat zu einer Minderung der Anschaffungskosten der betreffenden Investments geführt.

Insgesamt hat sich das Ergebnis des Geschäftsbereichs vor Steuern auf minus 14,8 Mio. Euro (Vorjahr: plus 0,4 Mio. Euro) verringert.

Zum Bilanzstichtag bestehen offene Einzahlungsverpflichtungen in Private Equity Fonds i.H.v. 279 Mio. Euro.

Geschäftsbereich Immobilien

Die -Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH (IBG) hält als Holdinggesellschaft für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf Beteiligungen im Bereich der Immobilienwirtschaft. Bei den Beteiligungsgesellschaften handelt es sich in der Regel um Projektgesellschaften, die nur für einen definierten Zeitraum gehalten werden sollen.

Nachdem Anfang 2008 ein bereits abgeschlossener Kaufvertrag für ein Grundstück aufgelöst werden musste, da der Erwerber infolge der Finanzkrise die Projektfinanzierung nicht mehr darstellen konnte, hat sich eine Projektgesellschaft innerhalb des Konzernverbundes gezwungen gesehen, nach neuen Käufern zu suchen. Die nach dem geltenden Recht vorzu-

nehmende europaweite Bekanntmachung des Objektes hat bisher nur eine verhaltene Resonanz ergeben. Am Ende verbleibt nur ein ernsthafter Interessent, mit dem die laufenden Verkaufsverhandlungen nahezu abgeschlossen sind.

Das Ergebnis vor Steuern für den Geschäftsbereich Immobilien beträgt minus 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) – jeweils nach Konsolidierung – und ist mit 0,7 Mio. Euro im Wesentlichen durch Abschreibungen auf den Wertansatz des o.g. Grundstückes zurückzuführen.

Die steuerlichen Erträge belaufen sich auf 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: rd. 1,5 Mio. Euro Aufwendungen) und sind im Wesentlichen verursacht durch die Nutzung von steuerlichen Verlustvorträgen.

Einlagengeschäft

Im Geschäftsjahr 2008 sind die Kundeneinlagen um 1,1 % auf 7.047 Mio. Euro (Vorjahr: 6.967 Mio. Euro) gestiegen. Während in der ersten Jahreshälfte die Einlagenseite von Abflüssen betroffen war, ist seit der Verschärfung der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 der Zufluss von Kundengeldern wieder angewachsen. Konstant zeigen sich die Spareinlagen mit 1.786 Mio. Euro.

Die rege Nachfrage nach Termineinlagen mit einem Zuwachs von 211 Mio. Euro wird durch den Rückgang der Sichteinlagen teilweise kompensiert. Insgesamt steigt der Bestand der Termin- und Sichteinlagen um 140 Mio. Euro. Aufgrund der Zinsentwicklung werden kurzfristige Anlageformen stärker nachgefragt. Gleichzeitig reduzieren sich die verbrieften Verbindlichkeiten um 58 Mio. Euro.

Einlagengeschäft Kundeneinlagen ohne Nachrangkapital	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro	Veränderungen Mio. Euro in %	
Spareinlagen	1.786	1.786	0	0,0
Sicht- und Termineinlagen	4.142	4.002	140	3,5
verbrieftete Verbindlichkeiten	835	893	-58	-6,5
Sonstige	284	286	-2	-0,7
	7.047	6.967	80	1,1

Wertpapierkommissionsgeschäft

Erfreuliches Wachstum im Wertpapierkommissionsgeschäft: Der Gesamtumsatz beträgt 2.617 Mio. Euro; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 595 Mio. Euro oder 29 %. Im Unterschied zu 2007 übersteigen die Ankäufe mit rd. 100 Mio. Euro die Verkäufe. Angesichts der rasanten Talfahrt an den internationalen Börsen haben Kunden im Jahresverlauf Aktienbestände abgebaut. Seit der Verschärfung der Finanzmarktkrise im Laufe des Jahres haben sie verstärkt sichere Anlagen gesucht und vermehrt in festverzinsliche Wertpapiere investiert.

Die Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 hat Kunden bewogen, ihr Wertpapierdepot neu zu strukturieren. Als Folge sind Investmentfonds rege nachgefragt worden.

Umsatzentwicklung Wertpapierkommissionsgeschäft	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro	Veränderung in %
Festverzinsliche Wertpapiere	691	257	168,9
Aktien	796	864	-7,9
Investmentfonds	1.130	901	25,4
Gesamtumsatz	2.617	2.022	29,4

Wichtige Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Stadtsparkasse Düsseldorf unterzieht sich zusätzlich zu dem Gruppenrating (Floor-Rating), das den Verband der öffentlich-rechtlichen Banken insgesamt bewertet, jährlich einem externen, individuellen Ratingverfahren.

Erstmals wurde durch Moody's im Februar 2005 das Emittenten-Rating der Stadtsparkasse Düsseldorf mit Aa3 bewertet und 2006 bestätigt. In 2007 hat Moody's die Bewertung des Emittenten-Ratings um zwei Stufen auf Aa1 heraufgesetzt. Dieses hervorragende Ratingergebnis ist im Jahr 2008 von Moody's bestätigt worden.

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf hat in einer Sondersitzung am 27. Februar 2008 folgende Beschlüsse entsprechend § 14 (2) SpkG NW a. F. in Verbindung mit § 18 (2) SpkG NW a. F. gefasst:

- Herr Heinz-Martin Humme wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes abberufen.
- Herr Karl-Heinz Stiegemann wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied des Vorstandes abberufen. Das mit Herrn Stiegemann bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.
- Herr Peter Fröhlich wird mit sofortiger Wirkung gem. § 14 (2) SpkG NW a. F. bis zum 30. September 2008 zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen.

Aufgrund einer Ermächtigung des Verwaltungsrates hat der Hauptausschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf in seiner Sitzung am 31. März 2008 entsprechend § 14 (2) SpkG NW a. F. beschlossen, das mit Herrn Heinz-Martin Humme bestehende Dienstverhältnis fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen.

Herr Thomas Boots ist mit Wirkung zum 1. März 2008 als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes gem. § 18 (2) SpkG NW a. F. für 5 Jahre bestellt.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 26. Juni 2008 gem. § 14 (2) SpkG NW a. F. Herrn Peter Fröhlich mit sofortiger Wirkung für die Zeit seines laufenden Vorstandsvertrages zum vorsitzenden Mitglied des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf berufen.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 26. September 2008 gem. § 14 (2) SpkG NW a. F. Frau Karin-Brigitte Göbel und Frau Dr. Birgit Roos zu Mitgliedern des Vorstandes mit Wirkung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von fünf Jahren bestellt.

Personalbericht

Das Geschäftsjahr 2008 hat, auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten an den Finanzmärkten, hohe Anforderungen an die Mitarbeiter der Stadtsparkasse Düsseldorf gestellt. Besonders im persönlichen Kontakt mit ihren Kunden, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation zunehmend verunsichert waren, haben sie ein hohes Maß an Kompetenz und Engagement bewiesen. Sie prägen das Bild der Sparkasse entscheidend.

Verantwortungsbewusste, kompetente und engagierte Mitarbeiter sind eine der wesentlichen Grundlagen des unternehmerischen Erfolges der Stadtsparkasse Düsseldorf. Aus diesem Grund spielen Aus- und Weiterbildung eine wichtige Rolle – als Investition in eine erfolgreiche Zukunft der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Neben den umfangreichen Qualifizierungsmaßnahmen der Sparkassenorganisation werden Programme externer Einrichtungen genutzt; vor allem aber greift die Stadtsparkasse auf eine Vielzahl der hausinternen Fortbildungsmaßnahmen zurück. Denn die Entwicklung von Fach- und Führungskräften ist als eine zentrale Aufgabe im Geschäftsjahr 2008 konsequent fortgesetzt worden.

Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor in der beruflichen Erstausbildung, die die Stadtsparkasse Düsseldorf nahezu mit einer Verdoppelung ihrer Ausbildungsstellen im Berufsbild Bankkauffrau/-mann auf 60 Plätze hat steigern können. Mit Einführung des dualen Bachelor Studiums reagiert die Sparkasse auf die inzwischen fest etablierten Studiengänge im Markt.

Ein fester Bestandteil der Erstausbildung ist auch in 2008 die Aktion „Blaumann statt Bankerdress“, bei der die Auszubildenden des Unternehmens eine Woche eine handwerkliche Tätigkeit ausüben und damit ein soziales Projekt unterstützen. So wird das Verständnis des öffentlich-rechtlichen Auftrages, gemeinwohl-orientiert zu handeln, schon frühzeitig an die Nachwuchskräfte vermittelt.

Die Leistungskultur des Unternehmens zu fördern, ist weiterhin die vorrangige Zielsetzung. Führungskräften bietet die Stadtsparkasse Düsseldorf mit dem in 2007 eingeführten Füh-

rungsführerschein eine individuelle Weiterführung der Qualifizierung und fördert das unternehmerische Denken und Handeln, Kommunikations- und Informationsverhalten sowie Führungskompetenz. Letztere bedeutet vor allem die Fähigkeit, im Team gemeinsam die individuell gesetzten Leistungsziele zu erreichen.

Darüber hinaus leisten zahlreiche Vertriebs- und Teamtrainings einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Qualität und Effizienz, vor allem fördern sie die Stärkung des internen Leistungsversprechens jedes einzelnen Mitarbeiters. Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf die fachlichen Veränderungen wie auch auf die Turbulenzen an den Finanzmärkten. Attraktive Arbeitszeitmodelle hat die Stadtsparkasse Düsseldorf weiterentwickelt, um den Kundenbedürfnissen im Vertrieb noch besser entsprechen zu können.

Wie bereits in den vergangenen Jahren sind Instrumente der internen Stellenausschreibung sowie der regelmäßigen Mitarbeitergespräche umfänglich eingesetzt worden. Die nach wie vor geringe Fluktuation sowie die gestiegene Bindung der Beschäftigten an das Unternehmen bestärken die Zielsetzung, die mitarbeiterorientierte Unternehmensführung weiter zu entwickeln.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Mitbestimmungsgremium hat die Stadtsparkasse Düsseldorf fortgesetzt und die erforderlichen Veränderungen einvernehmlich umgesetzt.

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Beschäftigten sowie dem Personalrat für die geleistete engagierte Arbeit.

2008 in Zahlen

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber im Wirtschaftsraum der Landeshauptstadt von NRW: Die hohe Anzahl qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse ist ein sichtbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung für die Region.

Zum 31. Dezember 2008 beschäftigt der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf insgesamt 2.235 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.213), darunter 1.565 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr: 1.570), 560 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr: 553) und 110 Auszubildende (Vorjahr: 90).

141 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in der Arbeits- oder Freizeitphase der Altersteilzeit, weitere 8 haben einen Altersteilzeitvertrag, der nach dem 31. Dezember 2008 beginnt, abgeschlossen.

50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse Düsseldorf haben 2008 auf eine 25-jährige Beschäftigungszeit zurückblicken können. 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihr 40-jähriges Jubiläum gefeiert. Im Zusammenhang mit einer Fluktuationsquote von nur 1,93 % dokumentiert dies die hohe Betriebstreue.

In 2008 hat der Konzern 134 (davon 57 Auszubildende) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt (Vorjahr: 89, davon 33 Auszubildende).

Herausragende Entwicklungen in 2008

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt es auch weiterhin zu ermöglichen. Neben dem Betriebskindergarten, bei dem die Stadtsparkasse Düsseldorf mit Kindertagesstätten in Düsseldorf kooperiert, und dem Familienservice können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich wie fachlich entfalten. Die im Jahr 2007 vom Vorstand beschlossene Dienstvereinbarung „Teilzeit“ ist auch in 2008 stark angenommen worden. Sie hat wesentlich zur Realisierung von gleichzeitig privaten Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie von betrieblichen Interessen der Stadtsparkasse und ihren Kunden beigetragen.

Ein Hauptaugenmerk der personellen Betreuung hat in 2008 im Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen gelegen. Mit der Durchführung von Gesundheitszirkeln, in der Arbeitssituationen in einzelnen Einheiten betrachtet werden, möchte die Stadtsparkasse Düsseldorf die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz weiter erhöhen. Die Inbetriebnahme von Entspannungsräumen und -maßnahmen unterstreicht einmal mehr das Verantwortungsbeusstsein der Stadtsparkasse Düsseldorf für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Nach Ausgleich des Konzernjahresfehlbetrages in Höhe von 153 Mio. Euro durch Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen (Vorjahr: Konzernjahresüberschuss von 40 Mio. Euro) verbleiben Gewinnrücklagen in Höhe von 903 Mio. Euro; davon eine Sicherheitsrücklage in Höhe von 728 Mio. Euro. Unter Einbeziehung der Neubewertungsrücklage von rd. 19 Mio. Euro beträgt das Konzerneigenkapital 922 Mio. Euro (Vorjahr: 1.123 Mio. Euro).

Mit der Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung SolvV) sind die vorgegebenen europäischen Mindesteigenkapitalstandards der Baseler Eigenmittelempfehlung (Basel II) in nationales Recht umgesetzt worden. Die Bestimmungen der SolvV sind im Sinne einer verstärkt risikoorientierten Betrachtungsweise an moderne Standards angepasst worden und führen zu einer risikogerechteren Eigenmittelunterlegung. Danach müssen die Institute ihre Adressrisiken, ihr operationelles Risiko sowie ihre Marktpreisrisiken quantifizieren und mit Eigenmitteln unterlegen. Die geforderte Gesamtkapitalquote beträgt mindestens 8 %.

Die per 31.12.2008 erhobene Relation der Eigenmittel der Institutsgruppe Stadtsparkasse Düsseldorf zu den Risiken liegt bei 12,0 % (Vorjahr: 12,3 %) und damit deutlich über dem geforderten Mindestwert von 8 %. Die Veränderung der Eigenkapitalauslastung resultiert in erster Linie aus der Zuführung des Bilanzgewinnes 2007 in die Gewinnrücklagen sowie aus dem in Folge der Finanzmarktkrise zu verzeichnenden Rückgang nicht realisierter Reserven in notierten Wertpapieren beim Ergänzungskapital. Die Kapitalbasis für eine weitere Geschäftsausweitung zur Liquiditäts- und Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft ist unverändert gegeben.

Die Institutsgruppe Stadtsparkasse Düsseldorf hat die Eigenkapitalanforderungen nach Solvabilitätsverordnung (SolvV) jederzeit eingehalten. Im Laufe des Jahres bewegte sich die Auslastung in einer Bandbreite zwischen 12,0 % und 12,4 %.

Unter Berücksichtigung des Ausgleichs des Konzernjahresfehlbetrages 2008 sowie eines in Folge der angespannten Wirtschaftslage stagnierenden Kreditgeschäftes rechnet die Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2009 mit einer rückläufigen Eigenkapitalquote.

Die Forderungen an Kunden stellen mit 63 % nach wie vor den bedeutendsten Einzelposten auf der Aktivseite der Konzernbilanz dar (Vorjahr 58 %). Der Anteil der Finanzanlagen (Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Beteiligungen) liegt mit 26 % leicht unter dem Vorjahreswert von 29 %, u.a. bedingt durch erfolgswirksame Kurswertverluste sowie eine erfolgsneutrale Reduktion der Neubewertungsrücklagen für Finanzinstrumente der Kategorie AFS in Folge der Finanzmarktkrise. Auf der Passivseite halten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 50 % (45 %) den höchsten Anteil an der Konzernbilanzsumme. Aufgrund der Rückführung des Refinanzierungsgeschäftes verringert sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf 20 % (Vorjahr: 26 %). Auf verbrieft und nachrangige Verbindlichkeiten entfällt eine nahezu unveränderte Quote von 21 % (Vorjahr: 20 %).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf ist im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute hat die Stadtsparkasse Düsseldorf jederzeit erfüllt. Im Jahresverlauf hat sich die Auslastung aufgrund wechselnder Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen im Interbankengeschäft in einer Bandbreite zwischen 1,34 und 1,66 deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,00 bewegt. Zum Berichtsstichtag liegt die Kennziffer bei 1,66. Auch die darüber hinaus für einen Zeitraum von zwölf Monaten ermittelten Beobachtungskennzahlen zeigen eine gute Liquiditätslage.

Wie in den Vorjahren hat die Stadtsparkasse Düsseldorf das Angebot der Deutschen Bundesbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) genutzt. Die bei der WestLB AG eingeräumte Kreditlinie ist nur tageweise beansprucht worden. Darüber hinaus hat die Stadtsparkasse Düsseldorf kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte in Form von Übernachtkrediten bzw. Tagesgeldaufnahmen bei Kreditinstituten vorgenommen. Weitere bedeutende Refinanzierungsgeschäfte haben nicht bestanden.

Ertragslage

Dank eines soliden Geschäftsmodells und der Ausrichtung auf den regionalen Markt hat die Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2008 ein zufrieden stellendes operatives Ergebnis erzielt.

Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf erreicht ein Zinsergebnis einschließlich des Ergebnisses aus assoziierten Unternehmen von 210 Mio. Euro, das ungefähr auf Vorjahresniveau liegt (217 Mio. Euro). Es bleibt weiterhin bedeutendster Bestandteil der Ertragsseite. Nach Eliminierung der Effekte aus der erfolgswirksamen Fortschreibung des Equity Wertes der Corpus Sireo GmbH & Co. KG als wesentlichem assoziierten Unternehmen der Stadtsparkasse Düsseldorf i.H.v. rd. - 12 Mio. Euro (Vorjahr: rd. + 6 Mio. Euro) ist sogar ein Anstieg dieser maßgeblichen Ergebniskomponente zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2008 haben im ersten Halbjahr noch leicht steigende Zinsen bei einer flachen Zinskurve das Marktgeschehen bestimmt. Nach der Ausweitung der Finanzmarktkrise im Herbst haben die Notenbanken weltweit die Zinsen gesenkt. Die Europäische Notenbank hat die Leitzinsen in drei Schritten um insgesamt 1,75 %-Punkte herunter gesetzt. Erfreulich ist, dass weder das schwierige wirtschaftliche Umfeld, noch der ungebrochen intensive Preiswettbewerb am Bankenplatz Düsseldorf das Zinsergebnis nachteilig beeinflusst haben. Für das positive Ergebnis sind maßgeblich die gesunkenen Zinsaufwendungen im Refinanzierungsgeschäft mit der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten verantwortlich. Darüber hinaus sind im Zinsergebnis Erträge aus Close Out Zahlungen für Swaps in Höhe von 31,9 Mio. Euro enthalten. Davon entfallen 5,5 Mio. Euro auf anteilige Close Out Zahlungen aus glattgestellten Sicherungsderivaten (Cashflow Hedge Accounting nach IAS 39).

Die positive Entwicklung des Zinsergebnisses wird durch die erneute Verbesserung des Provisionsergebnisses begleitet. Der Provisionsüberschuss steigt um 4,5 % auf 70 Mio. Euro (Vorjahr: 67 Mio. Euro). Hauptträger des Wachstums sind das Wertpapierkommissionsgeschäft in Folge eines höheren Umsatz- und Beratungsvolumens sowie der Giroverkehr.

Das Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften sowie das Finanzanlageergebnis des Konzerns wird bestimmt durch die Einflüsse der internationalen Finanzmarktkrise. Diese hat dazu geführt, dass sich die bisherigen Marktbedingungen und Marktmechanismen der Wirtschaftsmärkte drastisch geändert haben. Der Vertrauensverlust sowie der hierdurch

ausgelöste Rückgang der Anlageangebote und Handelsvolumina spiegeln sich in einer deutlichen Reduzierung der Bewertung von bisher marktgängigen Finanzinstrumenten wider. Der Wertverlust bezieht sich jedoch überwiegend nicht auf drohende Zahlungsausfälle, sondern ist auf Marktwertverluste in Folge gestiegener Liquiditäts- und Risikozuschläge zurückzuführen.

Bedingt durch die geänderten Marktbedingungen hat die Stadtsparkasse Düsseldorf für die überwiegende Anzahl ihrer Eigenanlagen keine aktiven Märkte zum Bilanzstichtag angetroffen. In diesen Fällen ist die Bewertung auf der Basis von indikativen Kursen erfolgt (vgl. auch Note [10] im Anhang nach IFRS). Von den unter dem Einfluss der Finanzmarktkrise geschaffenen Umkategorisierungsmöglichkeiten von Finanzinstrumenten nach IAS 39 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf keinen Gebrauch gemacht.

Im Einzelnen wird das Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften i.H.v. - 116 Mio. Euro (Vorjahr: + 21 Mio. Euro) bestimmt durch innerhalb von Wertpapiersondervermögen freiwillig zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designierten Finanzinstrumente, hier insbesondere von Aktienportfolien.

Nur teilweise kompensiert wird das negative Ergebnis aus Aktienportfolien durch die gegenläufige Bewertung der zur Absicherung getätigten derivativen Geschäfte (kein Hedge Accounting nach IAS 39). Insgesamt trägt das Ergebnis aus Derivaten mit 35 Mio. Euro (Vorjahr: - 10 Mio. Euro) zum Handelsergebnis von + 58 Mio. (Vorjahr: - 8 Mio. Euro) bei. Auf das Ergebnis aus der Währungsumrechnung entfällt ein Anteil von 23 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro).

Das Finanzanlageergebnis i.H.v. – 81 Mio. Euro (Vorjahr: - 12 Mio. Euro) wird geprägt durch den im Wesentlichen im Zuge der Finanzmarktkrise erforderlichen Wertminderungsaufwand (Impairment) von Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten der Kategorie AFS i.H.v. 88 Mio. Euro. Hiervon entfallen u.a. 43 Mio. Euro auf Investmentfondsanteile, 22 Mio. Euro auf Minderheitsanteile an Private Equity Fonds sowie 13 Mio. Euro auf Schuldverschreibungen der Investmentbank Lehman Brothers nach deren Insolvenz. Diesen Wertberichtigungen steht ein positives Ergebnis aus Finanzanlageverkäufen gegenüber.

Für akute Ausfallrisiken sind für Forderungen an Kunden ausreichende Abschreibungen und Wertberichtigungen gebildet worden. Insbesondere aufgrund einer in der zweiten Jahreshälfte 2008 einsetzenden Zunahme der Unternehmensinsolvenzen betragen die Aufwendungen

für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 85 Mio. Euro und sind damit gegenüber dem Vorjahr (12 Mio. Euro) deutlich angestiegen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Abschreibungen auf Sachanlagen erreichen im Geschäftsjahr ein um 23 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr reduziertes Niveau von 210 Mio. Euro. Der Rückgang wird u.a. mit rd. 30 Mio. Euro durch Sondereffekte des Vorjahres verursacht. Gegenläufig erhöht sich der Personalaufwand aufgrund der Tarifierhöhung für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst (+ 3,1 %) um 5 Mio. Euro.

Im Geschäftsjahr haben sich die Erträge um insgesamt 135 Mio. Euro oder 46 % gegenüber dem Vorjahr reduziert. Gleichzeitig sind die Aufwendungen um rd. 20 % gestiegen. Maßgeblich ist hier der Anstieg der Risikovorsorgeaufwendungen.

Insgesamt ergibt sich ein Konzernjahresfehlbetrag vor Steuern i.H.v. – 150 Mio. Euro (Vorjahr: Konzernjahresüberschuss i.H.v. 36 Mio. Euro).

Ertragslage	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro	Veränderungen Mio. Euro
Zinsüberschuss inkl. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	210	217	- 7
Provisionsüberschuss	70	67	+ 3
Ergebnis aus Designated as at FV-Geschäften	-116	21	- 137
Handelsergebnis	58	-8	+ 66
Finanzanlageergebnis	-81	-12	- 69
Sonstige betriebliche Erträge	19	10	+ 9
	160	295	- 135
Risikovorsorge	85	12	+ 73
Personalaufwand	121	116	+ 5
Andere Verwaltungsaufwendungen	81	108	- 27
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter	8	9	- 1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15	14	+ 1
Konzernjahresfehlbetrag vor Steuern *)	-150	36	- 186

*) Vorjahr: Konzernjahresüberschuss vor Steuern

Aufgrund eines Anwendungsfalls des IAS 8 hat sich der Konzernjahresüberschuss vor Steuern des Vorjahres um rd. 5 Mio. Euro reduziert (vgl. Note [5] im Anhang nach IFRS).

Über den Beitrag der einzelnen Segmente zum Konzernergebnis gibt die dem Anhang beige-fügte Segmentberichterstattung Auskunft.

C. Nachtragsbericht

Vor dem Hintergrund der bereits vor der Verschärfung der Finanzmarktkrise und der Eintrübung der Wirtschaftslage vom Vorstand beschlossenen Neuausrichtung der Stadtsparkasse Düsseldorf im Rahmen der Strategie „Nachhaltigkeit 2013“ ist das bisherige interne Limit für das auf Private Equity Investments bezogene Zusagevolumen der Konzerngesellschaft Equity Partners GmbH im Februar 2009 deutlich reduziert worden.

Bis zur Aufstellung des Konzernfinanzberichts ist ein Sanierungskonzept für einen gewerblichen Kreditnehmer gescheitert. Das Kreditengagement wird mit rd. 13 Mio. Euro einzelwertberichtet.

Aufgrund der massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation eines Gemeinschaftsunternehmens im ersten Quartal 2009 hat sich ein Konzernunternehmen am 2. März 2009 zur Abwendung der Insolvenz des Unternehmens verpflichtet, 4 Mio. Euro in das Kapital dieser Gesellschaft einzubringen. Die Entwicklung ist u.a. durch die erforderliche Rückabwicklung eines Grundstückskaufvertrags sowie die Kündigung eines Mietverhältnisses durch einen der Hauptmieter bedingt.

D. Risikobericht

Grundsätze des Risikomanagements

Die Stadtsparkasse Düsseldorf verfolgt ein systematisches Management der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen bankgeschäftlichen Risiken. Ziel ist es, eine jederzeitige Risikotragfähigkeit auf Basis des vorhandenen Deckungspotenzials zu gewährleisten und somit den Fortbestand des Unternehmens sicherzustellen.

Zur Umsetzung setzt die Stadtsparkasse Düsseldorf ein Limitsystem ein, das alle Risikokategorien umfasst. Außerdem hat sie ein Rahmenwerk von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, das eng an den Tätigkeiten der jeweiligen Bereiche ausgerichtet ist.

Die in den Berichtsteilen Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken angegebenen Quantifizierungen beziehen sich ausschließlich auf die Stadtsparkasse Düsseldorf. Hiermit wird ein Großteil der Risiken einschließlich des Potenzials in den Wertpapiersondervermögen erfasst. Zu den Beteiligungsrisiken wird auf den entsprechenden Abschnitt in diesem Bericht verwiesen. Die Steuerung erfolgt auf der Basis der Bilanzierungs- und Bewertungsregeln des deutschen Handelsrechts.

Organisation des Risikomanagements

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Dieser verabschiedet neben den geschäftsstrategischen Zielen eine dazu konsistente Risikostrategie. Des Weiteren wird vom Vorstand das Risikotragfähigkeitskonzept in Verbindung mit der Zuordnung von Limiten – insbesondere für Adress- und Marktpreisrisiken – beschlossen.

Nach den aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden das Risikocontrolling und -reporting von der vom Markt unabhängigen Stabsstelle Risikomanagement wahrgenommen.

Zur Vorbereitung der Entscheidungen werden seit Oktober 2008 die Gesamtrisikosituation im internen Risikostrukturausschuss diskutiert und ggf. Handlungsvorschläge festgelegt. Ständige Mitglieder dieses Ausschusses sind die Leiter Gesamtbanksteuerung, Strategische Planung/ Koordination, Kredit, Revision und Risikomanagement.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken auf Kundenebene obliegt neben den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Institutionelle sowie Immobilienkunden vor allem dem Zentralbereich Kredit (Marktfolge). In komplexen Einzelfällen wird die Entscheidung im Kreditkomitee vorbereitet, das mit Vertretern des Marktes und der Marktfolge besetzt ist. Der Firmenkunden- und der Marktfolgevorstand sind Mitglieder des Komitees.

Der wöchentlich tagende Bilanzstrukturausschuss (BSA) bereitet in Diskussion mit den Fachvorständen die Entscheidungen zur Steuerung der Marktrisikopositionen vor. Im BSA sind neben den Fachvorständen der Geschäftsbereich Asset Management, der Zentralbereich Strategische Planung/Koordination und die Stabsstelle Risikomanagement vertreten. Der Gesamtvorstand berät einmal wöchentlich über die Ergebnisse des BSA und trifft Entscheidungen.

Monatlich findet im Gesamtvorstand eine umfassende Bilanzstruktursitzung statt, deren Themen ebenfalls zuvor im BSA behandelt werden. Der Geschäftsbereich Asset Management setzt die gefassten Beschlüsse eigenverantwortlich um.

Hinsichtlich des Managements der Beteiligungsrisiken wird auf die Ausführungen zu den Beteiligungen verwiesen.

Für die Steuerung der operationellen Risiken sind die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche, insbesondere der Zentralbereich Organisation und die Stabsstelle Risikomanagement verantwortlich. Zudem beschäftigt sich der Sicherheitsausschuss mit Fragestellungen zu operationellen Risiken.

Der Zentralbereich Revision überzeugt sich im Rahmen seiner Prüfungen von der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Risikotragfähigkeitskonzept

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Die Ziele des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf liegen darin, eine angemessene Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie sicherzustellen, eine zufrieden stellende Eigenkapitalrendite zu erzielen sowie die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen einzuhalten.

Mit dem Risikotragfähigkeitskonzept legt die Stadtsparkasse Düsseldorf fest, in welchem Umfang und in welcher Risikoklasse Risiken übernommen werden können. Durch Gegenüberstellung des Risikodeckungspotenzials und des Gesamthausrisikos gewährleistet die Stadtsparkasse Düsseldorf, dass eine übergreifende Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Seit 2008 wird die Risikotragfähigkeit nach wertorientierter Sicht, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten differenziert gesteuert. Dabei bildet die wertorientierte Sichtweise für die Stadtsparkasse Düsseldorf das primäre Regelwerk, während die GuV- und die regulatorische Sichtweise als Nebenbedingungen fungieren. Im Zuge der Überarbeitung des Risikotragfähigkeitskonzeptes rückt ab 2009 die GuV-Sichtweise wieder stärker in den Vordergrund.

Die Limitvergabe erfolgt im bisherigen Modell wertorientiert im Rahmen zweier Szenarien - einem Normalfall und einem Worst-Case. Dabei werden Risiken aus Marktpreisen inkl. Zinsänderungsrisiken, Kredit-, Beteiligungs-, Immobilien- sowie operationelle Risiken auf Basis eines Ein-Jahres-Horizontes und eines Konfidenzniveaus von 99,0 % (Normalfall) bzw. 99,9 % (Worst-Case) berücksichtigt.

Ab 2009 wird das Limit für Marktpreisrisiken aus GuV-Sicht abgeleitet und in der Folge mit einem Konfidenzniveau von 95,0 % und 10 Tage Haltedauer gemessen. In der wertorientierten Sicht erfolgt eine Messung mit 99,9 % und ebenfalls 10 Tagen Haltedauer.

Zum Stichtag 31.12.2008 betragen die Gesamtlime zur Einzelsteuerung der Risiken 734 Mio. Euro für den Normalfall (Vorjahr: 782 Mio. Euro) und 914 Mio. Euro für den Worst-Case (Vorjahr: 937 Mio. Euro).

Verteilung der Worst Case Limite	31.12.2008	31.12.2007
Adressenrisiken	16%	26%
Zinsänderungsrisiken	13%	5%
Marktpreisrisiken	43%	49%
davon Liquiditätsreserve (Renten)	13%	18%
davon Spezialfonds	26%	22%
davon Sonstige	4%	9%
Beteiligungsrisiken	19%	9%
Immobilienrisiken (ab 2008)	3%	0%
Operationelle Risiken	6%	6%
(Planungsrisiken; ab 2008 in GuV-Sicht)	0%	5%

Das Gesamtbankrisiko ermittelt die Stadtsparkasse Düsseldorf additiv. Korrelationen zwischen einzelnen Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Lediglich bei den Marktpreisrisiken werden Korrelationseffekte eingerechnet.

Das wertorientierte Risikodeckungspotenzial setzt sich im Wesentlichen aus der nach HGB ermittelten Sicherheitsrücklage, den Vorsorgereserven (§ 340f HGB) sowie stillen Reserven - korrigiert um laufende Erträge bzw. Kosten - zusammen.

Um sicherzustellen, dass die regulatorischen Vorgaben (Solvabilitätskoeffizient von mindestens 8,4 %) eingehalten werden, wird als Stresstest der Eintritt der maximalen Verlustgrenzen (Worst-Case) aller Risikoarten unter Berücksichtigung von kurzfristig umsetzbaren Steuerungsmaßnahmen simuliert und die Auswirkungen auf den Solvabilitätskoeffizienten berechnet. In diesem Zusammenhang wird – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise – die Umsetzbarkeit der Steuerungsmaßnahmen geprüft.

Arten von Risiken

Als Risiko wird die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne verstanden, die ihre Ursache in internen oder externen Faktoren haben können. Die Stadtsparkasse Düsseldorf betrachtet in ihrem Steuerungskonzept im Wesentlichen die folgenden Risikoarten:

Risikoarten					
Adressenrisiken (Kreditrisiken)	Marktpreisrisiken	Beteiligungsrisiken	Immobilienrisiken	Operationelle Risiken	Liquiditätsrisiken
<ul style="list-style-type: none"> • Bonitätsverschlechterung • Ausfall 	<ul style="list-style-type: none"> • Zinsänderungsrisiken • Aktienkursrisiken • Währungsrisiken 	<ul style="list-style-type: none"> • Bonitätsverschlechterung • Ausfall 	<ul style="list-style-type: none"> • Wertverfall 	<ul style="list-style-type: none"> • IT-Risiken • Mitarbeiter • Interne Verfahren • Externe Einflüsse 	<ul style="list-style-type: none"> • Risiko einer Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen

Adressenrisiken (Kreditrisiken)

Risikodefinition

Adressenrisiken entstehen dadurch, dass ein Kreditnehmer oder ein Kontrahent seine vertraglich vereinbarten Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig erbringen kann. Dazu zählen neben Adressenrisiken aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Kreditnehmerrisiko) auch Emittenten- und Kontrahenten-Risiken aus Handelsgeschäften. Weiterhin unterscheidet die Stadtsparkasse Düsseldorf Positions- und Vorleistungsrisiken. Positionsrisiken umfassen das Kreditnehmerrisiko bzw. das Emittenten- sowie das Wiedereindeckungsrisiko und die offenen Posten. Vorleistungsrisiken bilden die Gefahr ab, dass der Kontrahent nach erbrachter Vorleistung seine Gegenleistung nicht erbringt.

Die Überwachung der Adressenrisiken ist im Handelsbereich durch die tägliche Limitüberwachung und im Kreditbereich durch Einzellimits auf Kreditnehmerebene sowie durch eine Gesamtportfolioüberwachung sichergestellt.

Bonitätsbeurteilung

Die Überwachung und Steuerung der Adressenrisiken führt die Stadtsparkasse Düsseldorf differenziert nach Handels- und Nichthandelsgeschäften durch. Die Funktionen werden für Handelsgeschäfte analog der Regelung zu den Marktpreisrisiken wahrgenommen. Im traditionellen Kreditgeschäft (Nichthandelsgeschäfte) legt der Gesamtvorstand auf Basis der Gesamthausstrategie die Kreditrisikostategie fest.

Die Stabsstelle Risikomanagement ist für Einsatz, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Verfahren zur Risikoidentifizierung und -quantifizierung, der Risikoklassifizierungsverfahren und des Risikofrühwarnsystems verantwortlich. Zudem überwacht sie das Kreditausfallrisiko auf Portfolioebene und erstellt vierteljährlich differenzierte Kreditrisikoberichte.

Die operative Umsetzung des Risikomanagements erfolgt nach den Regelungen der Mindestanforderungen für das Risikomanagement im Zentralbereich Kredit (Marktfolge) sowie in den jeweiligen Marktbereichen. Der Zentralbereich Kredit erstellt für das risikorelevante Kreditgeschäft – auch soweit es Emittenten- und Kontrahentenlimite betrifft – das marktunabhängige Zweitvotum. Das Zweitvotum für die Auflage eines Spezialfonds wird durch die Stabsstelle Risikomanagement abgegeben.

Zudem fertigt der Zentralbereich Kredit die Kredit- und Sicherungsverträge sowie die Beschlussvorlagen. Er überprüft regelmäßig Sicherheiten und überwacht – neben der Stabsstelle Risikomanagement – Intensivbetreuungsengagements ab 250.000 Euro blanko. Sanierungsengagements betreut und bearbeitet der Zentralbereich Kredit unabhängig vom Marktbereich.

Ausgesuchte Intensivbetreuungsengagements werden zu mindestens drei Terminen pro Jahr in der dafür vorgesehenen Monitoringrunde besprochen; hier wird auch über die weitere Vorgehensweise entschieden. Mitglieder der Monitoringrunde sind der zuständige Marktvorstand, der Marktfolgevorstand, die Leiter der Marktbereiche, die Leiter im Zentralbereich Kredit (Marktfolge) sowie der Leiter der Stabsstelle Risikomanagement.

Die funktionale und organisatorische Trennung des Zentralbereiches Kredit und der Stabsstelle Risikomanagement von den verantwortlichen Marktbereichen stellt eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung sicher.

Die Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer ist für die Steuerung der Adressenrisiken von zentraler Bedeutung. Die Stadtsparkasse Düsseldorf nutzt dafür die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angebotenen Verfahren:

- StandardRating für Kreditengagements ab 100.000 Euro gewerblichen Kreditobligos (Kreditnehmereinheit gemäß § 19 (2) KWG).
- ImmobilienRating für Immobiliengeschäftskunden.
- Des Weiteren werden die Ratingverfahren der RatingServiceUnit GmbH (RSU GmbH; Ratingverfahren der Landesbanken) für Leasing, Großunternehmen (ab 500 Mio. Euro Umsatz) und Banken eingesetzt.

Das Pilotprojekt zur Einführung des Verhaltensscorings für Privatkunden und des KleinstkundenRatings für Firmenkunden (Engagements bis 250.000 Euro) ist im Juli 2008 erfolgreich beendet worden.

Nicht mit diesen Verfahren klassifizierbare Engagements werden ab 2009 auf Basis einer Expertenschätzung Ratingnoten zugeordnet. Vorläufige Schätzungen werden bereits ab dem 4. Quartal 2008 für die wertorientierte Berechnung eingesetzt. Damit wird ein umfassendes Instrumentarium von Risikoklassifizierungsverfahren zur Verfügung stehen.

DSGV-Masterskala

Ratingnote	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Ratingnote	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit
1	0,01%	6	0,60%
	0,02%	7	0,90%
	0,03%	8	1,30%
	0,04%	9	2,00%
	0,05%	10	3,00%
	0,07%	11	4,40%
	0,09%	12	6,70%
2	0,12%	13	10,00%
3	0,17%	14	15,00%
4	0,30%	15	20,00%
5	0,40%	16 - 18	Ausfall

Die Messung von Länderrisiken erfolgt auf Basis externer Ratings und Ländereinschätzungen (Bonitätsindex), insbesondere von Moody's und Institutional Investors.

Alle im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungssysteme sind auf Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert. Dabei dient die DSGV-Masterskala als einheitlicher Bezugspunkt.

Quantifizierung

Die Überwachung der Adressenrisiken inkl. Vorleistungsrisiko erfolgt für Handelsgeschäfte zurzeit noch auf Basis der regulatorischen Anforderungen. Das Verfahren wird durch eine Standardanwendung zur Berechnung der allgemeinen Spreadrisiken des IT-Dienstleisters Finanz-Informatik GmbH & Co. KG ab Januar 2009 ergänzt. Das Adressenrisiko beträgt per 30.12.2008 28,1 Mio. Euro inkl. eines Backtestingzuschlags (Vorjahr: 19,8 Mio. Euro).

Um das Adressenrisiko aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Nicht-Handelsgeschäfte) zu ermitteln, betrachtet die Stadtsparkasse Düsseldorf alle adressenrisikobehafteten Fälle ohne die bereits ausgefallenen Engagements (Kredite in Abwicklung). Neben der wertorientierten Sicht durch die Ermittlung des Kredit-Value-at-Risk werden insbesondere Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Sicherheiten und das Überziehungsverhalten beobachtet.

Die Berechnung des Kredit-Value-at-Risk wird mit dem vom DSGV empfohlenen Kreditrisikomodell CreditPortfolioView vorgenommen. Mit Hilfe dieses Modells lassen sich Adressenrisiken und künftige Wertveränderungen im Gesamtkreditportfolio prognostizieren.

Auf Basis der Größenklassengliederung sowie regelmäßiger Analysen wird die Risikokonzentration nach Engagementgröße gemessen und berichtet.

Limitierung und Reporting

Das Adressenrisiko aus Handelsgeschäften ist limitiert und wird täglich von der Stabsstelle Risikomanagement (Abt. Risikomanagement Treasury) überwacht und berichtet.

Dem Adressenrisiko im traditionellen Kreditgeschäft hat die Stadtsparkasse Düsseldorf im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes ein Gesamtportfoliolimit zugeordnet. Das Limit wird vierteljährlich überwacht und im Kreditrisikobericht dargestellt. Seit Oktober 2008 erfolgt im Rahmen des neu konzipierten Gesamthausrisikoberichtes ein monatliches Reporting. Parallel beobachtet und steuert die Stadtsparkasse Düsseldorf die Adressenrisiken auf Basis der o. a. wesentlichen Aspekte (Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten), der Regelungen der Kreditrisikostrategie sowie der MaRisk-konformen Prozesse. Damit wird erreicht, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf jederzeit umfänglich über alle Adressenrisiken informiert, die Risikotragfähigkeit gewährleistet ist und die Limite im Rahmen der Risikotragfähigkeit eingehalten werden.

Weiterhin sind im Rahmen der Kreditrisikostrategie ratingabhängige Limits auf Kreditnehmerebene (Kreditnehmereinheiten gem. § 19 (2) KWG) festgelegt.

Die Stabsstelle Risikomanagement erstellt vierteljährlich einen umfassenden Kreditrisikobericht. Darin werden die im Kreditportfolio enthaltenen Adressenrisiken dargestellt – gegliedert nach den Strukturklassen Privatkunden, Firmen- und Gewerbekunden, Risiko- und Größenklassen, Sicherheitenkategorien und Länderrisiken. Weiterhin enthält der Bericht die besonderen Bestandteile gem. den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Risikosituation

Das Kreditportfolio von 11,3 Mrd. Euro (auf Basis HGB) verteilt sich auf folgende Kundengruppen:

Kreditportfolio nach Kundengruppen	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Firmen- und Gewerbekunden	6.114	6.064
Privatkunden	3.657	3.607
Kreditinstitute	977	1.438
Kommunen	457	698
Sonstige	103	104
	11.308	11.911

Bei Firmen- und Gewerbekunden stellen die Dienstleistungen das größte Branchensegment dar.

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Dienstleistungen inkl. sonstige Organisationen	3.470	3.549
Handel	624	634
Verarbeitendes Gewerbe	546	524
Kredit- und Versicherungsgewerbe	385	520
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	272	265
Baugewerbe	273	262
Sonstige Branchen	544	310
	6.114	6.064

Ein Konzentrationsrisiko ergibt sich aufgrund der Differenzierungen innerhalb dieses Segmentes allerdings nicht (s. Tabelle):

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Bauträger	593	594
Vermietung eigener Immobilien	426	481
Rechts- und Wirtschaftsberatung	423	449
Immobilienverwaltung, Makler	445	409
Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	311	329
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	253	269
Sonstige	1.019	1.018
	3.470	3.549

Die Aufteilung des Kundenkreditgeschäftes nach Ratings (ohne Kreditinstitute, Kommunen und kapitalmarktnahe Schuldscheindarlehen):

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Ratingklasse 1 bis 3	1.473	794
Ratingklasse 4 bis 6	985	1.154
Ratingklasse 7 bis 8	696	706
Ratingklasse 9 bis 10	254	305
Ratingklasse 11 bis 12	89	97
Ratingklasse 13 bis 15	86	116
	3.583	3.172

(ohne Kreditinstitute, Kommunen, kapitalmarktnahe Schuldscheindarlehen)

Bei der o.g. Aufgliederung nach Ratingklassen handelt es sich um das mit den Ratingklassifizierungsverfahren StandardRating, ImmobilienRating, LandesbankenRating sowie mit externen Ratings beurteilte Kreditvolumen. Aus dieser Grundgesamtheit wird zum Stichtag volumengewichtet die durchschnittliche Ratingnote 4,88 (Vorjahr: 5,61) ermittelt. Eine Darstellung des Adressenausfallrisikos des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf aus Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sowie aus Finanzanlagen und Handelsaktiva enthält Note [61]. Sofern für die einzelnen Positionen externe Ratings vorliegen, werden diese auf das Rating gem. DSGVO-Masterskala übergeleitet. Die Finanzanlagen sowie Treasury- und Handelspositionen, deren Marktpreisrisiken der täglichen Überwachung unterliegen, sind durch Investitionen im Investmentgradebereich gekennzeichnet.

Innerhalb des traditionellen Kreditgeschäfts der Stadtsparkasse Düsseldorf stellen sich die Positionen mit dem größten Risikoanteil wie folgt dar:

Nr.	Rating	Branche	Inanspruchnahme Mio. Euro	Marginaler VaR Mio. Euro
1	2	Vermietung und Verpachtung	220,9	9,87
2	7	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	95,6	20,14
3	7	Vermietung eigener Immobilien	89,9	0,52
4	1	Kredit- und Versicherungsgewerbe	99,2	0,18
5	5	Kapitalanlagegesellschaften	78,8	0,25
6	6	Gesundheits- und Sozialwesen	59,5	0,18
7	2	Vermietung und Verpachtung	55,6	0,03
8	7	Privatier	54,7	0,17
9	7	Kredit- und Versicherungsgewerbe	57,1	0,02
10	1	Dienstleistung für Unternehmen	38,1	0,01

(Darstellung der Kreditnehmereinheit mit der Ratingnote des größten Obligos;
Ratingverfahren: DSGV-StandardRating, ImmobilienRating, Externes Rating)

Zur Reduzierung von Konzentrationsrisiken im Kreditgeschäft hat die Stadtsparkasse Düsseldorf im Dezember 2008 mit vier Adressen am "Sparkassenkreditbasket V" der Sparkassenorganisation teilgenommen. Dabei handelt es sich um einen synthetischen Risikotransfer durch die Emission von Credit Linked Notes in Höhe von jeweils 5 Mio. Euro.

Der Value-at-Risk des traditionellen Kreditgeschäftes beträgt per 31.12.2008 ca. 103 Mio. Euro (Vorjahr: 122 Mio. Euro). Die Veränderung ergibt sich aus dem Einsatz der aktuellen Parameter, der Berücksichtigung von weiteren Sicherheiten sowie der detaillierteren Messung von Engagements ab 2 Mio. Euro.

Das geplante Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird auf Basis der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGV-Masterskala und unter Berücksichtigung der Besicherungen als durchschnittlich erwarteter undiskontierter Wert ermittelt.

Zum Bilanzstichtag werden für eingetretene Verluste im Kreditgeschäft Wertberichtigungen i.H.v. 223,2 Mio. Euro vorgehalten (vgl. auch Note [39]). Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft beträgt im Geschäftsjahr rd. 85 Mio. Euro (Vorjahr: 12 Mio. Euro). Für 2009 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf mit Blick auf die Rezession sowohl in der Unternehmensplanung als auch im Risikotragfähigkeitskonzept eine Risikovorsorge in ähnlicher Höhe berücksichtigt.

Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von marktabhängigen Parametern wie z.B. Zinsen, Spreads, Volatilitäten und Kurse zu Verlusten führen können.

Quantifizierung

Im Rahmen der täglichen Marktpreisermittlung berechnet die Stadtsparkasse Düsseldorf für alle Positionen die Ist-Entwicklung (realisierte Gewinne und Verluste plus Veränderung der schwebenden Gewinne / Verluste seit Jahresbeginn) sowie die Risikosimulation. Die Einzelpositionen werden dabei Portfolien zugeordnet. Dabei sind bisher auch die Adressenrisiken der Eigenanlagen berücksichtigt worden.

Die Zinsänderungsrisiken steuert die Stadtsparkasse Düsseldorf auf Basis der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlenen Instrumente sowie auf Grundlage der Barwertmethode. Dazu werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-flow-Übersicht zusammengefasst. Performance-Analysen und Barwertsimulationen ergänzen die Cashflow-Darstellung. Ziel der Barwertsimulation ist es, mögliche Chancen und Risiken auf Basis von Zinsszenarien zu quantifizieren.

Standardszenarien

Im Rahmen der Risikosimulation hat die Stadtsparkasse Düsseldorf für jede Risikoart entsprechende Standardszenarien definiert. Sie dienen der operativen Steuerung der Risiken in Verbindung mit den zugeordneten Limiten.

Als Standardszenario für Marktpreis-/Zinsänderungsrisiken ist der Value-at-Risk (Worst-Case) 2008 auf folgender Basis errechnet worden:

Anlagebuch:	Haltedauer 10 (25) Tage
Handelsbuch:	Haltedauer 5 (7) Tage
Konfidenzniveau:	99 %

Die Risikosimulation erfolgt auf Basis der historischen Simulation mit den Kursen der letzten 275 Tage (250 Simulationen mit einer Haltedauer von 25 Tagen).

Die Einzelsteuerung der konsolidierten Wertpapierspezialfonds wird über Anlagerichtlinien vorgenommen.

Ab 2009 findet die tägliche Risikoüberwachung für Marktpreisrisiken auf Basis folgender Parameter statt:

Value-at-Risk:	Konfidenzniveau: 95,0 %;	Haltedauer: 10 Tage
Worst-Case:	Konfidenzniveau: 99,9 %;	Haltedauer: 10 Tage

Stress-Szenarien

Um die Auswirkungen extremer Marktentwicklungen ebenfalls schätzen zu können, führt die Stadtsparkasse Düsseldorf ergänzend zu den Standardszenarien regelmäßig Stresstests durch. Dazu werden die größten Wochenveränderungen seit April 1997 herangezogen.

Der Value-at-Risk für Marktpreisrisiken von Wertpapierspezialfonds wird auf Grundlage der Wertentwicklung der Fondsanteile unabhängig von ihrer Konsolidierung nach IFRS ermittelt. In der u. a. Tabelle VaR-Simulation sind in der Rubrik Fonds die Spezialfonds enthalten.

Weiterhin werden die Auswirkungen einer fiktiven Zinssatzänderung (Basel II-Zinsschock) von + 130 bp (Basispunkten) bzw. -190 bp berechnet. Bei einer ad hoc-Zinsveränderung von + 130 bp beträgt per 31.12.2008 die Barwertänderung -158 Mio. Euro. Dies entspricht 16 % des haftenden Eigenkapitals nach HGB (Vorjahr: -151 Mio. Euro, 14 %).

Zur operativen Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden primär Zinsswaps eingesetzt. Nach Erreichen des Sicherungszwecks sind Sicherungsbeziehungen (Cashflow Hedge Accounting nach IAS 39) im Geschäftsjahr aufgelöst worden (vgl. Note [40] im Anhang nach IFRS).

Limitierung und Reporting

Aus der Berechnung der Risikotragfähigkeit leitet die Stadtsparkasse Düsseldorf Limite für Marktpreisrisiken ab, die der Vorstand festlegt. Aus dem Gesamtlimit für Marktpreisrisiken ergeben sich Einzellimite auf Portfolioebene entsprechend der strategischen Ausrichtung. Analog legt die Stadtsparkasse Düsseldorf ein separates Limit für Zinsänderungsrisiken fest.

Die Abteilung Risikomanagement Treasury überwacht sämtliche Limite und teilt die Limitauslastungen täglich dem Gesamtvorstand sowie den jeweiligen Leitern der zuständigen Bereiche einschließlich der Innenrevision mit. Limitüberschreitungen werden dem Gesamtvorstand unverzüglich angezeigt.

Aufgrund von Spreadveränderungen ist im März 2008 das Normalfall-Limit des Geldhandelsportfolios geringfügig um 6 % überschritten worden (Bereinigung durch Umwidmung von freien Limits anderer Portfolien). Auf Gesamthausebene ist das Limit immer eingehalten worden.

Backtesting

Die Stadtsparkasse Düsseldorf unterwirft die Parameter der Risikosimulationen regelmäßig einem Backtesting. Dabei werden die simulierten Risiken den tatsächlich eingetretenen Kursentwicklungen gegenübergestellt. Im Rahmen der Marktturbulenzen zeigt das 4. Quartal einen Backtestingausreißer. Als Folge hieraus ist die Risikosimulation (Value-at-Risk, Worst-Case) um einen Risikoaufschlag erhöht worden.

Risikosituation

VaR-Simulation inkl. Adressenrisiko	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Renten und Sonstiges Zinsbuch	-54,2	-29,6
Aktien	0,0	-0,8
Fonds (inkl. Spezialfonds)	-48,1	-43,0
Sonstiges	-7,9	-5,3

Implizite Optionen werden zurzeit nicht betrachtet. Ab 2009 wird jedoch das BGB-Kündigungsrecht im Rahmen der Ermittlung des Risikotragfähigkeitspotenzials mit berücksichtigt.

Währungsrisiken

Währungsrisiken werden – bezogen auf originäre Positionen der Stadtsparkasse - als unwesentliches Risiko angesehen. Sie bestehen auf Ebene des Teilkonzerns vor allem aufgrund von Investments in Private Equity Fonds auf Fremdwährungsbasis (siehe auch Ausführungen zu nachfolgenden Beteiligungsrisiken).

Finanzanlagen in Fremdwährung innerhalb der konsolidierten Wertpapiersondervermögen werden regelmäßig durch Devisentermingeschäfte gesichert.

Beteiligungsrisiken

Beteiligungsrisiken

Risikodefinition

Unter dem Beteiligungsrisiko versteht die Stadtsparkasse Düsseldorf die Gefahr des finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen.

Organisation

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Für die direkten Beteiligungen – z. B. am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) – erfolgt das Controlling im Zentralbereich Betriebswirtschaft bzw. über Geschäftsbesorgungsverträge durch die 100 %-ige Tochtergesellschaft **€**-Kapitalbeteiligungsgesellschaft (**€**KBG). Die indirekten Beteiligungen werden über die **€**KBG bzw. deren Tochtergesellschaften gehalten. Das Risikocontrolling wird von der **€**KBG im Rahmen ihrer Holdingfunktion wahrgenommen.

Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes erfolgen Überwachung und Reporting durch die Stabsstelle Risikomanagement.

Investmententscheidungen der Equity Partners GmbH (einer Tochter der **€**KBG) basieren auf einer vom Vorstand verabschiedeten Strategie. Konkrete Einzelinvestitionen (Dachfonds, Fonds, Direktbeteiligungen) werden im Zentralbereich Kredit votiert. Die Entscheidungen selbst werden grundsätzlich von einem Investmentboard als Organ der Beteiligungsgesellschaft getroffen. Abweichend von der Regelung sind in 2008 sämtliche Entscheidungen im Gesamtvorstand getroffen worden.

Risikomanagement der **€KBG**

Die Geschäftsführung der **€**KBG begleitet ihre Tochtergesellschaften und deren Beteiligungen. Die Tochtergesellschaften verfolgen jeweils auf der Ebene ihres Unternehmens das Ziel, Risiken zu identifizieren und angemessen zu handhaben. Dazu bedienen sie sich entsprechender Berichte, wie z.B. der regelmäßigen Reportings der Equity Partners GmbH (EP). Auch die anderen Gesellschaften stellen dazu ihre entsprechenden Informationen und Daten zur Verfügung.


Die Gesamtrisikosituation der Beteiligungen wird mit den so genannten Risikoeinstufungen für die einzelnen Beteiligungen abgebildet und quartalsweise systematisch in sechs Einstufungsklassen ("Schulnotenprinzip") zusammengefasst. Die Einstufungen erfolgen durch bzw. in enger Abstimmung mit der jeweiligen Gesellschaft, die die Beteiligung hält.

Dieses Risiko-Einstufungs-System (RES) analysiert die jeweilige Beteiligung mit aufgeschlüsselten Einzeleinstufungen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Allgemeine, rechtliche und gesellschaftsrechtliche Risiken,
- Absatz-/Marktrisiken,
- Beschaffungsrisiken,
- Leistungsrisiken,
- Management-, IT-, Organisations- und Personalrisiken,
- Strategische Risiken,
- Finanzrisiken.

Um die Risiken in den o.a. Bereichen zu quantifizieren, wird zusätzlich turnusmäßig der Value-at-Risk/Cashflow-at-Risk bei den Beteiligungen berechnet, bei denen sich eine genaue finanzielle Risikoquantifizierung als sinnvoll erweist. Unter üblichen Marktbedingungen wird damit der geschätzte größtmögliche Wertverlust für die Haltedauer der Beteiligung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit ("Konfidenzniveau") ausgewiesen. Auch mit Expertenschätzungen werden die Risiken einzelner Beteiligungen qualifiziert.

Dabei ist der „Cashflow-at-Risk“ ein Risikomodell, in dem die Unsicherheit über zukünftige Cashflows (z.B. die Schwankungen von Devisenkursen und dgl.) über einen eigenen Risikofaktor abgebildet wird. Die Risikodefinition erfolgt damit in Form der Abweichung von einem erwarteten Cashflow.

Unabhängig vom Quartalsturnus werden von der KBG Risiken auch außerplanmäßig im Sinne eines Frühwarnsystems erfasst und analysiert, wenn veränderte Umfeldbedingungen dies nahe legen. So kann z.B. eine plötzlich geänderte Steuergesetzgebung entscheidende, wertbestimmende Einflüsse auf eine Beteiligung haben, wenn diese bisher gerade besonders von ihrer steuerlichen Vorteilhaftigkeit profitiert hat.

Weiterhin werden in diesem Rahmen die wesentlichen quantitativen Entwicklungen der einzelnen Gesellschaften im Sinne von Plan-/Ist-Abweichungen analysiert.

Durch die dargestellten Maßnahmen ist sichergestellt, dass auftretende Risiken auf Seiten der Beteiligungsunternehmen bereits in einem frühen Stadium identifiziert werden und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen frühzeitig umgesetzt werden können.


Ebenso wird bei der EP ein Risikomanagement unterhalten, das das Erkennen von Risiken vor Beteiligungseingehung bzw. das frühzeitige Erkennen von Risiken bei bestehenden Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments zum Ziel hat. Dort stellen die vertraglichen Regelungen mit den Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments sicher, dass die zur Beurteilung der Risikosituation der Projektgesellschaften notwendigen Informationen der EP zur Verfügung stehen und die Gesellschaft auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann.

Um die jederzeit angemessene Informationslage zu gewährleisten, hat EP die eingesetzten Datenbanken und Informationssysteme ausgebaut und ergänzend die strukturellen Voraussetzungen für ein funktionierendes Risikomanagement verbessert. Neben der Einführung regionalbezogen arbeitender Investmentteams ist neben dem Controllingbereich ein separater Monitoringbereich für die Überwachung der Fondsinvestments eingerichtet worden.

Darüber hinaus werden die bei EP vorhandenen, auf Risikominimierung ausgelegten internen Prozesse ebenso wie die Qualitätssicherung durch definierte Prüfungsschritte und Datenbankunterstützung weiter verfeinert. Zudem werden die Prozesse der EP zur Risiko-steuerung - hinsichtlich Auswahl, Eingehung, Monitoring und Controlling der Investments - von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einer Prüfung unterzogen und hinsichtlich Angemessenheit zur Zielerfüllung und Durchführungsqualität positiv bewertet.

Damit bestehen weiterhin die organisatorischen Voraussetzungen dafür, auch künftig eine Vielzahl von Private Equity Fonds zu analysieren und die erfolgversprechendsten Fonds für Investments auszuwählen.

Von der Equity Partners GmbH wird anstelle der Quartalsberichte ein umfassender Halbjahresbericht über das Gesamtportfolio erstellt, in denen dezidiert zur Entwicklung der Private Equity Beteiligungen sowie der Fonds-Investments Stellung genommen wird. Zusätzlich zum Halbjahresbericht wird quartalsweise eine Übersicht zur Portfolioentwicklung abgegeben, ergänzt um wichtige Kennzahlen zu den Fonds.

Für Fondsbeteiligungen wird keine „Ratingnote“ nach dem o. g. Verfahren erstellt, sondern hier werden in einem mit der Stadtsparkasse Düsseldorf und der KBG abgestimmten Verfahren halbjährliche Einschätzungen der wesentlichen Risikofaktoren Markt, Fonds-

management, Portfolio des Fonds sowie des Investorenservice vorgenommen. Hier kann jeweils ein geringes, mittleres oder hohes Risiko ausgewiesen werden, je nachdem, ob die aktuelle Risikostruktur der Risikostruktur bei Zeichnung entspricht oder sich verändert hat. Die von Equity Partners erstellten Darstellungen werden durch die €KBG analog dem oben dargestellten Verfahren plausibilisiert.

Quantifizierung

Die Betrachtung des Beteiligungsrisikos konzentriert sich auf die wesentlichen Beteiligungspositionen. Die Ermittlung der Risikowerte erfolgte über ein Index-Modell. Es basiert auf den historischen Daten der Indizes und den sich daraus ergebenden Risikoparametern. Für 2009 ist das Vorgehen umfassend überarbeitet worden. Bei verbund- und kreditähnlichen Beteiligungen kommt künftig eine Messung mit Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Einsatz. Bei den restlichen Beteiligungen wird ein Vergleichsmaßstab (aktuelle Kursentwicklung bzw. Index) herangezogen.

Ausgenommen hiervon sind die Beteiligungen der €KBG . Die Holding übernimmt im Rahmen ihres Controllings die Risikoeinschätzung der einzelnen Investments der €KBG mittels eines parametrischen Modells oder durch Schätzverfahren.

Das wertorientierte Risikolimit für Beteiligungen liegt per 31.12.2008 bei 140 Mio. Euro im Normalfall (Konfidenzniveau 99,0 %) und bei 175 Mio. Euro im Worst-Case (Konfidenzniveau 99,9 % (Vorjahr: 69 Mio. Euro bzw. 78 Mio. Euro).

Das Worst-Case Limit wird per 31.12.2008 mit ca. 3 % unwesentlich überschritten. Hintergrund ist vor allem der zur Messung herangezogene Immobilienindex, der die Situation deutlich überzeichnet. Unter Berücksichtigung des neuen Ansatzes liegt die Messung unter dem Limit.

Risikosituation

Die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) beinhaltet als Hauptrisiko die Beteiligung an der WestLB AG. Die Anfang 2008 beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen sowie die vereinbarten Garantien des Landes NRW sind für 2008 berücksichtigt. Die Entwicklung der WestLB AG wird intensiv beobachtet.

Im Teilkonzern **SKB** bestehen zum 31.12.2008 die folgenden Risiken und Haftungsverhältnisse:

Geschäftsbereich Beteiligungen

Für Fondsinvestments wird das Ausfallrisiko im Bereich Private Equity Fund-of-Funds auf Basis der Studie „The Risk Profiles of Private Equity“, T. Weidig/P.-Y. Mathonet, Luxemburg, 2004" aufgrund des hohen Diversifikationsgrades als grundsätzlich eher gering angesehen. Aktuell beobachtete Wertschwankungen werden im Jahresabschluss berücksichtigt und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG im Rahmen einer Ergänzungsprüfung bestätigt.

Die Entwicklung der von der Equity Partners eingegangenen direkten Beteiligungen ist grundsätzlich mit den für diese Anlageklasse typischen Risiken verbunden. Es ist insofern nicht auszuschließen, dass einzelne Unternehmensbeteiligungen ganz oder teilweise ausfallen. Im Zeitablauf wird es jedoch durch die Eingehung weiterer Unternehmensbeteiligungen zu einer zunehmenden Diversifizierung der angelegten Gelder kommen. Durch diese Diversifizierung in Verbindung mit einer sorgfältigen Auswahl der Beteiligungsunternehmen strebt die Equity Partners an, im Zeitablauf auch bei Ausfall einzelner Investments relevante Überschüsse im Direktbeteiligungsportfolio zu erzielen, die mögliche Ausfälle planungsgemäß deutlich überkompensieren. Auch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise führt hier bisher nicht zu einer anderen Einschätzung der direkten Beteiligungen, wenngleich eventuelle realwirtschaftliche Effekte der Krise heute noch nicht eingeschätzt werden können.

Die sich im Bereich der in US-Dollar notierenden Fondsinvestments ergebenden Währungskursschwankungen werden seitens der EP grundsätzlich nicht finanztechnisch im Rahmen von Hedging abgesichert. Durch die Langfristigkeit der Anlagen wird bei andauerndem Geschäftsbetrieb und kontinuierlicher Investitionstätigkeit statistisch über die Zeit ein in Summe weitgehender Ausgleich der Währungseffekte erwartet („natürlicher Hedge“). Es sind jedoch Konstellationen vorstellbar, bei denen für einzelne Jahre eine GuV-Wirkung nicht vollständig ausgeschlossen werden kann. Die Entwicklung der Wechselkurse und deren Effekte auf das

Portfolio werden fortlaufend beobachtet und in der strategischen Planung der Gesellschaft kalkulatorisch berücksichtigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich die Finanzmarktkrise bereits auf die Investments der EP ausgewirkt. Insbesondere die großen Buyout-Fonds, die in hohem Maße fremdkapitalfinanziert sind, haben im letzten Quartal erhebliche Wertminderungen hinnehmen müssen. Die Entwicklung der Indizes in den ersten beiden Monaten in 2009 lassen weitere Wertminderungen erwarten.

Geschäftsbereich Immobilien

Die Risiken im Geschäftsbereich Immobilien resultieren im Wesentlichen aus der weiteren Entwicklung der Tochtergesellschaften und der Umsetzung sowie der Einhaltung der geplanten Projekt szenarien. Neben den geplanten Verkaufserlösen sowie den unterstellten Kosten ist bei einigen Projekten insbesondere die Zeitkomponente ein kritischer Erfolgsfaktor, da Verzögerungen zu erhöhten Refinanzierungskosten führen. So sind bei einer Gesellschaft Stützungsmaßnahmen erforderlich. Bei ungünstiger Entwicklung können weitere Abschreibungen oder sonstige Stützungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden, wobei im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 allen derzeit bekannten Risiken Rechnung getragen ist. Dies gilt auch im Hinblick auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise.

Zu den im Vorbericht dargestellten Risiken ist darauf hinzuweisen, dass zwei Gesellschaften, die im Jahre 2008 ihre operativen Tätigkeiten einstellen sollten, auch noch im Jahre 2009 weiter existieren werden. Eine Gesellschaft muss sich mit einer Änderung der Gesetzeslage auseinandersetzen und versuchen, Rückabwicklungen von bereits vollzogenen Transaktionen zu vermeiden. Eine andere Projektgesellschaft kann zwar einen maßgeblichen Kaufinteressenten halten, muss aber zeitaufwendige Verzögerungen der Vertragsverhandlungen in Kauf nehmen, die in 2009 abgeschlossen werden sollen.

Aufgrund seiner Finanzierungsstruktur besteht für den Teilkonzern **SKBG** kein Liquiditätsrisiko.

Immobilienrisiken

Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Stadtsparkasse Düsseldorf (Gebäude und Grundstücke in Düsseldorf bzw. Monheim) und umfassen deren Wertverlustrisiken.

Das Controlling erfolgt im Zentralbereich Betriebswirtschaft, wobei regelmäßig Verkehrswerte der Immobilien und Bodenwerte der Grundstücke überprüft und ggf. neu bewertet werden.

Quantifizierung/ Limitierung und Reporting

Bei der Betrachtung des Immobilienrisikos konzentriert sich die Stadtsparkasse Düsseldorf auf die wesentlichen Immobilien. Die Ermittlung der Risikowerte erfolgt analog den Beteiligungsrisiken über das dort beschriebene Index-Modell.

Als Limit sind 30 Mio. Euro für das Worst-Case-Szenario festgelegt. Aufgrund der deutlichen Verschlechterung des zugrunde gelegten Indexes ist das Normalfall-Limit rückwirkend zum 30.06.2008 auf das Worst-Case-Limit angehoben worden.

Das Worst-Case-Limit ist per 31.12.2008 mit ca. 32 % überschritten. Hintergrund ist ebenfalls der zur Messung herangezogene Immobilienindex, der das Risiko deutlich überzeichnet. Unter Berücksichtigung des neuen Ansatzes liegt die Messung (3,1 Mio. Euro) unter dem Limit.

Operationelle Risiken

Risikodefinition

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder durch externe Einflüsse eintreten. Dies umfasst ebenfalls Rechtsrisiken. Operationelle Risiken treten im Rahmen der Abwicklung der Geschäftstätigkeit auf.

Organisation

Das Risikomanagement für operationelle Risiken legt der Vorstand fest.

Methodenkompetenz, Einsatz der DSGVO-OpRisk-Instrumente sowie das Berichtswesen liegen in der Stabsstelle Risikomanagement.

In der operativen Umsetzung verantwortet der Zentralbereich Organisation Notfallkonzepte, die das Management von operationellen Risiken, die in der internen Infrastruktur und durch externe Einflüsse entstehen können, festlegen. Sie enthalten organisatorische und technische Regelungen, durch die eine einheitliche Vorgehensweise in einem Katastrophenfall sichergestellt wird. Des Weiteren werden die Aufgabenfelder Betriebssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit und IT-Sicherheit im Zentralbereich Organisation umgesetzt.

Die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sind für das Management der operationellen Risiken (insbesondere operationeller Risiken im Bereich von Mitarbeitern und internen Verfahren) ihrer Organisationseinheit verantwortlich.

Operationelle Risiken außerhalb der Sparkasse werden im Rahmen der Überwachung des Outsourcing betrachtet.

Quantifizierung

Die Stadtsparkasse Düsseldorf setzt zum Management und Controlling von operationellen Risiken das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlene Verfahren ein. Es setzt sich aus einer Schadensfalldatenbank und der Risikoinventur zusammen.

Schadensfalldatenbank

Zur Erfassung und Analyse der eingetretenen Schadenfälle aus operationellen Risiken hat die Stadtsparkasse Düsseldorf ab 2005 eine zentrale Schadensfalldatenbank aufgebaut. In dieser werden Schadenfälle sowie ggf. Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung zukünftiger Schäden erfasst. Daneben beteiligt sich die Stadtsparkasse Düsseldorf am zentralen Informationsaustausch über den DSGVO zur Verbreiterung der Datenbasis sowie zur Nutzung übergeordneter Erkenntnisse.

Risikoinventur

Im Rahmen der erstmaligen Risikoinventur im Jahr 2007 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf operationelle Risiken umfassend in allen Bereichen der Stadtsparkasse Düsseldorf in Form von Schadensszenarien detailliert und strukturiert erhoben. Die Einschätzung erfolgt in der Regel durch den Leiter des jeweiligen Bereichs unter Mithilfe entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter der Stabsstelle Risikosteuerung. Eine Überprüfung ist Ende 2008 angestoßen worden.

In Verbindung mit der Analyse der Schadenfälle ergibt die Risikoinventur die Basis, operationelle Risiken zu schätzen sowie Pläne zur Reduzierung und Steuerung abzuleiten.

Limitierung und Reporting

Das Worst-Case-Limit ist für 2008 nach den Regelungen gem. § 270 SolvV (Solvabilitätsverordnung, Basisindikatoransatz) mit 50 Mio. Euro festgelegt (Vorjahr: 48 Mio. Euro).

Risikosituation

Operationelle Risiken treten primär unter der Kategorie Adressenrisiken auf und werden dort erfasst und gesteuert. DV-Risiken sind begrenzt, da die Finanz-Informatik als DV-Dienstleister tätig ist.

Sonstige operationelle Risiken sind gering ausgeprägt bzw. durch Versicherungen abgedeckt. Folglich werden operationelle Risiken (außerhalb des Kreditgeschäftes) als nicht wesentlich klassifiziert.

Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die Stadtsparkasse Düsseldorf die Wahrscheinlichkeit, Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht und nicht in vollem Umfang nachkommen zu können. Im Rahmen der Finanzkrise ist die Sicht auf Refinanzierungsmöglichkeiten und Refinanzierungsspreads verstärkt worden.

Organisation

Das Management der Liquiditätsrisiken obliegt dem Geschäftsbereich Asset Management. Der Vorstand behandelt das Liquiditätsrisiko im Rahmen seiner monatlichen Bilanzstruktursitzungen.

Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos/Quantifizierung

Liquiditätsstatus

Die Betrachtungsebene sind Cash-Flow-orientierte Liquiditätsrisiken bis 1 Jahr. Die Geldhandelsstelle im Geschäftsbereich Asset Management steuert die kurzfristige Liquidität.

Liquiditätsübersichten

Monatlich wird eine Ein-Jahres-Liquiditätsübersicht erstellt und das Risiko auf Basis von festgelegten Szenarien simuliert.

Beobachtung der Liquiditätskennzahl gemäß § 2 der Liquiditätsverordnung

Die Stabstelle Risikomanagement erstellt auf Basis des vom DSGV empfohlenen Liquiditätsmanagers ein monatliches Reporting über Verlauf, Szenariorechnungen und Stresstest.

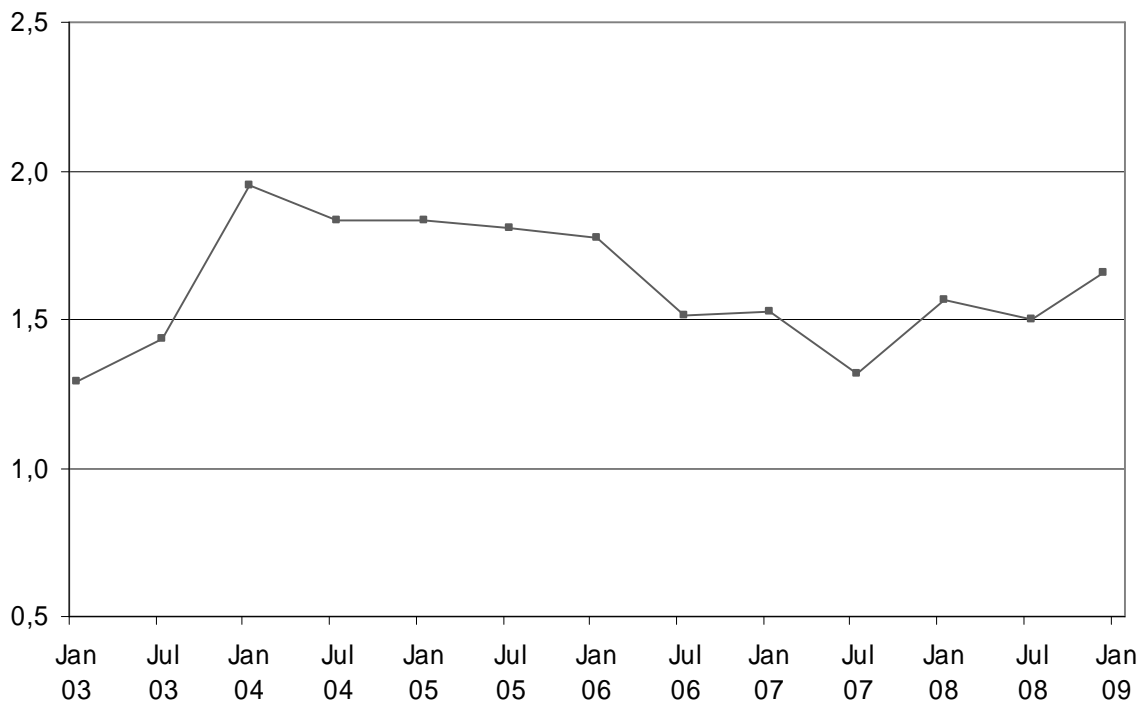
Risikosituation

Die Stadtsparkasse Düsseldorf sieht das Liquiditätsrisiko als wesentliches Risiko an. Aufgrund dessen ist eine laufende Beobachtung, ausreichende Refinanzierungsmittel sowie eine ausreichende Diversifikation der Eigenanlagen unbedingt erforderlich.

Aufgrund der Geschäftsstruktur (Stadtparkasse Düsseldorf ist Mitglied im Haftungsverbund der € -Finanzgruppe; hoher Anteil der Refinanzierung über Kundenmittel; Liquiditätslinien bei Kreditinstituten, gutes externes Rating) wird das Liquiditätsrisiko als beherrschbar eingeschätzt. Zudem geht die Stadtparkasse Düsseldorf davon aus, dass zumindest ein hoher Anteil der bonitätsmäßig erstklassigen Eigenanlagen liquidierbar bzw. beleihbar ist.

Die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung liegt mit 1,66 per 31.12.2008 (Vorjahr: 1,32, Minimum 2008: 1,34) deutlich oberhalb des Schwellenwertes von 1,0.

Entwicklung der Liquiditätskennzahl



E. Prognosebericht

Die Prognosen zur konjunkturellen Perspektive des laufenden Jahres besaßen in den zurückliegenden Monaten nur eine kurze Halbwertszeit. Die Wirtschaftsforscher haben ihre Prognosen laufend an die sich rasant verschlechternde Lage anpassen müssen.

Die Mehrzahl der derzeitigen BIP-Prognosen liegt in einem Bereich von - 1,1 % (DIW) und - 3 % (Deka). Die Bundesregierung geht in ihrem im Januar 2009 verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 2,25 % aus. Selbst die Prognosen im oberen Bereich würden bedeuten, dass Deutschland in diesem Jahr den schärfsten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt.

Als führende Exportnation wird die deutsche Volkswirtschaft besonders von den zum Teil schweren Krisensymptomen in den Hauptabnehmerländern getroffen. Die Bundesregierung rechnet daher mit einem realen Rückgang der Exporte um fast 9 %. Auch die Investitionstätigkeit, die in den vergangenen Jahren teilweise erheblich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hat, wird in diesem Jahr deutlich zurückgefahren. Staatliche Programme mit einem beschlossenen Volumen von 80 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010 könnten deutliche konjunkturelle Impulse setzen. Inwieweit der private Konsum einem stärkeren Rückgang des Bruttoinlandsproduktes entgegenwirken kann, bleibt derzeit offen. Zwar werden die verfügbaren Einkommen aufgrund von Tarifabschlüssen, dem Anstieg verschiedener Transfereinkommen und geplanter Steuersenkungen steigen, unklar bleibt aber, ob diese Mittel für Konsumzwecke verwandt werden.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird sich in 2009 verschlechtern. Im Jahreswirtschaftsbericht rechnet die Bundesregierung mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 250.000.

Ein Lichtblick im volkswirtschaftlichen Datenkranz ist die rückläufige Inflationsrate, die zwischen 0,5 % und 1 % prognostiziert wird. Die Preise würden damit erheblich geringer steigen als in den Vorjahren.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf stellt sich auf schlechtere Wirtschaftsdaten für die Stadt und die Region als in den vergangenen Jahren ein. Die bereits erwähnten Konjunkturberichte der regionalen Wirtschaftsverbände lassen eine deutliche Eintrübung der Konjunktur erwarten.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf rechnet daher mit steigenden Unternehmensinsolvenzen; die Zahl der Arbeitslosen wird im Raum Düsseldorf in 2009 deutlich ansteigen.

Bereits vor der Verschärfung der Finanzmarktkrise und der Eintrübung der Wirtschaftslage hat der Vorstand eine neue Strategie ausgearbeitet. Mit der Strategie „Nachhaltigkeit 2013“ richtet die Stadtsparkasse Düsseldorf ihre bisher stark kapitalmarktorientierte Geschäftspolitik neu aus und konzentriert sich stärker auf die traditionellen Schwerpunkte Privatkunden und mittelständisches Firmenkundengeschäft.

Mit der Fokussierung auf klar definierte Kundensegmente in Düsseldorf und der Region werden die Risiken aus Großengagements und Beteiligungen deutlich abgebaut. Außerdem wird das Volumen der Finanzanlagen reduziert, um die Risiken aus den stark schwankenden Kapitalmärkten zu minimieren.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist in Deutschland einer der wenigen Großstädte mit wachsender Bevölkerung. Ein weiterer Pluspunkt: Bei Umfragen zur Qualität des Wirtschaftsstandortes erhalten Stadt und Region seit Jahren hervorragende Bewertungen. Trotz der aktuellen Wirtschaftslage sind damit die langfristigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hervorragend. Die Stadtsparkasse Düsseldorf geht davon aus, ihre Position als Mittelstandsbank Nr. 1 weiter auszubauen. Insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen sieht sie noch weiteres Wachstumspotenzial.

Im Privatkundengeschäft besteht die Möglichkeit, die vorhandenen Kundenverbindungen noch besser zu nutzen. Die Stadtsparkasse Düsseldorf erwartet, das hohe Zusagevolumen bei Wohnungsbaufinanzierungen und im Konsumentenkreditgeschäft in 2009 leicht ausbauen zu können.

Die Altersvorsorge bleibt ein zentrales Thema des Privatkundengeschäftes. Das wachsende Interesse breiter Bevölkerungskreise an einer privaten Altersvorsorge ist ungebrochen. Die Stadtsparkasse Düsseldorf bietet zahlreiche Produkte für die private Altersvorsorge an. Gemeinsam mit den Verbund- und Kooperationspartnern wird ein Wachstum in diesem Segment angestrebt.

Mit Verabschiedung der neuen Strategie beabsichtigt die Stadtsparkasse Düsseldorf, die Kosten für das Personal und den Bankbetrieb stärker als in der Vergangenheit zu begrenzen. Der Personalaufwand soll abgesehen von den tariflichen Leistungen nicht weiter stei-

gen; frei werdende Stellen werden dahingehend überprüft, ob eine Neubesetzung notwendig ist. Die Sachkosten sollen ebenfalls begrenzt bleiben. Insbesondere durch eine effizientere Ablauf- und Aufbauorganisation sollen Kosten eingespart werden.

Für das Gesamtjahr 2009 erwartet die Stadtsparkasse Düsseldorf eine steilere Zinsstrukturkurve als in den vergangenen Jahren. Damit öffnen sich neue Spielräume für Fristentransformationserträge. Die wichtigste Ertragsquelle, der Zinsüberschuss, wird daher in 2009 deutlich stärker steigen als in 2008. Die Provisionserträge sollten leicht höher ausfallen als im vergangenen Geschäftsjahr.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf rechnet im Kundenkreditgeschäft mit höheren Kreditausfällen aufgrund der rezessiven Wirtschaftsentwicklung. Gleichzeitig ist aufgrund der weltweiten Konjunktur- und Rettungsprogramme von einer Stabilisierung der Kapitalmärkte auszugehen. Dies sollte sich insbesondere in den Risikoaufschlägen für Unternehmens- und Bankverbindlichkeiten positiv niederschlagen. Als wesentliches Risiko sieht die Stadtsparkasse Düsseldorf – insbesondere verursacht durch eine zunehmende Staatsverschuldung in Verbindung mit einer lockeren Geldpolitik – die Gefahr von Zinsanstiegen frühestens zum Jahresende 2009. Aus diesem Grund ist das offene Refinanzierungsvolumen bereits jetzt durch Zinsswaps (nom. 850 Mio. Euro) abgesichert worden.

Trotz der staatlichen Rettungspakete und Stützungsmaßnahmen der Zentralbanken werden die Kapitalmärkte weiterhin von der Finanzmarktkrise beeinflusst. Nach deutlichen Kurswertabschlägen im abgelaufenen Geschäftsjahr geht die Stadtsparkasse Düsseldorf im Geschäftsjahr 2009 von einer lediglich verhaltenen Performance der Finanzanlagen aus. Im ersten Quartal schreibt sich die zum Jahresende beobachtete Bewertung fort. In Abhängigkeit vom weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung sind weitere Fair Value Abschläge bei Investments in Private Equity Fonds möglich.

Für das Geschäftsjahr 2009 erwartet der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf insgesamt einen zufrieden stellenden Geschäftsverlauf mit einem gegenüber dem Geschäftsjahr 2008 deutlich verbesserten Konzernjahresergebnis. Die Eigenkapitalbasis für zukünftiges Wachstum der Geschäftsfelder soll zukünftig wieder aufgestockt werden.

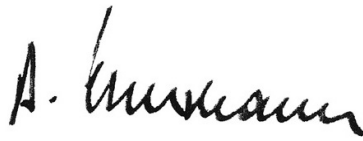
Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, ergeben sich aus den zugrunde liegenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Jahre 2009 und 2010 moderate Wachstumsmöglichkeiten in allen Geschäftsfeldern, die die Basis für eine verbesserte Ertragslage sein sollte.

Düsseldorf, 27. April 2009

Der Vorstand



Fröhlich
Vorsitzendes Mitglied



Eversmann
Mitglied



Göbel
Mitglied



Dr. Roos
Mitglied



Boots
stv. Mitglied

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum 01. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008

Konzern Stadtparkasse Düsseldorf					
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro	2008	2007
				Mio. Euro	Mio. Euro
Zinsüberschuss	[24]				
Zinserträge		725,7			690,6
Zinsaufwendungen		503,4			479,3
			222,3		211,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[5, 25]		84,6		12,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge				137,7	199,1
Provisionsüberschuss	[26]				
Provisionserträge			74,7		72,8
Provisionsaufwendungen			5,1		6,0
				69,6	66,8
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	[27]			-116,1	21,3
Handelsergebnis	[28]			58,3	-8,3
Finanzanlageergebnis	[29]			-81,4	-11,6
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[30]			-12,4	5,7
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	[31]			210,2	232,9
Sonstige betriebliche Erträge	[32]			19,1	9,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[33]			14,6	14,1
Steueraufwand (2007: Steuerertrag)	[5, 34]			2,8	-4,2
Konzernjahresfehlbetrag (Vorj.: Konzernjahresüberschuss)				-152,8	39,9
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen	[60]			152,8	0,0
Konzernbilanzgewinn				0,0	39,9

Konzernbilanz

für das Geschäftsjahr 2008

Aktiva			
	Notes	31.12.2008	31.12.2007
		Mio. Euro	Mio. Euro
Barreserve	[35]	153,2	73,5
Forderungen an Kreditinstitute	[36]	1.112,1	1.556,9
Forderungen an Kunden	[5, 37]	7.781,4	7.920,6
Risikovorsorge	[5, 39]	-223,2	-188,4
Sicherungsderivate	[40]	-	35,1
Handelsaktiva	[41]	57,8	37,9
Langfristige, zum Verkauf stehende Vermögenswerte	[42]	0,5	-
Finanzanlagen	[5, 43]	3.243,9	3.873,8
Anteile an assoziierten Unternehmen	[44]	66,7	92,3
Sachanlagen	[45]	72,7	75,9
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[46]	4,3	4,4
Immaterielle Vermögenswerte	[47]	1,5	1,5
Steueransprüche aus laufenden Steuern	[48]	16,7	31,8
Steueransprüche aus latenten Steuern	[5, 49]	11,6	-
Sonstige Aktiva	[50]	23,6	20,9
Summe der Aktiva		12.322,8	13.536,2

Passiva			
	Notes	31.12.2008	31.12.2007
		Mio. Euro	Mio. Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[51]	2.416,6	3.488,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[52]	6.211,7	6.074,0
Handelspassiva	[53]	58,4	27,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	[54]	2.371,7	2.472,7
Rückstellungen	[55]	52,5	50,5
Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	[56]	-	0,1
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	[57]	-	4,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	[58]	214,9	214,9
Sonstige Passiva	[59]	74,9	80,5
Konzernerneigenkapital	[5, 60]		
Gewinnrücklagen			
Sicherheitsrücklage		727,5	727,5
Andere Gewinnrücklagen		176,0	302,2
Neubewertungsrücklagen		18,6	53,8
Konzernbilanzgewinn		0,0	39,9
gesamt:		922,1	1.123,4
Summe der Passiva		12.322,8	13.536,2

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen

Nach den IFRS ist zwischen erfolgswirksamen und erfolgsneutralen Ergebnisbestandteilen zu unterscheiden.

Das erfolgsneutrale Ergebnis des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten, der Bewertung von Derivaten im Zusammenhang mit effektiven Bestandteilen von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 (Cashflow-Hedge Accounting), der Fortschreibung des Anteils des Konzerns an erfolgsneutralen Eigenkapitalbestandteilen von assoziierten Unternehmen sowie aus latenten Steueransprüchen bzw. –verpflichtungen auf erfolgsneutral erfasste Sachverhalte.

Der Periodengesamterfolg des Konzerns setzt sich aus dem Konzernjahresfehlbetrag sowie aus dem nachfolgenden erfolgsneutralen Ergebnis zusammen. Minderheitenanteile bestehen nicht.

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Veränderung der Neubewertungsrücklage aus AFS-Finanzinstrumenten	-33,0	-8,0
(a) eigenkapitalwirksame Bewertungseffekte	-127,6	-23,1
(b) Übertragung in die GuV	86,3	19,4
(c) Veränderung aufgrund erfolgsneutraler Ertragsteuern	5,9	0,0
(d) Veränderung der Neubewertungsrücklage aus der Währungsumrechnung von nicht-monetären Finanzinstrumenten	2,4	-4,3
Veränderung der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges	-12,9	8,1
(a) eigenkapitalwirksame Bewertungseffekte	2,4	19,6
(b) Übertragung in die GuV	-5,5	-2,1
(c) Veränderung aufgrund erfolgsneutraler Ertragsteuern	-9,8	-9,4
Veränderung des Anteils des Konzerns an erfolgsneutralen Eigenkapitalbestandteilen von assoziierten Unternehmen	-10,2	8,5
Veränderung der latenten Steuern auf erfolgsneutrale Sachverhalte	20,9	4,8
Nettoveränderung der (Neubewertungs-)Rücklage	-35,2	13,4
Sonstiger Periodenerfolg	-1,3	7,1
Konzernjahresfehlbetrag (Vorjahr: Konzernjahresüberschuss) (2007: Vor Restatement - siehe auch Note [5])	-152,8	39,9 (71,7)
Periodengesamterfolg	-189,3	60,4

Im Geschäftsjahr sind versicherungsmathematische Verluste aus der Bewertung von Pensionszusagen in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: Gewinne von 7,1 Mio. Euro) entsprechend IAS 19.93D direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet worden (siehe "Sonstiger Periodenerfolg").

Ein gegenläufiger Effekt hat sich aus der Verringerung der auf diesen Sachverhalt bezogenen erfolgsneutralen passiven Steuerlatenzen ergeben (0,7 Mio. Euro).

Die Zusammensetzung der Neubewertungsrücklagen zum 31. Dezember 2008 sowie zum Vorjahresstichtag wird nachfolgend gezeigt:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Eigenkapitaltitel		
Aktien und Investmentfondsanteile (AFS)	10,9	-3,3
Beteiligungen (AFS)	34,2	55,6
Neubewertungsrücklage aus der Währungsumrechnung von nicht-monetären Finanzinstrumenten	-3,7	-6,1
Zwischensumme Eigenkapitaltitel (AFS)	41,4	46,2
Fremdkapitaltitel		
Schuldverschreibungen (AFS)	-29,8	-26,6
Forderungen an Kreditinstitute (AFS)	-18,7	0,0
Forderungen an Kunden (AFS)	-13,8	-7,5
Zwischensumme Fremdkapitaltitel (AFS)	-62,3	-34,1
Erfolgsneutrale Bewertung von Sicherungsderivaten (Cashflow Hedge Accounting, effektiver Anteil)	36,5	49,4
Erfolgsneutrale Equity Fortschreibung von assoziierten Unternehmen	-1,7	8,5
Neubewertungsrücklage aus erfolgsneutralen latenten Steuern	4,7	-16,2
Gesamt	18,6	53,8

In den Neubewertungsrücklagen sind steuerliche Korrekturposten i.H.v. minus 13,3 Mio. Euro saldiert (Vorjahr: minus 9,4 Mio. Euro) enthalten (vgl. Note [34]).

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 01. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2008

Kapitalflussrechnung für den Konzern Stadtparkasse Düsseldorf (I)		
	2008	2007
	Mio. Euro	Mio. Euro
Konzernjahresüberschuss	-152,8	39,9
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirks. Posten / Über-leitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- u. Finanzanlagen, Immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties	184,4	40,1
Veränderung der Pensions- und sonstigen Rückstellungen	-0,2	-2,3
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Positionen	64,7	-5,9
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-6,4	14,8
Sonstige Anpassungen	-227,1	-224,4
Veränderung des Vermögens / der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungswirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	431,0	-626,7
Forderungen an Kunden	90,7	-763,7
Handelsaktiva	42,5	20,1
Sonstige Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-2,7	1,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.070,6	112,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	126,4	385,5
Einzahlungen aus der Emission von verbrieften Verbindlichkeiten	515,2	475,3
Auszahlungen aus der Rückzahlung von verbrieften Verbindlichkeiten	-613,5	-491,1
Handelspassiva	-34,9	-24,7
Sonstige Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-5,9	43,9
Zahlungsströme aus Sicherungsderivaten	37,7	25,5
Gezahlte Zinsen	-494,5	-428,5
Erhaltene Zinsen	714,1	668,3
Erhaltene Dividenden	23,4	22,7
Ertragsteuerzahlungen / -erstattungen	17,0	-28,5
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-361,5	-745,9

Die Darstellung der Cashflows aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie die Überleitung vom Zahlungsmittelfonds am Ende des letzten Geschäftsjahres auf den Zahlungsmittelfonds am Ende des Berichtsjahres folgen auf der nächsten Seite.

Kapitalflussrechnung für den Konzern Stadtparkasse Düsseldorf (II)

	2008	2007
	Mio. Euro	Mio. Euro
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-361,5	-745,9
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.933,1	2.283,1
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-2.477,8	-1.578,2
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	-5,4	-5,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	449,9	699,9
Auszahlungen an den Träger der Stadtparkasse Düsseldorf	-9,0	-4,0
Einzahlungen aus der Emission von Nachrangkapital	3,4	11,5
Auszahlungen aus der Rückzahlung von Nachrangkapital	-3,1	-13,6
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-8,7	-6,1
Zahlungsmittelbestand am Ende des letzten Geschäftsjahrs	73,5	125,6
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-361,5	-745,9
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	449,9	699,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-8,7	-6,1
Zahlungsmittelbestand am Ende des Berichtsjahrs	153,2	73,5

Nach erforderlichen Anpassungen aufgrund eines Anwendungsfalls des IAS 8 enthält die Herleitung des Cashflows aus der operativen Geschäftstätigkeit des Vorjahres bereits die geänderten Werte (vgl. auch Note [5]).

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Zahlungsmittelfonds des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- operativen Geschäftstätigkeit,
- der Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Zahlungsmittelfonds übergeleitet. Dieser entspricht der Bilanzposition Barreserve (vgl. Note [35]).

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode bestimmt. Danach wird der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt. Da Zins- und Dividenden- sowie Steuerzahlungen nach IAS 7 gesondert dargestellt werden, wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „sonstige Anpassungen“ um das Zinsergebnis sowie erfolgswirksam erfasste Steuern bereinigt.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Eigenkapitalveränderungen durch Auszahlungen an die Trägerin der Stadtsparkasse Düsseldorf sowie Cashflows aus der Bereitstellung bzw. Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten, die aufsichtsrechtlich dem Eigenkapital zuzurechnen sind, zu subsumieren.

Im Allgemeinen ist der Kapitalflussrechnung bei Kreditinstituten eine geringe Aussagekraft beizumessen, da sie einerseits keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht und sie andererseits nicht zur internen Konzernsteuerung herangezogen wird.

Konzernanhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

[1] Angaben zum Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Berliner Allee 33 sowie weiteren Filialen und Betreuungszentren innerhalb des Stadtgebiets der Stadt Düsseldorf sowie in Monheim am Rhein. Trägerin der Stadtsparkasse Düsseldorf ist die Stadt Düsseldorf. Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist im HRA 14082 des Amtsgerichts Düsseldorf eingetragen. Ihr Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Als Universalkreditinstitut bietet die Stadtsparkasse eine Vielzahl von Finanzdienstleistungen an, die im Wesentlichen bilanzwirksame Ausleihungen und Einlagen, aber auch sonstige Dienstleistungen umfassen. Eingebunden in die S-Finanzgruppe bietet sie Bauspar- und Investmentprodukte wie auch Leasingfinanzierungen an.

Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt bei Privatkunden (Segment Privatkunden) sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen. In diesen Kundensegmenten verfügt sie in ihrem Geschäftsgebiet über Marktanteile von über 50%.

Zu ihren Geschäftspartnern zählen auch große Firmen- und Immobilienkunden sowie institutionelle Anleger. Letztere nutzen die Kompetenz der Sparkasse im Asset Management zur renditeorientierten Anlage ihrer Gelder.

Ihr Beteiligungsgeschäft betreibt sie im Wesentlichen über ihre Tochtergesellschaft

§-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, die in den IFRS-Konzernabschluss einbezogen wird.

[2] Grundlagen der Rechnungslegung

Neben der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und der Kapitalflussrechnung umfasst der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen sowie die Notes. Darüber hinaus erstellt sie als kapitalmarktorientiertes Unternehmen im Rahmen der Notes eine Segmentberichterstattung nach IFRS 8. Ergänzende Erläuterungen zum Eigenkapital werden unter Ausnutzung des Wahlrechts nach IAS 1.97 in den Notes vorgenommen. Gemäß § 315a HGB wird der Jahresabschluss ergänzt um den Lagebericht des Vorstands nach § 315 HGB.

Die Bilanzierung und Bewertung folgt der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern). Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind, und zeitanteilig abgegrenzt. Aus dieser periodengerechten Abgrenzung resultierende anteilige Zinsen für Finanzinstrumente werden zusammen mit der Hauptforderung bzw. –verbindlichkeit gezeigt.

Der Konzernabschluss ist vom Vorstand am 27. April 2009 aufgestellt worden. Er wird entsprechend § 325 HGB i.V.m. § 328 HGB beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (www.ebundesanzeiger.de) eingereicht.

Bei der Berichtswährung handelt es sich um den EURO. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. Euro) angegeben.

[3] Entsprechenserklärung mit den IFRS

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2008 erfolgt auf der Grundlage von § 315a Abs. 1 HGB in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) wie sie von der Europäischen Union (EU) übernommen worden sind.

Ergänzend werden die von der EU übernommenen Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) sowie des Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet.

Nach dem Endorsement durch die EU sind die vom IASB verabschiedeten Änderungen der Standards IAS 1, 19, 23, 27, 32 sowie die Änderungen im Rahmen des jährlichen Verbesserungsprozesses (Improvement) bzw. IFRS 1 und 2 sowie IFRIC 12, 13, 14 ab dem 01. Januar 2009 verpflichtend anzuwenden. Die Stadtsparkasse Düsseldorf erwartet aus diesen neuen Vorschriften keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Konzerns. Von einer vorzeitigen Umsetzung wurde abgesehen. Hervorzuheben sind die Änderungen des IAS 1, aus denen sich die Verpflichtung zur Erstellung eines Eigenkapitalspiegels sowie zur Angabe eines Periodengesamtergebnisses – bestehend aus erfolgswirksamen und erfolgsneutralen Ergebnisbestandteilen – ableitet. Diese Ergebnisrechnung ist vergleichbar mit der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, die bereits Bestandteil des Konzernabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf ist. Eine Übersicht über die angewandten IFRS (Stand 31. Dezember 2008) enthält Note [4].

Darüber hinaus steht ein Endorsement der vom IASB verabschiedeten Änderungen des IAS 27, 39 (zulässige Grundgeschäfte im Rahmen von Sicherungsbeziehungen), IFRS 1 (Neu-

fassung des Standards), 3 und 7 sowie der IFRIC 9, 15, 16, 17 und 18 durch die EU noch aus.

[4] Angewandte IFRS

Der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf basiert auf dem IFRS-Rahmenkonzept und den nachfolgenden IAS/IFRS:

Standard	Bezeichnung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen u. Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 31	Anteile an Joint Ventures
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
IFRS 8	Geschäftssegmente

Die Standards IAS 11, 20, 26, 29, 33, 34, 41, IFRS 2, 4 sowie IFRS 6 werden nicht berücksichtigt, da sie für den Konzern nicht relevant sind. Bereits im Geschäftsjahr 2007 sind die Anforderungen des IFRS 8 umgesetzt worden (verpflichtende Anwendung ab dem 01. Januar 2009). Entsprechend wird der IAS 14 nicht angewendet.

[5] Angaben nach IAS 8

Bereits im Rahmen der Erstellung des Zwischenabschlusses 2008 hat sich gezeigt, dass die Grundlage für die Berechnung der erfolgswirksamen latenten Steuern für Aktienportfolien innerhalb von zwei Wertpapiersondervermögen nicht aufrechterhalten werden kann. Der Sachverhalt betrifft Differenzen zwischen den steuerlichen Wertansätzen von Finanzinstrumenten und ihrer Bewertung nach IFRS zum Stichtag 31. Dezember 2007, die sich aus Aktienkursgewinnen ergeben. Diese können weitestgehend steuerfrei vereinnahmt werden.

Der Neuberechnung müssen geringere Differenzen zu Grunde gelegt werden als ursprünglich angenommen. In der Folge ist der Steuerertrag des Geschäftsjahres 2007 gemäß dem veröffentlichten Konzernfinanzbericht aufgrund der erforderlichen Neuberechnung der latenten Steuern für Finanzanlagen um 28,5 Mio. Euro zu verringern.

Darüber hinaus sind die Zinserträge aus einzelwertberechtigten Kreditforderungen (das sog. "Unwinding") aufgrund einer im Widerspruch zur getroffenen Bilanzierungsentscheidung stehenden Parametrisierung eines Subsystems irrtümlich doppelt erfasst worden.

Während sich der Konzern ursprünglich für eine Abbildung des Unwindings als Erhöhung des Wertansatzes der Kreditforderungen entschieden hat, sind diese Zinserträge gleichzeitig als Reduzierung der Einzelwertberechtigungen in der Nebenbuchhaltung berücksichtigt worden. Der Sachverhalt betrifft solche Kreditforderungen, bei denen zum Bilanzstichtag noch ein Impairment vorgelegen hat.

Ab dem Geschäftsjahr 2008 zeigt der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf die Zinserträge aus einzelwertberechtigten Kreditforderungen aufgrund technischer Restriktionen als Minderung der Risikovorsorge in einer Einzelposition des Risikovorsorgespiegels. Die Änderungen der Vorjahresangaben führen zu einer Verringerung des Ausweises der Forderungen an Kunden um rd. 4,8 Mio. Mio. Euro, die eine gegenläufige Erhöhung der erfolgswirksamen aktiven Steuerlatenzen für Forderungen an Kunden um rd. 1,5 Mio. Euro bewirkt.

Daneben führen erforderliche Anpassungen der Vorjahresangaben aufgrund der Doppelerfassung des Unwindings zu einer Erhöhung des Risikovorsorgeaufwandes 2007 um rd. 4,8 Mio. Euro (netto).

Beide Sachverhalte führen insgesamt zu einer Korrektur des im Finanzbericht 2007 ausgewiesenen Konzernbilanzgewinns von 71,7 Mio. Euro auf 39,9 Mio. Euro.

Das Erfordernis der Anpassung der Gewinnrücklagen aus Vorjahren ergibt sich nicht, da die Änderungen ausschließlich das Geschäftsjahr 2007 betreffen.

	Notes	Restatement	Finanzbericht 2007
		31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinserträge	[24]	690,6	690,6
davon Zinserträge aus Krediten und Darlehen		454,9	454,9
davon vertragliche Zinserträge		449,7	447,4
davon Zinserträge aus "Unwinding"		5,2	7,5
Risikovorsorge	[25]	12,2	7,4
davon Zuführungen zur Risikovorsorge		64,1	60,1
davon Auflösungen von Risikovorsorge		53,6	54,8
davon Direktabschreibungen		5,2	5,6
Steuerertrag	[34]	4,2	31,2
davon latenter Ertragsteuerertrag		2,9	29,9
Konzernbilanzgewinn	[60]	39,9	71,7
Aktiva			
Forderungen an Kunden	[37]	7.920,6	7.925,4
Steueransprüche aus latenten Steuern	[49]	0,0	22,8
davon auf Finanzanlagen entfallend (*)		4,7	24,5
davon auf übrige Bilanzpositionen einschließlich Forderungen an Kunden entfallend (*)		42,2	40,7
Passiva			
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	[57]	4,2	0,0
davon auf Finanzanlagen entfallend (**)		19,8	11,1
Konzerneigenkapital	[60]	1.123,4	1.155,2

(*) Jeweils vor Netting mit Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern.

(**) Vor Netting mit Steueransprüchen aus latenten Steuern.

Portfoliowertberichtigungen für Finanzanlagen der Kategorie LAR weist der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf nicht mehr offen in der Bilanzposition Risikovorsorge aus, sondern reduziert den Bilanzansatz der Finanzanlagen dieser Kategorie um den Wert der Risikoabschirmung (0,1 Mio. Euro im Vorjahr). Somit wird eine Trennung von der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erreicht. Die Vorjahresangaben sind entsprechend angepasst worden (siehe auch Note [39] und Note [43]).

[6] Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird nach der Einheitstheorie unter Anwendung konzerneinheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

IAS 27 sieht vor, dass alle Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen sind, die dem beherrschenden Einfluss der Stadtsparkasse Düsseldorf unterliegen (Control-Konzept). Ein Beherrschungsverhältnis liegt vor, soweit die Stadtsparkasse Düsseldorf direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen verfügt oder deren Geschäfts- oder Finanzpolitik in sonstiger Weise bestimmen kann. Hierbei werden auch potenzielle Stimmrechte, die zum Bilanzstichtag ausgeübt oder umgewandelt werden könnten, berücksichtigt.

Daneben sind nach SIC 12 auch Einzweckgesellschaften, an deren Chancen und Risiken die Stadtsparkasse mehrheitlich partizipiert, nach IFRS in den Konzernabschluss einzubeziehen. Der Begriff des Tochterunternehmens umfasst dabei ausdrücklich auch Gesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit (z.B. Wertpapiersondervermögen der Stadtsparkasse Düsseldorf).

Tochterunternehmen werden nach der Erwerbsmethode zu dem Zeitpunkt erstmals konsolidiert, zu dem die Stadtsparkasse Düsseldorf die Beherrschungsmöglichkeit über das erworbene Unternehmen erlangt. Andererseits scheiden Unternehmen zu dem Zeitpunkt aus dem Konsolidierungskreis aus, zu dem die Beherrschungsmöglichkeit der Stadtsparkasse endet (Endkonsolidierung).


Bei der Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode (IFRS 3) werden die Anschaffungskosten für den Unternehmenserwerb mit dem Konzernanteil am neu bewerteten Eigenkapital des betreffenden Unternehmens verrechnet. Dabei ergibt sich das Eigenkapital als Residualgröße zwischen den zum Zeitpunkt des Erwerbs der Unternehmensanteile zu beizulegenden Zeitwerten bewerteten Vermögenswerten, Schulden und Eventualschulden. Ein im Rahmen der Kaufpreisallokation ermittelter positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Dieser wird gemäß IAS 36 nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen. Gleiches gilt für die Bewertung at equity bei assoziierten Unternehmen.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode gemäß IAS 28 in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die Fortschreibung der Equity-Werte erfolgt anteilig entsprechend der Veränderung des Eigenkapitals des assoziierten

ten Unternehmens. Im Falle von erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen wird auch der Equity-Wert erfolgsneutral fortgeschrieben. Gemeinschaftsunternehmen im Sinne des IAS 31 werden ebenfalls nach der Equity-Methode einbezogen.

Im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung werden konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge gemäß IAS 27.24 eliminiert. Im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden neutralisiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

[7] Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 werden neben dem Mutterunternehmen Stadtsparkasse Düsseldorf, Düsseldorf, unverändert sieben Tochterunternehmen einbezogen. Alle Gesellschaften entfallen auf den konsolidierten IFRS-Teilkonzernabschluss der Holdinggesellschaft -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, Düsseldorf.

Darüber hinaus werden gemäß IAS 27 i.V.m. der vom Standing Interpretations Committee (SIC) veröffentlichten Interpretation SIC 12 unverändert fünf Spezialfonds (ausschließlich im Interesse der Stadtsparkasse Düsseldorf aufgelegte Wertpapiersondervermögen) vollkonsolidiert.

Bezeichnung	Kapitalanlagegesellschaft	Anlageschwerpunkt
AGI-Fonds SSKD-A	Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
AGI-Fonds SSKD-B	Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien/Renten
SSKD INKA Master A	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien/Wandelanleihen
SSKD INKA Master B	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien/Wandelanleihen
SSKD INKA Master C	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Renten

Neu aufgelegte Publikumsfonds, bei denen die Stadtsparkasse Düsseldorf das Dotationskapital bereitgestellt hat, werden nach IAS 39 bewertet. Eine Konsolidierung wird wegen untergeordneter Bedeutung für den Konzernabschluss nicht vorgenommen.

Neben den voll zu konsolidierenden Tochterunternehmen und Einzweckgesellschaften werden insgesamt sieben (Vorjahr: elf) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode entsprechend dem Anteil des Konzerns an deren Eigenkapital in den Konzernabschluss einbezogen.

Erstmalig werden die Gesellschaften HoGi Co-Investment GmbH & Co. KG, Düsseldorf – Erwerb im Geschäftsjahr 2008 - und Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH, Ratingen at equity bewertet.

Wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage entsprechend F30 des Rahmenkonzepts der IFRS wird auf die Bewertung at equity von elf (Vorjahr: sieben) assoziierten Unternehmen verzichtet. Die Anteile an diesen Gesellschaften werden stattdessen als Finanzinstrumente nach IAS 39 bilanziert.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu diesen nicht einbezogenen assoziierten Unternehmen nach IAS 28.37 (i) enthält die nachfolgende Darstellung:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte	10,7	1,7
Summe der Verpflichtungen	3,1	1,1
Eigenkapital	7,6	0,6
Ordentliche Erträge	11,8	0,6
Jahresüberschuss	0,3	0,2

[8] Unternehmenszusammenschlüsse im Berichtsjahr

Im Geschäftsjahr sind keine Unternehmenszusammenschlüsse nach IFRS 3 abzubilden.

[9] Rechnungslegungsannahmen und Schätzungen

Die Anwendung der IFRS erfordert in einigen Fällen Annahmen und Schätzungen durch die Stadtsparkasse Düsseldorf, die auf subjektiven Beurteilungen zukünftiger Entwicklungen beruhen und demzufolge mit Prognoseunsicherheiten behaftet sind. Auch wenn die Stadtsparkasse Düsseldorf im Rahmen der Schätzungen auf verfügbare Informationen, historische Daten und andere Beurteilungsparameter zurückgegriffen hat, können die tatsächlichen, zukünftigen Ereignisse von den Schätzungen abweichen. Dies kann sich zukünftig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Annahmen und Schätzungen sind im Wesentlichen notwendig bei

- der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes (Fair Values)
 - nicht börsennotierter Derivate,
 - von Schuldverschreibungen, für die aufgrund der Finanzmarktkrise keine aktiven Märkte anzutreffen sind,
 - von Beteiligungen an Private Equity Sondervermögen,
- der Bestimmung der erwarteten Laufzeit bei bestimmten Prämiensparverträgen,
- der Bemessung der Risikovorsorge (Impairment),
- der Berechnung latenter Steuern sowie
- der Ermittlung der Pensions- und anderer Rückstellungen.

Zum Zwecke der Bemessung der Risikovorsorge (Impairment) für Beteiligungen an Private Equity Sondervermögen, bei denen noch kein aktuelles Reporting für das vierte Quartal 2008 vorgelegen hat, ist ein risikoorientierter Abschlag auf die gemeldeten Net Asset Values (NAV) zum 30. September 2008 vorgenommen worden. Dieser ist auf der Basis der Wertentwicklung vergleichbarer Investments, für die aktuelle Angaben vorgelegen haben, sowie der betreffenden Indices ermittelt worden. Die nach dem beschriebenen Verfahren berechneten NAV bilden den Ausgangspunkt für den Impairmenttest. Bei nachhaltigen bzw. wesentlichen Wertminderungen im Sinne des IAS 39 ist auf den ermittelten NAV abgeschrieben worden.

Die Annahmen und Schätzungen selbst, sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Sofern Schätzungen erforderlich sind, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargelegt (z.B. Schätzungen bei der Bewertung von Rückstellungen).

[10] Finanzinstrumente

Kategorisierung nach IAS 39

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen – auch Derivate – bilanziell zu erfassen, einer Kategorie zuzuordnen und in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bewerten. Das sog. "Mixed Model" unterscheidet für finanzielle Vermögenswerte:

Kategorie	Beschreibung	Bewertung
AFV	Finanzielle Vermögenswerte mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial assets at fair value through profit or loss)	FV
AFS	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available for sale financial assets)	FV
LAR	Kredite und Forderungen (loans and receivables)	fAK
HTM	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (held to maturity investments)	fAK

(FV: Fair Value, fAK: fortgeführte Anschaffungskosten)

Finanzielle Verpflichtungen werden wie folgt kategorisiert:

Kategorie	Beschreibung	Bewertung
LFV	Finanzielle Verbindlichkeiten mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial liabilities at fair value through profit or loss)	FV
OFL	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (other financial liabilities)	fAK

Die Stadtsparkasse Düsseldorf nimmt die Zuordnung der Finanzinstrumente entsprechend der Halteintention sowie gemäß deren Ausstattungsmerkmalen vor. Von einer Nutzung der Kategorie HTM hat die Stadtsparkasse Düsseldorf abgesehen. Ebenso hat sie von den neuen Umkategorisierungsmöglichkeiten gem. dem im Oktober 2008 veröffentlichten Amendment des IAS 39 keinen Gebrauch gemacht.

Kategorie AFV / LFV

Die Kategorie AFV / LFV besteht aus den folgenden zwei Unterkategorien:

Kategorie	Beschreibung
Trading	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die mit Handelsabsicht gehalten werden (AFV / LFV - Trading)
Designation	Freiwillig erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (AFV / LFV - Designation)

Der Unterkategorie „Trading“ werden solche Finanzinstrumente zugeordnet, die zur kurzfristigen Weiterveräußerung erworben worden sind, Bestandteile von Handelsportfolien oder derivative Finanzinstrumente darstellen, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente i.S.v. IAS 39.72 ff. sind. Diese Finanzinstrumente werden in Abhängigkeit von ihrer Bewertung unter den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“ bzw. „Handelspassiva“ ausgewiesen. Sämtliche Bewertungserfolge aus derartigen Finanzinstrumenten werden in der GuV-Position „Handelsergebnis“ abgebildet. Davon abweichend wird das originäre Zinsergebnis aus diesen Finanzinstrumenten im Zinsergebnis erfasst.

Die Möglichkeit der unwiderruflichen Designierung zum Zugangszeitpunkt (Fair Value Option) erlaubt auch für nicht-derivative Finanzinstrumente, die nicht mit Handelsabsicht erworben wurden, eine freiwillige erfolgswirksame Bewertung zum Fair Value.

Anwendungsvoraussetzungen für die Fair Value Option		Anwendung im Konzern
A.	Strukturiertes Finanzinstrument mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten	ja
B.	Erhöhung der Relevanz der Jahresabschlussinformationen in folgenden Fällen:	
B.1	Eliminierung oder Verringerung der durch das Mixed Model (Bewertungsmodelle fortgeführte Anschaffungskosten und Fair Value) hervorgerufenen Inkonsistenzen bei der Bewertung bzw. Erfassung von Finanzinstrumenten (Vermeidung Accounting Mismatch)	nein
B.2	Finanzinstrument ist Teil eines Portfolios, für das die interne Risiko-steuerung und Berichterstattung an den Vorstand auf Fair Value-Basis erfolgt	ja

Sämtliche Erfolge aus freiwillig designierten Finanzinstrumenten weist die Stadtsparkasse Düsseldorf unter dem GuV-Posten „Ergebnis aus designated as at Fair Value Geschäften“ aus, während die Bilanzzuordnung entsprechend den Charakteristika der Finanzinstrumente vorgenommen wird.

Insgesamt werden zum Stichtag finanzielle Vermögenswerte mit einem Buchwert von 227,8 Mio. Euro (bei Schuldverschreibungen einschließlich Zinsabgrenzung) freiwillig zum Fair Value bilanziert. Buchwerte i.H.v. 103,3 Mio. Euro (45 %) entfallen auf freiwillig zur Fair Value Bewertung designierte Aktien. Darüber hinaus werden finanzielle Verbindlichkeiten mit einem Buchwert einschließlich Zinsabgrenzung i.H.v. 37,1 Mio. Euro freiwillig zum Fair Value bewertet.

Kategorie LAR

Die Kategorie LAR ist anwendbar für nicht-derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, sofern sie nicht auf einem aktiven Markt gehandelt oder mit Handelsabsicht erworben werden. Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Finanzinstrumenten um Forderungen aus dem Kreditgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf sowie um Schuldverschreibungen, für die kein aktiver Markt besteht.

Finanzinstrumente der Kategorie LAR werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agien und Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Kategorie AFS

Die Kategorie AFS umfasst alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die weder der Kategorie AFV noch LAR zugeordnet werden. Ihre Wertentwicklung gegenüber den (fortgeführten) Anschaffungskosten wird in der sog. Neubewertungsrücklage als Bestandteil des Eigenkapitals nach IFRS erfolgsneutral abgebildet. Die effektivzinskonstante Fortschreibung der Anschaffungskosten bei AFS-Fremdkapitaltiteln hingegen wird im Zinsergebnis vereinnahmt. Die in der Neubewertungsrücklage erfassten Wertänderungen werden bei Abgang oder außerplanmäßiger Abschreibung des Finanzinstruments im Falle eines Impairments in die GuV übernommen.

Die Verwendung der Kategorie AFS unterliegt der freiwilligen Designationsentscheidung zum Zugangszeitpunkt der betreffenden finanziellen Vermögenswerte.

Die Sparkasse Düsseldorf nutzt sie für alle originären finanziellen Vermögenswerte, die nicht mit der Absicht einer kurzfristigen Veräußerung gehalten, zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designiert oder der Kategorie LAR zugeordnet werden. Diese umfassen Beteiligungen, Investmentfondsanteile sowie Inhaber- und Namensschuldverschreibungen (Ausweis unter "Forderungen"), letztere soweit für sie ein aktiver Markt angenommen werden kann. Schuldverschreibungen innerhalb von konsolidierten Sondervermögen werden grundsätzlich dieser Kategorie zugeführt.

Kategorie OFL

Dieser Kategorie werden alle finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die weder Handelspassiva darstellen, noch freiwillig erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden. Verbindlichkeiten der Kategorie OFL werden zum Zeitpunkt ihres Zugangs mit den Anschaffungskosten bewertet.

Der Ansatz dieser Verbindlichkeiten erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Rückkäufe von begebenen Schuldverschreibungen werden nicht aktivisch ausgewiesen, sondern als Tilgung von der betroffenen Passivposition abgesetzt.

Erläuterung der Bewertungsmaßstäbe

Bei Zugang werden finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen stets zum Fair Value bewertet, der im Allgemeinen den Anschaffungskosten entspricht. Die Folgebewertung hingegen hängt von der Kategorisierung ab und wird entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Kategorien LAR und OFL) oder zum Fair Value (Kategorien AFV, AFS und LFV) durchgeführt. Die Folgebewertung zum Fair Value wird entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39.48A durchgeführt, die die Bewertung mit notierten Preisen an aktiven Märkten als maßgeblich vorsieht, sofern solche Preise vorliegen.

Der Konzern unterstellt einen aktiven Markt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Grundsätzlich gelten diese Annahmen als erfüllt, wenn gleichzeitig Geld-Brief-Kurse von mindestens fünf Marktteilnehmern gestellt werden und wöchentlich mehrere Umsätze von mindestens TEUR 100 beobachtet werden.

Aufgrund der Finanzmarktkrise sind die Märkte für wesentliche Teile des zinsbezogenen Wertpapierbestandes des Konzerns zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Bei der Untersuchung der Wertpapiere auf das Vorliegen eines aktiven Marktes sind auch die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen worden. Davon unabhängig ist auch die Umsatzhäufigkeit in Abhängigkeit vom Emissionsvolumen bei der Analyse eines aktiven Marktes zu berücksichtigen. Soweit keine Umsatztätigkeit festgestellt worden ist, ist auch der Geld-Brief-Spread untersucht worden.

Aktive Märkte hat der Konzern im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und Anleihen öffentlicher Emittenten sowie für die überwiegende Anzahl der Investments im Teilportfolio Pfandbriefe festgestellt.

In allen anderen Fällen werden – sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorliegen – die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse werden anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen, indem die Stadtsparkasse Düsseldorf einerseits auf alle verfügbaren Informationen von OTC-Märkten bzw. von Preis-Service-Agenturen (Reuters, Bloomberg) oder auf taxierte Kurse an Börsenplätzen zurückgreift. In diese Betrachtung werden solche Märkte einbezogen, an denen die Stadtsparkasse Düsseldorf üblicherweise Wertpapiertransaktionen durchführt.

Entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 wird die indikative Bewertung andererseits in den Fällen angepasst, in denen eine abweichende Bewertung eines im Wesentlichen gleichartigen Finanzinstruments auf einem aktiven Markt angetroffen wird.

Im Rahmen der Kontrollhandlungen sind für das Wertpapier-Eigengeschäft (Depot A) die Portfolios

- Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten,
- Pfandbriefe,
- von Kreditinstituten emittierte, ungedeckte Schuldverschreibungen,
- Schuldverschreibungen US-amerikanischer Investmentbanken,
- strukturierte Produkte

gebildet worden. Neben einer Einzelfallbetrachtung hat die Stadtsparkasse Düsseldorf auch eine Plausibilisierung durch einen Vergleich der Bewertung im Wesentlichen gleichartiger Investments innerhalb der Teilportfolios durchgeführt.

Aufgrund ihrer Bonität ist bei "Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten" lediglich von einer geringen Beeinflussung durch die Finanzmarktkrise auszugehen.

Investments im Teilportfolio "Pfandbriefe", bei denen die Stadtsparkasse Düsseldorf einen aktiven Markt angenommen hat, weisen zum Bilanzstichtag einen Geld-Brief-Spread von maximal 30 Basispunkten auf. Bei einzelnen Investments innerhalb dieses Teilportfolios ist nicht von einem aktiven Markt auszugehen, obwohl der genannte Spread nicht überschritten

worden ist, da weitere Kriterien die Annahme eines aktiven Marktes nicht gerechtfertigt haben.

Sofern im Teilportfolio "von Kreditinstituten emittierte, ungedeckte Schuldverschreibungen" für einzelne Investments ein aktiver Markt identifiziert worden ist, hat die Stadtsparkasse Düsseldorf die Bewertung im Wesentlichen gleichartiger Finanzinstrumente an die Bewertung dieser Referenzwerte angepasst. Schuldverschreibungen mit Buchwerten von 23,1 Mio. Euro sind auf der Basis von indikativen Kursen bilanziert worden. Schuldverschreibungen mit einem Fair Value von 58,0 Mio. sind auf der Basis der Bewertung eines im Wesentlichen gleichartigen Finanzinstruments bilanziert worden.

Die Märkte für Inhaber- und Namensschuldverschreibungen US-amerikanischer Investmentbanken sind aufgrund der besonderen Betroffenheit dieser Emittenten von der Finanzmarktkrise als inaktiv anzusehen. Hier hat die Stadtsparkasse Düsseldorf vollständig auf eine indikative Bewertung entsprechend den oben beschriebenen allgemeinen Grundsätzen zurückgegriffen. Bei Inhaber- und Namensschuldverschreibungen der Kategorie AFS innerhalb dieses Teilportfolios ist ein Fair Value von insgesamt 156,9 Mio. Euro indikativ ermittelt worden.

Das Teilportfolio "Strukturierte Produkte" (Depot A) umfasst lediglich zwei Investments. Die Bewertung eines Investments ist aus der Kursfeststellung für eine öffentlich gehandelte Tranche abgeleitet worden, während der Fair Value (20,0 Mio. Euro) für eine Credit Linked Note aus einer synthetischen Verbriefungstransaktion der Sparkassenorganisation auf Basis eines Bewertungsmodells des Co-Arrangeurs bestimmt worden ist.

Für wesentliche Teile der im Depot A befindlichen Publikumsfonds ist als Fair Value der investimentrechtliche Rücknahmepreis angesetzt worden. Sofern für im Fonds enthaltene Wertpapiere der Markt am Bilanzstichtag als inaktiv anzusehen ist, sind die anzusetzenden Werte nach dem gleichen Verfahren wie für die übrigen Wertpapiere ermittelt worden. Für zwei Publikumsfonds ist die Bewertung gemäß den von der Kapitalanlagegesellschaft angegebenen indikativen Kursen vorgenommen worden. Das Fondsmanagement hat bestätigt, dass die erforderlichen Kriterien für eine indikative Bewertung Berücksichtigung gefunden haben. Der Buchwert dieser Publikumsfonds beläuft sich auf 36,6 Mio. Euro.

Vermögenswerte innerhalb von konsolidierten Wertpapierspezialfonds (vgl. Note [7]) sind gemäß der investimentrechtlichen Vorgehensweise auf der Grundlage der von der Depotbank zur Verfügung gestellten Preisangaben bewertet worden. Im Falle von inaktiven Märkten

ten sind indikative Kurse externer Anbieter (z.B. Broker oder handelsunabhängige Abteilungen der Lead Manager) herangezogen worden. Buchwerte von Inhaber- und Namensschuldverschreibungen innerhalb dieser Sondervermögen i.H.v. 560,4 Mio. Euro sind auf der Basis von indikativen Kursen ermittelt worden.

Die Verwendung von indikativen Kursen ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Auch für sog. OTC-Derivate liegen keine notierten Preise an aktiven Märkten vor, so dass ein Bewertungsverfahren zur Bestimmung des Fair Values heranzuziehen ist. Für diese derivativen Finanzinstrumente werden Bewertungsmodelle, wie z.B. DCF-Verfahren oder Optionspreismodelle verwendet, in die marktübliche Bewertungsparameter einfließen. Soweit wie möglich, werden diese von beobachtbaren Märkten entnommen.

Bei Kundenderivaten erfolgt eine Kalibrierung der am Markt beobachtbaren relevanten Parameter um den Bonitätsspread des Kontrahenten sowie um die Gewinn- und Kostenmarge der Sparkasse. Die Modellkalibrierung führt dazu, dass beim erstmaligen Ansatz dieser Derivate kein Gewinn erfasst wird.

Eine entsprechend IAS 39.AG76 zum Zeitpunkt der Emission einer verbrieften Verbindlichkeit nicht vereinnahmte Gewinnmarge wird passivisch abgegrenzt. Nachfolgend wird ein Gewinn nach dem erstmaligen Ansatz nur insoweit erfasst, wie er durch Änderungen eines Faktors – insbesondere der Restlaufzeit der betroffenen Finanzinstrumente – entstanden ist, den auch andere Marktteilnehmer bei der Preisfindung berücksichtigen würden. Hinsichtlich der Höhe des am Bilanzstichtag noch nicht vereinnahmten Gewinns und zu seiner Veränderung im Geschäftsjahr verweist der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf Note [65].

Für Investments des Konzerns in Private Equity Fonds wird der von den Fondsgesellschaften mitgeteilte "Net Asset Value" (NAV) – Nettovermögenswert oder Marktwert eines Direkt- oder Fondsinvestments bzw. eines Portfolios – unter Bezugnahme auf die Fair Values der vom jeweiligen Zielfonds gehaltenen Unternehmen herangezogen. Zur Ermittlung der Fair Values eines Unternehmens wird in der Regel auf die allgemeinen Bewertungsrichtlinien der European Private Equity & Venture Capital Association (EVCA) oder eines vergleichbaren Regelwerks abgestellt (Börsenkurs, Bewertung auf der Basis einer aktuellen Transaktion, DCF-Methode, Multiple Methode u.a.).

Sofern für einzelne Investments zum Bilanzstichtag noch kein aktueller Quartalsreport vorgelegen hat, ist der letztmalig zum Vorquartal mitgeteilte NAV vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise um einen pauschalen Abschlag vermindert worden, der dem allgemeinen Markttrend und der Indikation aus der aktuellen Bewertung weiterer Private Equity Fonds Rechnung trägt. Auf diese Weise bewertete Investments werden mit einem Fair Value von 10,7 Mio. Euro bilanziert. In diesem Zusammenhang wird auch auf Note [9] verwiesen.

Ausweis des Zinsergebnisses aus Finanzinstrumenten

Zinserträge und –aufwendungen werden für alle originären zinstragenden Finanzinstrumente in den GuV-Posten Zinsertrag bzw. Zinsaufwand ausgewiesen, soweit es sich nicht um Finanzinstrumente handelt, die den Kategorien AFV bzw. LFV durch freiwillige Designationsentscheidung (Fair Value Option) zugeordnet werden. Diese Zinserträge bzw. -aufwendungen werden im Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften ausgewiesen. Zinserträge aus Zinsswaps werden im Zinsergebnis abgebildet.

Mit Ausnahme der Kategorien AFV und LFV werden die Zinserträge (-aufwendungen) nach der Effektivzinsmethode berechnet. Bei der Effektivzinsmethode wird der maßgebliche Zinssatz so bestimmt, dass der Barwert der künftigen Zahlungen den Anschaffungskosten entspricht. Sofern Zahlungszeitpunkte wie etwa im Zusammenhang mit Kündigungsrechten nicht eindeutig bestimmt werden können, wird der Effektivzinssatz unter Berücksichtigung der erwarteten Zahlungszeitpunkte bestimmt. Mögliche Zahlungsausfälle aus Bonitätsverschlechterungen werden nicht einkalkuliert. In die Berechnung des Effektivzinssatzes fließen u.a. Bereitstellungsinsen sowie Agien, Disagien und Transaktionskosten ein. Liegen keine Anzeichen für bonitätsbedingte Auszahlungsabschläge vor, wird ihr Amortisationszeitraum bei variabel verzinslichen Fremdkapitalinstrumenten bis zum Zeitpunkt der nächsten Zinsanpassung angenommen.

Zinserträge auf wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte werden ermittelt, indem der Buchwert nach Wertberichtigung mit dem anfänglichen Effektivzins bzw. bei variabel verzinslichen Forderungen mit dem Effektivzins zum Zeitpunkt des Impairments aufgezinst wird ("Unwinding").

Risikovorsorge für Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kreditforderungen werden im Rahmen des regelmäßigen Kreditüberwachungsprozesses einzeln auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Auslöser für einen Impairment-Test stellen die folgenden Ereignisse dar:

- Zahlungsverzug bzw. Überziehung des Kreditrahmens,
- Signifikante Verschlechterung des Ratings gem. internem Bonitätsbeurteilungssystem,
- Gewinneinbruch,
- Rückläufige Umsätze,
- Eigenkapitalminderung,
- Restrukturierungsvereinbarungen,
- Insolvenzantrag sowie
- weitere Hinweise aus dem internen Risikofrüherkennungssystem.

Den identifizierten Verlustereignissen für einzelne Forderungen begegnet die Sparkasse durch die Bildung von barwertig berechneten Wertberichtigungen auf Basis der zukünftig noch als einbringlich erachteten Cashflows. In diese Betrachtung bezieht sie prognostizierte Cashflows aus der Verwertung von Sicherheiten ein.

Ab dem Zeitpunkt der Wertberichtigung werden die vertraglichen Zinszahlungen nicht mehr als Zinsertrag vereinnahmt, sondern als Tilgung der Forderung betrachtet. Zinserträge entstehen anschließend ausschließlich aus dem sog. "Unwinding", das als Verminderung der Einzelwertberichtigung erfasst wird.

Von der Möglichkeit der Bildung von pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB) für Portfolien unwesentlicher Forderungen mit Verlustereignissen macht die Sparkasse keinen Gebrauch.

Bereits eingetretenen, aber noch nicht einzeln identifizierten Verlustereignissen trägt die Sparkasse durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen (PoWB) nach dem sog. Modell der Incurred Losses Rechnung. Dabei stellt sie die Portfolien nach homogenen Risikostrukturen analog dem Vorgehen nach Basel II zusammen. Der eingetretene Verlust wird auf Basis des Buchwertes der Forderungen unter Berücksichtigung der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit – bezogen auf einen Zeitraum von zwölf Monaten – sowie der geschätzten Verlusthöhe berechnet. Zur Quantifizierung der eingetretenen Verluste entsprechend IAS 39 wird der nach dem dargestellten Verfahren ermittelte Wert um einen Korrekturfaktor bereinigt. Dieser Korrekturfaktor spiegelt denjenigen Zeitraum wider, der maximal bis zur einzelfallbezogenen Identifizierung des Verlustes im Rahmen des regelmäßigen Kreditüberwachungsprozesses ab dem Bilanzstichtag noch verstreichen kann.

Einzel- und Portfoliowertberichtigungen für Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden auf Wertberichtigungskonten erfasst und auf der Aktivseite der IFRS-Konzernbilanz offen gezeigt.

Risikovorsorge für Finanzanlagen

Die Finanzanlagen des Konzerns werden regelmäßig – mindestens zum Stichtag des Halbjahres- bzw. Jahresabschlusses – einem Impairment-Test unterzogen, soweit keine erfolgswirksame Fair Value Bewertung erfolgt. Mögliche von einem Impairment betroffene Finanzinstrumente werden anhand eines der nachfolgenden Kriterien selektiert:

Kriterium	Art des Finanzinstruments
A. Rating-Downgrade in den Non-Investmentgrade-Bereich	Fremdkapitaltitel
B. Veränderung des Marktpreises zum Bewertungsstichtag von mind. 20 % unter den Einstiegskurs bzw. den niedrigeren Nominalwert	Fremdkapitaltitel / Eigenkapitaltitel
C. Absinken des Marktpreises unter die Anschaffungskosten über einen Zeitraum von mindestens 9 Monaten	Eigenkapitaltitel

Im Anschluss werden die identifizierten Finanzinstrumente auf das Vorliegen von objektiven Hinweisen auf ein Impairment gem. IAS 39.59 und IAS 39.61 untersucht.

Bei Fremdkapitalinstrumenten ist insbesondere beachtlich, ob der Marktwertverfall individuell bonitätsinduziert oder Ergebnis der zinsinduzierten Bewertung bzw. der allgemeinen Marktwertentwicklung für eine bestimmte Art von Finanzinstrumenten ist.

Bei Eigenkapitaltiteln hingegen liegt nach IAS 39.61 auch dann ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung vor, wenn ihr Fair Value signifikant und / oder länger anhaltend unter die Anschaffungskosten absinkt. Annahmegemäß sind diese beiden Merkmale bei Vorliegen der Kriterien B. oder C. erfüllt, so dass ein Impairment in diesem Fall stets zu bilden ist.

Wertminderungen von Finanzinstrumenten, für die objektive Hinweise identifiziert worden sind, werden erfolgswirksam erfasst. Sofern die Gründe für ein Impairment später wieder entfallen, erfolgt eine Wertaufholung bis zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten, die bei Fremdkapitaltiteln erfolgswirksam, im Fall von Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral vorgenommen wird.

Nicht einzeln identifizierte Wertminderungen von Finanzanlagen der Kategorie LAR werden durch Portfoliowertberichtigungen entsprechend dem Verfahren für Kreditforderungen berücksichtigt.

Sofern der Fair Value eines AFS-Eigenkapitalinstruments nicht verlässlich bestimmt werden kann, wird dieses zu Anschaffungskosten bewertet. In einem solchen Fall ist eine Wertaufholung bei Wegfall der Gründe für eine Wertberichtigung nicht zulässig.

Eingebettete Derivate

Im Falle von strukturierten Finanzinstrumenten mit eingebetteten trennungspflichtigen Derivaten macht die Stadtsparkasse Düsseldorf von der Möglichkeit der freiwilligen Designierung des Finanzinstrumentes zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung (Fair Value Option) Gebrauch, um eine Trennungspflicht des Derivats zu vermeiden. Aufgrund der rechtlichen Einheit von Basisvertrag und Derivat wird das gesamte Finanzinstrument unter dem Bilanzposten des Basisvertrags ausgewiesen. Erfolge werden in der GuV-Position „Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften“ gezeigt. Entsprechend IFRIC 9 erfolgt eine neue Beurteilung der Trennungspflicht von Derivaten nur, insofern sich wesentliche Vertragsbedingungen seit Zugang ändern.

Hedge Accounting

Die Stadtsparkasse Düsseldorf wendet bisher ausschließlich das Cash Flow Hedge Accounting nach IAS 39 zur Absicherung des Risikos von zukünftigen Cash Flow Schwankungen aus begebenen variabel verzinslichen Schuldverschreibungen an. In diesem Zusammenhang werden Fair Value Änderungen der im Rahmen der Sicherungsbeziehungen eingesetzten Derivate mit Ausnahme der Zinsabgrenzungen erfolgsneutral im Eigenkapital abgebildet, soweit die Sicherungsbeziehungen als effektiv i.S.v. IAS 39 anzusehen sind.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des Hedge Accountings erfüllen.

Ansatz und Abgang

Finanzinstrumente werden eingebucht, wenn die mit ihnen verbundenen Rechte und Verpflichtungen als auf ein Konzernunternehmen der Stadtsparkasse Düsseldorf im Sinne des IAS 39 übergegangen gelten. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erlöschen oder an Konzernfremde in der Weise übertragen werden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Ferner werden finanzielle Vermögenswerte ausgebucht, wenn die Kontrolle bzw. Verfügungsmacht übertragen wird. Finanzielle Verpflichtungen nach Tilgung ausgebucht.

Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes

Der Erstansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zu dem Zeitpunkt, an dem die Stadtsparkasse Düsseldorf Vertragspartei der den betreffenden Finanzinstrumenten zu Grunde liegenden vertraglichen Regelungen wird, d.h. wenn sie zu den vereinbarten Leistungen unbedingt berechtigt oder verpflichtet ist.

Für sog. übliche Käufe (regular way contracts) von finanziellen Vermögenswerten werden folgende Erstansatzzeitpunkte gewählt:

Kategorie	Erstansatz
AFV	Handelstag (Unterkategorien Trading und Designation)
AFS	Handelstag
LAR	Erfüllungstag

[11] Angaben nach IFRS 7

Nach dem Rechnungslegungsstandard IFRS 7 sind umfassende Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf aus Finanzinstrumenten ergeben, erforderlich. Darüber hinaus ist eine Darstellung der Risikomanagementprozesse einschließlich der Risikoberichterstattung bereits Pflichtbestandteil des Konzernlageberichts nach § 315a HGB. Die qualitativen Angaben zum Risikomanagement nach IFRS 7 werden im Wesentlichen im Rahmen des Risikoberichts im Konzernlagebericht dargestellt. Insofern ist dieser Risikobericht Bestandteil der Konzernberichterstattung nach IFRS.

Angaben, die nach IFRS 7 wahlweise in der Bilanz oder in den Notes dargestellt werden können, nimmt die Stadtsparkasse Düsseldorf in den Notes vor.

[12] Ertragsrealisierung

Erträge werden berücksichtigt, wenn sie realisiert bzw. realisierbar sind. Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden anteilig über die Laufzeit der betreffenden Aktiv- bzw. Passivposten verteilt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorien AFS, LAR und OFL erfolgt dies nach der Effektivzinsmethode.

[13] Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23a werden sämtliche monetären Vermögenswerte und Verpflichtungen sowie Posten der Gewinn- und Verlustrechnung in Fremdwährung mit den Fixkursen der öffentlichen Banken des 30. Dezember 2008 (letzter Handelstag) in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zum Terminkurs des letzten Handelstages umgerechnet.

Die Umrechnung von nicht monetären Finanzinstrumenten (z.B. Beteiligungen) der Kategorie AFS erfolgt erfolgsneutral. Falls Eigenkapitalinstrumente in Fremdwährung zu Anschaffungskosten bewertet werden, da ihr Fair Value nicht hinreichend verlässlich bestimmt werden kann (gemäß IAS 39.46 c), wird die Währungsumrechnung zu historischen Kursen vorgenommen.

Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Realisierung umgerechnet. Das erfolgswirksame Ergebnis aus der Währungsumrechnung wird im Handelsergebnis erfasst. Die Veränderung der Neubewertungsrücklage aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Finanzinstrumenten der Kategorie AFS wird in der Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen gezeigt.

Für die im Konzern wichtigsten Währungen gelten die folgenden Umrechnungskurse (Betrag in Währung für 1 Euro).

	31.12.2008	31.12.2007
US-Dollar (USD)	1,4170	1,4704
Schweizer Franken (CHF)	1,4952	1,6597
Japanische Yen (JPY)	127,9000	165,9700

Tochterunternehmen mit abweichender funktionaler Währung liegen nicht vor.

[14] Immaterielle Vermögenswerte

Unter dem Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ werden erworbene und selbst erstellte Vermögenswerte sowie derivative Geschäfts- und Firmenwerte (Goodwill) aus Unternehmenszusammenschlüssen ausgewiesen. Derzeit verfügt die Stadtsparkasse ausschließlich über erworbene immaterielle Vermögenswerte.

Immaterielle Vermögenswerte, die keinen Goodwill darstellen, werden zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die angenommene Nutzungsdauer beträgt drei Jahre. Wertminderungen werden unter dem GuV-Posten „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

[15] Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten - vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen - angesetzt. Die maßgebliche Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der physischen Abnutzung sowie der technischen Alterung ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei Mietereinbauten in gemieteten Gebäuden sowie Leasinggegenständen, die dem Konzern wirtschaftlich zuzurechnen sind, wird die Vertragsdauer als Abschreibungsdauer zugrunde gelegt, sofern diese geringer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Ergeben sich weitere Wertminderungen, werden diese durch außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert berücksichtigt. Entfallen die Gründe für eine außerplanmäßige Wertberichtigung nachfolgend, schreibt der Konzern bis höchstens zu den fortgeführten Anschaffungskosten wieder zu. Nachträglich angefallene Anschaffungskosten werden aktiviert, soweit diese zu einer Erhöhung des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens führen.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Anlageklasse	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	20 - 55
Betriebsvorrichtungen	3 - 25
sonstige Einrichtungen	5 - 20
Kraftfahrzeuge	5
Maschinen	3 - 10

Aus Wesentlichkeitsgründen werden Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis zu 1.000 Euro in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen bilanziert. Danach werden Vermögensgegenstände mit geringem Wert (bis 150 Euro) sofort als Aufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 Euro) in einen Sammelposten eingestellt, der in einem Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird. Gewinne aus der Veräuße-

zung von Sachanlagen werden unter dem Posten "Sonstige betriebliche Erträge", Verluste in der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen.

[16] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind nach IAS 40 gesondert in der Bilanz auszuweisen. Bei diesen Immobilien handelt es sich um Objekte, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Die Erbringung von Dienstleistungen oder die Nutzung für eigene Verwaltungszwecke ist nicht beabsichtigt. Zur Abgrenzung von Sachanlagen werden folgende Merkmale definiert:

- Investment Properties erzeugen Cash Flows, die weitgehend unabhängig von denjenigen anfallen, die von anderen Vermögenswerten des Konzerns generiert werden.
- Die Erbringung von Dienstleistungen oder die Nutzung der Immobilien für Verwaltungszwecke führt zu Cash Flows, die nicht nur den Investment Properties, sondern auch anderen Vermögenswerten, die im normalen Geschäftsbetrieb genutzt werden, zuzurechnen sind. Dieses Merkmal weist auf Immobilien hin, die vom Konzern selbst genutzt werden.

Investment Properties werden nach dem Anschaffungskostenmodell bilanziert. Den linearen Abschreibungen werden Nutzungsdauern zwischen 20 und 55 Jahren zu Grunde gelegt.

Die von den Gutachtern der Stadtsparkasse Düsseldorf durch Diskontierung der erwarteten Nettoerträge ermittelten Ertragswerte (beizulegenden Zeitwerte) der Objekte sind in den Notes angegeben.

[17] Leasinggeschäft

Bei der Bilanzierung von Leasingverhältnissen wird zwischen Finanzierungsleasing und Operating Leasing unterschieden. Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beurteilt. Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Lease-Verhältnis eingestuft, wenn die Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, nicht auf den Leasingnehmer übertragen werden. Hingegen liegen die Chancen und Risiken bei einem Finanzierungsleasing überwiegend beim Leasingnehmer.

Aufgrund der Vermietung von Immobilien bzw. von Immobilienbestandteilen hat der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf als Leasinggeber die Regelungen der Leasingbilanzierung nach IFRS zu beachten. Bei diesen Leasingverhältnissen handelt es sich ausschließlich um Operating Leasing. Beim Operating Leasing von Immobilien wird das Leasingobjekt in der Konzernbilanz als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten unter den Investment Properties ausgewiesen. Ein Ausweis unter den Sachanlagen kommt nur dann in Betracht, sofern der vermietete Gebäudeanteil zu vernachlässigen ist oder aber dessen separate Veräußerbarkeit nicht gegeben ist. Die in der Periode vereinnahmten Leasingerlöse werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die Abschreibung auf die verleasten Objekte werden unter den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Die Leasingverhältnisse, in die der Konzern als Leasingnehmer eingetreten ist, sind als Operating Leasing zu klassifizieren. In diesem Fall sind die geleisteten Leasingraten Bestandteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Weitere Angaben zu Leasingverhältnissen enthält Note [64].

[18] Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen

Unmittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden ausschließlich für leistungsorientierte Versorgungspläne gebildet und gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Der Berechnung werden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die Abzinsung der Verpflichtungen erfolgt grundsätzlich unter Verwendung der Zinsstrukturkurve gem. IBOXX Corporate Bonds. Für die Bewertung nach IFRS ist der Zinssatz gemäß der Fristigkeit der Verbindlichkeit auf Basis von "high quality corporate bonds" zu ermitteln. Im langjährigen Mittel liegen diese Zinssätze nur um rd. 0,5%-Punkte über den Zinssätzen für (quasi sichere) Staatsanleihen. Daher sind bisher üblicherweise für "high quality corporate bonds" Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating herangezogen worden. Aufgrund der Finanzmarktkrise hat sich jedoch der Spread zwischen der Rendite von Staatsanleihen und Unternehmensanleihen auf bis zu 2 %-Punkte erhöht. Für die Abzinsung zum 31.12.2008 ist daher der Diskontierungszinssatz aus dem Pension Yield Curve Approach der Mercer Deutschland GmbH, Frankfurt am Main, abgeleitet worden (angenommener Zinssatz: 5,70 %, IBOXX Corporate Bonds: 6,24 %). Hinsichtlich der weiteren verwendeten Parameter verweist der Konzern auf Note [55].

Da kein Planvermögen zur Verfügung steht, sind die Pensionsverpflichtungen in voller Höhe durch Rückstellungen gedeckt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, welche sich aus Änderungen der Berechnungsannahmen ergeben, werden gemäß IAS 19.93A außerhalb des Periodenergebnisses erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Aufwendungen aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Auf einen getrennten Ausweis des Zinsaufwands für bereits erworbene Versorgungsansprüche wird verzichtet.

Mittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a der Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Bei diesen Pensionszusagen handelt es sich um einen leistungsorientierten Plan mehrerer Arbeitgeber – „multi employer benefit plan“ – im Sinne des IAS 19.7. Dem Umlageverfahren ist die Schwierigkeit systemimmanent, wie in IAS 19.29 für einen „multi employer benefit plan“ gefordert, eine anteilige Zuordnung von Verpflichtungsumfang und Kosten auf die einzelnen Beteiligten an dem Plan sinnvoll vorzunehmen. Diese Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass sich die Umlagen der Mitglieder bzw. Beteiligten an deren Anteil an dem Zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Anspruchsberechtigten insgesamt ausrichten. Ähnliches gilt für die Schlüsselung der Sanierungsgelder. Angesichts der verursachungsunabhängigen Schlüsselung liegt der in IAS 19.32b beschriebene Fall des „risk sharing“ vor. Die Bilanzierungspraxis sieht daher gegenwärtig im Zusammenhang mit umlagefinanzierten Versorgungskassen einen Anwendungsfall des IAS 19.30, der die hilfsweise Anwendung der Regelungen für beitragsorientierte Pläne („defined contribution accounting“) auf „defined benefit“-Zusagen unter zusätzlichen Angaben in den Notes vorschreibt.

Zum 31.12.2000 ist das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt worden. Infolge dessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes – pauschales – Sanierungsgeld in Höhe von 2,5 % der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsab-

schnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK).

Im Geschäftsjahr 2008 betrug der Umlagesatz unverändert 4,25 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Ebenso ist die Bemessungsgrundlage für das Sanierungsgeld nicht angepasst worden. Ab dem 01. Januar 2010 wird die RZVK jedoch ein Sanierungsgeld von 3,5 % der Bemessungsgrundlage erheben.

Zusatzbeiträge (§ 64 Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden derzeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2007 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 70 % durch Umlagen und Sanierungsgeld und im Übrigen durch Vermögenserträge finanziert; der Kapitaldeckungsgrad beträgt etwa 27 %. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 01. Juli um 1 % ihres Betrages erhöht. In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können Finanzierungslücken bzw. Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen werden.

Der für den derzeit nicht vorgesehenen Fall einer Beendigung der Mitgliedschaft oder eines Wechsels in den kapitalgedeckten Abrechnungsverband II anfallende Ausgleichsbetrag belief sich Ende 2007 auf 170,5 Mio. Euro (31. Dezember 2006: 147,3 Mio. Euro). Der Ausgleichsbetrag wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und umfasst den Barwert der Leistungsverpflichtungen der RZVK, die aus der Mitgliedschaft im umlagefinanzierten Abrechnungsverband I resultieren. Als Rechnungsgrundlage dienen die Richttafeln 1998 von Heubeck mit einem Rechnungszins von 2,25 % (Vorjahr: 2,25 %). Bei dem im Finanzbericht des Geschäftsjahres 2007 angegebenen Wert von 163,5 Mio. Euro handelte es sich noch um die prognostizierte Ausgleichszahlung zu diesem Stichtag.

Die Sparkasse hat ihren Beschäftigten gegenüber eine Zusage zur teilweisen Absicherung des Risikos einer eventuellen Absenkung der Versorgungsleistungen abgegeben.

Bei umlage- und sanierungspflichtigen Entgelten i.H.v. rd. 80,2 Mio. Euro belaufen sich die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung im Geschäftsjahr 2008 auf 5,9 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro).

[19] Sonstige Rückstellungen

Für wahrscheinliche Verpflichtungen aus belastenden Verträgen - soweit es sich bei diesen nicht um Derivate handelt - werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden abge-

zinst, sofern der Zinseffekt wesentlich ist. Zuführungen und Auflösungen erfolgen über die GuV-Position, die inhaltlich mit der Rückstellung korrespondiert. Rückstellungen für Bonitätsrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet und zugunsten derselben aufgelöst.

Rückbauverpflichtungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit Leasingverhältnissen wird durch die Bildung entsprechender Rückstellungen begegnet.

[20] Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, auf deren Grundlage der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf für den Ausfall von Zahlungen aus einem Schuldinstrument gegenüber einem Dritten einsteht. Als Entgelt vereinnahmt sie in der Regel eine ratierliche Provision über die Laufzeit der Finanzgarantie. Für die Bilanzierung dieser Garantien wendet sie die Nettomethode an.

Die Entgelte werden zum Fälligkeitszeitpunkt im Provisionsertrag vereinnahmt. Bei einer drohenden Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie wird eine Rückstellung dotiert und entsprechend den Regeln des IAS 37 bewertet. In diesem Fall werden keine weiteren Provisionserträge vereinnahmt.

[21] Nachrangige Verbindlichkeiten

Als Nachrangkapital werden nachrangige Namensschuldverschreibungen, nachrangige Schuldscheindarlehen sowie begebene nachrangige Inhaberschuldverschreibungen mit einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren ausgewiesen. Die hier gezeigten Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als sog. Ergänzungskapital und sind damit Bestandteil des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals der Sparkasse gem. § 10 KWG. Nach ihrem erstmaligen Ansatz zum Fair Value erfolgt die Bilanzierung gemäß der Kategorie OFL zu fortgeführten Anschaffungskosten.

[22] Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt entsprechend den Regelungen des IAS 12. Ergeben sich Unterschiede zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den steuerlichen Buchwerten der Aktiva und Passiva sind latente Steuern zu bilden, wenn diese Differenzen temporärer Natur sind und sich somit im Zeitablauf ausgleichen. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nur in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung realistisch erscheint.

Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche bzw. Steuerverpflichtungen werden die Steuersätze verwendet, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenz erwartet werden. Im Geschäftsjahr 2008 wird ein Steuersatz von 31,2 % (Vorjahr: 31,4 %) zu Grunde gelegt. Aufgrund eines geänderten Gewerbesteuerhebesatzes der Stadt Düsseldorf ist der anzuwendende Gesamtsteuersatz geringfügig reduziert worden.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den laufenden Steueraufwendungen und –erträgen im Posten Steueraufwand bzw. Steuerertrag ausgewiesen. Die ergebniswirksame oder ergebnisneutrale Erfassung der latenten Steuern hängt von dem maßgeblichen Sachverhalt und dessen Behandlung in der Bilanz ab. Tatsächliche Ertragsteuern werden unmittelbar dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben, wenn sich die Steuer auf Posten bezieht, die im Geschäftsjahr oder einer anderen Periode unmittelbar dem Eigenkapital gutgeschrieben oder belastet werden.

[23] Fremdkapitalkosten

Entsprechend IAS 23.8 werden Fremdkapitalkosten ohne Rücksicht auf die Verwendung des Fremdkapitals in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind (Benchmark-Methode).

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

[24] Zinsüberschuss

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Zinserträge		
Zinserträge aus Krediten und Darlehen	493,5	454,9
davon: Zinserträge aus wertberechtigten Forderungen ("Unwinding")	5,2	5,2
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	91,0	116,5
Zinserträge aus Sicherungsgeschäften i. R. von Cash Flow Hedges	27,2	31,0
Zinserträge aus AFV-Trading	83,8	62,9
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1,6	1,0
Beteiligungen	14,3	6,8
Sonstige Zinserträge	14,3	17,5
	725,7	690,6
Zinsaufwendungen		
Zinsaufwendungen aus dem Spar- und Einlagengeschäft (OFL)	204,1	172,7
Zinsaufwendungen aus begebenen Schuldverschreibungen und Genussrechten (OFL)	169,2	151,9
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	7,3	9,8
Zinsaufwendungen aus Rückstellungen	0,2	0,0
Zinsaufwendungen aus Sicherungsgeschäften i.R. von Cash Flow Hedges	16,0	24,0
Zinsaufwendungen aus AFV-Trading	84,3	66,6
Sonstige Zinsaufwendungen	22,3	54,3
	503,4	479,3
Zinsüberschuss	222,3	211,3

Aus finanziellen Vermögenswerten, die nicht der Kategorie AFV zugeordnet worden sind, wird ein Zinsertrag von 588,8 Mio. Euro (Vorjahr: 595,8 Mio. Euro) sowie aus finanziellen Verbindlichkeiten der Kategorie OFL ein Zinsaufwand von 402,9 Mio. Euro (Vorjahr: 388,6 Mio. Euro) realisiert (hinsichtlich der Zinserträge aus wertberechtigten Forderungen vgl. auch Note [5]).

[25] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Sowohl für einzeln identifizierte Verlustereignisse als auch für bereits eingetretene, aber noch nicht einzeln erkannte Verluste hat der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf eine angemessene Risikovorsorge getroffen.

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Zuführungen zur Risikovorsorge	107,1	64,1
Auflösungen von Risikovorsorge	25,4	53,6
Direktabschreibungen	7,8	5,2
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	3,8	1,9
Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,5	1,7
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	1,6	3,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	84,6	12,2

Der Vorjahreswert der Position "Auflösungen von Risikovorsorge" enthält noch einen Ertrag i.H.v. 0,4 Mio. Euro, der auf die Anpassung der Portfoliowertberichtigungen für Finanzanlagen der Kategorie LAR entfallen ist. Das Ergebnis aus der Veränderung dieser Risikovorsorge weist der Konzern nunmehr im Finanzanlageergebnis aus.

Die Zuführungen zur Risikovorsorge sowie die Direktabschreibungen verteilen sich wie folgt auf die nachstehenden Forderungsklassen:

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Privatkundenkredite (LAR)	19,4	16,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Geschäftskundenkredite (LAR)	81,1	44,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für sonstige Kredite (LAR)	14,4	8,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Kreditinstitute	0,0	0,2
Aufwendungen für Risikovorsorge im Kreditgeschäft	114,9	69,3

Aufgrund eines Anwendungsfalls des IAS 8 sind die Vorjahresangaben angepasst worden (siehe auch Note [5]).

[26] Provisionsüberschuss

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Provisionserträge aus dem		
Giro- und Zahlungsverkehr	41,0	40,6
Kredit- und Darlehensgeschäft	4,4	5,2
Wertpapier- und Depotgeschäft	19,0	17,8
Sonstigen Provisionsgeschäft	10,3	9,2
Summe der Provisionserträge	74,7	72,8
Provisionsaufwendungen aus dem		
Giro- und Zahlungsverkehr	1,6	2,1
Kredit- und Darlehensgeschäft	0,6	0,5
Wertpapier- und Depotgeschäft	2,7	2,9
Sonstigen Provisionsgeschäft	0,2	0,5
Summe der Provisionsaufwendungen	5,1	6,0
Provisionsüberschuss	69,6	66,8
<i>darunter aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden</i>	<i>30,9</i>	<i>35,9</i>

[27] Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis AFV/LFV		
Forderungen an Kreditinstitute	-1,4	-0,4
Forderungen an Kunden	-5,3	-
Finanzanlagen	-119,8	10,8
Eigene Emissionen	1,2	0,4
	-125,3	10,8
Zinsergebnis (AFV/LFV Designation)	9,3	10,5
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	-116,0	21,3

[28] Handelsergebnis

Alle Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden, sind nach IAS 39 zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Dieser Bewertung werden entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die beizulegenden Zeitwerte anhand geeigneter Barwert- oder Optionspreismodelle ermittelt.

Das Handelsergebnis setzt sich einerseits aus dem realisierten Ergebnis als auch aus dem unrealisierten Bewertungsergebnis zusammen. Andererseits enthält es auch die Erfolge aus der Währungsumrechnung von Finanzinstrumenten, unabhängig von ihrer jeweiligen Kategorisierung.

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Ergebnis aus Wertpapieren des Handelsbestandes	0,1	0,2
Ergebnis aus Derivaten	34,6	-9,9
Fremdwährungsergebnis	23,6	1,4
Handelsergebnis	58,3	-8,3

Die Handelsaktivitäten des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf bestehen aus kurs-, zins- und eigenkapitalbezogenen Geschäften. Während kursbezogene Geschäfte Gewinne und Verluste aus Optionen, Termin- und Kassageschäften (Spotgeschäften) in Fremdwährung beinhalten, bestehen zinsbezogene Geschäfte aus Fremdkapitalinstrumenten, Zins-/Währungsswaps, Optionen und anderen Derivaten. Eigenkapitalbezogene Geschäfte setzen sich vor allem aus Transaktionen in Eigenkapital-Finanzinstrumenten und aus darauf bezogenen Derivaten zusammen.

[29] Finanzanlageergebnis

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des AFS-Bestandes		
Veräußerungsgewinne	13,7	14,3
Veräußerungsverluste	-7,3	-10,2
Wertminderungsergebnis	-56,2	-15,1
	-49,8	-11,0
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des LAR-Bestandes		
Veräußerungsverluste	-	-0,1
Aufwendungen aus der Bildung von Portfoliowertberichtigungen	-0,2	-
	-0,2	-0,1
Bewertungsergebnis aus Beteiligungen, Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen		
Wertminderungen	-31,4	-0,5
	-31,4	-0,5
Finanzanlageergebnis	-81,4	-11,6

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungsergebnisse derjenigen finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit dem Bilanzposten Finanzanlagen korrespondieren. Davon ausgenommen sind freiwillig designierte Finanzinstrumente, deren Erfolge im "Ergebnis aus designated as at Fair Value Geschäften" erfasst werden. Weiterhin werden die Bewertungsaufwendungen, –erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, aus Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen sowie aus Beteiligungen hier ausgewiesen.

Maßgeblich zu der negativen Entwicklung gegenüber dem Vorjahr haben im Wesentlichen in Folge der Finanzmarktkrise erforderliche Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 87,6 Mio. Euro beigetragen.

[30] Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen leitet sich aus der erfolgswirksamen Fortschreibung ihrer Bewertung at equity – siehe "davon erfolgswirksame Zuschreibung" – wie folgt ab:

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Buchwert am Anfang des Geschäftsjahres	92,3	89,7
Zugänge	-15,6	17,4
davon erfolgswirksame Zuschreibung	-11,4	5,7
davon erfolgsneutrale Zuschreibung	-10,2	8,5
davon aus Zukäufen	6,0	3,2
Abgänge	4,0	6,9
Wertminderungen	1,0	0,0
Ausschüttungen	5,0	7,9
Buchwert am Ende des Geschäftsjahres	66,7	92,3

Wesentliches assoziiertes Unternehmen ist die Gesellschaft Corpus Sireo Holding GmbH & Co. KG, an der der Konzern 25% der Anteile hält. Sie trägt mit - 11,7 Mio. Euro (Vorjahr: + 5,6 Mio. Euro) zum Ergebnis bei.

Erfolgsneutrale Ergebnisbestandteile der assoziierten Unternehmen erfasst der Konzern direkt im Eigenkapital, dort in der Neubewertungsrücklage aus der erfolgsneutralen Equity-Fortschreibung von assoziierten Unternehmen (siehe auch "Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen").

[31] Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	95,4	92,3
Soziale Abgaben	17,7	16,6
Aufwendungen für Altersvorsorge	7,7	7,5
	120,8	116,4
Sachaufwand		
Raumkosten	13,5	13,0
EDV-Kosten	22,1	19,4
Übriger Sachaufwand	45,3	75,2
	80,9	107,6
Abschreibungen		
Abschreibungen auf Sachanlagen und Investment Properties	7,5	8,1
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	1,0	0,8
	8,5	8,9
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	210,2	232,9

Der übrige Sachaufwand entfällt im Wesentlichen auf Aufwendungen für Pflichtbeiträge in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Vorjahr: 33,9 Mio. Euro). Im Vorjahresbetrag sind 30,8 Mio. Euro Einzahlungen in den Reservefonds der Sparkassenorganisation enthalten. Für Öffentlichkeitsarbeit sind 9,2 Mio. Euro (Vorjahr: 9,1 Mio. Euro) aufgewendet, für Dienstleistungen Dritter sind 14,1 Mio. Euro (Vorjahr: 13,3 Mio. Euro) verbraucht worden. Der Herstellungsaufwand für Sparkassen- und Kreditkarten hat 3,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3,1 Mio. Euro) betragen. Auf Porto und Telekommunikation entfällt ein Aufwand von 3,5 Mio. Euro (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro).

In den Aufwendungen für Altersvorsorge sind 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) für unmittelbare Pensionszusagen enthalten (vgl. Note [55]).

[32] Sonstige betriebliche Erträge

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen / abgegrenzten Schulden	2,9	1,0
Erträge aus der Veräußerung von Forderungen (LAR)	5,9	-
Erträge aus der Veräußerung von Forderungen (AFS)	0,8	0,8
Mieterträge	0,6	0,6
Übrige	8,9	7,3
Sonstige betriebliche Erträge	19,1	9,7

Auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen entfällt ein Teilbetrag von 1,7 Mio. Euro.

In den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen sind wie im Vorjahr Nettogewinne aus dem Rückerwerb eigener Emissionen (OFL) in Höhe von 0,3 Mio. Euro enthalten. Darüber hinaus enthält der Posten "Übrige" eine Vielzahl von geringfügigen Einzelpositionen.

[33] Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Aufwendungen aus der Veräußerung von Forderungen (AFS)	5,9	8,6
Aufwendungen aus der Veräußerung von Forderungen (LAR)	0,1	-
Spenden	1,7	1,7
Mietaufwendungen	0,3	0,3
Übrige	6,6	3,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14,6	14,1

[34] Steueraufwand / 2007: Steuerertrag

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Laufender Ertragsteuerertrag	0,2	1,3
Latenter Ertragsteueraufwand (Vorjahr: Ertrag)	3,0	2,9
Steueraufwand (Vorjahr: Steuerertrag)	2,8	4,2

Nach IAS 12 sind tatsächliche Ertragsteuern unmittelbar dem Eigenkapital zu belasten oder gutzuschreiben, wenn sich die Steuer auf Posten bezieht, die in der gleichen oder einer anderen Periode unmittelbar dem Eigenkapital gutgeschrieben oder belastet werden.

In den Geschäftsjahren 2007 und 2008 sind Glattstellungserfolge aus Sicherungsderivaten im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings von 25,5 Mio. Euro bzw. 37,7 Mio. Euro erzielt worden (vgl. Note [40]). Während die Ausgleichszahlungen der Kontrahenten steuerbilanziell sofort ertragswirksam zu vereinnahmen sind, werden sie nach IAS 39 über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung verteilt. Im Geschäftsjahr sind auf diese Ausgleichszahlungen entfallende Ertragsteuern in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Vorjahr: 9,4 Mio. Euro) unmittelbar dem Eigenkapital belastet worden. Entsprechend der Amortisation der Erträge wird ein Steueraufwand von 2,1 Mio. Euro berücksichtigt.

Für steuerbilanzielle Abschreibungen auf Finanzinstrumente der Kategorie AFS, die nach IFRS erfolgsneutral zu behandeln sind, hat der Konzern einen Betrag i.H.v. 5,9 Mio. Euro der Neubewertungsrücklage zu Lasten des Steueraufwands zugeführt.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung leitet die ausgewiesenen Ertragsteuern aus den rechnerischen Ertragsteuern her:

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Ergebnis vor Ertragsteuern	-149,9	35,8
Anzuwendender Steuersatz	31,4%	40,0%
Theoretisch zu erwartende Ertragsteuern	-47,1	14,3
Effekte aus steuerfreien Erträgen	-1,6	-28,4
Effekte aus periodenfremden tatsächlichen Ertragsteuern	1,8	3,5
Effekte aus steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen	62,4	8,5
Steuerliche Anerkennung von Rückstellungen aus Vorjahren	-11,9	0,0
Effekte aus Steuersatzänderungen	0,0	-1,0
Sonstige Steuereffekte	-0,8	-1,1
davon: Steuererstattungen	0,0	-2,7
davon: Sonstige Steuereffekte Teilkonzern SKBG	-0,8	1,6
Steueraufwand	2,8	-4,2

(negative Beträge bezeichnen jeweils einen Steuerertrag)

Die Effekte aus steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen beziehen sich u.a. auf konsolidierte Wertpapierspezialfonds. Aus der Änderung des anzuwendenden Steuersatzes auf 31,2 % (vgl. Note [22]) zum Bilanzstichtag hat sich kein wesentlicher Effekt ergeben.

Im Geschäftsjahr 2008 verursacht die Veränderung der Verlustvorträge auf Ebene des Teilkonzerns **SKBG** einen sonstigen Steuerertrag von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,6 Mio. Euro sonstiger Steueraufwand).

Auf der Basis von Planungsrechnungen ist davon auszugehen, dass die aktiven latenten Steuern zum Zeitpunkt der Umkehrung der Differenz realisierbar sind.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern hat sich aufgrund eines Anwendungsfalls des IAS 8 geändert (siehe Note [5]).

Segmentberichterstattung

Grundlagen der Segmentdarstellung

Die nachfolgenden Segmentinformationen beruhen auf IFRS 8 „Operating Segments“, der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. IFRS 8 folgt hierbei dem sogenannten „Management Approach“, welcher eine Konsistenz zwischen intern verwendeten und extern veröffentlichten Segmentinformationen fordert.

Insgesamt informiert die Segmentberichterstattung über die Rentabilität, Wachstumschancen und Zukunftsaussichten in den operativen Geschäftssegmenten des Konzerns.

Bestimmung von Segmenten

Als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente nach IFRS 8 dienen interne Berichte, die der Gesamtvorstand ("Chief Operating Decision Maker") verwendet, um die finanzielle Performance von Unternehmensteilen zu beurteilen und Entscheidungen über die Zuteilung von Ressourcen zu den Unternehmensteilen zu treffen. Das „System der internen Finanzberichterstattung an die Leitungsebene“ dient dabei als Ausgangspunkt zur Identifizierung der Segmente.

Die Steuerung der Aktivitäten des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf erfolgt durch eine strategische Geschäftsbereichsrechnung, die der Organisationsstruktur entspricht. Die Risiken und Erträge der Stadtsparkasse Düsseldorf werden in erster Linie durch die von den einzelnen Geschäftsbereichen angebotenen Produkte und Dienstleistungen determiniert.

Mit Blick auf die regionale Ausrichtung der Stadtsparkasse Düsseldorf, sog. Regionalprinzip, wird auf die Darstellung geografischer Segmente verzichtet, da die wesentlichen Ertrags- und Kostenpositionen aus der Geschäftstätigkeit im Wirtschaftsraum Düsseldorf erzielt werden.

Zusammensetzung der Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zu Grunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten entschieden. In den berichtspflichtigen Segmenten enthaltene weitergehende operative Segmente werden in Anwendung des IFRS 8 wegen Ähnlichkeit zusammengefasst. Während das interne Reporting im Geschäftsjahr 2007 noch auf die Segmente Firmenkunden, Immobilienkunden, Private Banking, Privat- und Gewerbekunden sowie Handel abstellte, sind die Segmente im Geschäftsjahr 2008 neu zusammengestellt worden.

Geschäftsbereich	Bisheriges Segment	Neues Segment	Beitrag zum Segmentergebnis *)
GB Privat- und Gewerbekunden	Privat- und Gewerbekunden	Privatkunden	46,7
GB Private Banking I	Private Banking	Privatkunden	5,6
GB Immobilienkunden	Immobilienkunden	Firmenkunden	-13,8

*) In Mio. Euro

Damit entfallen die bisherigen Segmente Immobilienkunden sowie Private Banking, während das bisherige Segment Privat- und Gewerbekunden nun ausschließlich die Bezeichnung Privatkunden trägt.

Internes Reporting vs. externe Konzernrechnungslegung nach IFRS

IFRS 8 erfordert die Angabe der Informationen, welche dem Gesamtvorstand zur Beurteilung der finanziellen Performance und zur Entscheidung über Ressourcenallokationen dienen.

Die Managementberichterstattung bei der Stadtsparkasse Düsseldorf basiert vorrangig auf HGB-Rechnungslegungsstandards. Daher führen die im Rahmen der internen Managementberichterstattung überwiegend angewandten Bilanzierungsmethoden zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden im Vergleich zur externen Konzernrechnungslegung nach IFRS. Wesentliche Unterschiede werden nachfolgend erläutert.

Segmentergebnisse 2008

Angaben in Mio. Euro	Privat- kunden (1)	Firmen- kunden (1)	Handel	Sonstige (2)	Summe ohne Teilkonzern -KBG	-KBG (3)	Konso- lidierung (4)	Sonstige Effekte (4)	IFRS-Konzern gesamt
Zinsüberschuss (5)	135,0	70,1	8,8	-8,1	205,8	23,7	-16,0	-3,6	209,9
Provisionsüberschuss (6)	48,9	21,2	2,3	-5,6	66,8	0,0	-3,0	5,9	69,7
Finanzanlageergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-6,2	-75,2	-81,4
Handelsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	32,9	25,4	58,3
Sonst. betriebl. Ergebnis	0,0	0,0	0,0	24,5	24,5	0,0	-5,6	-14,3	4,6
Ergebnis aus Designated at Fair Value-Geschäften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-112,8	-3,3	-116,1
Erträge gesamt (7)	183,9	91,3	11,1	10,8	297,1	23,7	-110,7	-65,1	145,0
Verwaltungsaufwand (8)	-123,1	-35,8	-3,3	-0,1	-162,3	-13,6	0,6	-35,0	-210,3
Risikovorsorge	-8,5	-78,3	-38,6	-52,1	-177,5	-8,8	0,1	101,6	-84,6
Ergebnis vor Ertragsteuern	52,3	-22,8	-30,8	-41,4	-42,7	1,3	-110,0	1,5	-149,9
Aufwand-Ertrag-Relation	67%	39%	30%		55%	57%			145%
Segmentvermögen (9)	3.236,3	4.297,5	4.177,3	699,4	12.410,5	213,6	-254,0	-47,3	12.322,8
Regulator. Kapital (10)	143,8	277,7	334,7	86,3		13,1			
Eigenkapitalrendite vor Steuern	36%	-8%	-9%	-48%		10%			

Segmentergebnisse 2007

Angaben in Mio. Euro	Privat- kunden (1)	Firmen- kunden (1)	Handel	Sonstige (2)	Summe ohne Teilkonzern -KBG	-KBG (3)	Konso- lidierung (4)	Sonstige Effekte (4)	IFRS-Konzern gesamt
Zinsüberschuss (5)	134,9	70,9	-5,0	-0,4	200,4	17,4	-6,3	5,5	217,0
Provisionsüberschuss (6)	47,3	16,0	1,5	5,8	70,6	0,0	-3,2	-0,6	66,8
Finanzanlageergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-24,9	13,3	-11,6
Handelsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-7,5	-0,8	-8,3
Sonst. betriebl. Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-58,9	-58,9	0,0	-6,6	61,1	-4,4
Ergebnis aus Designated at Fair Value-Geschäften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	13,8	7,5	21,3
Erträge gesamt (7)	182,2	86,9	-3,5	-53,5	212,1	17,4	-34,7	86,0	280,8
Verwaltungsaufwand (8)	-121,8	-33,7	-4,8	-0,2	-160,5	-14,8	0,3	-57,9	-232,9
Risikovorsorge	-6,2	-10,1	17,2	21,4	22,3	-4,4	-5,8	-24,3	-12,2
Ergebnis vor Ertragsteuern	54,2	43,1	8,9	-32,3	73,9	-1,8	-40,2	3,8	35,7
Aufwand-Ertrag-Relation	67%	39%	-137%		76%	85%			83%
Segmentvermögen (9)	3.163,9	4.455,5	5.017,0	805,9	13.442,3	202,6	-49,6	-59,1	13.536,2
Regulatorisch. Kapital (10)	202,9	346,0	99,1	172,7		28,1			
Eigenkapitalrendite vor Steuern	27%	12%	9%	-19%		-6%			

Kommentierung der Segmentberichterstattung 2008

- (1) Nach Veränderung der Segmentzusammensetzung geht das Segment "Privatkunden" aus dem Segment "Privat- und Gewerbekunden" hervor. Das Segment "Private Banking" wird dem Segment "Privatkunden" und das Segment "Immobilienkunden" dem Segment "Firmenkunden" zugeordnet.
- (2) Hierbei werden neben Restgrößen, die den Segmenten nicht direkt zugerechnet werden können, das übrige ordentliche/außerordentliche Ergebnis und die Erträge aus den von der Stadtsparkasse Düsseldorf gehaltenen nicht konsolidierten Beteiligungen berücksichtigt. Zusätzlich werden hier die Deckungslasten (Overheadkosten) der Stadtsparkasse Düsseldorf i.H.v. 40,7 Mio. Euro ausgewiesen, die als allgemeine Deckungslast den Segmenten nicht direkt zugeordnet werden können.
- (3) Die GuV-Werte der SKBG werden auf Teilkonzernebene ermittelt und dargestellt.
- (4) Die Effekte im Zusammenhang mit der Überleitung HGB / IFRS werden im nachfolgenden Abschnitt erläutert.
- (5) Die Position "Zinsüberschuss" umfasst auch das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen und at Equity bewerteten Unternehmen in Höhe von -12,4 Mio. Euro. Gem. internem Reporting wird auf eine Darstellung v. Zinserträgen u. -aufwendungen verzichtet.
- (6) Die Position "Provisionsüberschuss" wird einschließlich des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ausgewiesen.
- (7) Bei den Erträgen handelt sich um Erträge aus Geschäften mit konzernexternen Kunden. Intersegmentäre Erfolge im nennenswerten Umfang werden nicht generiert. Auf weitergehende Informationen hinsichtlich der Kundenstruktur wird verzichtet, da auf keinen Kunden mehr als 10 % der Erträge entfallen. Abhängigkeitsverhältnisse i. S. des IFRS 8 bestehen somit nicht.
- (8) Die Position "Verwaltungsaufwand" enthält neben dem Personal- und dem Sachaufwand auch die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.
- (9) Das "Segmentvermögen" enthält die bilanziellen Aktiva. Zu beachten ist, dass die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche auf Grund von Konsolidierungen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespond. Konzernbereichs entspricht. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva.
- (10) Als "regulatorisches Kapital" wird das haftende Eigenkapital gemäß § 10 KWG ausgewiesen, wobei die Segmente mit einer Kapitalquote von 8,0 % ausgestattet sind. Die Spalte "Sonstige" besteht aus der Summe der sonstigen Organisationseinheiten, sonstigen Aktiva sowie operationellen Risiken.

Kommentierung der Segmentberichterstattung 2007

- (1) Siehe Kommentierung 2008
- (2) Die nicht verteilten Deckungslasten betragen 32,8 Mio. Euro, siehe auch Kommentierung 2008
- (3) Siehe Kommentierung 2008
- (4) Siehe Kommentierung 2008
- (5) Das hier enthaltene Ergebnis aus assoziierten Unternehmen beträgt 5,7 Mio. Euro.
- (6) Siehe Kommentierung 2008
- (7) Siehe Kommentierung 2008
- (8) Siehe Kommentierung 2008
- (9) Siehe Kommentierung 2008
- (10) Siehe Kommentierung 2008, abweichend beträgt die Kapitalquote je Segment 8,4 %.

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die nachstehenden Tabellen enthalten die auf Basis des internen Managementberichts ermittelten Ertragskomponenten aus Geschäften mit externen Kunden auf Konzernebene.

Ertragskomponenten des Bereiches Privatkunden

Das Segment "Privatkunden" wird über drei Geschäftsbereiche geführt (Geschäftsbereich Nord, Geschäftsbereich Süd und Geschäftsbereich Monheim), welche aufgrund der Vergleichbarkeit zu einem Segment zusammengefasst werden. Unterstützt wird dieser Bereich durch die Abteilungen Marketing- und Vertriebsupport, Vermögensmanagement und Private Banking I.

Erträge in Mio. Euro	2008	2007
Kreditgeschäft	48,5	49,2
Einlagengeschäft	110,8	110,4
Wertpapiergeschäft	7,5	12,3
Zahlungsverkehr, Kontoführung, übrige Finanzdienstleistungen	17,1	10,1
Sonstige Produkte	0,1	0,2

Ertragkomponenten des Bereiches Firmenkunden

Das Segment "Firmenkunden" fasst das zentrale Firmenkundengeschäft, das dezentrale Firmenkundengeschäft, das institutionelle Geschäft, die Fachbetreuungen Auslandsgeschäft, Leasing-Sonderfinanzierungen und strukturierte Finanzierungen zusammen. Weiterhin ist der Geschäftsbereich Immobilienkunden enthalten. Dieser betreut das Bauträgergeschäft und das gewerbliche Immobilienkundengeschäft.

Erträge in Mio. Euro	2008	2007
Kreditgeschäft	57,7	57,5
Einlagengeschäft	25,3	23,2
Wertpapiergeschäft	2,4	1,8
Zahlungsverkehr, Kontoführung, übrige Finanzdienstleistungen	2,1	1,8
Sonstige Produkte	3,8	2,6

Ertragskomponenten des Bereiches Handel (inkl. Spezialfonds)

Das Segment "Handel" umfasst den Eigen- und Kundenhandel. Zu diesem Segment zählen ferner das Interbankengeschäft und die Steuerung der Finanzanlagen. Es steuert Zinsänderungsrisiken und erzielt Fristentransformationserträge.

Erträge in Mio. Euro	2008	2007
Kreditgeschäft	12,5	-19,9
Einlagengeschäft	-3,6	14,2
Wertpapiergeschäft	0,0	0,0
Zahlungsverkehr, Kontoführung, übrige Finanzdienstleistungen	0,0	0,0
Sonstige Produkte	2,3	2,1

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS

In den nachfolgenden Ausführungen werden die wesentlichen Überleitungsdifferenzen aus der Konsolidierung und sonstigen Effekten IFRS weitergehend erläutert. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass der Risikovorsorge des Segments Handel gemäß internem Reporting ein Ertrag aus Zinsswaps i.H.v. 64,4 Mio. Euro zugewiesen worden ist. Diese zur Zinsbuchsteuerung eingesetzten Swaps hat die Stadtsparkasse nach Erreichen des Sicherungszwecks glattgestellt.

Da dieser Ertrag gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen dem neutralen Ergebnis zuzurechnen ist, erfolgt im Segment Sonstige eine Umbuchung zu Lasten der Risikovorsorge und zu Gunsten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses.

Beim Übergang auf die externe Rechnungslegung nach IFRS ist der Effekt auf das sonstige betriebliche Ergebnis wieder zu eliminieren. Gleichzeitig ist zu beachten, dass Erträge aus Close Out Zahlungen nach IFRS im Zinsergebnis erfasst werden. Darüber hinaus entfallen die o.g. Close Out Zahlungen teilweise auf Sicherungsderivate, die im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings nach IAS 39 eingesetzt worden sind. Die auf diese Derivate entfallenden Zahlungen sind zunächst erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage zu erfassen. Nach IFRS verbleiben ertragswirksam zu vereinnahmende Close Out Zahlungen i.H.v. 31,9 Mio. Euro.

I. Zins- und Provisionsüberschuss

Angaben in Mio. Euro	Zinsüberschuss	Provisionsüberschuss
Konsolidierung	-16,0	-3,0
Sonstige Effekte IFRS	-3,6	5,9
Effekte gesamt:	-19,6	2,9

Zinsüberschuss (wesentliche Effekte):

Die Konsolidierung der Spezialfonds gemäß SIC 12 führt zu einem Effekt i.H.v. 2,3 Mio. Euro, während Konsolidierungsmaßnahmen der assoziierten Unternehmen zu einem Effekt von -16,3 Mio. Euro führen.

In den sonstigen Effekten schlägt sich einerseits die Umgliederung eines Gewinns aus der Veräußerung einer Beteiligung in das Finanzanlageergebnis nieder (-12,1 Mio. Euro). Andererseits werden beim Übergang auf die Rechnungslegung nach IFRS Erträge i.H.v. 31,9 Mio. Euro aus Close Out Zahlungen dem Zinsergebnis gutgeschrieben (siehe vorangehende Erläuterungen zum Sachverhalt "Close Out"). Darüber hinaus bewirkt der Übergang auf die externe Rechnungslegung nach IFRS eine Vielzahl von weiteren Einzeleffekten.

Provisionsüberschuss (wesentliche Effekte):

Bei der Aufwand- und Ertragskonsolidierung werden Vertriebskosten i.H.v. -2,8 Mio. Euro eliminiert. Von den sonstigen Effekten beruhen 5,7 Mio. Euro auf Umgliederungen aus dem Zinsüberschuss, die sich aus der unterschiedlichen Darstellung des Segments "Teilkonzern" nach internem Reporting bzw. externer Rechnungslegung ergeben. Es handelt sich hierbei um Provisionserlöse aus dem Versicherungsgeschäft.

II. Finanzanlage- und Handelsergebnis

Angaben in Mio. Euro	Finanzanlageergebnis	Handelsergebnis
Konsolidierung	-6,2	32,9
Sonstige Effekte IFRS	-75,2	25,4
Effekte gesamt:	-81,4	58,3

Finanzanlageergebnis (wesentliche Effekte):

Die Konsolidierung der Spezialfonds führt zu einem Effekt i.H.v. -6,2 Mio. Euro. Sonstige Effekte i.H.v. -19,3 Mio. Euro beruhen einerseits auf Umgliederungen, die sich aus der unterschiedlichen Darstellung des Segments "Teilkonzern" nach internem Reporting bzw. externer

Rechnungslegung ergeben. Sie setzen sich aus Abschreibungen auf Beteiligungen i.H.v. -31,4 Mio. Euro sowie aus der Umgliederung eines Gewinns aus der Veräußerung einer Beteiligung aus dem Zinsüberschuss zusammen (12,1 Mio. Euro).

Andererseits führt die gemäß IFRS auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf vorzunehmende Ausweisänderung von Abschreibungen auf Finanzanlagen (Impairment nach IFRS) aus dem Bewertungsergebnis zu einem sonstigen Effekt von -51,7 Mio. Euro.

Handelsergebnis (wesentliche Effekte):

Das Handelsergebnis wird durch die Konsolidierung der Spezialfonds mit 32,9 Mio. Euro positiv beeinflusst. Die gemäß IFRS auf Ebene der Stadtsparkasse Düsseldorf vorzunehmende Fair Value Bewertung von Derivaten erzielt eine wesentliche Einzelwirkung i.H.v. 24,2 Mio. Euro.

III. Sonstiges betriebliches Ergebnis, DAFV-Ergebnis

Angaben in Mio. Euro	Sonst. betr. Ergebnis	DAFV-Ergebnis
Konsolidierung	-5,6	-112,8
Sonstige Effekte IFRS	-14,3	-3,3
Effekte gesamt:	-19,9	-116,1

Sonstiges betriebliches Ergebnis (wesentliche Effekte):

Das sonstige betriebliche Ergebnis wird im Übergang auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS u.a. durch die Konsolidierung der Spezialfonds mit 5,0 Mio. Euro belastet.

Im Unterschied zur Rechnungslegung nach HGB werden Bewertungserfolge aus Derivaten im Handelsergebnis ausgewiesen. Gemäß internem Reporting ausgewiesene Erfolge aus der Bewertung von bestimmten Derivaten sind zu eliminieren (-4,3 Mio. Euro). Hinsichtlich der verbleibenden sonstigen Effekte ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es sich bei der "Summe der Segmente Sparkasse" um Angaben auf Basis der internen Finanzberichterstattung an den Gesamtvorstand handelt. Gemäß internem Reporting aus Close Out Zahlungen erzielte Erfolge aus glattgestellten Derivaten sind beim Übergang auf die externe Rechnungslegung nach IFRS in dieser Position zu stornieren. Den Erfolgen stehen zu eliminierende Gemeinkosten i.H.v. 40,7 Mio. Euro gegenüber.


DAFV-Ergebnis (wesentliche Effekte):

Die Bewertung von freiwillig innerhalb von Wertpapiersondervermögen zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designierten Aktienportfolien und strukturierten Produkten wirkt sich mit -112,8 Mio. Euro aus. Auf Ebene der Stadtsparkasse Düsseldorf wird durch die erfolgswirksame Fair Value Bewertung ein Effekt in Höhe von -3,3 Mio. Euro. erzielt.

IV. Verwaltungsaufwand und Risikovorsorge

Angaben in Mio. Euro	Verwaltungsaufwand	Risikovorsorge
Konsolidierung	0,6	0,1
Sonstige Effekte IFRS	-35,0	101,6
Effekte gesamt:	-34,4	101,7

Verwaltungsaufwand (wesentliche Effekte):

Die Konsolidierung der Spezialfonds belastet den Verwaltungsaufwand mit 2,5 Mio. Euro. Aus der Geschäftsbesorgung der KBG ergibt sich ein Effekt i.H.v. 2,8 Mio. Euro. Im Rahmen der sonstigen Effekte werden Deckungslasten i.H.v. -40,7 Mio. Euro dem sonstigen betrieblichen Ergebnis zugewiesen.

Risikovorsorge (wesentliche Effekte):

Nach IAS/IFRS ist eine Überkreuzverrechnung der Bewertungsergebnisse aus Krediten und bestimmten Finanzanlagen nicht vorgesehen. Dies führt in der Folge zu einem Effekt von -15,5 Mio. Euro. Nach IFRS werden Niederstwertabschreibungen nach HGB auf Spezialfonds i.H.v. 42,5 Mio. Euro rückgängig gemacht. Schließlich werden Abschreibungen auf nicht festverzinsliche Wertpapiere i.H.v. 36,5 Mio. Euro dem Finanzanlageergebnis zugeordnet.

Erläuterungen zur Konzern Bilanz

[35] Barreserve

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Kassenbestand	65,6	66,5
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	87,6	7,0
Barreserve	153,2	73,5

Der Kassenbestand sowie das Guthaben bei der Deutschen Bundesbank werden zum Nennwert ausgewiesen.

[36] Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	114,5	75,1
	114,5	75,1
Kredite und Darlehen		
Kredite und Darlehen (LAR)	916,3	1.297,7
Kredite und Darlehen (Designated AFV)	16,7	18,4
	933,0	1.316,1
Sonstige Forderungen		
Sonstige Forderungen (LAR)	25,0	165,4
Sonstige Forderungen (AFS)	39,6	0,3
	64,6	165,7
Forderungen an Kreditinstitute	1.112,1	1.556,9

Forderungen mit einem Buchwert von rd. 153,0 Mio. Euro (Vorjahr: 257,6 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (ohne anteilige Zinsen). Das Bewertungsergebnis aus sonstigen Forderungen der Kategorie AFS wurde der Neubewertungsrücklage zugeführt (vgl. auch Kapitel "Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen").

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hält Namensschuldverschreibungen des Emittenten Goldman Sachs mit einem Nominalvolumen von 55,0 Mio. Euro und einem Fair Value von 36,5 Mio. Euro (Vorjahr: 52,5 Mio. Euro). Im Zuge der Krise auf den US-Finanzmärkten hat der Emittent seinen Sonderstatus als Investmentbank freiwillig aufgegeben und den Status einer

Bankenholding von der US-Notenbank Fed erhalten. Die betreffenden Schuldverschreibungen werden nun unter den Forderungen an Kreditinstitute (AFS) ausgewiesen (Vorjahr: Forderungen an Kunden (AFS)).

[37] Forderungen an Kunden

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	573,0	650,6
	573,0	650,6
Kredite und Darlehen		
Kredite und Darlehen (LAR)	7.035,6	7.081,4
	7.035,6	7.081,4
Sonstige Forderungen		
Sonstige Forderungen (LAR)	4,8	1,8
Namensschuldverschreibungen (AFS)	150,8	186,8
Namensschuldverschreibungen (Designated AFV)	17,2	-
	172,8	188,6
Forderungen an Kunden	7.781,4	7.920,6

Aufgrund eines Anwendungsfalls des IAS 8 sind die Vorjahreswerte für Termin- und Sichteinlagen sowie Kredite und Darlehen der Kategorie LAR (vormals 651,8 Mio. Euro bzw. 7.085,0 Mio. Euro) angepasst worden (vgl. auch Note [5]).

Forderungen mit einem Buchwert von rd. 5.655,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5.876,1 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr (ohne anteilige Zinsen). Das Bewertungsergebnis aus sonstigen Forderungen der Kategorie AFS wurde der Neubewertungsrücklage zugeführt (vgl. auch Kapitel "Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen").

[38] Kreditvolumen

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Forderungen an Kreditinstitute	1.112,1	1.556,9
Forderungen an Kunden	7.781,4	7.920,6
Bürgschaften und Garantien	342,2	363,2
Kreditvolumen	9.235,7	9.840,7

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalten die von der Stadtsparkasse Düsseldorf im Bankgeschäft ausgelegten Forderungen. Sie werden bilanziell erfasst, wenn die Zahlung an den Begünstigten erfolgt. Die Ausbuchung erfolgt bei Rückzahlung, Forderungsverkauf oder im Fall einer Direktabschreibung. Der Bilanzansatz von Forderungen der Kategorie LAR entspricht den fortgeführten Anschaffungskosten ohne ggf. erforderliche Wertberichtigungen. Diese Wertberichtigungen zeigt die Stadtsparkasse Düsseldorf in der Bilanzposition Risikovorsorge. Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind im Geschäftsjahr Wertberichtigungen in Höhe von 107,1 Mio. Euro (Vorjahr 64,1 Mio. Euro) gebildet worden.

Für Bürgschaften und Garantien wird die Methode der Nettobilanzierung nach IAS 39 gewählt. Die Betragsangabe bezieht sich in diesem Fall auf den Nominalwert der Vereinbarungen.

[39] Risikovorsorge

Erkennbaren Bonitätsrisiken wird durch eine angemessene Risikovorsorge im Kreditgeschäft Rechnung getragen. Sie wird durch aktivisch ausgewiesene Wertberichtigungen sowie durch Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft getroffen.

Bereits eingetretene, aber noch nicht einzeln identifizierte Kreditausfälle werden durch Portfoliowertberichtigungen für Portfolien homogener Kreditforderungen berücksichtigt. Die Höhe dieser Risikovorsorge leitet sich aus der Inanspruchnahme der Kredite, der historischen Ausfallwahrscheinlichkeit sowie der Ausfallquote zum Zeitpunkt des Ausfalls ab. Einen weiteren Parameter stellt der Zeitraum bis zur einzelfallbezogenen Identifizierung des Ausfalls dar.

Wenn Zweifel an der Einbringlichkeit einer Forderung auftreten, wird das Risiko durch eine Einzelwertberichtigung abgesichert. Sofern weitere Zahlungen aus der Forderung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu erwarten sind, werden die Forderungen als uneinbringlich klassifiziert. Uneinbringliche bereits wertberichtigte Forderungen

werden durch Verbrauch der Risikovorsorge ausgebucht. Wenn für eine derartige Forderung keine Einzelwertberichtigung vorliegt, wird diese direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Direktabschreibungen werden auch dann vorgenommen, wenn der Konzern auf Teile einer nicht wertberichtigten Forderung verzichtet bzw. eine Forderung verkauft und der Kaufpreis niedriger ist als der Buchwert der Forderung.

Risikovorsorgespiegel nach Forderungsklassen:

Angaben in Mio. Euro	Stand 01.01.2008	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Unwinding	Stand 31.12.2008
Privatkundenkredite						
Einzelwertberichtigungen	49,0	13,1	14,8	7,0	1,6	38,7
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	2,0	3,1	0,0	0,0	-, -	5,1
	51,0	16,2	14,8	7,0	1,6	43,8
Geschäftskundenkredite						
Einzelwertberichtigungen	98,6	75,1	21,0	13,1	2,8	136,8
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	13,1	1,4	0,0	0,0	-, -	14,5
	111,7	76,5	21,0	13,1	2,8	151,3
Sonstige Kredite						
Einzelwertberichtigungen	25,2	14,4	5,9	5,2	0,8	27,7
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,5	0,0	0,0	0,1	-, -	0,4
	25,7	14,4	5,9	5,3	0,8	28,1
Bilanzielles Kreditgeschäft	188,4	107,1	41,7	25,4	5,2	223,2
Rückstellungen für außerbilanzielle Kreditrisiken	3,5	0,5	0,0	1,6	-, -	2,4
Risikovorsorge gesamt	191,9	107,6	41,7	27,0	5,2	225,6

Die Entwicklung des Vorjahres zeigt die folgende Abbildung:

Angaben in Mio. Euro	Stand 01.01.2007	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Unwinding	Stand 31.12.2007
Privatkundenkredite						
Einzelwertberichtigungen	69,7	13,3	20,1	11,5	2,4	49,0
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	1,8	0,2	0,0	0,0	-,-	2,0
	71,5	13,5	20,1	11,5	2,4	51,0
Geschäftskundenkredite						
Einzelwertberichtigungen	94,9	42,4	18,2	18,2	2,3	98,6
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	16,1	0,0	0,0	3,0	-,-	13,1
	111,0	42,4	18,2	21,2	2,3	111,7
Sonstige Kredite						
Einzelwertberichtigungen	40,8	8,0	2,6	20,5	0,5	25,2
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,3	0,2	0,0	0,0	-,-	0,5
	41,1	8,2	2,6	20,5	0,5	25,7
Bilanzielles Kreditgeschäft	223,6	64,1	40,9	53,2	5,2	188,4
Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken	5,1	1,7	0,0	3,3	-,-	3,5
Risikovorsorge gesamt	228,7	65,8	40,9	56,5	5,2	191,9

Im Vorjahr sind die Zinserträge aus wertberechtigten Forderungen (das sog. "Unwinding") versehentlich doppelt erfasst worden. In dem Risikovorsorgespiegel des Vorjahres sind die erforderlichen Änderungen nach IAS 8 bereits umgesetzt. Eine ausführliche Erläuterung des Sachverhalts enthält Note [5].

Abweichend zum Vorjahr weist der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf die Portfoliowertberichtigung für Finanzanlagen der Kategorie LAR nicht mehr in der Bilanzposition Risikovorsorge – portfoliobasierte Wertberichtigungen für sonstige Kredite - aus, sondern setzt die Risikoabschirmung (31.12.2007: 0,1 Mio. Euro, 31.12.2006: 0,5 Mio. Euro) vom Bilanzansatz der Finanzanlagen ab. Der Risikovorsorgespiegel des Vorjahres enthält angepasste Werte.

[40] Sicherungsderivate

Im Geschäftsjahr sind Sicherungsderivate mit einem Nominalvolumen von insgesamt 500,0 Mio. Euro vorzeitig glattgestellt worden, nachdem der ursprüngliche Sicherungszweck erreicht worden ist. Aufgrund der Vorschriften für das Cashflow Hedge Accounting nach IAS 39 werden die Close Out Zahlungen der Kontrahenten nicht direkt erfolgswirksam verbucht, sondern in die Neubewertungsrücklage für die erfolgsneutrale Bewertung von Sicherungsderivaten (Cashflow Hedge Accounting, effektiver Anteil) eingestellt.

Bereits im Vorjahr sind 7 derartige Sicherungsbeziehungen aufgrund einer Managemententscheidung nach Erreichen des Sicherungszwecks aufgelöst worden.

Die aus den o.g. Glattstellungen resultierende Neubewertungsrücklage wird effektivzinskonstant über die ursprüngliche Laufzeit der Sicherungsbeziehungen zu Gunsten des Zinsergebnisses aufgelöst. Im Geschäftsjahr ist ein Betrag von 5,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2,1 Mio. Euro) erfolgswirksam erfasst worden.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine weiteren Derivate im Sinne des Hedge Accountings nach IAS 39 (Dirty Fair Value der Sicherungsderivate zum Vorjahresstichtag: 35,1 Mio. Euro).

[41] Handelsaktiva

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV - Trading)	2,3	1,1
Positive Marktwerte der Handelsderivate (OTC)	55,5	36,8
Handelsaktiva	57,8	37,9

Ein wesentlicher Bestandteil des Derivategeschäfts der Stadtsparkasse Düsseldorf entfällt auf die Bereitstellung von derivativen Finanzprodukten zur Absicherung von Zinsänderungs- und sonstigen Marktpreisrisiken als Kontraktpartner für ihre Kunden.

Offene Risikopositionen aus derartigen Geschäften werden in der Regel zeitnah durch entsprechende Gegengeschäfte mit anderen Kreditinstituten geschlossen – siehe auch negative Marktwerte der Handelsderivate unter der Bilanzposition „Handelsspassiva“.

In der Position Handelsaktiva sind u.a. auch Derivate aus konsolidierten Wertpapierspezialfonds mit einem positivem Fair Value von 10,2 Mio. Euro enthalten. Diese Derivate sichern

insbesondere Fremdwährungsrisiken und Aktienkursrisiken aus originären Finanzinstrumenten ab (kein Hedge Accounting nach IAS 39).

Auf Derivate mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entfällt ein Dirty Fair Value von 38,5 Mio. Euro (Vorjahr: 24,2 Mio. Euro).

[42] Langfristige, zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Die langfristigen, zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte betreffen zwei Beteiligungen, die zum einen aus der Position Finanzanlagen (0,1 Mio. Euro) und zum anderen aus der Position Anteile an assoziierten Unternehmen (0,4 Mio. Euro) umgegliedert worden sind.

Der Konzern ist an beiden Gesellschaften zu jeweils einem Drittel beteiligt. Im Berichtsjahr sind Verwertungsmöglichkeiten eruiert worden, auf deren Basis ein Verkauf der Anteile aller Altgesellschafter realisiert werden soll. Ein entsprechender Verkaufsbeschluss ist getroffen worden. Ein Kaufinteressent wird ein Finanzierungskonzept in der ersten Jahreshälfte 2009 vorlegen. Ziel ist ein Verkauf im Jahr 2009.

[43] Finanzanlagen

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Schuldverschreibungen, andere festverz. Wertpapiere (LAR)	1.204,1	649,1
Schuldverschreibungen, andere festverz. Wertpapiere (AFS)	1.203,4	1.995,6
Schuldverschreibungen, andere festverz. Wertpapiere (Designated AFV)	90,7	121,3
	2.498,2	2.766,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien, andere nicht festverz. Wertpapiere (AFS)	261,0	425,7
Aktien, andere nicht festverz. Wertpapiere (Designated AFV)	103,3	301,0
	364,3	726,7
Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen (AFS)	381,4	381,1
Finanzanlagen	3.243,9	3.873,8

In den Finanzanlagen sind Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 1.418,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.282,3 Mio. Euro) enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Auf Anteile an Private Equity Sondervermögen, deren Fair Value zum 31.12.2008 auf der Basis von Schätzungen aus dem Quartalsreport zum 30.09.2008 abgeleitet worden ist, entfällt ein Buchwert von 10,7 Mio. Euro (vgl. Note [9]).

Hinsichtlich der Vereinnahmung von Erträgen aus Finanzanlagen sowie ihrer Veräußerung liegen folgende Beschränkungen vor:

- Zur Besicherung von Offenmarktgeschäften sind zu Gunsten der Deutschen Bundesbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.757,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.819,9 Mio. Euro) abgegeben worden. Zum Abschlussstichtag haben keine Offenmarktgeschäfte bestanden (Vorjahr: 779,9 Mio. Euro).
- Für den Pfandbriefdeckungsstock für Pfandbriefe werden Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 102,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) bereit gehalten.

- Zur Besicherung von Geschäften an der Eurex bzw. für Wertpapiergeschäfte, die über den CCP abgewickelt werden, sind Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 86,2 Mio. Euro (Vorjahr: 54,6 Mio. Euro) verpfändet worden.

Im Geschäftsjahr sind für Finanzanlagen Wertberichtigungen in Höhe von 87,6 Mio. Euro (Vorjahr: 15,1 Mio. Euro) vorgenommen worden.

Erstmals zum 31. Dezember 2008 werden Portfoliowertberichtigungen für Finanzanlagen der Kategorie LAR i.H.v. 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro) von dem Wertansatz der entsprechenden Vermögenswerte abgesetzt. Die Vorjahreswerte sind entsprechend angepasst worden (siehe auch Note [5]).

In der Position Beteiligungen sind u.a. Eigenkapitalinstrumente enthalten, die entsprechend IAS 39.46c zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden.

- Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband

Hierbei handelt es sich um eine Pflichtbeteiligung aufgrund des Sparkassengesetzes. Die Veräußerung der Einlage ist nicht möglich. Mangels anderer Klassifizierungsmöglichkeiten erfolgt eine Zuordnung zur Bewertungskategorie AFS, obwohl keine Veräußerungsmöglichkeit für die Anteile besteht. Der Buchwert der Pflichteinlage beläuft sich auf 138,6 Mio. Euro. Aus der Pflichtmitgliedschaft steht der Sparkasse eine Vielzahl von Vorteilen, wie z.B. die Nutzung von Markenrechten, deren Wert nicht genau quantifizierbar ist, zu. Daher wird die Pflichtmitgliedschaft mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

- Minderheitsanteile an der Börse Düsseldorf AG

Die Aktien der Börse Düsseldorf sind nicht börsennotiert. Erforderliche Angaben zu einer verlässlichen Unternehmensbewertung liegen der Stadtsparkasse Düsseldorf nicht vor. Die Beteiligung geht aus der ehemaligen Mitgliedschaft an der Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf e.V. hervor (Formwechsel im Kalenderjahr 2001). Sie wird zu Anschaffungskosten von 1 Euro bilanziert.

Im Vorjahr ist auch die Minderheitsbeteiligung an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG entsprechend IAS 39.46c i.V.m. IAS 39.54 nicht zum Fair Value bilanziert worden. Auf Basis nun bereitgestellter Informationen ist es dem Konzern erstmals wieder möglich gewesen, eine Unternehmensbewertung durchzuführen. Zum

Bilanzstichtag beträgt der ermittelte Fair Value 24,7 Mio. Euro (Buchwert Vorjahr: 18,3 Mio. Euro).

[44] Anteile an assoziierten Unternehmen

Nachfolgend stellt die Stadtsparkasse Düsseldorf zusammenfassende Finanzinformationen für die nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bereit:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte		
Assoziierte Unternehmen	1.435,2	1.539,4
Gemeinschaftsunternehmen	36,4	33,3
Summe der Verpflichtungen		
Assoziierte Unternehmen	1.424,0	1.489,3
Gemeinschaftsunternehmen	38,5	39,4
Eigenkapital		
Assoziierte Unternehmen	11,1	50,1
Gemeinschaftsunternehmen	-2,0	-6,1
Ordentliche Erträge		
Assoziierte Unternehmen	359,1	399,0
Gemeinschaftsunternehmen	18,1	3,8
Jahresüberschuss		
Assoziierte Unternehmen	-40,0	30,6
Gemeinschaftsunternehmen	5,1	-0,7

Das Geschäftsjahr der assoziierten Unternehmen entspricht demjenigen der Stadtsparkasse Düsseldorf. Für die jeweiligen Unternehmensanteile sind keine öffentlichen Kursnotierungen verfügbar. Bei zwei (Vorjahr: drei) Unternehmen übersteigt der Anteil an den Verlusten den anteiligen Beteiligungswert. Gemäß IAS 28.29 werden bei diesen assoziierten Unternehmen keine weiteren Verlustanteile erfasst. In der Bilanz wird ein Buchwert von 0,00 Euro angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein anteiliger Gewinn in Höhe von 0,0 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) nicht mehr erfasst. Der kumulierte nicht erfasste anteilige Verlust beträgt -1,5 Mio. Euro (Vorjahr: -2,9 Mio. Euro).

[45] Sachanlagen

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Grundstücke und Gebäude	60,1	64,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,6	11,7
Sachanlagen	72,7	75,9

Im Vergleich zum Vorjahr stellen sich die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen wie folgt dar:

Mio. Euro	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- u. Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten			
Stand 01.01.2007	127,5	72,7	200,2
Zugänge	0,2	3,7	3,9
Abgänge	0,0	-2,2	-2,2
Stand 31.12.2007	127,7	74,2	201,9
Zugänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	4,3	4,3
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-3,0	-3,0
Stand 31.12.2008	127,7	75,5	203,2
Abschreibungen			
Stand 01.01.2007	59,4	60,8	120,2
Abschreibungen	4,1	3,9	8,0
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-2,2	-2,2
Stand 31.12.2007	63,5	62,5	126,0
Abschreibungen im lfd. Geschäftsjahr	4,1	3,4	7,5
davon: außerplanmäßige Abschreibungen	0,0	0,0	0,0
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-3,0	-3,0
Stand 31.12.2008	67,6	62,9	130,5
Buchwert zum 31.12.2007	64,2	11,7	75,9
Buchwert zum 31.12.2008	60,1	12,6	72,7

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. Euro	Buchwert 01.01.2008	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2008
Grundstücke und Gebäude	64,2	0,0	0,0	0,0	4,1	60,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11,7	4,3	0,0	0,0	3,4	12,6
Sachanlagen	75,9	4,3	0,0	0,0	7,5	72,7

[46] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der Buchwerte der Investment Properties dar:

	Tsd. Euro
Anschaffungs- oder Herstellungskosten	
Stand 01.01.2007	5.965
Stand 31.12.2007	5.965
Stand 31.12.2008	5.965
Abschreibungen	
Stand 01.01.2007	1.505
Abschreibungen im Vorjahr	62
davon: außerplanmäßige Abschreibungen	0
Stand 31.12.2007	1.567
Abschreibungen im lfd. Geschäftsjahr	61
davon: außerplanmäßige Abschreibungen	0
Stand 31.12.2008	1.628
Buchwert zum 31.12.2007	4.398
Buchwert zum 31.12.2008	4.337

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Properties beträgt 6,0 Mio. Euro (Vorjahr: 6,0 Mio. Euro). Aus Investment Properties werden unverändert Mieterträge von 0,2 Mio. Euro erzielt. Sie sind als Erträge aus Operating-Leasingverhältnissen zu klassifizieren. Weitere Angaben enthält Note [64].

[47] Immaterielle Vermögenswerte

	Mio. Euro
Anschaffungskosten	
01.01.2007	14,0
Zugänge	1,0
Abgänge (Verkauf, Stilllegungen)	0,1
31.12.2007	14,9
Zugänge im lfd. Geschäftsjahr	0,9
31.12.2008	15,8
Kumulierte Abschreibungen	
01.01.2007	12,6
Abschreibungen	0,8
davon: außerplanmäßige Abschreibungen	0,0
31.12.2007	13,4
Abschreibungen im lfd. Geschäftsjahr	0,9
davon: außerplanmäßige Abschreibungen	0,0
31.12.2008	14,3
Buchwert zum 31.12.2007	1,5
Buchwert zum 31.12.2008	1,5

Die immateriellen Vermögenswerte entfallen ausschließlich auf erworbene Software. Wertminderungen bzw. –aufholungen von immateriellen Vermögenswerten werden in der GuV-Position "Allgemeine Verwaltungsaufwendungen" erfasst.

[48] Steueransprüche aus laufenden Steuern

Steueransprüche aus laufenden Steuern betragen im Geschäftsjahr 16,7 Mio. Euro (Vorjahr: 31,8 Mio. Euro).

[49] Steueransprüche aus latenten Steuern

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Handelsspassiva	16,4	8,4
Finanzanlagen	6,9	4,7
Sachanlagen	0,0	0,0
Pensionsrückstellungen und andere Rückstellungen	6,9	2,5
Steuerliche Verlustvorträge	2,1	1,0
Risikovorsorge	19,1	1,4
Übrige Bilanzpositionen	16,0	42,2
Steueransprüche aus latenten Steuern	67,4	60,2
Netting	55,8	60,2
Steueransprüche aus latenten Steuern nach Netting	11,6	0,0

Steueransprüche aus latenten Steuern werden für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge sowie für temporäre Unterschiede zwischen den Wertansätzen der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und deren Wertansätzen nach steuerlichen Vorschriften gebildet.

Zum Bilanzstichtag bestehen steuerlich nutzbare Verlustvorträge i.H.v. 11,3 Mio. Euro, die auf Konzerngesellschaften des Teilkonzerns **SKBG** entfallen (Vorjahr: 4,3 Mio. Euro); davon lediglich gewerbesteuerliche Verlustvorträge i.H.v. 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,0 Mio. Euro).

Verlustvorträge i.H.v. 6,9 Mio. Euro (Vorjahr: 8,6 Mio. Euro) werden derzeit als steuerlich nicht nutzbar angesehen.

Zur Höhe und zur Veränderung der Steuerlatenzen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden, verweist die Stadtsparkasse Düsseldorf auf die "Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen".

Ein Anwendungsfall des IAS 8 hat zu Änderungen der im Vorjahresfinanzbericht ausgewiesenen Steueransprüche aus latenten Steuern geführt. Diese sind in Note [5] erläutert. Die tabellarische Darstellung enthält bereits angepasste Werte.

[50] Sonstige Aktiva

Die sonstigen Aktiva in Höhe von 23,6 Mio. Euro (Vorjahr 20,9 Mio. Euro) bestehen im Wesentlichen aus sonstigen Vermögenswerten. Wesentliche Einzelposition ist ein Baugrundstück mit einem Buchwert von 12,0 Mio. Euro (Vorjahr 11,7 Mio. Euro), das nach IAS 2: Vorräte bewertet wird. Des Weiteren entfällt ein Wertansatz in Höhe von 2,8 Mio. Euro (Vorjahr 2,3 Mio. Euro) auf erbrachte Leistungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Investmentprodukten.

[51] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	751,9	1.809,8
	751,9	1.809,8
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	1.080,9	1.108,7
	1.080,9	1.108,7
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	241,6	268,2
	241,6	268,2
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	342,2	301,4
	342,2	301,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.416,6	3.488,1

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 1.367,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.586,5 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[52] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	4.141,6	4.002,0
	4.141,6	4.002,0
Spareinlagen		
Spareinlagen (OFL)	1.785,8	1.786,1
	1.785,8	1.786,1
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	152,5	171,6
	152,5	171,6
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	131,5	113,9
	131,5	113,9
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	0,3	0,4
	0,3	0,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.211,7	6.074,0

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 258,8 Mio. Euro (Vorjahr 278,5 Mio. Euro) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[53] Handelspassiva

Unter den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (OTC-Derivate), die nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accountings nach IAS 39 eingesetzt werden, in Höhe von 58,4 Mio. Euro (Vorjahr 27,8 Mio. Euro) ausgewiesen.

Ein wesentlicher Bestandteil des Derivategeschäfts der Stadtsparkasse Düsseldorf entfällt auf die Bereitstellung von derivativen Finanzprodukten zur Absicherung von Zinsänderungs- und sonstigen Marktpreisrisiken als Kontraktpartner für ihre Kunden. Offene Risikopositionen aus derartigen Geschäften werden in der Regel zeitnah durch entsprechende Gegengeschäfte mit anderen Kreditinstituten geschlossen – siehe auch positive Marktwerte der Handelsderivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“.

In der Position Handelspassiva sind u.a. auch Derivate aus konsolidierten Wertpapierspezialfonds mit einem positivem Fair Value von 6,1 Mio. Euro enthalten. Diese Derivate sichern

insbesondere Fremdwährungsrisiken und Aktienkursrisiken aus originären Finanzinstrumenten ab (kein Hedge Accounting nach IAS 39).

Für ein im Kundenauftrag verwaltetes Sondervermögen hat die Stadtsparkasse Düsseldorf eine Kapital- und Performancegarantie auf den Stichtag 31. Dezember 2009 abgegeben. Auf diese Stillhalterposition entfällt ein negativer Fair Value von 3,3 Mio. Euro.

Auf Derivate mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entfällt ein Buchwert (Dirty Fair Value) von 40,4 Mio. Euro (Vorjahr: 23,7 Mio. Euro).

[54] Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Begebene Schuldverschreibungen (OFL)		
Öffentliche Pfandbriefe	110,2	200,4
Inhaberschuldverschreibungen	2.224,4	2.253,2
	2.334,6	2.453,6
Begebene Schuldverschreibungen (Designated LFV)		
Inhaberschuldverschreibungen	37,1	19,1
	37,1	19,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.371,7	2.472,7

Der Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ umfasst begebene Emissionen der Stadtsparkasse Düsseldorf, die durch eine auf den Inhaber lautende Urkunde verbrieft sind. Diese setzen sich aus Inhaberschuldverschreibungen und Inhaberpfandbriefen zusammen, soweit sie nicht mit einer Nachrangabrede ausgestattet sind.

Soweit verbrieft Verbindlichkeiten eingebettete trennungspflichtige Derivate enthalten, nutzt die Stadtsparkasse Düsseldorf die Kategorie LFV – Designation, um eine Trennungspflicht zu vermeiden. Erfolge aus dem Rückkauf von eigenen Schuldverschreibungen, die gemäß den Anforderungen der IFRS als Tilgungen behandelt werden, weist die Stadtsparkasse Düsseldorf unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen aus.

Bereits fällige, noch nicht eingelöste Schuldverschreibungen, die als Tafelgeschäfte platziert worden sind, sowie noch nicht eingelöste Kupons werden unter der Bilanzposition „Sonstige Passiva“ gezeigt.

Begebene Schuldverschreibungen werden nominell zu Zinssätzen zwischen 1,50 % und 6,00 % (Vorjahr: 1,50 % bis 6,00 %) verzinst. In der Bilanzposition sind Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 1.683,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1.844,0 Mio. Euro) enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Der Rückzahlungsbetrag der zur erfolgswirksamen Fair Value Bilanzierung designierten verbrieften Verbindlichkeiten beläuft sich auf 38,0 Mio. Euro (Vorjahr: 18,0 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr sind keine bonitätsbedingten Fair Value Änderungen der designierten Verbindlichkeiten zu verzeichnen gewesen.

Inhaberschuldverschreibungen der Stadtsparkasse Düsseldorf werden als langfristige Anlageform vor allem von ihren Kunden nachgefragt.

[55] Rückstellungen

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	32,0	30,0
Andere Rückstellungen	20,5	20,5
Rückstellungen	52,5	50,5

Der Posten Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen entfällt auf leistungsorientierte Pensionszusagen an aktive und ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene sowie weitere Pensionsempfänger. Die Höhe der Rückstellung richtet sich nach der anzuwendenden Versorgungsregelung.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen nach IAS 19 sind bestimmte versicherungsmathematische Annahmen zu treffen. Dem Auftrag für das versicherungsmathematische Gutachten durch einen externen Versicherungsmathematiker liegen folgende Annahmen zugrunde (vgl. Note [18]):

	31.12.2008 in %	31.12.2007 in %
Zinsfuß für die Abzinsung der Verpflichtungen	5,70	5,45
Gehalts- bzw. Anwartschaftsdynamik	3,00	2,50
Rentendynamik	2,00	1,50
Fluktuation	0,00	0,00

Der Barwert der Pensionsverpflichtung - versicherungsmathematischer Sollwert - hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 1. Januar	30,5	37,7
Zuführungen		
Laufender Dienstzeitaufwand	0,6	0,8
Zinsaufwand	1,6	1,5
Versicherungsmathematische Gewinne (-) /Verluste (+)	2,0	-7,1
Verbrauch		
Erbrachte Pensionsleistungen	2,4	2,4
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember	32,3	30,5

Auf ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene entfällt ein versicherungsmathematischer Sollwert i.H.v. 28,1 Mio. Euro (Vorjahr: 25,5 Mio. Euro). Auf aktive Vorstandsmitglieder und damit gleichzeitig auf nahe stehende Personen bezieht sich der verbleibende Teilbetrag i.H.v. 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro).

Die Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen hat die Stadtparkasse Düsseldorf aus dem Barwert der Pensionsverpflichtung zum Bilanzstichtag abgeleitet:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	32,3	30,5
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0,3	0,5
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	32,0	30,0

Entsprechend der Ausübung des Wahlrechts nach IAS 19.93A erfasst die Stadtparkasse Düsseldorf versicherungsmathematische Gewinne und Verluste direkt in voller Höhe erfolgsneutral im Eigenkapital.

Entwicklung des versicherungsmathematischen Sollwerts der Pensionsverpflichtungen im Vier-Jahres-Vergleich:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	01.01.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	32,3	30,5	37,7	38,7
Gewinne / Verluste (-) aus erfahrungsbedingten Anpassungen der Verpflichtung	-1,6	0,3	1,1	0,0
Gewinne / Verluste (-) aus der Änderung sonstiger Annahmen	-0,4	6,8	0,3	0,0

Der nachfolgende Rückstellungsspiegel zeigt die Entwicklung der anderen Rückstellungen im Geschäftsjahr auf:

Mio. Euro	Stand 31.12.2007	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2008
Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer	16,3	2,4	0,1	2,4	16,2
Rückstellungen im außerbilanziellen Kreditgeschäft	3,5	0,0	1,6	0,5	2,4
Sonstige Rückstellungen	0,7	0,3	0,0	1,5	1,9
Andere Rückstellungen	20,5	2,7	1,7	4,4	20,5

Bei den Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen und aus Beihilfezusagen sowie anlässlich von Jubiläen. Aus der Barwertanpassung der Jubiläumsrückstellung ergibt sich ein Zinsaufwand von 0,2 Mio. Euro.

Die Zinsaufwendungen aus der Barwertanpassung von sonstigen langfristigen Rückstellungen belaufen sich auf 0,1 Mio. Euro. Im Vorjahr ist der Zinseffekt unwesentlich.

[56] Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern

Für Steuerverpflichtungen aus laufenden Ertragsteuern sind im Geschäftsjahr keine Rückstellungen zu bilden (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro).

[57] Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern

Die aktiven und passiven latenten Steuern werden saldiert. Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch auf Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus laufenden Steuern. Außerdem beziehen sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern, die von derselben Steuerbehörde erhoben werden und die gleiche steuerpflichtige Einheit betreffen.

Latente Steuerverpflichtungen entfallen auf folgende Positionen:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Handelsaktiva	13,3	7,5
Sicherungsderivate	0,0	11,1
Finanzanlagen	25,3	19,8
Sachanlagen	9,2	9,0
Pensionsrückstellungen und andere Rückstellungen	2,0	10,2
Risikovorsorge	3,3	5,6
Übrige Bilanzpositionen	2,7	1,2
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	55,8	64,4
Netting mit den aktiven lat. Steuern	55,8	60,2
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern nach Netting	0,0	4,2

Ein Anwendungsfall des IAS 8 hat zu Änderungen der im Vorjahresfinanzbericht ausgewiesenen Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern geführt. Diese sind in Note [5] erläutert. Die tabellarische Darstellung enthält bereits angepasste Werte.

[58] Nachrangige Verbindlichkeiten

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Nachrangige Sparkassenkapitalbriefe	101,6	102,5
Nachrangige Schuldscheindarlehen	87,5	87,1
Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen	25,8	25,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,9	214,9

Die Bedingungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG; damit zählen sie zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln der Stadtsparkasse Düsseldorf. Ihre Nachrangigkeit bezieht sich auf die Rangfolge der Befriedigung

von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- bzw. Liquidierungsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Erfüllung aller Ansprüche vorrangiger Gläubiger zurückgezahlt. Außerordentliche Kündigungsrechte sind nicht eingeräumt worden.

Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder in eine andere Schuldform ist nicht vereinbart worden. Sie sind ausschließlich der Kategorie OFL zugeordnet und werden demnach zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Eine nachrangige Emission mit einem Buchwert von 23,9 Mio. Euro (Vorjahr: 23,6 Mio. Euro) übersteigt 10 % des Gesamtbetrags der Bilanzposition. Diese Emission ist im Geschäftsjahr 2013 fällig. Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit einer Durchschnittsverzinsung von 4,48 % (Vorjahr: 4,61 %) – bezogen auf ihren Nennwert – ausgestattet. Der Bilanzausweis entfällt mit 184,5 Mio. Euro (Vorjahr: 208,1 Mio. Euro) auf nachrangige Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Aufgrund der Nachrangabreden werden die hier ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 158,9 Mio. Euro (Vorjahr: 185,4 Mio. Euro) als Ergänzungskapital dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital hinzugerechnet.

[59] Sonstige Passiva

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Verpflichtung zur Zuführung zum Reservefonds des RSGV	28,9	30,8
Abgegrenzte Schulden für Leistungen Dritter	8,3	6,8
Noch nicht erfolgswirksam vereinnahmte Ausschüttungen aus Beteiligungen an Private Equity Sondervermögen	5,3	7,8
Einbehaltene Zinsabschlagsteuer	7,9	7,6
Rechnungsabgrenzungsposten	4,1	5,8
Übrige sonstige Passiva	20,9	21,7
Sonstige Passiva	75,4	80,5

Stützungsmaßnahmen für die WestLB AG erfordern Zuführungen zum Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes. Aus den im Geschäftsjahr 2007 beschlossenen Maßnahmen, die Zuführungen zum Reservefonds in zwei Tranchen vorsehen, ergibt sich eine barwertige Verpflichtung i.H.v. 28,9 Mio. Euro. Aufgrund einer Neuschätzung des Zeitpunktes der Inanspruchnahme ist eine Barwertanpassung i.H.v. rd. 1,9 Mio. Euro erfolgt.

Abgegrenzte Schulden aus den in Übereinstimmung mit IAS 28 noch nicht vereinnahmten Ausschüttungen aus Private Equity Sondervermögen belaufen sich auf rd. 5,3 Mio. Euro (Vorjahr: 7,8 Mio. Euro).

Aus der Aufzinsung von langfristigen abgegrenzten Schulden ergibt sich ein sonstiger Zinsaufwand i.H.v. 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro).

[60] Eigenkapitalveränderungsrechnung

Mio. Euro	Sicherheitsrücklage	Andere Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Bilanzgewinn	Eigenkapital gesamt
Bestand zum 31.12.2007	727,5	302,2	53,8	39,9	1.123,4
Auschüttungen	0,0	0,0	0,0	-9,0	-9,0
Zuführungen aus dem Bilanzgewinn Vorjahr	0,0	30,9	0,0	-30,9	0,0
Umbuchungen	0,0	-2,0	2,0	0,0	0,0
Veränderung der Neubewertungsrücklage	0,0	0,0	-37,2	0,0	-37,2
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne	0,0	-2,0	0,0	0,0	-2,0
Sonstige Anpassungen	0,0	-0,3	0,0	0,0	-0,3
Konzernjahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0	-152,8	-152,8
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen	0,0	-152,8	0,0	152,8	0,0
Bestand zum 31.12.2008	727,5	176,0	18,6	0,0	922,1

Aus dem Konzernbilanzgewinn des Vorjahres sind 9,0 Mio. Euro an die Stadt Düsseldorf ausgeschüttet worden. Darüber hinaus sind abweichend von der im Finanzbericht 2007 berichteten Planung über die Verwendung des verbleibenden Konzerngewinns 30,9 Mio. Euro in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt worden. Ergänzend wird auf Note [5] verwiesen.

Der Konzernjahresfehlbetrag wird durch Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen vollständig ausgeglichen, so dass ein Bilanzgewinn von 0,0 Mio. Euro ausgewiesen wird.

Im Geschäftsjahr werden versicherungsmathematische Verluste aus der Bewertung von Pensionszusagen in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr: Gewinne i.H.v. 7,1 Mio. Euro) entsprechend IAS 19.93D direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Erfolgsneutral über die Neubewertungsrücklage gebildete passive Steuerlatenzen für noch bestehende versiche-

rechnungsmathematische Gewinne i.H.v. 2,0 Mio. Euro sind zum Bilanzstichtag zu Lasten der anderen Gewinnrücklagen umgebucht worden.

Sonstige Angaben

[61] Risikomanagement

Effiziente Risikomanagementsysteme sind eine unabdingbare Voraussetzung für den Geschäftserfolg der Stadtsparkasse Düsseldorf. Die Verfahren zur Bewertung, Steuerung und Überwachung der aus Finanzinstrumenten resultierenden Risikoexposition der Stadtsparkasse Düsseldorf einschließlich des Reportings an die verantwortlichen Gremien wurden bereits im Risikobericht als Bestandteil des Lageberichts erläutert. In diesem Abschnitt bereitet die Stadtsparkasse Düsseldorf weitere Informationen auf, die eine Beurteilung der Bonität ihres Forderungsportfolios bzw. der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente ermöglichen.

Ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente schließen sämtliche Transaktionen ein, bei denen Verluste entstehen können, weil ein Geschäftspartner des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Die Berechnung des nachfolgend angegebenen Bruttobetrag der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente erfolgt ohne die Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten oder sonstigen risikomindernden Vereinbarungen und stellt damit das maximale Ausfallrisiko des Konzerns dar. Einzel- und Portfoliowertberichtigungen sind jeweils von den Buchwerten abgesetzt.

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Kredite und Forderungen (LAR)	8.440,0	9.207,0
Kredite und Forderungen (AFS)	191,8	186,2
Kredite und Forderungen (AFV)	33,8	18,3
Schuldverschreibungen u. andere festverz. Wertpapiere (LAR)	1.183,8	639,6
Schuldverschreibungen u. andere festverz. Wertpapiere (AFS)	1.178,3	1.958,5
Schuldverschreibungen u. andere festverz. Wertpapiere (AFV)	90,4	121,3
Derivate	52,9	65,6
Zwischensumme	11.171,0	12.196,5
Unwiderrufliche Kreditzusagen	472,9	445,3
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie sonstige finanzielle Verpflichtungen	621,2	608,9
Gesamt	12.265,1	13.250,7

Soweit nicht anders angegeben, sind abzugrenzende Zinsen bei der Ermittlung der dargestellten Werte – wie auch bei den nachfolgenden Tabellen in diesem Abschnitt – nicht berücksichtigt.

Durch die Angabe des Bruttobetrag der ausfallrisikobehafteten Kredite und Forderungen (LAR) wird das tatsächliche Ausfallrisiko des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf überzeichnet. Insbesondere für Kredite und Forderungen gegenüber Kunden bestehen risikomindernde Sicherheiten vorwiegend in Form von Grundpfandrechten sowie Sicherungsüberreibungen, Forderungsabtretungen, Bürgschaften sowie sonstige Sicherheiten.

Die Besicherungsquote im Kundenkreditgeschäft (Inanspruchnahmen und Kreditzusagen) gemäß den Vorschriften der Beleihungsgrundsätze für Sparkassen beträgt 40 % (Vorjahr: 38 %).

Zur Risikoklassifizierung ihres Forderungsportfolios verwendet die Stadtsparkasse das DSGV-Standard-Rating für Forderungen und andere Fremdkapitalinstrumente. Die den Ratingstufen zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeiten werden im Risikobericht dargelegt.

Die Risikoklassifizierung der nicht einzelwertberichtigten Forderungen, sonstigen Fremdkapitaltitel sowie Derivate gem. DSGVO-Rating zeigt die konservative Auswahl der Kreditnehmer bzw. Kontrahenten der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Angaben in Mio. Euro	Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)	Ford. an Kreditinstitute und Kunden		Finanzanlagen und Handelsaktiva	
		31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Ratingklasse 1	<= 0,09%	2.128,8	851,9	2.267,6	873,9
Ratingklasse 2	<= 0,12%	711,0	131,6	30,2	25,6
Ratingklasse 3	<= 0,17%	435,4	142,2	78,6	3,7
Ratingklasse 4	<= 0,30%	608,6	305,7	0,0	7,5
Ratingklasse 5	<= 0,40%	625,8	337,3	25,9	5,0
Ratingklasse 6	<= 0,60%	584,0	211,9	0,6	0,9
Ratingklasse 7	<= 0,90%	514,6	415,8	2,5	0,4
Ratingklasse 8	<= 1,30%	430,1	191,1	0,0	0,2
Ratingklasse 9	<= 2,00%	244,3	166,8	0,2	1,2
Ratingklasse 10	<= 3,00%	232,3	101,7	0,0	0,0
Ratingklasse 11	<= 4,40%	132,6	36,8	0,0	0,6
Ratingklasse 12	<= 6,70%	110,2	29,8	0,6	0,5
Ratingklasse 13	<= 10,00%	150,2	71,0	0,0	0,0
Ratingklasse 14	<= 15,00%	57,9	2,6	0,4	0,0
Ratingklasse 15	<= 20,00%	142,0	15,0	0,0	0,0
Nicht geratet	-;-	1.387,1	5.964,9	102,9	77,5
Gesamt		8.494,9	8.976,1	2.509,5	997,0

(Werte ohne kompensationsfähiges Guthaben)

In den oben genannten Buchwerten sind Forderungen aus Verrechnungsguthaben von Wertpapierspezialfonds bei Depotbanken nicht enthalten.

Zum Zwecke der internen Risikobetrachtung wird der Gesamtbestand der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden in Teilportfolien mit unterschiedlichem Risikogehalt aufgeteilt. Hiernach unterscheidet die Stadtsparkasse Düsseldorf zwischen den Teilportfolien Unternehmen, Privatkunden, Kommunen, Kreditinstitute und Sonstige. Risikorelevantes Kreditgeschäft wird vor allem im Teilportfolio Unternehmen betrieben.

Die Entwicklung der Angaben im Vergleich zum Vorjahr spiegelt die stärkere Ratingdurchdringung der Forderungsportfolien nach Einführung weiterer Ratingverfahren im Geschäftsjahr 2008 wider.

Das Volumen der nicht gerateten Forderungen bezieht sich im Wesentlichen auf einwandfreie Adressen wie Banken und Kommunen und auf kleinteiliges Mengenkreditgeschäft mit Privatkunden, das sowohl hinreichend besichert als auch diversifiziert ist.

Soweit auf ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente trotz eines Zahlungsverzugs noch keine Wertberichtigungen zu bilden sind, werden ihre Wertansätze einschließlich der Dauer des Zahlungsverzugs in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Kontokorrentkredite (LAR)		
3 Monate oder weniger	38,9	27,5
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	12,2	37,0
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	68,6	28,1
Mehr als 12 Monate	123,6	87,0
Sonstige Kredite (LAR)		
3 Monate oder weniger	21,5	33,2
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	8,2	4,4
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	1,9	4,0
Mehr als 12 Monate	2,0	3,2
Gesamt		
3 Monate oder weniger	60,4	60,7
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	20,4	41,4
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	70,5	32,1
Mehr als 12 Monate	125,6	90,2

Unter Abwägung von Kosten und Nutzen wird auf die Ermittlung der Sicherheitenwerte für diese Forderungen verzichtet. Jedoch werden auch für diese Forderungen bankübliche Sicherheiten hereingenommen.

Sofern für ausfallrisikobehaftete Forderungen aufgrund der Bonität der Kontrahenten Konditionen oder Tilgungspläne neu verhandelt worden sind (Restrukturierungen), hat die Stadtsparkasse Düsseldorf das Ausfallrisiko durch Einzelwertberichtigungen ausreichend abgesichert. Restrukturierte Finanzinstrumente ohne Wertberichtigung bestehen in der Regel nicht.

Zum Bilanzstichtag wahrscheinliche Verluste, die zum Stichtag wirtschaftlich schon begründet sind, werden bilanziell durch die Dotierung einer Einzelwertberichtigung oder durch eine Direktabschreibung berücksichtigt. Bei der Bemessung der Risikovorsorge werden Höhe und Zeitpunkt der zukünftig der noch erwarteten Cashflows aus Leistungen des Kreditnehmers sowie aus einer möglichen Sicherheitenverwertung barwertig angesetzt.

Zum Abschlussstichtag als wertgemindert identifizierte finanzielle Vermögenswerte:

Angaben in Mio. Euro	fortgef. AK vor Wertberichtigung		Risikovorsorge / Rückstellungen im Kreditgeschäft		Barwert bestehender Sicherheiten	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kunden (LAR)	312,2	230,6	209,4	172,8	90,4	133,8
Finanzanlagen						
Schuldverschrei- bungen (AFS)	13,9	15,1	12,8	15,1	0,0	0,0
Aktien, andere nichtfestverz. Wertpapiere (AFS)	93,4	0,0	43,4	0,0	0,0	0,0
Beteiligungen, nicht konsolidierte Unternehmen (AFS)	82,9	0,0	41,6	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme:	502,4	245,7	307,2	187,9	90,4	133,8
Finanzgarantien, Un- widerr. Kreditzusagen	4,1	5,6	2,4	3,5	1,1	0,3
Gesamt	506,5	251,3	309,6	191,4	91,5	134,1

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden (LAR) enthält neben Einzelwertberichtigungen auch Direktabschreibungen i.H.v. 6,2 Mio. Euro auf Forderungen von Konzerngesellschaften, die kein originäres Kreditgeschäft betreiben. Die Anschaffungskosten der Forderungen sind in den fortgeführten Anschaffungskosten vor Wertberichtigung berücksichtigt.

In der Position Beteiligungen sind von einem Impairment betroffene Anteile der Konzerngesellschaft Equity Partners GmbH an Private Equity Fonds mit Anschaffungskosten von 63,4 Mio. Euro und Abschreibungen i.H.v. 21,9 Mio. Euro enthalten.

Zusätzliche Angaben zur Nettozuführung zur Risikovorsorge unter Angabe der Kreditnehmerbranchen enthalten die Erläuterungen zur Bilanzposition "Risikovorsorge". Hinsichtlich der Faktoren, die der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf als objektive Hinweise auf ein Impairment heranzieht, wird auf Note [10] verwiesen.

Adressenausfallrisiken bestehen im Wesentlichen in Form von Kreditrisiken aus dem originären Kreditgeschäft sowie in Form von Emittenten- bzw. Kontrahentenrisiken aus dem Wertpapier- und Derivategeschäft. Eine Aufgliederung nach wirtschaftlich nicht selbständigen und sonstigen Privatpersonen, öffentlichen Haushalten und Unternehmen sowie Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Privatpersonen - hier nach Branchen - zeigt folgende Ausfallrisikokonzentrationen:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Wirtschaftlich nicht selbständige Personen	2.697,5	2.681,6
Öffentliche Haushalte	724,3	1.221,1
Kreditinstitute	2.781,1	3.135,0
Wirtschaftlich selbständige Personen und Unternehmen		
Land- und Forstwirtschaft	26,9	28,8
Energie- und Wasserversorgung	89,2	36,5
Verarbeitendes Gewerbe	389,8	401,9
Baugewerbe	168,6	158,1
Handel	406,6	400,5
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	219,5	217,8
Versicherungsgewerbe	342,3	1.634,7
Dienstleistungen	2.970,9	3.057,5
Sonstige	187,7	123,1
Wirtschaftlich selbständige Personen und Unternehmen gesamt	4.801,5	6.058,9
Gesamt	11.004,4	13.096,6

(Werte ohne kompensationsfähiges Guthaben)

In den oben genannten Buchwerten sind Forderungen aus Verrechnungsguthaben von Wertpapierspezialfonds bei Depotbanken nicht enthalten.

Aufgrund des Regionalprinzips bestehen Ausfallrisikokonzentrationen im traditionellen Kreditgeschäft. Ihnen wird durch Limitsysteme sowie durch eine Diversifizierung bei den Eigenanlagen begegnet.

[62] Kapitalmanagement

Ziel des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf ist die Sicherstellung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite sowie die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen.

Das Kapitalmanagement zielt darauf ab, dass die Risikotragfähigkeit durch ein angemessenes Risikodeckungspotenzial jederzeit gegeben ist. Das zur Risikoabschirmung zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial wird wertorientiert, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten ermittelt. Bei dem wertorientierten Ansatz werden neben dem wirtschaftlichen Eigenkapital (Sicherheitsrücklage sowie Vorsorgereserven nach dem deutschen Handelsrecht) nicht realisierte Erträge und Korrekturposten für erwartete Verluste und Aufwendungen sowie Provisionserträge des Folgejahres berücksichtigt. Neben dieser primären Steuerungsgröße fungieren die GuV-orientierte und die regulatorische Betrachtung jeweils als Nebenbedingungen. Im Zuge der Überarbeitung des Risikotragfähigkeitskonzepts rückt die GuV-orientierte Sichtweise ab dem Geschäftsjahr 2009 stärker in den Vordergrund.

Nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) sind Institute aufsichtsrechtlich verpflichtet, ihre Adress-, Marktpreis- und operationellen Risiken zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Danach muss das Verhältnis zwischen den Eigenmitteln und dem Gesamtanrechnungsbetrag für die o.g. Risiken 8 Prozent betragen. Die Eigenmittel setzen sich zusammen aus dem haftenden Eigenkapital, bestehend aus Kern- und Ergänzungskapital. Derzeit werden sie noch auf der Basis der nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Einzelabschlüsse der Konzerngesellschaften ermittelt.

Das Kernkapital der Sparkasse entspricht im Wesentlichen der Sicherheitsrücklage. Das Ergänzungskapital setzt sich aus den langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten sowie den stillen Vorsorgereserven nach § 340f HGB zusammen.

Nachstehend wird das aufsichtsrechtliche Eigenkapital aus dem bilanziellen Eigenkapital hergeleitet.

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Bilanzielles Eigenkapital nach IFRS	922,1	1.123,4
zuzügl. Konzernverlust (Vj.: abzgl. Konzerngewinn)	-152,8	39,9
abzgl. Neubewertungsrücklagen	18,6	53,8
abzgl. Aufsichtsrechtlicher Abzugsposten	1,4	1,4
Bilanzielles Eigenkapital nach Anpassungen	1.054,9	1.028,3
davon: Aufsichtsrechtliches Kernkapital	747,8	689,9
davon: Ergänzungskapital (Vorsorgereserven gem. § 340f HGB)	101,5	131,5
Aufsichtsrechtl. Kern- und Ergänzungskapital	849,3	821,4
Als Ergänzungskapital anerkannte nachrangige Verbindlichkeiten	158,9	185,4
Nicht realisierte Reserven in Wertpapieren	0,0	49,3
Übrige aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbestandteile	158,9	234,7
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital gesamt	1.008,2	1.056,1

Die Mindestkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sind jederzeit erfüllt worden.

[63] Eventualschulden und andere Verpflichtungen

Eventualschulden beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen – zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages jedoch nicht wahrscheinlichen – Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

Bei den Eventualschulden und anderen Verpflichtungen des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verpflichtungen, die sowohl aus bereit gestellten Bürgschaften als auch aus gegenüber Kunden getroffenen, jedoch noch nicht abgerufenen Kreditzusagen resultieren.

Die Betragsangaben repräsentieren mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung der Kreditzusagen sowie bei Inanspruchnahme des Konzerns aus den Bürgschaften.

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Eventualschulden		
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	342,2	363,2
	342,2	363,2
Andere Verpflichtungen		
Verpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen	472,9	445,3
	472,9	445,3
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	279,0	245,7
Gesamt	1.094,1	1.054,2

Bei den sonstigen finanziellen Verpflichtungen handelt es sich ausschließlich um verbindliche Dotierungszusagen gegenüber Private Equity Sondervermögen.

Bürgschaften sowie Kreditzusagen unterliegen einer eingehenden Bonitätsprüfung im Rahmen der Kreditentscheidungsprozesse. Nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen besteht die Möglichkeit, Kreditzusagen bei einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung der Kreditnehmer bis zur Auszahlung zu widerrufen.

[64] Angaben zu Leasingverhältnissen

Leasingverhältnisse im Sinne des IAS 17, in die der Konzern als Leasingnehmer eintritt, werden nach einem systematischen Verfahren als Finanzierungsleasing oder Operating-Leasing klassifiziert. Aufgrund der zum Bilanzstichtag bestehenden Operating-Leasingverhältnisse sind in den nachfolgenden Perioden noch die nachstehenden Mindestleasingzahlungen zu leisten:

Restlaufzeiten	31.12.2008 Tsd. Euro	31.12.2007 Tsd. Euro
Bis 1 Jahr	7.077,0	6.918,0
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	12.093,0	15.949,0
Über 5 Jahre	1.695,0	3.768,0
Gesamt	20.865,0	26.635,0

Bei den betreffenden Leasingverhältnissen handelt sich im Wesentlichen um

- angemietete Immobilien, in denen Geschäftsstellen betrieben werden,
- geleaste Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich der Fahrzeuge der Geschäftsleitung sowie
- gemietete Sicherheitseinrichtungen und geleastes IT-Equipment.

Aus zum Bilanzstichtag bestehenden Operating-Leasingverhältnissen erhält der Konzern in den nachfolgenden Perioden folgende Mindestleasingzahlungen:

Restlaufzeiten	31.12.2008 Tsd. Euro	31.12.2007 Tsd. Euro
Bis 1 Jahr	422,0	260,0
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	17,0	0,0
Über 5 Jahre	0,0	0,0
Gesamt	439,0	260,0

Die Leasingverhältnisse entfallen auf fremdvermietete und untervermietete Immobilien. Der Konzern hat Mietverträge sowohl mit festen Grundmietzeiträumen als auch mit unbestimmten Laufzeiten abgeschlossen. Bei den unbefristeten Verträgen werden nur die Mindestleasingzahlungen erfasst, die innerhalb des unkündbaren Zeitraums, das heißt innerhalb der Kündigungsfrist, erwartet werden.

[65] Restlaufzeitengliederung für finanzielle Verpflichtungen

Die vertragliche Restlaufzeit für finanzielle Verpflichtungen wird als Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der vertraglich vereinbarten Fälligkeit der Verbindlichkeit oder von Teilzahlungsbeträgen definiert. Verpflichtungen mit unbestimmter Laufzeit werden dem ersten Laufzeitband zugeordnet. Teilzahlungsbeträge bedeuten neben Tilgungen auch vertragliche Fälligkeiten von Zinszahlungen. Zur Bestimmung der Cashflows aus variabel verzinslichen Verpflichtungen werden die Spot Rates zum Bilanzstichtag verwendet.

	31.12.2008 Mio . Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Bis 1 Monat	888,6	1.806,9
1 bis 3 Monate	28,5	36,5
3 Monate bis 1 Jahr	297,3	114,3
1 Jahr bis zu 5 Jahren	585,8	639,8
Mehr als 5 Jahre	1.192,1	1.450,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Bis 1 Monat	3.909,2	3.742,0
1 bis 3 Monate	1.739,5	1.839,0
3 Monate bis 1 Jahr	314,4	162,2
1 Jahr bis zu 5 Jahren	362,7	314,2
Mehr als 5 Jahre	172,4	160,3
Handelsspassiva		
Bis 1 Monat	1,6	0,0
1 bis 3 Monate	7,5	0,1
3 Monate bis 1 Jahr	8,2	-1,4
1 Jahr bis zu 5 Jahren	29,1	13,4
Mehr als 5 Jahre	21,5	7,3
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Bis 1 Monat	50,1	0,0
1 bis 3 Monate	143,9	57,5
3 Monate bis 1 Jahr	543,6	583,1
1 Jahr bis zu 5 Jahren	1.254,4	738,5
Mehr als 5 Jahre	598,4	1.476,1
Nachrangige Verbindlichkeiten		
Bis 1 Monat	9,2	0,8
1 bis 3 Monate	4,4	1,7
3 Monate bis 1 Jahr	22,0	8,3
1 Jahr bis zu 5 Jahren	146,6	140,7
Mehr als 5 Jahre	68,0	105,1
Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstige finanzielle Verpflichtungen		
Bis 1 Monat	1.094,1	1.054,2

Die Cashflows aus Handelspassiva beziehen sich ausschließlich auf Derivate, die zum Bilanzstichtag einen negativen Fair Value aufweisen. Hinsichtlich der Finanzgarantien, Kreditzusagen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen wird auf Note [63] verwiesen.

[66] Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Soweit Finanzinstrumente nicht bereits zum Fair Value bilanziert werden, wird ihr Marktwert den für die Bilanzierung maßgeblichen fortgeführten Anschaffungskosten gegenübergestellt.

Angaben in Mio. Euro	31.12.2008		31.12.2007	
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
Finanzielle Vermögenswerte				
Forderungen an Kunden / Forderungen an Kreditinstitute (LAR)	8.627,8	8.927,8	9.281,9	9.417,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	1.183,8	1.189,6	639,6	633,1
Summe	9.811,6	10.117,4	9.921,5	10.050,4
Finanzielle Verbindlichkeiten				
Spar- und Einlagengeschäft (OFL)	8.772,6	8.952,7	9.798,8	9.772,0
Begebene Schuldverschreibungen (OFL)	2.323,7	2.339,8	2.446,3	2.439,6
Summe	11.096,3	11.292,5	12.245,1	12.211,6

Bei Finanzinstrumenten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr wird ihr Buchwert als hinreichender Schätzwert für den Marktwert angesehen. In diesem Fall wird auf eine gesonderte Berechnung des Marktwertes verzichtet.

Für Forderungen an Kunden mit einem Buchwert von 305,6 Mio. (Vorjahr: 230,6 Mio. Euro) bestehen Einzelwertberichtigungen i.H.v. 203,2 Mio. Euro (Vorjahr: 172,8 Mio. Euro). Da die Bestimmung von Einzelwertberichtigungen auf der Basis von zukünftig noch als einbringlich erwarteten Cashflows mit Schätzungsunsicherheiten verbunden ist, ist insbesondere auch die Bestimmung eines Marktwertes für wertberichtigte nicht auf einem Markt gehandelte Forderungen ohne erhebliche Kosten nicht möglich. Die in der Tabelle angegebenen Werte verstehen sich jeweils vor Einzelwertberichtigungen.

Bei den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten die angegebenen Fair Values auch den Barwert der Kosten- bzw. Gewinnmarge. Soweit der Fair Value die Anschaffungskosten aus diesem Grund übersteigt (bei finanziellen Vermögenswerten) bzw. unterschreitet (bei finanziellen Verbindlichkeiten), wird die Differenz nicht unmittelbar, sondern als Bestandteil der Zinszahlungen über die Laufzeit vereinnahmt.

[67] Angaben nach IFRS 7.28

Wie bereits in Note [10] beschrieben, bestimmt die Sparkasse Düsseldorf den Fair Value von Finanzinstrumenten, welche nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, entweder auf Basis der Preisfindung anderer beobachtbarer aktueller Markttransaktionen oder mittels marktüblicher Bewertungsmethoden. Die Bewertung anhand von Bewertungsmethoden auf der Basis von Marktparametern trifft insbesondere auf sog. OTC-Derivate zu.

Gemäß IAS 39 entspricht der Fair Value von Finanzinstrumenten grundsätzlich dem Transaktionspreis. Bei nach IAS 39.AG76A nicht direkt bei Zugang erfolgswirksam zu erfassenden Abweichungen zwischen Transaktionspreis und Fair Value erfolgt bei zinstragenden Instrumenten eine Verteilung über die Restlaufzeit.

Die Abweichungen, die noch nicht in der Gewinn- und Verlustrechnungen realisiert worden sind, setzen sich wie folgt zusammen:

	2008 Mio. Euro	2007 Mio. Euro
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag zu Beginn der Periode	5,8	6,2
Zugänge durch Neugeschäft	0,8	2,3
Im Geschäftsjahr anteilig vereinnahmte Unterschiedsbeträge	2,7	2,7
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag am Ende der Periode	3,9	5,8

[68] Nettoergebnis je Bewertungskategorie nach IAS 39

Aus den einzelnen Bewertungskategorien für Finanzinstrumente ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Loans and Receivables (LAR)	448,0	492,6
Other Financial Liabilities (OFL)	-402,9	-388,6
Available for Sale (AFS)	-39,5	71,1
davon erfolgsneutrales Ergebnis	-41,3	-8,0
davon erfolgswirksames Ergebnis	1,8	79,1
Held for Trading (AFV/LFV - Trading)	34,2	-13,0
Designated as at Fair Value (AFV/LFV - Designation)	-116,1	21,3

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt unabhängig von Art und Funktion der Finanzinstrumente entsprechend ihrer Zuordnung zu den Bewertungskategorien nach IAS 39. Dabei werden alle Ergebniskomponenten – bestehend aus dem Zins-, dem Veräußerungs- sowie dem Bewertungsergebnis – einbezogen. Erfolge aus Derivaten (Cashflow Hedge Accounting nach IAS 39) und Erfolge aus der Währungsumrechnung sind nicht berücksichtigt.

Das Ergebnis der Kategorie AFS im Berichtszeitraum, das direkt im Eigenkapital abgebildet worden ist sowie dem Eigenkapital entnommene und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Beträge, enthält die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen.

[69] Wertpapierpensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr ist die Stadtsparkasse Düsseldorf zum Bilanzstichtag weder als Pensionsnehmerin noch als –geberin Vertragspartnerin von Wertpapierpensionsgeschäften.

[70] Wertpapierleihegeschäfte

Entsprechend dem Vorjahresstichtag werden Wertpapierleihegeschäfte zum 31. Dezember 2008 nicht unterhalten.

[71] Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Vermögenswerte werden im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapiergeschäften an der EUREX / CCP, Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten übertragen. Nach Bilanzpositionen gliedern sich die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte wie folgt:

	31.12.2008 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro
Forderungen an Kunden	222,7	460,9
Finanzanlagen	1.946,1	2.005,7
Gesamt	2.168,8	2.466,6

Vermögenswerte mit einem Buchwert von 222,1 Mio. Euro (Vorjahr: 232,1 Mio. Euro) dienen gemäß dem Pfandbriefgesetz als Deckungsmasse für begebene öffentliche und Hypothekenpfandbriefe.

Für Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank werden Sicherheiten mit einem Buchwert von 1.860,5 Mio. Euro (Vorjahr: 2.169,9 Mio. Euro) gestellt.

In Pfanddepots bei der Clearstream Banking AG sowie der dwpbank sind zum Bilanzstichtag Wertpapiere mit einem Buchwert von 86,2 Mio. Euro (Vorjahr: 64,6 Mio. Euro) als Sicherheit für Geschäfte an der Eurex / CCP verwahrt.

[72] Deckungsrechnungen für Pfandbriefemissionen

Im Vorjahr hat die Stadtsparkasse Düsseldorf einen Hypothekenpfandbrief über 25,0 Mio. Euro platziert. Darüber hinaus hat sie im Geschäftsjahr 2008 öffentliche Pfandbriefe mit einem Nominalvolumen von 10,0 Mio. Euro begeben. Darüber hinaus stellen die Deckungsrechnungen auch auf einen im Geschäftsjahr 2006 emittierten öffentlichen Pfandbrief mit einem Nominalvolumen von 100,0 Mio. Euro ab.

Zum 31. Dezember 2008 stellen sich die Deckungsrechnungen wie folgt dar:

Öffentlicher Pfandbrief	Nominalwert in Tsd. Euro	Barwert (*) in Tsd. Euro
Ordentliche Deckung:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ggü. regionalen Gebietskörperschaften	94.680	101.162
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	37.669	38.405
Deckungswerte insgesamt:	132.349	139.567
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefs	110.000	111.338
Überdeckung:	22.349	28.229
Risikobarwert (*)		
(*) gem. PfandBarwertV	öffentl. Pfandbrief	Deckungs- werte
Verschiebung um plus 250 Basispunkte	108.903	129.340
Verschiebung um minus 250 Basispunkte	113.885	153.394

Hypothekendarlehen	Nominalwert in Tsd. Euro	Barwert (*) in Tsd. Euro
Ordentliche Deckung:		
Forderungen an Kunden (grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen)	82.644	86.808
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	2.000	2.051
Deckungswerte insgesamt:	84.644	88.859
Summe des deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	25.000	26.457
Überdeckung:	59.644	62.402
Risikobarwert (*)		
(*) gem. HypBarwertV	Hypotheken- darlehen	Deckungs- werte
Verschiebung um plus 250 Basispunkte	24.352	82.028
Verschiebung um minus 250 Basispunkte	28.810	96.786

Ein noch nach dem "alten" Pfandbriefgesetz im Geschäftsjahr 2003 emittierter Pfandbrief ist im November 2008 fällig geworden.

[73] Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Personen und Unternehmen

Transaktionen mit nahe stehenden Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt. Es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte sind nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet. Keines dieser Geschäfte ist für den Konzern wesentlich.

Der Umfang der getätigten Geschäfte stellt sich wie folgt dar:

Angaben in Tsd. Euro	Tochterunternehmen		at equity konsolidierte Unternehmen		Mitglieder des Managements / sonst. nahe stehende Personen	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Forderungen an Kunden	8.391,5	9.132,1	35.619,6	23.091,2	11.131,6	7.693,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.099,1	189,3	9.391,1	10.271,7	4.502,2	3.466,0

[74] Anteilsbesitzliste

An folgenden Unternehmen hält die Stadtsparkasse Düsseldorf Anteile von mindestens 20 %:

Unmittelbare Beteiligungen

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	Art der Einbeziehung	Anmerkung
		v.H.	Tsd. Euro			
S-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	40212 Düsseldorf	100,00	6.900,0	Tochter	Vollkonsolidierung	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	30,00	7,5	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG	40225 Düsseldorf	25,99	2.594,8	assoz. Unternehmen	at Equity	
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	22,63	11.143,4	assoz. Unternehmen	at Equity	25 % Anteil im Gesamtkonzern
Düsseldorf Business School GmbH an der Heinrich-Heine-Universität	40593 Düsseldorf	22,12	50,0	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung

Einzelgesellschaften (Wertpapierspezialfonds)

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	Art der Einbeziehung	Anmerkung
		v.H.	Tsd. Euro			
SSKD INKA Master A, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,0	190.532,4	SPE	Vollkonsolidierung	Konsolidierung gem. SIC 12
SSKD INKA Master B, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,0	216.999,9	SPE	Vollkonsolidierung	Konsolidierung gem. SIC 12
SSKD INKA Master C, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,0	100.000,0	SPE	Vollkonsolidierung	Konsolidierung gem. SIC 12
AGI-Fonds SSKD-A, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	60329 Frankfurt am Main	100,0	112.464,4	SPE	Vollkonsolidierung	Konsolidierung gem. SIC 12
AGI-Fonds SSKD-B, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	60329 Frankfurt am Main	100,0	169.009,9	SPE	Vollkonsolidierung	Konsolidierung gem. SIC 12

Mittelbare Beteiligungen – gehalten über die -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH –

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	Art der Einbeziehung	Anmerkung
		v.H.	Tsd. Euro			
Equity Partners GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000,0	Tochter	Vollkonsolidierung	
S-Online-Service Düsseldorf GmbH	40549 Düsseldorf	100,00	51,1	Tochter	Vollkonsolidierung	EAV mit S-KBG
S-Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	40212 Düsseldorf	100,00	765,0	Tochter	Vollkonsolidierung	EAV mit S-KBG
S-Finanz-Services Düsseldorf GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	51,1	Tochter	Vollkonsolidierung	EAV mit S-KBG
Kreditserviceagentur Rheinland GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	25,0	Tochter	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
BDV Broadcaststudio Düsseldorf Vermietungsgesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	25,6	Tochter	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
Engel AG	42327 Wuppertal	70,00	583,4	Tochter	nicht einbezogen	Entherrschungsvertrag
Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG	40225 Düsseldorf	52,25	50,0	assoz. Unternehmen	at Equity	
Sirius Seedfonds Düsseldorf Verwaltungs GmbH	40225 Düsseldorf	50,00	12,5	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
CORPUS SIREO Holding GmbH	50931 Köln	25,00	7,5	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
WestFactoring GmbH	44137 Dortmund	25,00	35,0	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
Ideenkapital Media Finance AG	40212 Düsseldorf	24,60	12,3	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	20,00	5,0	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	2,37	1.164,3	assoz. Unternehmen	at Equity	25 % Anteil im Gesamtkonzern

Mittelbare Beteiligungen – gehalten über Tochtergesellschaften der -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH –

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	Art der Einbeziehung	Anmerkung
		v.H.	Tsd. Euro			
Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000,0	Tochter	Vollkonsolidierung	
HoGi Co-Investment GmbH & Co. KG	40212 Düsseldorf	49,00	0,2	assoz. Unternehmen	at Equity	Investment in 2008
NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	40212 Düsseldorf	43,80	11,0	assoz. Unternehmen	at Equity	
MRV Multi Reverse Vending GmbH	40215 Düsseldorf	43,57	29,7	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
Trapo AG	48712 Gescher	33,33	700,0	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
Traporol GmbH	48712 Gescher	33,33	85,0	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
SPL electronics GmbH	41372 Niederkrüchten	27,00	8,1	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
GolfForum Grafenberg Verwaltungs-GmbH	40629 Düsseldorf	48,97	50,1	Tochter	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung, Option auf weitere Anteile
PACVision AG	41179 M'gladbach	30,00	22,5	assoz. Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
Büropark Brüsseler Straße GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	50,0	Tochter	Vollkonsolidierung	
Grundstückentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf GmbH	40589 Düsseldorf	50,00	25,0	Gemeinschaftsunternehmen	at Equity	
Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH	40878 Ratingen	50,00	50,0	Gemeinschaftsunternehmen	at Equity	

[75] Patronatserklärungen

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat Patronatserklärungen für Konzerngesellschaften abgegeben. Abgesehen vom Fall eines politischen Risikos wird sie dafür Sorge tragen, dass die nachfolgend aufgeführten Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen.

Name	Sitz
S-Finanz-Services Düsseldorf GmbH	Düsseldorf
S-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf
S-Online-Service Düsseldorf GmbH	Düsseldorf
Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	Düsseldorf

[76] Beschäftigte Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter:

	2008	2007
Vollzeitbeschäftigte	1.481	1.463
Teilzeit- und Ultimokräfte	520	518
	2.001	1.981
Auszubildende	88	76
Gesamt	2.089	2.057

[77] Abschlussprüferhonorare

	31.12.2008 Tsd. Euro	31.12.2007 Tsd. Euro
Abschlussprüferhonorare		
a) für die Abschlussprüfung	837,0	495,0
b) für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	113,0	27,0
c) für sonstige Leistungen	0,0	0,0
Gesamt	950,0	522,0

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, ist gemäß § 24 Abs. 3 und § 34 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen n.F. sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Stadtsparkasse Düsseldorf; sie ist auch Konzernabschlussprüfer.

[78] Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied	
Dirk Elbers (ab 19.06.2008) Bürgermeister, ab 04.09.2008 Oberbürgermeister	Joachim Erwin (verstorben am 20.05.2008) Oberbürgermeister
Mitglieder	Vertreter
Gudrun Hock Bürgermeisterin, Beigeordnete a.D. 1. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds	Annette Steller Geschäftsführerin der SPD-Ratsfraktion
Dirk Elbers (bis 19.06.2008) Bürgermeister, Rentmeister 2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds	Harald Wachter Selbständiger Unternehmensberater
Dr. Friedrich Hassbach (ab 19.06.2008) Verbandsgeschäftsführer	
Friedrich G. Conzen Bürgermeister (ab 04.09.2008) Selbständiger Einzelhandelskaufmann 2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds (ab 19.06.2008)	Hildegard Kempkes Lehrerin a.D.
Günter Bosbach Pensionierter Kriminalhauptkommissar	Karl-Heinz Göbel Rentner
Bernd Hebbing ehem. Stellv. Vorstandsvorsitzender der Karstadt AG	Olaf Lehne Rechtsanwalt
Helga Leibauer Hausfrau	Petra Kammerevert Dipl. Sozialwissenschaftlerin
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann Bürgermeisterin (ab 04.09.2008) Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig	Thomas Nicolin Kfm. Leiter
Wolfgang Scheffler Lehrer	Günter Karen-Jungen Verwaltungsangestellter im Vorruhestand
Ursula Schiefer Hausfrau	Dr. Alexander Fils Kunstverleger
Ursula Schlößer Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen	Wally Hengsberger Sekretärin
Günter Wurm Dipl. Verwaltungswirt, Beamter	Karl-Josef Keil Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf a.D.

Arbeitnehmervertreter *)

Mitglieder	Stellvertreter
Sandra Enenkel	Petra Sassenhausen (bis 03.09.2008) Karl-Heinz Kaussen (ab 04.09.2008)
Frank Hinrichs	Bodo Plata
Herbert Kleber	Rudi Petruschke
Silvia Kusel	Bettina Braun-Thul
Wilfried Preisendörfer	Detlef Schnierer
Axel Roscher	Gerd Lindemann

*) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtparkasse Düsseldorf

[79] Vorstand

Heinz-Martin Humme	Vorsitzendes Mitglied (bis 26.02.2008)
Peter Fröhlich	Vorsitzendes Mitglied (ab 27.02.2008)
Bernd Eversmann	Mitglied
Karl-Heinz Stiegemann	Mitglied (bis 26.02.2008)
Thomas Boots	Stellvertreter gem. § 19 Abs. 1 SpkG NW n.F. (ab 01.03.2008)
Karin-Brigitte Göbel	Mitglied (ab 01.01.2009)
Dr. Birgit Roos	Mitglied (ab 01.04.2009)

[80] Bezüge und Kredite der Organe sowie der nahe stehenden Personen

Die Bezüge der Organmitglieder, der Mitglieder des Managements sowie der sonstigen nahe stehenden Personen gliedern sich wie folgt:

Angaben in Tsd. Euro	Vorstand		Frühere Mitglieder des Vorstandes / Hinterbl.		Verwaltungsrat	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
Bezüge für Organ- tätigkeiten	1.166,9	1.726,9	1.425,3	1.403,0	278,5	213,9
Vergütungen für Tätig- keiten in Organen von Tochterunternehmen	-;-	1,1	-;-	-;-	-;-	-;-
Vorschüsse und Kredite	350,7	1.424,6	-;-	-;-	3.644,9	4.231,2

Die Bezüge des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf entfallen mit 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro) auf Festbezüge sowie mit 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) auf variable Gehaltsbestandteile.

Mitglieder des Vorstandes sowie Mitglieder des Managements haben für ihre Aufsichtsrats- bzw. Geschäftsführertätigkeit bei assoziierten Unternehmen des Konzerns 126,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 109,1 Tsd. Euro) erhalten.

Bilanzeid

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Düsseldorf, 27. April 2009

Der Vorstand



Fröhlich
Vorsitzendes Mitglied



Eversmann
Mitglied



Göbel
Mitglied



Dr. Roos
Mitglied



Boots
stv. Mitglied

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Stadtsparkasse Düsseldorf aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt

unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. April 2009

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Engel
Wirtschaftsprüfer

Tiemann
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss



zum 31. Dezember 2008

der Stadtsparkasse Düsseldorf

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf

	Euro	Euro	Euro	31.12.2007 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		65.632.610,37		↗ 66.488
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>87.562.876,44</u>		↗ 7.030
			153.195.486,81	<u>73.518</u>
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-,-		↗ -
b) Wechsel		<u>-,-,-</u>		↗ -
			-,-,-	<u>-</u>
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		11.562.530,40		↗ 9.375
b) andere Forderungen		<u>1.028.065.123,16</u>		↗ 1.501.403
			1.039.627.653,56	<u>1.510.778</u>
4. Forderungen an Kunden			<u>7.347.952.077,38</u>	<u>7.558.159</u>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.846.564.647,53 Euro			(2.756.353)
Kommunalkredite	<u>404.460.367,32 Euro</u>			<u>(539.579)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-,-		↗ -
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-,- Euro			↗ (-)
ab) von anderen Emittenten		<u>102.794.524,66</u>		↗ 20.260
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>102.794.524,66 Euro</u>			<u>(20.260)</u>
			102.794.524,66	<u>20.260</u>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		209.290.963,10		↗ 582.349
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>209.290.963,10 Euro</u>			(582.349)
bb) von anderen Emittenten		<u>1.720.491.307,59</u>		↗ 1.800.338
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>1.699.715.933,14 Euro</u>		1.929.782.270,69	<u>2.362.687</u>
				<u>(1.776.720)</u>
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>14.230.909,44</u>		↗ 4.111
			2.046.807.704,79	<u>2.407.058</u>
Nennbetrag	<u>13.956.412,92 Euro</u>			<u>(4.084)</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			<u>967.813.648,89</u>	↗ 1.100.226
7. Beteiligungen			<u>285.404.689,71</u>	↗ 286.855
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-,- Euro			↗ (-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-,- Euro			↗ (-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			<u>180.887.146,63</u>	↗ 140.087
darunter:				
an Kreditinstituten	-,-,- Euro			↗ (-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-,- Euro			↗ (-)
9. Treuhandvermögen			<u>573.568,54</u>	↗ 676
darunter:				
Treuhandkredite	<u>573.568,54 Euro</u>			<u>(676)</u>
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-,-	↗ -
11. Immaterielle Anlagewerte			<u>1.387.239,00</u>	↗ 1.351
12. Sachanlagen			<u>43.349.007,00</u>	↗ 46.959
13. Sonstige Vermögensgegenstände			<u>30.494.815,50</u>	↗ 41.844
14. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>15.962.703,14</u>	↗ 14.906
Summe der Aktiva			12.113.455.740,95	13.182.417

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2007 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		644.551.401,18		↙ 1.024.523
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.779.957.255,68</u>		↙ 2.473.578
			2.424.508.656,86	<u>3.498.101</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.595.154.712,60			↙ 1.623.485
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>176.138.879,80</u>			↙ 145.210
		1.771.293.592,40		<u>1.768.695</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.923.093.826,68			↙ 2.978.636
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>1.514.271.722,16</u>			↙ 1.321.491
		4.437.365.548,84		<u>4.300.127</u>
			6.208.659.141,24	<u>6.068.822</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.396.029.070,06		↙ 2.484.084
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		↙ -
			2.396.029.070,06	<u>2.484.084</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			↙ (-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			↙ (-)
4. Treuhandverbindlichkeiten			573.568,54	↙ 676
darunter: Treuhandkredite	573.568,54 Euro			↙ (676)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			20.810.032,37	↙ 19.846
6. Rechnungsabgrenzungsposten			22.326.457,75	↙ 26.670
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		31.282.501,93		↙ 30.288
b) Steuerrückstellungen		4.672.338,00		↙ 3.039
c) andere Rückstellungen		<u>86.272.931,14</u>		↙ 79.932
			122.227.771,07	<u>113.259</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	↙ -
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			214.807.410,34	↙ 212.772
10. Genussrechtskapital			-,-	↙ -
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			↙ (-)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		↙ -
b) Kapitalrücklage		-,-		↙ -
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	703.513.632,72			↙ 691.269
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			↙ -
		703.513.632,72		<u>691.269</u>
d) Bilanzgewinn		-,-		↙ 66.918
			703.513.632,72	<u>758.187</u>
Summe der Passiva			12.113.455.740,95	13.182.417
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechselsicherheiten		-,-		↙ -
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		342.198.004,79		↙ 363.164
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeit		<u>-,-</u>		↙ -
			342.198.004,79	<u>363.164</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionengeschäften		-,-		↙ -
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		↙ -
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>751.863.359,28</u>		<u>445.295</u>
			751.863.359,28	<u>445.295</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2007 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	524.237.224,26			452.170
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>77.173.571,26</u>			110.567
		601.410.795,52		562.737
2. Zinsaufwendungen		<u>365.137.802,50</u>		372.561
			236.272.993,02	190.176
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		29.748.445,02		(26.162)
b) Beteiligungen		7.567.933,37		(11.475)
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>1.900.000,00</u>		(6.000)
			39.216.378,39	43.637
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		70.842.481,35		(67.718)
6. Provisionsaufwendungen		<u>5.408.189,97</u>		(5.099)
			65.434.291,38	62.619
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			3.671.113,69	1.776
8. Sonstige betriebliche Erträge			16.913.312,12	15.808
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			361.508.088,60	314.016
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	91.069.382,40			(88.067)
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>25.351.854,42</u>			(23.119)
darunter: für Alters- versorgung	8.663.565,28 Euro	116.421.236,82		(111.186)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>79.057.691,72</u>			(7.450)
			195.478.928,54	(104.799)
				215.985
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			8.660.553,24	9.125
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			17.371.796,48	14.818
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		182.404.090,19		(-)
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		-,-		(17)
			182.404.090,19	17
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		-,-		(-)
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		(-)
			-,-	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-	-
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			- 42.407.279,85	74.105
20. Außerordentliche Erträge		-,-		(-)
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,-		(-)
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.034.411,09		(6.947)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewie		<u>231.958,60</u>		(240)
			3.266.369,69	7.187
25. Jahresfehlbetrag (Vorjahr Jahresüberschuss)			-45.673.649,54	66.918
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			- 45.673.649,54	66.918
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	45.673.649,54			(-)
b) aus anderen Rücklagen	<u>-,-</u>			(-)
		45.673.649,54		-
			-,-	66.918
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	-,-			(-)
b) in andere Rücklagen	<u>-,-</u>			(-)
			-,-	-
29. Bilanzgewinn			-,-	66.918

Anhang

1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2008 nicht verändert. Auch haben wir keine Veränderung der Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Umlauf- oder Anlagevermögen vorgenommen. Weitere Informationen enthalten die folgenden Abschnitte.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Darlehenslaufzeit bzw. Festzinsfrist verteilt. Laufzeitzinsdarlehen haben wir zum Zeitwert bilanziert.

Für akute Ausfallrisiken wurden bei Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen gebildet. Außerdem haben wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Die in Aktiva 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände wurden unverändert dem Umlaufvermögen zugeordnet. Für Wertpapiere des Umlaufvermögens wurde stets der niedrigere beizulegende Wert angesetzt („strenges Niederstwertprinzip“).

Für die Wertpapiere haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Die Kriterien für die Annahme eines aktiven Marktes sind in internen Richtlinien festgelegt, die auch für die Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 Verwendung finden. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und Anleihen öffentlicher Emittenten sowie für die überwiegende Anzahl der Investments in unserem Pfandbriefportfolio festgestellt.

Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender (Zeit-)Wert verwendet. Insbesondere aufgrund der Finanzmarktkrise waren jedoch die Märkte für Teile unseres Zins bezogenen Wertpapierbestandes zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir – sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen – die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen, indem wir einerseits auf alle verfügbaren Informationen von OTC-Märkten bzw. Kursinformationssystemen (Reuters, Bloomberg) oder auf taxierte Kurse an Börsenplätzen zurückgegriffen haben. Andererseits haben wir die indikative Bewertung in den Fällen angepasst, in denen wir eine abweichende Bewertung eines im Wesentlichen gleichartigen Finanzinstruments auf einem aktiven Markt im Sinne der internen Festlegung angetroffen haben.

Im Rahmen unserer Kontrollhandlungen haben wir für das Wertpapier-Eigengeschäft die Portfolien

- Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten
- Pfandbriefe
- von Kreditinstituten emittierte, ungedeckte Schuldverschreibungen
- Schuldverschreibungen US-amerikanischer Investmentbanken
- strukturierte Produkte

gebildet. Neben einer Betrachtung der Einzelinvestments haben wir auch eine Plausibilisierung innerhalb der Teilportfolien durchgeführt.

Aufgrund Ihrer Bonität ist bei „Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten“ lediglich von einer geringen Beeinflussung durch die Finanzmarktkrise auszugehen gewesen.

Bei Investments im Teilportfolio „Pfandbriefe“, bei denen wir einen aktiven Markt angenommen haben, hat ein Geld-Brief-Spread von maximal 30 Basispunkten vorgelegen. Im Übrigen ist bei einzelnen Investments innerhalb dieses Teilportfolios nicht von einem aktiven Markt auszugehen gewesen, obwohl der hier genannte Spread nicht überschritten wurde.

Sofern im Portfolio „von Kreditinstituten emittierte, ungedeckte Schuldverschreibungen“ für einzelne Investments ein aktiver Markt identifiziert worden ist, haben wir den Geld-Brief-Spread zur Verprobung der Bewertung gleichartiger Schuldverschreibungen herangezogen und die indikative Bewertung ggf. angepasst.

Die Märkte für Schuldverschreibungen US-amerikanischer Investmentbanken waren aufgrund der besonderen Betroffenheit dieser Emittenten durch die Finanzmarktkrise als inaktiv anzusehen. Hier haben wir vollständig auf eine indikative Bewertung entsprechend den oben beschriebenen allgemeinen Grundsätzen zurückgegriffen.

Das Teilportfolio „Strukturierte Produkte“ umfasst lediglich zwei Investments. Die Bewertung eines Investments haben wir aus der Kursfeststellung für eine öffentlich gehandelte Tranche abgeleitet, während der Kurs für eine Credit Linked Note aus einer synthetischen Verbriefungstransaktion der Sparkassenorganisation auf Basis eines Bewertungsmodells des Co-Arrangeurs bestimmt worden ist.

Unabhängig von der Finanzmarktkrise ist auch die Umsatzhäufigkeit in Abhängigkeit vom Emissionsvolumen bei der Analyse eines aktiven Marktes zu berücksichtigen gewesen.

Für die Spezialfondsanteile und wesentliche Teile der im Depot A befindlichen Publikumsfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Sofern für im Fonds enthaltene Wertpapiere der Markt zum Bilanzstichtag als inaktiv anzusehen war, sind die anzusetzenden Werte nach dem gleichen Verfahren wie für die übrigen Wertpapiere ermittelt worden.

Für zwei der gehaltenen Publikumsfonds haben wir die Bewertung gemäß der von der Kapitalanlagegesellschaft angegebenen indikativen Kurse vorgenommen. Das Fondsmanagement hat uns bestätigt, dass die erforderlichen Kriterien für eine indikative Bewertung Berücksichtigung gefunden haben.

Die Bewertung der Wertpapiere steht im Einklang mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des IDW vom 09. Januar 2009.

Die Verwendung von indikativen Kursen ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Ausstehende vertragliche Verpflichtungen zur Leistung von Einlagen wurden gemäß des Rechnungslegungsstandards HFA 18 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. behandelt.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen wurden mit den höchsten steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Vermögensgegenstände bis 1.000,00 € werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen bilanziert. Dabei werden Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150,00 €) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000,00 €) nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Ab dem Geschäftsjahr 2005 neu angeschaffte Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen.

Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf deren Laufzeit verteilt.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden in ausreichender Höhe gebildet. Die Pensionsrückstellungen wurden unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes von 4 % auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet.

Zusätzlich wurden Aufwandsrückstellungen (§ 249 Abs. 2 HGB) gebildet.

Einen Abgrenzungsposten für zukünftige Steuerentlastungen haben wir nicht gebildet.

Options- und Termingeschäfte wurden zum Marktpreis am Abschlussstichtag bewertet. Für Bewertungsverluste haben wir Rückstellungen gebildet, Bewertungsgewinne blieben ohne Ansatz. Im Rahmen der verbundenen Bewertung haben wir die Bewertungserfolge gegeneinander aufgerechnet.

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsderivate wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (i.d.R. Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate haben wir aus Wesentlichkeitsgesichtspunkten grundsätzlich zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand bzw. als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Chancen und Risiken von in strukturierten verbrieften Verbindlichkeiten und in strukturierten Kreditforderungen sowie strukturierten Anleihen eingebetteten Derivaten von jeweils nominell 38 Mio. € gleichen sich im Wesentlichen aus, da sie identische Ausstattungsmerkmale aufweisen.

Die zur Absicherung strukturierter Produkte erworbenen Derivate wurden zusammen mit den jeweiligen Grundgeschäften als Bewertungseinheit behandelt.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

2 Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgte nach den Vorschriften des § 340h HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens und Schulden sowie nicht abgewickelte Kassageschäfte wurden mit Kassakursen am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

Für am Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages für die Restlaufzeit herangezogen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Währungspositionen, die der zentralen Steuerung des Währungsrisikos zuzurechnen sind, unterliegen gemäß Definition einer besonderen Deckung. Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden erfolgswirksam vereinnahmt.

Die Sparkasse erfüllt die Kriterien der besonderen Deckung weitgehend durch den Abschluss von betrags- und fristenkongruenten Gegengeschäften sowie durch die Führung von Währungspositionen.

3 Erläuterungen zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge enthalten keine anteiligen Zinsen.

3.1 AKTIVA 3

Forderungen an Kreditinstitute

	€	2007 Tsd. €
In diesem Posten sind enthalten:		
-Forderungen an die eigene Girozentrale	282.906.225,53	326.535
Der Unterposten b) – andere Forderungen – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
-bis drei Monate	117.303.835,18	132.741
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	712.903.655,33	1.073.706
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	91.227.420,48	93.196
-mehr als fünf Jahre	77.766.406,65	164.375
In dem Unterposten b) sind enthalten:		
-nachrangige Forderungen	0,00	0

Die Bewertung dieser Forderungen lässt nach unserer Einschätzung im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise derzeit keine Zahlungsausfälle erwarten.

3.2 AKTIVA 4

Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:		
-Forderungen an verbundene Unternehmen.....	8.391.463,47	8.036
-Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.....	39.097.489,27	37.214
-nachrangige Forderungen	13.632.130,70	12.412
- darunter:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	628.696,00	629

Für diese Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 7.504.899,63 €.

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

-bis drei Monate	640.188.604,60	473.449
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	652.980.804,03	461.964
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.479.474.647,97	1.533.478
-mehr als fünf Jahre	3.951.759.464,81	4.342.582
-Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	606.607.904,10	721.148

3.3 AKTIVA 5
Schuldverschreibungen und andere fest-
verzinsliche Wertpapiere

	€	2007 Tsd. €
In diesem Posten sind enthalten:		
-Beträge, die bis zum 31.12.2009 fällig werden	730.407.623,42	
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
-börsennotiert	2.026.335.840,13	2.405.788
-nicht börsennotiert	20.471.864,66	1.270
In dem Unterposten b) - Anleihen und Schuldverschreibungen – sind enthalten:		
-nachrangige Forderungen	0,00	0

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte: in €:	Aktiver Markt:	Grundlage für die Bewertung:
Öffentliche Anleihen	205.580.100,00	Ja	Börsen-/Marktpreis
Öffentliche Anleihen	148.805.100,00	Nein	Indikativer Kurs
Pfandbriefe	363.616.100,00	Ja	Börsen-/Marktpreis
Pfandbriefe	374.791.300,00	Nein	Indikativer Kurs
Ungedeckte Banken-IHS	162.375.500,00	Ja	Börsen-/Marktpreis
Ungedeckte Banken-IHS	287.251.000,00	Nein	Gleichartiges Instrument
Ungedeckte Banken-IHS	337.925.785,00	Nein	Indikativer Kurs
Investmentbank-Floater	71.190.685,56	Nein	Indikativer Kurs
Strukturierte Anleihen	24.500.000,00	Nein	Gleichartiges Instrument
Strukturierte Anleihen	20.000.000,00	Nein	Bewertungsmodell

3.4 AKTIVA 6
Aktien und andere nicht festverzinsliche
Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:		
-Investmentanteile von 5 Master-Spezialfonds mit einem Buchwert von.....	731.617.579,39	714.162

Alleinige Anteilsinhaberin ist die Sparkasse. Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der jeweiligen Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
-börsennotiert	63.901.289,70	92.230
-nicht börsennotiert	148.075.279,80	123.273

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte: in €:	Aktiver Markt:	Grundlage für die Bewertung:
Aktien	467.250,00	Ja	Börsen-/Marktpreis
Investmentanteile	905.350.171,69	Nein	Bewertung gem. InvG
Investmentanteile	61.996.227,20	Nein	Indikative Bewertung

3.5 **AKTIVA 7** **Beteiligungen**

	€	2007 Tsd. €
Die Beteiligungen haben sich wie folgt entwickelt:		
Bilanzwert am Vorjahresende.....	286.855.103,84	238.995
Nettoveränderung.....	- 1.450.414,13	+ 47.860
Bilanzwert am Jahresende	285.404.689,71	286.855

An folgenden großen Kapitalgesellschaften halten wir mehr als 5% der Stimmrechte:
SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG (25,99%).

Von den Beteiligungen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:

-börsennotiert	3.170,01	3
-nicht börsennotiert	0,00	0

Die Angaben des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB erfolgen in einer gesonderten Aufstellung.

3.6 **AKTIVA 8** **Anteile an verbundenen Unternehmen**

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

Bilanzwert am Vorjahresende.....	140.087.146,63	113.587
Nettoveränderung.....	+ 40.800.000,00	+ 26.500
Bilanzwert am Jahresende	180.887.146,63	140.087

Die Angaben des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB erfolgen in einer gesonderten Aufstellung.

3.7 **AKTIVA 9** **Treuhandvermögen**

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

3.8	AKTIVA 11 Immaterielle Anlagewerte	€	2007 Tsd. €
	In diesem Posten ist ausschließlich EDV-Software enthalten.		
	Die immateriellen Anlagewerte haben sich wie folgt entwickelt:		
	Anschaffungskosten	14.481.818,54	13.691
	Zugänge im Geschäftsjahr	897.401,82	849
	Abgänge im Geschäftsjahr	8.909,78	58
	Abschreibungen insgesamt	13.983.071,58	13.131
	Bilanzwert am Jahresende	1.387.239,00	1.351
	 Abschreibungen im Geschäftsjahr	 860.217,82	 763
3.9	AKTIVA 12 Sachanlagen		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	-im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	26.187.193,00	30.373
	-Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.156.719,00	11.389
	Das Sachanlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:		
	Anschaffungskosten	207.500.815,99	205.803
	Zugänge im Geschäftsjahr	4.360.177,42	3.893
	Abgänge im Geschäftsjahr	2.973.259,99	2.195
	Abschreibungen insgesamt	165.538.726,42	160.542
	Bilanzwert am Jahresende	43.349.007,00	46.959
	 Abschreibungen im Geschäftsjahr	 7.800.335,42	 8.361
3.10	AKTIVA 13 Sonstige Vermögensgegenstände		
	In diesem Posten sind Geschäftsanteile an Genossenschaften in Höhe von 97.571,44 € (Vorjahr 97.571,44 €) enthalten, die dem Anlagevermögen zuzurechnen sind.		
3.11	Aktiva 14 Rechnungsabgrenzungsposten		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	-der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten in Höhe von	10.020.008,60	8.273
	-der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von	190.066,95	284

3.12	Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	75.149.621,90	66.181
3.13	PASSIVA 1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	€	2007 Tsd. €
	In diesem Posten sind enthalten:		
	-Weiterleitungsmittel, zu denen die betreffenden zweckgebundenen Darlehen als Sicherheit an das Forderinstitut abgetreten wurden	241.904.763,69	229.519
	-Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	35.860.149,35	190.165
	Der Unterposten b)- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
	-bis drei Monate	149.219.930,80	790.337
	-mehr als drei Monate bis ein Jahr	237.224.396,77	63.030
	-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	310.460.735,80	351.208
	-mehr als fünf Jahre	1.057.104.008,97	1.235.283
3.14	PASSIVA 2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	-Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.440.075,42	3.844
	-Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.....	9.971.687,88	12.102
	Der Unterposten a) ab) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
	-bis drei Monate	40.026.986,83	21.774
	-mehr als drei Monate bis ein Jahr	109.316.405,78	93.956
	-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	22.823.117,46	25.554
	-mehr als fünf Jahre	2.205.674,66	2.489
	Der Unterposten b) bb) – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
	-bis drei Monate	1.014.138.858,74	949.537
	-mehr als drei Monate bis ein Jahr	248.061.326,38	107.891
	-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	90.594.048,12	108.520
	-mehr als fünf Jahre	143.199.093,19	141.958
3.15	PASSIVA 3 Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Im Unterposten a) - begebene Schuldverschreibungen – sind bis zum 31.12.2009 fällige Beträge enthalten:	705.356.598,00	

3.16	PASSIVA 4 Treuhandverbindlichkeiten	€	2007 Tsd. €
	Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.		
3.17	PASSIVA 6 Rechnungsabgrenzungsposten		
	In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von	12.085.771,03	15.798
3.18	PASSIVA 9 Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.		
	Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10% des Gesamtbetrages:		
	23.904.586,73 €; Zerobonds; Fälligkeit 07.Okttober 2013		
	Ein außerordentliches Kündigungsrecht ist nicht eingeräumt.		
	Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,48% und ursprüngliche Laufzeiten von fünf bis dreizehn Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 27.239.156,83 € zur Rückzahlung fällig.		
	Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von	9.435.114,06	9.843
	angefallen.		
3.19	Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von	54.509.838,13	82.288

3.20 Die Sparkasse hat – neben Handelsgeschäften – zur Sicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte verteilen sich auf Devisentermingeschäfte, Devisenoptionsgeschäfte, Zinsswaps, Zinsoptionsgeschäfte, Forwardzinsswapgeschäfte sowie Forward Rate Agreements.

Bei den Termingeschäften in fremder Währung handelt es sich überwiegend um Deckungs- und Sicherungsgeschäfte.

3.21 Zum Bilanzstichtag gliedern sich die derivativen Finanzinstrumente wie folgt:

	Nominalbeträge				Zeitwerte ¹	Buchwerte	
	in Mio. Euro					in Mio. Euro	in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten						Options-Prämie/Var.-Margin/up-front
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Insgesamt ²			
Zins-/ zinsindexbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Zinsswaps einschließl. Forwardswaps	593	896	911	2.400	47 - 36	(A14) 4 (P6) 4	
Optionen							
Longpositionen	30	49	30	110	1	(A13) 1	
Shortpositionen	33	49	30	113	- 1	(P5) 1	
Summe²	656	995	972	2.623	11		
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Devisentermingeschäfte	197	2		199	6 - 7		
Optionen							
Longpositionen	45			45	1	(A13) 2	
Shortpositionen	45			45	- 1	(P5) 2	
Summe²	288	2		290	- 1		

1) Aus Sicht der Sparkasse negative Werte werden mit Minus angegeben.

2) Eventuelle Abweichungen in den Summen beruhen auf maschinellen Rundungen.

* €-Gegenwerte

Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2008 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen und aus den Veröffentlichungen der Agentur Reuters stammen. Die ausgewiesenen Zeitwerte (clean price) enthalten keine Abgrenzungen und Kosten.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurden die Terminkurse am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden auf Basis der Marktdaten der Agentur Reuters (FX-Kassakurs, FX-Renditekurven) ermittelt.

Zeitwerte von Optionen (Caps, Swaptions, Devisenoptionen) wurden auf der Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten per 31.12.2008 aus der Quelle Reuters herangezogen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute, die eigene Girozentrale und Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Zinsswaps, ein Forward Rate Agreement und Optionen mit Kunden abgeschlossen.

- 3.22** Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat in 2006 einen öffentlichen Pfandbrief mit einem Nominalwert von 100,0 Mio. € und in 2008 weitere öffentliche Pfandbriefe über 3,0 Mio. € sowie 7,0 Mio. € platziert. Darüber hinaus hat die Sparkasse in 2007 Hypothekenpfandbriefe über 25,0 Mio. € platziert.

Die Deckungsrechnungen stellen sich zum 31.12.2008 wie folgt dar:

Öffentlicher Pfandbrief

	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. PfandBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere gegenüber regionalen Gebietskörperschaften.	94.680	101.162
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	37.669	38.405
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>	132.349	139.567
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	110.000	111.338
<u>Überdeckung:</u>	22.349	28.229
<u>Risikobarwert:</u> gem. PfandBarwertV	Öffentl. Pfandbrief	Deckungswerte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	108.903	129.340
Verschiebung um – 250 Basispunkte	113.885	153.394

Hypothekendarlehen

	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. HypBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Forderungen an Kunden (grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen)	82.644	86.808
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	2.000	2.051
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>	84.644	88.859
Summe des deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	25.000	26.457
<u>Überdeckung:</u>	59.644	62.402
<u>Risikobarwert:</u> gem. PfandBarwertV	Hypo. Darlehen	Deckungswerte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	24.352	82.028
Verschiebung um – 250 Basispunkte	28.810	96.786

3.23 In den sonstigen betrieblichen Erträgen (GuV Posten 8) sind Erfolge aus Sicherungsgeschäften für Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Höhe von 2.721.075,00 € enthalten.

3.24 Im GuV Posten 12 (sonstige betriebliche Aufwendungen) sind Aufwendungen für Sicherungsgeschäfte zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 1.686.083,50 € enthalten.

3.25 Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, ist gemäß § 24 Abs. 3 und § 34 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen n.F. sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer unseres Jahresabschlusses. Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a.) für die Abschlussprüfung	T€	837
b.) für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	T€	113
c.) für sonstige Leistungen	T€	-

3.26 Die Stadtparkasse Düsseldorf ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2008 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2009 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 2,5% der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK).

Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden derzeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2007 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 70 % durch Umlagen und Sanierungsgeld und im Übrigen durch Vermögenserträge finanziert; der Kapitaldeckungsgrad beträgt etwa 27 %. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 01. Juli um 1 % ihres Betrages erhöht.

Der für den derzeit nicht vorgesehenen Fall einer Beendigung der Mitgliedschaft oder eines Wechsels in den kapitalgedeckten Abrechnungsverband II anfallende Ausgleichsbetrag belief sich Ende 2007 auf 170,5 Mio. Euro. Der Ausgleichsbetrag wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und umfasst den Barwert der Leistungsverpflichtungen der RZVK, die aus der Mitgliedschaft der Stadtparkasse Düsseldorf im umlagefinanzierten Abrechnungsverband I resultieren. Für die Ermittlung wird ein Rechnungszins von z.Zt. 2,25% herangezogen.

In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können Finanzierungslücken bzw. Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen und nicht quantifiziert werden. Um das Risiko der Werthaltigkeit der Anwartschaften abzusichern, hat die Stadtparkasse Düsseldorf erstmals im Geschäftsjahr 2008 unter Nutzung des Wahlrechtes nach Art. 28 EGHGB eine Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen in Höhe von 5 Mio. € für alle per 31.12.2008 über die RZVK versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebildet.

Die Sparkasse hat ihren Beschäftigten gegenüber eine Zusage zur teilweisen Absicherung des Risikos einer eventuellen Absenkung der Versorgungsleistungen abgegeben.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betrugen bei umlage- und sanierungspflichtigen Entgelten von 80.179.415,10 € im Jahr 2008 5.435.903,38 € (Vorjahr 5.226.548,15 €).

4 Sonstige Angaben

4.1 Den Mitgliedern sowie dem stellvertretenden Mitglied des Vorstandes wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.166.857,42 € gezahlt. Für die Mitglieder des Vorstandes bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 4.065.494,00 €. Dieser Personengruppe wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 350.739,71 € gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.425.319,91 € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 17.716.407,00 €.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates betragen 278.470,00 €. An diese Personengruppe waren Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 3.644.921,64 € ausgereicht.

4.2 Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Joachim Erwin, († 20.05.2008)

Oberbürgermeister

Dirk Elbers, (ab 19.06.2008)

Bürgermeister, ab 04.09.2008 Oberbürgermeister

Mitglieder

Gudrun Hock,

Bürgermeisterin, Beigeordnete a.D.

1. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds

Dirk Elbers, (bis 19.06.2008)

Bürgermeister, Rentmeister

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Dr. Friedrich Hassbach (ab 19.06.2008)

Verbandsgeschäftsführer

Friedrich G. Conzen,

Bürgermeister (ab 04.09.2008)

Selbstständiger Einzelhandelskaufmann

*2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
(ab 19.06.2008)*

Günter Bosbach,

Pensionierter Kriminalhauptkommissar

Bernd Hebbing,

*ehem. stellv. Vorstandsvorsitzender der
Karstadt AG*

Helga Leibauer,

Hausfrau

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,

Bürgermeisterin (ab 04.09.2008)

Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig

Wolfgang Scheffler,

Lehrer

Stellvertreter

Annette Steller,

*Geschäftsführerin der SPD-
Ratsfraktion*

Harald Wachter,

Selbstständiger Unternehmensberater

Hildegard Kempkes,

Lehrerin a.D.

Karl-Heinz Göbel,

Rentner

Olaf Lehne,

Rechtsanwalt

Petra Kammerevert,

Dipl. Sozialwissenschaftlerin

Thomas Nicolin,

Kfm. Leiter

Günter Karen-Jungen,

*Verwaltungsangestellter im
Vorruhestand*

Ursula Schiefer,
Hausfrau
 Ursula Schlößer,
Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen
 Günter Wurm,
Dipl. Verwaltungswirt, Beamter

Dr. Alexander Fils,
Kunstverleger
 Wally Hengsberger,
Sekretärin
 Karl-Josef Keil,
Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf a.D.

Arbeitnehmervertreter (Mitarbeiter/innen der Stadtparkasse Düsseldorf)

Sandra Enenkel	Petra Sassenhausen (bis 03.09.2008)
	Karl-Heinz Kaussen (ab 04.09.2008)
Frank Hinrichs	Bodo Plata
Herbert Kleber	Rudi Petruschke
Silvia Kusel	Bettina Braun-Thul
Wilfried Preisendörfer	Detlef Schnierer
Axel Roscher	Gerd Lindemann

4.3 Vorstand

Heinz-Martin Humme	Vorsitzendes Mitglied (bis 26.02.2008)
Peter Fröhlich	Vorsitzendes Mitglied (ab 27.02.2008)
Bernd Eversmann	Mitglied
Karl-Heinz Stiegemann	Mitglied (bis 26.02.2008)
Thomas Boots	Stellvertreter gemäß § 19 Abs. 1 SpkG NW n.F. (ab 01.03.2008)
Karin-Brigitte Göbel	Mitglied (ab 01.01.2009)

4.4 Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien folgender Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Folgendes Mitglied des Vorstandes ist Mitglied des Aufsichtsrates folgender Kapitalgesellschaften:

Peter Fröhlich	Mitglied des Aufsichtsrates der SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG
----------------	--

4.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	1.428
Teilzeit- und Ultimokräfte	498
	<hr/>
	1.926
Auszubildende	86
	<hr/>
insgesamt	<u>2.012</u>

Versicherung des Vorstandes

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Sparkasse so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse beschrieben sind.

Düsseldorf, 24. März 2009

Der Vorstand



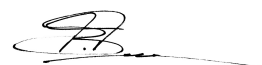
Fröhlich
Vorsitzendes Mitglied



Eversmann
Mitglied



Göbel
Mitglied



Boots
stv. Mitglied

LAGEBERICHT

A. Darstellung der Geschäftsentwicklung

Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2008

Ein ausgeprägter Konjunkturumschwung prägte die deutsche Wirtschaft in 2008. Im ersten Quartal fiel das Wachstum mit 1,5 % gegenüber dem Vorquartal noch überraschend hoch aus. Sonderfaktoren waren hierfür mit ausschlaggebend. Im zweiten Quartal kehrte die günstige Lage schlagartig um. Die gesamtwirtschaftliche Produktion schrumpfte um 0,5 %, im dritten Quartal um 0,5 %, die letzten drei Monate verzeichneten einen deutlichen Einbruch von 2,1 %. Nach der gängigen Definition befindet sich die deutsche Wirtschaft damit in einer Rezession.

Für das Gesamtjahr 2008 ergab sich ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 %. Es lag damit deutlich niedriger als in den beiden Jahren zuvor, aber über dem Niveau der Jahre 2001 bis 2005. Der signifikante Rückgang des Wirtschaftswachstums ist die Folge der weltweiten Finanzkrise, die ihren Ursprung in der Subprime-Krise in den USA im Sommer 2007 genommen hat. Im Laufe des Jahres 2008 verschärfte sich die Finanzkrise und erfasste nahezu alle Volkswirtschaften weltweit.

Spiegelbildlich zur wirtschaftlichen Entwicklung verlief die Teuerungsrate. Im Jahresdurchschnitt sind die Preise zwar um 2,6 % gestiegen, jedoch hat sich der Auftrieb seit der Jahresmitte deutlich abgeschwächt. Ursache sowohl für den Preisanstieg in der ersten Jahreshälfte wie auch für die folgende Beruhigung war ganz wesentlich die Preisentwicklung bei Heizöl, Kraftstoffen sowie bei einigen Nahrungsmitteln.

Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in 2008 so gut gewesen wie seit langer Zeit nicht mehr. Erst gegen Jahresende zeigte sich die Trendumkehr. Die Arbeitslosigkeit hat sich von November auf Dezember saisonbereinigt um 18.000 erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2008 waren bundesweit 3.268.000 Menschen ohne Arbeit, mehr als eine halbe Million weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote stellte sich im Jahresdurchschnitt auf 7,8 % ein.

Die Konjunktorentwicklung in Düsseldorf und in der Region dokumentieren die Berichte der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer Düsseldorf und der Düsseldorfer Unternehmerschaft eindrucksvoll. Noch zu Jahresbeginn waren die von den Verbänden befragten Unternehmen mit positiven Geschäftserwartungen gestartet. Diese Haltung änderte sich in den folgenden Monaten angesichts rückläufiger Auftragseingänge und Umsätze. In Erwartung einer nachlassenden Nachfrage disponierten die regionalen Unternehmen ihre Investitionen vorsichtiger, wie die IHK-Umfrage vom Spätsommer 2008 zeigte. Steigende Unternehmensinsolvenzen im zweiten Halbjahr 2008 wiesen außerdem darauf hin, dass das Konjunkturklima sich im Jahresverlauf deutlich eingetrübt hat.

Auf dem Arbeitsmarkt in Düsseldorf hinterließ die nachlassende Wirtschaftsdynamik ebenfalls ihre Spuren. Noch bis zum Sommer lag die Zahl der Stellenangebote über der des Jahres 2007, danach wurden offene Stellen in geringerem Umfang gemeldet. Dennoch lag die Arbeitslosenquote Ende des Jahres mit 9,1 % um 0,6 %-Punkte unter der des Jahres 2007. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg mit rd. 480.000 nach dem Jahr 1992 auf den zweithöchsten Wert in den letzten 30 Jahren.

Branchensituation

Die Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten haben in 2008 das globale Finanzsystem schwer belastet. Am 7. September 2008 verstaatlichte die US-Regierung die beiden Immobilienfinanzierer Freddie Mac und Fannie Mae, um sie vor der Insolvenz zu bewahren. Die Kosten der Rettung für beide Banken werden mit bis zu 300 Mrd. US-Dollar veranschlagt. Das Eingreifen der US-Regierung hat das Vertrauen in die Solidität des amerikanischen Bankensystems aber nicht wieder herstellen können. Nur acht Tage später musste eine der weltgrößten Investmentbanken, die New Yorker Lehman Brothers, Gläubigerschutz beantragen und löste damit eine weitere Zuspitzung der Weltfinanzkrise aus. Als Folge dieser Erschütterungen kam der Interbankengeldmarkt fast zum Erliegen; mit erheblichen Liquiditätshilfen versorgten die großen Zentralbanken der Welt die Geschäftsbanken. Seit Oktober 2008 legten außerdem viele Regierungen milliardenschwere Rettungspakete auf, um das Finanzsystem wieder zu stabilisieren.

Der massive Eingriff der Staaten in ihre nationale Kreditwirtschaft hat zwar an den Kapitalmärkten für Beruhigung gesorgt, ohne aber die Krise überwunden zu haben.

Bereits am 29. September 2008 musste die Bundesregierung gemeinsam mit Banken den Münchener Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate retten. Durch Refinanzierungsschwierigkeiten ihrer irischen Tochter Depfa-Bank plc war die Hypo Real Estate in eine Schieflage geraten. Mitte Oktober beschloss die Bundesregierung ihr Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Garantien von maximal 400 Mrd. Euro sollten dafür sorgen, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Kreditwirtschaft wieder herzustellen. Für Rekapitalisierungen und Risikoübernahmen stellte die Bundesregierung weitere 80 Mrd. Euro zur Verfügung. Verwaltet werden die Mittel von dem eigens gegründeten Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten haben verschiedene Privat- und Landesbanken Mittel aus dem Sonderfonds in Anspruch genommen.

Die Finanzmarktkrise hat in Deutschland zu einer weiteren Konzentration in der Kreditwirtschaft geführt. Die Commerzbank AG hat im Berichtsjahr die Dresdner Bank AG übernommen, die Deutsche Bank AG hält einen 30 %-igen Anteil an der Deutsche Postbank mit der Option, das Institut komplett zu übernehmen.

Noch ein anderes Faktum ist deutlich geworden: Sparkassen- und Genossenschaftsbanken haben sich bisher als weitgehend resistent gegen die Krisensymptome erwiesen. Konsequenterweise haben im Herbst 2008 insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken zahlreiche neue Kunden gewonnen.

Geschäftliche Entwicklung der Stadtparkasse Düsseldorf

Unter Berücksichtigung der Branchenentwicklung blickt die Stadtparkasse Düsseldorf auf ein schwieriges Geschäftsjahr zurück. Sie behauptete zwar im operativen Geschäft ihre starke Wettbewerbsposition am Bankenplatz Düsseldorf. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise führten aber auch zu starken Belastungen bei der Bewertung der Wertpapieranlagen. Insbesondere nach dem Fall der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers und des auch in Deutschland wachsenden Vertrauensverlustes weiter Bevölkerungskreise in die Stabilität des Bankensystems, registrierte unser Haus eine steigende Zahl von Kunden, die ihre Einlagen bei uns deponierten.

Die Ergebnisentwicklung im Berichtszeitraum ist stark beeinflusst gewesen von der flachen Zinsstrukturkurve, die nur in begrenztem Umfang Fristentransformationserlöse zuließ.

Im Frühjahr 2008 haben der Vorstand und der Verwaltungsrat eine deutliche Strategieänderung der Geschäftsausrichtung unseres Hauses beschlossen. In den vergangenen Jahren hat die Sparkasse Düsseldorf verstärkt das Kapitalmarktgeschäft und das Geschäft mit Großkunden ausgebaut. Damit waren größere Ausfallrisiken und volatile Erträge verbunden. Seit Mitte des Jahres 2008 steht das traditionelle Sparkasengeschäft mit Privatkunden und dem gewerblichen Mittelstand in der Region wieder im Mittelpunkt, während das Kapitalmarktgeschäft deutlich begrenzt wird. Mit dieser Fokussierung wollen wir nachhaltige Erträge bei geringeren Risiken erwirtschaften.

Als Folge dieses Strategiewechsels hat sich die Bilanzsumme in 2008 um 8,1 % auf 12.113 Mio. Euro (Vorjahr: 13.182 Mio. Euro) verringert. Insbesondere das Interbankengeschäft ist rückläufig gewesen; der Kreditbestand an Kunden reduzierte sich um 2,8 % auf 7.691 Mio. Euro (Vorjahr: 7.922 Mio. Euro).

Geschäftsentwicklung				
der Stadtparkasse	2007	31.12.2008	Veränderungen	
Düsseldorf	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Bilanzsumme	13.182	12.113	-1.069	-8,1
Kredite an Kunden	7.922	7.691	-231	-2,9
Kundeneinlagen	7.148	7.269	121	1,7
Rücklagen	691	704	13	1,8
Jahresergebnis	67	-46	-113	-168,7
Mitarbeiter	2.124	2.153		

Kreditgeschäft

Das Kreditneugeschäft entwickelte sich im Berichtsjahr erfreulich. Insgesamt hat unser Haus neue Kredite in Höhe von 1,87 Mrd. Euro zugesagt. Damit lag das Neugeschäft auf dem Niveau des Vorjahres, als Kredite über 1,80 Mrd. Euro zugesagt wurden. Im Firmenkundengeschäft wurde das hohe Zusagevolumen des Jahres 2007 mit 1,3 Mrd. Euro wieder erreicht. Besonders erfreulich war dabei die hohe Zahl von neu vergebenen Investitionsdarlehen und Leasingfinanzierungen. In der Öffentlichkeit ist unter dem Schlagwort „Kreditklemme“ oft vermeintlich die restriktive Kreditvergabe an Unternehmen durch Banken beklagt worden. Die Stadtparkasse Düsseldorf hat diesen Weg nicht beschritten. Unternehmen, die die Finanzierung wirtschaftlich tragbarer Projekte nachfragten, erhielten von unserem Hause die notwendigen Mittel.

Das Kreditgeschäft mit unseren Privatkunden hat sich in 2008 ebenfalls erfreulich dargestellt. Hauptwachstumsträger war dabei das Wohnungsbaugeschäft; hier wurden Kredite in Höhe von 420 Mio. Euro (Vorjahr: 400 Mio. Euro) neu ausgeliehen. Deutliche Zuwächse registrierten wir auch bei den Konsumentendarlehen; hier vergaben wir neue Mittel über 102 Mio. Euro (Vorjahr: 90 Mio. Euro).

Kreditgeschäft					
Kreditvolumen in Mio. EUR	2004	2005	2006	2007	2008
Forderungen an Kunden	5.909	6.304	6.845	7.558	7.348
Eventualverbindlichkeiten	219	248	313	363	342
Kredite an Kunden	6.128	6.552	7.158	7.921	7.690
Treuhandkredite/Wechsel	13	12	1	1	1
	6.141	6.564	7.159	7.922	7.691

Beteiligungen

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtparkasse Düsseldorf ist sowohl direkt als auch indirekt (gehalten über die 100 %-ige Tochter ^a-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH (^aKBG) organisiert. Die ^aKBG nimmt als Holding der Stadtparkasse Düsseldorf vor allem Überwachungsaufgaben (Risikocontrolling) wahr und berichtet dem Vorstand und dem Zentralbereich Betriebswirtschaft.

Im Geschäftsjahr 2008 stieg das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen um 39,3 Mio. Euro auf 466,2 Mio. Euro. Die Veränderung resultierte in erster Linie aus dem Verkauf von Anteilen der ^a-direkt Verwaltungs-GmbH & Co. KG in Höhe von 0,5 Mio. Euro an neue Kommanditisten sowie aus Eigenkapitalzuführungen an die ^aKBG. Ihr Buchwert erhöhte sich um 40,8 Mio. Euro auf 180,9 Mio. Euro. Die Mittel wurden überwiegend der Equity Partners GmbH bereitgestellt, die im Rahmen der Strategie unseres Hauses die Geschäftsfelder Private Equity und Venture Capital betreut und verwaltet.

Daneben sind die Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband ö. K. – RSGV (Buchwert 138,9 Mio. Euro), an der Corpus Sireo Holding GmbH & Co. KG (vormals Corpus Immobiliengruppe GmbH & Co. KG/Buchwert 67,3 Mio. Euro), an der RW Holding AG (Buchwert 23,0 Mio. Euro) sowie an der Landesbank Berlin Holding AG (über die Erwerbsgesellschaft der ^a-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Buchwert 47,8 Mio. Euro) von Bedeutung.

Der RSGV ist unter anderem Anteilseigner der Provinzial Rheinland, der WestLB AG, der DEKA sowie der Landesbausparkasse LBS West. Die Buchwerte blieben gegenüber dem Vorjahresabschluss unverändert.

Einlagengeschäft

Im Geschäftsjahr 2008 sind unsere Kundeneinlagen um 1,7 % auf 7.269 Mio. Euro (Vorjahr: 7.148 Mio. Euro) gestiegen. Während in der ersten Jahreshälfte auf der Einlagenseite Abflüsse zu verzeichnen waren, wuchs seit der Verschärfung der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 der Zufluss von Kundengeldern. Nahezu konstant blieben mit 1.771 Mio. Euro (Vorjahr: 1.769 Mio. Euro) die Spareinlagen, Sichteinlagen gingen um 56 Mio. Euro auf 2.923 Mio. Euro zurück, während Termineinlagen rege nachgefragt waren. Hier wuchsen die Bestände um 211 Mio. Euro auf 1.361 Mio. Euro. Das Bestandsvolumen von Sparkassenbriefen, Namenspfandbriefen und Schuldverschreibungen ging in 2008 um 36 Mio. Euro auf 1.214 Mio. Euro zurück.

Einlagengeschäft					
Kundeneinlagen nach					
Produkten in Mio. EUR	2004	2005	2006	2007	2008
Spareinlagen	2.046	1.885	1.837	1.769	1.771
Sichteinlagen	2.035	2.957	2.849	2.979	2.923
Termineinlagen	949	589	797	1.150	1.361
Sparkassenbriefe	263	206	144	146	128
Namenspfandbriefe	-	-	-	25	25
Schuldverschreibungen	706	616	801	879	859
Sonstige					
Genussrechtskapital	-	-	-	-	-
Nachrang	202	213	202	200	202
	6.201	6.466	6.630	7.148	7.269

Wertpapierkommissionsgeschäft

Erfreuliches Wachstum im Wertpapierkommissionsgeschäft: Der Gesamtumsatz betrug 2.617 Mio. Euro; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 595 Mio. Euro oder 29 %. Im Unterschied zu 2007 überstiegen die Ankäufe mit rd. 100 Mio. Euro die Verkäufe. Angesichts der rasanten Talfahrt an den internationalen Börsen haben unsere Kunden im Jahresverlauf Aktienbestände abgebaut. Seit der Verschärfung der Finanzmarktkrise im Laufe des Jahres haben Kunden verstärkt sichere Anlagen gesucht und vermehrt in festverzinsliche Wertpapiere investiert.

Die Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 hat zum Teil Kunden bewogen, ihr Wertpapierdepot neu zu strukturieren. Als Folge waren Investmentfonds rege nachgefragt.

Wertpapiergeschäft					
Umsatzentwicklung					
Wertpapierkommissions-					
geschäft in Mio. EUR	2004	2005	2006	2007	2008
Festverzinsliche Wertpapiere	456	991	581	257	691
Aktien	202	338	364	864	796
Investmentfonds	458	502	621	901	1.130
Gesamtumsatz	1.116	1.831	1.566	2.022	2.617

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Stadtsparkasse Düsseldorf unterzieht sich zusätzlich zu dem Gruppenrating (Floor-Rating), das den Verband der öffentlich-rechtlichen Banken insgesamt bewertet, jährlich einem externen, individuellen Ratingverfahren.

Erstmals wurde durch Moody's im Februar 2005 das Emittenten-Rating der Stadtsparkasse Düsseldorf mit Aa3 bewertet und 2006 bestätigt. In 2007 hat Moody's die Bewertung des Emittenten-Ratings um zwei Stufen auf Aa1 heraufgesetzt. Dieses hervorragende Ratingergebnis wurde im Jahr 2008 von Moody's bestätigt.

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf hat in einer Sondersitzung am 27. Februar 2008 folgende Beschlüsse entsprechend § 14 (2) SpkG NW a. F. in Verbindung mit § 18 (2) SpkG NW a. F. gefasst:

- Herr Heinz-Martin Humme wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes abberufen.
- Herr Karl-Heinz Stiegemann wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied des Vorstandes abberufen. Das mit Herrn Stiegemann bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.
- Herr Peter Fröhlich wird mit sofortiger Wirkung gem. § 14 (2) SpkG NW a. F. bis zum 30. September 2008 zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen.
- Herr Thomas Boots ist mit Wirkung zum 1. März 2008 als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes gem. § 18 (2) SpkG NW a. F. für 5 Jahre bestellt.

- Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 26. Juni 2008 gem. § 14 (2) SpkG NW a. F. Herrn Peter Fröhlich mit sofortiger Wirkung für die Zeit seines laufenden Vorstandsvertrages zum vorsitzenden Mitglied des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf berufen.

- Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 26. September 2008 gem. § 14 (2) SpkG NW a. F. Frau Karin-Brigitte Göbel und Frau Dr. Birgit Roos zu Mitgliedern des Vorstandes mit Wirkung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von fünf Jahren bestellt.

Personalbericht

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Geschäftsjahr 2008 hat, auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten an den Finanzmärkten, hohe Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestellt. Besonders im persönlichen Kontakt mit unseren Kunden, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation zunehmend verunsichert waren, bewiesen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein hohes Maß an Kompetenz und Engagement. Sie haben das Bild unseres Hauses entscheidend geprägt.

Verantwortungsbewusste, kompetente und engagierte Mitarbeiter sind eine der wesentlichen Grundlagen des unternehmerischen Erfolges der Stadtsparkasse Düsseldorf. Aus diesem Grund spielen Aus- und Weiterbildung unserer Belegschaft eine wichtige Rolle – als Investition in eine erfolgreiche Zukunft unseres Hauses.

Neben den umfangreichen Qualifizierungsmaßnahmen der Sparkassenorganisation nutzen wir Programme externer Einrichtungen, greifen vor allem auf die Vielzahl der hausinternen Fortbildungsmaßnahmen zurück. Denn die Entwicklung von Fach- und Führungskräften wurde als eine zentrale Aufgabe im Geschäftsjahr 2008 konsequent fortgesetzt.

Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor in der beruflichen Erstausbildung, die wir nahezu mit einer Verdoppelung unserer Ausbildungsstellen im Berufsbild Bankkaufrau/-mann auf 60 Plätze steigern konnten. Mit Einführung des dualen Bachelor Studiums reagieren wir auf die inzwischen fest etablierten Studiengänge im Markt.

Ein fester Bestandteil der Erstausbildung war auch in 2008 die Aktion „Blaumann statt Bankerdress“, bei der die Auszubildenden des Unternehmens eine Woche eine handwerkliche Tätigkeit ausüben und damit ein soziales Projekt unterstützen. So vermitteln wir unser Verständnis unseres öffentlich-rechtlichen Auftrages, gemeinwohl-orientiert zu handeln, schon frühzeitig an unsere Nachwuchskräfte.

Die Leistungskultur der Stadtsparkasse Düsseldorf zu fördern, ist weiterhin unser Ziel. Führungskräften bietet die Stadtsparkasse Düsseldorf mit dem in 2007 eingeführten Führungsführerschein eine individuelle Weiterführung der Qualifizierung und fördert das unternehmerische Denken und Handeln, Kommunikations- und Informationsver-

halten sowie Führungskompetenz. Letztere bedeutet vor allem die Fähigkeit, im Team gemeinsam die individuell gesetzten Leistungsziele zu erreichen.

Darüber hinaus leisteten zahlreiche Vertriebs- und Teamtrainings einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Qualität und Effizienz auch im Umgang mit unseren Kunden, vor allem förderten sie die Stärkung des internen Leistungsversprechens jedes einzelnen Mitarbeiters. Dies war besonders wichtig im Hinblick auf die fachlichen Veränderungen wie auch auf die Turbulenzen an den Finanzmärkten. Attraktive Arbeitszeitmodelle haben wir weiterentwickelt, um den Kundenbedürfnissen im Vertrieb noch besser entsprechen zu können.

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben wir Instrumente der internen Stellenausschreibung sowie der regelmäßigen Mitarbeitergespräche im nötigen Umfang eingesetzt. Die nach wie vor geringe Fluktuation sowie die gestiegene Bindung der Beschäftigten an das Unternehmen bestärken uns darin, die mitarbeiterorientierte Unternehmensführung weiter zu entwickeln.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Mitbestimmungsgremium haben wir fortgesetzt und die erforderlichen Veränderungen einvernehmlich umgesetzt.

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Beschäftigten sowie dem Personalrat für die geleistete engagierte Arbeit.

2008 in Zahlen

Die Sparkasse Düsseldorf ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber im Wirtschaftsraum der Landeshauptstadt von NRW: Die hohe Anzahl qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse ist ein sichtbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung unseres Hauses für die Region.

Zum 31. Dezember 2008 beschäftigte die Sparkasse Düsseldorf insgesamt 2.153 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.124), darunter 1.506 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr: 1.504), 539 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr: 532) und 108 Auszubildende (Vorjahr: 88). 36 % der aktiv Beschäftigten sind jünger als 40 Jahre, 49 % sind zwischen 40 und 54 Jahre, 15 % sind 55 Jahre und älter.

141 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in der Arbeits- oder Freizeitphase der Altersteilzeit, weitere 8 haben einen Altersteilzeitvertrag, der nach dem 31. Dezember 2008 beginnt, abgeschlossen.

50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten 2008 auf eine 25-jährige Beschäftigungszeit zurückblicken. 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter feierten ihr 40-jähriges Jubiläum. Im Zusammenhang mit einer Fluktuationsquote von nur 1,93 % dokumentiert dies die hohe Betriebstreue der Belegschaft.

In 2008 haben wir 134 (davon 57 Auszubildende) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt (Vorjahr: 81, davon 33 Auszubildende).

Herausragende Entwicklungen in 2008

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt es auch weiterhin zu ermöglichen. Neben dem Betriebskindergarten, bei dem wir mit Kindertagesstätten in Düsseldorf kooperieren, und dem Familienservice können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich wie fachlich entfalten. Die im Jahr 2007 vom Vorstand beschlossene Dienstvereinbarung „Teilzeit“ wurde auch in 2008 stark angenommen und trug wesentlich zur Realisierung von gleichzeitig privaten Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie von betrieblichen Interessen der Sparkasse und ihren Kunden bei.

Ein Hauptaugenmerk der personellen Betreuung lag in 2008 im Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen. Mit der Durchführung von Gesundheitszirkeln, in der Arbeitssituationen in einzelnen Einheiten betrachtet werden, will die Sparkasse Düsseldorf die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz weiter erhöhen. Die Inbetriebnahme

von Entspannungsräumen und -maßnahmen unterstreicht einmal mehr das Verantwortungsbewusstsein der Stadtsparkasse Düsseldorf für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Nach Abzug des Jahresfehlbetrages in Höhe von 46 Mio. Euro (Vorjahr: Jahresüberschuss von 67 Mio. Euro) verbleibt eine Sicherheitsrücklage in Höhe von 704 Mio. Euro. Damit ist ausreichend Kapital für die weitere Geschäftsausweitung vorhanden. Darüber hinaus verfügt die Sparkasse Düsseldorf über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Mit der Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutengruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung SolvV) sind die vorgegebenen europäischen Mindesteigenkapitalstandards der Baseler Eigenmittelpflicht (Basel II) in nationales Recht umgesetzt worden. Die Bestimmungen der SolvV wurden im Sinne einer verstärkt risikoorientierten Betrachtungsweise den modernen Standards angepasst und führen zu einer risikogerechteren Eigenmittelunterlegung. Danach müssen die Institute ihre Adressrisiken, ihr operationelles Risiko sowie ihre Marktpreisrisiken quantifizieren und mit Eigenmitteln unterlegen. Die geforderte Gesamtkapitalquote beträgt mindestens 8 %.

Die per 31.12.2008 erhobene Relation der Eigenmittel zu den Risiken lag bei 12,6 % (Vorjahr: 12,8 %) und damit deutlich über dem geforderten Mindestwert von 8 %. Die Veränderung der Eigenkapitalauslastung resultiert in erster Linie aus der Zuführung des Bilanzgewinnes 2007 in die Sicherheitsrücklage sowie aus dem in Folge der Finanzmarktkrise zu verzeichnenden Rückgang nicht realisierter Reserven in notierten Wertpapieren beim Ergänzungskapital. Die Kapitalbasis für eine weitere Geschäftsausweitung zur Liquiditäts- und Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft ist unverändert gegeben.

Wir haben die Eigenkapitalanforderungen nach Solvabilitätsverordnung (SolvV) jederzeit eingehalten. Im Laufe des Jahres bewegte sich die Auslastung in einer Bandbreite zwischen 12,6 % und 12,9 %.

Unter Berücksichtigung der Verrechnung des Jahresfehlbetrages 2008 mit der Sicherheitsrücklage sowie eines in Folge der angespannten Wirtschaftslage stagnierenden

Kreditgeschäfte rechnen wir für das Geschäftsjahr 2009 mit einer rückläufigen Eigenkapitalquote.

Die Forderungen an Kunden stellten mit 61 % nach wie vor den bedeutendsten Einzelposten auf der Aktivseite der Bilanz dar (Vorjahr 57 %). Der Anteil der Wertpapiere (Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) lag mit 25 % leicht unter dem Vorjahreswert von 27 %. Auf der Passivseite hielten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 51 % (46 %) den höchsten Anteil an der Bilanzsumme. Aufgrund der Rückführung des Refinanzierungsgeschäftes verringerte sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf 20 % (Vorjahr: 27 %). Der Bilanzanteil der verbrieften Verbindlichkeiten blieb im Geschäftsjahr 2008 mit 20 % in etwa auf Höhe des Vorjahresniveaus (Vorjahr: 19 %).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Düsseldorf war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute waren jederzeit erfüllt. Im Jahresverlauf bewegte sich die Auslastung aufgrund wechselnder Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen im Interbankengeschäft in einer Bandbreite zwischen 1,34 und 1,66 deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,00. Zum Berichtsstichtag lag die Kennziffer bei 1,66. Auch die darüber hinaus für einen Zeitraum von zwölf Monaten ermittelten Beobachtungskennzahlen zeigten eine gute Liquiditätslage.

Wie in den Vorjahren haben wir das Angebot der Deutschen Bundesbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) genutzt. Die bei der Westdeutschen Landesbank AG eingeräumte Kreditlinie haben wir nur tageweise beansprucht. Darüber hinaus hat die Stadtsparkasse Düsseldorf kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte in Form von Übernachtkrediten bzw. Tagesgeldaufnahmen bei Kreditinstituten vorgenommen. Weitere bedeutende Refinanzierungsgeschäfte bestanden nicht.

Ertragslage

Dank eines soliden Geschäftsmodells und der Ausrichtung auf den regionalen Markt konnte die Sparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2008 ein zufrieden stellendes operatives Ergebnis erzielen.

Das Zinsergebnis einschließlich laufender Erträge (GuV-Posten 3) stieg um 17,8 % auf 275 Mio. Euro (Vorjahr: 234 Mio. Euro) und blieb bedeutendster Bestandteil der Ertragsseite. Im Geschäftsjahr 2008 bestimmten im ersten Halbjahr noch leicht steigende Zinsen bei einer flachen Zinskurve das Marktgeschehen. Nach der Ausweitung der Finanzmarktkrise im Herbst senkten die Notenbanken weltweit die Zinsen. Die Europäische Notenbank setzte die Leitzinsen in drei Schritten um insgesamt 1,75 %-Punkte herunter. Erfreulich ist, dass weder das schwierige wirtschaftliche Umfeld, noch der ungebrochen intensive Preiswettbewerb am Bankenplatz Düsseldorf unser Zinsergebnis nachteilig beeinflusst haben. Für das positive Ergebnis waren maßgeblich die gesunkenen Zinsaufwendungen im Refinanzierungsgeschäft mit der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten verantwortlich. Darüber hinaus sind im Zinsergebnis Erträge aus Close-Out-Zahlungen für Swaps in Höhe von 64,4 Mio. Euro enthalten. In Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (DBS) (-3,9%) ergab sich ein deutlich verbesserter Zinsüberschuss von 2,15 % nach 1,75 % im Vorjahr.

Die positive Entwicklung des Zinsergebnisses wurde durch die erneute Verbesserung des Provisionsergebnisses begleitet. Der Provisionsüberschuss stieg um 4,5 % auf 65 Mio. Euro (Vorjahr: 63 Mio. Euro). Hauptträger des Wachstums waren das Wertpapierkommissionsgeschäft in Folge eines höheren Umsatz- und Beratungsvolumens sowie der Giroverkehr. Im Verhältnis zur DBS beträgt der Provisionsüberschuss 0,51 % (Vorjahr: 0,47 %).

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, d.h. das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren, Devisen und Derivaten, zeigte ein verbessertes Ergebnis von 4 Mio. Euro (Vorjahr: 2 Mio. Euro). Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg waren Erfolge im Derivate- und Devisenhandel.

Das Ergebnis der sonstigen betrieblichen Erträge stieg um 6,7 % auf 17 Mio. Euro.

Darin enthalten waren Sicherungserträge für eigene Wertpapiere in Höhe von 3 Mio. Euro (Vorjahr: 2 Mio. Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 2 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro. Die darin enthaltenen Sicherungsaufwendungen für eigene Wertpapiere beliefen sich auf 2 Mio. Euro (Vorjahr: 9 Mio. Euro).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10) sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV-Posten 11) verringerten sich um 9,3 % auf 204 Mio. Euro (Vorjahr: 225 Mio. Euro).

Der Anteil der Personalaufwendungen stieg gegenüber dem Vorjahr um 5 Mio. Euro, in erster Linie aufgrund einer Tarifierhöhung für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in Höhe von 3,1 %.

Der deutliche Rückgang der Verwaltungsaufwendungen war primär auf einen im Vorjahr berücksichtigten Einmaleffekt zurückzuführen. Die sonstigen Veränderungen resultierten aus der verstärkten Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter sowie aus gestiegenen EDV-Aufwendungen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV-Posten 11) bewegten sich mit 9 Mio. Euro etwa auf dem Vorjahresniveau.

Das Gesamtergebnis der Erträge (GuV-Posten 1-9) lag mit 361 Mio. Euro um 47 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Gleichzeitig verringerte sich die Summe der Aufwendungen um 7,7 % auf 221 Mio. Euro. Die entsprechend der Definition der Deutschen Bundesbank ermittelte Relation der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) lag bei 73 % (Vorjahr: 71 %).

Die internationale Finanzmarktkrise hat dazu geführt, dass sich die bisherigen Marktbedingungen und Marktmechanismen der Wirtschaftsmärkte drastisch geändert haben. Der Vertrauensverlust sowie der Rückgang der Anlageangebote und Handelsvolumina führten zu einer deutlichen Reduzierung der Marktwerte und damit zu Wertberichtigungsbedarf. Der Wertverlust bezieht sich jedoch überwiegend nicht auf drohende Zahlungsausfälle, sondern ist auf Marktwertverluste in Folge gestiegener Liquiditäts- und Risikozuschläge zurückzuführen. Auch die Bewertung unserer Eigenanlagen ist von dieser Entwicklung betroffen. Trotz der ungünstigen Marktverhältnisse hat die Sparkasse Düsseldorf auch im Geschäftsjahr 2008 alle Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Das gemilderte Niederstwertprinzip oder staatliche Hilfen im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes wurden nicht in Anspruch genommen.

Für die Wertpapiere haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Die Kriterien für die Annahme eines aktiven Marktes sind in internen Richtlinien festgelegt, die auch für die Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 Verwendung finden. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und Anleihen öffentlicher Emittenten sowie für die überwiegende Anzahl der Investments in unserem Pfandbriefportfolio festgestellt.

Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender (Zeit-)Wert verwendet. Insbesondere aufgrund der Finanzmarktkrise waren jedoch die Märkte für Teile unseres Zins bezogenen Wertpapierbestandes zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir – sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen – die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse wurden anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen, indem wir einerseits auf alle verfügbaren Informationen von OTC-Märkten bzw. Kursinformationssystemen (Reuters, Bloomberg) oder auf taxierte Kurse an Börsenplätzen zurückgegriffen haben. Andererseits haben wir die indikative Bewertung in den Fällen angepasst, in denen wir eine abweichende Bewertung eines im Wesentlichen gleichartigen Finanzinstruments auf einem aktiven Markt im Sinne der internen Festlegung angetroffen haben.

Im Rahmen unserer Kontrollhandlungen haben wir für das Wertpapier-Eigengeschäft die Portfolien

- Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten
- Pfandbriefe
- Von Kreditinstituten emittierte, ungedeckte Schuldverschreibungen
- Schuldverschreibungen US-amerikanischer Investmentbanken
- Strukturierte Produkte

gebildet. Neben einer Betrachtung der Einzelinvestments haben wir auch eine Plausibilisierung innerhalb der Teilportfolien durchgeführt.

Aufgrund Ihrer Bonität ist bei „Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten“ lediglich von einer geringen Beeinflussung durch die Finanzmarktkrise auszugehen gewesen.

Bei Investments im Teilportfolio „Pfandbriefe“, bei denen wir einen aktiven Markt angenommen haben, hat ein Geld-Brief-Spread von maximal 30 Basispunkten vorgelegen. Im übrigen ist bei einzelnen Investments innerhalb dieses Teilportfolios nicht von einem aktiven Markt auszugehen gewesen, obwohl der hier genannte Spread nicht überschritten wurde.

Sofern im Portfolio „von Kreditinstituten emittierte, ungedeckte Schuldverschreibungen“ für einzelne Investments ein aktiver Markt identifiziert worden ist, haben wir den Geld-Brief-Spread zur Verprobung der Bewertung gleichartiger Schuldverschreibungen herangezogen und die indikative Bewertung ggf. angepasst.

Die Märkte für Schuldverschreibungen US-amerikanischer Investmentbanken waren aufgrund der besonderen Betroffenheit dieser Emittenten durch die Finanzmarktkrise als inaktiv anzusehen. Hier haben wir vollständig auf eine indikative Bewertung entsprechend den oben beschriebenen allgemeinen Grundsätzen zurückgegriffen.

Das Teilportfolio „Strukturierte Produkte“ umfasst lediglich zwei Investments. Die Bewertung eines Investments haben wir aus der Kursfeststellung für eine öffentlich gehandelte Tranche abgeleitet, während der Kurs für eine Credit Linked Note aus einer synthetischen Verbriefungstransaktion der Sparkassenorganisation auf Basis eines Bewertungsmodells des Co-Arrangeurs bestimmt worden ist.

Unabhängig von der Finanzmarktkrise ist auch die Umsatzhäufigkeit in Abhängigkeit vom Emissionsvolumen bei der Analyse eines aktiven Marktes zu berücksichtigen gewesen.

Für die Spezialfondsanteile und wesentliche Teile der im Depot A befindlichen Publikumsfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Sofern für im Fonds enthaltene Wertpapiere der Markt zum Bi-

lanzstichtag als inaktiv anzusehen war, sind die anzusetzenden Werte nach dem gleichen Verfahren wie für die übrigen Wertpapiere ermittelt worden.

Für zwei der gehaltenen Publikumsfonds haben wir die Bewertung gemäß der von der Kapitalanlagegesellschaft angegebenen indikativen Kurse vorgenommen. Das Fondsmanagement hat uns bestätigt, dass die erforderlichen Kriterien für eine indikative Bewertung Berücksichtigung gefunden haben.

Die Bewertung der Wertpapiere steht im Einklang mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des IDW vom 09. Januar 2009.

Die Verwendung von indikativen Kursen ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere werden gemäß § 340f Absatz 3 Handelsgesetzbuch (HGB) nach Verrechnung mit korrespondierenden Erträgen ausgewiesen. Der Saldo des Bewertungsergebnisses belief sich im Berichtsjahr auf - 183 Mio. Euro (Vorjahr: 0 Mio. Euro).

Durch höhere Abschreibungen in Folge der Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Kapitalmärkte lag der Saldo aus Zu- und Abschreibungen sowie Kursgewinnen und Kursverlusten der Wertpapiere der Liquiditätsreserve deutlich unter dem Vorjahreswert.

Für akute Ausfallrisiken haben wir bei Forderungen an Kunden ausreichende Abschreibungen und Wertberichtigungen gebildet. Zusätzlich wurden auf den latent gefährdeten Forderungsbestand auf Basis der Ausfälle der letzten fünf Jahre bemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

In Folge des negativen Bewertungsergebnisses und des daraus resultierenden Jahresfehlbetrages verringerte sich der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV-Posten 23) auf 3 Mio. Euro (Vorjahr: 7 Mio. Euro).

Der Jahresfehlbetrag von 46 Mio. Euro (Vorjahr: Jahresüberschuss von 67 Mio. Euro) wird durch Entnahme aus der Sicherheitsrücklage ausgeglichen. Die unverändert gute Eigenkapitalausstattung der Stadtsparkasse Düsseldorf ermöglicht auch weiterhin eine sichere Liquiditäts- und Kreditversorgung des regionalen Marktes.

Ertragslage	2007	2008	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	
Zinsüberschuss (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 1 - 3)	234	275	+	41
Provisionsüberschuss	63	65	+	2
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	2	4	+	2
Sonstige betriebliche Erträge	15	17	+	2
	314	361	+	47
Personalaufwand	111	116	+	5
Andere Verwaltungsaufwendungen	105	79	-	26
Abschreibungen auf Sachanlagen	9	9	+/-	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15	17	+	2
	74	140	+	66
Betriebsergebnis vor Bewertung				
Bewertungsergebnis (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 13 - 16)	0	- 183	-	183
Steuern	7	3	-	4
	67	- 46	-	113
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag				
Entnahme aus der Sicherheitsrücklage	0	46	+	46
	67	0	-	67
Bilanzgewinn / Bilanzverlust				

C. Nachtragsbericht

Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Risikobericht

Grundsätze und Organisation des Risikomanagements

Die Stadtsparkasse Düsseldorf verfolgt ein systematisches Management der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen bankgeschäftlichen Risiken. Ziel ist es, eine jederzeitige Risikotragfähigkeit auf Basis des vorhandenen Deckungspotenzials zu gewährleisten und somit den Fortbestand des Unternehmens sicherzustellen.

Zur Umsetzung setzt die Stadtsparkasse Düsseldorf ein Limitsystem ein, das alle Risikokategorien umfasst. Außerdem hat sie ein Rahmenwerk von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, das eng an den Tätigkeiten der jeweiligen Bereiche ausgerichtet ist.

Die im Folgenden angegebenen Quantifizierungen beziehen sich auf die Stadtsparkasse Düsseldorf, nicht auf den Konzern.

Organisation des Risikomanagements

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Dieser verabschiedet neben den geschäftsstrategischen Zielen eine dazu konsistente Risikostrategie. Des Weiteren wird vom Vorstand das Risikotragfähigkeitskonzept in Verbindung mit der Zuordnung von Limiten – insbesondere für Adress- und Marktpreisrisiken – beschlossen.

Nach den aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden das Risikocontrolling und -reporting von der vom Markt unabhängigen Stabsstelle Risikomanagement wahrgenommen.

Zur Vorbereitung der Entscheidungen werden seit Oktober 2008 die Gesamtrisikosituation im internen Risikostrukturausschuss diskutiert und ggf. Handlungsvorschläge festgelegt. Ständige Mitglieder dieses Ausschusses sind die Leiter Gesamtbanksteuerung, Strategische Planung/ Koordination, Kredit, Revision und Risikomanagement.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken auf Kundenebene obliegt neben den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Institutionelle sowie Immobilienkunden vor allem dem Zentralbereich Kredit (Marktfolge). In komplexen Einzelfällen wird die Entscheidung im Kreditkomitee vorbereitet, das aus Vertretern des Marktes und der Marktfolge besetzt ist. Der Firmenkunden- und der Marktfolgevorstand sind Mitglieder des Komitees.

Der wöchentlich tagende Bilanzstrukturausschuss (BSA) bereitet in Diskussion mit den Fachvorständen die Entscheidungen zur Steuerung der Marktrisikopositionen vor. Im BSA sind neben den Fachvorständen der Geschäftsbereich Asset Management, der Zentralbereich Strategische Planung/Koordination und die Stabsstelle Risikomanagement vertreten. Der Gesamtvorstand berät einmal wöchentlich über die Ergebnisse des BSA und trifft Entscheidungen.

Monatlich findet im Gesamtvorstand eine umfassende Bilanzstruktursitzung statt, deren Themen ebenfalls zuvor im BSA behandelt wurden. Der Geschäftsbereich Asset Management setzt die gefassten Beschlüsse eigenverantwortlich um.

Hinsichtlich des Managements der Beteiligungsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Beteiligungen.

Für die Steuerung der operationellen Risiken sind die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche, insbesondere der Zentralbereich Organisation und die Stabsstelle Risikomanagement verantwortlich. Zudem beschäftigt sich der Sicherheitsausschuss mit Fragestellungen zu operationellen Risiken.

Der Zentralbereich Revision überzeugt sich im Rahmen seiner Prüfungen von der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Risikotragfähigkeitskonzept

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Die Ziele des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf liegen darin, eine angemessene Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Konzernstrategie sicherzustellen, eine zufrieden stellende Eigenkapitalrendite zu erzielen sowie die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen einzuhalten.

Mit dem Risikotragfähigkeitskonzept legt die Stadtsparkasse Düsseldorf fest, in welchem Umfang und in welcher Risikoklasse Risiken übernommen werden können. Durch Gegenüberstellung des Risikodeckungspotenzials und des Gesamthausrisikos gewährleistet die Stadtsparkasse Düsseldorf, dass eine übergreifende Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Seit 2008 wird die Risikotragfähigkeit nach wertorientierter Sicht, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten differenziert gesteuert. Dabei bildet die wertorientierte Sichtweise für die Sparkasse Düsseldorf das primäre Regelwerk, während die GuV- und die regulatorische Sichtweise als Nebenbedingungen fungieren. Im Zuge der Überarbeitung des Risikotragfähigkeitskonzeptes rückt ab 2009 die GuV-Sichtweise wieder stärker in den Vordergrund.

Die Limitvergabe erfolgt im bisherigen Modell wertorientiert im Rahmen zweier Szenarien - einem Normalfall und einem Worst-Case. Dabei werden Risiken aus Marktpreisen inkl. Zinsänderungsrisiken, Kredit-, Beteiligungs-, Immobilien- sowie operationelle Risiken auf Basis eines Ein-Jahres-Horizontes und eines Konfidenzniveaus von 99,0 % (Normalfall) bzw. 99,9 % (Worst-Case) berücksichtigt.

Ab 2009 wird das Limit für Marktpreisrisiken aus GuV-Sicht abgeleitet und in der Folge mit einem Konfidenzniveau von 95,0 % und 10 Tage Haltedauer gemessen. In der wertorientierten Sicht erfolgt eine Messung mit 99,9 % und ebenfalls 10 Tagen Haltedauer.

Zum Stichtag 31.12.2008 betragen die Gesamtlime zur Einzelsteuerung der Risiken 734 Mio. Euro für den Normalfall (Vorjahr: 782 Mio. Euro) und 914 Mio. Euro für den Worst-Case (Vorjahr: 937 Mio. Euro).

Verteilung der Worst-Case-Limits per 31.12.2008

	31.12.2007	31.12.2008
Adressenrisiken	26%	16%
Zinsänderungsrisiken	5%	13%
Marktpreisrisiken	49%	43%
davon Liquiditätsreserve (Renten)	18%	13%
davon Spezialfonds	22%	26%
davon Sonstige	9%	4%
Beteiligungsrisiken	9%	19%
Immobilienrisiken (ab 2008)	0%	3%
Operationelle Risiken	6%	6%
(Planungsrisiken; ab 2008 in GuV-Sicht)	5%	0%

Das Gesamthausrisiko ermitteln wir additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Lediglich bei den Marktpreisrisiken werden Korrelations-effekte eingerechnet.

Das wertorientierte Risikodeckungspotenzial setzt sich im Wesentlichen aus der nach HGB ermittelten Sicherheitsrücklage, den Vorsorgereserven (§ 340f HGB) sowie stillen Reserven - korrigiert um laufende Erträge bzw. Kosten - zusammen.

Um sicherzustellen, dass die regulatorischen Vorgaben (Solvabilitätskoeffizient von mindestens 8,4 %) eingehalten werden, wird als Stresstest der Eintritt der maximalen Verlustgrenzen (Worst-Case) aller Risikoarten unter Berücksichtigung von kurzfristig umsetzbaren Steuerungsmaßnahmen simuliert und die Auswirkungen auf den Solvabilitätskoeffizienten berechnet. In diesem Zusammenhang wird – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise – die Umsetzbarkeit der Steuerungsmaßnahmen geprüft.

Arten von Risiken

Als Risiko wird in der Stadtparkasse Düsseldorf die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne verstanden, die ihre Ursache in internen oder externen Faktoren haben können. Die Stadtparkasse Düsseldorf betrachtet in ihrem Steuerungskonzept im Wesentlichen die folgenden Risikoarten:

Risikoarten					
Adressenrisiken (Kreditrisiken)	Marktpreisrisiken	Beteiligungsrisiken	Immobilienrisiken	Operationelle Risiken	Liquiditätsrisiken
<ul style="list-style-type: none"> • Bonitätsverschlechterung • Ausfall 	<ul style="list-style-type: none"> • Zinsänderungsrisiken • Aktienkursrisiken • Kreditspreadrisiken • Währungsrisiken • Optionsrisiken 	<ul style="list-style-type: none"> • Bonitätsverschlechterung • Ausfall 	<ul style="list-style-type: none"> • Wertverfall 	<ul style="list-style-type: none"> • IT-Risiken • Mitarbeiter • Interne Verfahren • Externe Einflüsse 	<ul style="list-style-type: none"> • Risiko einer Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen

Adressenrisiken (Kreditrisiken)

Risikodefinition

Adressenrisiken entstehen dadurch, dass ein Kreditnehmer oder ein Kontrahent seine vertraglich vereinbarten Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig erbringen kann. Dazu gehören bei der Stadtparkasse Düsseldorf neben Adressenrisiken aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Kreditnehmerrisiko) auch Emittenten- und Kontrahenten-Risiken aus Handelsgeschäften. Weiterhin unterscheidet die Stadtparkasse Düsseldorf Positions- und Vorleistungsrisiken. Positionsrisiken umfassen das Kreditnehmerrisiko bzw. das Emittenten- sowie das Wiedereindeckungsrisiko und die offenen Posten. Vorleistungsrisiken bilden die Gefahr ab, dass der Kontrahent nach erbrachter Vorleistung seine Gegenleistung nicht erbringt.

Die Überwachung der Adressenrisiken ist im Handelsbereich durch die tägliche Limitüberwachung und im Kreditbereich durch Einzellimits auf Kreditnehmerebene sowie durch eine Gesamtportfolioüberwachung sichergestellt.

Bonitätsbeurteilung

Die Überwachung und Steuerung der Adressenrisiken führt die Stadtparkasse Düsseldorf differenziert nach Handels- und Nichthandelsgeschäften durch. Die Funktionen werden für Handelsgeschäfte analog der Regelung zu den Marktpreisrisiken wahrgenommen. Im traditionellen Kreditgeschäft (Nichthandelsgeschäfte) legt der Gesamtvorstand auf Basis der Gesamthausstrategie die Kreditrisikostategie fest.

Die Stabsstelle Risikomanagement ist für Einsatz, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Verfahren zur Risikoidentifizierung und -quantifizierung, der Risikoklassifizierungsverfahren, und des Risikofrühwarnsystems verantwortlich. Zudem überwacht sie das Kreditausfallrisiko auf Portfolioebene und erstellt vierteljährlich differenzierte Kreditrisikoberichte.

Die operative Umsetzung des Risikomanagements erfolgt nach den Regelungen der Mindestanforderungen für das Risikomanagement im Zentralbereich Kredit (Marktfolge) sowie in den jeweiligen Marktbereichen. Der Zentralbereich Kredit erstellt für das risikorelevante Kreditgeschäft – auch soweit es Emittenten- und Kontrahentenlimite betrifft – das marktunabhängige Zweitvotum. Das Zweitvotum für die Auflage eines Spezialfonds wird durch die Stabsstelle Risikomanagement abgegeben.

Zudem fertigt der Zentralbereich Kredit die Kredit- und Sicherungsverträge sowie die Beschlussvorlagen. Er überprüft regelmäßig Sicherheiten und überwacht – neben der Stabsstelle Risikomanagement – Intensivbetreuungsengagements ab 250.000 Euro blanko. Sanierungsengagements betreut und bearbeitet der Zentralbereich Kredit unabhängig vom Marktbereich.

Ausgesuchte Intensivbetreuungsengagements werden zu mindestens drei Terminen pro Jahr in der dafür vorgesehenen Monitoringrunde besprochen; hier wird auch über die weitere Vorgehensweise entschieden. Mitglieder der Monitoringrunde sind der zuständige Marktvorstand, der Marktfolgevorstand, die Leiter der Marktbereiche, die Leiter im Zentralbereich Kredit (Marktfolge) sowie der Leiter der Stabsstelle Risikomanagement.

Die funktionale und organisatorische Trennung des Zentralbereiches Kredit und der Stabsstelle Risikomanagement von den verantwortlichen Marktbereichen stellt eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung sicher.

Die Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer ist für die Steuerung der Adressenrisiken von zentraler Bedeutung. Die Stadtsparkasse Düsseldorf nutzt dafür die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angebotenen Verfahren:

- StandardRating für Kreditengagements ab 100.000 Euro gewerblichen Kreditobligos (Kreditnehmereinheit gemäß § 19 (2) KWG)
- ImmobilienRating für Immobiliengeschäftskunden.
- Des Weiteren werden die Ratingverfahren der RatingServiceUnit GmbH (RSU GmbH; Ratingverfahren der Landesbanken) für Leasing, Großunternehmen (ab 500 Mio. Euro Umsatz) und Banken eingesetzt.

Das Pilotprojekt zur Einführung des Verhaltens Scorings für Privatkunden und des Kleinstkunden Ratings für Firmenkunden (Engagements bis 250.000 Euro) wurde erfolgreich im Juli 2008 beendet.

Nicht mit diesen Verfahren klassifizierbare Engagements werden ab 2009 auf Basis einer Expertenschätzung Ratingnoten zugeordnet. Vorläufige Schätzungen werden bereits ab dem 4. Quartal 2008 für die wertorientierte Berechnung eingesetzt. Damit wird ein umfassendes Instrumentarium von Risikoklassifizierungsverfahren zur Verfügung stehen.

DSGV-Masterskala

Ratingnoten	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Ratingnoten	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit
1	0,01%	6	0,60%
	0,02%	7	0,90%
	0,03%	8	1,30%
	0,04%	9	2,00%
	0,05%	10	3,00%
	0,07%	11	4,40%
	0,09%	12	6,70%
2	0,12%	13	10,00%
3	0,17%	14	15,00%
4	0,30%	15	20,00%
5	0,40%	16 - 18	Ausfall

Die Messung von Länderrisiken erfolgt auf Basis externer Ratings und Ländereinschätzungen (Bonitätsindex), insbesondere von Moody's und Institutional Investors.

Alle im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungssysteme sind auf Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert. Dabei dient die DSGV-Masterskala als einheitlicher Bezugspunkt.

Quantifizierung

Die Überwachung der Adressenrisiken inkl. Vorleistungsrisiko erfolgt für Handelsgeschäfte zurzeit noch auf Basis der regulatorischen Anforderungen. Das Verfahren wird durch eine Standardanwendung zur Berechnung der allgemeinen Spreadrisiken unseres IT-Dienstleisters Finanz-Informatik GmbH & Co. KG ab Januar 2009 ergänzt. Das Adressenrisiko beträgt per 30.12.2008 28,1 Mio. Euro inkl. eines Backtesting-Zuschlags (Vorjahr: 19,8 Mio. Euro).

Um das Adressenrisiko aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Nicht-Handelsgeschäfte) zu ermitteln, betrachtet die Stadtparkasse Düsseldorf alle adressenrisikobehafteten Fälle ohne die bereits ausgefallenen Engagements (Kredite in Abwicklung).

Neben der wertorientierten Sicht durch die Ermittlung des Kredit-Value-at-Risk werden insbesondere Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Sicherheiten und das Überziehungsverhalten beobachtet.

Die Berechnung des Kredit-Value-at-Risk wird mit dem vom DSGV empfohlenen Kreditrisikomodell CreditPortfolioView vorgenommen. Mit Hilfe dieses Modells lassen sich

Adressenrisiken und künftige Wertveränderungen im Gesamtkreditportfolio prognostizieren.

Auf Basis der Größenklassengliederung sowie regelmäßiger Analysen wird die Risikokonzentration nach Engagementgröße gemessen und berichtet.

Limitierung und Reporting

Das Adressenrisiko aus Handelsgeschäften ist limitiert und wird täglich von der Stabsstelle Risikomanagement (Abt. Risikomanagement Treasury) überwacht und berichtet.

Dem Adressenrisiko im traditionellen Kreditgeschäft hat die Sparkasse Düsseldorf im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes ein Gesamtportfoliolimit zugeordnet. Das Limit wird vierteljährlich überwacht und im Kreditrisikobericht dargestellt. Seit Oktober 2008 erfolgt im Rahmen des neu konzipierten Gesamthausrisikoberichtes ein monatliches Reporting.

Parallel beobachtet und steuert die Sparkasse Düsseldorf die Adressenrisiken auf Basis der o. a. wesentlichen Aspekte (Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten), der Regelungen der Kreditrisikostategie sowie der MaRisk-konformen Prozesse. Damit wird erreicht, dass die Sparkasse Düsseldorf jederzeit umfänglich über alle Adressenrisiken informiert, die Risikotragfähigkeit gewährleistet ist und die Limite im Rahmen der Risikotragfähigkeit eingehalten werden.

Weiterhin sind im Rahmen der Kreditrisikostategie ratingabhängige Limits auf Kreditnehmerebene (Kreditnehmereinheiten gem. § 19 (2) KWG) festgelegt.

Die Stabsstelle Risikomanagement erstellt vierteljährlich einen umfassenden Kreditrisikobericht. Darin werden die im Kreditportfolio enthaltenen Adressenrisiken dargestellt – gegliedert nach den Strukturklassen Privatkunden, Firmen- und Gewerbekunden, Risiko- und Größenklassen, Sicherheitenkategorien und Länderrisiken. Weiterhin enthält der Bericht die besonderen Bestandteile gem. den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Risikosituation

Das Kreditportfolio beträgt insgesamt 11,3 Mrd. Euro und teilt sich in die in der Tabelle genannten Kundengruppen auf.

Kreditportfolio nach Kundengruppen

Mio. €

Mio€	31.12.2007	31.12.2008
Firmen- und Gewerbekunden	6.064	6.114
Privatkunden	3.607	3.657
Kreditinstitute	1.438	977
Kommunen	698	457
Sonstige	104	103
	11.911	11.308

Bei Firmen- und Gewerbekunden stellen die Dienstleistungen das größte Branchen-segment dar.

Firmen- und Gewerbekundenportfolio nach Branchen

Mio€	31.12.2007	31.12.2008
Dienstleistungen inkl. sonst. Organisationen	3.549	3.470
Handel	634	624
Verarbeitendes Gewerbe	524	546
Kredit- und Versicherungsgewerbe	520	385
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	265	272
Baugewerbe	262	273
Restbranchen	310	544
	6.064	6.114

Ein Konzentrationsrisiko ergibt sich aufgrund der Differenzierungen innerhalb dieses Segmentes allerdings nicht (s. Tabelle).

Teilportfolio Dienstleistung nach Segmenten

Mio€	31.12.2007	31.12.2008
Bauträger	594	593
Vermietung eigener Immobilien	482	426
Rechts- und Wirtschaftsberatung	449	423
Immobilienverwaltung, Makler	409	445
Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	329	311
Erbringung von sonst. Dienstleistungen	268	253
Restbranchen	1.018	1.019
	3.549	3.470

Die Aufteilung des Kundenkreditgeschäftes nach Ratings (ohne Kreditinstitute, Kommunen und kapitalmarktnahe Schuldscheindarlehen) wird in der folgenden Tabelle dargestellt. Die durchschnittliche Ratingnote der erfassten Engagements beträgt per 31.12.2008 4,88 (Vorjahr: 5,61).

Geratetes Portfolio nach Ratingklassen

Mio€	31.12.2007	31.12.2008
Ratingklasse 1 bis 3	794	1.473
Ratingklasse 4 bis 6	1.154	985
Ratingklasse 7 bis 8	706	696
Ratingklasse 9 bis 10	305	254
Ratingklasse 11 bis 12	97	89
Ratingklasse 13 bis 15	116	86
	3.172	3.583

(ohne Kreditinstitute, Kommunen, kapitalmarktnahe Schuldscheindarlehen, Privatkunden)

Die Rating-/Scoring-Abdeckung liegt per 31.12.2008 bei ca. 86 % des Kredit-portfolios.

Ratingabdeckung Kreditportfolio

Ratingverfahren	31.12.2008
PrivatkundenScoring	3.518
StandardRating	1.742
Immobilien-geschäftsRating	1.275
Externe Ratings (inkl. LandesbankenRating)	1.651
KleinstkundenRating	412
Expertenschätzung (vorläufiger Wert)	1.084
	9.682

Die Positionen mit dem größten Risikoanteil stellen sich wie folgt dar:

Nr.	Rating	Branche	Inanspruchnahme Mio€	Marginaler VaR Mio€
1	2	Vermietung und Verpachtung	220,9	9,87
2	7	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	95,6	20,14
3	7	Vermietung eigener Immobilien	89,9	0,52
4	1	Kredit- und Versicherungsgewerbe	99,2	0,18
5	5	Kapitalanlagegesellschaften	78,8	0,25
6	6	Gesundheits- und Sozialwesen	59,5	0,18
7	2	Vermietung und Verpachtung	55,6	0,03
8	7	Privatier	54,7	0,17
9	7	Kredit- und Versicherungsgewerbe	57,1	0,02
10	1	Dienstleistung für Unternehmen	38,1	0,01

(Darstellung der Kreditnehmereinheit mit der Ratingnote des größten Obligos; Ratingverfahren: DSGV-StandardRating, ImmobilienRating, ExternesRating)

Zur Reduzierung von Konzentrationsrisiken hat die Stadtparkasse Düsseldorf im Dezember 2008 mit vier Adressen am "Sparkassenkreditbasket V" der Sparkassenorganisation teilgenommen. Dabei handelt es sich um einen synthetischen Risikotransfer in Höhe von jeweils 5 Mio. Euro.

Der Eigenanlagenbereich (Treasury- und Handelspositionen, deren Marktpreisrisiken der täglichen Überwachung unterliegen) ist durch Investitionen im Investmentgradebereich gekennzeichnet.

Auf den Ratingbereich AAA bis A- entfallen (Volumen ab 100 Mio€):

Nr.	Rating	Branche	Wertpapiere:	OTC-Derivate:	Depositen	SUMME
			Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
1	A+	Kreditinstitut	303	-5	51	349
2	A-	Kreditinstitut	65	-3	263	326
3	A	Kreditinstitut	196	0	75	271
4	A	Kreditinstitut	201	-1	50	250
5	A	Kreditinstitut	173	-1	0	172
6	AA-	Kreditinstitut	152	0	0	152
7	AA-	Kreditinstitut	150	0	0	150
8	A-	Kreditinstitut	0	0	111	111
9	A+	Kreditinstitut	103	-3	0	100

Auf den Ratingbereich BBB+ bis BBB- entfallen:

10	BBB	Kreditinstitut	43	0	30	73
11	BBB-	Kreditinstitut	17	0	0	17

(Rating: Moody's, S&P, Fitch; Noten in der Darstellung vereinheitlicht)

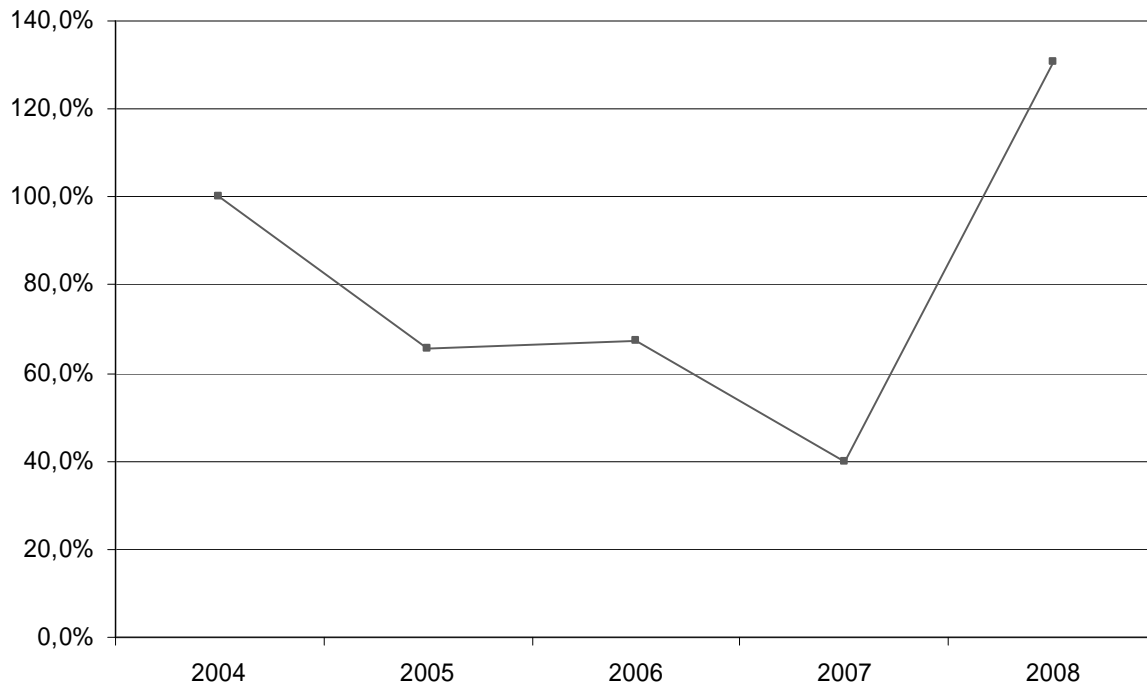
Die Stadtparkasse Düsseldorf hält in ihrem Eigenbestand unter anderem variabel verzinsliche Anleihen US-amerikanischer Banken. Diese sind besonders von der Finanzmarktkrise betroffen. Bei einem Nominalvolumen von 219 Mio. Euro belief sich der Marktwert zum Jahresende auf 156,9 Mio. Euro. Zudem befinden sich diverse Derivate mit Kunden im Bestand (nicht geratet; Kreditäquivalenzbetrag: 11,5 Mio. Euro).

Der Value-at-Risk des traditionellen Kreditgeschäftes beträgt per 31.12.2008 ca. 103 Mio. Euro (Vorjahr: 122 Mio. Euro). Die Veränderung ergibt sich aus dem Einsatz der aktuellen Parameter, der Berücksichtigung von weiteren Sicherheiten sowie der detaillierteren Messung von Engagements ab 2 Mio. Euro.

Das geplante Bewertungsergebnis Kreditgeschäft wird auf Basis der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGV-Masterskala und unter Berücksichtigung der Besicherungen als durchschnittlich erwarteten undiskontierten Wert ermittelt.

Weiterhin berücksichtigt die Stadtparkasse Düsseldorf als Sonderfaktor die nach IDW Prüfungshinweis PH 9.522.1 (Institut der Wirtschaftsprüfer) erforderliche Abzinsung von Sicherheiten in Höhe von ca. 6,4 Mio. Euro (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro).

Entwicklung der Risikovorsorge (Ausgangswert 2004 = 100 %)



Der Gesamtbestand der Risikovorsorge ist deutlich um 17,5% von 170,5 auf 200,4 Mio Euro gestiegen. Für 2009 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf mit Blick auf die Rezession sowohl in der Unternehmensplanung als auch im Risikotragfähigkeitskonzept eine höhere Risikovorsorge berücksichtigt.

Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von marktabhängigen Parametern wie z.B. Zinsen, Spreads, Volatilitäten und Kurse zu Verlusten führen können.

Quantifizierung

Im Rahmen der täglichen Marktpreisermittlung berechnet die Stadtsparkasse Düsseldorf für alle Positionen die Ist-Entwicklung (realisierte Gewinne und Verluste plus Veränderung der schwebenden Gewinne / Verluste seit Jahresbeginn) sowie die Risikosimulation. Die Einzelpositionen werden dabei Portfolien zugeordnet. Dabei wurden bisher auch die Adressenrisiken der Eigenanlagen berücksichtigt.

Die Zinsänderungsrisiken steuert die Stadtsparkasse Düsseldorf auf Basis der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlenen Instrumente sowie auf

Grundlage der Barwertmethode. Dazu werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht zusammengefasst. Performance-Analysen und Barwertsimulationen ergänzen die Cash-Flow-Darstellung. Ziel der Barwertsimulation ist es, mögliche Chancen und Risiken auf Basis von Zinsszenarien zu quantifizieren.

Standardszenarien

Im Rahmen der Risikosimulation hat die Stadtsparkasse Düsseldorf für jede Risikoart entsprechende Standardszenarien definiert. Sie dienen der operativen Steuerung der Risiken in Verbindung mit den zugeordneten Limiten.

Als Standardszenario für Marktpreis-/Zinsänderungsrisiken ist der Value-at-Risk (Worst-Case) 2008 auf folgender Basis errechnet worden:

Anlagebuch:	Haltedauer 10 (25) Tage
Handelsbuch:	Haltedauer 5 (7) Tage
Konfidenzniveau:	99 %

Die Risikosimulation erfolgt auf Basis der historischen Simulation mit den Kursen der letzten 275 Tage (250 Simulationen mit einer Haltedauer von 25 Tagen).

Die Einzelsteuerung der Spezialfonds wird über Anlagerichtlinien vorgenommen.

Ab 2009 findet die tägliche Risikoüberwachung für Marktpreisrisiken auf Basis folgender Parameter statt:

Value-at-Risk:	Konfidenzniveau: 95,0 %; Haltedauer: 10 Tage
Worst-Case:	Konfidenzniveau: 99,9 %; Haltedauer: 10 Tage

Stress-Szenarien

Um die Auswirkungen extremer Marktentwicklungen ebenfalls abschätzen zu können, führt die Stadtsparkasse Düsseldorf ergänzend zu den Standardszenarien regelmäßig Stresstests durch. Dazu werden die größten Wochenveränderungen seit April 1997 herangezogen.

Der Value-at-Risk für Marktpreisrisiken von Spezialfonds wird auf Grundlage der Wertentwicklung der Fondsanteile unabhängig von ihrer Konsolidierung nach IFRS ermittelt. In der u. a. Tabelle VaR-Simulation sind in der Rubrik Fonds die Spezialfonds enthalten.

Weiterhin werden die Auswirkungen einer fiktiven Zinssatzänderung (Basel II-Zinsschock) von + 130 bp (Basispunkten) bzw. -190 bp berechnet. Bei einer ad hoc-Zinsveränderung von + 130 bp bzw. - 190 BP beträgt per 31.12.2008 die Barwertänderung -158 Mio. Euro. Dies entspricht 16 % des haftenden Eigenkapitals (Vorjahr: - 151 Mio. Euro, 14 %).

Limitierung und Reporting

Aus der Berechnung der Risikotragfähigkeit leitet die Stadtsparkasse Düsseldorf Limite für Marktpreisrisiken ab, die der Vorstand festlegt. Aus dem Gesamtlimit für Marktpreisrisiken ergeben sich Einzellimite auf Portfolioebene entsprechend der strategischen Ausrichtung. Analog legen wir ein separates Limit für Zinsänderungsrisiken fest.

Die Abteilung Risikomanagement Treasury überwacht sämtliche Limite und teilt die Limitauslastungen täglich dem Gesamtvorstand sowie den jeweiligen Leitern der zuständigen Bereiche einschließlich der Innenrevision mit. Limitüberschreitungen werden dem Gesamtvorstand unverzüglich angezeigt.

Aufgrund von Spreadveränderungen ist im März 2008 das Normalfall-Limit des Geldhandelsportfolios geringfügig um 6 % überschritten worden (Bereinigung durch Umwidmung von freien Limits anderer Portfolien). Auf Gesamthausebene wurde das Limit immer eingehalten.

Backtesting

Die Stadtsparkasse Düsseldorf unterwirft die Parameter der Risikosimulationen regelmäßig einem Backtesting. Dabei werden die simulierten Risiken den tatsächlich eingetretenen Kursentwicklungen gegenübergestellt. Im Rahmen der Marktturbulenzen zeigt das 4. Quartal einen Backtestingausreißer. Als Folge hieraus ist die Risikosimulation (Value-at-Risk, Worst Case) um einen Risikoaufschlag erhöht worden.

Risikosituation

	Mio. €	
	31.12.2007	31.12.2008
VaR-Simulation inkl. Adressrisiko		
Renten und Sonstiges Zinsbuch	-29,6	-54,2
Aktien	-0,8	0
Fonds (inkl. Spezialfonds)	-43,0	-48,1
Sonstiges	-5,3	-7,9

Implizite Optionen werden zurzeit nicht betrachtet. Ab 2009 wird jedoch das BGB-Kündigungsrecht im Rahmen der Ermittlung des Risikotragfähigkeitspotenzials mit berücksichtigt.

Beteiligungsrisiken

Risikodefinition

Unter dem Beteiligungsrisiko versteht die Stadtparkasse Düsseldorf die Gefahr des finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen der eingegangenen Beteiligungen.

Organisation/ Risikomanagement

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtparkasse Düsseldorf umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Für die direkten Beteiligungen z. B. am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) erfolgt das Controlling im Zentralbereich Betriebswirtschaft bzw. über Geschäftsbesorgungsverträge durch unsere 100 %-ige Tochtergesellschaft ^a-Kapitalbeteiligungsgesellschaft (^aKBG). Die indirekten Beteiligungen werden über die ^aKBG gehalten. Das Risikocontrolling wird von der ^aKBG im Rahmen ihrer Holdingfunktion wahrgenommen.

Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes erfolgen Überwachung und Reporting durch die Stabsstelle Risikomanagement.

Investmententscheidungen der Equity Partners GmbH (einer Tochter der ^aKBG) basieren auf einer vom Vorstand verabschiedeten Strategie. Konkrete Einzelinvestitionen (Dachfonds, Fonds, Direktbeteiligungen) werden im Zentralbereich Kredit votiert. Die Entscheidungen selbst werden grundsätzlich von einem Investmentboard als Organ der Beteiligungsgesellschaft getroffen. Abweichend von der Regelung sind in 2008 sämtliche Entscheidungen im Gesamtvorstand getroffen worden.

Quantifizierung

Die Betrachtung des Beteiligungsrisikos konzentriert sich auf die wesentlichen Beteiligungspositionen. Die Ermittlung der Risikowerte erfolgte über ein Index-Modell. Es basiert auf den historischen Daten der Indizes und den sich daraus ergebenden Risikoparametern. Für 2009 ist das Vorgehen umfassend überarbeitet worden. Bei verbund- und kreditähnlichen Beteiligungen kommt künftig eine Messung mit Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Einsatz. Bei den restlichen Beteiligungen wird ein Vergleichsmaßstab (aktuelle Kursentwicklung bzw. Index) herangezogen.

Ausgenommen hiervon sind die Beteiligungen der ^aKBG. Die Holding übernimmt im Rahmen ihres Controllings die Risikoeinschätzung der einzelnen Investments der ^aKBG mittels eines parametrischen Modells oder durch Schätzverfahren.

Das wertorientierte Risikolimit für Beteiligungen liegt per 31.12.2008 bei 140 Mio. Euro im Normalfall (Konfidenzniveau 99,0 %) und bei 175 Mio. Euro im Worst-Case (Konfidenzniveau 99,9 % (Vorjahr: 69 Mio. Euro bzw. 78 Mio. Euro)).

Das Worst-Case Limit wird per 31.12.2008 mit ca. 3 % unwesentlich überschritten. Hintergrund ist vor allem der zur Messung herangezogene Immobilienindex, der die Situation deutlich überzeichnet. Unter Berücksichtigung des neuen Ansatzes liegt die Messung unter dem Limit.

Tabellarische Darstellung der Beteiligungsbuchwerte

	Beteiligungskapital	
	Mio. €	
	31.12.2007	31.12.2008
Verbundbeteiligungen	186,7	186,7
Strategische Beteiligungen	31,4	30,9
Renditebeteiligungen	208,8	248,6
Insgesamt	426,9	466,2

Risikosituation

Die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) beinhaltet als Hauptrisiko die Beteiligung an der WestLB AG. Die Anfang 2008 beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen sowie die vereinbarten Garantien des Landes NRW sind für 2008 berücksichtigt. Die Entwicklung der WestLB wird intensiv beobachtet.

In der ^aKBG-Gruppe bestehen zum 31.12.2008 die folgenden Risiken und Haftungsverhältnisse:

Geschäftsbereich Beteiligungen

Für Fondsinvestments wird das Ausfallrisiko im Bereich Private Equity Fund-of-Funds auf Basis der Studie „The Risk Profiles of Private Equity“, T. Weidig/P.-Y. Mathonet, Luxemburg, 2004" aufgrund des hohen Diversifikationsgrades als grundsätzlich eher

gering angesehen. Aktuell beobachtete Wertschwankungen werden im Jahresabschluss berücksichtigt und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG im Rahmen einer tiefgehenden Prüfung bestätigt.

Die Entwicklung der von der Equity Partners eingegangenen direkten Beteiligungen ist grundsätzlich mit den für diese Anlageklasse typischen Risiken verbunden. Es ist insofern nicht auszuschließen, dass einzelne Unternehmensbeteiligungen ganz oder teilweise ausfallen. Im Zeitablauf wird es jedoch durch die Eingehung weiterer Unternehmensbeteiligungen zu einer zunehmenden Diversifizierung der angelegten Gelder kommen. Durch diese Diversifizierung in Verbindung mit einer sorgfältigen Auswahl der Beteiligungsunternehmen strebt die Equity Partners an, im Zeitablauf auch bei Ausfall einzelner Investments relevante Überschüsse im Direktbeteiligungsportfolio zu erzielen, die mögliche Ausfälle planungsgemäß deutlich überkompensieren. Auch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise führt hier bisher nicht zu einer anderen Einschätzung der direkten Beteiligungen, wenngleich eventuelle realwirtschaftliche Effekte der Krise heute noch nicht eingeschätzt werden können.

Die sich im Bereich der in US-Dollar notierenden Fondsinvestments ergebenden Währungskursschwankungen werden seitens der EP, wie in der Branche üblich, grundsätzlich nicht finanztechnisch im Rahmen von Hedging abgesichert. Durch die Langfristigkeit der Anlagen wird bei andauerndem Geschäftsbetrieb und kontinuierlicher Investitionstätigkeit statistisch über die Zeit ein in Summe weitgehender Ausgleich der Währungseffekte erwartet („natürlicher Hedge“). Es sind jedoch Konstellationen vorstellbar, bei denen für einzelne Jahre eine GuV-Wirkung nicht vollständig ausgeschlossen werden kann. Die Entwicklung der Wechselkurse und deren Effekte auf das Portfolio werden fortlaufend beobachtet und in der strategischen Planung der Gesellschaft kalkulatorisch berücksichtigt.

Hinsichtlich der Wechselkurseffekte bei den in US-Dollar notierenden Fondsinvestments wird zusätzlich der Kurs Euro/US-Dollar mit einem Volumen von 55 Mio. US-Dollar durch eine Devisen-Option auf einen Basispreis von 1,48 Euro abgesichert. Die Option läuft bis zum 02.03.2009.

Geschäftsbereich Immobilien

Die Risiken im Geschäftsbereich Immobilien resultieren im Wesentlichen aus der weiteren Entwicklung der Tochtergesellschaften und der Umsetzung und der Einhaltung

der geplanten Projektszenarien. Neben den geplanten Verkaufserlösen sowie den unterstellten Kosten ist bei einigen Projekten insbesondere die Zeitkomponente ein kritischer Erfolgsfaktor, da Verzögerungen zu erhöhten Refinanzierungskosten führen. So wurden bei einer Gesellschaft Stützungsmaßnahmen erforderlich. Bei ungünstiger Entwicklung können weitere Abschreibungen oder sonstige Stützungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden, wobei im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 allen derzeit bekannten Risiken Rechnung getragen ist. Dies gilt auch im Hinblick auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise.

Zu den im Vorbericht dargestellten Risiken ist darauf hinzuweisen, dass zwei Gesellschaften, die im Jahre 2008 ihre operativen Tätigkeiten einstellen sollten, auch noch im Jahre 2009 weiter existieren werden. Eine Gesellschaft muss sich mit einer Änderung der Gesetzeslage auseinandersetzen und versuchen, Rückabwicklungen von bereits vollzogenen Transaktionen zu vermeiden. Eine andere Projektgesellschaft kann zwar einen maßgeblichen Kaufinteressenten halten, muss aber zeitaufwendige Verzögerungen der Vertragsverhandlungen in Kauf nehmen, die in 2009 abgeschlossen werden sollen.

Insgesamt wird für den Teilkonzern aufgrund seiner Finanzierungsstruktur kein Liquiditätsrisiko gesehen.

Immobilienrisiken

Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Stadtsparkasse Düsseldorf (Gebäude und Grundstücke in Düsseldorf bzw. Monheim) und umfassen deren Wertverlustrisiken.

Das Controlling erfolgt im Zentralbereich Betriebswirtschaft, wobei regelmäßig Verkehrswerte der Immobilien und Bodenwerte der Grundstücke überprüft und ggf. neu bewertet werden.

Quantifizierung/ Limitierung und Reporting

Bei der Betrachtung des Immobilienrisikos konzentriert sich die Stadtsparkasse Düsseldorf auf die wesentlichen Immobilien. Die Ermittlung der Risikowerte erfolgt analog den Beteiligungsrisiken über das dort beschriebene Index-Modell.

Als Limit sind 30 Mio. Euro für das Worst- Case-Szenario festgelegt. Aufgrund der deutlichen Verschlechterung des zugrunde gelegten Indexes haben wir rückwirkend zum 30.06.2008 das Normalfall-Limit auf das Worst-Case-Limit angehoben.

Das Worst-Case-Limit ist per 31.12.2008 mit ca. 32 % überschritten. Hintergrund ist ebenfalls der zur Messung herangezogene Immobilienindex, der die Situation deutlich überzeichnet. Unter Berücksichtigung des neuen Ansatzes liegt die Messung (3,1 Mio. Euro) unter dem Limit.

Operationelle Risiken

Risikodefinition

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der interner Infrastruktur oder durch externe Einflüsse eintreten. Dies umfasst ebenfalls Rechtsrisiken. Operationelle Risiken treten im Rahmen der Abwicklung der Geschäftstätigkeit auf.

Organisation

Den Umgang mit operationellen Risiken legt der Vorstand fest.

In der operativen Umsetzung verantwortet der Zentralbereich Organisation Notfallkonzepte, die den Umgang mit operationellen Risiken, die in der internen Infrastruktur und durch externe Einflüsse entstehen können, festlegen. Sie enthalten organisatorische und technische Regelungen, durch die eine einheitliche Vorgehensweise in einem Katastrophenfall sichergestellt wird.

Des Weiteren werden die Aufgabenfelder Betriebssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit und IT-Sicherheit im Zentralbereich Organisation umgesetzt.

Die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sind für das Management der operationellen Risiken (insbesondere operationeller Risiken im Bereich von Mitarbeitern und internen Verfahren) ihrer Organisationseinheit verantwortlich.

Operationelle Risiken außerhalb der Sparkasse werden im Rahmen der Überwachung des Outsourcing betrachtet

Eventuelle Schäden werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst.

Methodenkompetenz, Einsatz der DSGVO-OpRisk-Instrumente sowie das Berichtswesen liegen in der Stabsstelle Risikomanagement.

Quantifizierung

Die Stadtsparkasse Düsseldorf setzt zum Management und Controlling von operationellen Risiken das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlene

Verfahren ein. Es setzt sich aus einer Schadensfalldatenbank und der Risikoinventur zusammen.

Schadensfalldatenbank

Zur Erfassung und Analyse der eingetretenen Schadenfälle aus operationellen Risiken hat die Stadtsparkasse Düsseldorf ab 2005 eine zentrale Schadensfalldatenbank aufgebaut. In dieser werden Schadenfälle sowie ggf. Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung zukünftiger Schäden erfasst.

Daneben beteiligt sich die Stadtsparkasse Düsseldorf am zentralen Informationsaustausch über den DSGVO zur Verbreiterung der Datenbasis sowie zur Nutzung übergeordneter Erkenntnisse.

Risikoinventur

Im Rahmen der erstmaligen Risikoinventur im Jahr 2007 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf operationelle Risiken umfassend in allen Bereichen der Stadtsparkasse Düsseldorf in Form von Schadensszenarien detailliert und strukturiert erhoben. Die Einschätzung erfolgt in der Regel durch den Leiter des jeweiligen Bereichs unter Mithilfe entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter der Stabsstelle Risikosteuerung. Eine Überprüfung wurde Ende 2008 angestoßen.

In Verbindung mit der Analyse der Schadenfälle ergibt die Risikoinventur die Basis, operationelle Risiken abzuschätzen sowie Pläne zur Reduzierung und Steuerung abzuleiten.

Limitierung und Reporting

Das Worst-Case-Limit ist für 2008 nach den Regelungen gem. § 270 SolvV (Solvabilitätsverordnung, Basisindikatoransatz) mit 50 Mio. Euro festgelegt (Vorjahr: 48 Mio. Euro).

Risikosituation

Operationelle Risiken treten primär unter der Kategorie Adressenrisiken auf und werden dort erfasst und gesteuert. DV-Risiken sind begrenzt, da die Finanz-Informatik als DV-Dienstleister tätig ist.

Sonstige operationelle Risiken sind gering ausgeprägt bzw. durch Versicherungen abgedeckt. Folglich werden operationelle Risiken (außerhalb des Kreditgeschäftes) als nicht wesentlich klassifiziert.

Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die Sparkasse Düsseldorf die Wahrscheinlichkeit, Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht und nicht in vollem Umfang nachkommen zu können. Im Rahmen der Finanzkrise ist die Sicht auf Refinanzierungsmöglichkeiten und Refinanzierungsspreads verstärkt worden.

Organisation

Das Management der Liquiditätsrisiken obliegt dem Geschäftsbereich Asset Management. Der Vorstand behandelt das Liquiditätsrisiko im Rahmen seiner monatlichen Bilanzstruktursitzungen.

Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos/Quantifizierung

Liquiditätsstatus

Die Betrachtungsebene sind Cash-Flow-orientierte Liquiditätsrisiken bis 1 Jahr. Die Geldhandelsstelle im Geschäftsbereich Asset Management steuert die kurzfristige Liquidität.

Liquiditätsübersichten

Monatlich wird eine Ein-Jahres-Liquiditätsübersicht erstellt und das Risiko auf Basis von festgelegten Szenarien simuliert.

Beobachtung der Liquiditätskennzahl gemäß § 2 der Liquiditätsverordnung

Die Stabstelle Risikomanagement erstellt auf Basis des vom DSGV empfohlenen Liquiditätsmanagers ein monatliches Reporting über Verlauf, Szenariorechnungen und Stresstest.

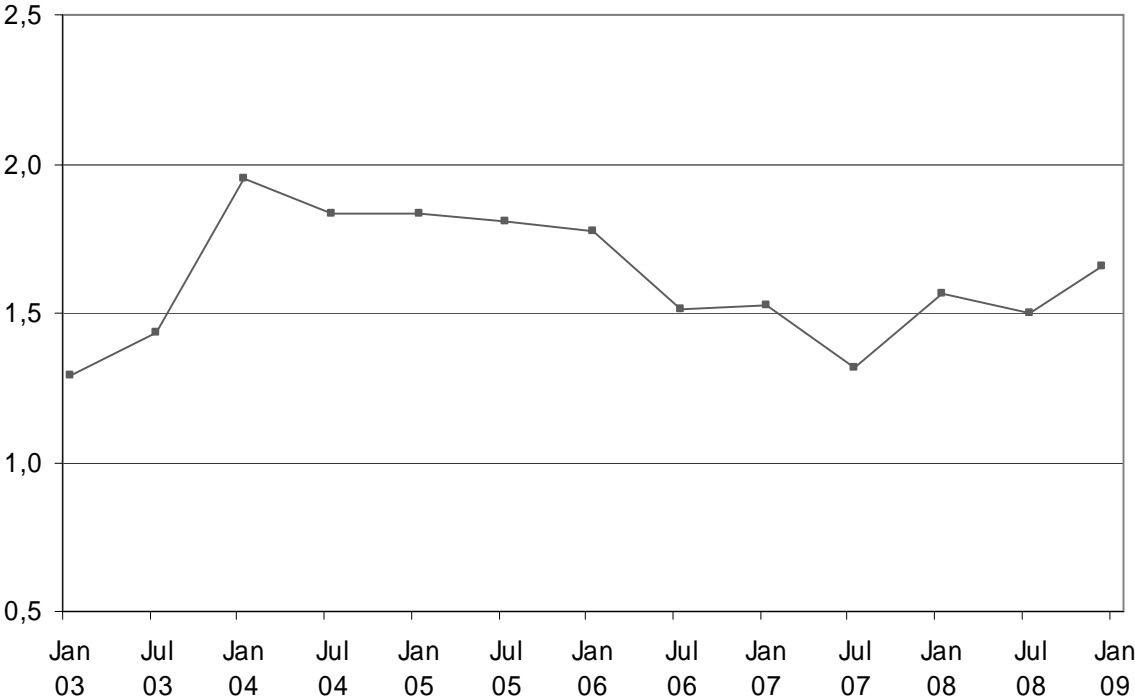
Risikosituation

Die Stadtparkasse Düsseldorf sieht das Liquiditätsrisiko als wesentliches Risiko an. Aufgrund dessen ist eine laufende Beobachtung, ausreichende Refinanzierungsmittel sowie eine ausreichende Diversifikation der Eigenanlagen unbedingt erforderlich.

Aufgrund der Geschäftsstruktur (Stadtparkasse Düsseldorf ist Mitglied im Haftungsverbund der S-Finanzgruppe; hoher Anteil der Refinanzierung über Kundenmittel; Liquiditätslinien bei Kreditinstituten, gutes externes Rating) wird das Liquiditätsrisiko als beherrschbar eingeschätzt. Zudem geht die Stadtparkasse Düsseldorf davon aus, dass zumindest ein hoher Anteil der bonitätsmäßig erstklassigen Eigenanlagen liquiderbar bzw. beleihbar ist.

Die Liquiditätskennziffer der Liquiditätsverordnung liegt mit 1,66 per 31.12.2008 (Vorjahr: 1,32, Minimum 2008: 1,34) deutlich oberhalb des Schwellenwertes von 1,0.

Entwicklung der Liquiditätskennzahl



E. Prognosebericht

Die Prognosen zur konjunkturellen Perspektive des laufenden Jahres besaßen in den zurückliegenden Monaten nur eine kurze Halbwertszeit. In den vergangenen Monaten haben Wirtschaftsforscher ihre Prognosen laufend an die sich rasant verschlechternde Lage anpassen müssen.

Die Mehrzahl der derzeitigen BIP-Prognosen liegt in einem Bereich von - 1,1 % (DIW) und - 3 % (Deka). Die Bundesregierung geht in ihrem im Januar 2009 verabschiedeten Jahreswirtschaftsbericht von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 2,25 % aus. Selbst die Prognosen im oberen Bereich würden bedeuten, dass Deutschland in diesem Jahr den schärfsten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt.

Als führende Exportnation wird die deutsche Volkswirtschaft besonders von den zum Teil schweren Krisensymptomen in den Hauptabnehmerländern getroffen. Die Bundesregierung rechnet daher mit einem realen Rückgang der Exporte um fast 9 %. Auch die Investitionstätigkeit, die in den vergangenen Jahren teilweise erheblich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hat, wird in diesem Jahr deutlich zurückgefahren werden. Staatliche Programme mit einem beschlossenen Volumen von 80 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010 könnten deutliche konjunkturelle Impulse setzen. Inwieweit der private Konsum einem stärkeren Rückgang des Bruttoinlandsproduktes entgegenwirken kann, bleibt zur Zeit offen. Zwar werden die verfügbaren Einkommen aufgrund von Tarifabschlüssen, dem Anstieg verschiedener Transfereinkommen und geplanter Steuersenkungen steigen, unklar bleibt aber, ob diese Mittel für Konsumzwecke verwandt werden.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird sich in 2009 verschlechtern. Im Jahreswirtschaftsbericht rechnet die Bundesregierung mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosenzahl um 250.000.

Ein Lichtblick im volkswirtschaftlichen Datenkranz ist die rückläufige Inflationsrate, die zwischen 0,5 % und 1 % prognostiziert wird. Die Preise würden damit erheblich geringer steigen als in den Vorjahren.

Die Stadtparkasse Düsseldorf stellt sich auf schlechtere Wirtschaftsdaten für die Stadt und die Region als in den vergangenen Jahren ein. Die bereits erwähnten Konjunkturberichte der regionalen Wirtschaftsverbände lassen eine deutliche Eintrübung der Konjunktur erwarten. Wir rechnen daher mit steigenden Unternehmensinsolvenzen; die Zahl der Arbeitslosen wird in unserer Region in 2009 deutlich ansteigen.

Bereits vor der Verschärfung der Finanzmarktkrise und der Eintrübung der Wirtschaftslage hat der Vorstand eine neue Strategie ausgearbeitet. Mit der Strategie „Nachhaltigkeit 2013“ will unser Haus von einer stark kapitalmarktorientierten Ausrichtung weg, hin zu einer traditionellen Geschäftspolitik mit dem Schwerpunkt Privatkunden und mittelständisches Firmenkundengeschäft.

Mit der Fokussierung auf klar definierte Kundensegmente in Düsseldorf und der Region werden die Risiken aus Großengagements und Beteiligungen deutlich abgebaut. Außerdem wird das Volumen im Eigenhandel reduziert, um die Risiken aus den stark schwankenden Kapitalmärkten zu minimieren.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist in Deutschland einer der wenigen Großstädte mit wachsender Bevölkerung. Ein weiterer Pluspunkt: Bei Umfragen zur Qualität des Wirtschaftsstandortes erhalten Stadt und Region seit Jahren hervorragende Bewertungen. Trotz der aktuellen Wirtschaftslage sind damit die langfristigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hervorragend. Wir gehen davon aus, unsere Position als Mittelstandsbank Nr. 1 weiter auszubauen. Insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir noch weiteres Wachstumspotenzial.

Im Privatkundengeschäft sehen wir die Möglichkeit, die vorhandenen Kundenverbindungen noch besser zu nutzen. Wir erwarten, das hohe Zusagenvolumen in der Wohnungsbaufinanzierung und im Konsumentenkreditgeschäft in 2009 leicht ausbauen zu können.

Die Altersvorsorge bleibt ein zentrales Thema des Privatkundengeschäftes. Das wachsende Interesse breiter Bevölkerungskreise an einer privaten Altersvorsorge ist ungebrochen. Unser Haus bietet zahlreiche Produkte für die private Altersvorsorge an. Mit unseren Verbund- und Kooperationspartnern wollen wir in diesem Segment weiter wachsen.

Mit Verabschiedung der neuen Strategie will die Stadtsparkasse Düsseldorf die Kosten für das Personal und den Bankbetrieb stärker als in der Vergangenheit begrenzt halten. Der Personalaufwand soll abgesehen von den tariflichen Leistungen nicht weiter steigen; frei werdende Stellen werden dahingehend überprüft, ob eine Neubesetzung notwendig ist. Die Sachkosten sollen ebenfalls begrenzt bleiben. Insbesondere durch eine effizientere Ablauf- und Aufbauorganisation wollen wir unnötige Kosten einsparen.

Für das Gesamtjahr 2009 erwarten wir eine steilere Zinsstrukturkurve als in den vergangenen Jahren. Damit öffnen sich neue Spielräume für Fristentransformationserträge. Unsere wichtigste Ertragsquelle, der Zinsüberschuss, wird daher in 2009 deutlich stärker steigen als in 2008. Die Provisionserträge sollten leicht höher ausfallen als im vergangenen Geschäftsjahr.

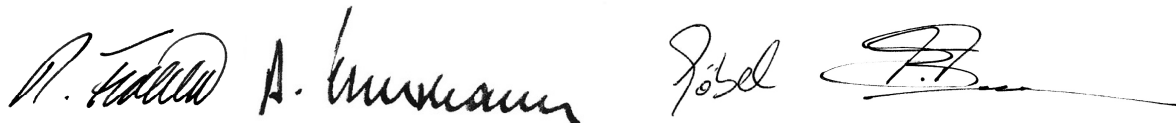
Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat im Kundenkreditgeschäft aufgrund der rezessiven Wirtschaftsentwicklung eine erhöhte Risikovorsorge eingeplant. Aufgrund der weltweiten Konjunktur- und Rettungsprogramme gehen wir von einer Stabilisierung der Märkte aus. Dies sollte sich insbesondere in den Risikoaufschlägen für Unternehmens- und Bankverbindlichkeiten positiv niederschlagen. Als wesentliches Risiko sieht die Stadtsparkasse Düsseldorf – insbesondere verursacht durch eine zunehmende Staatsverschuldung in Verbindung mit einer lockeren Geldpolitik – im zweiten Halbjahr die Gefahr von Zinsanstiegen.

Für das Geschäftsjahr 2009 erwarten wir ein zufrieden stellendes Jahresergebnis mit einem Jahresüberschuss, der die Größenordnung der früheren Jahre erreichen wird. Wir werden unsere Eigenkapitalbasis für zukünftiges Wachstum unserer Geschäftsfelder weiter stärken.

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, ergeben sich aus den zugrunde liegenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Jahre 2009 und 2010 moderate Wachstumsmöglichkeiten in allen Geschäftsfeldern, die die Basis für eine verbesserte Ertragslage sein sollte.

Düsseldorf, 24. März 2009

Der Vorstand

The image shows four handwritten signatures in black ink. From left to right, they are: a signature that appears to be 'A. Kimmann', followed by 'A. Kimmann' written in a more legible script, then 'Föbel', and finally a signature that appears to be 'F. B.' with a long horizontal line extending to the right.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 9. April 2009

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Engel
Wirtschaftsprüfer

Fuchs
Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat wurde vom Vorstand regelmäßig über die allgemeine wirtschaftliche Lage und die geschäftliche Entwicklung der Stadtparkasse Düsseldorf im Jahre 2008 informiert. Er hat die ihm gesetzlich obliegenden Aufgaben wahrgenommen, die erforderlichen Beschlüsse gefasst und die Geschäftsführung überwacht.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss und den Lagebericht 2008 geprüft. Mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testiert die Prüfungsstelle, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss 2008 hat der Verwaltungsrat festgestellt und den Lagebericht gebilligt.

Der Verwaltungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse sowie dem Vorstand für die im Jahr 2008 geleistete engagierte Arbeit.

Düsseldorf, den 28. April 2009

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dirk Elbers', written in a cursive style.

Dirk Elbers
Oberbürgermeister

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20%:

I. Unmittelbar gehaltene Anteile

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Eigenkapital 31.12.2007 €	Jahresergebnis 2007 €	Anmerkungen
		v. H.	€			
☒ Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	40212 Düsseldorf	100,00	6.900.000,00	143.655.225,32	1.938.015,73	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	30,00	7.500,00	5.919.133,81	-14.998,74	
SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG	40225 Düsseldorf	25,99	2.594.800,00	28.621.036,12	1.118.072,19	
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	22,63	11.143.363,00	134.444.964,21	18.413.234,08	
Düsseldorf Business School GmbH an der Heinrich-Heine-Universität	40593 Düsseldorf	22,12	50.000,00	147.463,69	-36.462,96	

II. Mittelbar gehaltene Anteile

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Eigenkapital 31.12.2007 €	Jahresergebnis 2007 €	Anmerkungen
		v. H.	€			
• vermittelt über ☒ Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH						
Equity Partners GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	123.004.407,90	-3.016.313,50	
☒ Online-Service Düsseldorf GmbH	40549 Düsseldorf	100,00	51.129,19	51.129,19	0,00	EAV mit ☒-KBG
☒ Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	40212 Düsseldorf	100,00	765.000,00	8.482.435,57	0,00	EAV mit ☒-KBG
☒ Finanz-Services Düsseldorf GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	51.129,19	51.129,19	0,00	EAV mit ☒-KBG
Kreditserviceagentur Rheinland GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	25.000,00	16.122,23	-1.974,99	
BDV Broadcaststudio Düsseldorf Vermietungsgesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	25.564,59	1.154,27	-762,72	
Engel AG	42327 Wuppertal	70,00	583.350,00	-674.632,20	-1.017.941,36	Jahresabschluss 2000
Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG	40225 Düsseldorf	52,25	50.000,00	9.196.958,45	-112.693,23	
Sirius Seedfonds Düsseldorf Verwaltungs GmbH	40225 Düsseldorf	50,00	12.500,00	25.152,09	152,09	
CORPUS SIREO Holding GmbH	50931 Köln	25,00	7.500,00	59.145,40	1.828,31	
WestFactoring GmbH	44137 Dortmund	25,00	35.000,00	875.993,56	221.759,21	
Ideekapital Media Finance AG	40212 Düsseldorf	24,60	12.300,00	359.438,44	11.758,62	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	20,00	5.000,00	5.919.133,81	-14.998,74	
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	2,37	1.164.329,00	134.444.967,21	18.413.234,08	
<i>(Angabe wegen 'Unmittelbarer Beteiligung' von 22,63% - gesamte Beteiligung beträgt 25,00%)</i>						

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Eigenkapital 31.12.2007 €	Jahresergebnis 2007 €	Anmerkungen
		v. H.	€			
• vermittelt über Equity Partners GmbH						
Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	840.950,50	5.176,85	
HoGi Co-Investment GmbH & Co. KG	40212 Düsseldorf	49,00	245,00	GRÜNDUNG IN 2008		
NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	40212 Düsseldorf	43,80	10.950,00	8.524.374,00	-22.289,89	
MRV Multi Reverse Vending GmbH	40215 Düsseldorf	43,57	29.650,00	210.769,96	147.051,44	Jahresabschluss 2004
Trapol AG	48712 Gescher	33,33	700.000,00	2.285.081,70	296.765,18	
Traporol GmbH	48712 Gescher	33,33	85.000,00	496.652,74	112.251,07	
SPL electronics GmbH	41372 Niederkrüchten	27,00	8.100,00	452.485,21	67.909,91	
IPE Euro Wagon L. P.	St. Helier, Jersey JE4 8PX, Channel Islands	24,40	7.536.158,34	30.185.479,00	1.424.664,00	
• vermittelt über Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH						
Golf-Forum Grafenberg Verwaltungs-GmbH	40629 Düsseldorf	48,97	50.100,00	-1.054.048,20	15.556,12	
PACVision AG	41179 M. gladbach	30,00	22.500,00	-174.557,85	18.603,49	
• vermittelt über Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH						
Büropark Brüsseler Straße GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	50.000,00	7.786.980,32	-310.904,19	
Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf mbH	40589 Düsseldorf	50,00	25.000,00	-1.975.912,40	4.101.939,48	
Grundstücksgesellschaft Düsseldorf mbH	40878 Ratingen	50,00	50.000,00	-1.047.189,84	1.087.929,65	Jahresabschluss 2006

Die Angabe des Jahresergebnisses ist bei den Unternehmen entfallen, deren Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag wegen eines Gewinnabführungsvertrages regelmäßig ausgeglichen ist.

14. **NAMEN UND ADRESSEN**

EMITTENTIN

Stadtsparkasse Düsseldorf

Berliner Allee 33
40212 Düsseldorf
Bundesrepublik Deutschland

ZAHLSTELLE

Stadtsparkasse Düsseldorf

Berliner Allee 33
40212 Düsseldorf
Bundesrepublik Deutschland

15. **UNTERSCHRIFTEN**

Düsseldorf, 19.08.2009

Stadtsparkasse Düsseldorf

gezeichnet durch: Ulrich Schierle Dieter Stebel